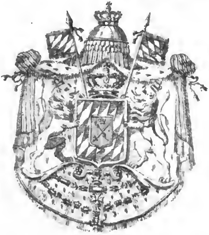
Bavar. 2881 ⁰/1



BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

32

<36629109780018

<36629109780018

Bayer. Staatsbibliothek

Google

Digitized by Google

Vollſtändiges

Handbuch

des

bayerischen Civilprocesses.

Von

Christian Ernst von Wendt,
der Philoſophie und beyder Rechte Doctor, Ritter I. Klaſſe des Großherzoglich Heſſen'ſchen Ludewigs-Ordens, Königl. Bayer. Geheimehofrath ꝛc.

Zweyte sehr vermehrte Ausgabe.

Erſter Band.

Nürnberg, 1835.
Im Verlage von Riegel und Wieſner.

N:d
35.D.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Druck von Georg Franz in München.

Vorrede zur erſten Ausgabe.

Mit innigem Dank für die Theilnahme, welche, durch zahlreiche Unterzeichnung, dieſes Handbuch des bayeriſchen Civilproceſſes gefunden hat, übergiebt daſſelbe der Verfaſſer hiemit dem Publikum. Man wird fragen, wozu eine ſolche Arbeit in dem Augenblick, da große Reformen der Geſetzgebung bevorſtehen? Der Verfaſſer antwortet mit der Bemerkung, daß die Kenntniß deſſen, was beſteht, in keinem Augenblick vollſtändiger nöthig iſt, als, da es auf Aenderung dieſes Beſtehenden ankommt, und daß die genaueſte Kenntniß des bisher beſtandenen von denen, die das Neue lehren, lernen und ausüben ſollen, nie entbehrt werden kann. Dieſelbe Ueberzeugung liegt wohl der erwähnten Theilnahme der verehrten Subſcribenten, und ſelbſt der huldvollen Aufforderung zum Grunde, welche der Verfaſſer bey Ueberreichung der Grundzüge des Criminal-Proceſſes von Seiner Majeſtät dem Könige zu Fortſetzung ähnlicher Arbeiten zu erhalten ſo glücklich war. Iſt es ihm gelungen, wofür er keine Mühe ſparte, etwas vollſtändiges zu liefern, ſo darf er darauf zählen, daß dieſe bisher noch nicht vorhandene Zuſammenſtellung des jetzt geltenden bayeriſchen Proceß-Rechts allgemeine Brauchbarkeit haben wird, mit Rückſicht auf die Bedürfniſſe der gerichtlichen Praxis, der Doctrin, und ſelbſt der Legislation. Man findet darin in möglichſter Kürze und ſyſtematiſch vereint, was bisher nur zerſtreut

exiſtirte 1) in dem codex iuris bauarici iudiciarii, 2) in einem voluminöſen Band Anmerkungen von Baron Kreitmayr, 3) in einer zu ihrer Zeit ſehr brauchbaren und ausführlichen Einleitung von Hofrath v. Krüll, 4) in zahlloſen Novellen, aus Kreitmayr's und Mayr's Generalien und aus den Regierungsblättern, ſo wie aus General-Acten der Gerichte, geſammelt in vier Octavbänden, der erſte von Adv. Meindl, die drei letzten von Kreis- und Stadtgerichtsrath D. Moritz, 5) in dem ebenfalls ſehr ausführlichen Commentar über das Geſetz von 1819 *) von dem für Staat und Wiſſenſchaft zu früh verblichenen Staatsrath v. Gönner. — In keinem dieſer Werke iſt der jetzt geltende bayeriſche Civil-Proceß vollſtändig enthalten, und, ihrer Beſtimmung nach, konnte und kann er in keinem ſo enthalten ſeyn. Daher möchte die gegenwärtige Arbeit wohl als eine nothwendige anerkannt, und reell gebilliget werden dürfen.

Als Grundlage der Darſtellung diente Thibaut's bekanntes Syſtem des Pandekten-Rechts Theil III., aus den in der Ankündigung vom 11. April 1826 erklärten Gründen, beſonders wegen ſeiner großen Einfachheit, und der daraus für die Darſtellung des vaterländiſchen Rechts und für den vergleichenden academiſchen Vortrag hervorgehenden Erleichterung. Für dieſen letzten Zweck ſind bey jedem §. die paſſenden Citate aus den gemeinrechtlichen Lehrbüchern von Danz, v. Grolman, Linde, Martin und Thibaut beygefügt **). In dem allgemeinen Theile hat ſich der Verfaſſer bemüht, möglichſt reichhaltig in den wenigſten Worten zu ſeyn. Bey dem Vortrag des Verfahrens folgte er der Sprache des Geſetzes, der Verordnungen,

*) und in dieſem Geſetz ſelbſt.
**) ſ. das Vorwort im II. Bande.

und der entſcheidenden Stellen in den Commentaren; bey den durch die Novelle von 1819 abgeänderten Materien hauptſächlich den Anſichten des verewigten v. Gönner, wo er nicht, davon ganz oder zum Theil abzuweichen, für unvermeidlich hielt, was überall mit gewohnter Freymüthigkeit, aber auch mit der dieſem, in der Wiſſenſchaft anerkannt großem, Manne gebührenden Achtung geſchah. Von Thibaut's Ordnung war nur in zwey Gegenſtänden abzuweichen nöthig; einmal bey den §§. 42 — 60. beſonders wegen des in Bayern wegfallenden weſentlichen Unterſchieds zwiſchen Advokaten und Procuratoren; dann bey dem Kapitel von den Rechtsmitteln, was wohl zweckmäßiger vor den beſondern Proceßarten vorgetragen wurde. Bey der auſſerordentlichen Maſſe von Materie, welche ſich in den bayeriſchen Proceßgeſetzen noch ohne Rückſicht auf die beſondern Proceßarten findet, bey der gewiſſenhaften Bemühung, alles möglichſt vollſtändig zu liefern, und dadurch die bisher zerſtreuten Quellen, wenn auch nicht ganz unentbehrlich, doch wenigſtens in ihrem ohnehin leider ſeltenen vollſtändigen Gebrauch, gemeinnütziger zu machen, werden wohl Verfaſſer und Verleger Entſchuldigung verdienen, wenn ſie die Lehre von den beſondern Proceßarten und den Nebenhandlungen nicht innerhalb der bey der Subſcriptions-Anzeige genannten ohnehin ſchon überſchrittenen Bogenzahl liefern, ſondern in ſogleich nachfolgendem Anhang nachbringen, welcher noch als beſondere Beylage den Abdruck der neueſten Proceßgeſetze, nebſt dem Namens-Verzeichniß der reſp. Subſcribenten enthalten, und für dieſelben um den geringen Preis von 1 fl. 12 kr. zu haben ſeyn wird.

v. W.

Vorrede zur zweyten Ausgabe.

Durch höchſte Miniſterial=Reſcripte vom 25. Sept. 1830 und 17. Febr. 1831 den k. bayeriſchen Gerichten zur Anſchaffung freygegeben, hat dieſes Werk, der veränderten Lage des Verfaſſers ungeachtet, einen ſo reichlichen Abſatz gefunden, daß die gegenwärtige zweyte Ausgabe deſſelben möglich, und nothwendig wurde. Ueber die Modalitäten derſelben ſoll in einem Vorwort zum zweyten Bande mehr geſagt werden.

München am 4. April 1835.

C. E. v. Wendt,
k. b. Geheimehofrath.

Digitized by Google

Allgemeine Ueberſicht.

I. Erster Band.

Einleitung. §. 1—7.
Darſtellung des Civilproceſſes ſelbſt. §. 8—230.

A. Erſtes Buch.

Proceß in ſtreitigen Angelegenheiten. §. 8—226.

AA. Erſte Abtheilung.

Allgemeine Grundſätze. §. 8—141.

a) Erſtes Kapitel. Subjecte des Proceſſes. §. 8—60.
b) Zweytes Kapitel. Objecte des Proceſſes. §. 61—141.
α) Erſter Titel. Rechte und Pflichten der Gerichte und der Parteyen überhaupt. §. 61—65.
β) Zweyter Titel. Beſondere Rechte und Pflichten der Gerichte. §. 66—80.
γ) Dritter Titel. Rechte und Pflichten der Parteyen im Proceß, Verfahren, Inſtruction und Beweis überhaupt. §. 81—140.
δ) Vierter Titel. Das Verhältniß Dritter zu einem Rechtsſtreite. §. 141.

BB. Zweyte Abtheilung.

Beſonderer Theil. §. 142—226.

a) Erſtes Kapitel. Verfahren in erſter Inſtanz. §. 142—158.
b) Zweytes Kapitel. Verfahren in den folgenden Inſtanzen. §. 159—173.
c) Drittes Kapitel. Vollſtreckung der Urtheile. §. 174—176.

II. Zweyter Band.

d) Viertes Kapitel. Verfahren in außerordentlichen Proceſſen. §. 177—210.
e) Fünftes Kapitel. Nebenhandlungen. §. 211—222.
f) Sechſtes Kapitel. Adminiſtrativ=contentiöſe Rechtsſachen. §. 223—226.

B. Zweytes Buch.

Proceß in nicht ſtreitigen Angelegenheiten. §. 227—230.

C. Anhang.

Alphabetiſche Ueberſicht aller Klagen, und der damit verbundenen Rechtsmaterien in Bezug auf die altbayeriſche, preußiſche und andere wichtigſte neubayeriſche Rechte.

D. Regiſter.

E. Beylagen.

I. Proceß=Geſetz vom 22. Juli 1819.
II. Prioritäts=Ordnung vom 1. Juni 1822.
III. Auszug aus dem Einführungs=Geſetz von demſelben Tage.
IV. Stempelordnung vom 11. September 1825.

Specielle Ueberſicht

des

erſten Bandes.

	Seite:
I. Einleitung. §. 1—7.	1 — 13.
§. 1. Begriff und Zweck des Proceſſes	1 — 6.
2. Begriff und Quelle der Gerichtsbarkeit	6.
3. Gerichtsbarkeit in ſtreitigen und nicht ſtreitigen Angelegenheiten	7.
4. Hohe und niedere Gerichtsbarkeit	8. 9.
5. Proceß in ſtreitigen und nicht ſtreitigen Angelegenheiten	9.
6. Gemeiner und particulärer Proceß	9 — 11.
7. Proceßarten	12. 13.
II. Darſtellung des Civilproceſſes ſelbſt. §. 8—230	14 fg.
A. Erſtes Buch. Proceß in ſtreitigen Angelegenheiten. §. 8—226.	14 fg.
AA. Erſte Abtheilung. Allgemeine Grundſätze. §. 8—141.	14 — 338
a) Erſtes Kapitel. Subjecte des Proceſſes. §. 8—60.	14 — 123.
§. 8. Hauptperſonen 1) von Seite der Partheyen	14. 15.
9. Rechte der Partheyen	15. 16.
10. Legitimation zur Sache	16 — 18.
11. Fähigkeit, vor Gericht zu handeln	18 — 20.
12. Hauptperſonen 2) von Seite des Gerichts	20. 21.
13. Rechtliche Quellen der Gerichtsbarkeit a) Compromiß und b) Realrecht	21 — 24.
14. c) Staatsamt	24 — 29.

Seite:
§. 15. Uebertragung (Delegation) der Gerichtsbarkeit 29. 30.
16. Aufhören der Gerichtsbarkeit . 31 — 36.
17. Fähigkeit zum Richteramt. Rechte u. Pflichten der Richter. Perhorreſcenz und Recuſation . . . 37 — 46.
18. Competenz und Prävention . . . 46 — 48.
19. Eintheilung der Gerichtsſtände . 48.
20. Gerichtsſtand der Geburt . 49.
21. Gerichtsſtand des Wohnorts . 49 — 51.
22. Gerichtsſtand des begangenen Verbrechens u. des Ergreifens . . 52. 53.
23. Gerichtsſtand des Contracts . 53.
24. Gerichtsſtand der Verwaltung . 54.
25. Gerichtsſtand der gelegenen Sache 54.
26. Gerichtsſtand des Zuſammenhangs 55. 56.
27. Gerichtsſtand des Arreſts u. der Provocation 57. 58.
28. Gerichtsſtand der Widerklage . 59. 60.
29. Gerichtsbarkeit des Obergerichts, als erſte Inſtanz . . . 60.
30. Außerordentlicher Gerichtsſtand der Sache 61 — 71.
I. Geiſtliche Sachen . . 61 — 64.
A. Innere Angelegenheiten der Kirche 61. 62.
B. Angelegenheiten gemiſchter Natur 62.
C. Weltliche Gegenſtände . 62 — 64.
II. Lehnsſachen . . . 64. 65.
III. Militärſachen . 65.
IV. Adminiſtrativ-contentiöſe Gegenſtände 65 — 69.
V. Beſondere Civilgerichtsſtände . 70. 71.
§. 31. Außerordentlicher Gerichtsſtand d. Perſonen 72 — 75.
A. Königliches Haus . . 72. 73.
B. Standesherrn . . 73. 74.
C. Adel und Siegelmäßige . 74. 75.
D. Vorſtände der Gerichte . . 75.
§. 32. Gerichtsſtand der Studierenden . 76.
33. Gerichtsſtand der Militärperſonen . 77 — 80.
34. Fälle, worin der privilegirte Gerichtsſtand wegfällt . . . 80. 81.
35. Verhältniß der verſchiedenen Gerichtsſtände unter einander . . 81.
36. Entſcheidung der Jurisdictions-Conflicte 82. 83.
37. Acceſſoriſcher Gerichtsſtand . 83. 84.

		Seite
§. 38.	Uebergang des Gerichtsſtandes auf die Erben	84.
39.	Prorogation	85. 86.
40.	Austräge	86 — 89.
41.	Geſandte	90. 91.
42.	Nebenperſonen von Seite der Parthey. Advocaten und Procuratoren	91. 92.
43.	Wann ſind Anwälte zuläſſig?	93. 94.
44.	Befugniß ohne Anwalt zu handeln	94. 95.
45.	Nothwendigkeit eines Anwalts	95.
46.	Unfähigkeit zur Anwaltſchaft	96. 97.
47.	Legitimation zur Praxis	98.
48.	Pflichten der Rechtsanwälte	98 — 100.
49.	Rechte der Anwälte	101 — 103.
50.	Legitimation zum Proceß. Vollmacht	103 — 104.
51.	General- und Special-Vollmacht	104 — 106.
52.	Vermuthete Vollmacht	107. 108.
53.	Zeitpunkt der Legitimation zum Proceß	108. 109.
54. a.	Verhältniß mehrerer Bevollmächtigten	109. 110.
54. b.	Fiscalbeamte und Kronanwälte	110 — 113.
55.	Notarien	114.
56.	Pfalzgrafen	115.
57.	Gerichtsbeyſitzer	115. 116.
58.	Gerichtsſchreiber	117.
59. a.	Regiſtratur, Kanzley und Sportel-Rendantur	118. 119.
59. b.	Depoſiten-Amt u. Depoſiten-Commiſſion	120 — 123.
60.	Gerichtsdiener	123.
	b) Zweytes Kapitel. Objecte des Proceſſes. §. 61—141.	124 — 338.
	α) Erſter Titel. Rechte und Pflichten der Gerichte und der Parteyen überhaupt. §. 61—65.	124 — 130.
§. 61.	Weſentliche Beſtandtheile des Verfahrens	124.
62.	Rechtliches Gehör	125. 126.
63.	Schriftliches Verfahren	126.
64.	Ort und Zeit der Verhandlung	127 — 129.
65.	Ordnung	130.
	β) Zweyter Titel. Beſondere Rechte und Pflichten der Gerichte. §. 66—80.	131 — 178.
§. 66.	Pflichten der Gerichte unter ſich	131 — 135

Seite:

§. 67. Pflichten der Gerichte gegen die Parteyen. Verſuch der Güte . . . 154 — 158.
68. Führung der Acten . . . 159. 140.
69. Leitung des Verfahrens und Entſcheidung 140. 141.
70. Verfahren von Amtswegen . 142 — 144.
71. Ladung. Arten derſelben . 144. 145.
72. Mittelbare und ſubſidiäre Ladung 145. 146.
73. Inhalt der Ladung . . 146. 147.
74. Inſinuation und Form der Ladung 148 — 151.
75. Wirkung der Ladung . . 151. 152.
76. a. Urtheile . . . 153 — 160.
76. b. Publikation der Urtheile . 160. 161.
77. a. Vortrag . . . 161 — 163.
77. b. Neueſte poſitive Anordnungen über Referirmethode . . . 163 — 168.
77. c. Deliberation, Votation und Beſchluß 168 — 173.
78. Commiſſarien . . 174 — 176.
79. Verantwortlichkeit des Richters. Syndicats-Klage . . . 176. 177.
80. Rechte des Richters gegen die Partey 177. 178.

γ) Dritter Titel. Rechte und Pflichten der Parteyen im Proceß, Verfahren, Inſtruction und Beweis überhaupt. §. 81. a. — 140. 178 — 256.

§. 81. a. Rechte und Pflichten in Beziehung auf künftige Proceſſe . . 178. 179.
81. b. Rechtsverhältniſſe bey Proceſſen der Stiftungen und Communen . . 179 — 185.
82. Pflichten der Parteyen. Gehorſam 185.
83. Ungehorſam, Friſten, Dilationen 186 — 190.
84. Koſtenauslage und Erſtattung. Armenrecht 190 — 195.
85. Gefährde . . . 195. 196.
86. Form der Rechtsausführung . 196 — 198.
87. Klage. Inhalt und Form . 198 — 202.
88. a. Uebergang der Klagen auf Erben 202. 203.
88. b. Verjährung der Klage . 203 — 209.
89. Cumulation der Klage . 209 — 211.
90. Antwort des Beklagten und Einlaſſung. Einreden . . . 211 — 214.
91. Exceptionsrecht, deſſen Uebergang auf Erben. Verjährung . . 214. 215.
92. Folgen des Läugnens . . 215 — 217.

		Seite:
§. 93.	Wirkungen der Einlaſſung	217 — 219.
94.	Replik, Duplik und Schluß der Sache	219 — 221.
95.	Beweis überhaupt	221. 222.
96.	Beweisarten	223 — 225.
97.	Anwendung der einzelnen Beweisarten	225 — 228.
98. a.	Rechtsvermuthungen. Begriff und Eintheilung derſelben	228. 229.
98. b.	Civilrechtliche Beſtimmungen über Präſumtionen und Fictionen	229 — 234.
98. c.	Vermuthungen im Beweiſe des Todes u. Lebens	234 — 236.
99. a.	Beweislaſt überhaupt	236 — 239.
99. b.	Der Behauptende hat zu beweiſen	239 — 247.
99. c.	Ausnahmen und Modificationen	247. 248.
99. d.	Beweispflicht des Beklagten, hinſichtlich der Einrede	248 — 250.
99. e.	Beweis bey Pfändungen	250. 251.
99. f.	Beweisverhältniſſe bey der condictio indebiti	251. 252.
100.	Eigentlicher Gegenbeweis	252. 253.
101.	Uneigentlicher Gegenbeweis	253.
102.	Beweismittel	254.
103.	Anwendbarkeit der einzelnen Beweismittel	255 — 257.
104.	Geſtändniß	257 — 261.
105.	Beweis durch Eid. Eidesarten	261 — 264.
106.	Eid der Wahrheit und des Glaubens	265 — 267.
107.	Eidesform	267 — 269.
108.	Perſönliche Ableiſtung des Eides	269. 270.
109.	Ungültigkeit des Eides	270. 271.
110.	Eidesfähigkeit	271. 272.
111.	Beſchränkung der Eide	272. 273.
112.	Wirkung des Eides	273. 274.
113.	Eid vor Gefährde	275.
114.	Deferirter Eid und deſſen Wirkung	276. 277.
115.	Befugniß zur Eidesdelation und Form	277 — 280.
116.	Folgen des Eides-Antrags. Relation. Gewiſſens-Vertretung	280 — 283.
117. a.	Erfüllungs- und Reinigungs-Eid	283 — 286.
117. b.	Quantitäts-Eid	286. 287.
118. a.	Schätzungs-Eid	287 — 290.
118 b.	Manifeſtations-Eid	290 — 292.

Seite:

§. 119. Zeugenbeweis . . . 292—294.
120. Unfähige Zeugen . . 294. 295.
121. Relativ untüchtige Zeugen . . 296.
122. Exceptionsmäßige Zeugen . . 297. 298.
123. Erforderniſſe der Zeugen-Ausſage 298—303.
124. Zeugenpflicht . . 304. 305.
125. a. Beweis durch Augenſchein und Kunſtverſtändige . . 305—308.
125. b. Calculation . . 308. 309.
126. Beweis durch Urkunden . . 309. 310.
127. Oeffentliche Urkunden . . 310—312.
128. Privat-Urkunden . . 312—314.
129. A. Annotationen der Aeltern . . 314. 315.
B. Handelsbücher . . 315.
C. Kerbhölzer . . 315.
D. Bier-Einſchreibbücher . . 315. 316.
E. Lottoliſten . . 316.
§. 130. A. Originale und Abſchriften . 317.
B. Vidimationen . . 317. 318.
C. Documenta referentia . . 318.
D. Sichtbare Mängel . . 319. 320.
§. 131. Beweiskraft der Urkunden . 321.
132. Einrede des nicht gezahlten Geldes 322. 323.
133. Beweis der Aechtheit der Urkunden. Agnition. Recognition. Diffeſſion . 323—328.
134. Verluſt der Urkunden . 328. 329.
135. Colliſion der Beweismittel überhaupt 329.
136. Colliſion der Zeugen-Ausſagen . 330. 331.
137. Colliſion der Zeugen unter ſich und mit Zeugen . . . 332—334.
138. Colliſion der Vermuthungen . 334. 335.
139. Colliſion der Gutachten der Sachverſtändigen 335.
140. Beweis und Beſcheinigung . 335. 336.

δ) Vierter Titel. Das Verhältniß Dritter zu Rechtsſtreiten. §. 141. . 337. 338.
§. 141. Rechte und Pflichten Dritter . ebd.

BB. Zweyte Abtheilung. Beſonderer Theil. §. 142—226. . . 339 fg.

a) Erſtes Kapitel. Verfahren in erſter Inſtanz. §. 142—158. . . 339—372.

		Seite:
§. 142.	Verfahrungs-Arten	339. 340.
143.	Klage	341.
144.	Ungehorſam des Klägers	342.
145. a.	Verfügung des Richters auf die Klage	343 — 345.
145. b.	Amtsgewalt und Pflicht des Richters hinſichtlich der Eingaben und Verhandlungen überhaupt	346. 347.
145. c.	Antwort des Beklagten	347.
146.	Einreden, insbeſondere proceßhindernde, präjudicielle und privilegirte	347 — 349.
147.	Ungehorſam des Beklagten	350.
148.	Schlußverfahren	350 — 353.
149.	Beweisverfahren	353 — 355.
150.	Beweisantritt	356. 357.
151.	Beweisfriſt	358. 359.
152.	Beſſerung des Beweiſes	359. 360.
153.	Handlungen des Produkten, Fragſtücke	360 — 363.
154.	Beweis-Ausführung	364 — 366.
155.	Beweis-Deductionen	366. 367.
156.	Ungehorſam im Beweiſe	367. 368.
157.	Beweis zum ewigen Gedächtniß	368 — 370.
158.	Anticipirter Beweis	370 — 372.
b)	Zweytes Kapitel. Verfahren in den folgenden Inſtanzen. §. 159—175.	373 — 412.
159.	Rechtsmittel gegen Erkenntniſſe überhaupt	373. 374.
160.	Arten der Rechtsmittel und Inſtanzen	374. 375.
161.	Rechtskraft	376. 377.
162.	Befugniß zu appelliren. Appellable und nicht appellable Sachen	377 — 381.
163.	Fatalien	382 — 385.
164.	Devolutive und ſuspenſive Wirkung	385. 386.
165.	Attentate	387. 388.
166.	Appellationsſchrift. Beſchwerden. Nova. Appellations-Verzicht	389 — 392.
167.	Verfahren nach eingekommener Appellation	392 — 396.
168.	Adhäſion	396. 397.
169.	Rechte und Pflichten des Appellationsrichters. Appellations-Erkenntniß und Publication	398 — 401.
170.	Reviſion	401 — 403.

Seite:

§. 171. Wiedereinſetzung in den vorigen Stand . 404 — 408.
172. Nichtigkeitsklage und Einrede . . 408. 409.
173. Recurſe und Extrajudicialbeſchwerden . 409 — 412.

c) Drittes Kapitel. Vollſtreckung der Urtheile. §. 174 — 176. b. . 413 — 432.

§. 174. Vollſtreckung überhaupt . . 413 — 417.
175. a. Executions-Mittel . . 418. 419.
175. b. Executions-Mittel bey vorzunehmenden Handlungen . . 420 — 425.
176. a. Executions-Verfahren überhaupt . 425 — 430.
176. b. Subhaſtationen auſſer dem Concurſe 430. 432.

H a n d b u c h

des

bayerischen Civil-Processes.

E i n l e i t u n g.

---

§. 1.

B e g r i f f u n d Z w e c k d e s P r o c e ſ ſ e s.

Die geſetzliche Ordnung im Staate, ohne welche dieſer nicht beſtehen kann, fordert, daß das Recht „n i c h t

---

Zu §. 1. **Gemeines Recht.** B a y e r Vorträge über den gemeinen Civilproceß. 4. Aufl. 1834. S. 1. 5. C l a p r o t h Einleitung in den ordentlichen bürgerlichen Proceß. §. 2—5. D a n z Grundſätze des ordentlichen Proceſſes, vermehrt und umgearbeitet von v. G ö n n e r. 5. Ausg. 1821. §. 1—7. v. G r o l m a n Theorie des gerichtlichen Verfahrens in bürgerlichen Rechtsſtreitigkeiten. 5. Aufl. 1826. §. 1. 2. L i n d e Lehrbuch des deutſchen gemeinen Civil-Proceſſes. 5. Ausg. 1831. §. 1—4. M a r t i n Lehrbuch

mit Gewalt" [1]), ſondern mit Hülfe der Obrigkeit [2]) verfolgt werde. Dieſer geſetzliche Weg iſt Pro=

des teutſchen gemeinen bürgerlichen Proceſſes. 11. Aufl. 1834. §. 1. 7—9. 16. Thibaut Syſtem des Pandecten-Rechts. 6. Aufl. 1822. Bd. III. §. 1049.

Sächsisches Recht. Kori Theorie des ſächſiſchen bürgerlichen Proceſſes. 1822. §. 1. 2. Schweitzer Lehrbuch des ſächſiſchen bürgerlichen Proceſſes. 1813. §. 1 — 3.

Bayerisches Recht. Codex iuris bavarici iudiciarii de anno MDCCLIII. cap. 1. §. 1. cap. 3. §. 1. Anmerkungen über den cod. iud. von W. X. A. F. v. Kreitmayr. 1778. 8. S. 17. lit. a. Novellen zur Baieriſchen Gerichtsordnung. 1811. S. 27. (Moritz) Novellen z. B. G. O. Bd. III. S. 3. F. X. Krüll theoretiſch praktiſche Einleitung in die bayeriſche Zivil=Gerichtsordnung. 1797. §. 1—3. Mündler Theorie des gerichtlichen Verfahrens in bürgerlichen Rechtsſachen nach kgl. bair. Geſetzen. 1812. §. 1—5.

1) nicht eigenmächtig, — Gewalt, vis, im Sinne des decretum D. M. „vis est et tunc, quoties quis id, quod deberi sibi putat, non per iudicem reposcit." L. 13. quod met. c. (IV. 2.) L. 7. D. ad L. Jul. de vi privata (XLVIII. 7.)

2) Der obrigkeitlichen Hülfe entgegengeſetzt iſt Selbſthülfe, Eigenmacht. — Angeblicher Unterſchied zwiſchen Selbſthülfe und Selbſtvertheidigung. Vergl. v. Wening Ingenheim Lehrb. des gem. Civilr. I. 1. §. 37. Thibaut Syſt. der Pand. §. 58. Linde in deſſen Zeitſchrift für Civilrecht und Proceß. I. S. 392 fg. — Erlaubte, und nicht erlaubte, verbotene Selbſthülfe.

A. Fälle erlaubter Selbſthülfe.

a) nach den Anmerkungen zu Cod. iud. S. 18. 1) Ge=

walt gegen Gewalt; 2) eigenmächtige Pfändung nach nä- herer Beſtimmung des Civilrechts, ſ. b. Nr. 5.; 3) Er- greifen eines flüchtigen Diebes oder Schuldners; 4) eigen- mächtiges Austreiben eines Innmannes nach verfloſſener Miethzeit; jedoch nur nach Münchner ehemaligen Stadt- rechten; 5) Auspfändung der Grundholden durch den Guts- herrn, ſ. b Nr. 6.; 6) Ergreifen leeren Beſitzes; 7) gänz- licher Stillſtand der Gerichte (iustitium); 8) Vertrag de occupando propria autoritate bona debitoris, jedoch nur als Entſchuldigung gegen Strafe. — b) nach dem Civil-Co- der: 1) Selbſthülfe inländiſcher Gerichte gegen ausländiſche durch Retorſion, jedoch nur mit Vorwiſſen des Landes- herrn. Cod. civ. I. 2. §. 18. beſonders in Concursfällen. V. v. 7. Sept. 1807. 17. März 1808. 6. Mai 1817. Rgbl. 1807. S. 1465 fg. 1808. S. 683. 1817. S. 449. neuerlich anerkannt im Ed. über Indigenat. Beyl. I. d. V. U. v. 26. Mai 1818. §. 17. 18. Geſetzbl. 1818. S. 147. Moritz Novellen zum Landr. S. 18 fg. Neuere Uebereinkunft we- gen Gleichſtellung der Rechte beyderſeitiger Unterthanen in Concursfällen mit mehreren Schweizer-Cantonen. R. v. 5. Juli 1834. Rgbl. 1834. S. 929. Beytritt anderer Cantone. R. v. 24. Aug. 1834. ebd. 1005; 2) Ergreifen des leeren Beſitzes. Anm. zu Cod. civ. II. 5. §. 5. S. 1147. lit. f.; beſonders bey Erbſchaften Cod. civ. III. §. 6. Nr. 6. — ſogar als geſetzliches Erforderniß der Beſitzübertragung. Cod. civ. loc. cit. u. II. 5. §. 9. Nr. 1. Anm. S. 1158. Nr. 1. lit. c. Bey verpfändetem Gut. Cod. civ. II. 6. §. 19. — Bey Fideicommiſſen. ebd. III. 9. §. 7. Nr. 1—10. §. 20. Nr. 1. — 3) Vertheidigung des Beſitzes gegen un- rechtmäßige Angriffe und Eingriffe. Cod. civ. II. 5. §. 8. Nr. 1. Anm. S. 1156. Nr. 3. lit. c. — 4) Retention. Cod. civ. IV. 15. §. 2. — Beyſpiele der Anwendung derſelben in einzelnen Rechtsgeſchäften. Cod. civ. I. 4. §. 7. II. 2. §. 10. Nr. 7. §. 11. Nr. 6. — 5. §. 8. Nr. 7. — 6. §. 14.

Nr. 1. 2. 4. §. 16. Nr. 7. III. 1. §. 18. Nr. 10. (7). — 6. §. 14. Nr. 8. — 9. §. 8. Nr. 5. — 10. §. 15. Nr. 5. — IV. 2. §. 5. Nr. 18. §. 7. Nr. 18. — 3. §. 15. Nr. 7. — 6. §. 8. Nr. 4. — Retent. der Manual-Acten (§. 49. 6.) der Fauſtpfänder (§. 198. 2). 5) Pfändung bei erfolgter Beſchädigung zu Sicherung des Beweiſes. LL. Baiuw. Tit. 20. Kap. 1. Rechtb. Tit. 20. Art. 1. Landrecht 1616. Tit. 15. Art. 1. Mandat v. 3. Juni 1702. Cod. civ. II. cap. 6. §. 24. V. v. 10. Juni 1760. 9. Juni 1766. 5. Mai 1770. 10. Nov. 1790. 16. Mai 1793. — Moritz Nov. z. Landr. S. 207 f. — 6) Executions-Recht der Gutsherrn. Cod. civ. IV. 7. §. 28, aufgehoben 1808, reſtituirt für den Fall des rechtlichen Herbringens, und beſchränkt auf die Beytreibung einer alten und einer neuen Getreidegilt in einem Jahre. Beyl. VI. d. V. U. vom 26. Mai 1818. §. 118—127. — nicht zuläßig in Anſehung grundherrlicher Natural-Frohnden. ebd. §. 128. Geſetzbl. 1818. S. 269 f. Moritz Nov. z. Landr. S. 473 f. — z. G. O. III. S. 234 f. — Retorſion bei Injurien. Cod. civ. IV. 17. §. 18. — Nicht mehr aber α) auſſergerichtliche nunciatio novi operis. Cod. civ. IV. 16. §. 9. Nr. 2., β) auch kennt Cod. civ. IV. 3. §. 23 f. nicht die römiſche redhibitio extraiudicialis. (Claproth Einl. §. 3. Nr. 6. v. Glück Erl. der Pand. XX. S. 139 f.) und misbilliget das bereits durch die R. P. O. von 1577. Tit. 17. §. 2. abgeſchaffte, ſonſt in Teutſchland übliche obstagium (Einlager, Einritt, Gieſelmahl.) Cod. civ. II. 6. §. 25. Anm. S. 1280. — c) nach dem Strafgeſetzbuch 1813 (ehedem Cod. crim. I. 2. §. 13. 3. §. 6.) — Die mit Geſetzeskraft verſehenen Anmerkungen III. S. 282. erkennen an, daß es Eigenmacht gebe, wozu die bürgerlichen Geſetze ausdrücklich berechtigen; das Strafgeſetzbuch und dieſe Anmerkungen überlaſſen die Beſtimmung der Fälle ſolcher erlaubter Eigenmacht in der Regel dem Civilrecht und daher den Civilgeſetzen jedes Orts. Beyſpielsweiſe neunen

ceß [3]). Er umfaßt Verhandlung, vollſtändiges

die Anm. III. S. 284. 1) Retention und 2) Selbſtver= theidigung des Beſitzes gegen Störungen deſſelben; eigentlich ſtrafrechtlich bleibt nur die Nothwehr als erlaubte Pri= vat=Vertheidigung. Strafg. 1813. I. Art. 125—135. 136. Anm. I. S. 308—317. 319. Nothwehr gegen Wilds diebe. V. v. 9. Aug. 1806. §. 26. Rgbl. 1806. S. 299. (Noch gültig nach Strafg v. 1813. I. Art. 218. resp. Nov. v. 25. März 1816. Art. VIII. Rgbl. 1816. S. 145 f. — mit Ausnahme der Beweis=Normen. Nov. v. 22. Mai 1814. Rgbl. 1814. S. 1188.) Gebrauch d. Waffen bei Zollfreveln. Zoll O. §. 176. Rgbl. 1835. S. 1148.

B. Strafe der Selbſthülfe, unerlaubten Eigenmacht, war ehedem die römiſche, Verluſt der Forderung. P. O. 1616. IV. 6. Art. 1. Landr. 1616. Tit. 20. Art. 2. 3. Anm. zu Cod. iud. S. 17. Anm. z. Strafg. III. S. 284. Im Cod. iud. iſt ſie, als willkührliche, dem richter= lichen Ermeſſen überlaſſen, nach dem Strafg. v. 1813. I. Art. 211. 420 f die des Vergehens, verwandt damit das Vergehen der Störung des häuslichen Friedens, im höheren Grade Verbrechen des Landfriedenbruchs. Art. 422 f. 332 f. — Ueberſchreitung der geſetzlichen Gränzen der Nothwehr. ebd. Art. 132. Anm. I. S. 315. — Beſondere Strafe des Misbrauchs im gutsherrlichen Executionsrecht. Beyl. VI. d. V. II. §. 126. 127. Moritz Nov. z. Landr. S. 474 f. — Verbotene Selbſthülfe der Buchhändler. V. v. 4. Febr. 1812. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 3. — der Grundherrn. Cod. civ. II. 10. §. 24. Nr. 1. — des Fiscus in Erbſchaf= ten, die von einem unwürdigen Erben angetreten ſind. Cod. civ. III. 1. §. 20. — bey confiscablem Vermögen. ebd. 10. §. 22. Nr. 2. — der Teſtaments=Executoren. ebd. 2. §. 17. Nr. 1.

3) Quelle der Benennung. c. 22. X. de rescriptis (I. 3.) u.

Hören [4]) beyder Theile, richterliche Entſcheidung und Vollzug.

§. 2.

Begriff und Quelle der Gerichtsbarkeit.

Die Befugniß, ſtreitige Rechtsſachen zu verhandeln und zu entſcheiden, auch die Entſcheidung zu vollziehen, iſt im eigentlichen Sinne Gerichtsbarkeit. Sie geht vom Könige aus und wird unter ſeiner Oberaufſicht durch Aemter (Untergerichte) und Obergerichte in geſetzlich beſtimmten Inſtanzen verwaltet [1]). Die Gerichte ſind innerhalb der Gränzen ihrer amtlichen Befugniß unabhängig, und die Richter können nur durch einen Rechtsſpruch von ihren Stellen mit Verluſt des damit verbundenen Gehalts entlaſſen, oder derſelben entſetzt werden [2]).

Clem. 2. de V. S. (V. 11.) Vergl. L. 2. pr. D. de origine iuris (I. 2.) L. 41. D. de donat. (XXIV. 1.)

4) Cod. iud. cap. 5. §. 1.

Zu §. 2. G. R. Bayer S. 43. Danz §. 25. v. Grolman §. 34. Linde §. 8. 65. Martin §. 41. (39.) Thibaut §. 1050.

S. R. Kori §. 26. Schweitzer §. 16.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 22. Anm. S. 106. lit. a. Nov. z. G. O. S. 133. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 108. III. S. 96. IV. S. 104. Krüll §. 50.

1) V. U. v. 26. Mai 1818. Tit. VIII. §. 1. Geſetzbl. 1818. S. 134.

2) ebd. §. 3.

§. 3.

Gerichtsbarkeit in ſtreitigen und nicht ſtreitigen Angelegenheiten.

Im weitern Sinne [1]) iſt Gerichtsbarkeit auch die Befugniß öffentlicher Beamte, auſſer dem Falle eines Rechtsſtreites Handlungen der Theile aufzunehmen und nach einer gewiſſen Form zu leiten. So unterſcheidet ſich von der Gerichtsbarkeit in ſtreitigen Fällen (iurisdictio contentiosa, beſſer iurisd. in caussis contentiosis) die Gerichtsbarkeit in nicht ſtreitigen Angelegenheiten, welche entweder vor einem beſtimmten Gerichte vorgenommen werden müſſen (iurisdictio voluntaria mixta) und mit Unterſuchung des Sachverhältniſſes (cognitio caussae) verbunden ſind, oder deren gerichtliche Vornahme, wie die Wahl des Gerichts, den Theilen überlaſſen bleibt [2]) (iurisdictio mere voluntaria).

Zu §. 3. **G. R.** Bayer S. 1. Danz §. 25. v. Grolman §. 2. Linde §. 67. Martin §. 2. Thibaut §. 1051. 1052.

S. R. Kori §. 26. Schweitzer §. 14. v. Trützſchler Anweiſung zu Aufſätzen über Handlungen der willk. Gerichtsb. S. 5. §. 2.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 22. Krüll §. 51.

1) In einem ſehr engen Sinne kann man Gerichtsbarkeit auch die Befugniß nennen, Recht ſprechen zu laſſen, wie ſie der Gerichtsherr hat. Von dieſem engen Begriff geht der Rec. des Handbuchs in Schunck's Jahrb. V. S. 169 aus. Der §. 2. aufgeſtellte Begriff findet ſich dagegen bey den meiſten Proceß-Rechtslehrern.

2) Nach der bayr. G. O. in dem einzigen Falle einer Teſta-

§. 4.

Hohe und niedere Gerichtsbarkeit.

Das ältere bayer. Recht unterſcheidet Criminal-Gerichtsbarkeit, Malefiz-Obrigkeit, Blutbann (iurisdictio lata s. alta, ius gladii, merum imperium), von der Civil-Gerichtsbarkeit, niedergerichtlicher Obrigkeit (iurisdictio bassa), und läßt beyde durch landesherrliche (kurfürſtliche) und eigene (landſtändiſche) Gerichte [1]) ausüben. Nach mehreren Zwiſchenveränderungen giebt die Verfaſſung von 1818 [2]) die Unterſuchung wegen Verbrechen und Vergehen, neben den königlichen Untergerichten, nur den Stadt- und Herrſchaftsgerichten der Standesherrn, und ebenſo das Erkenntniß wegen Verbrechen und Vergehen neben den königlichen Obergerichten nur den Juſtizkanzleyen der Standesherren [3]) in erſter Inſtanz. Gerichtsbarkeit in

---

ments-Aufnahme. Cod. iud. cap. 1. §. 17. Anm. S. 83. Abweichend hievon die Beſtimmungen der preuß. A. G. O. Th. II. Vergl. unten §. 238. Puchta Geſchäftsmann §. 21. S. 38.

Zu §. 4. G. R. Claproth Einl. §. 22. Linde §. 66. Thibaut §. 1052.

S. R. Kori §. 26. Winkler Handb. des ſächſ. peinl. Proc. §. 50.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 22. Kräll §. 53.

1) Gegründet auf Hofmarktsrecht, Edelmanns-Freyheit, oder andere Particular-Rechte und Privilegien. Anm. S. 92.

2) v. Wendt Grundzüge des Crim. Proc. §. 12.

3) V. Urk. 1818. Beyl. IV. §. 20. Geſetzbl. S. 127:

ſtreitigen Civilſachen haben alle königlichen Unter- und Obergerichte, die Stadt- und Herrſchaftsgerichte und Juſtizkanzleyen der Standesherrn, die Herrſchaftsgerichte anderer Gutsherrn und die Patrimonialgerichte erſter Klaſſe. Auf die Gerichtsbarkeit in nicht ſtreitigen Angelegenheiten ſind die Patrimonialgerichte zweyter Klaſſe beſchränkt [4].

§. 5.

Proceß in ſtreitigen und nicht ſtreitigen Angelegenheiten.

Eben ſo, wie die Gerichtsbarkeit (§. 3.), iſt Proceß im eigentlichen Sinne, Verhandlung einer ſtreitigen Sache, im weitern Sinne auch Verfahren in einer nicht ſtreitigen Angelegenheit.

§. 6.

Gemeiner und particulärer Proceß.

Der teutſche gemeine Proceß iſt Hülfsrecht für den

4) B. Urk. 1818. Beyl. VI. §. 73. Geſetzbl. 1818. S. 247.

Zu §. 5. **G. R.** Bayer S. 2. v. Grolman §. 2. Linde §. 10. Martin §. 2. Thibaut §. 1053.

S. R. v. Trützſchler a. a. O. S. 5. §. 2.

P. R. Cod. iud. cap. 5. §. 1. Krüll §. 51. u. 91.

Zu §. 6. **G. R.** Bayer S. 2. Danz §. 8. v. Grolman §. 7. Linde §. 11. Martin §. 3. 4. Thibaut §. 1054.

S. R. Kori §. 3. Schweitzer §. 4.

P. R. Cod. iud. cap. 3. §. 10.

bayeriſchen ¹). In Bayern gilt in den ſieben ältern Kreiſen der Codex iuris bauarici iudiciarii von 1753 ²),

---

1) Publ. Pat. v. 14. Dec. 1753.

2) vom 2. Februar 1754 an. I. Bearbeitet und commentirt iſt er von W. X. A. Freyh. v. Kreitmayr. — Vgl. v. Kreitmayr Anmerkungen über den Codicem iuris bavarici iudiciarii, worin derſelbe ſowohl mit den gemeinen, als ehemalig-ſtatutariſchen Gerichtsordnungen und Rechten genau collationirt, mithin nicht nur der Unterſchied inter ius vetus et nouum, ſammt denen fontibus, woraus das letztere geſchöpft worden, angezeigt, ſondern auch dieſes mit Beyfügung der bey denen höchſten Reichsgerichten üblichen Praxi in ein mehreres Licht geſetzet, und mit einem vollſtändigen Indice ſowohl über den Codicem ſelbſt, als die Anmerkungen verſehen. 1754. 1755. 1778. u. a. Fol. u. 8. — neueſte Aufl. München, 1815. 8. — Ebendeſſelben Grundriß der gemeinen und baieriſchen Rechtsgelehrſamkeit für Anfänger. 1771. 8. S. 423—518. — Ebendeſſelben Compendium codicis bauarici — iudiciarii. 1776. pag. 161—196. — Novellen zur bayeriſchen Gerichtsordnung. München, 1811. gr. 8. (geſ. vom K. Advok. Meinel) — II. III. u. IV. Band von Dr. Heinrich Moritz, K. u. St. G. dann Wechſel- und Mercantilgerichts-Rath zu München, früher K. u. St. G. Rath zu Memmingen. Landshut 1818. Memmingen 1819. 1823. 8. (Von dieſer äußerſt fleißig und mühſam bearbeiteten, für jeden bayeriſchen Practiker im Juſtiz- u. Adminiſtrativ-Fache unentbehrlichen Sammlung iſt in wenigen Wochen eine Fortſetzung als Anhang zu den vier Bänden zu erwarten). — F. X. Krüll und L. M. Mündler in den zu §. 1. angeführten Schriften.

II. Eingeführt wurde er 1) den 2. Dec. 1778 in den Pfalz-Neuburg- und Sulzbachſchen Ländern, 2) den 21.

im Rheinkreiſe [3]) der **code de procédure civile** von **1806** [4]).

Okt. 1794 in der Herrſchaft Parsberg, 3) den 7. Mai 1798 in der Herrſchaft Breitenegg, 4) den 21. Jan. 1803 in Mühldorf. Moritz Nov. III. S. 1. 5) den 29. Jan. 1803 in den Herrſchaften Sulzbürg und Pyrbaum, 6) den 23. April 1803 in den fränkiſchen, 7) den 10. Mai 1803 in den ſchwäbiſchen Provinzen, 8) den 8. Mai 1806 im Fürſtenthum Eichſtätt, 9) d. 7. Juni 1806 in den Fuggeriſchen Landen, 10) den 17. April 1807 in den Diſtricten Neuſtadt am Kulm und Oſternohe, 11) den 29. Nov. 1810 — vom 1. Januar 1811 an, im ganzen Königreich. Nov. z. G. O. S. 1—26. — 12) den 1. Okt. 1816 in Fulda, 13) den 31. Juli 1817 im Amt Redwitz. Moritz Nov. II. S. 1—5. — 14) den 1. Juni 1822 im Amt Steinfeld. ebd. IV. S. 1—3.

III. Abgeändert in einzelnen Theilen durch das Geſetz vom 22. Juli 1819. — Geſetzbl. 1819. S. 59 f. v. Gönner Commentar über das königl. bayeriſche Geſetz — einige Verbeſſerungen der Gerichtsordnung betr. Erlangen, 1820. 8. deſſelben Vorträge über Geſetzgebungs-Gegenſtände. München 1820. 8. v. Arco von den Urſachen der auſſerordentlichen Zunahme der Berufungen zur dritten Inſtanz und von den Mitteln ꝛc. München, 1822. 8. — Neuſte Vorſchläge zu Abänderungen dieſes Geſetzes in den Verhandlungen der Ständeverſammlung von 1825. — Theilweiſe Abänderung des Geſetzes von 1819 in dem Landtags-Abſchiede vom 29. Dec. 1831. III. 9. Geſetzbl. 1831. S. 87.

3) In Beſitz genommen durch Patent vom 30. April 1816. Rgbl. 1816. S. 509. Amtsbl. des Rheinkr. 1816. S. 1—4.

4) Geltend vom 1. Jan. 1807 an, meiſtens geſchöpft aus einer **Ordonnance** Ludwig's XIV. von 1667, noch in der kaiſer-

§. 7.

Proceſsarten.

Der bayer. Civil-Proceſs iſt A. nach der Form des Verfahrens, 1) ordinarius, nach dem Begriff des Judiciar-Codex, nicht im gemeinrechtlichen und nicht im jetzt gewöhnlichen Sinne, das gewöhnliche gerichtliche Verfahren durch Schriftenwechſel, ſondern ein ſolcher feierlicher Proceſs, in welchem man durch articulirte Libelle in Audienzen verfuhr [1]; 2) summarius, der gemeinrechtliche ordentliche [2], 3) summaris-

---

lichen Form; denn die königlich franzöſiſche offizielle Ausgabe wurde erſt den 30. Auguſt 1816 ſanktionirt. — Bourguignon conference des cinq codes, Paris, 1818. p. 571. v. Gönner und v. Schmidtlein's Jahrb. Bd. II. S. 4. §. 5.

Zu §. 7. **G. R.** Bayer S. 61. Danz §. 55 f. v. Glück Erl. d. Pand. VI. §. 498. S. 153 f. v. Grolman §. 77. Linde §. 183. Martin §. 139. (129.) Thibaut §. 1055.

S. R. Kori §. 3. Schweitzer §. 13.

B. R. Cod. iud. cap. 3, §. 1. Anm. S. 142 fg. Krüll §. 93. Mündler §. 6—10.

1) Cod. iud. cap. 3. §. 2. u. cap. 4. §. 11. nach den Normen des R. A. von 1570, ohne Rückſicht auf den R. A. v. 1654, welcher nur für den Summarius im Sinne des Cod. iud. gilt. Anm. S. 206. — nur da zuläſſig, wo das ordinarium ſchon den 1. Juli 1750 angetreten war, alſo durch die Zeit ſelbſt abgeſchafft; — ausdrücklich für Würzburg durch V. v. 20. Aug. 1811. Moritz II. S. 206.

2) Nicht zu verwechſeln iſt die Eintheilung des ganzen Proceſs-Verfahrens mit der Eintheilung des Beweis-Verfahrens, vergl. §. 95. — v. Gönner Comm. S. 145 f.

simus, der ſummariſche in Protokollen verhandelte Proceß [3]; B. nach dem Gegenſtand 1) petitorius oder 2) possessorius, letzterer mit den Unterarten eines possessorii plenarii s. ordinarii, und momentanei s. summarissimi. Ein verabredeter, gewillkührter Proceß (proc. conventionalis) im Gegenſatz des geſetzlichen (proc. legalis) exiſtirt nur in ſofern, als einzelne Proceßhandlungen und Formen der Wahl der Parteyen überlaſſen werden [4].

3) die Unter=Arten des ſummariſchen Proceſſes ſ. §. 177 f. — Anm. S. 143 f.

4) z. B. durch das Geſetz v. 22. Juli 1819. §. 1. die Form der ſchriftlichen Proceß=Inſtruction, nicht zu verwechſeln mit der Proceß=Art. v. Gönner Comm. S. 27. Nr. 8 S. 279*.

Darſtellung
des
Civil-Processes selbst.

Erſtes Buch.
Proceß in ſtreitigen Angelegenheiten.

Erste Abtheilung.
Allgemeine Grundſätze.

Erſtes Kapitel.
Subjecte des Proceſſes.

§. 8.

Hauptperſonen 1) von Seite der Parteyen.

Im Verfahren über einen Rechtsſtreit können Haupt= und Nebenperſonen auftreten. In jedem Rechtsſtreit ſind weſentliche **Hauptperſonen**: von Seite der

---

Zu §. 8. **G. R.** Bayer S. 22. Danz §. 40—42. v. Grolman §. 54 fg. Linde §. 79 f. 109. Martin §. 33. 34. (31. 32.) Thibaut §. 1056.

S. R. Kori §. 9. fg. Schweitzer §. 15 fg.

P. R. Cod. iud. cap. 2. Anm. S. 113. Krüll §. 68 fg. Mündler §. 62 fg.

Parteyen [1]): Kläger und Beklagter [2]), von Seite des Gerichts der Richter [3]). Dieſe alle können als phyſiſche und auch als moraliſche Perſonen vorkommen. Streiten mehrere einzelne Perſonen aus gemeinſchaftlichem Intereſſe, ſo ſind ſie Streitgenoſſen (litis consortes) und können, wie andere Corporationen zur Streitgenoſſenſchaft und Beſtellung eines gemeinſchaftlichen Anwalts von Amtswegen aufgefordert und angehalten werden [4]).

§. 9.

Rechte der Parteyen.

Die Rechte der Theile ſind in der Regel gleich [1]);

---

1) Dazu kommt im Fall der Principal-Intervention (§. 221.) auch der Principal-Intervenient, Cod. iud. cap. 8. §. 4. Nr. 2.

2) Die Hauptparteyen heißen im ſummariſchen Proceß Implorant und Implorat; im Arreſtproceß Impetrant und Impetrat; im präparatoriſchen Provocations-Proceß ebenſo, oder auch Provocant und Provocat resp. Diffamat und Diffamant. Anm. S. 146. 194. 195. 504. vergl. §. 161. 165. 167.

3) vergl. §. 12 f.

4) Cod. iud. cap. 7. §. 2. Nr. 9. §. 4. Nr. 3. §. 5. Nr. 4. vgl. die Lehre von der ſubjectiven Cumulation. §. 89.

Zu §. 9. G. R. Bayer S. 32. Danz §. 41. 42. v. Grolman §. 58a. Linde §. 118. Martin §. 58. (36.) Thibaut §. 1057.

S. R. Kori §. 9. Schweitzer §. 55 fg.

B. R. Mündler §. 80 fg.

1) arg. §. 6. et §. 1. cap. 9. Cod. iud.

Digitized by Google

der Beklagte hat aber den Vorzug: a) des letzten Worts [2]), b) der Entbindung von der Klage bei mangelhaftem Beweiſe des Klägers, insbeſondere, wenn mehrere gleichförmige und gleichwahrſcheinliche Zeugen ſich widerſprechen, c) bey der Colliſion gleichgeltender und gleichwahrſcheinlicher Urkunden [3]), und d) im Zweifel der Zulaſſung zum Eide vor dem Kläger [4]). Durch Aufſtellung einer wirklichen Einrede wird er Kläger [5]). Iſt zweifelhaft, wer als Kläger zu betrachten ſey, ſo wird der zuerſt ſich meldende dafür gehalten [6]); klagen beyde Theile zugleich, ſo entſcheidet das Loos [7]).

§. 10.

Legitimation zur Sache.

Legitimation iſt die Nachweiſung, welche eine vor Gericht handelnde Perſon über ihre Zuläſſigkeit zur

2) Cod. iud. cap. 6. §. 13.

3) Cod. iud. cap. 10. §. 20. Nr. 7. cap. 11. §. 10. Nr. 3. cap. 12. §. 2. Nr. 8. Anm. S. 306. u. 422.

4) Cod. iud. cap. 13. §. 3. Nr. 2. 4. 8.

5) Anm. S. 306.

6) Cod. iud. cap. 4. §. 16. — cap. 17. §. 3. — Cod. civ. II. 12. §. 13. Nr. 2. — 5. §. 12. Nr. 2. III. cap. 1. §. 14. Nr. 6. und daher auch IV. §. 3. Nr. 3. Anm. S. 638.

7) Cod. civ. II. 5. §. 12. Nr. 2. — Andere Fälle der Entſcheidung durch Loos. Cod. civ. III. 1. §. 14. Nr. 16. — 7. §. 4. Nr. 8. — IV. 5. §. 3. Nr. 3.

Zu §. 10. G. R. Bayer S. 28. 135. 154. Dänz §. 124 f. v. Grolman §. 56. Linde §. 43. 115. Martin §. 34. 36. 74. 76. 80. (32. 34. 72. 74. 78.) Thibaut §. 1058. 1091. 1097.

gerichtlichen Verhandlung liefert. Die Partey legitimirt ſich **zur Sache** (legitimatio ad caussam) [1]) der Anwalt zur **Praxis** (leg. ad praxin, §. 43.) und **zu dem** ſpeziellen **Proceß** (legit. **ad processum**, **ad acta** §. 50.) [2]). Die Legitimation zum Proceß iſt Offizial-Sache des Richters [3]). — Wer klagen kann, iſt auch befugt zu excipiren. Niemand darf ſich aber mit unter Dritten eingegangenen Rechtsverhältniſſen (exceptio de iure tertii) ſchützen [4]), auſſer a) wenn da-

---

S. R. Kori §. 10. Schweitzer §. 34.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 1. Krüll §. 262 f.

1) der Kläger active, der Beklagte passive.

2) Mit dieſer gemeinrechtlichen Eintheilung ſtimmt im weſentlichen der Text der bayer. G. O. überein. Freyh. v. Kreitmayr weicht nur in den Ausdrücken ab, wenn er, Anm. S. 258. lit. d., die erſte legitimationem personae, und die Legitimation des Gewalthabers legit. ad caussam nennt, und doch erſtere ad materialia caussae rechnet. Schon Krüll §. 262. ſeiner Einleitung hat ſich dadurch nicht abhalten laſſen, unter Bezug auf Cod. iud. cap. 7. §. 1., die Ausdrücke nach der richtigern Theorie zu ſetzen. Denſelben Weg geht der von Kreitmayr ſelbſt angeführte Ludovici cap. III. §. 6. der Einleitung zum Civilproceß.

3) Nicht die Legitimation zur Sache. — Anm. a. a. O. „und davon iſt auch hier allein die Rede.“ — Die Officialpflicht in Bezug auf Legitimation fällt bei Concurſen weg, da bei ſolchen die Einrede ihres Mangels lediglich den Parteyen überlaſſen iſt. Cod. iud. cap. 19. §. 8. Nr. 7. — Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 36. Geſetzbl. 1819. S. 80.

4) Cod. iud. cap. 6. §. 5.

durch das Klagerecht ausgeſchloſſen wird, b) dem dritten der Regreß gegen den Beklagten zuſteht, c) der Beklagte den Dritten zu vertreten hat [5]) d) oder ſonſt eine geſetzliche Ausnahme ſtatt findet [6]). — Wer ohne Paſſivlegitimation ſich auf einen Streit einläßt, wird als Beſitzer angeſehen (possessio ficta) [7]) und haftet für den Werth der vindicirten Sache und für die Koſten [8]).

§. 11.

Fähigkeit, vor Gericht zu handeln.

Jedem ſteht frey, in eigener Sache vor Gericht zu erſcheinen, wenn er ſie vorzutragen fähig iſt, und die Befugniß vor Gericht zu handeln (personam standi in iudicio) hat [1]). I. Gänzlich unfähig ſind: Verſtandesloſe, gerichtlich erklärte Verſchwender [2]), und zur

5) z. B. als Erbe, Mandatar, Vater, Vormund, Ceſſionar. Anm. S. 242. Vergl. Cod. civ. I. 5. §. 2. Nr. 2 und 4. — 7. §. 5. Nr. 5. §. 26. Nr. 5.

6) z. B. bey Bürgſchaften und Nachlaßverträgen, ebd. S. 241.

7) Cod. civ. P. III. cap. 1. §. 9. Nr. 9.

8) ib. II. cap. 2. §. 7. Nr. 3.

Zu §. 11. G. R. Bayer S. 26. Daxz §. 40. v. Grolman §. 55. Linde §. 114. Martin §. 55. (33). Thibaut §. 1059.

S. R. Schweitzer §. 33.

B. R. Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 173. lit. a. Krüll §. 139. Mündler §. 100—102.

1) Cod. iud. cap. 3. §. 6 cap. 7. §. 1.

2) Cod. civ. P. I. cap 7. §. 37.

Kettenſtrafe Verurtheilte [3]). II. In gewiſſem Betracht unfähig ſind: 1) die zum Tode Verurtheilten in Bezug auf letzte Willensverordnungen und Schenkungen unter Lebenden [4]); 2) die noch unter väterlicher Gewalt ſtehen, ausgenommen wegen freyer Peculien [5]); 3) Mitglieder geiſtlicher Orden ohne Einwilligung ihrer Obern [6]); 4) Ehefrauen ohne ihres Mannes Wiſſen und Willen, ausgenommen in Bezug auf Rezeptizgüter [7]); 5) Minderjährige und Unmündige ohne Auto-

3) Strafg. 1813. I. art. 5. §. 2.

4) Strafg. 1813. I. art. 7. 8. — v. Wendt Grundr. §. 15.

5) Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 173. lit. a. — Peculium castrense, vel quasi et adventitium irregulare. Cod. civ. P. I. cap. 5. §. 4 u. 6.

6) Anm. S. 174. Vergl. jedoch E. vom 24. Merz 1809. Rgbl. 1809. S. 906. u. Verf. U. 1818. Tit. IV. §. 9. Beyl. II. §. 28. 31. — Anhang I. art. VII. — Geſetzbl. 1818. S. 117. 156 f. 418. — Ueber Eigenthumsfähigkeit der Religioſen ſ. Moritz Nov. zum LdR. S. 319 f.

7) Anm. S. 174. Cod. civ. P. I. cap. 6. §. 27. Nr. 1. — Das Widerrufungsrecht des Mannes dauert fünf Jahre vom Tage der Kenntniß. ebd. Nr. 3. — Die ſächſ. Geſchlechts-Curatel (Kori §. 20.) iſt im bayer. R. nicht angenommen. LdR. 1616. I. art. 16. Anm. zu Cod. iud. S. 174. — zu Cod. civ. P. I. S. 417. 339. — Verſchieden davon iſt das Amt des Anweiſers bey Certiorationen der Siegelmäßigen. Verf. Urk. Beyl. VIII. §. 2. Geſetzbl. 1818. S. 326. (ein Ausdruck, der ſich ſchon im Rechtbuch Ludwig's des Bayern Tit. I. §. 10. (Heumanni opusc. pag. 56.) findet).

rität ihres Curators oder Tutors [8]; 6) Beamte ohne Conſens der Regierung; 7) Städte und Märkte ohne Genehmigung der adminiſtrativen Oberbehörden. [9]. Leibeigene wurden in Bayern nicht zu den Unfähigen gerechnet [10].

§. 12.

Hauptperſonen 2) von Seite des Gerichts.

Der Richter iſt immer eine moraliſche (juriſtiſche) Perſon; denn das Gericht beſteht geſetzlich aus wenig=

8) Anm. S. 173. — Cod. civ. P. I. cap. 7. §. 17 und 36. Der erlangten venia aetatis ungeachtet kann der Minderjährige vor den Jahren der Volljährigkeit weder als Curator oder Vormund handeln, noch ohne obrigkeitliche Einwilligung liegende Güter veräuſſern. ebd. §. 36. Nr. 7. II.

9) Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 175. — Nov. z. G. O. S. 203—207. Moritz Nov. II. S. 175—181. III. S. 158—161. IV. S. 140—146. — Kann ſolcher Conſens ſupplirt werden? Vergl. Cod. civ. IV. 1. §. 5. a. E. Hofr. O. vom 16. Aug. 1779. art. III. §. 5. Mayr General. I. S. 163. — Cod. civ. IV. 13. §. 1.

10) Anm. S. 174. — Cod. civ. P. I. cap. 8. — Die Leibeigenſchaft iſt ganz aufgehoben durch die Conſt. vom 1. Mai 1818. Tit. I. §. 3. V. v. 31. Aug. 1808 und V. U. v. 26. Mai 1818. Tit. IV. §. 6. Regbl. 1808. S. 987 u. 1933. Geſetzbl. 1818. S. 116.

Zu §. 12. **G. R.** Bayer S. 40. 47. Danz §. 21. v. Grolman §. 27. Linde §. 79. Martin §. 42. (40.) Thibaut §. 1060.

S. R. Kori §. 23. Schweitzer §. 15.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 2. Anm. S. 116. Krüll §. 69.

ſtens zwey phyſiſchen Perſonen, dem Richter und dem Gerichtsſchreiber (Actuar §. 60.) [1]. In dem letzten engern Sinn iſt der Richter diejenige Gerichtsperſon, welche die ſtreitigen Verhandlungen der Theile leitet, entſcheidet und vollziehen läßt.

§. 13.

Rechtliche Quellen der Gerichtsbarkeit a) Compromiß und b) Realrecht.

Die Befugniß, ſtreitige Angelegenheiten zu inſtruiren, zu entſcheiden und vollziehen zu laſſen, d. i. die Gerichtsbarkeit (§. 2.) kann ſich gründen: I. auf bloßen Auftrag der Theile, Compromiß [1]), durch Vertrag (receptum) mit dem Schiedsrichter (arbiter), wozu ſie ſoweit befugt ſind, als ſie ſich vergleichen können (§. 67). Der ſo erwählte Richter [2]) ohne

---

1) Cod. iud. cap. 2. §. 3.

Zu §. 13. **G. R.** Bayer S. 43. Danz §. 6. Linde §. 7. 60. Martin §. 1. d. 41. (39). Thibaut §. 726 f. 1061.

S. R. Kori §. 26. u. 74. Schweitzer §. 16. S. 35.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 22. cap. 17. §. 2. Anm. S. 106. u. 560. Krüll §. 55. 65. 553 f.

1) Bedeutung des Wortes Compromiß im ſächſiſchen Proceß — als Vertrag der Parteyen und Anwälte über Friſtverlängerungen. Kori §. 36. S. 68. Note 2.

2) Einer oder mehrere der Sache Verſtändige. Vergl. Krüll Einl. §. 556. Gönner Archiv IV. S. 419. Puchta W. H. das Inſtitut der Schiedsrichter.

Unterſchied zwiſchen arbiter und arbitrator [3]) ſoll, wo nicht der Vertrag anders disponirt, die Rechte der ordentlichen Obrigkeit haben, muß aber die Execution ſeines Ausſpruchs (laudum) [4]) dieſer überlaſſen. II. Auf Realrecht durch Grundbeſitz, Patrimonial-Gerichtsbarkeit im weitern Sinn [5]) (gutsherr-

3) Thibaut §. 155. — Cod. iud. cap. 17. §. 2. Nr. 4. — Vorbehalt richterlicher Moderation bey dem Ausſpruche des Arbiter über das Kaufpretium. Cod. civ. IV. 5. §. 7. Nr. 3.

4) Von Appellationen dagegen ſ. §. 162. — Zu ſolchen Schiedsgerichten würden auch Ehrengerichte (zu Verminderung und Vermeidung des mit der Religion, dem Sittengeſetze und der bürgerlichen Ordnung gleich unverträglichen Zweykampfs — einer Selbſthülfe, welche um ſo weniger dort als Ehrenſache betrachtet werden kann, wo ſie zugleich eine Verletzung des zu Beobachtung ihres Verbots gegebenen, gerichtlichen Ehrenworts enthält —) gehören, hätte 1828 eine Vereinigung der Stände über den in der wohlthätigſten Abſicht an ſie gebrachten Geſetzentwurf ſtatt gefunden. Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. F. Geſetzbl. 1828. S. 21. Vergl. Verhdl. Bd. XV. 140. 254. 515. XVII. 164. 172. XVIII. 9. — Beyſpiel von Compromiſſen über die Legitima. Cod. civ. III. 11. §. 8. Nr. 5.

5) Aelteſte Form ächt teutſcher Gerichte. — Was ſind Patrimonial-Aemter der Römer? Vergl. L. 18. §. 18. 19. D. de muner. et honor. (L. 4.) — Hiſtoriſcher Urſprung derſelben in Bayern. — Die Handveſte oder der große Gerichtskauf unter Herzog Otto v. B. zu Landshut 1311. — Lünig vom landſäſſigen Adel. Tit. I. S. 567. Anm. S. 96. (Vergl. §. 2.). — Gänzlich aufgehoben wurde die P. G. in ſtreitigen Angelegenheiten durch die Conſt. v.

liche G.). Sie wird nach den Beſtimmungen der Edicte [6]) vom 26. Mai 1818 ausgeübt: A. durch Herrſchaftsgerichte a) der vormals reichsſtändiſchen Fürſten, Grafen und Herrn, der Standesherrn; als Stadt- und Herrſchaftsgerichte haben ſie in ſtreitigen und nicht ſtreitigen Fällen gleiche Zuſtändigkeit mit den königlichen Stadt- und Landgerichten, und die Berufung geht von ihnen in zweyter Inſtanz an eine ſtandesherrliche Juſtizkanzley [7]), in dritter an das königl. O. A. G. — b) Herrſchaftsgerichte anderer Gutsbeſitzer, welche α) als ſolche ſchon 1806 beſtanden, und entweder fortbeſtehen, oder wiederhergeſtellt werden können, wenn ſie ein geſchloſſenes [8]) Gebiet bilden, und wenigſtens 300 Familien faſſen und in je-

---

1. Mai 1808. Tit. I. §. II., und die Edicte vom 24. Juli 1808. §. 7. u. 16. und 8. Sept. 1808. §. 16. 22. 23. Regbl. 1808. S. 987. 1787. 1790. 2249. 2252., ſo daß nur die Gerichte erſter Inſtanz der Mediatiſirten den königl. Untergerichten gleichgeſtellt blieben. — Zum Theil hergeſtellt wurde die P. G. durch Edict vom 16. Aug. 1812. Regbl. 1812. S. 1505 f., welches I. Herrſchaftsgerichte A. erſter Klaſſe — der Mediatiſirten, B. zweyter Klaſſe — der Majoratsbeſitzer und ordentlichen Kronvaſallen, II. Ortsgerichte — dieſe ohne Gerichtsbarkeit in ſtreitigen Fällen, anordnete.

6) Beyl. IV. §. 18 f. Beyl. VI. §. 31 f. d. V. U. — Geſetzbl. 1818. S. 189 f. 197. 221. 229 f

7) Von dem fürſtl. Thurn und Taxiſchen Civilgericht I. Inſtanz, ſ. königl. Deklaration v. 27. Merz 1812. §. II. lit. a. Regbl. 1812. S. 842. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 134.

8) Worin früher keine fremde Gerichtsbarkeit geübt wurde.

dem Fall ohne Blutbann; *b*) nach dem Edict vom 16. Auguſt 1812 [9]) ſchon gebildet und ausgeſchrieben (d. i. öffentlich bekannt gemacht); *c*) mittelſt Anweiſung eines ganzen Gütercomplexes, unmittelbar aus einer königl. Dotation oder in Folge eines Staatsvertrags entſtanden ſind. B. durch Patrimonialgerichte im engern Sinn, und zwar a) erſter Klaſſe, welche Gerichtsbarkeit in ſtreitigen [10]) und nicht ſtreitigen Sachen, b) zweyter Klaſſe, welche nur freywillige Gerichtsbarkeit haben.

§. 14.

c) Staats-Amt.

III. Auf königliche Ernennung zu einem richterlichen Staatsamt. Dieſes beſteht A. für das ganze Königreich [1]) in dem Oberappellations-Ge-

---

9) ſiehe Note 5.

10) Der Unterſchied von den ſtandesherrlichen liegt im Mangel der Befugniß zu Unterſuchungen.

Zu §. 14. **G. R.** Bayer S. 46. 55. Danz §. 24. 403. v. Grolman §. 28. Linde §. 75. 76. Martin §. 41. 43. (39. 41.) Thibaut §. 1062.

P. R. Kori §. 27. u. 30. Schweitzer §. 18. 19.

B. R. Cod. jud. cap. 2. Krüll §. 63 f. Mündler §. 16 f.

1) Jetzt auch competent als Reviſionsgericht und Caſſationshof für den Rheinkreis, nach V. v. 29. Juni 1832, Regbl. 1832. S. 439. — Für denſelben war früher ein ſolches Tribunal mit dem Appellationsgericht, ſeit dem 10. Juli 1816 zu Zweybrücken, (vorher ſeit 20. Okt. 1814 in Trier und ſeit 27. Juli 1815 in Kaiſerslautern) vereini-

richt [2]) mit 1 Präſidenten, 3 Directoren [3]) und 30 Räthen; B. für jeden der acht Kreiſe [4]) in einem Appellationsgericht von 1 Präſidenten, 2 Directoren (oder 1 Vicepr. u. 1 Dir.) und 16 Räthen [5]), jetzt auch mit Aſſeſſoren [6]), außerdem in einem Han-

---

get. Samml. d. Verordn. des Rheinkr. I. S. 230. II. S. 6. Amtsbl. 1816. S. 102. V. v. 22. Sept. 1820. ebd. S. 145. — (Böcking) Ueberſ. des mündl. Verfahrens. 1821. S. 12. Durch jene Vereinig. des Caſſationshofes für d. Rheinkreis mit dem O. A. G. ſoll an der innern Verfaſſung des erſtern, — bezüglich auf die erforderliche Anzahl der Richter, — auf das Verfahren, — und auf die in Anwendung zu bringenden Geſetze, — nichts abgeändert werden. V. v. 29. Juni 1832. §. III. Regbl. 1832. S. 459. — Die Wirkſamkeit dieſes neuen Tribunals, feſtgeſetzt auf den 1. Okt. 1832, begann d. 1. Dec. 1832. V. v. 15. Sept. deſſ. Jrs. ebd. S. 599.

2) Seit dem 24. Juli 1808. Regbl. 1808. S. 2786. Vorher beſtanden, ſeit 1803, drey oberſte Juſtizſtellen zu München, Bamberg und Ulm, früher ein Reviſorium zu München. Rgbl. 1803. S. 259. 543. Schunck Jahrb. I. 217.

3) Dann 2 Präſ. 4 Dir. u. 34 Räthe, Dr. M. Jäck Ueberſ. der Juſt. Org. S. 36—44. — auch 1 Präſ. 1 Vicepr. u. 3 Dir. Rgbl. 1826. S. 663. — jetzt 1 Präſ. 5 Dir. u. 39 Räthe. V. v. 29. Juni 1832. Rgbl. S. 459. Die verſchiedenen Anträge der Stände auf Vermehrung des O. A. G. Perſ. ſ. in v. Delling's Repert. voce O. A. G.

4) Vorher 9 Kreiſe ſeit dem 23. Sept. 1810. Regbl. S. 809. und früher 15 Kreiſe ſeit dem 21. Juni 1808. Rgbl. S. 1481.

5) Seit dem 2. Febr. 1817. Regbl. 1817. S. 49. — zugleich Wechſelgerichte zweyter Inſtanz. Siehe Note 12.

6) V. v. 9. Febr. 1818. Geſetzbl. 1818. S. 25. Vorher wa-

dels=Appellationsgericht zu Nürnberg [7]) und einem Wechſel A. G. zu Augsburg [8]), beyde mit Aſſeſſoren vom Handelsſtande. C. Als königliche Untergerichte handeln a) die Kreis= und Stadtgerichte, eine privilegirte erſte Inſtanz [9]), erſter und zweyter Klaſſe [10]), und die Landgerichte [11]), welche

---

ren neun Appellationsgerichte, ſeit 1808, ſechs je für zwey Kreiſe, mit 1 Präſ., 2 Dir. und 16 Räthen, drey je für einen Kreis mit 1 Präſ., 1 Dir. und 8 Räthen. Früher 4 Hofgerichte zu München, Straubingen, Amberg und Neuburg ſeit 1803, und vorher ein Hofrath zu München als Mittel=Appellationsinſtanz und ihm untergeordnet vier Regierungen, zu Landshut, Straubingen, Amberg und Neuburg (Status v. 25. Juni 1799.) Mayr Gen. VII. §. 67.

7) V. v. 18. Mai 1809. Regbl. 1809. S. 797.

8) V. v. 3. Okt. 1820. Regbl. 1820. S. 827.

9) Für den Adel und die Siegelmäßigen in den 7 ältern Kreiſen zu München und Landshut; Straubing und Paſſau; Amberg und Regensburg; Augsburg, Memmingen und Kempten; Ansbach, Nürnberg, Erlangen und Fürth; Baireuth und Bamberg; Aſchaffenburg, Würzburg u. Schweinfurth. Geſetzbl. 1818. S. 122. 349. A. Int. Bl. 1818. S. 700 f. 1152 f.

10) Erſtere mit zwey Directoren, letztere mit einem.

11) Ehedem Pfleg= und Landgerichte in Bezirken, welche noch von Karl d. Gr. herrühren. Anm. S. 92. — verändert I. durch die Organiſation vom 24. Merz 1802. Regbl. 1802. S. 237. — Die Beſchreibung der neuen Gebiete und eine Karte derſelben, ſ. in Mayr's General=Index 1806. — II. durch die neue Territorial=Eintheilung vom 21. Juni 1808. 23. Sept. 1810 und 20. Juni 1817. Regbl.

nur in einem Kreiſe in drey Klaſſen [12]) geſondert, überhaupt aber zur Zeit noch nicht nach allgemeiner Regel und daher ſehr verſchiedenartig [13]) beſetzt ſind;

1808. S. 1481 f. 1810. S. 809. 1817. S. 113 f. 137. — Von dem Geſchäftsumfang dieſer Landgerichte findet ſich eine meiſterhafte Schilderung in Reingruber (jetzt Freyherr von Veguel) über den Wirkungskreis eines Landgerichts im Königreich Baiern. 1814. — insbeſondere Bd. I. S. 81 f.

12) im Obermainkreiſe nach der Kreis-Eintheilung vom 20. Febr. 1817. Regbl. 1817. S. 117. (Hof- und Staats-Handbuch des Königreichs Bayern. 1819. S. 417 f.), bereits verfügt für den ehemaligen Mainkreis in der V. die Organiſation der Polizey- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen deſſelben betr. v. 6. Jan. 1812. Regbl. 1812. S. 172, und ebenſo in ſolchen des Rezatkreiſes. ebd. S. 177, beydes in Bezug auf die organiſche Verordnung vom 31. Aug. 1810, welche, nach der Territorial-Eintheilung von 1810 im Inn- und Eiſakkreiſe drey Klaſſen von Landgerichten nach der Einwohnerzahl und andern Verhältniſſen beſtimmte, und das Landgericht I. Kl. mit einem Landrichter und einem Adjuncten, das Landgericht II. Kl. mit einem Landr. und einem Aktuar, das Landgericht III. Kl. blos mit einem Landrichter beſetzen ließ. Regbl. 1810. S. 914. — wie auch in den neu erworbenen Theilen des damal. Salzach- und Oberdonau-Kreiſes (Hof- u. Staatshandb. des Königr. Baiern. 1812. S. 166) geſchah. Der Form, aber nicht dem Namen nach finden ſich ſolche Klaſſen auch in den andern 6 Kreiſen dieſſeits des Rheins.

13) Das zur Zeit jüngſte Staatshandbuch für das Königreich Bayern von 1835 zeigt zwölf verſchiedene Arten der Beſetzung, nachgewieſen in folgender

Ueberſicht der königl. bayeriſchen Landgerichte.

Arten der Landgerichte.	Die Landgerichte ſind beſetzt mit					in den Kreiſen								
	Landrichtern	Aſſeſſoren	Crim. Adjunkten	Civil-Adjunkten	Actuare	Iſar-	Oberdonau-	Regen-	Unterdonau-	Rezat-	Obermain-	(Klaſſe).	Untermain-	Summen.
I.	1	2	—	—	1	10	9	7	2	2	4	I.	—	34
II.	1	—	1	1	1	—	—	—	—	—	2	I.	—	2
III.	1	2	—	—	—	13	7	14	30	20	14	I.	—	98
IV.	1	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1
V.	1	1	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	1	3
VI.	1	—	1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	1
VII.	1	—	—	1	1	—	—	—	—	3	5	I.	1	9
VIII.	1	1	—	—	—	2	1	1	—	—	1	I.	—	5
IX.	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	1
X.	1	—	—	—	1	3	—	—	—	3	1	I.	35	42
XI.	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	4	II.	—	4
XII.	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	III.	—	3
						29	19	22	32	29	34	—	38	203

203

Vermehrt iſt dieſe Zahl durch Errichtung eines neuen Landgerichts zu Wemding im Rezatkreiſe, aus Parcellen des Land-

für Wechſel= und Mercantilſachen die Wechſel= und Mercantilgerichte erſter Inſtanz [14]).

§. 15.

Uebertragung (Delegation) der Gerichtsbarkeit.

Die gänzliche Entſcheidung einer oder mehrerer Sachen kann von keinem königlichen Gericht oder Beamten ohne landesherrliche Erlaubniß andern übertragen (delegirt) werden [1]). Die königl. Behörden können zur bloſſen Inſtruction oder Unterſuchung einer Sache, oder zu Vornahme einzelner Handlungen, Auf=

---

gerichts Monheim, mit einem Landrichter und einem Actuar, wogegen die Stelle eines Actuars in Monheim eingezogen iſt. R. v. 26. Aug. 1834. Regbl. 1834. S. 1038. — Die Total=Summe beträgt hienach 204, die der Landgerichte im Rezatkreiſe 30, darunter 1 der I., und 4 der X. Art, im ganzen 33 der I. und 43 der X. Art.

14) Geſetz vom 11. Sept. 1825. §. 8. Geſetzbl. 1825. S. 45. B. v. 26. und 29. Oct., dann 6. u. 28. Nov. 1825. Rgbl. S. 785. 792. 801. 808. 849. 961. — Staatshandb. 1827. S. 114. 115. 121 f. 1833. S. 174. 184. 191. 200. 213 — 215. 228. 241. — Verord. v. 28. Mai 1834. Regbl. 1834. S. 1049.

Zu §. 15. G. R. Bayer S. 114. v. Grolman §. 137. Linde §. 68. Note 6. u. §. 69. Martin §. 68. (66.) Thibaut §. 1062. 1063.

S. R. Kori §. 25. 242 f.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 18. Anm. S. 84. Krüll §. 57.

1) Auch nicht durch Actenverſendung ſ. §. 212.

träge ertheilen (committiren); der untergeordnete Beamte darf aber, ohne Anfrage bey den ihm vorgeſetzten Behörden, das Commiſſorium einer ihm nicht vorgeſetzten nicht annehmen. Der Commiſſarius darf ſubſtituiren nur, wenn ſein Commiſſorium dieſe Befugniß ausdrückt [2]). Die Uebertragung der Patrimonialgerichtsbarkeit im weitern Sinn (§. 13.) von dem Gerichtsinhaber an einen Patrimonialrichter iſt Regel und geſetzlich nöthig, wenn dem Gerichtsinhaber die richterlichen Eigenſchaften mangeln [3]). Die Uebertragung der Patrimonialgerichtsverwaltung an ein königl. Landgericht iſt in der Regel nicht und ausnahmsweiſe nur mit Genehmigung der Kreisregierung und des Appellationsgerichts längſtens auf zwey Jahre geſtattet, wenn der Gerichtshalter durch Krankheit oder ſonſt legal gehindert iſt, das Gericht ſelbſt zu verwalten [4]). Die Beamten der Herrſchaftsgerichte können proviſoriſch in dringenden Fällen die Functionen eines bey einem andern ſolchen Gerichte abgängigen Beamten übernehmen, nicht aber bey mehreren ſolchen Gerichten zugleich angeſtellt ſeyn [5]). Dieſes letztere iſt aber den Patrimonialrichtern erlaubt [6]).

---

2) Von den übrigen Pflichten deſſelben ſ. §. 18. — Delegation zur Teſtaments-Aufnahme. Cod. civ. III. 4. §. 2. Nr. 11. zur Vormundſchaftsbeſtellung. Anm. zu Cod. civ. I. 421. xr. —

3) Beyl. VI. zur V. U. §. 50. Geſetzbl. 1818. S. 237.

4) ebd. §. 45. — S. 236.

5) ebd. §. 43. S. 235.

6) Vorausgeſetzt, daß ſie nicht über vier Stunden von den entlegenſten Gerichts-Hinterſaſſen entfernt wohnen und daß

§. 16.

Aufhören der Gerichtsbarkeit.

Die Gerichtsbarkeit hört auf A. mit dem Amt oder Auftrag, B. mit dem Realrecht, auf welchem ſie beruht. Die Befugniß zu ihrer Ausübung im Richteramt a) geht verloren durch Dienſtentſetzung (Caſſation), Dienſtentlaſſung (Dimiſſion), b) wird verändert durch Herabſetzung auf eine geringere Stelle (Degradation) und c) zeitig aufgehoben durch Amtsſuspenſion [1]). Als Realrecht geht die Gerichtsbarkeit a) verloren *a*) durch ſtillſchweigende oder ausdrückliche Entſagung. Erſtere iſt enthalten in dem Verſäumen des zur Abgabe der Erklärung über den Fortbeſtand oder die Bildung der gutsherrlichen Gerichte feſtgeſetzten Termins [2]) *b*) durch Aufhören der zu Ausübung ſolcher Gerichtsbarkeit erforderlichen Eigenſchaft des Guts [3]),

---

der Amtsſitz an einem beſtimmten Orte bleibt. Ebd. §. 44. S. 236.

Zu §. 16. **G. R.** Linde §. 74. Thibaut §. 1064.
S. R. Kori §. 26. Schweitzer §. 17.
B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 22. Anm. S. 115. Krüll §. 67.

1) Strafg. 1813. I. art. 22. Anm. z. Strafg. I. S. 53 f. v. Wendt Grundr. §. 19. S. 23. — Daſſelbe findet auch bey gutsherrlichen Beamten ſtatt. Beyl. VI. z. V. U. §. 34. 60. 61. Geſetzbl. 1818. S. 239 f.

2) Der 1. Jan. 1820. a. a. O. §. 40. S. 154. Vergl. 34. a. E. S. 274.

3) Die Qualität a) eines Majorats b) des Lehrs c)

c) durch Heimfallen des Guts an den Staat; b) ſie wird ſuspendirt, a) wenn mehrere unabgetheilte Erben eines mit der Gerichtsbarkeit bekleideten Guts den Auftrag zu Ernennung eines Stellvertreters nicht erfüllen; b) wenn der Gutsherr durch den Ausſpruch der Gerichte, wegen ſchweren Mißbrauchs, der Gerichtsbarkeit auf ſeine Lebenszeit verluſtig erklärt wird [4]), c) wenn das Gut auf einen Nichtadelichen übergeht [5]). Die ausdrückliche Verzichtleiſtung auf gutsherrliche Gerichtsbarkeit wurde in neuerer Zeit ein vorzüglich wichtiger Gegenſtand der Geſetzgebung. Zuerſt beſtimmte eine königliche Erklärung die Bedingungen, unter welchen die Abtretung der Gerichtsbarkeit von adelichen Gutsbeſitzern an den Staat und zwar ohne Entſchädigung angenommen werden ſolle [6]). Dann wurde in der

oder andere Vorbedingungen der Gerichtsbarkeit. a. a. O. §. 134. S. 273.

4) Dies geſchieht jedoch unbeſchadet der Rechte ſeiner Erben und anderer Rechtsnachfolger. a. a. O. §. 132. S. 273.

5) So lange, bis das Gut wieder in die Hände eines Adelichen kommt. ebd. §. 133. — Der Uebergang auf gerichtsbarkeitsfähige Erben und Singularſucceſſoren im Wege der freywilligen oder nothwendigen Veräuſſerung ſoll der Kreisregierung angezeigt und im erſten Fall auch ein Stellvertreter benannt werden. a. a. O. §. 129. 130. S. 271 f.

6) Allerhöchſte Erklärung vom 2.—7. Oct. 1829. Nach Inhalt derſelben ſind die Bedingungen, unter welchen die freywillige Abtretung der ſtreitigen Gerichtsbarkeit durch adeliche Gutsbeſitzer an den Staat von dieſem angenommen werden ſoll, I. daß ſolche Gerichtsbarkeit nach den Beſtim-

Abſicht, die beſtehenden Hinderniſſe einer vertragsmäßigen Vereinbarung mit den Inhabern ſtandes= und gutsherrlicher Gerichte über ſolche Abtretung zu beſeitigen, denſelben durch Geſetz 7) im Fall der Verzicht=

mungen des VI. Edicts zur Verfaſſungs=Urkunde rechtlich und verfaſſungsmäßig begründet (vergl. Note 8.), und daß die Einwilligung der dabey betheiligten Agnaten, Mitbelehnten u. ſ. w. nachgewieſen ſey; II. Entſchädigung für die Abtretung wird nie bewilliget, ſolche gereicht nach genauer Erwägung aller Rückſichten zum eigenen Vortheil des Gutsbeſitzers. III. Dagegen werden alle auf der Gerichtsbarkeit erweislich haftenden Laſten übernommen, wohin jedoch nicht gezählt werden dürfen, bereits vorhandene Quiescenz=Gehalte, Wittwen=Penſionen und Alimentationen von Waiſen, welche vielmehr dem Gutsherrn überlaſſen bleiben. IV. Das wirklich active Gerichts=Perſonal, ſoweit daſſelbe nach den im Edict VI. zur Verfaſſungs=Urkunde ausgedrückten Vorſchriften angeſtellt und beſtätiget iſt, wird mit ſeiner Beſoldung, wenn nicht etwa dieſe wegen der damit verbundenen Rentenverwaltung oder andern Nebenverrichtungen den im §. 54. des VI. Edicts zur Verf. U. ausgeſprochenen Normalgehalt unverhältnißmäßig überſteigt, übernommen, muß ſich aber weitere Verwendung im Staatsdienſte gefallen laſſen. Regbl. 1829. S. 803 f.

7) Beyl. V. des Std. Abſch. v. 29. Dec. 1831. Geſetzbl. 1831. S. 251. „Den Inhabern ſtandes= oder gutsherrlicher Gerichte wird im Falle der Verzichtleiſtung auf die geſammte Gerichtsbarkeit für die geſetzmäßigen Taxerträgniſſe E n t ſ c h ä d i g u n g geleiſtet. Es ſoll dabey die Durchſchnitts=Berechnung der Taxanfälle aus den letztverfloſſenen zehn Jahren, ſo weit ſich dieſelben innerhalb des verfaſſungsmäßig gebildeten Gerichtsbezirkes ergeben haben, zu Grunde gelegt, und

leiſtung auf die geſammte Gerichtsbarkeit Entſchädigung nach einer zehnjährigen Durchſchnitts-

---

für die Verwaltungskoſten ein Abzug von einem Drittheil gemacht werden." Art. 1. Die bey den Herrſchaftsgerichten oder Patrimonialgerichten erſter Klaſſe angeſtellten Beamten werden mit ihren Beſoldungen auf die Staatskaſſe übernommen (Art. 2.) und es bleiben den Gutsherrn, der Entſagung ungeachtet 1) ſämmtliche gutsherrliche Rechte nach den nähern Beſtimmungen der §§. 1—24, 96, 111, 114, 115 und 116 des Edicts VI., 2) die geſetzmäßigen Taxen für ſolche Ausfertigungen, welche bey der Ausübung dieſer gutsherrlichen Rechte von den gutsherrlichen Beamten zu machen ſind; 3) die gutsherrlichen Scharwerke, ſie mögen aus der Gerichtsbarkeit oder aus der Grundherrlichkeit hervorgehen rc., 4) die auf der Edelmanns- oder Landſaſſenfreyheit beruhenden Jagdrechte (Art. 4.), 5) das Pfändungsrecht nach §. 118—128. der VI. Beyl. zur V. U., und es wird ihnen, unbeſchadet deſſelben, 6) die Befugniß eingeräumt, von ihren bisherigen Gerichtshinterſaſſen die liquiden Grundgefälle und andere unbeſtrittene, aus der Gutsherrlichkeit entſpringende Leiſtungen im Wege der Execution entweder durch ihre Angeſtellten oder durch Anrufen der kgl. Landgerichte beyzutreiben (Art. 5.). Außerdem bleiben 7) den Standesherrn ihre ſämmtlichen unter Nr. II. §. 18—25. des vierten Edicts zur V. U. nicht begriffenen, d. h. die Rechtspflege nicht betreffenden Rechte vorbehalten (Art. 4.). Die Einwilligung der Lehnfolger oder der Fideicommißanwärter und Gerichte, ſo wie jene der Hypothekgläubiger in ſolche Entſagung wird durch das Geſetz ergänzt (Art. 14.), und die Entſchädigung in Mobiliſirungs-Obligationen des Staats mit einem ihrer Größe entſprechenden Betrage gegeben (Art. 16.). — Beſondere Vorſchriften zum Vollzuge dieſes Geſetzes ſind am 21.

Berechnung für die geſetzmäßigen Taxerträgniſſe zugeſichert, den Gerichtsherrn auch geſtattet, bey Abgabe ſolcher geſammten Gerichtsbarkeit an den Staat die niedere örtliche Polizey mit Inbegriff der Forſt- und Jagdpolizey vorzubehalten 8). Neuerdings iſt, da dieſes

Februar u. 2. März 1833 gegeben und durch die Kr. Int. Bl. bekannt gemacht. Int. Bl. d. Iſarkr. 1832. S. 265—270.

8) Geſ. v. 28. Dec. 1831. Art. 6. Gleiche Befugniß haben die Inhaber der Herrſchaftsgerichte in Anſehung der Diſtrikts-Polizey. ebd. Die vorbehaltene Polizeyverwaltung iſt durch gutsherrliche Behörden auszuüben, die den Namen „herrſchaftliches Commiſſariat“ oder „Patrimonial-Amt“ führen, in den ſtandesherrlichen Bezirken mit dem Beyſatz „ſtandesherrlich“ (Art. 7.). — Inhaber gutsherrlicher Gerichte, mit welchem darüber Streit beſteht a) ob das Jurisdictionsrecht auf einem in Frage gezogenen Gutscomplexe oder auf einzelnen Realitäten im Jahre 1806 begründet geweſen ſey, und b) ob daher die Ausübung dieſer Rechte nach §. 27. der VI. Beylage zur V. U. künftig noch ſtatt finden könne, ſollen mit Aufgebung der fernern Streitverfolgung die in dem Geſetz bezeichneten Zugeſtändniſſe bewilliget werden, wenn ſie der Gerichtsbarkeit auf dem ganzen Gutscomplexe entſagen. Jedoch ſoll dieſe Beſtimmung nur bis zum letzten December 1834 gelten, und von dieſer Zeit ſodann weder von Seite des Staats noch von Seite der Gutsherrn über dieſe zwey Puncte (a u. b) irgend ein neuer Rechtsanſpruch erhoben werden können (Art. 13). — Vindicationen früher bereits durch ein von dem Könige unterzeichnetes und von dem Staatsminiſter des Innern contraſignirtes Genehmigungs-Reſcript anerkannter Gerichtsbarkeiten finden nur bezüglich der Grundholden des Staates, dann der über vier Stunden von dem Gerichtsſitze entfern-

Geſetz lediglich die Rechtsverhältniſſe der auf die Geſammtgerichtsbarkeit freywillig verzichtenden Standes- und Gutsherrn zum Gegenſtand hat, in letzter Beziehung die Fortdauer der erſterwähnten kgl. Declaration verordnet und hinſichtlich der Uebernahme des activen Gerichtsperſonals beſondere Beſcheidung für jeden einzelnen Fall vorbehalten [9].

---

ten Gerichts-Angehörigen ſtatt, und jeder aus einem andern Rechtsgrunde anhängige Proceß iſt kraft des Geſetzes niedergeſchlagen. Beyl. III. des Stde. Abſch. v. 1. Juli 1834. Art. II. Geſetzbl. 1834. S. 38. 39. — Rückkauf der Gerichtsbarkeit des Fürſtenthums Eichſtätt. R. v. 12. Febr. 1833. Regbl. 1833. S. 155. — Königl. Genehmigung der unbedingten Verzichtleiſtung auf die Ausübung der Rechtspflege zweyter Inſtanz von Seite des Standesherrn Karl Grafen von Pappenheim. V. v. 21. April 1834. Regbl. 1834. S. 729.

9) V. v. 31. Jan. 1835. „Wir finden uns bewogen, zu verordnen wie folgt: I. Nachdem das am 28. Dez. 1831 mit Beirathe und Zuſtimmung Unſerer Lieben und Getreuen der Stände des Reichs erlaſſene Geſetz lediglich die Rechtsverhältniſſe der auf die Geſammtgerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Gutsherrn zum Gegenſtande hat, ſo erklären Wir, daß II. in letzter Beziehung Unſere Deklaration vom 30. Sept. 1829. (Regbl. Jahrg. 1829. Nr. 43. S. 803. und 804. [dort findet ſich eine allerhöchſte Erklärung vom 2. Oct. 1829. durch das k. Staatsminiſterium des Innern am 7. Oct. bekannt gemacht ſ. Note 6.] —) ſo weit ſie die Vorausſetzungen der Annahme, die Nichtzuläſſigkeit einer Entſchädigung und die Uebernahme der auf der Gerichtsbarkeit erweislich ruhenden Laſten betrifft, alſo bezüglich der Ziffern

§. 17.

Fähigkeit zum Richteramt. Rechte und Pflichten der Richter. Perhorrescenz und Recuſation.

A. Niemand gelangt zum Richteramt, den Fall des Compromiſſes (§. 13.) ausgenommen, ohne königliche Ernennung oder königliche mittel- oder unmittelbare Beſtätigung [1]). B. Sie ſetzt voraus: Indige-

---

I. II. und III. fortdauern. III. dagegen behalten Wir Uns mit Aufhebung der Ziffer IV. bevor, etwaige Geſuche um Uebernahme des activen Gerichtsperſonals in jedem einzelnen Falle nach Maasgabe der beſondern Verhältniſſe würdigen zu laſſen und zu beſcheiden." Regbl. 1835. S. 66.

Zu §. 17. G. R. Bayer S. 47. 50. 98. Danz §. 24. v. Grolmann §. 27—32. Linde §. 79—82. Martin §. 42. 59. 63. 64. 298. (40. 57. 61. 62. 287.) Thibaut §. 1065. 1127. 1141. a. E. 1259.

S. R. Kori §. 23. Schweitzer §. 17.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 1 u. 2. Anm. S. 116. Nov. z. G. O. S. 133—145. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 123 — 148. III. S. 112—139. IV. S. 106—121. Krüll §. 64. 69 f. Mündler §. 50. f.

1) a) Für die Juſtizbeamten der Standesherrn iſt dieſe durch das Ed. vom 26. Mai 1818. Beyl. IV. der V. U. §. 22. Geſetzbl. 1818. S. 197. im allgemeinen dahin ertheilt, daß dieſe Juſtizbeamten und die Subalternen in den Kanzleien von den Standesherrn ohne beſondere Beſtätigung ernannt werden. b) Die für die Juſtizverwaltung in der mittlern Inſtanz angeſtellten Individuen müſſen aber nach Berichtigung des Qualificationspunkts bey dem königl. O. A. G. durch den Weg des Staatsminiſteriums der Juſtiz

nat[2]), auf dem geſetzlichen Wege nachgewieſene Rechtskunde[3]) und practiſche Fertigkeit[4]), Unbeſcholten-

---

die königl. Genehmigung erhalten. a. a. O. §. 21. c) die perſönliche Qualification der Beamten bei den Herrſchafts- und Patrimonialgerichten wird durch die Regierung und das Appellationsgericht des Kreiſes gemeinſchaftlich unterſucht, und beyde Stellen ertheilen entweder die Beſtätigung, oder fordern den Gutsherrn zu Ernennung eines andern tauglichen Beamten auf.

2) Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Beyl. I. §. 7. Geſezbl. 1818. S. 143. Vgl. V. v. 25. Aug. 1816. Regbl. 1816. S. 547. Durch Indigenat in Verbindung mit dem Eintritt in ein öffentliches Amt erwirbt der Beamte das Staatsbürgerrecht. Ebend. §. 8.

3) Von ſelbſt ſind alſo hienach ausgeſchloſſen: Verſtandesloſe, Blödſinnige, Stumme, Taube. Anm. S. 114. — Nothwendigkeit wiſſenſchaftlicher Bildung v. Gönner Comm. S. 512. — Von der erforderlichen Studienzeit und deren geſetzlichen Abkürzung durch Beſtehen einer theoretiſchen Concurs-Prüfung, examen pro gradu, ſ. V. v. 18. Dez. 1833. vergl. mit V. v. 23. Nov. 1832. Regbl. 1833. S. 1386. und 1832. S. 1017., dann den Satzungen für die Studirenden an den Hochſchulen vom 26. Nov. 1827. §. 15. — von der Pflicht der akademiſchen Lehrer die in dem vom Könige genehmigten Katalog angekündeten Vorleſungen auch wirklich zu halten, ſobald ſich eine angemeſſene Zahl von Zuhörern zur Inſcription gemeldet hat. M. R. v. 31. Dez. 1832. — Akademiſche Aufnahme- und Ausnahm- (Straf-) Prüfungen. V. v. 23. Nov. 1832. Regbl. 1832. S. 1017. Erläut. M. R. v. 12. Aug. 1833. —

4) Verordnungen a) über die Konkursprüfung der Aſpi-

Digitized by Google

ranten zum Staatsdienſt vom 28. Juni 1806. 17. Oct. 1807. (8. Aug. 1809.) 20. Sept. 1809. 21. Merz 1812. 9. Dez. 1817. 3. Okt. 1821. Regbl. 1806. S. 234. 1807. S. 1681. 1809. S. 1330 u. 1737. 1812. S. 541. 1817. S. 1011. 1821. S. 939. — Nach Anordnung vom 6. Mai 1826, ſollten die Conkursprüfungen der Rechtscandidaten immer am 15. Sept. jeden Jahres ſtatt finden, und auch mehrere ſogleich mündlich zu beantwortende Fragen im Juſtizfach und in adminiſtrativen Gegenſtänden vorkommen; dann die Beantwortung einer Frage in jedem Hauptfach in lateiniſcher Sprache geſchehen. Reſcr. vom 11. Mai u. 5. Juni 1826. J. Bl. des Rez.Kreiſes 1826. St. 20. 24. — Eine Verordnung vom 6. Merz 1830 ſtellt die academiſche Schlußprüfung wieder her, und erhebt die Staatsprüfung zu einer theoretiſch praktiſchen, deren mündlicher Theil in einem eigenen Vortrage des Candidaten beſteht. Regbl. 1830. S. 581 — 603. — Die academiſche Schlußprüfung ſoll ausſchließend an der Hochſchule zu München ſtatt finden. V. v. 12. Aug. 1831. Regbl. 1831. S. 527. f. — iſt wieder an die drey Landesuniverſitäten zurückgegeben, indem durch V. v. 17. Dec. 1833. §. I. diejenige vom 12. Aug. 1831. auſſer Wirkſamkeit geſezt wurde. Rgbl. 1833. S. 1391. — Anmeldungstermin V. v. 7. Aug. 1831. Regbl. 1831. S. 519 — beſtätiget 1833. S. 1391. §. II. — Termin der Staats-Concurs-Prüfung und Beſtimmung über die ununterbrochene Bearbeitung des praktiſchen Falls. R. v. 7. April 1833. Rgbl. 1833. S. 307. — Prüfung für den höhern Finanzdienſt. R. v. 26. Juli 1831. b) über Amtspraxis und Acceß bey Stadt- und Appellationsgerichten R. v. 13. Aug. 1812. 28. Jan. und 31. Okt. 1815. 16. Juli 1816. 24. Dez. 1818. Regbl. 1816. S. 483. Moritz Nov. III. S. 129. IV. S. 111. c) über Auſtellung bei Kronfiscalaten V. v. 15. Merz 1816. S. 133. d) über Theilnahme an Landesbewaffnung. V. v. 10. Jan. 1814. Regbl. 1814. S. 83.

Digitized by Google

heit [5]); allenfalls auch Leiſtung einer Amtscaution [6]).
C. Die erſte Anſtellung und jede Beförderung [7])

---

5) a) Von Ehrloſen im gemeinrechtlichen Sinn iſt nach Strafg. 1813. I. art. 22 jetzt nicht mehr die Rede. Anm. S. 114. b) Unfähig, ein Staatsamt fortzuführen, ſind alle wegen Verbrechen Verurtheilte. Strafg. I. Art. 23. — Beyl. IX. z. V. U. v. 1818. §. 9. Geſetzbl. 1818. S. 537. — Wegen vorſätzlicher Vergehen kann gegen den öffentlichen Beamten mit der von ihm verwirkten Hauptſtrafe zugleich die Degradation oder auch Dienſtentlaſſung verbunden werden. Strafg. I. art. 437. — Die Specialinquiſition, nicht die Gerichtsſtellung wegen Vergehen, hat Suspenſion vom Amte zur Folge. Strafg. II. art. 437 und 467. — c) Das ehemalige Erforderniß des Adels oder der Doctorwürde zur Anſtellung in Juſtizdicaſterien, Anm. S. 114 fällt weg ſeit Aufhebung der Abtheilung in die adeliche und gelehrte Bank. R. v. 25. Juni 1799. Nov. z. G. O. S. 135. — d) Können Weiber Patrimonialrichter ſeyn? Anm. S. 114. conf. c. 4. X. de arbitris (I. 43.) — e) Die ehemalige Beſchränkung der Anſtellungsfähigkeit auf Katholiken hat aufgehört. Der erſte Proteſtant im Hofgericht zu München 9. Febr. 1807. Regbl. 1807. S. 361. Schunck Jahrb. I. S. 219. — Vgl. Ed. v. 24. Merz 1809. §. 2 und 13. Regbl. 1809. S. 897. f. Beyl. II. z. V. U. 1818. §. 11. Geſetzbl. 1818. S. 149. — f) Von den ehemaligen jüdiſchen Richtern in Schnaittach am Rottenberg. Anm. S. 115.

6) Allmählige Widereinführung der Amtsbürgſchaften iſt empfohlen durch V. v. 19. Febr. 1819. Vergl. die V. v. 29. Febr. und 12. Mai 1820. 27. Merz und 20. Okt. 1821. 9. April 1822. — Moritz Nov. IV. S. 110.

7) A. Ueber Anſprüche auf Beförderung und Erforderniſſe

derſelben. V. v. 24. Juli 1808. 8. Dec. 1810. 4. Sept. 1812. 10. Jan. 1814. 24. Jan. 1815. 29. Okt. 1822. Regbl. 1808. S. 1785. 1810. S. 273. 1812. S. 1563. 1814. S. 83. 1815. S. 65. Moritz Nov. IV. S. 111. In den Begutachtungen ſoll auf tadelloſes moraliſches Betragen, auf Häuslichkeit und geordnetes Hausweſen die ſorgfältigſte Achtſamkeit gerichtet werden. R. v. 15. Mai 1815. und 18. Juni 1816. Moritz Nov. III. S. 114. — Anordnung öffentlicher Bekanntmachung erledigter Dienſtſtellen des reinen Juſtizfaches mit vierwöchentlichem Termin zur Meldung für die Bewerber. V. v. 29. Jan. 1852. Regbl. 1832. S. 135. Ausgedehnt auf den Rheinkreis. V. v. 10. Febr. 1832. ebd. S. 143. — deutliche Bezeichnung der Vor- und Zunamen bey Vorſchlägen zu Wiederbeſetzung erledigter Dienſtſtellen. V. v. 8. Merz 1809 u. R. v. 27. Juni. 10. Juli 1830. Regbl. 1809. S. 523. Int. Bl. d. Iſarkr. 1830. H. 669. — Zuläßigkeit von Beförderungsgeſuchen ohne Bezeichnung einer speciellen Vacatur. R. v. 2. April 1832. ebd. 1832. S. 561. — Vorſchrift, für jede einzelne Stelle eine beſondere Vorſtellung zu übergeben. Reſcr. v. 18. und 25. Sept. 1832. ebd. S. 1020. — B. Dienſtauszeichnung durch Ertheilung des Civil-Verdienſtordens der bayeriſchen Krone, geſtiftet von König Max Joſeph am 19. Mai 1808. Regierungsblatt 1808. S. 1033. — verbunden mit einem Unterſtützungsfond für Kinder der Mitglieder der drei erſten Klaſſen des Ordens. V. v. 16. Febr. 1834. Regbl. 1824. S. 89. — vermehrt von König Ludwig am 12. Okt. 1334. und 1. Jan. 1835. Regbl. 1834. S. 1073. 1835. S. 17. — Belohnung 50jähriger mit Fleiß und Rechtſchaffenheit und zu allerhöchſter Zufriedenheit zurückgelegter Dienſteszeit, durch Verleihung des k. Ludwigs-Ordens. V. v. 25. Aug. 1827 und 5. Juni 1828. Regbl. 1827. S. 611. 1828. S. 249.

aller Staatsdiener im Juſtizfach iſt ſo gleich definitiv [8]. Auſſer dem Falle eines richterlichen Urtheils (§. 2.) hat der definitiv verliehene Dienerſtand und Standes gehalt die unverletzliche Natur der Dauer auf Lebenszeit [9]. Die Vorſtände und Räthe der Juſtizcollegien, mit Einſchluß der Kreis- und Stadtgerichte verbleiben in ihrer Eigenſchaft als Richter in allen Quiescenz-Fällen [10]) im Bezuge des verliehenen Geſammtgehaltes. Landrichter, Landgerichtsaſſeſſoren und Aktuare behalten ihren fixen Geldgehalt [11]) D. Auf Umzugsgebühren (Erſatz der Umzugskoſten) hat jeder Diener Anſpruch, der, ohne ſein Anſuchen, ohne ſeine Schuld, und ohne hinlängliche Entſchädigung und Beförderung, eigentlich Vermehrung des bisherigen Gehalts, von einem Orte zum andern verſetzt worden iſt [12]). E. Für Amtshandlungen auſſer dem Orte des Gerichts gebühren den Ge-

---

8) Beyl. IX. zur V. U. 1818. §. 4. Geſetzbl. 1818. S. 335.

9) ebd. §. 23. S. 345.

10) ebd. verglichen mit der Dienſtpragmatik vom 1. Jan. 1805. Regbl. 1805. S. 225. f. — auch als Anhang in v. Gönner, der Staatsdienſt 1808. — Eine zur Erleichterung der Staatskaſſen am 17. April 1824. Regbl. 1824. S. 411. f. — über die Ausſcheidung des Standes- und Dienſtgehalt erlaſſene Verordnung wurde von König Ludwig am 8. Merz 1826 auſſer Wirkung geſetzt, ſo daß es demnach gehalten werden ſoll, als wenn ſie nie erlaſſen worden wäre. Regbl. 1826. S. 321.

11) Beyl. IX. z. V. U. §. 23. S. 345.

12) V. v. 16. Aug. 1817. Regbl. 1817. S. 835.

richtsperſonen **Diäten** oder **Commiſſionsgebühren** [13]). F. Alle richterliche Perſonen ſind **eidlich** zu verpflichten [14]), haben ſich aller Bedrückung der Unterthanen [15]), und aller Geſchenkannahme [16]) zu ent-

---

13) Reſcr. vom 18. und 25. Juli 1800. V. v. 9. Mai 1809. 23. Sept. 1817. 27. Sept. 1819. 27. Febr. 1821. 14 Dec. 1822. **Mayr** Gen. VIII. 186 und 18. Regbl. 1809. S. 765. f. 1817. S. 859. f. J. Bl. 1819. S. 953. **Moritz** Nov. IV. S. 111. — **Diäten** der Herrſchaftsrichter, Patrimonialgerichtshalter, Actuare u. ſ. w. R. v. 3. Juni, 2. Juli 1828. Intbl. d. Iſarkr. 1828. S. 497. — Ort, von welchem aus ſie zu berechnen ſind. R. v. 2. Juli 1808. 24. Oct. 1815. und 19. Aug. 1831. ebd. 1808. S. 497. — 1815. S. 961. 1831. S. 721. — **Diäten** der Rechtspracticanten, als Functionäre, und Nicht-Functionäre. R. v. 2. Jan. 1826. ebd. 1826. S. 22.

14) Die Eidesformel bei Verpflichtung a) der Richter überhaupt in Cod. iud. cap. 2. §. 2. b) der Mitglieder der Juſtiz-Collegien, Hofr. Ordn. vom 16. Auguſt 1779. Nov. z. G. O. S. 141. c) der Landgerichtsaſſeſſoren und Aktuare, ſo wie der Civiladjunkten V. v. 4. Juni 1809. Regbl. 1809. S. 921. f. d) der Rechtspraktikanten und Acceſſiſten V. v. 2. April 1812. Regbl. 1812. S. 707. e) der Staabs-, Regiments- und Bataillons-Auditoren. R. v. 2. Febr. 1820. **Moritz** Nov. IV. S. 118. f. der Auditoren bey der Landwehr R. vom 5. Okt. 1811. Regbl. 1811. S. 1633.

15) Strafg. 1813. I. art. 357. 358. 449,

16) Hofr. O. v. 16. Aug. 1779. §. 7. **Mayr** Gen. I. S. 160. — Nov. z. G. O. S. 133. 143. — V. v. 9. Juni 1807. Regbl. 1807. S. 1041. — v. **Feuerbach** Themis S. 185. f. Strafg. 1813. I. art. 355. 356. 443—448. Anm. zu demſelben III. S. 170—182. 330—350.

halten, ſollen Gerichtsgeheimniſſe ſorgfältig bewahren [17], dürfen nicht im ausländiſchen Solde ſtehen, auch, ohne landesherrliche Bewilligung, Privatagentien, Beyſtandſchaften, Vormundſchaften, Teſtamentsexekutionen nicht übernehmen [18], ohne königliche Bewilligung nicht heirathen [19], ohne ſolche keinen fremden Titel annehmen [20], nicht in auswärtige gelehrte Geſellſchaften [21] und gar

---

17) R. v. 21. April 1812 und 27. Mai 1821. — Moritz Nov. III. S. 159. IV. S. 109.

18) Cod. civ. I. 7. §. 3 Nr. 7. Hofr. O. v. 16. Aug. 1779. §. 7. Mayr Gen. I. S. 160. — V. v. 31. Merz 1788. 21. Merz 1794. 15. Juni 1796. 26. Febr. 1798. ebend. IV. S 1069. V. S. 32 und 854. VI. S. 20. — V. v. 31. Aug. 1812. v. Aretin, Annalen II. S. 34. Nr. 5. Moritz Nov. III. S. 131. — V. v. 30. Sept. 1819. J. Bl. 1819. S. 938. ebd. IV. S. 107.

19) Cod. civ. P. I. cap. 6. §. 4. — Moritz Nov. z. LdR. S. 43—69. Hofr. O. 1779. a. a. O. — Die Heirathsbewilligungen für Präſidenten, Directoren, Räthe, Landrichter u. a. höhere Beamte ſind dem Könige vorbehalten, ebenſo die der Stadtgerichtsräthe; die der Landgerichts-Aſſeſſoren der Reg. K. des Innern überlaſſen. Acceſſiſten haben ſich an die Polizeibehörden zu wenden. V. v. 16. Dec. 1806. 24. Nov. 1808. 5. April 1809 und 12. Mai 1812. Regbl. 1807. S. 11. 1808. S. 2760. 1809. S. 666. Moritz Nov. zum LdR. S. 46. Note *

20) R. v. 21. Aug. und 10. Nov. 1801. Mayr Gen. VIII. S. 95 und 99.

21) V. v. 28. Jan. 1810. Regbl. 1810. S. 65.

nicht in geheime Verbindungen treten [22]), ſich nicht mit Privatannahme von gerichtlich zu deponirenden Geldern und Effekten befaſſen [23]), haben die Geſchäftsordnung zu beobachten [24]) und die Geſchäftsſtunden zu halten [25]), auch bei Amtsverrichtungen in der vorgeſchriebenen Amtskleidung zu erſcheinen [26]). G. Der ein-

22) Reſc. v. 13. Nov. 1799. Mayr Gen. VII. S. 357. V. v. 13. Sept. 1814. Regbl. 1814. S. 1521. - - R. v. 15. Jan. und 29. Mai 1815. Moritz Nov. III. S. 132. IV. S. 108.

23) R. v. 30. Merz 1813. 9. Mai 1820. — v. Aretin, Annalen II. S. 35. J. Bl. 1820. S. 395. — Moritz Nov. III. S. 131. IV. S. 109. Vgl. §. 59.

24) — Alſo auch nicht am Ende des Quartals mit Geſchäfts-Erledigungen zu eilen. R. v. 11. Dec. 1812. 5. Sept. 1815. V. v. 24. Aug. 1819. — v. Aretin Annalen II. S. 25. — J. Bl. 1819. S. 777. f. — Moritz Nov. III. S. 137. f.

25) R. v. 22. Juni und 3. Auguſt 1811. dann 9. Merz 1813. — v. Aretin a. a. O. I. 166. 168. II. S. 35. — Zu vergleichen iſt R. v. 20. April 1811. Regbl. 1811. S. 496.

26) R. v. 3. Aug. 1811. f. Note 24. — R. v. 8. Jan. 1823. — Moritz Nov. III. S. 133. IV. S. 109. — Die Amtskleidung oder Uniform findet ſich beſchrieben für das Perſonale a) des Juſtizminiſteriums. Regbl. 1807. S. 417. b) des O. A. G. ebd. c) des A. G. ebd. S. 649. d) des Fiscalats Regbl. 1807. S. 343. 1808. S. 1493. e) der Stadtgerichte Regbl. 1807. S. 1156 u. 1185. 1809. S. 10. f) des Wechſelgerichts Regbl. 1807. S. 745. g) der Landgerichte Regbl. 1807. S. 553. 1809. S. 1817. h) der Herrſchaftsrichter. Regbl. 1815. S. 1038. — Verbot breiterer Stickereien R. v. 8. Jan. 1823. Moritz Nov. IV. S. 109. —

zelne Richter kann von der Partei perhorreſcirt (recuſirt) [27] werden, aus denſelben Gründen, welche einen Zeugen verdächtig machen, nicht aber ein ganzes Gericht oder Collegium, wenn nicht der Perhorreſcenzgrund alle, oder wenigſtens die meiſten Mitglieder trifft. (Vgl. §. 79. 93. und 211.) [28].

§. 18.

Competenz und Prävention.

Die Zuſtändigkeit des Richters (Competenz) wird begründet durch das Geſetz, oder durch Willkühr der Parteyen (§. 37.). Das Geſetz unterſcheidet Arten der Gerichtsbarkeit (§. 3. 4.), Gerichtsſtände (§. 19. f. und beſonders §. 30.) und Inſtanzen, ordnet daher coordinirte und ſubordinirte, Unter-, Mittel- und Obergerichte an (§. 14.). Die dadurch entſtehenden

---

Der königl. Namenszug im Degengehänge. R. v. 6—11. Nov. und 7—12. Dec. 1825. Regbl. 1825. S. 861 und 1044. — Verbot des Uniformfracks. V. v. 20. Dec. 1825. Regbl. 1826, S. 5. — Neue Amtstracht des Landgerichtsdienſtes. V. v. 21. Mai und 8. Sept. 1833. — Regbl. 1833. S. 705 und 881. — Verbindlichkeit der Beamten bei öffentlichen Feierlichkeiten zu erſcheinen. M. R. v. 12. Juni 1833.

27) Unterſchied zwiſchen Recuſation und Perhorreſcenz. — Cod. iud. cap. 1. §. 20. Anm. S. 88. lit. a. Krüll Einl. §. 64. a. E. — Vgl. R. v. 30. Oct. 1783. Mayr Gen. II. S. 146. Nov. z. G. O. I. S. 130.

28) Cod. iud. cap. 1. §. 19. 20. —. Nov. z. G. O. S. 127. f. Vergl. Glück VI. S. 221. f.

Concurrenzfälle entſcheiden ſich durch folgende Regeln: A. die Klage gehört vor dasjenige Gericht, unter welchem der Beklagte wegen ſeiner Perſon, oder wegen der ſtreitigen Sache ſteht [1]; B. Iſt der Gerichtsſtand wegen der dem Kläger zuſtehenden Wahl oder aus andern Urſachen an mehrern Orten begründet, ſo kommt es auf Prävention (Zuvorkommen) an, welche mit der gerichtlichen Ladung (§. 71.) und zwar bey der Edictal- (öffentlichen) Ladung (§. 74.) von dem öffentlichen Anſchlag, bey Realcitationen (ebd.) von dem Augenblick des Real- oder Perſonalarreſtes, und bey mündlichen oder ſchriftlichen Ladungen von der Inſinuation an beginnt [2]. C. Bey der höheren Inſtanz

---

Zu §. 18. **G. R.** Bayer S. 49. 53. 91. 229. Danz §. 25. 59. 103. v. Grolman §. 34. 52. Linde §. 75. 86. 105. 200. Martin §. 38. 43—46. 61. 66. 152. (36. 41—44. 59. 64. 142. Thibaut §. 1066. 1114.

S. R. Kori §. 30 und 70. Schweizer §. 26.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 1 und 16. Anm. S. 19 u. 79. Krüll §. 4. 94. Mündler §. 27. f. 42.

1) Cod. iud. cap. 1. §. 1.

a) Ehemalige Ausnahme bei Streitigkeiten aus gemiſchten Ehen nach d. V. v. 4. Aug. 1808. Nov. z. G. O. S. 71. aufgehoben durch V. v. 28. Juli 1818. Geſetzblatt 1818. S. 474.

b) Ausnahme bey Provocationen §. 27.

2) Cod. iud. cap. 1. §. 16. cap. 5. §. 9. Nr. 1. — R. v. 6. Aug. 1764. Mayr Gen. IV. S. 928. Nov. z. G. O. S. 28. und 122. — Vergl. Cod. civ. IV. 16. §. 5. Nr. 12.

darf nichts mit Umgehung der Untern angebracht werden, ausgenommen wegen verweigerter oder verzögerter Juſtiz (§. 173.) und in Perhorreſcenzfällen (§. 17 und 211.) [3]). Kein Gericht darf in den Wirkungskreis des andern eigenmächtig eingreifen, ſondern hat die ihm nöthige Rechtshülfe durch **Requiſition** zu bewirken (§. 66.).

§. 19.

Eintheilung der Gerichtsſtände.

Der Gerichtsſtand iſt entweder A. ein **ordentlicher**, und zwar a) ein **allgemeiner**, oder ordentlicher im engern Sinn, beſchränkt auf die Gerichtsſtände der Geburt (forum originis) und des Wohnorts (forum domicilii); theils b) ein **beſonderer** (deſſen Unterarten ſ. §. 22. f.) — oder B. ein **auſſerordentlicher**, befreyter (forum privilegiatum), theils a) **perſönlicher**, theils b) **realer** (§. 31. f.)

---

3) Cod. iud. cap. 1. §. 19. Hofr. O. 1779. §. 2, Mayr Gen. I. S. 158. — Nov. z. G. O. S. 126. — R. v. 27. Merz 1817. Regbl. 1817. S. 279. V. v. 28. Juli 1818. Geſetzbl. 1818. S. 472. — Moriz Nov. II. S. 107. IV. S. 87.

Zu §. 19. **G. R.** Bayer S. 56. Danz §. 26. v. Grolman §. 36. Linde §. 86. f. Martin §. 46. (4.4) Thibaut §. 1067.

S. R. Kori §. 27. Schweizer §. 20.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 2. Anm. S. 19. Krüll §. 5. Münßler. 30.

§. 20.

Gerichtsſtand der Geburt.

Der Gerichtsſtand der Geburt (forum originis) tritt bey Kindern nur dann in rechtliche Wirkſamkeit, wenn ihr rechtmäßiger Vater keinen beſtändigen Wohnſitz hat, bey Vaganten inſofern, als ſie in demſelben öffentlich vorgeladen werden ſollen. Sonſt theilen rechtmäßige Kinder den Gerichtsſtand des Wohnorts ihres Vaters, und uneheliche Kinder den ihrer Mutter [1]. Findelkinder erhalten ein forum originis an dem Orte, wo ſie gefunden, oder erzogen werden [2]).

§. 21.

Gerichtsſtand des Wohnorts.

Der Gerichtsſtand des Wohnorts (forum domi-

Zu §. 20. **G. R.** Bayer S. 58. Danz §. 27. v. Grolman §. 57. Linde §. 89. Martin §. 48. (47. [45] a. Thibaut §. 1068.

S. R. wie das **G. R.**

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 3. Krüll §. 7. Mündler §. 33.

1) Bettel-O. v. 5. Merz 1780. §. 7—9. V. v. 5. Oct. 1801. Mayr Gen. II. S. 948. Nov. z. G. O. S. 29. — Als urſprüngliche Heimath beſtätiget in dem Geſetz vom 11. Sept. 1825. Beyl. X. des Stde. Abſch. §. 3. Geſetzbl. 1825. S. 105.

2) Beſtätiget durch das Geſetz von 1825. §. 4. ebd. S. 106.

Zu §. 21. **G. R.** Bayer S. 60. Danz §. 27. von Grolman §. 57. Linde §. 88. Martin §. 48. (47. [45.]). Thibaut §. 1169.

cilii) iſt dort, wo Jemand ſeine beſtändige Wohnung [1]) hat. Das Recht des Wohnorts (domicilium) wird erlangt durch wirkliches Wohnen (actualis habitatio) [2]) und die Abſicht dort beſtändig zu wohnen (animus perpetuo habitandi), welche theils ausdrücklich, theils ſtillſchweigend erklärt werden kann. Die Heimath gewährt den Anſpruch auf Wohnſitz in einer Gemeinde [3]) und wird erworben a) durch beſondern Vertrag mit der Gemeinde nach den Vorſchriften des Edicts über das Gemeindeweſen [4]). b) durch Anſäſſigmachung und Verehelichung [5]), c) durch die von der zuſtändigen Obrigkeit ertheilte Erlaubniß zur Verheirathung [6]);

S. R. Winkler Handb. §. 47.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 3. Krüll §. 8.

1) Wohnplatz ſagt das Geſetz. Cod. iud. cap. 1. §. 3. — Wohnſitz das neue Geſetz über die Heimath. Beyl. X. des Ständeabſchieds 1825. §. 5. Geſetzbl. S. 107. und das Strafg. 1813. II. art. 457. Eben ſo unterſcheidet v. Gönner zu Dauz §. 27. S. 68. Note * Wohnſitz (domicilium) von Wohnort (residentia). Dies leztere deutet aber den wirklichen Aufenthalt nicht beſtimmt an, da ſie auch eine ficta ſeyn kann. Anm. zu Cod. civ. V. S. 1299. Beſſer wohl habitatio. Anm. zu Cod. iud. S. 22.

2) Einerley ob in eigener, gemietheter oder fremder Wohnung. Anm. S. 22.

3) Beyl. X. zum St. A. 1825. §. 5. a. a. O.

4) Ed. v. 17. Mai 1818. §. 106. Geſetzbl. 1818. S. 87.

5) Beyl. XI. zum St. A. 1825. Geſetzbl. 1825. S. 111.

6) Der Wittwe bleibt die letzte Heimath ihres Mannes vor ſeinem Tode, und der Ehefrau im Falle der Scheidung die

d) durch die in einer Gemeinde mit eigener Gefahr geleiſtete Hülfe bey öffentlicher Noth 7). Wer an mehreren Orten, mit der Abſicht, dort beſtändig zu wohnen, ſich niederläßt, erlangt an allen dieſen Orten das Domicil 8). Die an verſchiedenen Orten durch geſetzliche Titel erworbene Heimath richtet ſich nach ausdrücklicher Erklärung und Uebereinkunft 9). Das Gericht des Wohnorts iſt auch für die ganze Verlaſſenſchaftsverhandlung competent 10).

---

letzte Heimath des Ehemannes vor der Scheidung. Iſt aber die für immer Getrennte als ſchuldiger Theil erkannt, ſo erhält ſie diejenige Heimath wieder, welche ſie vor geſchloſſener Ehe hatte. Geſetzbl. 1825. S. 104. §. 1. Nr. 3.

7) Wenn eine bey ſolcher Nothhülfe erlittene Beſchädigung die Erwerbsunfähigkeit zur Folge gehabt hat, vorausgeſetzt, daß der Beſchädigte nicht vorzieht, ſeine bisherige Heimath zu erhalten. ebd. §. 1. Nr. 4. S. 105.

8) Cod. iud. cap. 1. §. 5.

9) Geſetzbl. 1825. S. 105. §. 2. — Eine früher erworbene Heimath wird durch die ſpäter erworbene aufgehoben, wenn nicht diesfalls durch ausdrückliche Erklärung und Uebereinkunft beſondere Vorſehung getroffen worden iſt.

10) Resol. int. v. 6. Aug. 1764. Mayr Gen. IV. S. 928. — Nov. z. G. O. S. 28. — Ebenſo das forum privilegiatum des Erblaſſers. ebd. u. R. v. 8. Dec. 1764. und 12. April 1782. Mayr Gen. II. S. 1336 u. 1261. Moritz Nov. II. S. 6. III. S. 4. Cod. civ. P. III. cap. 1. §. 17. Nr. 4. Suppl. ad Cod. civ. pag. 28. Moritz Nov. z. Landr. S. 536.

§. 22.

Gerichtsſtand des begangenen Verbrechens und des Ergreifens.

Für Verbrechen und Vergehen [1]) iſt der ordentliche Gerichtsſtand an dem Orte der begangenen That (for. delicti commissi); ſind von einer Perſon Verbrechen in verſchiedenen Gerichtsbezirken verübt worden, ſo entſcheidet Prävention durch Ladung und Verhaftung des Angeſchuldigten (for. deprehens.) [2]); bey Vergehen iſt aber der Angeſchuldete, wenn er innerhalb des Königreichs unter einem andern Orte ſeinen ordentlichen Wohnſitz hat, und nicht gefänglich eingezogen werden darf, befugt zu fordern, daß er zu ſeinem Wohnorte entlaſſen und dort die Unterſuchung über ſeine Perſon geführt werde [3]). Um ſo mehr gehören alle geringere Frevel vor den Ge-

---

Zu §. 22. **G. R.** Bayer S. 72. Danz §. 28. Linde §. 93. Martin §. 54. (51. [49.]). Thibaut §. 1070.

S. R. Winkler Handb. §. 48. 49.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 4. 5. Krüll §. 14. u. 18.

1) Poſitiver Unterſchied zwiſchen beyden. Strafg. 1813. II. art. 2. Vergl. v. Wendt Grundr. d. Crim. R. §. 12. S. 16.

2) Strafg. II. art. 22. und 457. v. Wendt Grundzüge des Crim. Pr. §. 17. (cod. civ. IV. 16. §. 3. Nr. 11.) — Ausnahmen finden ſtatt a) bei Mitſchuldigen. Strafg. II. art. 24. b) durch Verfügung der Obergerichte art. 26. c) bey Vergehen art. 457.

3) Strafgeſ. II. art. 457. Ausnahmen dieſer Ausnahmen ſind die Fälle nöthiger Verhaftung art. 461. und das Verfahren gegen Mitſchuldige art. 24.

Digitized by Google

richtsſtand des Wohnorts [4]), Klagen gegen Vaganten aber vor das Gericht des Orts, wo ſie betreten werden [5]).

§. 23.

Gerichtsſtand des Contracts.

Contrahenten werden an dem Ort, wo der Vertrag geſchloſſen wurde, oder wo die Bezahlung geſchehen ſoll, belangt. Der Kläger hat jedoch die Wahl zwiſchen dem Gericht des Wohnorts und dem des Vertrags, und bey Inländern unter ſich findet dieſer Gerichtsſtand des Vertrags nur dann Anwendung, wenn die Bezahlung an beſtimmtem Orte bedungen iſt, oder wenn Ortsprivilegien dieſes Forum geſtatten [1]).

---

4) Cod. iud. cap. 1. §. 4. Vergl. Nov. z. G. O. S. 31. Moritz Nov. II. S. 11. IV. S. 18.

5) Cod. iud. cap. 1. §. 5. a. E. — Ueber Beſchädigung, wegen deren eine Pfändung (ſ. §. 1. Note 2.) vorgenommen wird, gehört die Verhandlung dem Gerichte des Orts, wo der Schaden geſchah. Cod. civ. II. 6. §. 24. Nr. 10.

Zu §. 23. **G. R.** Bayer S. 67. Danz §. 51. v. Grolman §. 39. Linde §. 91. Martin §. 53. (50. [48]). Thibaut §. 1071.

S. R. wie das **G. R.**

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 6. Krüll §. 19. 20.

1) Anm. S. 28. Vergl. Landr. 1616. tit. 8. art. 2. tit. 19. art. 10. — Klagen auf Entſchädigung wegen Gewährſchaft in fahrender Habe gehören vor die Obrigkeit, unter welcher der Gewährsmann perſönlich ſteht, oder in forum contractus, ſofern die desfallſigen Erforderniſſe vorhanden ſind. Cod. civ. IV. 5. §. 15. Nr. 7.

§. 24.

Gerichtsſtand der Verwaltung.

Wer wegen geführter Verwaltung (Adminiſtration) Rechenſchaft zu geben hat, hat dieſes vor derjenigen Obrigkeit zu thun, welche ihn dazu beſtellte. Die Vorladung dazu und die Execution wegen der Rückſtände aber gebührt der ordentlichen Obrigkeit ¹).

§. 25.

Gerichtsſtand der gelegenen Sache.

Alle Klagen, welche mehr auf die Sache ſelbſt, als auf die Perſon gehen, ſollen im petitoriſchen und poſſeſſoriſchen ¹) Verfahren bey der Obrigkeit des Orts geſtellt werden, wo ſich die Sache befindet, ohne Unterſchied, ob die Sache körperlich oder unkörperlich, be-

---

Zu §. 24. G. R. Bayer S. 70. Danz §. 30. v. Grolman §. 40. Linde §. 92. Martin §. 53. (50. [48]). Thibaut §. 1072.

S. R. wie das G. R.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 7. Krüll §. 21.

1) Cod. civ. P. I. cap. 7. §. 16. Nr. 5. Anm. I. 396. 462. Vergl. R. P. O. 1577. tit. 32. LdR. 1616. tit. 5. art. 2. Anm. S. 29.

Zu §. 25. G. R. Bayer S. 64. Danz §. 29. von Grolman §. 38. Linde §. 90. Martin §. 51. (48. [46.]). Thibaut §. 1073.

S. R. wie das G. R.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 9. Krüll §. 25.

1) ſiehe oben §. 7.

weglich oder unbeweglich iſt [2]. Ausgenommen ſind Erbſchaften, bey welchen der allgemeine Gerichtsſtand des Wohnorts des Erblaſſers oder ſein privilegirter Gerichtsſtand den ſpeziellen der gelegenen Sache an ſich zieht [3].

§. 26.

Gerichtsſtand des Zuſammenhangs [1].

Zuſammenhängende Sachen ſollen vor einer Obrigkeit verhandelt werden [2], Klagen gegen mehrere Perſonen, oder wegen mehrerer Sachen, welche unter verſchiedenen Gerichten ſtehen, vor dem nächſt höhern Gerichte, alſo vor dem Appellationsgericht, als erſter Inſtanz, wenn die Klage wegen einer und derſelben

---

2) Cod. civ. II. cap. 1. §. 8. 9. Anm. zu Cod. iud. S. 33. — auch Klagen auf Entſchädigung wegen Gewährſchaft. Cod. civ. IV. 5. §. 15. Nr. 7. wegen Einſtand. Anm. zu Cod. civ. IV. 5. §. 11. S. 319. verglichen mit §. 5. Nr. 10. wegen Gutsabſchleif in der Emphytenſis. IV. 7. §. 8. Nr. 7.

3) V. v. 6. Aug. 1674. Mayr Gen. IV. S. 928. Nov. z. G. O. S. 28. 32.

Zu §. 26. **G. R.** Bayer S. 74. 85. Danz §. 33. v. Grolman §. 42a. Linde §. 94. Martin §. 55. 52. [50.]). Thibaut §. 1075.

S. R. wie das **G. R.**

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 10. Krüll §. 26. 27. Mündler §. 37.

1) Doctrineller Unterſchied zwiſchen continentia und connexitas caussarum ſ. Thibaut a. a. O. — Verwandtſchaft nach dem Ausdruck Cod. iud. cap. 8. §. 1.

2) Beyſpiel der actio poenalis und persecutoria. Cod. civ. IV. 16. §. 4. Nr. 1.

Forderung gegen mehrere Perſonen geht, die dieſem Appellationsgericht ſonſt in zweyter Inſtanz unterworfen ſind; ebenſo wenn unter mehreren Streitgenoſſen einige dem Appellationsgericht, als privilegirtem Gerichtsſtand, andere hingegen einem oder mehreren dieſem ſubordinirten Untergerichten unterworfen ſind. Stehen die Beklagten unter verſchiedenen Appellationsgerichten, als privilegirter Inſtanz, oder unter Untergerichten verſchiedener Kreiſe, ſo kann der Kläger die Klage bey einer dieſer verſchiedenen erſten Inſtanzen anbringen, und die übrigen Streitgenoſſen müſſen ſich vor demſelben Richter einlaſſen. Sind aber die Streitgenoſſen theils privilegirte, theils nicht privilegirte, ſo hat der Kläger nur die Wahl eines Appellationsgerichts, als erſter Inſtanz. Sind unter den Beklagten theils Civil-, theils Militärperſonen, ſo entſcheidet die Mehrzahl der Streitgenoſſen, und bey gleicher Zahl auf beyden Seiten hat der Kläger die Wahl des Gerichts. Werden aus einem und demſelben Klagegrund mehrere einem Beklagten gehörige Sachen gefordert, die verſchiedenen Gerichtsſtellen unterworfen ſind, ſo tritt das nächſte Obergericht als erſte Inſtanz ein. Iſt dieſes nicht vorhanden, ſo hat der Kläger die Wahl, ausgenommen, wenn der Beklagte kundbar den größern Theil ſeiner Güter unter einer Obrigkeit hat [3]).

3) V. v. 9. Aug. 1810. Regbl. 1810. S. 631 f. — Nov. zu G. O. S. 52. — Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 49. Nr. 2. S. 386. II. 2. §. 12. S. 879. IV. 3. §. 15. S. 200.

§. 27.

Gerichtsſtand des Arreſts und der Provocation.

I. Der Gerichtsſtand des Arreſts (forum arresti) [1]) wird a) begründet durch die Gefahr, eine rechtmäßige Forderung vor dem ordentlichen Gericht des Beklagten ohne beſondere Schwierigkeit (Beſchwerniß) nicht zu erlangen [2]); b) wirkt die Beſchlagnahme des Guts oder die Arretirung der Perſon des Beklagten an dem Ort, wo ſich deſſen Gut oder Perſon findet; und c) erſtreckt ſich unter Vorausſetzung vorläufiger Beſcheinigung und wirklicher Nachweiſung (Probe) der Forderung auf die Verhandlung der Hauptſache; dauert daher d) in Rückſicht der Verhandlung bis zur

---

Zu §. 27. **G. R.** Bayer S. 79 und deſſen ſumm. Proc. §. 28. u. 55. Danz §. 32. v. Grolman §. 41. Linde §. 96. Martin §. 56. 255. (53. [51]. 244). Thibaut §. 1076. 1218 f.

S. R. Kori Theorie des ſumm. Proc. §. 96. S. 174. und §. 136. S. 256.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 8. 15. cap. 4. §. 5. 6. Krüll §. 22. u. 156. Mündler §. 40. 41.

Th. Aug. Hoffmann der baier. Arreſt-Proceß. Agsb. 1824. kl. 8.

1) Cod. iud. cap. 1. §. 8. — In dem Staatsvertrag zwiſchen Bayern und Würtemberg v. 7. Mai 1821. Regbl. 1821. S. 867. Moritz Nov. IV. S. 12. §. 16. iſt der Gerichtsſtand des Arreſtes anerkannt, ſo daß das Urtheil des Arreſtrichters, ſo weit die mit Arreſt belegte Sache nicht hinreicht, von der Obrigkeit des Wohnorts vollzogen wird.

2) „billige Sorge" ſagt Cod. iud. l. c. — „eine wirkliche Gefahr, die Forderung zu verlieren," ſetzt voraus §. 16. des Vertrags von 1821.

Befriedigung des Impetranten (§. 8. Note 2.); die Beſchlagnahme des Guts oder die Arretirung der Perſon fällt aber weg, ſobald durch Pfand oder Bürgen Sicherheit (§. 216 f.) geleiſtet iſt, daß der Impetrat in foro arresti antworten und dem Urtheil dieſes fori Folge leiſten werde. In der Regel findet dieſer Gerichtsſtand unter den erwähnten Vorausſetzungen nur gegen Ausländer ſtatt, gegen Inländer ausnahmsweiſe 1) wenn im Orte des Arreſts die Zahlung verſprochen wurde, 2) wenn der Beklagte weder privilegirt, noch angeſeſſen iſt, noch ſonſt Sicherheit leiſten kann; 3) wenn das Gericht eines Orts beſondere Privilegien hat, welche jedoch gegen Adeliche oder königliche Diener keine Anwendung finden. Auch auſſer dem Königreich ſollen Inländer gegen einander mit Arreſt nicht verfahren, ausgenommen a) wenn die Bezahlung dort verſprochen wurde, b) oder zu beſorgen iſt, daß der Arreſtat (Impetrat) nicht mehr in das Land zurückkommen werde [3].

II. Die Provocation ex lege diffamari oder si contendat (§. 157 f.) gehört vor den Gerichtsſtand des jetzigen Klägers (Provocanten), als des künftig in der Hauptſache Beklagten [4].

---

3) Die Sache geht zum Concursgericht über, wenn formeller Concurs erkannt, oder wenigſtens im Stande des materiellen unvermeidlich iſt. §. 16. d. a. Vertr.

4) Cod. iud. cap. 1. §. 16. cap. 4. §. 5. 6. — Beſtätigt zwiſchen Bayern und Würtemberg im a. V. §. 7. ſo, daß die von dem Gerichte des Provocanten, beſonders im Falle des Ungehorſams ausgeſprochene Sentenz von der Ob=

§. 28.

Gerichtsſtand der Widerklage.

Wenn dem Beklagten eine rechtmäßige Gegenforderung gegen den Kläger zuſteht, ſo kann er ſie vor dem nämlichen Richter, vor welchem die Klage geſtellt wurde, anbringen, auch wenn der Kläger ein privilegirtes Forum hat, und unter dem ordentlichen Gerichtszwang dieſes Richters nicht ſteht; und zwar unbedingt gegen den klagenden Ausländer; gegen einen Inländer nur dann, wenn die Reconvention mit der Klage einige Verwandtſchaft (Connexität) hat [1]. Gar nicht findet die Reconvention ſtatt in Sachen, welche von der Gerichtsbarkeit des rückſichtlich der Klage competenten Gerichts ganz ausgenommen ſind [2]. In Spölienſachen

---

rigkeit des Provocirten als rechtskräftig und vollſtreckbar anerkannt wird. Moritz Nov. IV. S. 7.

Zu §. 28. **G. R.** Bayer S. 77. Danz §. 483. von Grolman §. 42b. Linde §. 95. Martin §. 56. 158. (53. [51.] 148). Thibaut §. 1077.

S. R. Kori §. 240.

B. R. Cod. jud. cap. 8. §. 1. Krüll §. 279.

1) Dieſe Bedingung iſt ausgedehnt auf die Verhältniſſe zwiſchen Bayern und Würtemberg durch Staatsvertrag vom 7. Mai 1821. §. 6. — Moritz Nov. IV. S. 7.

2) z. B. Gegenſtände des ordentlichen Proceſſes von der Wechſelgerichtsbarkeit, nicht aber umgekehrt; ſo auch bey Bergſchulden in dem Verfahren vor Berggerichten. Bergordnung vom 6. Mai 1784. Mayr Gen. II. S. 1467. §. 102. Nov. z. G. O. S. 249. u. 107. — und privatrechtliche Gegenfoderungen der Beamten, welche nicht von den Rechnungsbehörden entſchieden werden, ſon-

und andern Gegenſtänden des processus summarissimi (§. 7.) hat die Widerklage nur die Wirkung einer Prorogation des Forums, die des Simultan-Proceſſes nur, wenn ſie von gleicher Proceßgattung iſt. Dieſe letztere Wirkung überhaupt entſteht bey jeder zuläßigen Widerklage, wenn ſie zugleich mit der Exception oder Litis-Conteſtation (§. 91. 145.) angebracht wurde, ausgenommen, wenn eine der beyden Sachen für die andere präjudiciell iſt. Vor dem nämlichen Gericht, aber ſeparirt, wird die Widerklage [3]) verhandelt, welche erſt nach der Exception oder Litisconteſtation, jedoch noch vor dem Endurtheil angebracht wurde.

§. 29.

Gerichtsbarkeit des Obergerichts als erſte Inſtanz.

Die Gerichte zweyter Inſtanz (Appellationsgerichte) haben die Pflichten und Befugniſſe erſter Inſtanz, wo ſie für Perſonen oder Sachen (§. 30 f.) als ſolche an-

---

dern zu den Civilgerichten gehören. R. v. 25. Aug. 1815. Moritz Nov. III. S. 189.

3) Begriff der Nachklage, als einer ſpätern Widerklage des Beklagten, (vergl. Danz §. 484. u. Linde §. 241.) — verſchieden von der Nachklage, als einer ſpäter von demſelben Kläger angebrachten zweyten Klage. Cod. civ. III. 1. §. 14. Nr. 8.

Zu §. 29. **G. R.** Bayer S. 84. Danz §. 24. 37. v. Grolman §. 48. Linde §. 98. Martin §. 57. 58. 59. 298. (55. 56. 57. 287.) Thibaut §. 1078. 1081.

S. R. Kori §. 29. Schweitzer §. 1.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 19. Krüll §. 63.

geordnet ſind, oder ausnahmsweiſe wegen des Zuſammenhangs (§. 26.) als ſolche eintreten. In Recuſationsfällen (§. 17.) geht das Geſuch der Partey mit Umgehung der untern Inſtanz an die nächſte höhere, die Verhandlung erſter Inſtanz wird aber bey gegründeter Perhorreſcenz eines ganzen Gerichtes einem andern demſelben coordinirten übertragen [1]).

§. 30.

Auſſerordentlicher Gerichtsſtand der Sachen.

Von dem ordentlichen Gerichtszwang ſind ausgenommen:

I. Geiſtliche Sachen. A. Als innere Angelegenheiten der Kirche, welche jede Kirchengeſellſchaft unter der Oberaufſicht des Staates nach der Formel und der von dem Staat anerkannten Kirchenverfaſſung anzuordnen befugt iſt, ſind zu betrachten: die Gegenſtände der Glaubenslehre, der Form und der Feyer des Gottesdienſtes, der geiſtlichen Amtsführung, des religiöſen Volksunterrichts, der Kirchendiſciplin, der Approbation und Ordination der Kirchendiener, die Ein-

---

1) Ed. v. 24. Juli 1808. §. 35. u. 50. Rgbl. 1808. S. 1794. 1798. — Ein Ueberſpringen der untern Inſtauz bey mitleidswürdigen Perſouen (forum personarum miserabilium) geſtattet das bayeriſche Recht nicht. Aum. S. 87.

Zu §. 30. G. R. Bayer S. 79. Danz §. 35 Note b. v. Grolman §. 44. Linde §. 90. Martin §. 47. (56. [54.]). Thibaut §. 1074.

S. R. Kori §. 29. Schweitzer §. 20. u. 23.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 15. Krüll §. 40 f.

weihung der zum Gottesdienſte gewidmeten Gebäude und der Kirchhöfe, der Ausübung der Gerichtsbarkeit in rein geiſtlichen Sachen, nämlich des Gewiſſens oder der Erfüllung der Religions- und Kirchenpflichten einer Kirche, nach ihren Dogmen, ſymboliſchen Büchern und darauf gegründeter Verfaſſung [1]. B. Zu den Gegenſtänden gemiſchter Natur, welche zwar geiſtlich ſind, aber die Religion nicht weſentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner deſſelben haben, gehören: alle Anordnungen über den äußern Gottesdienſt, deſſen Ort, Zeit, Zahl u. d., Beſchränkung oder Aufhebung der nicht zu den weſentlichen Theilen des Cultus gehörigen Feyerlichkeiten, Proceſſionen, Nebenandachten, Ceremonien, Kreuzgänge und Brüderſchaften; Errichtung geiſtlicher Geſellſchaften und ſonſtiger Inſtitute und Beſtimmung ihrer Gelübde; organiſche Beſtimmungen über geiſtliche Bildungs-, Verpflegungs- und Strafanſtalten; Eintheilung der Diöceſen, Decanats- und Pfarrſprengel; alle Gegenſtände der Geſundheitspolizey, in ſo weit dieſe kirchliche Anſtalten mit berühren [2]. Dagegen ſind C. für weltliche Gegenſtände erklärt: alle Verträge und letztwillige Dispoſitionen der Geiſtlichen; alle Beſtimmungen über liegende Güter ꝛc., fahrende Habe, Nutzung, Renten [3], Rechte der Kirchen und kirchlichen

1) Beyl. II. z. V. U. 1818. §. 38. Geſetzbl. 1818. S. 158 f.
2) ebd. §. 76. S. 170 f.
3) daher auch über Zehnten. Vergl. Cod. civ. II. 10. §. 24. Nr. 3.

Perſonen; Verordnungen und Erkenntniſſe über Verbrechen und Strafen der Geiſtlichen, welche auf ihre bürgerlichen Rechte einen Einfluß haben; Ehegeſetze, in ſoferne ſie den bürgerlichen Vertrag und deſſen Wirkungen betreffen; Privilegien, Dispenſationen, Immunitäten, Exemtionen, zum Beſten ganzer Kirchengeſellſchaften, einzelner Gemeinden oder Geſellſchaftsgenoſſen, oder der dem Religionsdienſte gewidmeten Orte und Güter, in ſoferne ſie politiſche oder bürgerliche Verhältniſſe berühren; allgemeine Normen über die Verbindlichkeit zu Erbauung und Erhaltung der Kirchen und geiſtlichen Gebäude; Beſtimmungen über die Zulaſſung zu Kirchenpfründen; Vorſchriften über die Einrichtung der Kirchenliſten als Quellen der Bevölkerungsverzeichniſſe, als Regiſter des Civilſtandes und über die Legalität der pfarrlichen Documente. In allen dieſen Gegenſtänden (C.) kömmt der Staatsgewalt allein die Geſetzgebung und Gerichtsbarkeit zu [4]). Eheſachen gehören als geiſtliche [5]) a) bey den Katholiken vor die biſchöflichen und erzbiſchöflichen Gerichte [6]), b) bey den Proteſtanten vor die Appellationsgerichte und Juſtizkanzleyen in erſter, und vor das O. A. G. in zweyter und letzter In=

4) ebd. §. 64. 65. S. 167 f.

5) Nach dem Can. 12. sess. 24. des Concil. Trident.

6) Concordat vom 5. Juni 1817. Art. XII. lit. c. Anhang zu Beyl. II. d. V. U. Geſetzbl. 1818. S. 428. — Conſiſtoria, als erſte Inſtanz, V. v. 7. Mai 1826. Regbl. 1826. S. 492. — im Biſthum Speyer Ordinariat — in zweyter Inſtanz in den beyden Erzbiſthümern Metropo=

ſtanz [7]), und zwar, mit Ausnahme des Rheinkreiſes, ſeit 1822 nur vor die Appellationsgerichte des Rezat- und Obermainkreiſes [8]); c) bey Eheſtreitigkeiten unter Eheleuten verſchiedener Religion richtet ſich der Gerichtsſtand ſeit 1818 [9]), nach der Perſon des Beklagten [10]).

II. Nicht mehr Lehnsſachen, denn es ſoll keine eigene Lehengerichtsbarkeit beſtehen, ſondern alle ſtreitige Lehnsſachen ſollen vor den ordentlichen Gerichts-

---

liticum, im Bisthum Paſſau Ehegericht zweyter Inſtanz. ebd. S. 492. 493.

7) V. v. 8. Juli 1806. 5. Jan. 1808. 26. Aug. 1810. 16. Aug. 1812. 15. Nov. 1817. Regbl. 1806. S. 285. 1808. S. 563. 1810. S. 706. 1812. S. 1518. 1817. S. 959.

8) V. v. 12. Dec. 1822. Regbl. 1822. S. 1515. Moritz Nov. IV. S. 57.

9) Früher richtete ſich, abweichend von dem Grundſatz, actor sequitur forum rei (§. 18.), in Anſehung gemiſchter Ehen der Gerichtsſtand nach der Religion des klagenden Theils. R. v. 4. Aug. 1808. Nov. z. G. O. S. 70.

10) „Wurde die Klage bey der katholiſchen geiſtlichen Behörde angebracht und von derſelben auf Scheidung von Tiſch und Bett erkannt, ſo ſteht dem proteſtantiſchen Ehegerichte frey, in Anſehung des proteſtantiſchen Ehetheils, wenn dieſer die Auflöſung der Ehe nachſuchen würde, auf deſſen Beſchwerde zu beſchließen, was es dem proteſtantiſchen Eherechte in dieſer Hinſicht gemäß finden wird." — „Tritt der Fall ein, daß von dem proteſtantiſchen Ehegerichte auf die Auflöſung der Ehe erkannt wurde, ſo ſoll dieſes Erkenntniß der katholiſchen geiſtlichen Behörde vorgelegt werden, welcher vorbehalten bleibt, in Anſehung des katholiſchen Theils dasjenige auszuſprechen, was dem katholiſchen Eherechte gemäß iſt." V. v. 28. Juli 1818. §. I.—III. Geſetzbl. 1818. S. 475 f.

höfen und wie andere Rechtsſachen verhandelt werden [11]).

III. Militärſachen. Alle Gegenſtände des Dienſtes und der militäriſchen Verwaltung gehören vor die Militärbehörden [12]), Rechtsſtreitigkeiten über Militär = Lieferungs = Contracte und öconomiſche Gegenſtände gleich den übrigen Privatrechtsſachen des Fiscus vor die Civilgerichte [13]).

IV. Für adminiſtrativ=contentiöſe Gegenſtände ſind Gerichte und Inſtanzen bey den Verwaltungsbehörden angeordnet; ſo in dem Reſſort der Miniſterien A. des Aeußern für Poſtreclamationen und Poſtdefraudationen [14]), Nachſteuer und Auswanderung [15]); B. der Finanzen für Zoll=, Weggeld=,

11) Edict v. 7. Juli 1808. §. 214. 215. Rgbl. 1818. S. 1939. — Vergl. Cod. civ. IV. 18. §. 59. Nr. 3—5. §. 60. Nr. 15. Anm. V. 18. §. 59. — c. 19. §. 42. Cod. iud. cap. 1. §. 13. S. 66. lit. b.

12) B. U. v. 1818. Tit. IX. §. 4. 7. Geſetzbl. 1818. S. 155 f. Vergl. Nov. z. G. O. S. 73 f. Moritz Nov. II. S. 39. III. S. 12. IV. S. 60 f.

13) V. v. 11. Febr. 1826. Regbl. 1826. S. 243.

14) Nov. z. G. O. S. 82. Moritz Nov. II. S. 43. III. 35. IV. 65.

15) Moritz II. S. 42. IV. 61. — Vereins = Zollordnung der Königreiche Bayern und Württemberg, dann der Fürſtenthümer Hohenzollern = Hechingen und Hohenzollern=Sigmaringen, v. 12. Nov. 1828. Regbl. 1828. S. 579 f. — Beſtimmungen über die Judicatur ihrer Verletzung und das in Bayern nach den Vorſchriften über Polizeyſtraf=Fälle einzurichtende ſummariſche Unterſuchungs=Verfahren. ebd. §. 110 f. S. 622. — Modificationen dieſer Beſtimmungen bey Anwendung des achten Titels des Geſetzes über die Zollordnung auf den Rheinkreis durch V. v. 27. Nov. 1829. Rgbl. 1829. S. 915 f. — Die Zollvereinigungen zwiſchen Bayern,

Salz-, Aufſchlag-, Steuer- [16]) und Stempel- [17]) Defraudationen, Lotto-Contraventionen [18]), Zollpatent- [19]) und Forſtſachen [20]), Streitigkeiten über Kriegslaſten [21]) und Staatsabgaben [22]), nicht mehr für Streitig-

---

Württemberg, Preuſſen und beyden Heſſen nach V. v. 22. März 1833, dann mit den ſächſ. Häuſern v. 30. März u. 11. Mai 1833. Regbl. 1833. S. 1047. 1287. 1327. (Zuſ. Art. vom 31. Oct. 1833. S. 1066.) verweiſen im Art. 20. auf die Errichtung eines Zollkartels, deſſen Art. 2. befiehlt, Verdacht erregende Rottirungen und Waaren-Niederlagen an den Gränzen nicht zu dulden, Art. 3. aber gegenſeitigen Beyſtand aller Beamten und Behörden zu deſſen Vollzug anordnet. V. v. 22. Mai 1833. Regbl. 1833. S. 1343 f. Sämmtliche Juſtiz- und Adminiſtrativ-Behörden werden auf die Beſtimmungen des Art. 2. zur genaueſten Nachachtung angewieſen durch V. v. 4. März 1834. Rgbl. 1834. S. 202,

16) Nov. S. 100. Moritz Nov. II. 79. III. 66. IV. 86.

17) Aeltere Verordnungen in Nov. z. G. O. S. 101. Moritz Nov. II. S. 85. III. S. 69. IV. S. 91. — Neueſte: „Die Judicatur bey Uebertretungen des Stempelgeſetzes ſteht in erſter Inſtanz den königlichen unmittelbaren Untergerichten, wo der Beklagte ſeinen Wohnſitz hat, zu, und die Berufungen gehen an die nächſte vorgeſetzte Stelle.“ Beyl. XV. des Stde. Abſch. 1825. §. XI. Geſetzbl. 1825. S. 189. „Die Uebertretungen der Beamten in Bezug auf Vollziehung des Stempelgeſetzes werden im Disciplinarwege behandelt.“ ebd. S. 190. — Beſondere Anordnung für die Mediatbezirke im Iſarkreis. R. v. 27. Juni. 4. Juli 1827. Int. Bl. d. Iſarkr. 1827. S. 522.

18) Nov. z. G. O. S. 102. Moritz Nov. II. S. 87. III. S. 60.

19) Nov. S. 109. Moritz II. 90.

20) Nov. S. 103. Moritz II. S. 88. III. S. 73. IV. S. 94.

21) Nov. S. 84. Moritz II. S. 47. III. S. 35.

22) Nov. S. 102. Moritz II. S. 87. III. 60. — Zum Wirkungskreiſe des Landrathes gehört die Vertheilung der in dem Rheinkreiſe geſetzlich beſtehenden oder der daſelbſt oder

keiten der Stiftungen unter ſich [23]); C. des Innern a) für Gegenſtände der Landwirthſchaft, Gemeindeabtheilungen [24]), Gutszertrümmerungen [25]), Culturſachen [26]) und Weinleſe [27]), b) wegen Abtretung des Eigenthums für öffentliche Zwecke [28]), c) für Polizeygegenſtände [29]),

---

in andern Kreiſen künftig noch geſetzlich einzuführenden Repartitions-Steuern unter die Steuer-Gemeinden, dann die Beſcheidung der desfalls unter den Letztern ſich ergebenden Reclamationen mit Vorbehalt des Recurſes an den Staatsrath. Beyl. III. des Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. §. 2. Nr. 1. (Geſetzbl. 1828. S. 50. 51.) und es bedarf zu dieſer Beſcheidung der k. Genehmigung nicht. ebd. §. 24. Nr. 3. S. 65. — Reclamationen gegen Regulirung der Grundſteuer ſind definitiver Unterſuchung und Beſcheidung eines Compromißgerichts übertragen, welches aus einem Obertarator und zwey Taratoren beſteht. Beyl. V. des Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. §. 100. 101. Geſetzbl. 1828. S. 161 f. — ebenſo bey der Häuſerſteuer. Beyl. VI. ebd. §. 31. S. 180.

23) Sie ſind durch die weiſe Anordnung Ludwigs I. den ordentlichen Civilgerichten zurückgegeben. V. v. 8. März 1826. Regbl. 1826. S. 325.

24) Nov. S. 95. Moritz II. S. 75. III. S. 61.

25) Moritz III. 63. IV. 80.

26) Nov. S. 99. Moritz II. 77. III. 65.

27) Moritz II. 75.

28) Moritz II. 63. III. 37. IV. 73. — Von der desfallſigen Competenz des k. Staatsraths ſ. §. 224.

29) Polizey überhaupt. Nov. S. 85. 93. Moritz Nov. S. 49. 58. III. S. 36. IV. S. 65. 80. — Polizeydirectionen Moritz III. S. 40. — Polizeycommiſſarien Moritz III. 47. — Polizey in Univerſitätsſtädten. V. v. 16. Sept. 1818. Geſetzbl. 1818. S. 623. Moritz III. 48. — in München V. v. 15. Okt. 1826. Regbl. 1826. S. 705. — Polizey der Magiſtrate. Moritz III. 40.

Gewerbe [30]), Wirthſchaften [31]), Klagen der Wirthe gegen Bräuer [32]), Bierfälſchung [33]), Heimathsſachen [34]), Verehelichung und Anſäſſigmachung [35]), Dispenſation von Wanderjahren [36]), Armenpflege [37]), Brandaſſecuranz [38]), Wahlverhandlungen [39]), Entbehrlichkeit von Nebenkirchen und Kapellen [40]), Streitigkeiten über Kirchenſtühle [41]), über die Wahl des Glaubens [42]), über

---

30) Nov. S. 89. Moritz II. 50. 61. 64 f. III. 36 f. 56 f. IV. 65 f. „Streitigkeiten zwiſchen zwey oder mehreren Betheiligten über Erwerbung, Veränßerung, Verpachtung, Erlöſchung oder Verödung von realen oder radicirten Gewerben, ſo wie über den aus einem Privatrechtstitel hergeleiteten Beſitz eines Gewerbprivilegiums, und Streitigkeiten überhaupt, bey welchen der Klagegrund auf einem privatrechtlichen Titel beruht, eignen ſich von nun an zur Entſcheidung des ordentlichen Civilrichters." Beyl. XII. z. Stde. Abſch. 1825. §. 10. Nr. 5. Geſetzbl. 1825. S. 139.

31) Nov. S. 91. Moritz II. 49.

32) Moritz II. 104.

33) Moritz II. 68 f.

34) „So weit ſie nicht in reinen Civilpunkten vor die ordentlichen Gerichte gehören." Beyl. X. z. Stde. Abſch. 1825. §. 8. Geſetzbl. 1825. S. 109.

35) Moritz II. S. 70. Beyl. XI. z. Stde. Abſch. 1825. §. 9. Geſetzbl. 1825. S. 122.

36) Moritz II. 71, III. 89. IV. 79.

37) ebd. II. 69. 74. III. 60.

38) ebd. II. 66. 105. III. 60.

39) ebd. III. 61. 74.

40) ebd. II. 74.

41) ebd. II. 75. Vergl. Anm. zu Cod. civ. II. cap. 1. §. 2. S. 656. V. 19. §. 42. S. 1467. Nr. 14. f.

42) Beyl. II. der V. U. 1818. §. 9. Geſetzbl. 1818. S. 151. Moritz III. S. 62.

Simultangebrauch der Kirchen [43]), Reclamationen in Conſcriptionsſachen [44]) u. dgl.

---

43) Die Entſcheidung der über Ausübung ſolcher Rechte entſtehenden Streitigkeiten, wenn die Betheiligten ſie durch gemeinſchaftliches Einverſtändniß nicht beyzulegen vermögen, gehört an das Staatsminiſterium des Innern, welches jedoch die Sache nach Verhältniß der Umſtände vor den Staatsrath bringen wird. Beyl. II. d. V. U. v. 26. Mai 1818. §. 92. Geſetzbl. 1818. S. 176. Inſtruction für den Kgl. Staatsrath v. 18. Nov. 1825. §. 7. lit. B. I. 20. Regbl. 1825. S. 873. — Moritz IV. 56.

44) Die mit der Militär-Conſcription überhaupt und zunächſt beauftragten Behörden ſind 1) die Landgerichte, oder die künftig hiefür benannten Diſtrikts-Polizeybehörden mit Einſchluß der Patrimonial-Gerichtsbezirke; 2) die Herrſchaftsgerichte; 3) die den oberſten Kreisverwaltungsſtellen unmittelbar untergebenen Magiſtrate unter der durch beſondere Verordnungen feſtgeſetzten Mitwirkung der Polizeydirection und der Stadtcommiſſäre; 4) im Rheinkreiſe die Landcommiſſariate. Vorſchriften zu Anwendung und Vollziehung des Geſetzes über die Ergänzung des ſtehenden Heers v. 15. März 1830. §. 12. Regbl. 1830. S. 451. 452. Reclamationen gegen die Conſcriptionsliſten, nicht blos wegen unrichtiger, ſondern auch wegen unterlaſſener Eintragung — ſind bey der Conſcriptionsbehörde unter Anführung der Urſache anzumelden, von der Behörde zu inſtruiren, und unter Vorbehalt der Berufung und Reviſion zu entſcheiden. Beyl. IV. d. Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. §. 27. 28. Geſetzbl. 1828. S. 83. Im Berufungswege gebührt die Entſcheidung der Reclamationen dem Recrutirungs-Rathe, welcher aus dem Regierungs-Präſidenten, oder deſſen Stellvertreter, und aus zwey bis drey Collegial-Mitgliedern beſteht. Außerdem werden noch beygezogen: der Medicinalrath und der vom Könige beſonders zu ernennende Staats-Anwalt, welcher über den Vollzug des Geſetzes zu wachen hat, und dem daher die Einſichtnahme der Conſcriptionsverhandlungen, die Antrag-

V. Beſondere Civilgerichtsſtände finden ſich, auſſer den Eheſachen (I.), bey a) Wechſel-[45]) und b) Mercantilſachen [46]), c) Bergſachen [47]), d) Strei-

ſtellung und das Recht der Berufung zuſteht. V. v. 15. März 1830. §. 55. Regbl. 1830. S. 471. Dieſes Recht der Berufung des Staats-Anwalts ſoll ſich aber auf die von den untern Conſcriptionsbehörden ertheilten Entſcheidungen beſchränken und ſohin auf die Beſchlüſſe des in letzter Inſtanz entſcheidenden oberſten Recrutirungs-Rathes nicht ausgedehnt werden, der Staatsanwalt aber befugt ſeyn, ſolche Entſcheidungen des letztern, welche er dem Geſetze zuwider laufend erachtet, dem Staatsminiſterium des Innern anzuzeigen, damit zur richtigen und gleichförmigen Anwendung des Geſetzes in künftigen Fällen das Erforderliche eingeleitet werde. V. v. 7. Aug. 1831. Rgbl. 1831. S. 550 f. — Von der Entſcheidung über die Geſuche und Reclamationen der Conſcribirten wegen Vertauſchung der Nummern, und über die Frage, in wiefern Militärbeyſitzer zuzuziehen ſind, ſ. d. a. Beyl. IV. §. 60. Geſetzbl. 1828. S. 100.

45) W. O. 1785. Mayr Gen. III. S. 59. (die W. G. O. das iſt cap. 5 f. auch in den Nov. z. G. I. 109. und die Wechſelordnung d. i. cap. 1. u. 2. in Moritz Nov. z. Landrecht, S. 508). Beyl. II. zum Stde. Abſch. 1825. Geſetzbl. 1825. S. 59. Vergl. Moritz Nov. II. S. 91 fg. III. S. 74. IV. 95. Deſſelben Handbuch ſämmtlicher Wechſel- und Mercantilgeſetze für die ältern ſieben Kreiſe des Königreichs Bayern. 1826. Vergl. Schunck Jahrb. II, S. 202 f.

46) Mercantil-Streitigkeiten, d. i. diejenigen, welche aus beſondern, nur unter Handelsleuten üblichen Geſetzen und Gebräuchen entſchieden werden. R. v. 18. Mai und 25. Juni 1789. 5. Merz 1804. 31. Aug. 1806. Mayr Gen. V. S. 9. 10. Rgbl. 1804. S. 528. 1806. S. 43. 1807. S. 219. Nov. z. G. O. S. 114 f. — Geſetzbl. 1825. S. 41. §. 1. a. E.

47) Bergſachen betreffen alle zu dem Bergregal gehörige Foſſilien, und die auſſer den Gruben befindlichen zu dem Berg-

tigkeiten über den Adelsſtand [48]), e) Fideicommiß=gegenſtänden [49]), f) Rechtsſtreiten über die Verlaſſen=ſchaft der Mediatiſirten [50]), g) Ewiggeldſachen [51]) u. d.

---

werke gehörigen Gegenſtände, welche nach der Natur des Bergbaues von einer dieſem eigenthümlichen Beſchaffenheit ſind. Berggerichte erſter Inſtanz ſind die königl. Unter=gerichte, in deren Bezirke eine Bergſache liegt, mit Zuziehung eines Bergbeamten, in zweyter die Appellationsgerichte mit Zuziehung eines Bergcommiſſärs, in dritter das O. A. G. in einem ſtändigen Senat, deſſen Mitglieder zum Theil aus der Gen. Bergwerksadminiſtration genommen ſind. Berg=Ordn. 1784. art. 97 f. Mayr Gen. II. S. 1464. V. v. 14. Sept. 1809. Regbl. 1809. S. 1577. Nov. z. G. O. S. 107. — Eintheilung der Bergreviere. R. v. 7. Nov. 1822. Regbl. 1822. S. 1081. Vgl. Hake Comm. über d. Bergrecht, und v. Voith Zuſätze. 1825.

48) Sie werden bey den Appellationsgerichten, unter welchen der Adelsprätendent ſteht, verhandelt, und mit Vorbehalt der Berufung an das O. A. G. entſchieden. Beyl. V. zur V. U. 1818. §. 7. Geſetzbl. 1818. S. 216. — Ehedem gehör=ten die Präjudicialklagen wegen der Edelmannsfrey=heit vor die Hofkammer, ſpäter vor die Landesdirectionen mit Vorbehalt der Berufung an das Reviſorium. Res. int. v. 15. Aug. 1776. Mayr Gen. I. S. 106. Nov. z. G. O. S. 82. — Sie iſt aufgehoben durch Ed. v. 20. Apr. 1808. Regbl. 1809. S. 113. Vergl. Anm. z. Cod. civ. P. V. c. 22. §. 4. 5. zu Cod. iud. cap. 1. §. 21 f.

49) Sie ſind dem App. Gericht, in deſſen Bezirke das Fideicom=mißgut liegt, in erſter Inſtanz jedoch nur ſoweit zugewieſen, als ſie die Beſtätigung des Fideicommiſſes und die Führung der Fideicommißmatrikel betreffen. Beyl. VII. der V. U. 1818. §. 14. Geſetzbl. 1818. S. 282. — Nov. S. 117. Moritz Nov. II. S. 94. III. S. 75.

50) vor dem A. G. als erſter Inſtanz. Beyl. IV. der V. U. §. 7. Geſetzbl. 1318. S. 192.

51) ſ. §. 179.

§. 31.

Ausserordentlicher Gerichtsſtand der Perſonen. Königliches Haus, Adel, Geiſtliche, Staatsdiener.

A. Ueber alle perſönlichen Angelegenheiten der Prinzen und Prinzeſſinnen des königlichen Hauſes [1]) verfügt und entſcheidet der König [2]). Dem

---

Zu §. 31. **G. R.** Bayer S. 80. Danz §. 31. 35 v. Grolman §. 45. Linde §. 97. Martin §. 49. (55. [53]) Thibaut §. 1079. 1081.

S. R. Kori §. 28. Schweitzer §. 20.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 11. Krüll §. 29.

1) Das königliche Haus begreift a) alle Prinzen und Prinzeſſinnen, welche von dem Könige, oder einem Deſcendenten des gemeinſchaftlichen Stammvaters des königl. Hauſes, durch anerkannte ebenbürtige rechtmäßige Ehen, in männlicher Linie abſtammen; b) die Gemahlinnen der königlichen Prinzen und ihre Wittwen während des Wittwenſtandes. Königl. Familienſtatut v. 5. Aug. 1819. Tit. I. §. 1. Rgbl. 1821. S. 7. Moritz Nov. IV. S. 20. — Vergl. Familiengeſetz v. 28. Juli 1808. 18. Jan. 1816 u. V. U. v. 26. Mai 1818. Tit. II. §. 8. Regbl. 1810. S. 777 f. 1816. S. 747. Geſetzbl. 1818. S. 106. Nov. z. G. O. S. 35. Moritz Nov. II. S. 16. III. S. 8.

2) Den vorläufigen Verſuch der gütlichen Vereinbarung hat der königl. Staatsminiſter der Juſtiz auf königlichen Auftrag. Bleibt derſelbe ohne Erfolg, ſo wird der Proceß durch die Präſidenten des O. A. G. und des A. G. der Reſidenz nach der G. O. im königl. Namen und nach vorläufigem beſondern Auftrage des Königs inſtruirt, die inſtruirten Acten werden an das Staatsminiſterium der Juſtiz eingeſendet, und die Entſcheidung erfolgt, nach erholtem gemeinſchaftlichen Gutachten der Staatsminiſterien des Hauſes und der Juſtiz durch den König in erſter und letzter Inſtanz. Famil. Stat. 1819. Tit. I. §. 2. Tit. X. §. 1. 2. Regbl. 1821. S. 7 u. 22.

König iſt vorbehalten, deswegen in wichtigen Fällen einen Familienrath [3] zu berufen. Real- und gemiſchte Klagen gegen ein Glied des königl. Hauſes werden bey dem competenten Appellationsgericht angebracht [4]. B. Standesherren haben in allen ſie betreffenden Real- und Perſonalklagen einen privilegirten Gerichtsſtand erſter Inſtanz bey dem einſchlägigen Appellationsgerichte, in zweyter und letzter Inſtanz bey dem O. A. G. [5]. Dieſelbe Befreyung genießen die erblichen Reichsräthe [6], und der Fis-

---

3) Der Familienrath beſteht aus dem Könige, dem Kronprinzen und denjenigen Prinzen des königlichen Hauſes, welche das 21. Jahr erreicht haben, (obgleich ihre Volljährigkeit ſchon mit dem 18. Jahr nach Tit. IX. §. 1. eintritt), den Kronbeamten und Miniſtern. Der König präſidirt darin, und der Staatsminiſter der Juſtiz hat den Vortrag. Fam. Stat. Tit. X. §. 4 f. Regbl. 1821. S. 23 f.

4) ebd. Tit. X. §. 1. S. 22.

5) Sollten bey einem der ſtandesherrlichen Häuſer durch Familienverträge beſondere Austrägalgerichte eingeführt ſeyn, ſo verſpricht Beyl. IV. d. V. U. §. 6. (Geſetzbl. 1818. S. 192), daß der Souverän dieſelben näher unterſuchen laſſen und wegen ihrer Beſtätigung beſondere Entſchließung ertheilen werde. — Von dem criminalrechtlichen Austrägalgerichtsſtand ſ. v. Wendt Grundzüge des Cr. Pr. §. 18. u. 28. — Wegen des Herzogs v. Leuchtenberg und des Fürſten von Thurn und Taxis ſ. Moritz II. S. 16. 19. Vgl. §. 40.

6) Beyl. V. z. V. U. §. 11. Geſetzbl. 1818. S. 217. Vergl. mit der V. U Tit. VI. §. 2. Nr. 6. §. 5. S. 122. — Weder zu den erblichen, noch zu den lebenslänglichen Reichs-Räthen ſind (in Rückſicht des Zahlenverhältniſſes zwiſchen beyden bey Conſtituirung der Kammer der Reichsräthe) zu zählen, a) die volljährigen Prinzen des königlichen Hauſes,

cus[7]; dagegen haben C. die übrigen Adelichen[8]), und mit ihnen die Geiſtlichen[9]), die wirklichen Collegialräthe[10]), und die mit dieſen in gleicher

---

b) die Kronbeamten, welche nicht zugleich wegen ihrer Beſitzungen Reichsräthe ſind; wohl aber gehören zu den erblichen Reichsräthen, auſſer den Häuptern der ehemals reichsſtändiſchen, fürſtlichen und gräflichen Familien, und den vom Könige mit Verleihung des Vererbungs-Rechts (nach der V. U. Tit. VI. §. 2. Ziff. 4 und 6., dann §. 3.) ernannten Reichsräthen, auch noch 1) die beyden Erzbiſchöfe; 2) der von dem Könige aus der Zahl der Biſchöfe ernannte Reichsrath, und der jedesmalige Präſident des proteſtantiſchen Oberconſiſtoriums. Geſ. v. 9. Merz 1828. Geſetzbl. 1828. S. 11. 12. Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. I. B. ebd. S. 19.

7) Conſt. v. 1. Mai 1808. R. v. 7. Jan. 1811. V. U. 1818. Tit. VIII. §. 5. Regbl. 1808. S. 985. Geſetzbl. 1818. S. 134. Nov. z. G. O. S. 64. Moritz Nov. III. S. 27. — Die Staatsſchuldentilgungskaſſe nimmt für die 6 ältern Kreiſe Recht bey dem A. G. des Iſarkreiſes. G. v. 1. Juni 1822. §. IV. Geſetzbl. 1822. S. 144. Moritz Nov. IV. S. 53. — ebenſo der Fiscus in Poſtreclamationsſachen, welche nach V. v. 31. Juli 1817 über die Organiſation der General-Adminiſtration der Poſten — Regbl. 1817. S. 730. §. 7. Nr. 1. lit. c. d. e., im Rechtswege ſtatt finden können. Wird jedoch wegen Entſchädigung in einer Poſtſache nicht der königliche Fiscus, ſondern nur der Poſtbeamte für ſeine Perſon in Anſpruch genommen, ſo bleibt die gewöhnliche Gerichtsbehörde des Beklagten competent. V. v. 26. Juni 1818. Regbl. 1818. S. 725. — Moritz Nov. II. 43. III. 35.

8) Beyl. V. §. 11. S. 217.

9) V. U. Tit. V. §. 5. Geſetzbl. 1818. S. 121. Vergl. Nov. z. G. O. S. 58. Moritz Nov. II. S. 51 f. III. S. 13. IV. S. 45 f. Anm. z. Cod. civ. V. 19. §. 56. 42.

10) ebd. §. 5.

Kategorie ſtehenden höhern Beamten[11]) als Siegelmäßige (§. 220.) einen, von dem landgerichtlichen, befreyten Gerichtsſtand vor den Kreis- und Stadtgerichten[12]), der ſich aber für dingliche Klagen gegen Adeliche auf Grundſtücke eines Gütercomplexes, über welchen ſie die gutsherrliche Gerichtsbarkeit (§. 13.) üben, beſchränkt[13]). D. Die Directoren der Kreis- und Stadtgerichte erſter Klaſſe haben ihren Gerichtsſtand erſter Inſtanz vor dem Gericht, bey welchem ſie ſtehen, die Directoren der Stadtgerichte zweyter Klaſſe und die Landrichter, Landgerichtsaſſeſſoren und Actuare, dann die Mediat-Unterrichter, Herrſchafts- und Patrimonialrichter vor dem Kreis- und Stadtgericht der Hauptſtadt des Kreiſes[14]); und ebenſo die Patrimonialgerichtsbeſitzer[15]).

---

11) ebd. §. 5. — Wer zu den höhern Beamten zu rechnen ſey, überläßt das Edict von 1818 einer beſondern Bekanntmachung, die zur Zeit noch nicht erfolgt iſt. ſ. Schunck Jahrb. III. S. 241. Vgl. Anm. zu Cod. civ. V. 24. §. 12.

12) V. v. 19. Juni und 29. Sept. 1818. A. Int. Bl. 1818. S. 700 u. 1132 f.

13) Beyl. V. z. V. U. §. 11. III. S. 217.

14) V. v. 5. Nov. 1808. 30. Spt. 1809. 4. Juni 1819. 20. Spt. 1820. 13. Spt. 1822. Rgbl. 1808. S. 2810. 1809. S. 1601. Nov. z. G. O. S. 54. Moritz Nov. II. S. 14. III. S. 5 f. IV. S. 19.

15) V. v. 26. April 1814 — und zwar bey mehrern Mitbeſitzern, nur der unter ihnen aufzuſtellende Vertreter. R. v. 27. Jan. 1815. — Rgbl. 1814. S. 953. Moritz II. S. 6. III. S. 14.

§. 32.

Gerichtsſtand der Studierenden.

Die Studierenden ſind in allen Civilrechtsſachen den gewöhnlichen Gerichten unterworfen [1]), doch ſind Klagen in Civilſachen gegen Studierende von den ordentlichen Gerichten nicht eher anzunehmen, ehe nicht in Folge der dem Prorector (Rector) und dem academiſchen Senate eingeräumten väterlichen und vormundſchaftlichen Gewalt die Vermittelung von der academiſchen Behörde fruchtlos verſucht, und dieſes durch Protokollauszug bewieſen iſt [2]).

Zu §. 32. **G. R.** Bayer S. 81. Danz §. 56. v. Grolman §. 43. Linde §. 97. Martin §. 49. (55. [53]). Thibaut §. 1080.

S. R. Kori §. 28. S. 54. Schweitzer §. 20. S. 41.

B. R. Anm. zu Cod. civ. V. 23. §. 8. S. 1710. Cod. iud. cap. 1. §. 11. Krüll §. 35.

1) Die ehemalige privilegirte Gerichtsbarkeit der Univerſität Landshut iſt durch das Edict über die Gerichtsverfaſſung vom 24. Juli 1808. §. 59 aufgehoben, und dieſe Aufhebung durch Ausdehnung der dortigen 1804 publicirten und am 6. Merz 1814 revidirten Geſetze auf Erlangen und Würzburg auch auf dieſe erſtreckt. R. v. 10. April 1814. Rgbl. 1808. S. 1800. Moritz Nov. II. S. 29. — Satzungen für Studierende an den Hochſchulen des Königreichs Bayern v. 26. Nov. 1827.

2) Aeltere acad. Geſ. Tit. VII. §. 9. — Die Satzungen vom 26. Nov. 1827. §. 31. d. verweiſen auf die V. v. 31. Mai 1810. Nr. III. über das Vermittlungs-Amt der Gemeinde-Vorſteher (§. 67. Note 6.) — Von der ehemaligen Gerichtsbarkeit ſiehe Nov. z. G. O. S. 56 f. — Fikenſcher Geſchichte der Univerſität Erlangen. S. 476.

§. 33.

Gerichtsſtand der Militärperſonen.

Die **Militärperſonen** ſtanden in Real- und gemiſchten Rechtsſachen [1]) unter den bürgerlichen Gerichten [2]), in perſönlichen bis zum Jahre 1828 unter der Militär-Juſtiz [3]); jetzt ſtehen ſie in allen ihren bür-

---

Zu §. 33. **G. R.** Bayer S. 81. Danz §. 36. von Grolman §. 43. Linde §. 97. Martin §. 49. (55. [55.]) Thibaut §. 1080.

S. R. Kori §. 28. S. 54. Schweitzer §. 20. S. 41.

B. R. Anm. z. Cod. civ. V. 21. §. 1. S. 1595. Cod. ind. cap. 1. §. 11. Krüll §. 34.

1) In Dienſtſachen und wegen Verbrechen und Vergehen unter der Militärgerichtsbarkeit. V. U. 1818. Tit. IX. §. 7.

2) Von den frühern Verhältniſſen und zwar vor d. Conſt. v. 1. Mai 1808 ſiehe Nov. z. G. O. S. 37—55. Vergl. Repertorium über die Verhandlungen der Stände. (v. Lipowsky) 1821. S. 531. Note *. Nach derſelben ebd. S. 55 ſollten (Tit. VI. §. 4.) die Militärperſonen nur in Criminal- und Dienſtſachen unter der Militärgerichtsbarkeit ſtehen; in allen übrigen aber, wie jeder Staatsbürger, den Civilgerichten unterworfen ſeyn. Regbl. 1808. S. 999. Da aber die Zeitverhältniſſe die Abtretung dieſer Gerichtsbarkeit an die Civilbehörden und die Actenaushändigung ſ. a. hinderten, ſo wurden die Militärbehörden am 15. April 1809 angewieſen, einſtweilen noch, und bis zu — fernerer Anweiſung in ihren Juſtizverrichtungen nach den frühern Verordnungen vorzuſchreiten. Regbl. 1809. S. 673.

3) Ein Kabinetsbefehl vom 15. April 1817. §. 95. (Regbl. 1817. S. 359.) rechnet zu dem Wirkungskreiſe des Staatsminiſteriums der Armee: die Juſtizpflege über alle Militärperſonen, ohne Unterſchied des Rangs, über ihre Gattinnen und Kinder, über ihre Civil-Ehehalten (Dienſtboten); jedoch über letztere nur dann, wenn die Armee ſich im Felde, auf dem Marſche, oder zum Theil in blokirten oder belagerten

gerlichen Rechtsangelegenheiten, dieſe mögen zur ſtreitigen, oder nicht ſtreitigen Gerichtsbarkeit gehören, unter den bürgerlichen Gerichten. Die Conſcribirten werden den Militärperſonen erſt von dem Zeitpuncte an zugerechnet, wo ſie in die Armee eingereiht worden ſind, und den Militärdienſteid geleiſtet haben. Alle activen, penſionirten oder à la suite angeſtellten Officiere, ſo wie alle im Officiers-Rang ſtehenden Militär-Beamten haben in Perſonal-Sachen einen von dem landgerichtlichen befreyten Gerichtsſtand vor demjenigen Kreis- und Stadtgerichte, in deſſen Bezirk ſie in Garniſon liegen, oder, inſofern ſie zur activen Armee nicht gehören, in dem Bezirke, wo ſie wohnen, wenn ihnen nicht aus einem beſondern Rechtstitel ein Gerichtsſtand vor einem Appellationsgericht zuſteht. Unterofficiere und Soldaten und alle im Militär Angeſtellten

---

Plätzen befindet, und zwar in Dienſt- und perſönlichen Rechtsſachen. Moritz II. S. 27 f. — Von dem Antrag der erſten Ständeverſammlung darauf, dieſe letzten den Civilgerichten unbedingt zu unterſtellen, welchem Antrag die zweyte Kammer nicht beytrat, ſ. Verh. d. Stde. 1819. V. S. 244. 327. 331. XI. 329. 422. Verh. d. R. R. S. 27. 52. — Die militäriſche neuere Inſtanzenordnung v. 22. Juni 1817, verändert den 30. Sept. 1822, im Regbl. nicht promulgirt, ſ. Moritz Nov. IV. S. 33—43. — Geſetze, nach denen ſie zu beurtheilen ſind, und zwar für perſönliche Klagen 1) die Geſetze des Wohnſitzes bey Soldaten vom gemeinen Manne bis zum Oberofficier, 2) der bayeriſche Maximilianiſche Civil-Coder bey allen Oberofficieren ohne Unterſchied des Grades. V. v. 11. Juni 1816. Regbl. 1816. S. 387, auch im Rheinkreiſe, jedoch erſt am 17. Mai 1822 publicirt. Amtsbl. d. Rheinkr. 1822. S. 77 f.

dieſer Klaſſe können, wenn ihnen nicht aus einem beſondern Rechtstitel dieſer befreyte Gerichtsſtand gebührt, nach der Wahl des Klägers vor dem Gerichte ihres Wohnorts, welches ohne Rückſicht auf ihre Eigenſchaft als Militärperſon das zuſtändige iſt, oder vor dem Gerichte ihrer Garniſon belangt werden [4]). Rückt aber im Kriege die Armee ins Feld, ſo haben die bey derſelben befindlichen Auditore mit Zuziehung eines Actuars auf die Dauer des Kriegszuſtandes die geſammte bürgerliche Gerichtsbarkeit in Perſonalſachen bey jedem Regimente auszuüben. Zu Behandlung derſelben Rechtsſachen, ſo weit ſie die, ein ſelbſtſtändiges Commando führenden Stabs- und ſämmtliche General-Officiere betreffen, wird der im Hauptquartier befindliche Stabs-Auditor mit einem Actuar verwendet — vorbehaltlich des Inſtanzenzugs an das competente königliche Civilgericht zweyter Inſtanz [5]). Die Auditore,

---

4) Stdc. Abſch. v. 15. Aug. 1828. E. Geſetzbl. 1828. S. 20. Beyl. II. §. 1—3. ebd. S. 42. 43. Dieſes Geſetz, wodurch alle bis dahin demſelben entgegen geſtandenen Beſtimmungen und Verordnungen über die Militär-Gerichtsbarkeit aufgehoben ſind, trat mit dem 1. Jan. 1829 in volle Wirkung, und mit dem Eintreten dieſes Tages ſollten nicht nur alle bey den treffenden Gerichten, ſondern auch alle bey den aufgelösten Militärgerichten bereits anhängigen Rechtsſachen dahin abgegeben, desgleichen die Regiſtraturen und Depoſiten ausgeliefert werden. ebd. §. 12. S. 48.

5) ebd. §. 9. S. 46. — Die in ſolchen Fällen von den Auditoren und Stabs-Auditoren verhandelten Acten, desgleichen die bey denſelben anhängigen noch unerledigten Sachen ſind, wenn die Truppen-Abtheilungen wieder in ihre Friedens-Garniſonen eingerückt ſind, den treffenden ordentlichen(Civil-)

ſo wie die Stabs=Auditore verfahren in ſtreitigen Rechtsſachen als Einzelne Richter nach den Beſtimmungen der geltenden Geſetze [6]).

§. 34.

Fälle, worin der privilegirte Gerichtsſtand wegfällt.

Der privilegirte Gerichtsſtand fällt weg a) wenn der Eximirte nicht Beklagter, ſondern Kläger

---

Gerichten, die erſtern zur Reponirung, die andern zur weitern Behandlung und Erledigung ungeſäumt einzuhändigen. ebd.

6) ebd. §. 10. Nr. 1. S. 46. — Wird auſſer Kriegszeiten die Armee ganz oder zum Theile auf kürzere oder längere Zeit zuſammengezogen, ſo haben zwar während dieſer Zeit die Auditore und ein Stabs=Auditor — (auſſer den Verlaſſenſchafts=Verhandlungen bey Militärperſonen ſ. §. 227. Note 15.) auch einzelne gerichtliche Handlungen in Rechtsſtreitigkeiten, wenn ſie darum erſucht worden ſind, z. B. die Vernehmung eines Zeugen, die Abnahme eines Eides u. dgl. vorzunehmen, auf andere Privatſachen der Militär=Perſonen aber hat dieſes Zuſammenziehen der Armee keinen weitern Einfluß. Jedoch iſt dem Könige vorbehalten, wo die Dauer oder der Ort des Zuſammenziehens, oder ein auſſerordentliches Verhältniß weitere Vorſorge erforderlich machen ſollten, die Gerichtsbarkeitsverhältniſſe auf gleiche Weiſe, wie für die Kriegszeiten geſetzlich beſtimmt iſt, beſonders zu ordnen, und wenn dieſes geſchieht, finden die obigen Vorſchriften der §§. 9. u. 10. der Beyl. II. durchgängig Anwendung. ebd. §. 11. S. 48.

Zu §. 34. G. R. Bayer S. 23. Linde §. 97. Martin §. 50. (54. [52.]) Thibaut §. 1082.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 12. Nov. z. G. O. S. 62. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 54. III. S. 26. IV. S. 52.

iſt [1] (§. 18), b) wenn er nicht in eigenem, ſondern in fremdem Namen handelt, c) bey Realſachen (§. 25. 30.) d) wegen Zuſammenhang (§. 26.) e) bey Fremden [2], f) bey Staatsdienern und Beamten nach der auf richterliches Strafurtheil gegründeten Entſetzung oder Entlaſſung [3] (§. 17.).

§. 35.

Verhältniß der verſchiedenen Gerichtsſtände unter einander.

Der Kläger hat die Wahl des Gerichtsſtandes, wenn der Beklagte an mehreren Orten ſeinen Wohnſitz

---

1) Namentlich bey dem Fiscus nach R. v. 25. Nov. 1810. und 17. Jan. 1811. Nov. z. G. O. S. 64. — V. U. 1818. Tit. VIII. §. 5. Geſetzbl. 1818. S. 134.

2) Fremde Officiers ſtehen an Orten, wo keine Commandantſchaften ſind, unter der bürgerlichen Obrigkeit. V. v. 10. April 1794. Mayr Gen. V. S. 667. Vgl. R. v. 10. Juli 1811. und 14. Jan. 1817. Moritz IV. 52. — Von Forenſen ſ. V. v. 3. April 1807. und 6. Jan. 1812. Regbl. 1807. S. 609. 1812. S. 223. (§. 35.) Vgl. Std. Abſch. v. 15. Aug. 1828. c. Geſetzbl. S. 19. u. 38.

3) Denn auſſer dem Falle eines ſolchen richterlichen Urtheils hat der definitiv verliehene Dienerſtand die unverletzliche Dauer auf Lebenszeit. Beyl. IX. z. V. U. §. 18. Geſetzbl. 1818. S. 340 f. — Vgl. Dienſtpragmatik v. 1. Jan. 1805. §. X. u. XII. und Conſt. v. 1. Mai 1808. III. §. 7. V. §. 3. Rgbl. 1805. S. 225. 1808. S. 985. f.

Zu §. 35. **G. R.** Bayer S. 91. v. Grolman §. 51. 52. Linde §. 104. Martin §. 61. (59.) Thibaut §. 1082.

S. R. Kori §. 32.

B. R. Cod. iud. cap. 1. Anm. S. 24. lit. d. Nov.

hat [1]); wenn mehrere Beklagte im Fall des Zuſammenhangs der Sache unter verſchiedenen Appellationsgerichten; als privilegirter Inſtanz, oder unter Untergerichten verſchiedener Appellationsgerichtsbezirke (Kreiſe) ſtehen [2]); wenn die einem Beklagten gehörenden Sachen verſchiedenen Gerichtsſtellen unterworfen ſind, für welche keine gemeinſchaftliche nächſte Obergerichtsinſtanz vorhanden iſt [3]); und bey Real- und Perſonalklagen gegen einen in Bayern begüterten Ausländer (forensis) die Wahl zwiſchen dem ausländiſchen Gericht und dem inländiſchen, in welchem ſich hinreichende Executionsgegenſtände darbieten [4]). Sie gebührt ihm auch da, wo die Proceßart ſeiner Willkühr überlaſſen iſt. [5]) Sonſt ſchließt jeder beſondere Gerichtsſtand den allgemeinen aus.

§. 36.

Entſcheidung der Jurisdictionsconflicte.

Competenzſtreitigkeiten zwiſchen Untergerichten deſſelben Kreiſes oder verſchiedener Kreiſe, und zwiſchen

---

z. G. O. S. 117. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 94. III. S. 78. IV. S. 99. f.

1) Cod. iud. cap. 1. §. 3.

2) V. v. 9. Aug. 1810. §. 3. Regbl. 1810. S. 632. die Beſchränkung dieſer Wahl ſ §. 4. ebd. (§. 26.)

3) ebd. §. 6. S. 633.

4) Beyl. I. z. V. U. 1818. §. 15. litt. c. Geſetzbl. 1818. S. 146. Moritz III. S. 27.

5) Z. B. zwiſchen dem ordentlichen Gericht, und dem Wechſelgericht bey einer Wechſelforderung; aber nicht bey einer gemeinen Forderung.

Zu §. 36. G. R. Claproth Einl. II. §. 425. v. Grolman §. 48. Linde §. 103. Thibaut §. 1082.

Appellationsgerichten entſcheidet das Juſtizminiſterium [1]), der König aber ſolche Streitigkeiten zwiſchen Verwaltungs- und Juſtizbehörden, nach vorhergegangener Berichtserſtattung an die Miniſterien und nach Vernehmung des Staatsraths [2]). Ueber die gerichtsablehnende Einrede einer Partey erkennt dasjenige Gericht, bey welchem darüber der Streit anhängig iſt [3]).

§. 37.

Acceſſoriſcher Gerichtsſtand.

Ehefrauen, Kinder und Dienſtboten folgen dem Gerichtsſtande ihres Ehemannes, Vaters und Dienſt-

---

S. R. Schweitzer §. 25. 26.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 13. Nr. 5. Anm. S. 73. lit. e. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. S. 1471. Krüll §. 46.

1) Kab. Bef. v. 15. April 1817. §. 43. Regbl. 1817. S. 341. Von dem vorläufigen Benehmen zu Abwendung ſolcher Streitigkeiten. R. v. 22. Juni 1813. v. Aretin, Annalen II. S. 14. Vergl. R. v. 10. Mai 1819. Moritz III. S. 30.

2) V. v. 3. Mai 1817. Tit. II. Nr. 7. Regbl. 1817. S. 96. Revidirte Inſtr. v. 9. Jan. 1821. Tit. II. §. 7. Nr. 10. Regbl. 1821. S. 54. — V. v. 18. Nov. 1825. §. 7. A. 10. Regbl. 1825. S. 871.

3) R. v. 22. Juni 1813. Moritz III. S. 78. Ein Geſetzentwurf über die Competenzconflicte, der Ständeverſammlung von 1828 vorgelegt, erhielt, wegen der vorgeſchlagenen beſchränkenden Modificationen die königliche Genehmigung nicht. Std. Abſch. v. 15. Aug. 1828. D. Geſetzbl. 1828. S. 19. 20.

Zu §. 37. G. R. Bayer S. 62. Danz §. 27. von Grolman §. 44. Linde §. 102. Martin §. 50. (54. [52.]) Thibaut §. 1803.

herren [1]), ſo lange bis die Ehefrau getrennt und für den ſchuldigen Theil erklärt wird, oder nach dem Tode des Mannes den Wittwenſtand verrückt, oder ſich ſelbſt freywillig einer andern Gerichtsbarkeit unterwirft [2]), — die Kinder [3]) mit Bewilligung ihres Vaters ſich von ihm abſondern, oder nach ſeinem Tod abtheilen, — und die Dienſtboten aus dem Dienſt treten.

§. 38.

Uebergang des Gerichtsſtandes auf die Erben.

Die Erbſchaft repräſentirt, ſo lange ſie liegt, die Perſon des Erblaſſers, und wenn die Gerichtsbarkeit einmal gegen ihn durch Prävention (§. 18.) begründet wurde, ſo kann ſich der Erbe derſelben unter dem Vor=

S. R. Kori §. 27. S. 55.

B. R. Cod. iud. cap. 1. §. 14. Anm. S. 76. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 20. S. 255. V. 21. §. 29. S. 1659. Nov. z. G. O. S. 121. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 106. III. S. 86. Krüll §. 48.

1) Ausgedehnt auf Militärperſonen durch Kab. Bef. vom 15. April 1817. (§. 33. Note 3) Vergl. V. v. 17. Jan. 1769. Mayr Gen. II. S. 1385.

2) Cod. iud. l. c. Cod. civ. I. 6. §. 12. Nr. 5.

3) Kinder eines Siegelmäßigen haben zwar die Siegelmäßigkeit des Vaters nicht, wenn ſolche nicht auch ihnen vermöge ihres Standes zukommt, aber genießen dennoch den Gerichtsſtand des Vaters. Beyl. VIII. z. V. U. §. 16. Geſetzbl. 1818. S. 331.

Zu §. 38. **G. R.** Bayer S. 63. Danz §. 27. 29. Note d. Linde §. 88. Martin §. 48. (47. [45]). Thibaut §. 1084.

S. R. Carpzov jurispr. for. rom. sax. I. c. XI. def. 16 §. 2. vergl. v. Glück Erl. d. Pand. VI. §. 515. S. 292. Note 2.

wande nicht entziehen, daß ihm ein anderer perſönlicher Gerichtsſtand zuſtehe.

§. 59.

Prorogation.

Die willkührliche Wahl eines Gerichtsſtandes von Seite der Parteyen, Prorogation (prorogatio fori, jurisdictio prorogata, forum prorogatum) ſetzt voraus a) daß beyde Theile ſich freywillig ohne Proteſtation vor einem ſonſt für ſie incompetenten Richter einlaſſen, b) daß der ordentliche Richter davon wiſſe und einwillige [1]), c) daß der freywillig gewählte Richter in dergleichen Fällen überhaupt Gerichtsbarkeit habe [2]).

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 14. Anm. S. 78. Cod. civ. III. c. 1. §. 9. Anm. S. 54. Nov. z. G. O. S. 120. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 100. III. S. 81 f. Krüll §. 11

Zu §. 59. **G. R.** Bayer S. 87. 94. Danz §. 33. Note o. v. Grolman §. 49. Linde §. 101. Martin §. 60. (58.) Thibaut §. 1085—1087.

S. R. Kori §. 28. S. 55.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 17. Anm. S. 80. Nov. z. G. O. S. 122. f. Moritz III. S. 87. Krüll §. 62.

1) Ob nur ausdrücklich, oder auch ſtillſchweigend, entſcheidet das Geſetz nicht. Anm. S. 81. Krüll §. 62.

2) Alſo nicht von der Juſtiz zur Polizey, oder umgekehrt. R. v. 18. April 1789. Mayr Gen. V. S. 9. — Nicht vom Kreisgericht zu einem Wechſelgericht, wohl aber umgekehrt. Nicht vom geiſtlichen zum weltlichen Gericht, nicht in Strafſachen. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. Nr. 8. S. 1458. IV. 16 §. 1. S. 739. Nr. 6. — — Beyſpiel einer allgemeinen höchſten Orts genehmigten Prorogation bey Anordnung der Kreis- und Stadtgerichte als privilegirte erſte Inſtanz. V. v. 28. Jul. 1818. Geſetzbl.

Auch die Widerklage (§. 28.) hat die Wirkung einer Prorogation des Forums [3]).

§. 40.
Austräge.

Wenn bey einem ſtandesherrlichen (§. 31.) Hauſe durch Familienverträge beſondere Austrägalgerichte für Civilſachen eingeführt ſind, ſo iſt deren Beſtätigung, nach näherer Unterſuchung, dem Souverain vorbehalten und von demſelben auch zugeſichert [1]). Sonſt beſteht für die Häupter der ſtandesherrlichen Familien nur in Straffachen ein Austrägalgericht [2]). Für Bayern, als teutſchen Bundesſtaat, in Anſehung ſeiner Streitigkeiten mit andern ſolchen Staaten gilt die allgemeine Austrägalgerichtsbarkeit des teutſchen Bundes [3]), und die Beſtim-

---

1818. S. 472. v. Gönner und v. Schmidtlein's Jahrb. II. 301.

3) In ſo fern dieſe Wirkung nothwendig iſt, kann man auch die Prorogation eine nothwendige nennen. A. M. ſind gemeinrechtlich Thibaut §. 1077. u. 1085. Martin §. 60. (58.) Note e. Vgl. v. Grolman §. 50.

Zu §. 40. G. R. Berg Grundr. d. reichsger. Verf. u. Pr. §. 39. Thibaut §. 1081.

S. R. Schroeter de austraegis dom. sax.

B. R. Anm. zu Cod. iud. cap. 1. §. 2. S. 20. Anm. zu Cod. civ. I, cap. 7. §. 6. und 7. II. 2. §. 13. V. 19. §. 35.

1) Im allgemeinen durch Beyl. IV. z. V. U. §. 6. Geſetzbl. 1818. S. 192. — insbeſondere für d. herz. Haus Leuchtenberg. Decl. v. 15. Nov. 1817. Art. 7. §. 2. Rgbl. S. 950.

2) v. Wendt Grundzüge des Cr. P. §. 18. u. 28.

3) Bergmann Corpus juris judiciarii civilis germanici academicum S. 504. f. — Regbl. 1817. S. 65. Die Glie-

mung, Irrungen zwiſchen Regierung und Ständen in allen jenen Fällen zu beſeitigen, wo nicht durch Geſetz

---

der des deutſchen Bundes haben ſich durch die Bundesacte v. 8. Juni 1815 verbindlich gemacht, ſich einander nicht zu bekriegen, ſondern diejenigen Streitigkeiten unter ſich, welche nicht durch einen Ausſchuß vermittelt werden können, durch eine wohlgeordnete Austrägalinſtanz entſcheiden zu laſſen, und ſich deren Ausſprüche zu unterwerfen. Die Anordnung dieſes zur Verhandlung und zum Erkenntniß beſtimmten Gerichts- (Verhandlungs- und Spruchcollegiums) aber keines eigentlichen Bundesgerichts (ſiehe Klüber öffentliches Recht des teutſchen Bundes §. 148. k. Note f. und §. 157.) iſt in der 35. Sitzung den 16. Juni 1817 getroffen. Es hat nämlich, binnen 4 bis 6 Wochen nach geſchehener Anzeige über den mißlungenen Vermittlungsverſuch, der Beklagte, oder, nach verſäumter Friſt, die Verſammlung des Bundestages dem Kläger drey unpartheyiſche Bundesglieder vorzuſchlagen, aus welchen dieſer eines binnen gleicher Friſt wählt. Die dritte, oberſte Juſtizſtelle des gewählten Bundesgliedes iſt als Austrägalinſtanz zu betrachten, welche die Sache nach den Proceßgeſetzen ihres Landes inſtruirt, und als erſte und letzte Inſtanz, nur mit Vorbehalt der Reſtitution ex capite novorum, im vollen Rath, wo keine beſondere Entſcheidungs-Normen vorhanden ſind, nach den in Rechtsſtreitigkeiten derſelben Art vormals von den Reichsgerichten ſubſidiariſch befolgten Rechtsquellen (gemeines Recht), ſofern ſolche auf die jetzigen Verhältniſſe der Bundesglieder noch anwendbar ſind, — entſcheidet. Bund. Beſchluß v. 3. Aug. 1820. Art. 4 — Michaelis corp. iur. publ. acad. 1825. S. 584. Klüber Quellenſammlung zu dem öffentlichen Recht des teutſchen Bundes. S. 293. — Den Mitgliedern des Bundes iſt auch unbenommen, ſich darüber zu vereinigen, daß die zwiſchen ihnen entſtandenen Streitigkeiten auf dem Wege eines Schiedsgerichts ausgetragen werden,

und Landesverfaſſung für dieſen Zweck bereits Vorkehrungen getroffen ſind, hat ein von dem teutſchen Bunde angeordnetes Schiedsgericht, deſſen Ausſpruch die Kraft und Wirkung eines austrägalgerichtlichen Erkenntnißes haben und daher auch nach der bundesgeſetzlichen Executions-Ordnung vollzogen werden ſoll [4].

---

wie ſolches durch Bundesbeſchluß vom 30. Oct. 1834. (ſiehe Note 4.) angeordnet iſt. Regbl. 1834. S. 1136. Art. XII.

4) Bekanntmachung den Bundesbeſchluß vom 30. Oct. 1834. über das Inſtitut des Schiedgerichtes betr. Regbl. 1834. S. 1130 u. 1135. art. IX. — Für den Fall nämlich, daß in einem Bundesſtaate zwiſchen der Regierung und den Ständen über die Auslegung der Verfaſſung, oder über die Gränzen der bei Ausübung beſtimmter Rechte des Regenten den Ständen eingeräumten Mitwirkung, namentlich durch Verweigerung der zur Führung einer den Bundes-Pflichten und der Landesverfaſſung entſprechenden Regierung erforderlichen Mittel, Irrungen entſtehen, und alle verfaſſungsmäßigen und mit den Geſetzen vereinbarlichen Wege zu deren genügenden Beſeitigung ohne Erfolg eingeſchlagen worden ſind, haben ſich die Bundesglieder als ſolche, gegen einander verpflichtet, ehe ſie die Dazwiſchenkunft des Bundes nachſuchen, die Entſcheidung ſolcher Streitigkeiten durch Schiedsrichter zu veranlaſſen. (Art. I). Um das Schiedsgericht zu bilden, ernennt jede der ſiebzehn Stimmen des engern Rathes der Bundesverſammlung aus den von ihr repräſentirten Staaten, von drey zu drey Jahren, zwey durch Charakter und Geſinnung ausgezeichnete Männer, welche durch mehrjährigen Dienſt hinlängliche Kenntniße und Geſchäftsbildung, der eine im juridiſchen, der andere im adminiſtrativen Fache, erprobt haben. Die erfolgten Ernennungen werden von den einzelnen Regierungen der Bundesverſammlung angezeigt, und von dieſer, ſobald die Anzeigen von allen ſiebzehn Stimmen eingegangen ſind, öffentlich bekannt gemacht.

Eben ſo werden die durch freywilligen Rücktritt, durch

Krankheit oder Tod eines Spruchmannes, vor Ablauf der beſtimmten Zeit eintretenden Erledigungen von den Regierungen für die noch übrige Dauer der dreyjährigen Friſt ſofort ergänzt. — Das Verhältniß dieſer 34 Spruchmänner zu den Regierungen, welche ſie ernannt haben, bleibt unverändert, und es giebt ihnen die Ernennung zum Spruchmann auf Gehalt oder Rang keinen Anſpruch. (Art. II.) — Wenn, in dem Art. I. bezeichneten Falle der Weg einer ſchiedsrichterlichen Entſcheidung betreten wird, ſo erſtattet die betreffende Regierung hievon Anzeige an die Bundesverſammlung, und es werden aus der bekannt gemachten Liſte der 34 Spruchmänner in der Regel ſechs Schiedsrichter, und zwar drey von der Regierung, und drey von den Ständen, ausgewählt; die von der betheiligten Regierung ernannten Spruchmänner ſind von der Wahl zu Schiedsrichtern für den gegebenen Fall ausgeſchloſſen, ſofern nicht beyde Theile mit deren Zulaſſung einverſtanden ſind. Es bleibt dem Uebereinkommen beyder Theile überlaſſen, ſich auf die Wahl von zwey oder vier Schiedsrichter zu beſchränken, oder deren Zahl auf acht auszudehnen.

Die gewählten Schiedsrichter werden von der betreffenden Regierung der Bundesverſammlung angezeigt. Erfolgt in dem Falle der Vereinbarung über die Berufung an das Schiedsgericht, und nachdem die Regierung den Ständen die Liſte der Spruchmänner mitgetheilt hat, die Wahl der Schiedsrichter nicht binnen vier Wochen, ſo ernennt die Bundesverſammlung die letzteren ſtatt des ſäumigen Theiles. (Art. III.) Die Schiedsrichter werden von der Bundesverſammlung, mittels ihrer Regierung von der auf ſie gefallenen Ernennung in Kenntniß geſetzt, und aufgefordert, einen Obmann aus der Zahl der übrigen Spruchmänner zu wählen; bey Gleichheit der Stimmen wird ein Obmann von der Bundesverſammlung ernannt. (Art. IV.) Die von der betreffenden Regierung bey der Bundesverſammlung eingereichten Akten, in welchen die Streitfragen bereits durch gegenſeitige Denkſchriften oder auf andere Art feſtgeſtellt ſeyn müſſen, werden dem Obmann überſendet, welcher die Abfaſſung der Relation und Correla-

§. 41.

Geſandte.

Geſandte fremder Mächte ſind von der inländiſchen

---

tion zwey Schiedsrichtern überträgt, deren Einer aus den von der Regierung, der Andere aus den von den Ständen Erwählten zu nehmen iſt. (Art. V.) — Demnächſt verſammeln ſich die Schiedsrichter, einſchließlich des Obmannes, an einem von beyden Theilen zu beſtimmenden, oder, in Ermanglung einer Uebereinkunft von der Bundesverſammlung zu bezeichnenden Orte, und entſcheiden nach ihrem Gewiſſen und eigener Einſicht den ſtreitigen Fall durch Mehrheit der Stimmen. (Art. VI.) — Sollten die Schiedsrichter zu Fällung des definitiven Spruches eine nähere Ermittelung oder Aufklärung von Thatſachen für unumgänglich nothwendig erachten, ſo zeigen ſie dieß der Bundesverſammlung an, welche die Ergänzung der Akten durch den Bundestagsgeſandten der betheiligten Regierung bewirken läßt. (Art. VII.) Sofern nicht in dem zuletzt bezeichneten Falle eine Verzögerung unvermeidlich wird, muß die Entſcheidung ſpäteſtens binnen vier Monaten, von der Ernennung des Obmannes an gerechnet, erfolgen, und bey der Bundesverſammlung zur weitern Mittheilung an die betheiligte Regierung eingereicht werden. (Art. VIII.) Die oben erwähnte Wirkung eines auſträgalgerichtlichen Erkenntniſſes, erſtreckt ſich bey Streitigkeiten über die Anſätze eines Budgets, nur auf die Dauer der Steuerbewilligungs-Periode, welche das in Frage ſtehende Budget umfaßte. (Art. IX.) — Sollten ſich über den Betrag der durch das ſchiedsrichterliche Verfahren veranlaßten, dem betheiligten Staate in ihrem ganzen Umfange zur Laſt fallenden Koſten, Anſtände ergeben, ſo werden dieſe durch Feſtſetzung von Seiten der Bundesverſammlung erledigt. (Art. X.) —

Zu §. 41. **G. R.** Danz §. 34. v. Glück Erl. d. Pand. III. S. 188. VI. S. 241. f. 429. f. v. Grolman §. 43. Linde §. 97. Martin §. 49. (55. [53].) Note i.

Gerichtsbarkeit ausgenommen [1]) und genießen das ius revocandi domum [2]). Ohne Wiſſen und Willen ihres Hofes kann ihnen keine gerichtliche Depoſition zugemuthet werden [3]).

§. 42.

Nebenperſonen von Seite der Partey. Advocaten und Procuratoren.

Das Amt der bayeriſchen Advokaten vereiniget die Pflicht und die Befugniß, den Parteyen auf Anſuchen nicht allein durch Rathertheilung und gerichtliche Vorträge rechtlich beyzuſtehen, ſondern auch ihre Stelle vor Gericht zu vertreten, und die Sache in ihrem Namen zu führen [1]). Von den Advocaten ſind

---

S. R. Schweitzer §. 20. S. 41.

B. R. Cod. iud. cap. 1. § 11. Anm. S. 44. Krüll §. 36.

1) Anm. a. a. O. litt. i.

2) Auch in foro contractus (§. 23.) Anm. S. 28. litt. e. Vgl. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. S. 1457.

3) Resol. int. v. 21. Febr. 1789. Mayr Gen. V. S. 6. Nr. XIV. Wagner Geſetzlexicon II. S. 527. Von ihren übrigen Privilegien vergl. Mayr Gen. I. S. 654. II. S. 1367. IV. S. 695. V. S. 32. 340. 747. VII. S. 514. Mayr's Generalinder. I. S. 116. II. S. 206. — Von der Beſtrafung der an ihnen verübten Beleidigungen. Strafg. 1813. I. art. 306.

Zu §. 42. **G. R.** Bayer S. 119. 120. 130. Danz §. 43. 44. v. Grolman §. 66. Linde §. 125. Martin §. 72. 75. (70. 73.) Thibaut §. 1088. 1094.

S. R. Kori §. 12. Schweitzer §. 49.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 5. Anm. S. 125. Krüll §. 79. 80. Mündler §. 103.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1.

Gerichts-Procuratoren nicht nach ihrer Pflicht und ihrem Verhältniß zur Partey [2]), ſondern nur nach dem Rang und der Art ihrer Anſtellung bey den Gerichten [3]) verſchieden.

---

2) Die gemeinrechtliche Bedeutung des Advocaten (Fürſprecher, Redner, causidicus, patronus caussae, Rechtsbeyſtand) im Gegenſatz des Procurator (Anwalt, Sachwalt, Stellvertreter, Gewalthaber) kommt vor in den Anm. S. 264. (§. 54.) — Unterſchied von den Procuratoren des ehemaligen R. K. G., und von den jetzigen Procuratoren anderer teutſcher Länder. Berg Grdr. S. 71. v. Kamptz Mekl. civ. Proceß §. 29. Kori Theorie des ſächſ. bürg. Proc. §. 13.

3) Anm. S. 124. Procuratoren wurden nähmlich nur bey Märkten, Land- und Hofmarktsgerichten, Advokaten aber bey Dicaſterien angeſtellt. P. O. 1616. I. lit. 6. art. 1. — Beybehalten wurde dieſer Unterſchied in der Landgerichtsorganiſation vom 24. März 1802. §. VII., wonach bey jedem Landgericht zwey rechtskundige Procuratoren angeſtellt ſeyn ſollten. Regbl. 1802. S. 236. Nov. z. G. O. S. 152. Vgl. V. v. 23. Juli 1807. Regbl. 1807 S. 1361. Bey Gelegenheit der Beſtellung der Landgerichte im Innkreiſe mit Rechtsanwälten wurde von dem A. G. bekannt gemacht, daß Se. königl. Maj. am 6. Juli 1810 beſchloſſen habe, jeder bey einem Landgerichte ernannte Advocat ſolle künftig die uneingeſchränkte Befugniß der Advocatie im ganzen Königreich haben. R. v. 10. Juli 1810. Regbl. 1810. S. 557. — Die Matrikeln vom 1. Febr. 1813. u. 27. Febr. 1814 brauchen den Ausdruck: Rechtsanwälte: die erſte enthält bey einigen den Beyſatz: „Anwalt in beſchränkter Eigenſchaft“ auch „extra statum.“ Regbl. 1813. S. 132, f., die zweyte auſſer ſolchen Beyſätzen, auch noch die Benennung: Procuratoren und einmal bey Amberg: Landgerichtsprocuratoren. Regbl. 1814. S. 433. (Vergl. §. 49.)

§. 43.

Wann ſind Anwälte zuläſſig?

Anwälte ſind auch da, wo die Partey, ſelbſt zu erſcheinen und ſelbſt zu handeln, nicht gehindert iſt [1]), in Civilſachen [2]) zuläſſig, inſofern der Richter nicht aus beſonders erheblichen Urſachen das perſönliche Erſcheinen der Partey [3]), oder das Entfernen der Advocaten [4]) nöthig findet. Ausgeſchloſſen ſind die Advocaten in der Regel von dem Amt des Maſſecurators

---

Zu §. 43. **G. R.** Bayer S. 132. Danz §. 43. Linde §. 132. Mart. §. 81. (79.) Thib. §. 1059. 1089. 1090. 1095.
S. R. Kori §. 12.
B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 6. Krüll §. 84.

1) „Auch ohne Entſchuldigung des Prinzipalens." Cod. jud. l. c.

2) a. Von Criminalſachen ſ. Strafg. 1813. II. art. 99. 100. 103. 142. 145. 373. 457. b. In reinen Polizeyſachen, mit Ausnahme der adminiſtrativ-contentiöſen Gegenſtände (§. 30.) iſt in erſter Inſtanz die Zuziehung von Advocaten unzuläſſig und nicht geſtattet, Schriften einzureichen. V. v. 16. Febr. 1815. Regbl. 1815. S. 138. modificirt durch R. v. 24. April u. 2. Mai 1826. Int. Bl. d. Iſarkr. 1826. S. 371.

3) Durch das Geſetz ſelbſt iſt dieſes perſönliche Erſcheinen angeordnet a) in der Regel bey Eidesleiſtungen ſ. §. 108. b) bey den Ausſöhnungsverſuchen in der V. das gerichtliche Verfahren in Eheſtreitigkeiten der Proteſtanten betr. v. 22. Juli 1806. §. 6. Regbl. 1806. S. 285. beſtätiget durch V. v. 12. Dec. 1822. §. IV. Regbl. 1822. S. 1316. Nov. z. G. O. S. 69 Moritz IV. S 59. (§. 181.)

4) z. B. bey Vergleichsverſuchen arg. Cod. jud. cap. 17. §. 1. Nr. 15. Vergl. V. v. 3. Febr. 1815 Moritz Nov. III. S. 228.

in Concurſen und ganz von der Zuziehung bey Vergleichsverſuchen der Gemeindeausſchüſſe [6]). Einer Partey iſt bey den Juſtizdicaſterien mehr nicht, als zwey, bey Untergerichten nur, einen Advocaten zu beſtellen, erlaubt [7]).

§. 44.

Befugniß ohne Anwalt zu handeln.

Jedem, der dazu die erforderliche Geſchicklichkeit beſitzt, ſteht frey, in eigener Sache vor Gericht ſelbſt zu erſcheinen und ſie dort (mündlich) vorzutragen [1]). Schriftliche Eingaben ohne Legaliſation eines Anwalts einzureichen, iſt nur dem Siegelmäßigen erlaubt [2]); Unſiegelmäßige ſind aber zur Auf-

---

5) Geſetz v. 22. Juli 1819. §. 55. Geſetzbl. 1819. S. 79. und Beyl. z. Civ. Proc. S. 23.

6) V. v. 31. Mai und 20. Oct. 1810. Regbl. 1810. S. 442. 1091. V. v. 17. Mai 1818. §. 120. Vergl. mit Beyl. VI. d. V. U. 1818. §. 107. Geſetzbl. 1818. S. 92. u. 262. Nov. z. G. O. S. 208. Moritz Nov. III. S. 162.

7) „Nachdem — zuweilen vermögliche Parteyen die fürnehmſten Advocaten an einem Ort ſämmtlich in Beſtallung nehmen, und ihrem Gegentheil hierdurch die guten Advokaten und Redner abzuſpannen ſuchen." Cod. iud. cap. 2. §. 5. Nro. 5.

Zu §. 44. G. R. Bayer S. 122. 132. Danz §. 43. Linde §. 132. Martin §. 81. (79.) Thibaut §. 1091. 1099.

S. R. Kori §. 12. u. 18.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 1. Krüll §. 84.

1) Cod. iud. cap. 2. §. 5. Nr. 3. cap. 7. §. 1. Vgl. cap. 5. §. 6.

2) Cod. iud. cap. 4. §. 10. Nr. 2. Vgl. §. 229.

ſtellung eines Bevollmächtigten vor Gericht nicht verbunden, wenn ſie ihre Eingaben ſelbſt unterſchreiben, und dieſe von einem recipirten Advocaten unterzeichnen laſſen [3]).

§. 45.

Nothwendigkeit eines Anwalts.

Ganze Corpora und Gemeinden, und alle Litisconſorten müſſen einen gemeinſchaftlichen Anwalt beſtellen, im Unterlaſſungsfall wird er von dem Gericht von Amtswegen ernannt [1]). Daſſelbe geſchieht insſondere für Miterben, die ſich darüber nicht vereinigen können [2]), für Abweſende [3]); und für arme Parteyen [4]). Abweſende Parteyen, welche ſchriftliche Eingaben machen, haben gleich mit der erſten einen Anwalt zur Inſinuation (mandatarius ad insinuandum) an dem Orte des Gerichts zu benennen [5]).

---

3) Reſcript vom 18. Sept. 1813. Moritz Nov. III. S. 187.
Zu §. 45. G. R. Bayer S. 137. Danz §. 43. Linde §. 132. Martin §. 81. (79.) Thibaut §. 1090. 1095. 1099.
S. R. Kori §. 18 — 21.
B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 4. Anm. S. 263. lit. b. k. l. Nov. z. G. O. S. 210. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 150. 182. III. S. 188. IV. S. 147.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 3. cap. 5. §. 8. Nr. 6. 7.

2) Cod civ. III. 1. §. 14. Nr. 12. Anm. S. 94.

3) Cod. civ. P. I. cap. 7. §. 39. Nr. 2.

4) Cod. jud. cap. 3. §. 8. — Adv. O. 1769. §. 26. Kreitmayrs Gen. S. 34. V. v. 27. Sept. 1805. Regbl. 1805. S. 1055. V. v. 23. März 1813. §. 2. Regbl. 1813. S. 425. V. v. 14. Dec. 1820. A. J. Bl. 1820. S. 1051.

5) a. Widrigenfalls werden die Expeditionen für inſinuirt gehalten. Cod. jud. cap. 7. §. 1. a. E. b) in der Klage und Expedition bey Vermeidung von 3 Rthlr. Strafe Cod. jud.

§. 46.

Unfähigkeit zur Anwaltſchaft.

„Jedermann kann als Anwalt bey Gericht gebraucht werden, dem es nicht ausdrücklich in den Rechten verboten iſt [1].“ Unter die letztern gehören a) alle, denen es an hinreichendem Verſtand und Geſchicklichkeit mangelt [2], beſonders b) unter Curatel ſtehende [3], c) Minderjährige unter zwanzig Jahren [4], d) Ehr-

---

cap. 5. §. 8. Nr. 9. c) das Präjudiz, daß keine Reſolution auf das Exhibitum erfolgen ſolle, ſetzt das signat. cons. revisor. v. 23. Jan. 1775. Mayr Gen. I. S. 87. d) Ahndung der Vernachläßigung befiehlt d. V. v. 16. Aug. 1779. ebd. S. 154. und letztere iſt erneuert durch V. vom 12. Febr. 1790. Mayr Gen. V. S. 13. Das Appellationsgericht für den Iſar- und Salzachkreis hat am 16. April 1810 als Rechts-Nachtheil die Strafe von 3 Thalern für Unterlaſſung ſolcher Benennung in den erſten Eingaben gedroht. Regbl. 1810. S. 322., und das jetzige Appellationsgericht des Iſarkreiſes dieſe allgemeine Verfügung erneuert durch Bekanntm. v. 29. April 1825. und 20. Jan. 1835. Intbl. des Iſarkreiſes 1825. S. 275. 290. 347. Rgbl. 1835. S. 68.

Zu §. 46. **G. R.** Bayer S. 29. 135. Danz §. 148. v. Grolman §. 62. Linde §. 141. Martin §. 76. (74.) Thibaut §. 1091.

S. R. Kori §. 22. Schweitzer §. 58.

B. R. Cod. ind. cap. 2. §. 5. cap. 7. §. 1. Anm. S. 258. lit. d. Krüll §. 262. Mündler §. 109.

1) Cod. jud. l. c. pr.

2) ebd. Nr. 1.

3) Cod. civ. P. I. cap. 7. §. 36.

4) G. O. 1616. Tit. 4. art. 2. S. 124. beſtätigt in Cod. jud. l. c. Anm. S. 263. lit. c. abweichend von der civilrechtlichen Volljährigkeit mit 21 Jahren. Cod. civ. P. I. cap.

loſe [5]), e) diejenigen, denen die Anwaltſchaft wegen verübter Ungebühr bereits niedergelegt iſt [6]), f) Mitglieder geiſtlicher Orden ohne Conſens ihrer Obern [7]), g) weibliche Perſonen, ausgenommen in Sachen ihrer Verwandten [8]), h) alle in königlichen Pflichten ſtehende Räthe und Beamte, ohne vorgängige landesherrliche Erlaubniß, ſoweit die Anwaltſchaft nicht ihre Verwandte (Befreundte) oder „nahangehende" Perſonen betrifft [9]).

---

7. §. 36. V. v. 26. Oct. 1813. art. 1. Regbl. 1813 S. 1337. Moiitz Nov. z. Ldr. S. 110.

5) Aufhebung allgemeiner Ehrloſigkeit durch das Strafg. 1813. I. art. 22. fg.

6) Die Disciplinar-V. v. 23. Merz 1813. 24. Merz 1816. und 28. Jan. 1822. Regbl. 1813. S. 425. 1816. S. 153. 1822. S. 85. — Die Verhängung der Specialinquiſition gegen öffentliche Rechtsanwälte hat ihre Suspenſion von der Advocatur nicht zur Folge. R. vom 13/22. Merz 1815. Lith. S. Nr. 75. Doppelmayr S. 235.

7) Anm. S. 263. lit. f.

8) Ebend. lit. g.

9) Hofr. O. vom 16. Aug. 1769. Art. I. §. 7. Mayr Gen. I. S. 160. V. vom 31. Merz 1788. 31. Merz 1794. 13 Juni 1796. 26. Febr. 1798. Mayr Gen IV. S. 1799. V. S. 52. und 854. VI. S. 20. R. vom 25. Juni 1799. §. 10. „Aus dieſen — Gründen werden wir auch fürohin nicht geſtatten, daß Vorſtände, Räthe und Kanzleyperſonen Kurf. Kollegien ohne Unſere Bewilligung Privatagentien, Beiſtandſchaften, Vormundſchaften, Teſtamentsexecutionen übernehmen, übernommene ohne neue höchſte Bewilligung fortführen, ſondern 2c." Mayr Gen. VI. S. 71. Nov. z. G. O. S. 136. — R. vom 31. Aug. 1812. von Aretin Annalen. II. S. 34. Moritz Nov. III. S. 131. Vergl. V. vom 30. Sept. 1819. A. J. Bl. 1819. S. 938. Moritz IV. S. 107.

§. 47.

Legitimation zur Praxis.

Zur Praxis ſind öffentliche Rechtsanwälte durch königliche Ernennung ¹) legitimirt, deren Bekanntmachung, wie bey andern Dienſtverleihungen, durch das Regierungsblatt geſchieht ²). Ihre Qualification zu ſolcher Ernennung iſt dieſelbe, wie bey der Anſtellung zum Richteramt (§. 17.).

§. 48.

Pflichten der Rechtsanwälte.

Die Advocaten ſind verpflichtet ¹), den Gerichten Achtung und Gehorſam zu bezeigen, die Geſetze zu be-

---

Zu §. 47. **G. R.** Bayer S. 29. Danz §. 148. von Grolman §. 62. Note 1. Linde §. 125. Note 11. Martin §. 72. (70.) Thibaut §. 1091.

S. R. Kori §. 12. S. 22. Schweitzer §. 49. S. 102.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 5. Anm. S. 127. lit. p. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 161. III. S. 143. Krüll §. 79.

1) V. vom 6. Mai und 3. Juni 1810. Regbl. 1810. S. 536.

2) Von Zeit zu Zeit erſcheint auch eine Matrikel der Rechtsanwälte. So geſchah es am 1. Febr. 1813. und 27. Febr. 1814. Regbl. 1813. S. 132 und 1814. S. 433. — Die Anlegung eines Matrikelbuches, worin jeder Advocat mit eigenhändiger Unterſchrift nebſt Beydrückung ſeines Siegels ſich einzutragen hat, iſt verordnet am 9. Nov. 1795. Mayr Gen. V. S. 37. Nr. 2.

Zu §. 48. **G. R.** Bayer S. 122. Danz §. 43. 44. v. Grolman §. 67. Linde §. 126. Martin §. 73 (71.) Thibaut §. 1092. 1104.

folgen, das Beſte ihrer Clienten mit gewiſſenhafter Redlichkeit und Treue ²) zu beſorgen, und den Armen wie den Reichen mit rückſichtloſer Bereitwilligkeit rechtlichen Beyſtand zu leiſten. Sie ſollen ihren Beyſtand den Parteyen ohne rechtliche Urſache nicht verweigern, ſich der einmal angenommenen Sachen ohne genügenden Grund und Bewilligung des Gerichts nicht entſchlagen, ſondern ihren Clienten bis zum Ende derſelben dienen. Gleiche Pflicht haben ſie in Anſehung der ihnen von Amtswegen übertragenen Gegenſtände ³).

S. R. Kori §. 12. S. 23. Schweitzer §. 50.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 5. Anm. S. 124. lit. c. fg. Anm. zu Cod. civ. IV. 17. §. 4. S. 797. §. 5. S. 803. Nov. z. G. O. S. 149. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 149. III. S. 140. f. IV. S. 121. Krüll §. 81 f. Mündler §. 116.

1) Adv. O. v. 1769. Hofr. O. v. 1779. Gen. v. 16. Aug. 1779. Kreitmayr Gen. S. 54. f. V. v. 23. Merz 1813. Nr. 1. 2. Regbl. 1813. S. 427 f. Moritz Nov. II. S. 149. f.

2) Hieher gehört a) Geſetzmäßigkeit in allem Handeln. b) Redlichkeit. — Von der Verletzung derſelben durch Prävarication ſ. Strafg. 1813. I. art. 296. c) Bereitwilligkeit in Uebernahme gerechter und ſelbſt zweifelhafter Sachen. d) Möglichſter Fleiß verbunden mit zweckmäßiger, (nicht übereilender) Beſchleunigung. e) Gründlichkeit in der Bearbeitung der Sache und ſchon in der Auffaſſung des Rechtsgegenſtandes. Vgl. Note 4.

3) Allenfallſige Verhinderungsgründe ſind binnen 8 Tagen dem Gerichte anzuzeigen, von dieſem zu prüfen; werden ſie ungenügend gefunden, zu verwerfen; ſind ſie aber erheblich, ſo iſt darnach die geeignete weitere Verfügung zu treffen. ebd. Nr. 2. — Gutachten über Defenſibilität einer Sache. conf. Cod. iud. cap. 3. §. 8. (§. 84.)

Zur Erfüllung beyder iſt die ſorgfältige Einziehung der genaueſten Information unentbehrlich [4]). Sie ſind verantwortlich für die von ihnen ſelbſt verfaßten, und ebenſo für die blos legaliſirten Schriften, haben beyden die Deſerviten, Taxe, Stempel- und Schreibgebühren ſpezifizirt beyzufügen, und mit der letzten Schrift das ganze Koſtenverzeichniß zu übergeben [5]). Ihr Benehmen wird durch Qualifications-Tabellen und Disciplinarſtraf-Verzeichniſſe controlirt [6]).

---

4) Auch für bayeriſche Advocaten ſind daher die in der preuß. A. G. O. Thl. I. tit. 5. §. 4. III. tit. 7. §. 41. angeordneten Informationsprotokolle höchſt empfehlungswerth, in welchen Nachrichten einzuziehen ſind a) über den Gerichtsſtand b) die etwaige Litispendenz c) das Object der Forderung d) das Factum e) das zu ſtellende Geſuch f) die Legitimation zur Sache g) die etwaigen Theilnehmer und Streitgenoſſen von beyden Seiten h) den Autor i) die möglichen Einreden k) den Cautionspunct l) die eventuellen Beweismittel.

5) Bey mündlichen Verhandlungen acht Tage nach der letzten Commiſſion. V. v. 1813. Nr. 5. ſ. Note 6. — Die Moderation der Gebühren geſchieht von Amtswegen. Ebend. Nr. 6.

6) V. v. 1813. a. E. Regbl. 1813. S. 436. V. v. 2. Sept. 1814. S. 1449. Moritz Nov. II. S. 160. R. v. 24. Aug. 1819. Regbl. 1819. S. 779. Moritz III. S. 142. V. v. 28. Jan. 1822. Regbl. 1822. — Disciplinar-Verfahren gegen Advocaten in Sachen des adminiſtrativen Reſſorts. V. v. 24. März 1816. Regbl. 1816. S. 153. V. v. 9. Jan. 1821. Regbl. 1821. S. 57. Juſtr. v. 18. Nov. 1825. Regbl. 1825. S. 874. m. 21. S. 85. Moritz IV. S. 121. — Taxfreye Behandlung des Disciplinar-Verfahrens. R. v. 19. April, 29. Mai u. 4. Juni 1828. 21. Juni u. 5. Oct. 1834. Itbl. d. Iſarkr. 1828. S. 431. 1834. S. 977. 1377. 1423.

§. 49.

Rechte der Anwälte.

Advocaten ſind keine Staatsdiener [1]), haben aber im Fall der Auszeichnung Anſprüche auf Anſtellung im Staatsdienſt [2]). Ihr Amt iſt ſelbſtſtändig und ſoll mit andern Aemtern nicht verbunden werden [3]). Sie werden geſchützt gegen die Eingriffe unbefugter Winkelagenten [4]) und ſind, als königliche Advo-

---

Zu §. 49. **G. R.** Bayer S. 127. Danz §. 43. 44. v. Grolman §. 68. Linde §. 127. Martin §. 74. (72.) Thibaut §. 1093. 1106.

S. R. Schweitzer §. 51.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 5. Anm. S. 126 lit. m. Nov. z. G. O. S. 149. f. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 152. Krüll §. 83.

1) R. v. 18. Nov. 1799. V. v. 31. Dec. 1799. Mayr Gen. VI. S. 20. 27. V. v. 12. April 1800. ebd. VII. S. 14. f. V. v. 27. Juni. 1808. art. I. Regbl. 1808. S. 1450.

2) R. v. 20. Dec. 1811. Regbl. 1812. S. 159. Vergl. V. v. 17. Jan. 1786. Nr. 6. Mayr Gen. III. S. 81.

3) Namentlich nicht mit der Stelle eines Patrimonial-Richters. V. v. 20. Nov. 1799. Mayr Gen. VI. S. 21. Ed. v. 6. Juni 1807. §. 11. Regbl. 1807. S. 1003. v. 8. Sept. 1808. §. 36. Regbl. 1808. S. 2255. V. v. 16. Aug. 1812. §. 172. Regbl. 1812. S. 1553. Beyl. VI. d. V. U. 1818. Tit. III. §. 49. Geſetzbl. 1818. S. 237.

4) Cod. iud. cap. 2. §. 8. Hofr. O. v. 1779. art. III. §. 15. V. v. 16. Juli 1779. 22. Mai 1780. 12. Oct. 1733. 9. Nov. 1795. 5. Aug. 1799. Mayr Gen. S. 151. 158. III. S. 14. 45. V. S. 36. VI. S. 11. V. v. 13. Aug. 1804. und 18. Dec. 1811. Regbl. 1811. S. 289. Nov. z. G. O. S. 160. f. Moritz Nov. II. S. 161. V. v. 21. April und 13. Nov. 1812. ebd. III. S. 144. f. V. v. 28. Dec. 1820.

caten, befugt, ohne Beſchränkung auf einen beſtimmten Kreis, im ganzen Königreich Beyſtand zu leiſten [5]). Für ihre Arbeiten und Bemühungen gebührt ihnen Vergütung durch Deſerviten [6]), für ihre Auslagen Vorſchuß [7]) und Erſatz. Dagegen iſt Annahme von freiwilligen Geſchenken der Partey vor ganz beendigtem Proceße bey Geld-Arreſt-, oder noch ſchärferen Strafen, und das pactum de quota litis bey Strafe der Amotion durchaus verboten [8]). Für ihre Wittwen

---

Regbl. 1820. ebd. IV. S. 126. Der beſte Schutz gegen Winkelagenten iſt von Seite des Staats Anſtellung hinreichender, redlicher, kenntnißvoller, unermüdeter und rückſichtlos thätiger Anwälte, von Seite der Anwälte ſelbſt ihre eigene Qualification.

5) V. v. 6. Mai und 3. Juni 1810. R. Bl. 1810. S. 556. Nov. z. G. O. S. 155. R. v. 20. Aug. und 23. Sept. 1811. v. Aretin Annalen. I. S. 181. — Moritz Nov. III. S. 145. V. v. 27. Oct. 1812. Regbl. 1812. S. 1853.

6) Sie ſollen ſich mit „leidentlichen und gebührlichen Lohn, wie ſolcher von dem Richter allenfalls gemäßigt — wird, begnügen.“ Cod jud. cap. 2. §. 5. Eine ausführliche Taxordnung exiſtirt zur Zeit nur für die Rechtsanwälte im Rezatkreis v. 10. Nov. 1817. — Geret Sammlung VII. S. 450. Brügel Real-Index I. S. 197. Intell. Bl. d. Rezatkreis 1817. S. 1604. Bis zu Zahlung der Deſerviten und Auslagen hat der Anwalt das Retentionsrecht an den Manual-Acten. Anm. S. 126. litt. m.

7) V. v. 23. Merz 1813. m. 8. Regbl. 1813. S. 430.

8) Cod. jud. cap. 2. §. 5. Cod. civ. P. IV. cap. 1. §. 12. Nr 2. V. v. 23. Merz 1813. Nr. 8. Regbl. 1813. S. 431. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 153. z. Ldr. S. 452. Abweichend hievon iſt die Beſtimmung des A. L. R. Th. II.

und Waiſen iſt durch eine Penſions=Anſtalt geſorgt [9]).

§. 50.

Legitimation zum Proceß. Vollmacht.

Wer andere vor Gericht vertreten will, ſoll angehalten werden, ſich durch genügende Vollmacht zu

---

Tit. 20. §. 1340 f., welche zwar auch dieſen Vertrag in der Regel verbietet, und mit einer Geldſtrafe von doppeltem Betrag des geſuchten Vortheils belegt, allein dem Gericht geſtattet, ſolche Verträge zu genehmigen, wenn gegründeter Verdacht einer Hinterliſt oder Erpreſſung nicht obwaltet. — Iſt dieſes für die fränk. Provinzen gültige Geſetz durch die V. von 1813 aufgehoben? — Unterſchied zwiſchen p. de quota lit. und palmarium. v. Glück Erl. d. Pand. V. S. 120.

9) Geſtiftet als Privatvertrag der Hofgerichtsadvocaten unter dem Hofkanzler Edlen von Wachiery. beſtätiget von Kurf. Karl Theodor d. 7. Aug. 1789. Bayer. Landbote 1790. N. 17. Beyl. Negligenz=Strafen. V. v. 9. Nov. 1795. Mayr's Gen. V. S. 57. Nr. 7. a. — Neu fundirt und geordnet als allgem. Anſtalt auf die Vorſchläge d. damaligen Hofger. Präſid., nachherig. Juſtizminiſter Heinrich Grafen von Reigersberg durch königl. V. v. 27. Juni 1808. Rgbl. 1808. S. 1449. Von ihrer Fortdauer ſ. R. v. 29. Dec. 1809. 31. Juni 1812. 9. Mai 1822. Regbl. 1810. S. 34. 1812. S. 1389. Moritz Nov. VI. S. 125.

Zu §. 50. **G. R.** Bayer S. 140. 149. 155. Danz §. 132. von Grolman §. 62. 63. Linde §. 133. 134. 141. Martin §. 76. (74.) Thibaut §. 1097. 1100. 1101.

S. R. Kori §. 14 — 16. Schweitzer §. 57—59.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 2. Cod. civ. IV. 9. Anm. S. 259. Nov. z. G. O. S. 244. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 187. Krüll §. 272.

legitimiren. Jede ſolche Vollmacht [1]) ſoll enthalten: die Namen des Ausſtellers, des Bevollmächtigten, und der Gegenparthey, die Streitſache, das Gericht, wo ſie anhängig iſt, oder ſeyn wird, die Zeit der Ausſtellung nach Jahr, Monat und Tag [2]). Sie wird ausgeſtellt a. von Unſiegelmäßigen gerichtlich, entweder vor dem Gericht, wo die Sache hängt, zu Protocoll, oder von dem Gericht, unter welchem der Ausſteller perſönlich ſteht, durch Ausfertigung einer Urkunde auf den Grund protocollariſcher Erklärung; b. von Siegelmäßigen in einem beſiegelten Document; c. von Ausländern, ebenfalls gerichtlich, oder wenigſtens von einem Notar [3]) (§. 55.) oder zwey bekannten Siegelmäßigen mit ausgefertiget. Nur die Subſtitutions-Clauſel iſt weſentlich [4]); d. von ganzen Gemeinden unter Beydrückung ihres Siegels ohne Unterſchrift [5]).

§. 51.

General- und Special-Vollmacht.

General-Vollmacht erſtreckt ſich auf alles, was der Proceß in Klage und Wiederklage direct oder

---

1) Ein Formular ſ. Anm. S. 260.

2) Cod. jud. l. c. Dieſelben Erforderniſſe hat ein von Siegelmäßigen ausgeſtelltes Blanquet. Ebd. Nr. 7.

3) Deſſen Reception und Verpflichtung iſt gerichtlich zu bezeugen. V. v. 6. April 1805. Regbl. 1805. S. 553.

4) Cod. jud. cap. 7. §. 5. Anm. S. 261. Für überflüßig ſind erklärt: die clausula rati, grati et indemnisationis, cum libera. Ebd. S. 259.

5) Cod. jud. cap. 7. §. 5. nr. 5. Anm. S. 260. c. 381 d.

Zu §. 51. G. R. Bayer S. 140. Danz §. 136. Note d.

indirect mit ſich bringt, und umfaßt daher die Befugniß und zugleich die Verpflichtung, ſchriftlich und mündlich zu handeln, Zeugen und Documente zu produciren, zu recognosciren und zu diffitiren, Eide [1]) anzubieten und zurückzuſchieben, in der Sache zu concludiren, der Beſcheid-Publikation beyzuwohnen, und den Principal davon in Zeiten zu Wahrung ſeiner Rechte zu benachrichtigen. Auch iſt darin die Befugniß, aber, ohne Special-Vollmacht, nicht die Verpflichtung, enthalten, gegen die Sentenz zu appelliren, oder andere Rechtsmittel zu ergreifen, die Execution, dann nach Umſtänden die Immiſſion, Subhaſtation und Adjudication zu ſuchen, oder im Fall des Concurſes ſich mit andern Creditoren durch Liquidation und ſonſt einzulaſſen. Die Special-Vollmacht geht nur auf die in derſelben beſonders ausgedrückte Handlung, und wird in allen Sachen „von gar großen Präjudiz“ erfordert. Als Beyſpiele nennt die G. O. Vergleich, Entſagung des Streits oder der Appellation, Compromiß, Subſtitution Gelderempfang und Zahlung. [2])

---

v. Grolman §. 63. Linde §. 123. Note 18. 133. 310. Note 8. 9. Martin §. 76. (74.) Thibaut §. 1104.

S. R. Kori §. 15. Schweitzer §. 58. 59. S. 116. 119.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 9. Anm. S. 270. Krüll §. 272.

1) Nicht mehr: auch zu leiſten. V. v. 11. Jan. 1806. Vgl. §. 108.

2) Die Civilgeſetze rechnen dahin die Veräußerung von Gemeindegütern durch Syndici. Anm. zu Cod. civ. II. 1. §. 6. S. 759. den Erbſchafts-Antritt Cod. civ. III. 1. §. 5. Nr. 2. — die gerichtliche Inſinuation einer Schenkung. III. 8. §. 7.

Nr. 5. — die Verzichtleiſtung III. 11. §. 2. Nr. 5. IV. 15. §. 10. Nr. 1. die Aufnahme eines Darlehens für einen Andern. Anm. zu Cod. civ. IV. 2. §. 3. S. 104.; den Empfang einer Zahlung. IV. 14. §. 4. Nr. 3. auch wenn der Anwalt ſchon ad lites beſtellt iſt. Anm. zu Cod. civ. l. c. S. 661. — zur Novation. Anm. zu Cod. civ. IV. 15. §. 4. S. 707. — zur Deprecation in Injurienſachen. IV. 17. §. 7. S. 807. — zur Reſignation auf geiſtliche Penſionen. V. 19. §. 33. S. 138. — Zur novi operis nunciatio bedarf es einer Special = Vollmacht nicht. IV. 16. §. 9. Nr. 4. — v. Gönner Comm. S. 21. rechnet unter die Fälle nöthiger Special = Bevollmächtigung auch die Einleitung einer Sache in den ſchriftlichen Proceß (§. 142. 3.) — Im uneigentlichen Verſtande genommen iſt die Specialbevollmächtigung der ſämmtlichen Verwalter und Pfleger des Stiftungsvermögens durch R. v. 10. Febr. 1830. Regbl. 1830. S. 82. — Gar kein Bevollmächtigter, und daher auch nicht mit Special=Vollmacht, iſt zuläßig bey dem Empfang gerichtlicher Depoſiten, ſondern der Ausgabebefehl hat immer die Perſon des Empfängers individuell zu bezeichnen. V. v. 10. Nov. 1832. §. 34. Regbl. 1832. S. 1046. — Sucht man doctrinell für die verſchiedenen Arten von Vollmachten paſſende Benennungen, ſo kann man, da General = und Special=Vollmacht für die denkbaren Fälle offenbar nicht ausreicht, allerdings mit Bayer (Vorträge S. 140.) Univerſal=Particular= und Special=Vollmacht unterſcheiden, da nämlich jemanden entweder die libera administratio omnium rerum et bonorum (Univerſal=) oder nur eine Sache (procurator unius rei) anvertraut iſt, und in dieſer die Vollmacht entweder ad totam caussam (Particular) oder nur zu einzelnen Handlungen (ſpecial) ertheilt iſt. Allein auch hierin ſind nicht alle Fälle enthalten, und das „Particular" ſcheint zur tota caussa nicht recht zu paſſen, wenn es gleich auf die certa caussa paßt. Eine Partey kann zur Führung aller ihrer verſchiedenen Proceſſe einen Anwalt aufſtellen und ertheilt ihm dann eine Univerſal=Vollmacht (mandatum universale). In Rückſicht der Befugniß des Anwaltes in ſolchen Proceſſen giebt ſie ihm aber entweder nur General=Vollmacht, alſo nur zu ſolchen Handlungen, zu welchen

§. 52.

Vermuthete Vollmacht.

Die Vollmacht wird vermuthet: a. bey Verwandten in auf- und abſteigender Linie, bey Seitenverwandten

---

die Geſetze keine Special-Vollmacht fordern, oder ſie dehnt ſeine Befugniß auch auf ſolche ſpecielle wichtige Handlungen aus. Im erſten Falle wäre es Univerſal- und General-Vollmacht, im zweiten Univerſal- und Special-Vollmacht. Ueberträgt die Partey dem Anwalt nur einen beſtimmten Proceß, ſo iſt die Vollmacht im Gegenſatz der univerſellen eine ſinguläre (mandatum singulare) und kann hinſichtlich der Befugniß des Anwaltes zu Handlungen in dieſen einzelnen Proceſſen nach Verhältniß ihrer Qualität wieder entweder generelle oder ſpecielle ſeyn. Endlich kann die Partey nur zu einer einzelnen Handlung, oder einer Abtheilung des Prozeſſes bevollmächtigen, particuläre Vollmacht (mandatum particulare), und eine ſolche Vollmacht iſt, wenn die einzelne Handlung ein Special-Mandat geſetzlich fordert, zugleich ein ſolches. — Analogie der Curatela generalis und specialis, und der Particular-Fälle. Anm. zu Cod. civ. I. cap. 7. §. 36. S. 525. 525. Dann des Real- und Perſonal-, General- und Special-Verzichts III. 11. §. 5. S. 812. — „Anwälten, welche nur ad lites beſtellt ſind, kann ad effectum liberationis nicht gezahlt werden. Die nämliche Bewandtniß hat es mit andern Anwälten, welche nicht specialiter, ſondern nur generaliter bevollmächtiget ſind, ausgenommen die procuratores omnium bonorum, welchen die Verwaltung eines ganzen Vermögens anvertraut iſt." Anm. zu Cod. civ. IV. 14. §. 4. S. 661. — Conf. IV. 9. §. 1. S. 520.

Zu §. 52. G. R. Bayer S. 135. Danz §. 140. v. Grolman. §. 62. Linde §. 156. Martin §. 77. (75.) Thibaut §. 1101. 1102.

S. R. Kori §. 17. Schweitzer §. 58.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 5. Anm. S. 265. Nov. z. G. O. S. 248. Krüll §. 269. 270. Mündler §. 107. 108.

und Verſchwägerten bis auf den dritten Grad weltlicher Zählung; b. bey Eheleuten; c. bey Streitgenoſſen [1]); d. bey immatriculirten Advokaten und Procuratoren, welche die zur Sache gehörigen Documente mitbringen. Dieſe Perſonen werden, inſofern die Sache nicht Special-Vollmacht (§. 51.) fordert, auch ohne Vollmacht zugelaſſen, müſſen aber die Genehmigung ihrer Handlungen binnen richterlich zu beſtimmender Friſt nachbringen, auch einſtweilen de rato caviren [2]), mit Ausnahme des Vaters bey Adventizgütern [3]), und des Ehemannes bey Dotal- und Paraphernalgütern [4]).

§. 53.

Zeitpunkt der Legitimation zum Proceß.

Abweſende Partheyen ſollen gleich mit ihrer erſten Eingabe einen Anwalt an dem Gerichtsorte, wenigſtens der Einlieferung wegen (mandatarius ad insinuandum (§. 45.), beſtellen [1]). Das Gericht hat von Amtswegen

---

1) und daher auch bey Miteigenthümern. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 16. S. 928.

2) Durch Bürgen oder Pfand, durch Hypothek, oder durch gerichtliches Angeloben, oder ſchriftlich, ohne Unterſchied, ob der Kläger oder der Beklagte vertreten wird.

3) Cod. civ. Max. I. c. 5. §. 5. 6.

4) ib. cap. 6. §. 13. 22. 23.

Zu §. 53. **G. R.** v. Grolman §. 62. Linde §. 141. Martin §. 76. (74.) Thibaut §. 1058. 1103.

S. R. Kori §. 22. Schweitzer §. 57.

B. R. Cod. iud. cap. 7. §. 1. Anm. S. 259. lit. g. Nov. z. G. O. S. 242. Moriz Nov. z. G. O. II. S. 202. Krüll §. 263.

1) Cod. iud. l. c.

darüber zu wachen, daß Jeder, der Andere vor ihm vertritt, ſich durch Vollmacht legitimire, und unbevollmächtigte Fürſprecher bey Geldſtrafe ſogleich [2]) zur Legitimation anzuweiſen [3]), auch die an einer Vollmacht gefundenen Mängel binnen Monatsfriſt erſetzen zu laſſen [4]). Die mit der Klage oder Exception übergebene Vollmacht wird, wie andere Beylagen, mit eben derſelben, wenn ſie beſonders eingereicht wird, auch beſonders dem Gegentheil mitgetheilt, damit er ſeine Erinnerungen dagegen vorbringen, und was zu erſetzen oder noch zu beweiſen ſeyn möchte, angeben kann [5]).

§. 54. a.

Verhältniß mehrerer Bevollmächtigten.

Das Verbot, bey Appellations-Gerichten mehr als zwey Advokaten und bey Untergerichten mehr als einen von Seite einer Partey bey demſelben Gerichte aufzuſtellen (§. 43.), beſchränkt ſchon an ſich den Fall einer Concurrenz mehrerer Anwälte. Aber auch da, wo meh-

2) arg. verb. „nicht anhören" a. a. O., in der Regel alſo im erſten Termine, vergl. Anm. S. 259. litt. g.

3) Cod. iud. cap. 7. §. 1.

4) Cod. iud. cap. 7. §. 2. nr. 8.

5) Cod. iud. cap. 7. §. 8.

Zu §. 54. a. **G. R.** Bayer S. 148. Danz §. 43. u. 152. v. Grolman §. 64. Linde §. 132. Martin §. 81. (79). Thibaut §. 1105.

S. R. Schweitzer §. 56. S. 114. §. 60. S. 121.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 5. Nr. 5 cap. 7. §. 4. Anm. S. 129. lit. v. S. 263. lit. i. Anm. zu Cod. civ. IV. 9. §. 5. Nr. 2. e. S. 526.

rere Anwälte zugleich beſtellt werden dürfen, ſoll dieſes nur ſubſtitutionsweiſe geſchehen [1]).

§. 54. b.

Fiskalbeamte und Kronanwälte.

Die Fiskalbeamten in den Kreiſen führen fiskaliſche Proceſſe ſelbſtſtändig [1]); nur dürfen ſie a) keinen

---

1) Damit nicht einer den anderen hindere, und dadurch unnöthigen Aufenthalt und Koſten verurſache. Cod. iud. cap. 7. §. 4. nr. 2. und „um die (gemeinrechtlichen) Dispuuten abzuſchneiden." Anm. S. 264. Dies will aber Kreitmayr, a. a. O., nur von dem eigentlichen Anwalt, nicht von den Advokaten, deren mehrere Rath ertheilen können, mit der Beſchränkung des §. 43. verſtanden wiſſen.

Zu §. 54. b. G. R. Berg Grundriß der reichsgerichtlichen Verfaſſung und Praxis. §. 70. Thibaut §. 1091.

S. R. Kori Theorie der ſumm. Proc. §. 32.

B. R. Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 175. lit. c. Nov. z. G. O. S. 104. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 176. f.

1) V. v. 27. Nov. 1825. Regbl. 1825. S. 924. §. 4. — Früher beſtand, und zwar nach V. v. 16. April 1817, ein Generalfiskalat, eine Centralſtelle zum Behuf des Staatsminiſteriums der Finanzen, und aller übrigen Stellen, gebildet aus einem Vorſtande, ſechs Räthen und dem nöthigen Kanzley- und Regiſtraturperſonal, und hatte außer der oberſten Leitung der ſämmtlichen fiscaliſchen Proceſſe und den Fundationen eines oberſten Lehnhofes, dann aus beſonderm Auftrag des Staatsminiſteriums des Innern, der obern Leitung der Stiftungs- und Communal-Proceſſe (§. 81. b.) auch die eben ſo wichtige, als bey dem Umfang und der Mannigfaltigkeit der Gegenſtände, intereſſante Beſtimmung, in allen andern Fällen, wo es ſich um eine Rechtsfrage handelte, ein umſtändliches ſchriftliches Gutachten abzugeben, ſobald dieſes General-Fiskalat dazu von dem Staatsminiſterium der Finanzen oder einem der übrigen Staatsminiſterien

in Gegenſtänden ſeines Reſſort dazu aufgerufen wurde. An dieſe Centralſtelle waren die von dem Finanzfiskal, einem wirklichen Rathsmitglied der Finanzkammer, nach V. v. 27. März 1816 in den Regierungen, Kammern der Finanzen, vorgetragene Proceß= und Exceptionspläne, ſo wie die Gutachten über Appellationen einzuſenden; außer dieſen beyden Momenten des Proceßplanes und der Appellation, hatten aber die Finanzkammern auf den Vortrag des Finanzfiskals die Führung der laufenden Proceſſe ſelbſt zu beſorgen, auch bey Ganten die Eindingung und Flüßigmachung der Aerarial=Forderung, dann, wo der Richter auf Nachlaßverträge, ohne Zuläßigkeit einer Appellation, antrug, oder, wo es auf den Beytritt zu einer gültigen Stimmenmehrheit der Gläubiger ankam, ohne Anfrage ſelbſt zu verfügen. Regbl. 1817. S. 276. §. 88. S. 380. f. §. 1. 4. 6 . 9. — Vor Errichtung des Generalfiskalats war die Führung fiscaliſcher Proceſſe unter der Leitung der Lehn= und Hoheits= dann der Steuer= und Domainen=Section, mit Ausnahme der Gegenſtände beſonderer Geſchäftszweige, welche mit eigenen Fiscalen verſehen waren, den Kronfiscalen anvertraut, welche aber, außer unbedeutenden Incident=Geſuchen keine Schrift eigenmächtig einreichen durften, ſondern dieſe zur Prüfung und Genehmigung an die Section einſenden mußten. V. v. 9. Aug. 1808 und 7. Oct. 1810. Regbl. 1808. S. 1973. §. 5. 45. 1810. S. 1017. Reſcr. vom 25. Nov. 1810. Nov. z. G. O. S. 205. — Aeltere Verordnungen: a) über die Competenz bey fiscaliſchen Proceſſen, vom 13. Aug. 1806. Regbl. 1806. S. 501. b) Beytreibung der Staatsgefälle v. 27. Febr. 1807. Regbl. 1807. S. 407. — c) Ernennung der Fiscale v. 19. Sept. 1808. Regbl. 1808. S. 2226. d) des Kronfiscals bey dem Hofgericht München v. 31. Oct. 1808. ebend. S. 2760. — e) die Handlungen der Kronfiscale bey Concurſen v. 14. Nov. 1812. Regbl. 1812. S. 1913. — f) die Reiſediäten der Kronfiscale und ihrer Adjuncten v. 20. Juli 1809. Regbl. 1809. S. 1162. — g) den Rang und die Uniform der äußern Fiscale. R. v. 17. Febr. 1807. Regbl. 1807. S. 343. h) die Anſtellung von Practicanten bey den Kronfiscalen v. 15. März 1816. Regbl. 1816. S. 133. — Vergl. Hof= und Staatshandbuch 1812. S. 98. — Noch früher war

Rechtsſtreit beginnen, oder ſich in einen ſolchen einlaſſen, ohne vorher die Ermächtigung der Kreisregierung erhalten zu haben. Dieſer iſt deshalb, wenn der Fiskuskläger iſt, der Proceßplan, iſt er Beklagter, der Exceptionsplan zur Genehmigung vorzulegen. b) Wird durch die Exception, wenn der Fiscus Kläger iſt, oder durch die Replik, wenn er Beklagter iſt, eine Abänderung oder Erweiterung des Proceßplanes nöthig, ſo iſt die Genehmigung der Kreis-Regierung gleichfalls erforderlich. c) Sie müſſen derſelben alle Definitiv-Urtheile vorlegen, und die Genehmigung der erforderlichen Appellationsſchrift oder die Ermächtigung zur Deſiſtenz von der Appellation (§. 166.) erholen. d) Vergleiche können ſie nur unter dem Vorbehalt dieſer Genehmigung abſchließen, inſofern ſie hiezu nicht ſchon vorher eine beſondere (§. 51.) und genau bemeſſene Vollmacht nachgeſucht und erhalten haben. Solche Genehmigungen und Ermächtigungen kann jede Kreisregierung, Kammer der Finanzen, aus eigener Competenz [2]) ertheilen, jedoch nur bis zu einer Werthsſumme des Streitobjekts von 4000 fl., oder wenn der Kapitalwerth eines ewigen Rechts dieſe Summe nicht überſteigt. Bey einem Streitobjekte von höherem Werthe müſſen die Kreisregierungen ſowohl

---

eine Fiscalats-Deputation bey der kurfürſtlichen Hofkammer ſeit 1779. Mayer's Gen. I. S. 408. — Kammer-Advokaten. ebd. III. S. 52. IV. 996. vgl. VII. 40. VIII. 5.

2) In Proceß-Gegenſtänden, welche die Schuldentilgungsanſtalt des Reiches betreffen, hat ſich die Kreisregierung deshalb mit der Staatsſchuldentilgungs-Commiſſion zu benehmen. Regbl. 1825. S. 927. §. 6.

über den Proceßplan, als über die Deſiſtenz von der Appellation, ſo wie bey Vergleichen berichten, wenn die Niederſchlagung des Proceſſes ein Opfer von **2000** fl. oder mehr erfordern würde. Auch müſſen ſie dann berichten, wenn durch gerichtlichen Spruch ein allgemeines Präjudiz erwachſen könnte, oder wenn der Fiscalbeamte die Erklärung abgiebt, daß er den Regierungsbeſchluß für unbegründet, und dem Intereſſe der Krone und des königlichen Aerars für nachtheilig erachte, in ſo fern das Object des Streits die Summe von **500** fl. beträgt [3]. In der Reſidenz ſind zwey Kron-Anwälte [4] aufgeſtellt, und dem Staatsminiſterium der Finanzen untergeordnet, welche α) den Miniſtern auf Verlangen die erforderlichen Rechtsgutachten abzugeben, β) in wichtigen Angelegenheiten aus Auftrag die fiscaliſchen Proceſſe ſelbſt zu führen [5], γ) der Conferenzen auf beſondere Ordre der Miniſter, und δ) auf beſondern Befehl denjenigen Verhandlungen, welche in der Reſidenz zu Liquidation beſonderer Rechtstitel des Staates, der Corporationen oder Privaten allenfalls angeordnet werden [6] beyzuwohnen haben.

3) Aehnlich, hinſichtlich der Summen, waren die Anordnungen der V. v. 16. April 1817. Regbl. 1817. S. 382. f.

4) Sie wurden das Erſtemal aus den Räthen des aufgelöſten Generalfiskalats gewählt. Regbl. 1825. S. 928. §. 7. a. E.

5) In dieſem Falle erhalten ſie beſondere Vollmachten. ebend. §. 7. b.

6) Regbl. 1825. S. 928. §. 7. lit. a—d.

§. 55.

Notarien.

Die kaiſerlichen Notarien hörten mit dem deutſchen Reichsverbande auf [1]). Es wurde ihnen jedoch eine neue landesherrliche Bewilligung des Notariat-Amtes und ebenſo den früher beſtandenen päpſtlichen Notarien im Allgemeinen Beſtätigung proviſoriſch ertheilt, und die Creirung neuer Notarien künftig nur für die Wechſelgeſchäfte vorbehalten [2]). Ihre Prüfung und die Begutachtung ihrer Anſtellung gebührt den Appellations-Gerichten, welche ſich darüber mit den Regierungen zu benehmen haben [3]).

Zu §. 55. **G. R.** Bayer S. 131. Danz §. 45. v. Grolman §. 27. Linde §. 140. Martin §. 79. (77.) Thibaut §. 1107.

S. R. Kori §. 23. v. Trützſchler Anw. I. S. 41. folg.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 6. cap. 11. §. 2. Nr. 3. Anm. S. 131. lit. a. S. 374. lit. f. Nov. z. G. O. S. 156. f. Krüll §. 85. f.

1) V. v. 29. März 1807. Regbl. 1807. S. 560.

2) V. v. 10. Sept. 1807. Regbl. 1807. S. 1490. f.

3) Ehedem den Hofgerichten in Benehmen mit jener Landesſtelle, welcher die Reſpicirung der politiſchen und ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe übertragen iſt. V. v. 17. Oct. 1807. §. 3. Regbl. 1807. S. 1682. — Von der Befugniß der Notare zu Nürnberg. R. v. 15. 23. u. 31. Dec. 1807. Regbl. 1808. S. 147. — Von Notariats-Inſtrumenten ſ. §. 127. 4.

§. 56.

Pfalzgrafen.

In Folge der Auflöſung [1]) der deutſchen Reichs-Conſtitution wurde auch die Würde eines Pfalzgrafen (comes palatinus) für aufgehoben erklärt. Urkunden, welche ſie künftig noch ausfertigen würden, ſind nichtig [2]).

§. 57.

Gerichtsbeyſitzer.

An Orten, wo Gerichtsbeyſitzer bisher üblich waren, beſonders wenn der Richter keinen Gerichts-

---

Zu §. 56. **G. R.** Claproth Einl. §. 90. Thibaut Syſt. der Pand. 7. Aufl. §. 483.

S. R. v. Trützſchler Anweiſung Th. I. §. 25. S. 25.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 7. Anm. S. 138. Anm. z. Cod. civ. I. 7. §. 7. S. 420. §. 36. S. 531. 532. III. 12. §. 2. S. 867. Nov. z. G. O. S. 159. Krüll §. 90.

1) Durch die bey der vormaligen allgemeinen deutſchen Reichsverſammlung unter dem 1. und 6. Auguſt 1807 abgegebenen Erklärungen.

2) V. v. 29. März 1807. Regbl. 1807. S. 560. Nov. z. G. O. S. 159. — Von ihren ehemaligen Rechten im deutſchen Reiche ſ. Claproth a. a. O. Note c. Von deren Beſchränkung in Bayern ſ. Pol. O. 1616. L. IV. tit. 1. art. 2. Gen. v. 4. December 1676. und 5. Juni 1677. Mayr Gen. III. S. 105. Anmerkungen zu Cod. iud. und Cod. civ. l. l. c. c. Bey Univerſitäten waren das officium und die privilegia comitis palatini mit dem Rectorat, und auch mit dem Prokanzleramt verbunden. Anm. zu Cod. civ. V. 23 §. 4. S. 1701. Fikenſcher Geſchichte der Univerſität Erlangen. S. 462.

Zu §. 57. **G. R.** Danz §. 45. f. Linde §. 85. Martin §. 71. (68.) Thibaut §. 1108.

ſchreiber (§. 58.) hat, ſollen wenigſtens zwey dergleichen, jedoch nicht als Mitrichter und Urtheilsſprecher, ſondern nur als Zeugen deſſen, was vor Gericht vorgeht, gebraucht werden [1]. Gerichtsbeyſitzer, als Mitglieder des Gerichts, ſind die Aſſeſſoren [2] und Adjuncte der Landgerichte, die Aſſeſſoren [3] und Räthe der Kreis- und Stadtgerichte, die Aſſeſſoren der Wechſelgerichte, die Räthe der Juſtizkanzleyen und die Räthe des O. A. G.

S. R. Kori §. 23. Schweitzer §. 15.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 4. Anm. S. 122. Nov. z. G. O. S. 148. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 144. III. S. 127. Krüll §. 73. Mündler §. 19.

1) Bey Patrimonialgerichten V. v. 6. Juni 1807. §. 20. 7. Nov. 1807. v. 10. u. 16. Auguſt 1812. §. 166. Regbl. 1807. S. 1006. und 1126. 1812. S. 1552. Nov. z. G. O. I. S. 148. Moritz Nov. II. S. 149. — Von Zuziehung ſolcher Beyſitzer bey Teſtaments-Aufnahmen im Verhinderungsfall oder im Mangel eines Actuars. Cod. civ. III. 4. §. 2. Nr. 7.

2) Seit dem 4. März 1809. Regbl. 1809. S. 441. — Der Landgerichts-Aſſeſſor iſt nur in dem Falle eine ſelbſtſtändige, unabhängige richterliche Perſon, wenn derſelbe in einem bürgerlichen Rechtsfalle Vortrag zu erſtatten, oder ſein Votum abzugeben hat. In allen übrigen Verhältniſſen hat er die Aufträge des Landrichters ohne Widerrede zu vollziehen. J. v. 18. Juni 1810. §. 19. Regbl. 1810. S. 512

3) In der älteren Bedeutung das, was die jetzigen Räthe ſind. Org. Ed. v. 3. Dec. 1808. S. 2803. — In der neueren ſeit Sept. 1818 von den Räthen verſchieden. Vergl. §. 14. Note 9. und §. 39. Note 2.

§. 58.

Gerichtsſchreiber.

Der **Gerichtsſchreiber** (actuarius) iſt nicht Nebenperſon, ſondern nothwendiges Mitglied eines gehörig beſetzten Gerichts (§. 12.). Seine Stelle wird nur aushülfsweiſe durch zwey Beyſitzer ergänzt (§. 57). Er hat allen gerichtlichen Handlungen, ohne Ausnahme neben dem Richter beyzuwohnen, und ſie redlich aufzuzeichnen. Der **Landgerichts-Aktuar**, ſeit 1802, verſieht die in der G. O. den Gerichtsſchreibern beygelegten Verrichtungen, nach dem Auftrage des Landrichters, ſelbſt mit Einſchluß des Copirens, tritt aber in Abweſenheit des Landrichters in deſſen Stelle [1]). Seit 1809 beſtehen ſolche Actuare aber nur bey größern Landgerichten [2]), bey kleineren Aſſeſſoren (§. 57). Gewöhnlich werden die Dienſte des Actuars, im urſprünglichen Sinne, bey Patrimonial- und Landgerichten verſehen von Patrimonial- und Landgerichtsſchreibern, bey Kreis- und Stadtgerichten von Kreis- und Stadtgerichtsſchrei-

---

Zu §. 58. **G. R.** Bayer S. 105. Danz §. 45. von Grolman §. 27. 28. Linde §. 83. 84. Martin §. 40. 65. (38. 63.) Thibaut §. 1056. 1108. 1116.

S. R. Kori §. 23. Schweitzer §. 15.

P. R. Cod. jud. cap. 2. §. 3. Anm. S. 120. Nov. z. G. O. S. 145. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 148. III. S. 139. Krüll §. 73. 74.

1) V. v. 24. März 1802. §. III. Nr. 2. Regbl. 1802. S. 251.

2) Denen, deren Seelenzahl ſich auf 18000 und darüber erſtreckt. V. v. 4. März 1809. S. 440. — Vergl. Inſtr. v. 18. Juni 1810. Regbl. 1810. S. 505. f. (ſ. §. 14. S. 28.)

dern und Protocolliſten, bey Appellationsgerichten von Kanzliſten [3]) und Secretairs.

§. 59. a.

Regiſtratur, Kanzley und Sportel-Rendantur.

Bey Landgerichten iſt eigentlich die Beſorgung der Regiſtratur (§. 68), Ordnung und Aufbewahrung der Acten in derſelben, dem Actuar (§. 58) unter Oberaufſicht des Landrichters, übertragen [1]). Die Kanzleygeſchäfte werden durch Schreiber beſorgt, welche der Landrichter ſelbſt wählt [2]). Ebenſo bey Patrimonialgerich-

---

3) Von dem ehemaligen Unterſchied zwiſchen Kanzliſten der Dicaſterien und Gerichtsſchreibern ſ. v. Wendt Grdz. des Crim. Proc. §. 26. Note 2.

Zu §. 59. a. G. R. Bayer S. 106. Danz §. 45. 46. v. Grolman §. 27. Linde §. 85. Martin §. 18. 71. (69.) Thibaut §. 1108.

S. R. Kori §. 24. 50. 51. Schweitzer §. 65.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 3. cap. 14. §. 5. Anm. S. 120. lit. a. Nov. z. G. O. S. 145. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 200. Krüll §. 74.

1) V. v. 4. März 1802. §. III. Nr. 3. Anſchaffung der Regiſtratur-Requiſiten bey Landgerichten. R. v. 6. Febr. 1810. Geret Samml. I. S. 171.

2) Knöchelein Entwurf der Möglichkeit einer Verbeſſerung des Schreiberperſonals. 1821. 8. — Unterſtützungsverein des Amts- u. Kanzleiperſonals im Iſarkr., — geſtiftet unter der verdienſtvollen Leitung und Mitwirkung des k. Polizeidirekt. Ritter von Menz, ſ. Bekanntm. v. 24. April u. 4. Juni 1833. dann 1. Aug. 1834. Intbl. des Iſarkr. 1833. S. 515. und 695. 1834. S. 1138. — In der Regel eignen ſich nur Amts- und Kanzley-Individuen aus dem Iſarkreiſe zur Aufnahme, jedoch iſt der Ausſchuß ermächtiget, wenn die Central-Stellen für ihr geſammtes in allen Kreiſen vertheiltes Dienſt-Perſonal, oder die Vorſtände eines in einem andern Kreiſe

ten. Bey Kreis- und Stadtgerichten und bey den Obergerichten ſind beſonders angeſtellte Regiſtratoren, Schreiber und Kanzliſten. Ebenſo wird die Einnahme der Sporteln bey den Untergerichten beſonders verpflichteten Schreibern anvertraut. Nur bey einigen Kreis- und Stadtgerichten finden ſich eigene Expeditoren [3]) (Sportel-Rendanten) und bey einem auch ein eigener Controleur [4]).

---

befindlichen Collegiums für ihr ſämmtliches Dienſtperſonal die Aufnahme wünſchen, dieſe unter gewiſſen Bedingungen zu realiſiren. ebd. S. 1139. I.

3) Hof- und Staatshandbuch 1833. S. 174. 191. 201. 214. 241.

4) Bey dem Kreis- und Stadtgericht München. ebd. S. 174. — Der Ständeabſchied vom 22. Juli 1819. II. M. Geſetzbl. 1819. S. 43. verſpricht eine allgemeine Reviſion der beſtehenden Taxordnungen. Einſtweilen trat, vermöge R. vom 3. 19. Sept. 1819. Brügel Real-Index S. 76. der Fortſ. an die Stelle der in einigen Theilen des Obermain- und Rezat-Kreiſes bis dorthin gegoltenen preuſſiſchen Sporteltaxe (Reglement für die Oberlandes-Juſtizcollegien wegen künftiger Adminiſtration der Sportelkaſſen und der dabey zu beobachtenden Rechnungsführung, Berlin den 20. April 1782. Interimiſtiſche Sporteltaxe für die fränkiſchen Fürſtenthümer v. 1. Aug. 1796.) vom 1. Oct. 1819 an, die altbayeriſche Taxordnung der ſtreitigen Rechtsſachen vom 29. Jan. 1735. Freyh. v. Kreitmayr's Samml. d. Churb. Gen. S. 40. —74. Intbl. des Rezatkr. 1819. St. 38. bey Brügel a. a. O. S. 76—78. — Für nicht ſtreitige Gegenſtände gilt die proviſoriſche Taxordnung vom 8. Oct. 1810. Regbl. 1810. S. 969. auch in den ehemals preußiſchen Gebietstheilen nach V. v. 8. Sept. 1813. Int. Bl. des Rez. Kr. 1813. S. 1430. Vergl. Brügel Realindex S. 201—204.

§. 59 b.

Depoſiten=Amt und Depoſiten=Commiſſion.

Für diejenigen Gebietstheile des Königreichs, dies=ſeits des Rheins, in welchen die preußiſche Depoſital=Ordnung [1]) nicht eingeführt iſt [2]), iſt bey jeder Ge=richts= oder Adminiſtrativbehörde, welche ſich mit De=poſiten zu befaſſen hat (Depoſitenamt) eine Depo=ſiten=Commiſſion beſtellt, welche aus zwey De=poſitarien [3]), einem Collegialmitglied der königl. Obergerichte, dann Kreis= und Stadtgerichte, und bey den Landgerichten dem Landrichter, als Curator, und

---

Zu §. 59. b. **G. R.** Thibaut §. 111.

S. R. v. Trützſchler Ant. Th. II. S. 115.

P. R. Cod. civ. IV. 14. §. 15. Anm. S. 685.

1) Allgemeine Depoſitalordnung für die Ober= und Untergerichte der ſämmtl. k. preuß Lande. Berlin den 15. Sept. 1783. Königl. preuß. Hofreſcript das Depoſitalweſen betr. v. 5. Mai 1794. Eiſenberg und Stengels Beytr. I. 59. — Einführung eines Generaldepoſitorii. H. R. v. 26. Juli 1798. ebd. XII. 177.

2) Aeltere bayeriſche Verordnungen über das Depoſitenweſen in Betreff a) der ſchleunigen Einſendung aller deponirten Gelder zu den Provincialkaſſen v. 9. Juli 1802. b) bey den Rentämtern v. 12. April 1805. c) der Einſendung monatli=cher Depoſitenbuchs=Extracte an die Finanzdirectionen vom 6. Dec. 1808. — d) der Anlegung bey der Staatsſchuldentil=gungscommiſſion reſp. der Specialſchulden=Tilgungskaſſen. v. 3. Dec. 1811. und 2. Juni 1815. e) des Verſchluſſes in den landgerichtlichen Depoſitenkaſſen. Regbl. 1802. S. 514. 1805. S. 509. 1808. S. 2870. 1811. S. 1794. 1815. S. 441. 1820. S. 395. — Tax= und Stempelgebühren im Depoſiten=weſen. M. R. v. 11. Oct. 1834. Intbl. des Iſarkr. 1834. S. 1521. Erl. R. v. 25. Nov. deſſ. J. ebd. S. 1535.

3) Schon vor der V. v. 1832. war bey dem k. K. u. Stadtgr. München ein eigener Depoſitar. Hof= und Staatshandb. 1827. S. 115. 1833. S. 174.

einem Secretär, Protocolliſt oder Expeditor, bey jenen, einem Schreiber oder andern anſäſſigen, zuverläſſigen Ortseinwohner, als Rechnungsführer — beſtehet [4]). Die Geſchäfte dieſer Commiſſion beſchränken ſich auf getreue und ſichere Verwahrung der Depoſiten, und auf Rechnungslegung [5]) über deren Annah-

---

4) V. v. 10. Nov. 1832. Regbl. 1832. S. 1033—1056.

5) Die Depoſitarien führen A. ein Tag- oder Protocollbuch über die Befolgung jedes Befehls des Depoſiten-Amts, und zwar dreyfach abgeſondert für das Judicial-, Pupillen- und Adminiſtrativ-Depoſitorium, worin auf einer Seite die Einnahme, auf der andern die Ausgabe, mit den Columnen a) einer fortlaufenden Nummer, b) des Protocolls, c) des Betrags baarer Gelder, d) der Bezeichnung von Documenten, Pretioſen oder anderer Effecten, e) der Seite des Manuals oder Hauptbuchs enthalten iſt; B. ein Manual- oder Hauptbuch, in gleicher Art dreyfach abgeſondert, aber auch noch überdies für jede Maſſe in einem eigenen Blatt (folium) mit a) der Seite und Nummer des Tagebuchs, b) genauer Bezeichnung des Deponenten, c) ebenſo genauer Bezeichnung der hinterlegten oder wieder abgegebenen Gegenſtände, d) der Nummer der Einnahms- oder Ausgabbelege — und mit einem alphabetiſchen Namens-Regiſter der Maſſen verſehen iſt. — In dem Manual hat die Ausſcheidung der Adminiſtrativ-Aſſervate nach beſondern Unterabtheilungen, z. B. 1) die für die Expeditions-Aemter der Regierung und des A. G. zu erhebenden Taxen, 2) die anfallenden Emigrations-, Exportations- und Vermögens-Confiscations-Gefälle; 3) die für das Kreis-Intelligenzblatt von den Empfängern zu erhebenden Gebühren; 4) die Vorſchüſſe zu Beſtreitung von Regie-, Conſcriptions-, Marſch- und Verpflegungskoſten; 5) Militär-Einſtands-Verträge und Cautions-Urkunden; 6) Gefälle des Advocaten-Wittwenfonds; 7) Armenfonds-Anfälle; 8) Umlage- und Peräquations-Gelder; 9) Collectengelder; 10) ſonſtige durch einzelne Veranlaſſungen an die Adminiſtrativbehörden

me [6]) und Ausgabe [7]), ſie hat ſich aber mit der eigentlichen Verwaltung der Depoſiten durchaus nicht zu befaſſen, ſondern dieſe lediglich den Gerichts- oder

gelangende Gelder; 11) die in Folge einer polizeyſtrafrechtlichen oder adminiſtrativ-contentiöſen Verhandlung zum Amte gelangenden Adminiſtrativ-Depoſiten. — In eigenen Columnen gehören Gelder, welche verordnungsmäßig an die Staats-Schuldentilgungskaſſe oder an andere zu Annahme gerichtliche Depoſiten autoriſirte Inſtitute eingeſendet, oder von denſelben empfangen worden ſind. V. v. 1832. §. 22. 45—53.

6) Jeder Einnahme muß der Annahmebefehl des Depoſiten-Amts (d. h. der Gerichts- oder Adminiſtrativbehörde) vorausgehen, und in dieſem Befehl iſt 1) der Name des Deponenten, 2) die Benennung der Maſſe, zu welcher die Annahme geſchehen ſoll, 3) eine genaue Bezeichnung des anzunehmenden Gegenſtandes auszudrücken. Das Annahms-Mandat wird von dem treffenden Referenten in das Depoſiten-amtliche Control- (Mandaten-) Buch eingetragen, und von ebendemſelben iſt das „Iſt eingekommen" nach Empfang des über die Annahme gefertigten Protocoll-Buch-Extracts auszufüllen. V. v. 1832. §. 13—27. — Depoſiten, über welche noch keine Annahmebefehle nachgeſucht oder erlaſſen werden konnten, ſind einſtweilen zu aſſerviren, und von dem Curator in ein Aſſervationsbuch einzutragen und in einem beſondern ſichern Behältniß bis zur wirklichen Depoſition aufzubewahren. ebd. §. 39—44.

7) Befehle und Ausgaben aus dem Depoſitorio werden entweder auf ſchriftliche oder protokollariſche Anmeldung oder von Amtswegen ertheilt, und enthalten 1) den Namen der Maſſe, aus welcher die Zahlung oder Herausgabe zu leiſten iſt, 2) die ganz genaue Benennung des Empfängers, an den ſie geſchehen ſoll, 3) eine ebenſo genaue auf die Nummern der treffenden Bücher bezügliche Bezeichnung desjenigen, was gezahlt oder herausgegeben werden ſoll, dann 4) eine Weiſung, was etwa der Empfänger ſeiner Seits dagegen zu leiſten habe. — An einen Bevollmächtigten des, im Ausgabemandat benann-

Adminiſtrativ-Behörden, als ſolche zu überlaſſen [7]). Bey der Verwahrung darf kein Depoſitum mit einem andern vermengt werden, ſondern jedes iſt beſonders, wo möglich in ſeiner urſprünglichen Verpackung aufzubewahren, und mit der im Tagebuch correſpondirenden Nummer zu bezeichnen [9]). Jeder Deponent iſt befugt, zu jeder Zeit über den Beſtand ſeines Depoſitums vom treffenden Gerichte Auskunft und Auszug aus dem Depoſiten-Hauptbuche (ſ. Note 7. B.) zu verlangen [10]).

§. 60.

Gerichtsdiener.

Bey jedem Gericht ſoll wenigſtens ein geſchworner Gerichtsdiener (Fronbote) ſeyn. Seine Beſtimmung iſt Inſinuation der richterlichen Befehle an die Parteyen, Ladung derſelben (§. 74.), Vollziehung richterlicher Urtheile u. ſ. w.

ten eigentlichen Empfängers dürfen die Depoſitarien in keinem Falle etwas auszahlen oder herausgeben, wenn nicht der amtliche Befehl ſchon auf ihn gerichtet iſt. V. v. 1832. §. 28—38.

8) deren Verantwortlichkeit dadurch wächſt. — V. v. 10. Nov. 1832. §. 10. — Die preußiſche Depoſitalordnung enthält dagegen ſehr detaillirte Vorſchriften über die den Depoſital-Beamten obliegende Unterbringung und Ausleihung der Depoſitalgelder. D. O. von 1783. tit. II. §. 188—380.

9) V. v. 1832. §. 21.

10) ebd. §. 57. Regbl. 1832. S. 1056.

Zu §. 60. **G. R.** Danz §. 48. v. Grolman §. 27. Linde §. 85. Martin §. 71. (69.) Thibaut §. 1108.

S. R. Kori §. 24.

P. R. Cod. iud. cap. 2. §. 9. Anm. S. 141. Nov. z. G. O. S. 162. Moritz Nov. z. G. O. IV. S. 127. Krüll §. 78.

Zweytes Kapitel.

Objecte des Proceſſes.

Erster Titel.

Rechte und Pflichten der Gerichte und Parteyen überhaupt.

§. 61.

Weſentliche Beſtandtheile des Verfahrens.

„Die Weſenheit des gerichtlichen Proceſſes beſteht darin, daß die ſtrittige Sache vor behöriger Obrigkeit angebracht, mit genugſamer Vernehmung aller intereſſirten Theile der Nothdurft nach unterſucht, durch richterlichen Ausſpruch entſchieden, und endlich derſelbe auch zum Vollzug gebracht werde [1].“ Dieſem weſentlichen [2]) iſt die Form entgegengeſetzt [3]).

Zu §. 61. **G. R.** Bayer S. 5 — 16. Danz §. 93. Note e. v. Grolman §. 74. Linde §. 42—45. Martin §. 12—18. Thibaut §. 1110.

S. R. Kori §. 2. Schweitzer §. 9 u. 15.

B. R. Cod. iud. cap. 3. §. 1. Anm. S. 142. Krüll §. 91.

1) Cod. iud. l. c. — Verhandlungs-Maximen. Bayer S. 12. Linde §. 143. — Martin §. 16. — Unterſuchungs-Maxime — insbeſondere des preuſſiſchen Proceſſes. v. Bandel Gutachten über Vereinigung der bayeriſchen u. preuſſiſch. Proc. O. Borſt Grundlinien für eine vernünftige Geſetzgebung des Civilproceſſes.

§. 62.

Rechtliches Gehör.

„Der Beklagte ſoll bei Vermeidung unheilbarer Nullität über die Klage, oder (anderes) gegentheiliges Anbringen gehört werden[1].“ Jeder, der in einem Rechtsſtreit betheiligt iſt, hat die Befugniß, in demſelben hinreichendes und förmliches, rechtliches Gehör zu fordern[2]). Zur Vollſtändigkeit dieſes rechtlichen Gehörs gehört auch vollſtändige Kenntniß der ganzen Gerichtsverhandlun=

Gensler's Handbuch S. 64. v. Gönner Handbuch I. 185 fg. v. Grolman §. 78. 2. Lotz civiliſtiſche Abhandlungen S. 1 — 23. Mittermair der gem. t. Proc. Heft I. S. 43. fg. — Puchta Gränzen des Richteramts — Deſſelben Beytr. zur Geſetzg. I. 18.

2) Was die Natur des Verfahrens fodert — nicht ein ſpecielles Geſetz.

3) Kreitmayr Anm. S. 142. litt. a. — Unterſchied zwiſchen Weſentlichem und Entbehrlichem auch in Hinſicht der Form.

Zu §. 62. **G. R.** Bayer S. 14. Danz §. 93. Note c. Linde §. 45. Martin §. 17. Thibaut §. 1110.

S. R. Kori §. 182. S. 518. Schweitzer §. 10. 11.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 1. Anm. S. 210. Krüll §. 91. 185.

1) Cod. jud. l. c. Daher iſt die Nullitätsklage wegen Mangel gehöriger Ladung oder der Gerichtsbarkeit gegründet. Cod. jud. cap. 16. §. 2. Vrgl. Hdb. §. 172.

2) Cod. jud. cap. 3. §. 1. „Gleichheit der Geſetze und vor dem Geſetze. — Unpartheylichkeit und Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege.“ Vrf. Urk. 1818. Eing. — Geſetzbl. 1818. S. 103.

gen, und daher Einſicht derſelben für die Partey wie für den Anwalt [3])

§. 63.

Schriftliches Verfahren.

Ein ganz mündliches Verfahren ohne alle Schrift findet nirgends [1]) mehr ſtatt. Regel für das Verfahren der Untergerichte iſt die mündliche Inſtruction eines Proceſſes zu Protokoll [2]), und verſchieden von dieſer die ſchriftliche Inſtruction durch Schriftenwechſel, welche bey den Gerichten erſter Inſtanz nur auf ausdrückliches Verlangen der Theile, oder wo ſie der Richter wegen Wichtigkeit der Sache anordnet [3]), zuläſſig iſt.

---

3) Das Geſetz, die Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsſachen btrff. giebt den Commandanten das Recht, nicht nur während des Laufes eines Rechtsſtreites von den Streit-Akten bey Gericht Einſicht zu nehmen oder nehmen zu laſſen, ſondern auch nach Beendigung des Streites die Ueberſendung der Acten zur Einſicht zu verlangen. Beyl. II. des Ständeabſch. v. 15. Aug. 1828. §. 4. a. E. Geſetzbl. 1828. S. 44.

Zu §. 63. **G. R.** Bayer S. 161. Danz §. 60. Linde §. 145. Martin §. 18. Thibaut §. 1111.

S. R. Kori §. 33. 34. 38. Schweitzer §. 12. S. 50.

B. R. Cod. jud. cap. 3. §. 3. cap. 4. 8. 10. Anm. S. 202. lit. b. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 149. IV. S. 132.

1) Ehedem in Ansbach bey Roßmarkthändeln.

2) V. v. 16. Aug. 1779. Mayr Gen. I. S. 151. Nov. z. G. O. S. 167. Geſetzbl. v. 22. Juli 1819. §. 1. ſ. Beyl. S. 4.

3) Was beydes aber in den Fällen des Cod. jud. cap. 3. §. 3.

§. 64.

Ort und Zeit der Verhandlung.

Alle gerichtlichen Handlungen, mit Ausnahme der nöthigen Localvernehmungen und Augenſcheine (§. 123. und 125.), ſind an dem Orte (Sitze) [1]), und in dem ordentlichen Local des Gerichts vorzunehmen [2]). Zu dem Anbringen und Verhandeln mündlich (§. 63.) zu inſtruirender Rechtsſachen ſollen die Untergerichte be-

---

nicht zuläſſig iſt. Geſetzbl. v. 1819. §. 1. — Durch die richterliche Anordnung des einen oder andern entſteht keine beſondere Proceßart. v. Gönner Comm. S. 27. 307.

Zu §. 64. **G. N.** Bayer 192. v. Glück Erl. d. P. III. §. 228 u. 261. fg. Linde §. 172. 173. Martin §. 118. 119. (115. 116.) Thibaut §. 1112.

S. N. Kori §. 53. 54. Schweitzer §. 72. 73.

B. N. Cod. iud. cap. 1. §. 21. cap. 6. §. 16. Anm. S. 91 u. 252. Krüll §. 66.

1) Rückſichtlich der Landgerichte erinnert durch R. v. 2. Mai 1815. Moritz Nov. III. S. 95. — in Bezug auf Patrimonialgerichte durch V. v. 27. Oct. 1815. Moritz II. S. 107. und Beyl. VI. d. V. U. v. 1818. §. 44. — Der Patrimonialgerichtshalter darf nicht über vier Stunden von den entlegenſten Hinterſaſſen wohnen. Ebd. Geſetzbl. 1818. S. 236. (§. 15. 6).

2) Cod. jud. l. c. Anm. S. 106. Iſt bey Localverhandlungen auſſer dem Wirthshauſe keine ſchickliche Gelegenheit, ſo ſoll man ſich dort alles Zechens, Tanzens u. a. Tumults enthalten. Ebd. — a. Ehemalige Schrannengerichte. Frh. v. Freyberg altd. öffentl. G. Verf. S. 95. Maurer Geſch. §. 123. Buchner das öffentl. Ger. Verf. S. 41. b. — Ehehaftsgerichte. Anm. zu Cod. iud. cap. 1. §. 21. 47. a. S. 104. Noch üblich im Iſarkreiſe bis zur Abſchaffung durch R. v. 29.

Sept. 8. Oct. 1825. J. Bl. d. Jſarkr. 1825. S. 774. (Ehehaft iſt nach der Sprache bayeriſcher Geſetze, Verordnungen und Schriftſteller immer etwas nothwendiges und zugleich geſetzliches, daher 1) das geſetzlich genügende, die Ehehaften, impedimenta legitima, welche von der Strafe des Ungehorſams befreien, „was ehehaft Noth ſey" — Rechtbuch Ludwig's des Bayer Tit. I. art. 7. Heumanni opusc. pag. 55. 276. — necessaria et legitima excusatio. L. B. de Schmid semicent. I. controv. XI. §. 1. Tom. I. Comment. in ius provinc. bav. pag. 107 — 109. 2) eine für Gemeinden nothwendige, nicht wohl entbehrliche Gerechtigkeit, „opificiorum et quaestuum genera, quibus [praeter agriculturam] bene constituta communitas aegre carere potest — eine Ehehafte Tafern, Ehehafte Schmitten, Ehehafte Mühl, Ehehaftes Bad." Schmid l. c. pag. 109. Anm. zu Cod. civ. II. 8. §. 17. S. 1421. — 3) nothwendig in beſondern Bezug auf die Bedürfniſſe des desfallſigen Verkehrs vieler Gemeinden und der Localitäten einer Gemeinde, auch ehehafte Wege, viae vicinales. Schmid Comment. ad ius municipale bav. Tom. III. pag. 256. nr. 8. ad. tit. 25. art. 8. „Die ehehafte Wagen-Weg — tertium genus viarum vicinalium, quod — subdividitur in duas classes, quarum una concernit tantum utilitatem quorundam privatorum, altera vero, utilitatem publicam, id est, quae toti alicui universitati necessaria est." — Viae, „quae ducunt ad quatuor legitima nostrae patriae, zu den vier Ehehaften im Land, id est, ad cauponas, officinas, fabriles, molendina, et balnea." — Vergl. Anm. zu Cod. civ. II. 8. §. 11. S. 1343. — Endlich auch 4) für das Bedürfniß einzelner Gemeinden, deren Mitglieder verſchiedenen Gerichtsbarkeiten unterworfen ſind, nothwendige Gerichte — Ehehaftsgerichte — in quibus incolae nullo habito respectu, an huius, vel alterius subjecti sint iurisdictioni, plerumque in publico et sub dio conveniunt " &c. Schmid T. I. pag. 108. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 36. S. 1364.) v. Freyberg S. 92. 147. c. Einrichtung des Geſchäftslocals R. v. 30. Nov. 1810. Regbl. 1810. S. 1347.

ſtimmte Gerichtstage in jeder Woche [3]) halten. In Civilſachen [4]) iſt ohne höchſt dringende Noth [5]) an Feyertagen [6]) keine gerichtliche Handlung vorzunehmen [7]). Allgemeine Gerichts-Ferien gibt es nicht mehr [8]), nur einzelnen Gerichtsmitgliedern werden nach Umſtänden Ferien gegeben [9]).

---

3) Geſetzbl. v. 22. Juli 1819. §. 2. Abſ. 2. ſ. Beyl.

4) Für Unterſuchungsſachen gelten, wo Gefahr auf dem Verzuge haftet, keine Ferien, welcher Art ſie ſeyn mögen; ſie ſind nicht beſchränkt auf ordentliche Gerichtstage oder auf beſtimmte Gerichtsſtunden. Strafg. 1813. II. art. 5.

5) Beyſpiele geben Zeugenvernehmungen zum ewigen Gedächtniß (§. 158.), Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit überhaupt. Anm. zu Cod. iud. cap. 1. §. 17. S. 82. lit. a. II. — Auch ohne ſolche höchſte Noth kann die Aufnahme eines Teſtaments an Feyertagen auf Verlangen nicht verweigert werden. Arg. Cod. civ. III. 4. §. 2. Nr. 5. Anm. zu Cod. civ. I. c. S. 444.

6) Die Rückſicht auf Religions-Verſchiedenheit iſt unbezweifelt, inſofern die einzelne Partey, an einem von ihrer Religion gebotenen Feyertage zu erſcheinen, oder ſonſt eine Handlung vornehmen zu laſſen, nicht genöthiget werden kann. Ebenſo kommen katholiſche Feyertage den an einem katholiſchen Orte ſich aufhaltenden andern Religionsgenoſſen zu Gute. Gelten ſie aber auch für dieſe, z. B. für Proteſtanten da, wo der Ort größtentheils nicht katholiſch iſt? Vergl. Kreitmayr in den Anm. S. 254. — Strenge Beobachtung des Sonntags. Leg. Baiuv. tit. 6. cap. 2. Georgiſch p. 282.

7) Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. Nr. 23. S. 1477.

8) Aufhebung der ehemaligen Ferien. R. v. 21. Spt. 1799. Mayr Gen. VII. S. 18. — Ehemaliger Ferienſtand bey den Reichsgerichten. Cameral-Lexicon 1766. S. 44.

9) Nov. z. G. O. S. 165. fg. Moritz III. S. 146. IV. S. 128.

§. 65.

Ordnung.

Für das Verfahren in allen gerichtlichen Verhandlungen überhaupt iſt die natürlichſte und urſprüngliche Ordnung ihrer Erledigung die Zeitfolge, in der ſie bey Gericht angebracht werden [1]). Außerdem entſcheidet bey verſchiedenen Hauptſachen die größere Wichtigkeit, und Gefahr auf dem Verzuge [2]); deshalb gehen in der Regel Criminalſachen den Civilſachen vor, wenn nicht bey letztern größere Gefahr obwaltet [3]). In zuſammenhängenden Sachen oder in einer Sache, welche mehrere Punkte betrifft, iſt das vorbereitende und das präjudicielle früher [4]) zu verhandeln. Die Ordnung, nach welcher jeder einzelne Proceß zu verhandeln iſt, iſt Gegenſtand der ganzen Proceßlehre. (§. 1.)

Zu §. 65. **G. R.** Bayer S. 18. Danz §. 50—54. v. Grolman §. 74 f. Linde §. 53 f. Martin §. 31. (29.) Thibaut §. 1113.

S. R. Schweitzer §. 64.

B. R. Cod. iud. cap. 3. §. 1.

1) Verordnungen über die Termine zu Erledigung der Civilrechtsſachen bey Untergerichten vom 17. Sept. 1811. 13. Juni 1815. Regbl. 1811. S. 1130. 1815. S. 474.

2) Moritz Nov. II. 214. III. 199. V. v. 1811. Nr. 1.

3) Cod. iud. cap. 1. §. 10. Strafg. 1813. II. art. 3. v. Wendt Grundz. d. Crim. Proc. §. 15. — Beyſpiel des **possessorii summarissimi.** Cod. iud. cap 3. §. 3. Nr. 3. V. v. 17. Sept. 1811. Regbl. 1811. S. 1130 f.

4) arg. §. 9. Cod. iud. cap. 4. a. Trennung des liquiden von dem illiquiden Cod. iud. cap. 3. §. 3. Nr. 4. b) Erledigung der Spolienſache vor dem Petitorio. ebd. §. 4. Nr. 10. (§. 189.)

Zweyter Titel.
Beſondere Rechte und Pflichten der Gerichte.

§. 66.
Pflichten der Gerichte unter ſich.

Die Gerichte unter ſich haben, inſofern ſie ſich ſubordinirt ſind, das Subordinations-Verhältniß (§. 18. C.), als coordinirte aber die Gränzen ihrer Competenz (ebd. a. E.) zu beobachten. Die deshalb nöthigen Berichte [1]) der ſubordinirten Gerichte, die

Zu §. 66. **G. R.** Bayer S. 192. Martin §. 114—116. (111—114.) Thibaut §. 1114.

S. R. Kori §. 31. Schweitzer §. 69. 70. von Trützſchler Anweiſung zur Abfaſſung der Berichte über rechtliche Gegenſtände.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 2. Nr. 4. c. 10. §. 5. c. 18. §. 2.

1) a. Form der Berichte überhaupt. V. v. 1. Jan. 1806. Rgbl. 1806. S. 7. R. v. 10. Sept. 1807. 3. Mai 1810. Intbl. des Rezatkr. 1807. S. 663. 1810. S. 851. V. v. 27. März 1817. §. 13. Regbl. 1817. S. 290. R. v. 26. Oct. 1829. Intbl. d. Iſark. 1829. S. 945. — b. Papierformat. Für alle Acten, Berichte und Eingaben, (17 Zoll Breite und 14 Zoll Höhe). R. v. 7. Juni 1794. 29. Oct. 1806. 10.—23. April 1807. 16. Febr. 17. März, 17. Juli 1808. 6. Jan. 1812. Regbl. 1807. S. 715. 758. 1808. S. 558. 695. 1676. 1812. S. 195. R. v. 23. Nov. 1810. Intbl. des Rezatkreiſes 1810. S. 2237. R. v. 18. April 1814. Dörrer Real-Inder. I. S. 191. — c. Papier-Art. R. v. 18. Juni, 2. Juli 1832. Intbl. d. Iſarkr. 1832. S. 689. — d. Anführung der Nummer des veranlaſſenden Reſcripts. V. v. 22. März 1809. 29. Nov. 1810. Intbl. d. Rezatkr. 1809. S. 259. 1810. S. 1694 u. des Regiſtratur-Buchſtabens, Moritz III. 224. — e. Unterzeichnung des

Entſchließungen [2]) der höheren, die Requiſitio-

Concipienten. V. v. 26. Dec. 1806. 19. Mai u. 19. Nov. 1809. 28. Jan. 1810. Regbl. 1807. S. 18. 1809. S. 795 u. 1859. 1810. S. 66. Intbl. des Rezatkr. 1810. S. 199. — f. Unterſchrift der Berichte und Ausfertigungen von Seite der Untergerichts-Vorſtände und Aſſeſſoren, leſerlich und mit teutſchen Buchſtaben. R. v. 27. Febr. 1823. Moritz Nov. IV. S. 195. — g. Adhibirung des Stempels in Parteyſachen. R. v. 5. Juli 1812. Geret Sammlung, III. S. 27. — h. Duplicate der Berichte. R. v. 31. Dec. 1810. Intbl. des Rezatkr. 1811. S. 60. — i. Aufſchriften. R. v. 10. März 1813. Geret III. S. 130. — k. Verbot des Gebrauchs der Worte: Herr und Unterthan, von gutsherrlichen Verhältnißen. R. v. 21. Sept. 1803 und 19. April 1808. Regbl. 1803. S. 233. 1808. S. 954. — l. Gebrauch des einfachen Converts ſtatt der Berichte über Inſinuationen. R. v. 13. Nov. 1818. 24. Aug. 1819. Intbl. 1819. S. 779. Moritz III. S. 181. — m. Erforderliche Kürze, und Weglaſſen unnöthiger Formeln, — der Schlußformel. V. v. 17. Dec. 1825. §. 140. Regbl. 1825. S. 1143. R. v. 15.—21. Sept. 1826. Intbl. des Iſarkr. 1826. S. 851.

2) Ausfertigungen der Untergerichte an Privatparteyen a) geſchehen ohne Unterſchied mit der Formel: das kön. Landgericht ꝛc. an den ꝛc.; b) vom wirklichen Rath anfangend aber iſt den Adelichen, Gutsbeſitzern mit Gerichtsbarkeit und den Pfarrern das Prädicat „Herr" beyzulegen. V. v. 19. Oct. 1812. Regbl. 1812. S. 1853. Moritz II. S. 193. Vergl. V. v. 17. Juni 1809. Regbl. 1809. S. 1053 f. V. v. 24. Febr. 1812. Rgbl. 1812. S. 378. — c. das Prädicat „Excellenz." V. v. 2. Febr. 1812 u. 16. Dec. 1825. Regbl. 1812. S. 281. 1825. S. 1044. — vergl. Anm. zu Cod. civ. V. 24. §. 12. S. 1735. — für die Erzbiſchöfe. V. v. 10. Jan. 1822. Regbl. 1822. S. 84. — d) das Prädicat „Erlaucht" für die Häupter der ſtandesherrlichen Familien nach Bundesbeſchluß vom 13. Febr. 1829. Klüber's Quellen. S. 524. — Nach dem der allerhöchſten Be

nen [3]) und Communicate [4]) (Anſchreiben, Correſpondenzen) der coordinirten Gerichte ſind beſtimmten Formen unterworfen.

———

kanntmachung dieſes Bundes-Beſchluſſes am 22. April 1829 beygefügten Verzeichniß ſind zu dieſen Familien zu zählen: A. in Bayern domicilirt die Grafen 1) von Caſtell, 2) Fugger von Glött, 3) Fugger von Kirchheim, 4) Fugger von Nordendorf, 5) von Ortenburg, 6) von Rechtern-Limburg, 7) von Schönborn, 8) von Waldbott-Baſſenheim; B. außer Bayern domicilirt 9) von Erbach-Wartemberg Roth, 10) von Stadion. Regbl. 1829. S. 355. Durch beſondere Kgl. Erklärungen auch anerkannt für die gräflichen Familien: 11) Törring-Gutten zell durch R. v. 16. Juni 1830. 12) Giech und 13) Pappenheim d. R. v. 14. 22. Spt. 1831, dann 14) Pückler Limburg durch R. v. 31. Juli 1834. Int. Bl. des Iſarkr. 1830. S. 593. 1831. S. 815. Regbl. 1834. S. 999. — e) Erforderliche Abkürzung ſolcher Entſchließungen. R. v. 9. Juli 1810. Intbl. des Rezatkr. 1810. S. 1487. — f. Bezeichnung der Parteyſache, bey Verſendungen durch die Poſt. R. v. 9. Febr. 1813. 7. März 1814. Geret IV. S. 231. Moritz III. S. 175. — g) Aufmerkſamkeit auf Orthographie und Kalligraphie. R. v. 29. Juni 1812. Moritz a. a. O. — h. Ausfertigung an Mediatiſirte und erbliche Reichsräthe. Beyl. IV. d. V. U. 1818. §. 3. Geſetzbl. 1818. S. 190. V. v. 30. Juni 1819. Intbl. 1819. S. 625. Moritz III. S. 173.

3) Requiſitionen als Correſpondenz ſ. Note 4. — a) Requiſitionen der Militärbehörden. R. v. 17. Dec. 1807. Intbl. des Rezatkr. 1807. S. 914. — b) in Civilſachen armer Parteyen. V. v. 27. März 1816. Moritz II. S. 175. — c) auf diplomatiſchem Wege. R. v. 11. u. 19. April 1812. ebd. S. 173. v. Aretin Annalen. II. S. 11. mit den Kgl. niederländ. Behörden. R. v. 13. Juli 1829.

4) Correſpondenz-Form a) der Untergerichte. V. v. 24. Febr. 1812. Regbl. 1812. S. 377. — b) der Land- und

§. 67.

Pflichten der Gerichte gegen die Parteyen. Verſuch der Güte.

Das Geſetz empfiehlt den Parteyen ſelbſt, ſich vor

Patrimonialgerichte. R. v. 27. Nov. u. 13. Dec. 1815. Geret V. S. 153. Brügel Real-Inder II. S. 12. R. v. 25. Dec. 1819 und 3. Jan. 1820. Intbl. des Rezatkr. 1820. S. 50. — c) der coordinirten Behörden und Collegien. V. v. 1. Nov. 1801. 15. Febr. 1802. 17. Juli und 28. Nov. 1808. 31. Jan. und 17. Juni 1809. 6. Juni 1811. 27. März 1817. Regbl. 1801. S. 351. 1802. S. 100. 1808. S. 1674. 2758. 1809. S. 264. 1033. 1811. S. 772. 1817. S. 289. — d) der Magiſtrate. V. v. 21. Sept. 1818. Intbl. 1818. S. 1057. 1062. — e) Correſpondenz mit auswärtigen Behörden, und tabellariſche Anzeigen darüber. V. v. 24. Juni 1812. 22. April und 28. Oct. 1817. v. Aretin Annalen II. S. 11. Moritz II. S. 174. — R. v. 28. Jan. 1823. 30. Juli 1824. 1. Febr. 1827 und 31. Jan. 1834. Moritz IV. S. 171. 4. — unmittelbare Correspondenz mit den Großherzogl. toscaniſchen Behörden geſtattet durch Juſt. Min. Entſchl. v. 20. Juni 1834. Iſarkr. Intbl. S. 945. — f) Uebereinkunft wegen der durch Requiſitionen entſtehenden Koſten, mit der Herzogl. Sachſen-Meiningiſchen Regierung. V. v. 30. Jan. 1832. Rgbl. 1832. S. 150. — desgleichen mit Sachſen-Altenburg, Bek. v. 6. Mai 1834. — mit Preuſſen v. 27. Mai 1834. Regbl. 1834. S. 809 u. 817. — ältere mit Preuſſen in Bezug auf den Rheinkreis vom 4.—30. Oct. 1819.

Zu §. 67. **G. R.** Danz §. 149—152. v. Grolman §. 124. Linde §. 165. Martin §. 161. 319. (151. 308.) Thibaut §. 1115.

S. R. Kori §. 74.

B. R. Cod. iud. cap. 17. §. 1. Anm. S. 550. Nov. z. G. O. S. 303. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 23.

oder nach entſtandenem Proceß in Güte zu verſtehen [1]), ſtraft Anwälte, welche Parteyen vom Vergleich abhalten [2]), und macht den Gerichten zur Pflicht, allen möglichen Fleiß [3]) anzuwenden, damit der Streit ſo beygelegt werde, beſonders in Sachen, welche geringfügig, dunkel und zweifelhaft ſind, bey welchen es auf Ehre und guten Leumuth [4]) ankommt, oder wenn nahe Verwandte, adeliche, oder ſonſt vornehme Perſonen mit einander ſtreiten. Der Vergleich ſetzt voraus, daß die Sache bereits ſtreitig, oder künftiger Streit zu beſor-

---

III. S. 227. IV. S. 203. Krüll §. 542—552. Mündler §. 146—155. Bayr. Ann. 1834. Nr. 21. S. 161—163.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1. — Deshalb ſoll auch jeder Kläger ſich vor Anfang des Proceßes wohl bedenken und, das Seinige in Güte zu erlangen, beſtmöglichſten Fleiß anwenden. Cod. iud. cap. 3. §. 7.

2) Cod. iud. cap. 17. §. 1. Nr. 15. V. v. 23. März 1813. R. v. 3. Febr. 1815. Rgbl. 1813. §. 433. Nr. 11. Moritz III. S. 228. V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 4. (§. 77a. 3.)

3) Zu dieſem Zwecke ſollen beyde Theile der aus der Fortſetzung des Proceßes zu erwartenden Beſchwerden „genugſam, jedoch allzeit mit ſolcher Beſcheidenheit" erinnert werden, „damit ſich hierinfalls Niemand ungebührlichen Zwangs oder Drohung beklagen möge." Alſo kein Recht zum Durchgreifen. Vergl. Martin §. 319. Die Geſchicklichkeit eines Commiſſärs der Juſtizſtelle in Vermittlung wird als ein beſonderer Beweis von Auszeichnung bemerkt, und den adminiſtrativen Behörden empfohlen, die Hand zum Vergleich zu bieten. V. v. 17. Jan. 1800. Mayr Gen. VIII. S. 5. Nov. z. G. O. I. S. 303. V. v. 16. April 1817. Regbl. 1817. S. 380. Moritz Nov. II. S. 178. Vergl. jedoch V. v. 3. Febr. 1815. Moritz III. S. 226.

4) Vergl. v. Wendt Grundz. d. Crim. Proc. §. 52.

gen und zweifelhaft ſey, den Theilen Diſpoſitionsfähigkeit zuſtehe [5]), immer von der einen Seite etwas gegeben, von der andern etwas behalten werde [6]). In den Stadtgemeinden wird das Vermittlungs-Amt, wenn Streitigkeiten unter den Gemeindegliedern entſtehen, durch die Magiſtrate [7]) ausgeübt, vorbehaltlich des Rechts der Betheiligten, — Mitbürger ihres Vertrauens zu benennen, welche unter der Leitung

---

5) Curatoren und Vormünder ſollen, wenn der Vergleich unbewegliche oder ſolche Güter betrifft, welche ſich leicht erhalten laſſen, von des Pflegbefohlenen ordentlicher Obrigkeit, oder wenigſtens dort, wo der Streit hängt, den Conſens erholen, und dieſer ſoll bey vorwaltender erheblicher Urſache, nach deren vorläufiger genügender Einſicht (caussae cognitio), weder erſchwert noch abgeſchlagen, ſondern unweigerlich und zwar ohne die früher übliche Clauſel: salvo iure pupillari ertheilt werden. Cod. iud. cap. 17. §. 1. Nr. 7. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 12. S. 443. Ganz unzuläßig iſt der Vergleich in Strafſachen. Cod civ. IV. 16. §. 5. Nr. 13. Anm. S. 379. — über künftige Alimente iſt er ohne gerichtliche Autorität ungültig. L. 8. D. de transact. (II. 6.) Anm. zu Cod. civ. IV. 1. §. 7. S. 24. Nr. 6. — Anwendung dieſes Grundſatzes auf geiſtliche Penſionen. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 30. S. 1320. — Von Vergleichen über Meliorationen und Deteriorationen bey Reſtitution der Früchte, ſ. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 8. S. 869. — über Zehntumwandlung. II. 10. §. 6. S. 1544.

6) Cod. iud. cap. 17. §. 1. Nr. 5—8. — Vergleich iſt species alienationis. Anm. zu Cod. civ. III. 10. §. 23. S. 763. — Unterſchied zwiſchen Vergleich und Litisdeſiſtenz. Von letzterer ſ. Cod. iud. cap. 3. §. 9. Nr. 4. S. 222. Sie ſtehet jedem Theil frey, ſofern nur der Gegner ſich dabey beruhiget. Anm. S. 178.

7) Nach den Vorſchriften des §. 120 im Gemeinde-Edict vom 17. Mai 1818, ſiehe Note 10.

eines von dem Magiſtrate zu beſtimmenden Commiſſärs gemeinſchaftlich mit demſelben die gütliche Vereinigung, jedoch ohne allen Zwang oder Drohung zu erwirken, ſich beſtreben ſollen [8]). — Bey Streitigkeiten zwiſchen den Gliedern einer Dorfgemeinde hat der Gemeinde-Ausſchuß das Recht [9]) und die Pflicht, ſich der gütlichen Vermittlung zu unterziehen [10]), ebenſo der

8) Bey den Ausfertigungen des Vermittlungs-Amtes wird von der Anwendung des Stempels Umgang genommen. Beyl. XIV. des Stdc. Abſch. v. 1. Juli 1834. §. 13. Geſetzbl. 1834 S. 122.

9) Mit gleichem Vorbehalt des Rechts der Betheiligten zu Benennung vertrauter Männer. ebd. §. 26. S. 130.

10) Ehe nicht Zeugniß über den vergeblichen Verſuch der Güte vorgelegt iſt, dürfen die Gerichte keine Klage annehmen. Ed. v. 24. Sept. 1808. §. 29. 30. Regbl. 1808. S. 2438. V. v. 31. Mai und 20. Oct. 1810. Regbl. 1810. S. 441. 1091. V. v. 17. Mai 1818. §. 120. Beyl. VI. zur V. U. v. 26. Mai 1818. §. 107. Geſetzbl. 1818. S. 91. 262. Nov. z. G. O. I. S. 207. Moritz Nov. II. S. 161. Ausſchluß der Advocaten von ſolcher gütlicher Verhandlung; ſiehe oben §. 43. Note 6. — ſiehe: Anleitung zu der Ausübung des Vermittlungs-Amtes für die Ausſchüſſe der Ruralgemeinden. Ansbach 1830. empfohlen durch R. v. 31. Mai 1830. Intbl. des Iſarkr. 1830. S. 497. — Alle ſolche Verhandlungen ſind taxfrey. R. v. 19. Nov. 1834. Intbl. des Iſarkr. 1834. S. 1569. — Auch die Atteſte der Vermittelungs-Aemter in den Stadt- und Landgemeinden ſind ſtempelfrey auszuſtellen. M. R. v. 15. Oct. 1834. ebd. S. 1465. — Unter denjenigen Rechtsſachen, in welchen keine Klagen ohne ſolche vorläufige Atteſte angenommen werden, ſind ſolche nicht begriffen, für welche beſondere geſetzliche Beſtimmungen beſtehen, oder für welche dieſes Verfahren, nach der Natur der Sache keine Anwendung findet, wohin gehören: a) Klagen um Ewiggilten (§. 179). b) Klagen auf Arreſt

academiſche Senat bey Klagen gegen Studierende (§. 32.) [11]). In allen Perſonal-Klagſachen gegen Militär-Perſonen im activen Dienſte, welche den befreyten Gerichtsſtand vor einem Appellationsgerichte nicht haben, üben die Regiments-, Bataillons- und Corps-Commandanten, ſo wie die Commandantſchaften mit Zuziehung des Auditors, das Vermittelungs-Amt [12]). Der Vergleich zwiſchen Siegelmäßigen kann auſſergerichtlich ſchriftlich beurkundet werden, bey Unſiegelmäßigen aber iſt er vor dem Gericht, unter welches wenigſtens einer von beyden Theilen oder die ſtreitige Sache gehört, zu protocolliren, von den Theilen zu unterzeichnen, und bey Gegenſtänden von 50 fl. Werth urkundlich auszufertigen [13]). Bey allen Vergleichen, deren Object unter 1000 fl. ſteht, ſind die Taxen nachzulaſſen [14]).

(§. 185). c) Klagen von Hypothek-Zinſen (§. 184). d) Klagen gegen Militärperſonen in Civilrechtsſachen, ſofern erſtere zugleich Gemeindeglieder ſind (§. 53). e) Klagen in Bauſtreitigkeiten (§. 178). f) Klagen, welche wegen Gefahr des Verzugs keinen Aufſchub leiden (ebd.) Bek. des K. G. München vom 29. Aug. 1834. Intbl. des Iſarkr. 1834. S. 1179. — und g) Klagen in Wechſel- und Mercantilſachen (§. 182 a. b.) Bek. des W. u. M. G. München vom 30. Spt. 1834. ebd. S. 1368.

11) Acad. Geſ. Tit. VII. §. 9.

12) Beyl. II. d. Stde. Abſch. vom 15. Aug. 1828. §. 5. Geſetzbl. 1828. S. 44. — Stempel zu den darüber auszuſtellenden Zeugniſſen. R. v. 18.—22. April 1831. Int. Bl. des Iſarkr. 1831. S. 403.

13) Cod. iud. cap. 17. §. 1. Nr. 9. 10.

14) V. v. 5. Jan. 1802. Regbl. 1802. S. 60. Nov. z. G. O. I. S. 305. Beſchränkt auf Juſtizcollegien durch R. v. 25.

§. 68.

Führung der Acten.

Alles, was bey Gericht von Parteyen oder ihren Anwälten mündlich vorgetragen wird, iſt treu zu Protocoll [1]) zu nehmen [2]). Alles, was bey Gericht in ſolchen Protocollen oder ſonſt ſchriftlich einkommt, iſt gehörig zu ordnen, zu numeriren [3]), zu rotuliren [4]) und zu verwahren. Dieß geſchieht in der Regiſtratur in ſolcher Ordnung, daß alles Eingekommene augenblicklich aufgefunden und ebenſo wieder an ſeinen Ort gebracht werden kann [5]). Nothwendig ſind daher

---

April und 21. Mai 1817. Moritz III. S. 228 f. Vergl. jedoch R. v. 9. Mai 1814. Moritz IV. S. 203.

Zu §. 68. **G. R.** Bayer S. 171. 192. Claproth Einl. §. 50. v. Grolman §. 112. Linde §. 84. Martin §. 105. (102) Thibaut §. 1116.

S. R. Kori §. 50 f.

B. R. Cod. iud. cap. 2. §. 3. cap. 4. §. 15. cap. 14. §. 15. Anm. S. 121. lit. f. S. 459. lit. a. Krüll §. 75. 76.

1) Form und Inhalt der Protocolle. Cod. iud. cap. 4. §. 15. — der Notariats-Protocolle. cap. 3. §. 6. (§. 127. 4.)

2) Und wenn ſolche Protocolle der Taxe unterliegen, ſind ſie auch ſogleich auf das gehörige Stempel-Papier zu ſchreiben. Beyl. XV. des Stde. Abſch. v. 11. Sept 1825. Nr. I. Geſezbl. 1825. S. 176. R. v. 7. Dec. 1825. Intbl. d. Iſarkr. 1825. S. 923.

3) R. v. 16. 21. Jan. 1826. Intbl. des Iſarkr. 1826. S. 49. — Vorzug des Heftens und Foliirens. Vergl. v. Wendt Grundz. §. 32.

4) Cod. iud. cap. 14. §. 3.

5) Auch in Bayern analog anwendbare Vorſchriften einer muſterhaften Regiſtratur-Ordnung gibt die pr. A. G. O. III. tit. 5. §. 23 f. — Vergl. Terlinden Anleitung zur Regiſtratur ꝛc. Wiſſenſchaft. 1806. Frh. v. Wöldernderf

Hauptabtheilungen nach Geſchäftszweigen [6]), Gerichtsbezirken u. d, vollſtändige Repertorien und Regiſter [7]).

§. 69.

Leitung des Verfahrens und Entſcheidung.

Der Richter leitet das Verfahren der ſtreitenden Theile durch Verfügungen, Decrete. Sie ſind theils ſolche einfache Decrete und Zwiſchenbeſcheide [1]), gegen welche keine ſelbſtſtändige Berufung, ſondern nur eine Verwahrung mit dem Vorbehalt künftiger Verbindung der Beſchwerde mit der Appellation gegen das

---

und Waradein das Regiſtraturweſen eines Landes-Juſtiz-Collegii. 1809. 4. Puchta, W. H., Geſchäftsmann §. 113. — Unterſchied zwiſchen Regiſtratur und Archiv, ſ. v. Bölderndorf a. a. O. S. 130. Puchta §. cit. S. 226. Note f. — Sächſiſche Bedeutung der Regiſtratur. Kori §. 51. Schweitzer §. 65. Oelze Anleitung §. 19 f.

6) z. B. Civil-Proceß-Criminal-Hypotheken-Pupillar-Regiſtratur. — Unterabtheilungen in currente und repouirte Acten. — Conſerwatorinm z. B. für Teſtamente. Cod. civ. III. 4. §. 2. N. 14.

7) Nach Orten und Parteyen, letztere immer doppelt nach den Namen der Kläger und des Beklagten.

Zu §. 69. **G. R.** Bayer S. 172. Danz §. 92. 216 f. v. Gönner Hdb. I. S. 158 f. v. Grolman §. 98. 110. 138 f. Linde §. 167. Martin §. 106. (105). Thibaut §. 1117.

S. R. Kori §. 52. 53. Schweitzer §. 66.

B. R. Cod. ind. cap. 14. §. 6. 7. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 6. Nr. 8. S. 417. §. 7. S. 422. Krüll §. 482 f.

1) **Interlocutiones simplices, welche nur den modum procedendi betreffen. Cod. ind. cap. 14. §. 1.**

Endurtheil zugelaſſen wird [2]; oder Zwiſchenbeſcheide, gegen welche eine Appellation, jedoch in abgekürzter Friſt (§. 163), ſtatt findet [3]. Ueber die unter den Theilen ſtreitigen Rechte entſcheidet das Gericht nach geſchloſſener Verhandlung und allenfalls, nach geführtem Beweiſe (§. 95 fg.), in einem Definitiv-Erkenntniß, Endurtheil (§. 76.) [4].

---

2) z. B. die gewöhnliche Communicativ-Decrete auf Klage, Exception und andere Proceßſchriften. Cod. iud. cap. 4. §. 7. cap. 5. §. 1. cap. 6. §. 15. cap. 7. §. 8. cap. 10. §. 6. Mandate mit und ohne Clauſel (§. 162.) cap. 5. §. 7. Ladungen cap. 5. §. 6. Aufträge zu Beybringung der Legitimation zum Proceß (§. 50.) cap. 7. §. 1. Geſetzbl. v. 22. Juli 1819. §. 18. ſ. Beyl.

3) **Interlocutiones mixtae vim definitivae habentes.** Cod. iud. cap. 14. §. 1. Dahin gehören nur noch die Beſcheide, a) wodurch der Kläger mit der Klage, ohne weitere Einleitung des Verfahrens, ganz oder bedingt abgewieſen, (cod. iud. cap. 4. §. 7. 8. u. 17.), dann die Erkenntniſſe, wodurch b) die gerichtsablehnende Einrede des Beklagten verworfen, (Cod. iud. cap. 6. §. 3. Nr. 1. und §. 4.); c) der Beklagte mit Verwerfung der von der Einlaſſung befreyenden Einrede (Cod. iud. cap. 6. §. 3. Nr. 2. 3. und §. 4.) zur Einlaſſung auf die Klage verurtheilt, d) die Proceßart beſtimmt (nicht zu verwechſeln mit der Inſtructions-Form. v. Gönner Commentar S. 27. 307.) und e) der Beweis (Cod. iud. cap. 6. §. 11. cap. 9. §. 6. cap. 14. §. 1.) auferlegt wird. Geſetzbl. v. 22. Juli 1819. §. 19 und 22., ſ. Beyl.

4) **Sententia definitiva.** Hieher gehören alle Entſcheidungen, wodurch der Streit zu einem beſtimmten Ende gelangt, alſo auch Entſcheidungen über Deſertion des Beweiſes und der Appellation, über Präjudicial-Fragen und Incident-Punkte, über den Beſitz mit Vorbehalt des Petitoriums, über Arreſt und andere proviſoriſche Verfügungen, über den Executions-

§. 70.

Verfahren von Amtswegen.

Der Richter iſt von Amtswegen verpflichtet und befugt, a) bey der Klage alles, was derſelben nach ihrer Eigenſchaft anhängig iſt, mithin auch wegen der Koſten, Schadensersatz, Zinſen und Früchte zu erſetzen, ſelbſt wenn davon in dem petito (§. 87.) abſtrahirt wurde [1]; b) das genus actionis nach dem Inhalt der Klage, wie es dem Kläger am nützlichſten iſt, zu wählen [2]; c) eine Klage, aus der nicht einmal der rechte Gegenſtand erkannt werden kann, oder deren Geſuch ſo unſchicklich iſt, daß nach der Geſchichtserzählung gar keine Klage darauf paßt [3], ſo wie, wenn ihr Ungrund aus dem eigenen Vorbringen des Klägers oder aus Voracten ſich ergibt [4], abzuweiſen; d) genügende Legitimation zu den Acten (§. 50.) zu fordern [5], e) die

---

Proceß mit Vorbehalt der Ausführung illiquider Einreden in separato. Von den Ausnahmen hinſichtlich der Berufung zur dritten Inſtanz bey ſolchen Erkenntnißen ſ. §. 170. und Beyl. §. 20.

Zu §. 70. **G. R.** Danz §. 80. 90. v. Gönner Hdb. I. S. 251 f. v. Grolman §. 122 f. Linde §. 143. Martin §. 63. 73. 134. 172. (61. 71. 124. 162.) Thibaut §. 1118.

S. R. Schweitzer §. 68. S. 142.

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 7. cap. 13. §. 2. cap. 14. §. 2. 7. cap. 15. §. 6. 11. Krüll §. 184. Mündler §. 138 f.

1) Cod. iud. cap. 4. §. 7.

2) ebd. §. 8.

3) ebd.

4) ebd. §. 17.

5) Cod. iud. cap. 7. §. 1.

Form der Inſtruction zu beſtimmen, in welche das Verfahren einzuleiten iſt [6]; f) Exceptionen ſupplirt er nur, wenn es zu Verhütung großer Unförmlichkeiten oder gänzlicher Nullität des Proceſſes nöthig iſt, oder wenn ſie ſich mit allen Erforderniſſen aus den Acten ſo ergeben, daß es eines weitern Beweiſes nicht bedarf, jedoch nie weiter, als das petitum des Beklagten ſolches mit ſich bringt, übrigens ohne Unterſchied zwiſchen factiſcher oder juridiſcher Einrede [7]; g) bey Terminen zur Replik und Duplik und bey Beweisfriſten hat er jede Veranlaſſung, wodurch die richterliche Thätigkeit in Anſpruch genommen wird, für eine hinreichende Aufforderung zu halten, nach verfloſſener peremtoriſcher Friſt mit dem Präcluſiv-Beſcheid zu verfahren [8]; h) er kann Augenſchein (§. 125.) in jeder Inſtanz auch von Amtswegen anordnen [9]; i) das Purgatorium (§. 117.) auferlegen [10]; k) den Actenſchluß verfügen [11]; l) hat über die Beobachtung der Appellationsfatalien (§. 163) zu wachen [12], und im Fall ſie verſäumt ſind, auf De-

6) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 1. v. Gönner Comm. S. 27. Nr. 8. ſ. Beyl. S. 4.

7) Cod. iud. cap. 6. §. 9.

8) R. v. 21. Dec. 1812. v. Aretin Annalen II. S. 55. Moritz III. S. 186. Vergl. Cod. iud. cap. 9. §. 11.

9) Cod. iud. cap. 12. §. 5. Nr. 5. Vergl. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 13. ſ. Beyl.

10) Cod. iud. cap. 13. §. 3. Nr. 5. — Das Suppletorium in Bayern um deshalb nicht, weil diejenige Partey, welche zu demſelben gelaſſen werden will, darum ausdrücklich und noch vor Beſchluß der Sache bitten muß. ebd. Nr. 1. conf. Cod. iud. cap. 19. §. 12. Nr. 2.

11) Cod. iud. cap. 14. §. 2. Nr. 1.

12) Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 1.

ſertion zu ſprechen [13]; iſt auch m) ermächtiget, Appellationen, welche gegen ſeine Beſcheide geſetzlich und unbezweifelt [14]) unzuläßig ſind, ſelbſt [15]), und offenbar ungegründete Reſtitutions-Geſuche, wie ungegründete Klagen gleich a limine zurückzuweiſen [16]), auch in geringen Injurienhändeln, bey den Gerichten, wo altbayeriſches Civilrecht gilt, wenn das Factum ſo zweifelhaft iſt, daß man entweder den Anfänger des Streits nicht recht weiß, oder ſonſt kein ſicheres Urtheil fällen kann, beſonders alſo bey gegenſeitigen Injurien die Klagen aufzuheben [17]).

§. 71.

Ladung. Arten derſelben.

Jeder gerichtliche Auftrag heißt Ladung (citatio) im weitern Sinn; im engern iſt ſie der Auftrag, vor Gericht zu erſcheinen, oder zu handeln. Sie geſchieht mündlich oder ſchriftlich (citatio verbalis), oder durch Herbeyführen, Arretiren (citatio realis), theils unmittelbar (immediata), theils mittelbar (mediata) und

13) ebd. §. 11. Nr. 1.
14) v. Gönner Comm. S. 372. Nr. 6.
15) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 24. ſ. Beyl.
16) Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 5 und 8. ſ. §. 171. 15.
17) Landr. 1616. Tit. 46. Art. 10. Anm. zu Cod. civ. IV. 17. §. 16. S. 815.

Zu §. 71. **G. R.** Danz §. 93. v. Grolman §. 79. 126. Linde §. 167. 199. Martin §. 106. (103.) Thibaut §. 1119.

S. R. Kori §. 67. Schweitzer §. 66 f.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 1. Anm. S. 210. Krüll §. 185 f. Mündler §. 156.

hülfsweiſe (subsidiaria), entweder an den Geladenen ſpeciell (Privat) oder öffentlich an Unbekannte oder an einen beſtimmt Genannten gerichtet (citatio edictalis). (Vergl. §. 72 und 74).

§. 72.

Mittelbare und ſubſidiäre Ladung.

Jede Ladung ſetzt Competenz des Richters, der ſie erläßt, für die Sache, in welcher ſie geſchieht, und bei unmittelbarer Ladung auch über die Perſon, an welche ſie erlaſſen wird, voraus. Unter dieſen Vorausſetzungen findet eine directe und unmittelbare Ladung ſtatt. Steht aber der vorzuladende Theil nicht unmittelbar unter dem Gerichtszwang des vorladenden Gerichts, weil er an einem andern Orte wohnt, oder ein privilegirtes oder auch ein anderes ſpecielles [1]) Forum

---

Zu §. 72. **G. R.** Danz §. 101. v. Grolman §. 128. Linde §. 167. Thibaut §. 1120.

S. R. Kori §. 69.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 2. Nr. 4. Anm. S. 211. lit. d. Krüll §. 190.

1) z. B. die gutsherrlichen Hinterſaſſen, an welche landgerichtliche Verfügungen durch die Patrimonialgerichte auch in ſolchen Sachen inſinuirt werden, in welchen jene den Landgerichten unmittelbar untergeordnet ſind. V. v. 16. Aug. 1812. §. 79. Beyl. VI. zu V. U. 1818. §. 82. Regbl. 1812. S. 1526. Geſetzbl. 1818. S. 250. — Alle an active Officiere und im Officiers-Rang ſtehende active Militär-Beamte, ferner an die bey den Corps befindlichen Unterofficiere und Soldaten zu machenden Inſinuationen werden von den nach §. 55. ſeit dem 1. Jan. 1829 competenten Civilgerichten den Commandanten der Regimenter, ſelbſtſtändiger Bataillone oder Corps hinſichtlich der dieſen untergebenen, in Bezug auf

(§. 31.) hat, ſo wird die Ladung verfügt, um deren Einhändigung aber ein ſolches anderes Gericht erſucht [2]) (§. 66) oder dieſem im Fall der Subordination aufgetragen, d. i. **mittelbare** Ladung; oder auch dieſem andern Gericht die Verfügung und Einhändigung der Ladung überlaſſen, d. i. **ſubſidiäre** Ladung [3]).

§. 73.

Inhalt der Ladung.

Eine förmliche Ladung erfordert Bezeichnung a) des

---

andere Perſonen aber, welche zu ſolchen Regimentern, Bataillonen oder Corps nicht gehören, den Commandantſchaften zugeſendet, welche verpflichtet ſind, die Inſinuationen zu bewerkſtelligen, und, wie dieſes geſchehen, zu den Acten nachzuweiſen. Haben jedoch die vorerwähnten Militärperſonen Rechtsvertreter bey den competenten Gerichten beſtellt, ſo ergehen die Inſinuationen im Verlaufe des Streits unmittelbar an dieſe. Beyl. II. des Stde. Abſch. vom 15. Aug. 1828. §. 4. Geſetzbl. 1828. S. 43. — Inſinuationen an Geſandte am Kgl. Bayer. Hofe geſchehen durch das App. G. des Iſarkreiſes. R. v. 29. April 1829 u. 30. Juli 1830.

2) Staatsverträge über wechſelſeitige Inſinuationen exiſtiren zwiſchen **Bayern** und **Heſſen** v. 12. Febr. 1818. **Hannover** und **Baden** v. 12. Juli 1818. Rgbl. 1818. S. 192. 757. und beſtimmen diejenigen Gerichte, an welche die Requiſitionen zu erlaſſen ſind. **Moritz** Nov. II. S. 200. III. S. 180. — Koſtenfreye Inſinuationen in Gant- und andern Civilſachen durch K. Würtembergiſche Gerichte. R. v. 16. April 1826. Inſinuationen und Promotorialien nach dem Auslande. R. v. 22. Mai, 20. Juli u. 30. Sept. 1829, dann 31. Jan. 1834. Vergl. Iſarkr. Bl. 1833. S. 532.

3) Beyde letzte Begriffe nimmt **Kreitmayer** Anm. S. 211. lit. d. ſynonym.

Zu §. 73. **G. R.** **Danz** §. 105 und 112. **Martin** §. 107. (104.) **Thibaut** §. 1121.

Gerichts [1]), vor welchem der Geladene erſcheinen oder etwas thun ſoll, b) des Orts, wo, wenn nicht eine gewöhnliche Gerichtsſtelle ſchon vorhanden iſt; c) der Parteyen, ſowohl des Klägers, als des Beklagten, und zwar, wo mehrere ſind, auch der einzelnen, ausgenommen bey dem Aufruf unbekannter Gläubiger und Erben, d) des Gegenſtandes und Zweckes [2]) der Ladung, insofern nicht das Gericht blos von Amtswegen [3]) verfährt, e) der Zeit, zu, oder binnen welcher jemand erſcheinen oder handeln ſoll, f) des Rechtsnachtheils, welcher im Fall des Ausbleibens oder des Ungehorſams (§. 83.) überhaupt eintritt, und g) zu dem Zweck des vollſtändigen Gehörs (§. 62.) auch die Mittheilung der die Citation veranlaſſenden ſchriftlichen [4]) oder protocollariſchen Handlung des Gegners.

S. R. Kori §. 67. Schweitzer §. 66. S. 135.
P. R. Cod. iud. cap. 5. §. 4. Krüll §. 191.

1) Daß dabey auch der Gerichtsdeputirte, wie in der preuß. A. G. O. Th. I. lit. 6. §. 14 verordnet iſt, speciell genannt werde, iſt nur in denjenigen bayeriſchen Gerichten üblich, welche Einzelnes aus dem preuß. Geſchäftsgang beybehalten haben.

2) z. B. bey der Ladung auf eine bey Untergerichten erhobene Klage „zur protocollariſchen ſchlüßigen Verhandlung." Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 2. ſ. B. S. 4. — Vergl. V. v. 2. Juli 1781 u. 20. Febr. 1789. Nov. z. G. O. I. S. 228.

3) Wie in Criminalſachen, bey mündlicher Verantwortungs-Abforderung in Disciplinarſachen, bey Ertheilung gerichtlicher Verweiſe.

4) Deswegen ſoll der Kläger, wenn die Geſchichte der Klage auf Urkunden, aus welchen der ganze Streit ohne andern

§. 74.

Inſinuation und Form der Ladung.

A. Demjenigen, der eine Ladung veranlaßt, daher in der Regel dem Kläger liegt die Beſorgung der Inſinuation eigentlich ob [1]; gewöhnlich wird ſie aber durch Gerichtsboten (§. 60.) beſorgt. Sie geſchieht dem Beklagten, dem Citirten, perſönlich („unter Augen"), oder wenn er in ſeiner Wohnung nicht anzutreffen iſt, ſeiner Ehegattin, ſeinen erwachſenen Kindern, oder Dienſtboten [2]; ebenſo den Gutsherrn, wenn die Ladung auch die Güter betrifft, perſönlich [3], den

---

Beweis gehoben werden kann, beruht, dieſe gleich mit der Klage übergeben. Cod. iud. cap. 4. §. 12. cap. 11. §. 5. Nr. 1. — Daher auch die Verbindlichkeit jedes Theils, Duplicate einzureichen. Nov. z. G. O. I. S. 213 f. Moritz II. S. 183. III. S. 163. IV. S. 112.

Zu §. 74. G. R. Danz §. 114. 115. Linde §. 170. Martin §. 109. 119. (106. 116.) Thibaut §. 1122.
S. R. Kori §. 68. Schweitzer §. 67. S. 137 f.
B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 8. Anm. S. 220. Krüll §. 190. 193.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1. — a) Von Inſinuationsgebühren. V. v. 16. März 1815. Regbl. 1815. S. 225. R. v. 6. April 1822. Moritz IV. S. 164. — b) Exceſſe der Gerichtsboten bey Inſinuationen. R. v. 21. Mai 1819. Moritz III. S. 177.

2) ebd. Nr. 2.

3) Nicht den Verwaltern, Schreibern oder andern Dienern. R. v. 3. Juni 1778. Mayr Gen. II. S. 1390. Nov. z. G. O. I. S. 235. — Vgl. V. v. 22. Jan. 1808. ebd. S. 236 f. — Bey verſchloſſener Thüre wird die Ladung in Gegenwart herbeygerufener Zeugen entweder an das Hausthor angenagelt, oder öffentlich verkündet. Cod. iud. l. c. Nr. 3.

Gemeinden, Zünften u. d. in der Perſon ihrer Bürgermeiſter, Vorſteher ſ. a., den Abweſenden durch ihre Curatoren [4]), den Streitgenoſſen durch ihren gemeinſchaftlichen Anwalt, (§. 45.) [5]), unvertheilten Erben am Orte, wo die Erbſchaft liegt, oder am Wohnorte des Erblaſſers, bey abgetheilten Erben jedem einzeln; wenn ſie nicht einen gemeinſchaftlichen Anwalt haben [6]). Ueber die Inſinuation iſt der Geladene, bei 3 Rthlr. Strafe, ein Recepiſſe auszuſtellen ſchuldig [7]). Die Gerichtsboten haben ordentliche Inſinuationsbücher zu halten [8]). Dieſen und den Notarien (§. 65.) wird, auch ohne ſpeziellen Eid, hinſichtlich der geſchehenen Inſinuation ſo lange geglaubt, bis das Gegentheil entweder klar bewieſen, oder wenigſtens durch Reinigungs-

---

4) Cod. iud. l. c. Nr. 7.

5) ebd. Nr. 6.

6) ebd. Nr. 5.

7) ebd. Nr. 8. — Die preußiſchen documenta insinuationis beſtehen in einer von dem Geladenen zu unterzeichnenden vollſtändigen Abſchrift der Ladung. a. g. o. I. 7. §. 38.

8) ebd. Nr. 10. Darin iſt Jahr, Monat und Tag der Inſinuation, Nummer des Insinuandi, Ort und Perſon zu bemerken, und die Inſinuation von dem Gerichtsboten (vrgl. Schunck's Jahrb. VII. S. 210.) darin eigenhändig, oder durch eine andere verpflichtete Perſon ſtatt deſſelben zu beſcheinigen. Solche Botenbücher treten in der Regel in die Stelle eines Recepiſſe, und diese ſollen in der Regel gar nicht mehr zu den Acten gebracht werden. V. v. 12. Sept. 1820. Moritz Nov. IV. S. 167. Das Formular in Brügel Realinder II. S. 53. — Von Poſtlieferſcheinen ſ. V. v. 15. März 1811. Regbl. 1811. S. 237. — Stempel-Freyheit der Botenbuchs-Extracte. R. v. 17. 22. März 1829. Intbl. des Iſarkr. 1829. S. 169.

Eid [9]) (§. 117.) erhärtet wird. B. Blos mündliche Ladung durch den Gerichtsboten iſt nur bey gemeinen Leuten, in Kleinigkeiten, Polizey-Disciplinar- und Criminalſachen üblich [10]), in der Regel geſchieht jede Ladung ſchriftlich und zwar mit verſchloſſenem Befehl an Siegelmäßige, mit offenem an Andere [11]). C. Der mündlichen und ſchriftlichen (als Verbal-Citation) iſt die Realcitation, durch perſönliches Herbeyführen, entgegengeſetzt, welche aber in Civilſachen nur ſtatt findet, wenn Gefahr der Flucht oder fortwährender Ungehorſam obwaltet [12]). D. Edictal-Citation [13]) wird erkannt gegen Vaganten und Abweſende, deren Aufenthalt unbekannt iſt [14]), verfügt an Gläubiger in Concursſachen (§. 183.) [15]), und bey Errichtung oder Erneuerung von Fideikomiſſen [16]), an

---

9) Deſſen Zuläſſigkeit ſetzt aber voraus, daß a) die Inſinuation dem Citirten nicht unter Augen, ſondern in ſeiner Abweſenheit zu Haus geſchah, b) oder daß gegen die Ausſage des Botens ſtarke Muthmaſſungen (§. 98.) obwalten. ebend. Nr. 12. 13.

10) Cod. iud. cap. 5. §. 2. Nr. 1.

11) ebd. Nr. 2.

12) ebd. Nr. 3.

13) Cod. iud. cap. 5. §. 3. — Befugniſſe der Patrimonialgerichte dazu. V. v. 27. Mai 1815. Regbl. 1815. S. 409. Vergl. Beyl. VI. z. V. U. 1818. §. 72. Geſetzbl. 1818. S. 246.

14) Cod. civ. I. cap. 7. §. 39.

15) Cod. iud. cap. 19. §. 4.

16) Beyl. VII. d. V. U. 1818. §. 26. u. 40. Geſetzbl. 1818. S. 287. 293. Die Bekanntmachung öffentlicher Aufforde-

unbekannte Erben [17], und unbekannte Inhaber bey Amortiſation verlorner Urkunden [18], dann wenn die um Inſinuation requirirte Obrigkeit ſolche ohne rechtserhebliche Urſache verweigert [19].

§. 75.

Wirkung der Ladung.

Die Wirkung erkannter und inſinuirter Ladung iſt a) Prävention des Gerichtsſtandes zwiſchen concurriren=

---

rungen auswärtiger Behörden, welche nicht zu rein privatrechtlichen Edictal=Citationen gehören, ſoll von inländiſchen Gerichten nicht ohne vorläufige Anfrage geſchehen. R. v. 18. Aug. 1817. Moritz Nov. III. S. 179.

17) Cod. civ. P. III. cap. 12. §. 5. Anm. III. S. 881. — ſie iſt nicht erforderlich, wenn Anweſende gegen Abweſende auf Erbtheilung klagen, und letztern ein Anwalt von Amtswegen beſtellt wird. Cod. civ. III. 1. §. 14. Nr. 5.

18) V. v. 10. Oct. 1810. §. III. Vergl. mit den V. v. 17. Aug. 1813. 12. März 1817. 7. Jan. 1820. 27. Oct. 1821. Rgbl. 1810. S. 953. 1813. S. 1082. 1817. S. 177. Moriz Nov. z. L. R. S. 185. z. G. O. II. S. 195 f. IV. S. 165 fg.

19) Anm. zu Cod. iud. S. 213. Von der Beſtellung der Inſinuations=Mandatare ſ. §. 45. S. 76. Note 4. Zu den dort angeführten Geſetzen lit. b. gehört noch R. v. 1. Oct. 1810 und 14. April 1820. Moritz Nov. II. S. 201. IV. S. 173, dann die Ausdehnung der Verbindlichkeit zu Beſtellung von Inſinuations=Mandatarien für Vaſallen bey dem oberſten Lehnhof, unter dem Präjudiz deren Beſtellung ex officio. V. v. 7. Juli 1808 u. 5. Jan. 1809. Rgbl. 1808. S. 1895. 1809. S. 98 und die Erklärung, daß bey dem O. A. G. Inſinuations=Mandatare unnöthig ſeyen. Regbl. 1810. S. 413. Nov. z. G. O. I. S. 236. Vergl. §. 84. Nr. 14.

den Gerichten (§. 18.) [1]; b) mala fides und mora des Geladenen [2]; c) Verbindlichkeit der Geladenen, vor dem ladenden Gericht, inſofern deſſen Incompetenz nicht offenbar iſt, Rede und Antwort zu geben [3]; d) Unterbrechung der Verjährung [4]).

Zu §. 75. **G. R.** Bayer S. 229. Danz §. 118. v. Grolman §. 127. b. Linde §. 200. Martin §. 61. 110. 152. (59.107. 142.) Thibaut §. 1123.

S. R. Kori §. 70.

B. R. Cod. ind. cap. 5. §. 9. Anm. S. 222. Krüll §. 194. f. Mündler §. 163. f.

1) Cod. iud. l. c. und cap. 3. §. 9. Nr. 1. Anmerk. S. 79. 176. — Den eigentlichen Anfang des Streits, hinſichtlich der Theile, bezeichnet die Litiscontestation §. 91.) Durch ſie entſteht Litispendenz. Rechtshängigkeit und Litigioſität, das vitium rei litigiosae. Anm. S. 176. Von den übrigen Wirkungen der Litiscontestation ſ. §. 91. Anm. a. a. O. u. S. 233. — Nach dem Staatsvertrag zwiſchen Bayern und Würtemberg v. 7. Mai 1821. §. 21. Abſ. 2. wird die Litispendenz durch Inſinuation der Ladung für begründet erkannt. Regbl. 1821. S. 880. Moritz IV. 13.

2) Cod. iud. cap. 5. §. 9. Nr. 2. Anm. S. 233. conf. Cod. civ. II. cap. 2. §. 11. cap. 4. §. 7. 10. cap. 6. §. 12. IV. cap. 1. §. 20. cap. 4. §. 5. Nr. 2. §. 14. Nr. 3. Anm. II. S. 872. 1111. f. 1130. 1223. IV. S. 72. 245. 268.

3) Bey offenbarer Incompetenz iſt der Geladene zwar nicht befugt, Widerſetzlichkeit oder Unanſtändigkeiten zu begehen, aber zu erſcheinen nicht verbunden, hat jedoch die Gründe ſeines Ausbleibens gebührend anzuzeigen. Cod. iud. cap. 5. §. 9.

4) Und zwar von Zeit der Inſinuation an. Cod. civ. P. II. cap. 4. §. 11. Anm. S. 1151.

§. 76 a.

Urtheile.

Jede Sache, welche förmlich entſchieden werden ſoll, muß hinreichend inſtruirt (ſpruchreif) und es muß daher in derſelben von den Theilen oder von Amtswegen (§. 70.) das Verfahren geſchloſſen ſeyn (caussae conclusio) [1]. Das Erkenntniß (Urtheil, Sentenz, Beſcheid) iſt ſchriftlich zu faſſen, und enthält im Eingang (rubrum) die Bezeichnung des Gerichts [2], der beyden Par=

Zu §. 67. a. **G. R.** Bayer S. 176. 292. 454. f. Danz §. 216. f. v. Grolman §. 98. f. Linde §. 167. Martin §. 112. 113. 173. 190. (109. 110. 163. f. 178.) Thibaut §. 1124.

S. R. Kori §. 87. 136. Schweitzer §. 67.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 2. Anm. S. 457. Krüll §. 482. f. Mündler §. 525—545.

1) ebend. Nr. 1. — Unter dieſer Vorausſetzung iſt mit dem Endbeſcheid zu verfahren, und alle unnöthigen Interlocutionen und Proviſionalverordnungen ſind zu vermeiden. ebd. Nr. 4. — Von der Acten=Inrotulation, welche den Erkenntniſſen zweyter und weiterer Inſtanz nachdem vorausgieng. Gſtz. v. 22. Juli 1819. §. 25. ſ. Beyl. S. 17. — jetzt aufgehoben durch den Ständeabſchied vom 29. Dec. 1831. Nr. III. 9. Geſetzbl. 1831. S. 87. (§. 167.) Die Acten in Appellationsſachen ſind, ohne Vortrag über den Actenſchluß dem Gerichtsvorſtand ſogleich zu Ernennung eines Referenten vorzulegen. R. v. 27. Juli 1818. v. Aretin Annalen II. 7. Moritz III. 224. — Actenmittheilung vor dem Erkenntniß. ſ. §. 223. — Die Commandanten haben das Recht, auch nach Beendigung des Streites die Ueberſendung der (gegen Militärperſonen verhandelten) Acten zur Einſicht zu verlangen. Beyl. II. des Ständeabſchieds v. 15. Aug. 1828. §. 4. a. E. Geſetzbl. 1828. S. 44.

2) Eingangsformel der Urtheile eigentlicher Juſtizbehörden. Nov. zur G. O. I. 222. ſ. Moritz III. 160. IV. 155. — Bey

teyen, oder der zu den Acten legitimirten (§. 50) Anwälte und des Gegenſtandes, im Inhalt (nigrum) die Entſcheidung [3]), und in überall ſogleich beyzufügenden Entſcheidungsgründen [4]) die factiſche und juri-

---

Erkenntniſſen des oberſten Rechnungshofes V. v. 4. Oct. 1826. Regbl. 1826. S. 681.

3) Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 1.

4) Ehedem war ihre Beyfügung unnöthig. Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 6. Jetzt iſt ſie bey den Urtheilen aller Rechtſprechenden Gerichtshöfe unumgänglich nöthig; V. v. 11. Sept. 1804. Regbl. 1804. S. 1804. ausgedehnt auf die fränkiſchen Fürſtenthümer. Moritz Nov. II. S. 217., erneuert für das ganze Königreich in der Conſt. v. 1. Mai 1808. Tit. V. §. 2. Regbl. 1808. S. 998. (bey Endurtheilen), durch das Edict v. 24. Juli 1808. §. 57. ebd. S. 1799. (Definitiv-Urtheile), durch die V. v. 27. April 1813. ſ. unten. („allen Beſcheiden, welche definitiv auf die Entſcheidung, obgleich nur mittelbar wirken") Regbl. 1813. S. 568. §. 8. A. 4. und durch die Verfaſſungsurkunde v. 26. May 1818. Tit. VIII. §. 2. Geſetzbl. 1818. S. 134. (Urtheile) auf das Wechſelappellationsgericht in Augsburg. V. v. 3. Oct. 1820. Intbl. 1820. S. 830. Moritz IV. S. 184. auch auf die Regierungen in adminiſtrativ-contentiöſen Gegenſtänden. V. v. 10. Mai 1812. Regbl. S. 881. (bey definitiven Entſcheidungen) — Verordnung über die zweckmäßige Faſſung der Entſcheidungsgründe v. 17. April 1813. Rgbl. S. 561. v. Wendt Leitf. S. 27. — In denſelben iſt das actenmäßige Rechtsverhältniß der Theile mit möglichſter Kürze und Deutlichkeit darzuſtellen; ſie ſind auf den Gegenſtand zu richten, welcher durch das Urtheil ſeine Entſcheidung erhält, und bey ſtreitigen und zweifelhaften Rechtsmeinungen auf diejenigen Gründe zu beſchränken, welche die Ueberzeugung des Gerichts beſtimmten. ebd. S. 568. f. Moritz III. S. 208. v. Gönner Comm. S. 52 f. 300 f. 312. 380. — Die Beyfügung geſchieht ſogleich hinter dem eigentlichen

diſche Rechtfertigung des richterlichen Ausſpruchs. Dieſer darf, mit Ausnahme der Koſten und Früchte (§. 70.) nicht über die in den Acten [5]) enthaltenen Bitten (petita) der Parteyen, und nicht über den ſtreitigen Gegenſtand (obiectum litis) hinausgehen [6]), muß, ſo viel möglich, etwas Gewiſſes beſtimmen [7]), ſoll daher keine Alternative enthalten, inſofern nicht die Klage ſelbſt alternativ war, oder der Richter im Zweifel iſt, ob die eingeklagte Sache noch exiſtire [8]), auch nicht bedingt [9]) gefaßt ſeyn. Das Materielle der

---

Urtheilsinhalt, nach der Formel V. R. W. (Von Rechtswegen); nicht, wie bey Facultäten, in einer beſondern Ausfertigung.

5) Alſo nicht beſchränkt auf den Inhalt der Klage. Anm. S. 466. f. conf. §. 70. und Cod. iud. cap. 4. §. 8.

6) Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 2.

7) ebd. Nr. 4. — Anwendbarkeit des gemeinrechtlichen Grundſatzes, daß der Kläger nicht verurtheilt werden könne, ausgenommen in Wiederklagen, wegen Koſten, bey iudiciis duplicibus. Krüll Einl. §. 492. Nr. 4. Vergl. Cod. civ. II. c. 2. §. 13. III. c. 1. §. 14. IV. c. 15. §. 5.

8) ebd. Nr. 5. Im letzten Fall kann auf Leiſtung entweder in natura oder im Werth erkannt werden.

9) nämlich nicht mit der Klauſel: „Es ſey denn, daß dieſes oder jenes genugſam bewieſen werden könnte"; ſondern in ſolchem Fall iſt zuerſt auf Beweis zu interloquiren mit dem Anhang: „daß alsdann geſtalten Dingen nach weiterer Beſcheid erfolgen werde" („Worauf ferner ergeht, was Rechtens,") Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 5. — Ausnahme davon macht im Concursverfahren die eventuelle Location, mit Vorbehalt a) des Erfüllungseides, Cod. iud. cap. 19. §. 12. Nr. 2. b) und der entweder in separato, ebd. §. 13., oder nachträglich, ebd. §. 14., auszuführenden Liquidation.

Entſcheidung ſchöpft der Richter bey Proceßfragen aus der dem Gericht, wo die Sache verhandelt wird, vorgeſchriebenen Gerichtsordnung [10]), bey Rechtsfragen aus dem Civilrecht im weiteſten Sinn, und zwar nach Privilegien, Statuten, Gewohnheiten, Landrecht und in beyderley Hinſicht „da endlich mit der Zeit ſolche dubia iuris vorfielen, welche ſich weder aus den Worten, noch dem Verſtand der neuen Verordnung (ex mente vel verbis legis) decidiren ließen — gleichwohl — ſelbſt, wie vorhin, alſo noch weiter aus denen gemein, geſchrieben- natürlich und anderen bisherigen Rechts-Principiis ihrem beſten Wiſſen und Gewiſſen nach" [11]), ohne Anfrag [12]); und hat ſich, wenn dieſe Entſcheidungsquellen abweichend ſind, in Anſehung der erforderlichen Form und Solennität einer Handlung nach den Geſetzen des Ortes,

---

10) Cod. iud. cap. 3. §. 10. c. 14. §. 7. Nr. 8. Cod. civ. l. c. 2. §. 17. V. v. 27. April 1813. §. 8. A. 3. Regbl. 1813. S. 568.

11) Publ. Patent zu dem Cod. iud. vom 14. Dec. 1875. in v. Wendt's Leitfaden zu Vorleſungen über den Bayeriſchen Civilproceß. S. 23. — Publ. Pat. zu dem Cod. Max. bav. civ. v. 2. Jan. 1756. in deſſen ältern Ausgaben. — In der neuen Ausgabe beyder Geſetze fehlen dieſe Patente.

12) Die hinſichtlich der Ausübung einer Retorſion vorgeſchriebene vorläufige Berichterſtattung an den Landesherrn reſp. das Staatsminiſterium der Juſtiz (ſ. §. 1. Note 2. A. b. 1. S. 3.) iſt nur eine ſcheinbare Ausnahme der Unzuläßigkeit ſolcher Anfragen, da dadurch mehr das Factum conſtatirt wird, auf deſſen Daſeyn ſich die Anwendung eines ſchon eventuell gegebenen Geſetzes gründen ſoll.

wo ſie gepflogen wurde, bey bloß perſönlichen Rechts-Verhältniſſen nach den Geſetzen des Wohnorts, bey vermiſchten und Realſachen, ohne Unterſchied zwiſchen beweglichen oder unbeweglichen, körperlichen oder unkörperlichen, nach den Geſetzen des Ortes, wo ſie ſich befinden oder exiſtiren, zu richten [13]). Nach denſelben materiellen Geſetzen iſt auch die Frage zu beantworten, wie weit eine Entſcheidung lediglich dem richterlichen Ermeſſen (arbitrium iudicis) überlaſſen ſey [14]). Unzu-

---

13) Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 8. Cod. civ. l. c. — Anwendung dieſes Grundſatzes auf Entſcheidung von Erbſchafts-Fällen und Lehensſachen. Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 9. S. 55. — 2. §. 2. S. 183. V. 18. §. 59. S. 1051. — Ausnahme bey perſönlichen Klagen gegen Oberofficiers ſ. §. 33. Note 3. a. E. Nr. 2. Moritz Nov. z. LdR. S. 13., z. G. O. III. S. 211.

14) So iſt es im Mar. Civilcoder z. B. die Beſtimmung des Quant. der Morgengabe. I. 6. §. 16. Nr. 3. „ex officio." Anm. S. 291. — des Honorars eines treuen Vormunds. I. 7. §. 17. Nr. 5. Anm. S. 458. die Beurtheilung der Entſchuldigungsgründe von Uebernahme der Vormundſchaft. I. 7. §. 21. Anm. S. 482. die Beurtheilung der Erforderniſſe einer Todes-Erklärung. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 59. S. 552. — der Beweis der Aemulation in Handlungen, die der Eigenthümer ex mera aemulatione et invidia gegen andere ohne eigenen Nutzen vornimmt; ebd. II. 2. §. 6. S. 842. — der Anſchlag von Meliorationen u. Deteriorationen bey Reſtitution der Früchte. ebd. II. 2. §. 8. S. 869. — der Beweis der Erforderniſſe einer Exhibitionsklage. ebd. II. 2. §. 12. S. 880. — die Strafe einer getrennten Frau, welche gefährdevoll (calumniose) durch Vorgeben ihrer Schwangerſchaft missionem ventris in possessionem hereditatis erſchleicht. ebd. III. 1. §. 12. S. 72. — der Beweis einer Verſtandeszerrüttung des Teſtators. ebd. III. 3. §. 3. S. 262. — die Beurtheilung der culpa. ebd. IV. 1. §. 20. S. 77. — die Beſtimmung der Summe

läſſig ſind in der Regel Erkenntniſſe, wodurch das Streitobjekt im Fall beyderſeitigen gleichen Beweiſes zwiſchen den Parteyen gleichheitlich getheilt wird [15]). Auch ſoll Billigkeit [16]) keinem Richter zum Vor-

einer dos legata III. 7. §. 15. Nr. 5. Anm. S. 611. — die Zeitdauer eines Commodats, wenn die Contrahenten ſie zu beſtimmen unterließen. ebd. IV. 2. §. 5. S. 122. — die richterliche Moderation eines dem arbitrio socii vel tertii überlaſſenen Gewinnantheils. Cod. civ. IV. 8. §. 6. Nr. 5. — „reductio ad arbitrium boni viri." Anm. S. 504. — die Vermuthung geſchehener Zahlung bey lange unterlaſſener Forderung. ebd. IV. 14. §. 13. Nr. 6. S. 681.

15) Schnitterurtheile, ehedem im Sachſen-Recht gegründet. Pufendorf obs. iur. univ. III. 215. §. 75. — Ausnahmsweiſe erklären die Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 13. S. 897., daß in gar intricaten Fällen, wo entweder ob paritatem probationum oder ſonſt (bey der Verhandlung einer actio finium regundorum) nicht wohl durch ordentlichen Rechtsſpruch aus der Sache zu kommen ſey, der Richter öfter ex officio einen Durchſchnitt mache und entweder jedem Theile die Hälfte, von dem ſtreitigen spatio, oder dasjenige, was jedem näher angelegen ſey, gegen Herauszahlung einer Summe Geldes, oder Erſtattung anderen Aequivalentes in gewiſſer Ausgleichung beylege. — Von dem Durchgreifen bey Vergleichen ſ. §. 67. 5.

16) Die „natürliche Billigkeit" welche lediglich auf itztgedachter dritter Auslegungsregel beruht." Cod. civ. I. 1. §. 11. ſ. Note 17. 3tio — „Der Ausleger muß zunächſt auf die Worte ſehen, und nur dann ſich der logiſchen Auslegung bedienen, wenn ſich die Gründe derſelben ſtreng erweiſen laſſen. — Iſt eine doctrinelle Auslegung möglich (und nothwendig) ſo muß er ſtrenge bey dem Reſultat derſelben bleiben, und darf von dieſem nicht abgehen, auch wenn naturrechtliche und moraliſche Ideen, welche man ſchwankend unter dem Ausdruck aequitas, oder Billigkeit zu befaſſen pflegt, ein anderes Reſultat erheiſchen ſollten." Thibaut Syſtem des Pand. R. Th. I. §. 44. — „dahin zielt — das axioma iuridicum,

wande dienen, von dem trocknen klaren Buchſtaben des Geſetzes abzuweichen, und daher nur Anwendung finden, wenn es auf doctrinelle einſchränkende Auslegung [17]) eines zü generellen Geſetzes ankommt. Verſchieden von ſolcher Billigkeit iſt die Entſcheidung ex aequo et bono, welche das Geſetz dem Richter nach gewiſſen Verhältniſſen, bey zweifelhaften Quantitäten erlaubt und aufträgt [18]). — „Die bey der oberſten Juſtiz-Inſtanz (§.14) ergangene res iudicate und prae-

---

daß man in dubio allzeit mehr aequiorem et humaniorem (sententiam) amplectiren ſolle; dann, wie erkennt man dieſe auf andere Weis, als ex principiis iuris naturalis, ohne welche alle übrige ſich ſelbſt gemachte dictamina nur bloße Schein- und Hirn-Billigkeit ſeynd, und den Namen der Aequität ſo wenig als Aberglauben den Namen der Frommkeit verdient." Anm. zu Cod. civ. I. 1. §. 10. S. 29. — „das aequum et bonum, oder, wie Ertl in tract. von der Nied. Gerichtsbarkeit pag. 691. ſagt, die angefuſſte Gerechtigkeit iſt eine verführeriſche Sach, und ſoll ſich der Richter nicht dadurch verleiten laſſen, von dem klaren Buchſtaben des Geſetzes abzugehen." Anm. zu Cod. iud. 1. 14. §. 7. S. 469.

17) „Bey der Doctrinal-Auslegung werden 1mo. zweifelhafte Worte ex mente et ratione legis erklärt, 2do. wird das Geſetz von einem hierin bekannten Specialfall auch auf andere unbenannte Fälle aus der nämlichen oder ſtärkeren Ration — ausgedehnt, hingegen aber auch 3tio ein in allzugenerellen terminis lautende Ordnung in beſondern Fällen eingeſchränkt, wenn offenbar und augenſcheinlich iſt, daß ratio legis vollkommen und gänzlich hierin ceſſirt." Cod. civ. I. 1. §. 10.

18) über das Quantum des Wittwenſitzes. Cod. civ. I. 6. §. 15. Nr. 3. „doch rechnet man es eben nicht ſo genau und nach der Algebre aus, ſondern es gehet mehr ex aequo et bono dabey zu." Anm. S. 284.

iudicia haben zwar die Kraft eines geſchriebenen General-Geſetzes nicht, dienen aber in zweifelhaften gleichen Fällen zur Uſual-Interpretation, und iſt mithin auch alle Contrarietät hierin zu vermeiden [19]."

§. 76. b.

Publikation des Urtheils.

Das Urtheil wird [1]) mit dem Orte des Gerichts, Jahr, Monat und Tag der Entſcheidung bezeichnet, von dem Vorſtand und von einem collationirenden Kanzley-Individuum unterſchrieben, in erſter Inſtanz bey dem erkennenden Gericht, in den folgenden nach erfolgter Zuſendung bey der erſten Inſtanz publicirt, und zwar in der Regel [2]), nach Vorladung der Theile, dieſen oder ihren Bevollmächtigten, oder nach richtig befun-

---

19) Cod. civ. I. 2. §. 14. Nr. 5. — Höchſt wünſchenswerth wäre eine Sammlung ſolcher Präjudicien, beſonders aus neuerer Zeit und hinſichtlich der Anwendung der Novellen v. 1819 und 1831. (iurisprudence im franzöſiſchen Sinne). — dann die öffentliche Kenntniß derjenigen Präjudicien, welche bey dem k. O. A. G. ſelbſt als ſolche anerkannt, und deshalb, dem Vernehmen nach auch in den letzten Jahren in ein eigenes Buch eingetragen ſind.

Zu §. 76. b. G. R. Danz §. 225. Linde §. 170. 333. Martin §. 109. (106.) Thibaut §. 1124.

S. R. Kori §. 58.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 8. Anm. S. 472. Krüll §. 494. — 496.

1) Hinter den Entſcheidungsgründen.

2) wie ſie Cod. iud. cap. 14. §. 8. Nr. 1 und 5 für Untergerichte aufſtellt.

dener Inſinuation der Vorladung, einem für die Ausbleibenden [3]) aufzuſtellenden Official-Anwalt, perſönlich zu Protokoll [4]), ausnahmsweiſe [5]), durch Inſinuation einer Ausfertigung [6]). Die bey der erſten Inſtanz über oberrichterliche Entſcheidungen abgehaltene Publikationsprotokolle werden unter Umſchlag an die höhere Inſtanz eingeſendet [7]).

§. 77. a.

Vortrag.

Der Beſchluß eines Erkenntniſſes wird vorbereitet durch den ſchriftlichen Vortrag des Referenten, und

---

3) Dieſen iſt dann das Urtheil auf ihre Koſten in Abſchrift durch den Gerichtsboten zuzuſenden; aber nicht in vim publicationis; denn in ſolchem Fall laufen die Fatalien auch gegen Abweſende von dem Tage der Publication. Cod. iud. l. c. Nr. 6. Anm. S. 504. lit. b.

4) Deſſen Einrichtung. Cod. iud. l. c. Nr. 5.

5) nach dem Geſetz für Untergerichte; nach dem Gebrauch mancher derſelben aber gewöhnlich. conf. Cod. iud. l. c. Nr. 1 und 3.

6) dann laufen die Fatalien vom Tage der Inſinuation. ebd. Nr. 6. — Ad valvas iudicii ſind anzuſchlagen Ganterkenntniſſe ſ. §. 204. — Erkenntniſſe über Prodigalitäts-Erklärungen. Cod. civ. I. 7. §. 37. Nr. 2.

7) Reſcr. v. 12. Juli 1811. 5. Aug. 1812. 23. Jan. u. 13. Juni 1813. 17. u. 21. Juni 1821. Moritz IV. S. 199. f.

Zu §. 77. a. G. A. Bergmann Anleitung zum Referiren, vorzüglich in Gerichtsſachen. 1830. Genßler Grundſätze des juriſt. Vortrags und der formellen Entſcheidungskunde. 1815. Martin, Anleitung zu dem Referiren über Rechtsſachen. 3. Aufl. 1829. Pütter, Bemerkungen über die beſte Art aus Acten zu referiren. 1797 — 1803. Wehrn, theor. pract. Handb. d. Referirkunſt. 1800—1808.

durch das Abſtimmen (Votiren) der Gerichtsmitglieder. Der Vortrag erfordert die Anwendung einer zweckmäßigen Referirmethode, welche ſich zwar nach der beſondern Beſchaffenheit eines jeden Falls richtet, im allgemeinen aber immer die Aufſtellung drey weſentlicher Theile der Relation [1], eines Factums, und Actenauszugs, als hiſtoriſchen, und eines Gutachtens, als critiſchen Theil nöthig macht, und, indem ſie überall für Klarheit, Vollſtändigkeit und Wahrheit ſorgt, in der Anwendung einer nicht allzuviel trennenden, aber auch nicht zuviel verbindenden Separationsmethode [2]) dasjenige trennt, deſſen Verbindung die Aufmerkſamkeit der Votanten ſtören würde, und verbindet, was durch ſolche Verbindung vollſtändiger und deutlicher wird. Beruht die Sache auf Beurtheilung von Zeugen-Ausſagen, ſo hat der Referent die Pflicht, den Auszug derſelben ſo zu fertigen, wie die Fertigung eines Zeugen-Rotuls

---

S. R. Kori, Anleitung zum Referiren und Extrahiren der vornehmlich im Sächſiſchen Proceß verhandelten Gerichtsacten. 1824.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nov. z. G. O. S. 269. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 214. 217. III. S. 199. Krüll §. 490. Wendt, Bemerkungen über die Referirmethode in Juſtizcollegien. 1807. §. 3. S. 12 — 16.

1) Wendt a. a. O. §. 8. — Schriftliche Vorträge ſind auch bey Landgerichten erforderlich. R. v. 26. Sept. 1809. Moritz III. S. 207. — Den Appellationsgerichts-Acceſſiſten wird bey ſchriftlichen Vorträgen ein Correferent beygegeben. R. v. 9. Dec. 1813. v. Aretin Annalen II. S. 57. Moritz III. S. 206.

2) Martin Anleitung §. 23. fg.

im gemeinen Proceß den Gerichten, welche die Zeugen vernehmen, vorgeſchrieben iſt [3]). Recurrentſachen haben die Vorſtände, wo es irgend möglich iſt, vor denſelben Votanten vortragen zu laſſen. [4]).

§. 77. b.

Neueſte poſitive Anordnungen über Referirmethode.

Die Ueberzeugung, daß die Klagen über Langſamkeit der Gerechtigkeits-Pflege und über die Belaſtung der Gerichte mit Arbeiten zum Theil auch in den Mißbräuchen, welche ſich in die Juſtiz-Verwaltung eingeſchlichen haben, ihren Grund fänden, veranlaßte den König, nach den Vorſchlägen des kgl. Staats-Miniſteriums der Juſtiz und in Folge eines von demſelben, nach Vernehmung der Directorien ſämmtlicher Obergerichte, erſtatteten Vortrags, in Bezug auf die Art der Civilreferate, und insbeſondere der Fertigung der Actenauszüge, zu erklären und zu verordnen, daß die

3) R. A. v. 1654. §. 52. Anm. zu Cod. iud. cap. 10. §. 18. S. 364. An dieſe Pflicht erinnert, und beauftragt die Obergerichte zur erforderlichen Ahndung des Unterlaſſens eine nicht in das Regierungsblatt aufgenommene, ſondern durch beſondere Abdrücke ſämmtlichen Gerichten des Königreiches dieſſeits des Rheins mitgetheilte allerhöchſte Verordnung vom 2. Febr. 1830. II. A. 9. Deren ausführlichen Inhalt über die Einrichtung der Vorträge und beſonders der Actenauszüge ſ. §. 77. b.

4) Da hierdurch oft ein nochmaliger ausführlicher Vortrag erſpart wird. ebd. II. C. 5.

Zu §. 77. b. G. R. und S. R. wie zu §. 77. a.

P. R. V. v. 2. Febr. 1830. (ſ. §. 77. a. 3.).

allgemein anerkannte Unzweckmäßigkeit, womit die Actenauszüge gefertigt würden, nicht Folge der geſetzlich vorgeſchriebenen Methode, ſondern der unrichtigen Auslegung einer Vorſchrift der Hofrathsordnung ſey [1]), welche die Vorträge **ad modum Camerae imperialis** fertigen läßt; für dieſe ſey aber durch den §. **143.** des Reichs=Abſchieds von **1654.** [2]), und durch §. **71.** des

---

1) ſ. den Eingang eben allegirter Verordnung. Die Hofr. O. von 1779. (M a y r Gen. I. S. 171.) beſtimmt im **art. VI.** §. 8.: „Alle Vorträge in **canssis criminalibus**, als **civilibus** ſollen in Zukunft ſchriftlich, und zwar in **definitivis ad modum Camerae imperialis** verfaßt, folglich darin das Factum kurz und bündig vorgetragen, die Formalitäten des Proceſſes wohl examinirt, und endlich **ad materialia caussae et genus actionis**, dann die hierüber anzuſtellende gewöhnliche **quaestiones**, und **ad votum** geſchritten, hierunter aber alle überflüſſige Weitläufigkeit und Wiederholungen, wie nicht minder in Sachen, die ohne das ſchon **ex iure plano**, oder aus dem Vernunftslichte genugſam bekannt ſind, alle **allegationes triviales**, und **Brocardica** vermieden werden." — Dieſelbe Vorſchrift war wörtlich ſchon in der ältern Hofr. O. vom 2. Juni 1750. **art. VI.** §. 10. gegeben. (K r e i t m a y r's General. S. 14. — W e n d t Bemerk. über Ref. Meth. S. 14.) und übereinſtimmend mit dem R. A. v. 1654. §. 143. ſ. Note 2. beygefügt: „Ehe mit Ableſung der Relation der Anfang gemacht wird, ſoll der Referent allezeit vorhero mit kurzem mündlich erzählen, wer beede Parteyen ſind, worin das **Obiectum litis** und **cardo controversiae** beſtehe, auch ob es ſchon auf die Entſcheidung der Hauptſache, oder nur auf einen Präliminarpunkt ankomme." Vergl. M a r t i n Anl. §. 22. W e n d t a. a. O. §. 9. S. 36. fg.

2) „Den modum referendi belangend, da iſt bekandt, welcher geſtalt der bißhero gebrauchte modus vnd Ordnung ſehr langſamb herumbgangen, vnd öfters mit einer relation, angeſehen ſo wohl das votum, alß die acta, ad calamum dic=

Viſitations-Abſchiedes von 1713 [3]) weder ein chronologiſcher Actenauszug für alle Fälle, noch auch vorgeſchrieben, daß der Actenauszug Alles enthalten müſſe, was in den Acten vorkomme, vielmehr ſolle nur dasjenige, und zwar möglichſt kurz extrahirt werden, was auf die Entſcheidung der Sache von Einfluß ſey, wobey alles Ueberflüſſige entfernt, und alle Wiederholungen unterlaſſen werden ſollten. Für die Gerichte des Königreichs ſey noch durch die Verordnung vom

---

tirt, oder eines, zwey, drey vnd mehr Jahr vmbgangen worden. Damit nun auch hierin nothwendige Verordnung vnd Verbeſſerung beſchehe: ſo ſolle das bißhero im Brauch geweſenes dictiren künfftig eingeſtelt vnd verbotten, hingegen die relationes, gleich wie bey andern tribunalibus zu geſchehen pfleget, allein, jedoch langſamb, abgeleſen werden; damit die vbrige Beyſitzere die Notturfft vermercken, vnd, ſo viel müglich, adnotiren mögen; in alle weeg aber, ehe zu der relation geſchritten werde, der Referent zu Anfang derſelbigen, nur mit wenig Worten, worauff ſubmittirt vnd beſchloſſen worden, vnd was vngefähr die merita cauſae ſeyn, anzeigen; ſonſten aber alle andere generalia zu erzehlen gäntzlich vnderlaſſen; ſondern alſo bald, was Er auß den acten nottürftig, vnd zu der Sachen dienlich protocollirt, mit der gebührenden Kürtze, geſchicklich referiren; vnd ſich hingegen aller vberflüſigen Weitläufftigkeit in referir- vnd Leſung allerdings enthalten; fürnemblich aber die puncta, ſo allbereit durch ordentlichen Beſcheidt erörtert, in die relation nicht wieder einziehen." Bergmann Corp. jur. jud. acad. S. 458. — Daſſelbe war in allen ältern teutſchen Reichsverordnungen ſeit 1550 beynahe wörtlich ebenſo befohlen. Sie ſind zuſammengeſtellt in Wendt Bemerkung. über die Ref. Meth. §. 2. S. 6 — 10.

3) „Nachdem der modus referendi in dem Reichs-Abſchiede von 1654. §. 145. deutlich vorgeſchrieben iſt, ſo werden die

14. Octbr. 1799 [4]) beſonders angeordnet, daß in dem Acten-Auszuge nicht Alles, was in den Acten Blatt für Blatt vorkomme, eingetragen werden ſolle. Auf die genaue Beobachtung dieſer geſetzlichen Vorſchriften werden daher die Gerichte angewieſen, und dafür, daß es geſchehe, die Vorſtände und die Obergerichte ganz beſonders verantwortlich gemacht, übrigens aber noch, theils zu Abſtellung der bisher wahrgenommenen Mißbräuche und Fehler, theils zu Erleichterung der Gerichte verfügt, und 1) jedem Referenten zur Pflicht gemacht, die Acten, bevor er den Auszug derſelben beginnt, genau zu leſen, und ſich mit deren Inhalte auf das vollſtändigſte vertraut zu machen; 2) dem Actenauszuge ſoll ein Factum, welches die zum Verſtändniſſe der Streitverhandlungen dienenden, denſelben vorausgegangenen, von den Parteyen als unſtreitig vorausgeſetzten Thatumſtände enthalten muß, vorausgeſchickt, und dieſem ſollen die Streitpuncte, worüber zu entſcheiden iſt, beygefügt werden. 3) Die Proceßgeſchichte iſt nur ſo weit aufzunehmen, als ſie von Einfluß auf die Entſcheidung iſt, ſowie proceßleitende Decrete, Friſtengeſuche u. ſ. w., worauf es bey Entſcheidung der Sache nicht ankommt, in dem Acten-

---

Beiſitzer nachdrücklich angewieſen, in denen Sachen, woraus ſie referiren, die extractus actorum und speciem facti hiernach zu verfertigen, mithin in ſelbigen substantiam rei, ſo viel thunlich, kurz zu begreifen, was überflüſſig, auszulaſſen, und in denen Materien, ſo in den Acten wiederholt werden, ſich auf die vorhergehenden Passus zu beziehen." Wendt Ref. M. S. 10.

4) Mayer Gen. VII. 20. S. Wendt Ref. Meth. S. 15.

Extracte ganz wegzulaſſen ſind; 4) da die Rechtsgründe der Parteyen bey dem Gutachten des Referenten, wo ſie zu prüfen ſind, ohnedieß ausführlicher vorkommen müſſen, ſo iſt von denjenigen Rechtsgründen, worauf die Parteyen Gewicht legen, nur ſo viel zu extrahiren, als nöthig iſt, um den Hauptſatz im Sinne der Parteyen klar zu machen. Alles, was für oder wider klare Geſetze geſchrieben iſt, iſt ganz wegzulaſſen; 5) es wird geſtattet, die Beweisſtücke, wo es nöthig iſt, daß die Votanten den wörtlichen Inhalt derſelben erfahren, nicht zu extrahiren, ſondern ſie ganz oder hinſichtlich der treffenden Stelle zu verleſen [5]); 6) es bedarf ferner keines Auszugs der Beweis-Deductionen und der Apellations-Nebenverantwortung, wenn ſie nichts enthalten, was auf die Entſcheidung der Sache von Einfluß iſt; 7) in allen Fällen, wo ein rechtskräftiges Interlocut vorliegt, bedarf es, wenn das Interlocut klar und unbezweifelt iſt, eines Auszugs der Verhandlun-

5) Deshalb wurde zugleich in Betreff der Criminalſachen die Verordnung vom 13. Aug. 1816. (Lithogr. Samml. Nro. 147. Doppelmayr Samml. der Erläut. u. Reſcr. ꝛc. S. 183.), welche befahl, die entſchiedenen Bekenntniſſe, Zeugen, Ausſagen, Befundſcheine und Gutachten nach ihrem weſentlichen Inhalte in den Actenauszug aufzunehmen, und nicht blos mit einem legatur zu allegiren, ſo daß aus dem Vortrage ohne Unterſuchungsacten, jener Inhalt vollſtändig hervorgehe, — außer Wirkung geſetzt. — Die in derſelben V. v. 2. Febr. 1830. II. A. nr. 9. in Erinnerung gebrachte, dem Referenten obliegende Fertigung eines Zeugen-Rotuls über die Ausſage mehrerer über denſelben Punkt deponirender Zeugen (§. 77. a. Note 3.) iſt daher als eine beſondere Ausnahme zu betrachten.

gen nur ſo weit, als ſie zum Verſtändniſſe des Interlocuts nöthig und von Einfluß auf die Entſcheidung ſind [6]; 8) (in der Verord. 10) den Referenten wird geſtattet, in Civilſachen, welche auf ſo wenigen Thatſachen beruhen, und in allen ihren Rechtspuncten ſo klar ſind, daß ein mündlicher Vortrag unter Vorlegung oder Ableſung der treffenden Actenſtücke genügt, keinen Actenauszug zu machen [7]. Mängel, welche die Obergerichte bey den Relationen finden, ſollen ſie niemals in allgemeinen Ausdrücken bezeichnen, ſondern die Fehler beſtimmt angeben [8].

§. 77. c.

Deliberation, Votation und Beſchluß.

Verſchieden von der Abſtimmung (Votation),

---

6) Vergl. Martin Anl. §. 52. und 58.

7) Die allerhöchſte Abſicht iſt, durch dieſe Anordnung die Arbeit des Actenauszuges, den beſtehenden Vorſchriften gemäß, wieder zu einem geiſtigen Geſchäfte zu erheben, und die Gerichte, ſo viel es ohne Nachtheil für die Gründlichkeit geſchehen kann, zu erleichtern. Den Vorſtänden der Gerichte und den Obergerichten iſt dabey aufgetragen, mit aller Strenge auf Beobachtung dieſer Vorſchriften zu wachen, und gegen die Fehlenden nöthigenfalls disciplinariſch einzuſchreiten.

8) z. B. wo eine mangelhafte Kürze oder Weitläuftigkeit wahrgenommen worden, welcher relevante Thatumſtand oder Rechtsgrund ausgelaſſen ſey, wo ſich eine Wiederholung findet u. ſ. w. — Auch ſind diejenigen Richter, welche ſich durch Zweckmäßigkeit der Vorträge auszeichnen, und die, welche ſich Mängel hiebey zu Schulden kommen laſſen, bey Einſendung der Jahres-Tabellen zu benennen, und von dem kgl. Staats-Miniſterium der Juſtiz zu dem Zwecke ſolcher Kenntniß den Directorien der Obergerichte von Zeit zu Zeit Acten abzufordern.

in welcher jedes Mitglied des erkennenden Gerichts ſeine Meinung definitiv äußert, iſt eine vorläufige Collegial-Berathung (deliberatio), in welcher Gründe und Gegengründe und verſchiedene Anſichten in der Sache vor der Abſtimmung beſprochen und erwogen werden [1]). Dem Mangel ſolcher Deliberationen ſollte ehedem abgeholfen werden, theils durch die Befugniß des Präſidenten, einen Rath oder ſolche Räthe, die mehr Wiſſenſchaft und Unterricht haben, vor der eigentlichen Abſtimmung, beſonders zu befragen [2]), und wenn er aus den nachfolgenden Stimmen ſolche Beweggründe und Umſtände bemerkte, die in den vorhergehenden abweichenden Meinungen nicht berührt worden waren, oder wenn ſich in den Stimmen

---

Zu §. 77. c. **G. R.** Bayer S. 100. fg. von Grolman §. 124. fg. Linde §. 76. 179. Martin §. 64. 117. (62. 114.).

S. R. Kori §. 56.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 6. Anm. S. 463. Krüll §. 490. Mündler §. 531. 532.

1) Es entſteht daraus der große Gewinn, daß jeder Votant vor ſeiner Abſtimmung alle verſchiedene Anſichten und Gründe ſeiner Collegen kennen lernt, alſo gründlicher urtheilen kann, und nicht in die Verlegenheit kommt, etwa ſein ſchon abgelegtes Votum zurücknehmen oder unempfänglich für andere Gründe auf ſeinen einmal geäußerten Meinungen beharren zu müſſen. Darauf macht v. Gönner's Comm. S. 399 * und die erſte Ausgabe dieſes Handbuchs S. 124. Note 3. aufmerkſam. Der dort geäußerte Wunſch iſt erfüllt durch V. v. 2. Febr. 1830. ſ. Note 5.

2) Eigentlich bey der Abſtimmung H. O. 1779. art. VII. §. 2. Mayr Gen. I. S. 173.

eine ſolche Verſchiedenheit (Discrepanz) bezeigte, daß ſie ſchwerlich oder gar nicht zu combiniren ſeyn möchten, von neuem Umfrage zu halten, und die entgegengeſetzten Gründe zu vernehmen, auch dieſe Umfrage nach Gutbefinden öfters zu wiederholen [3]; theils durch die Befugniß jedes mitvotirenden Rathes, den Referenten, über dasjenige, was er ſich etwa während der Relation notirt hatte, entweder gleich nach Endigung des Vortrags oder, wenn das Votum an ihn kam, zu fragen, und Erinnerung zu machen [4]. Da jedoch das erſte dieſer Mittel nicht geeignet erſchien, auch eine wirkliche Discuſſion über die Sache nicht enthielt, ſo wurde [5], um dieſem weſentlichen Mangel abzuhelfen, die Berathung in der Art angeordnet, daß nunmehr a) nach Beendigung des Vortrags des Referenten der Vorſtand zu fragen hat: ob Jemand noch factiſcher Aufklärungen aus den Acten bedürfe; und, b) wenn dieſe gegeben ſind, oder es deren nicht bedarf, weiter: ob Jemand für die Meinung des Referenten Gründe beizubringen habe, deren der Referent noch nicht erwähnt hat. Dieſe ſind zu hören, und c) nach Erledigung dieſes Punkts ſind die Mitglieder des Gerichts aufzufordern, ſich zu äußern: ob irgend Jemand eine andere Meinung habe, als diejenige des Referenten iſt. Die Gründe hiefür ſind anzugeben, und die Gegengründe des Referenten und anderer Mitglieder ſind vorzubringen. Erſt dann, wenn in dieſer Art die Sache

---

3) H. O. art. VII. §. 9. S. 174.
4) ebd. art. VI. §. 11. S. 172.
5) V. v. 2. Febr. 1830. (ſ. §. 77. a. Note 3.) II. C. 6.

nach allen Seiten berathen iſt, tritt die Abſtimmung ein, die ſodann ganz kurz ſeyn kann [6]). Sind übrigens mehrere ſelbſtſtändige Punkte zu entſcheiden, ſo muß auch Berathung und Abſtimmung für Jeden beſonders erfolgen. Außerdem haben die Mitglieder des Gerichts die Befugniß, auf Vertagung einer Berathung anzutragen [7]). Jede Abſtimmung ſetzt voraus, daß bey dem erkennenden Gerichte ſo viele Votanten vorhanden ſeyen, als die geſetzliche Ordnung oder Obſervanz fordert [8]). Der Beſchluß wird nach Stimmen-

6) Ueberhaupt iſt jede unnöthige Weitläufigkeit in den Abſtimmungen zu hindern, und insbeſondere, daß nicht ein Votant dasjenige wiederhole, was der Referent, oder ein früherer Votant ſchon geſagt hat. Ebd. Nr. 2.

7) Hofr. O. 1779. art. VI. §. 12. art. VII. §. 1. und werden, da dieſes für die Reife der Beurtheilung oft von großem Nutzen iſt, darauf beſonders aufmerkſam gemacht durch V. v. 2. Febr. 1830. II. C. 4. ſ. Note 5. — Die H. O. geſtattet nicht blos den Antrag auf ſolche Vertagung, ſondern „wo einer von den Hofräthen in gar wichtigen und zweifelhaftigen Fällen nach vorgeleſener Relation dieſelbe um mehreren Nachdenkens willen mit den Acten nach Hauſe begehrte, ſolle ihm dieſes der Präſident nach Ermäßigung und Gelegenheit der Sache doch mit dem Gedinge geſtatten, daß hierunter kein unnöthiger Aufzug geſucht, und die Acten über zween Tage nicht aufgehalten werden. Wenn nun hierauf von einem ſolchen Rathe etwas mehres, als vorgetragen wurde, in actis gefunden, und zur Sache dienlich erachtet würde, ſo ſolle er es bey ſeinen Pflichten nicht verſchweigen, ſondern in ſeinem voto anziehen, allenfalls ex actis vorweiſen, und die übrigen Räthe darauf gebührend aufmerkſam zu machen ſchuldig ſeyn. Ebd. art. VI. §. 12. S. 172.

8) Cod. iud. cap. 14. §. 6. Nr. 1. — Bey Land- und Me-

mehrheit gefaßt [9]). Im Fall der Stimmen-Gleichheit entſcheidet der Präſident oder der Vorſitzende [10]). Sind aber mehr als zweyerley Meinungen vorhanden, ſo ſind die von einander abweichenden Stimmen nicht künſtlich zu verbinden, ſondern es iſt der Beſchluß nach der relativen Mehrheit zu faſſen [11]). Das auf ſolche Weiſe bey Obergerichten gefaßte Urtheil iſt nebſt Entſcheidungs-Gründen (§. 76.) in dem Senate, worin es beſchloſſen wurde, abzuleſen, und in Anſehung des Inhalts von den Votanten zu genehmi-

diat-Untergerichten geſchieht die Abſtimmung in collegialer Form. Ed. v. 24. Juli 1808. Regbl. 1808. S. 1785. fg. Nov. z. G. O. I. S. 138. Iſt ein Mitglied abweſend, ſo wird von dem nächſten Untergericht ein ſolches zugezogen. R. v. 31. Aug. 1809. — Die Aktenverſendung zu ſolchem Zweck an benachbarte Unterrichter iſt nicht geſtattet. R. v. 28. Sept. 1813. — Die Beyziehung eines dritten Stimmführers darf unterbleiben. R. v. 11. Jan. 1814, von Aretin Annalen II. S. 56. fg. Moritz Nov. III. S. 206. — Bey erledigten Landgerichten iſt in adminiſtrativ-contentiöſen Gegenſtänden der Actuar beyzuziehen, nicht aber ein Rechtspracticant. V. v. 19. Aug. 1814. Regbl. 1814. Moritz II. S. 124. — Ordnung des Votirens, im Civilgerichte nach dem Rang von oben herab, und zwar ehedem von einer Bank zur andern (von der gelehrten zur adelichen — ſ. §. 17. Note 5. c.) — daher auch der Kanzler zuerſt, dann der Vicepräſident zu fragen war, H. O. von 1779. art. VIII. §. 1. Mayer's General. I. S. 173. — in Militärſachen von unten hinauf. Anm. zu Cod. civ. V. 21. §. 31. S. 1643.

9) Cod. iud. l. c. Nr. 2.

10) ebd. Nr. 3. — Bey Landgerichten der Landrichter, oder in deſſen Abweſenheit der erſte Aſſeſſor. V. v. 10. Juni 1810. Rgbl. 1810. S. 489. Nov. z. G. O. I. S. 271.

11) Cod. jud. l. c. nr. 4. verweiſet deßhalb auf Cod. crim. v. 1751. II. c. 10. §. 12. worin es heißt: „damit aber ex

gen [12]). Abweichende Meinungen werden in dem Sitzungs-Protocolle kurz verzeichnet [13]). Förmlich gefaßte Beſchlüſſe dürfen auch vor der Publication oder Notification ohne beſonders erhebliche Urſache und ohne Bewilligung des Plenums bey Obergerichten nicht abgeändert werden [14]); ehe aber der Vorſitzende das conclusum ausgeſprochen hat, iſt jedem Rath erlaubt, ſeine Stimme abzuändern [15]).

---

combinatione votorum, wann ſolche ſehr discrepant; und in vielerley Meinungen geſpalten ſeynd, ſo leicht kein Anſtand oder Irrung entſtehen möge; ſo ſollen die Stimmen, welche in der Hauptſache nicht durchaus übereinkommen, unter dem Vorwand, daß ſie gleichwohl näher als andere zuſammentreffen, niemals combiniret ſondern pro disparibus gehalten, ſofort die majora vel paria ohne Unterſchied, ob ſie ad condemnationem vel absolutionem gehen, darnach ausgerechnet werden." — Von der jetzigen criminalrechtlichen Votation und Stimmenzählung ſ. v. Wendt Grundzüge d. Crim. Proc. §. 82.

12) Deshalb haben die Referenten das Urtheil nebſt Entſcheidungsgründen in der nächſten Sitzung nach gefaßtem Beſchluß aufgeſetzt mitzubringen und in derſelben zur Genehmigung abzuleſen. In einfachen Sachen können ſie dieſen Aufſatz gleich mit zur Seſſion bringen. V. v. 10. Sept. 1816. §. IV. Regbl. 1816. S. 579. Moritz III. S. 214.

13) Dieß geſchieht bey jedem Vortrage, bey welchem der Beſchluß nicht einſtimmig nach der Meinung des Referenten, ſondern durch Stimmenmehrheit gefaßt wurde. Weitläufige Abſtimmungen zu Protocoll zu dictiren, iſt nicht geſtattet, doch ſteht jedem frey, die Gründe für ſeine Meinung dem Protocolle ſchriftlich beyzulegen. Reſcr. v. 28. Juli 1812. v. Aretin Annal. II. S. 54. Moritz III. S. 205.

14) Cod. jud. cap. 14. §. 9. Nr. 3. Hofr. Ordn. v. 16. Aug. 1779. Art. VII. §. 13. Mayr Gen. I. S. 174.

15) H. O. a. a. O. §. 10. 11. Nov. z. G. O. I. S. 270.

§. 78.

Commiſſarien.

Jedes Gerichtsmitglied, welchem die Inſtruction eines Rechts-Streits von dem Gerichtsvorſtand, im Namen des Gerichts aufgetragen wird, iſt Commiſſarius [1]), und als ſolcher auch befugt, die proceßleitenden Verfügungen (§. 69). zu entwerfen und vorzutragen [2]), oder nach Umſtänden ohne Vortrag zu ſig-

---

Zu §. 78. **G. R.** Bayer S. 114. Danz §. 506. 507. v. Grolman §. 137. Linde §. 69. 82. Martin §. 68. (66.). Thibaut §. 1126.

S. R. Kori §. 20. S. 61.

P. R. Cod. iud. cap. 1. §. 18. Anm. S. 84. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 8. S. 1108. fg. Nov. z. G. O. S. 123, Krüll §. 57 — 61.

1) Inſtruent, Deputirter. Vergl. Pr. A. G. O. I. 5. §. 1. 26. 14. III. 3. §. 22. u. a. — Die Verhandlung, welche der Commiſſarius leitet, und der dazu angeſetzte Termin heißt daher Commiſſion. Cod. iud. cap. 3. §. 3. N. 1.

2) In der preuß. G. Ordn. iſt das Geſchäft der Verfügung einem beſondern Decernenten übertragen. A. G. O. I. 6. §. 2. — Commiſſariſche Aufträge in Geſchäften der freywilligen Gerichtsbarkeit, z. B. bey dem testam. iud. ad acta. Cod. civ. III. 4. §. 2. Nr. 11. S. 442. Commiſſariſche Erledigung der Abnahme von Vormundſchafts-Rechnungen. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 16. S. 464. in Gränzirrungen. II. 2. §. 13. S. 884.

3) Solche Signate, ohne Vortrag, blos unter der Controle des Vorſtands ſind bey Obergerichten geſtattet a) bey Entſchlieſſungen, welche dem gewöhnlichen Geſchäftsgang, oder der Proceß-Inſtruction gemäß ohne beſondern Nachtheil für die Betheiligten und ohne beſonderes Bedenken erlaſſen werden können; b) Erinnerungen und Entſchlieſſungen auf die untergerichtlichen Geſchäftsanzeigen über Civilproceſſe,

niren [3]). Im engern Sinn iſt Commiſſarius derjenige, welchem irgend ein Theil der Gerichtsbarkeit delegirt wird (§. 15.) [4]). Jeder Commiſſär hat ſich auf Verlangen der Partey durch das erhaltene Commiſſorium zu legitimiren, und darf den Inhalt deſſelben nicht überſchreiten. Sind mehrere Commiſſarien in einer Sache beſtellt, ſo darf keiner ohne den andern einſeitig verfahren, ſofern das Commiſſorium nicht die Clauſel „ſammt und (oder) ſonders" enthält [5]). Das Commiſſorium erlöſcht durch den Tod des Commiſſarius und des Committenten, wenn nicht einer oder der andere eine moraliſche Perſon iſt, und durch Endigung des Geſchäfts [6]). Iſt nicht blos die Inſtruction, ſondern auch die Entſcheidung einer Sache Commiſſarien übertragen, ſo geht die Appellation dagegen

---

Verlaſſenſchaften und Pflegſchaften. V. v. 10. Sept. 1816. Regbl. 1816. S. 579. fg. Moritz III. S. 203.

4) Die Befugniß zur eigentlichen Delegation iſt dem Landesherrn (§. 15.) und in deſſen Namen auch dem Oberappellations-Gericht vorbehalten. R. v. 18. Febr. 1800. und 29. Juli 1806. Mayr Gen. Bd. VIII. S. 98. Nov. z. G. O. I. S. 123. fg. — Vergl. Verf. U. 1818. Tit. IV. §. 8. Abſ. 2. Geſ. 1818. S. 116. — Zur Obſignation kann auch iudex ordinarius delegiren reſp. committiren. Cod. civ. III. 1. §. 17. Nr. 4. Anm. S. 128. — Delegationen bey Abſchätzungen von Deteriorationen auf emphyteutiſchen Gütern. Cod. civ. IV. 7. §. 8. Nro. 7. — Befugniß der Commiſſarien, Reſtitution, zu erkennen. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 30. S. 504. Ganz unzuläſſig iſt Delegation bey Ausübung des Obſignationsrechts eines Siegelmäßigen. Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 17. S. 132.

5) Cod. iud. cap. 1. §. 18. nr. 5. Anm. S. 85.

6) Cod. iud. l. c. Cod. civ. IV. 9. §. 11. fg.

nicht an das delegirende Gericht, ſondern an den nächſt höhern Richter, wenn nicht auch dieſer recuſirt, und ein anderer ſtatt ſeiner ebenfalls delegirt wurde, und an Deleganten oder das delegirende Gericht, wenn aus Recuſations-Gründen ein anderes Untergerricht committirt wurde [7].

§. 79.

Verantwortlichkeit des Richters. Syndicats-Klage.

Leidet eine Partey durch ungerechtes (doloſes) oder ſchuldhaftes (culpoſes) Verfahren des Richters Schaden, ſo hat ſie gegen ihn die Syndicatsklage [1]. Dieſe fordert den ſtrengſten Beweis, und führt der Kläger ihn nicht, ſo wird er zur Abbitte, zu allen Koſten und noch zu einer Strafe verurtheilt. Sie iſt kein eigentliches Rechtsmittel und gehört nicht vor den höhern, ſondern vor den perſönlichen Richter des Beklagten [2]. Eben deswegen wird das beſchädigende, in Rechtskraft erwachſene Erkenntniß durch dieſelbe nicht

---

7) Cod. iud. c. 15. §. 4. Nr. 6. u. Anm. S. 495.

Zu §. 79. **G. R.** Bayer S. 110. Danz §. 24. c. 455. Linde §. 181. 351. Note 1. Martin §. 67. (65.) Thibaut §. 1127.

S. R. Kind quaestiones. III. 23. Kori §. 250. Schmidt Kl. u. Einr. §. 1295. f.

B. R. Cod. iud. cap. 16. §. 3. Anm. S. 546. Krüll §. 539. Mündler §. 843.

1) Ohne den gemeinrechtlichen Unterſchied zwiſchen dolus und culpa, oder zwiſchen actio syndicatus und actio in factum.

2) Anm. S. 547.

umgeſtoſſen, es ſey denn genügend bewieſen, daß der Gegner mit dem Richter colludirt und an der Gefährde Theil genommen habe [3]).

§. 80.

Rechte des Richters gegen die Partey.

Der Richter iſt berechtiget, Gehorſam der Partey gegen ſeine Verfügungen (§. 82.), Achtung gegen ſeine Perſon, und ſelbſt gegen die auf ſeinen Auftrag öffentlich angeſchlagenen Bekanntmachungen zu fordern. Den Frevel an letzteren [1]) und an obrigkeitlich angelegten Siegeln ahndet das Strafgeſetz als Vergehen verletzter Ehrfurcht gegen die Obrigkeit [2]), perſönliche Beleidigung des Richters als Verbrechen der Widerſetzung [3]), oder als Vergehen beleidigter Amtsehre [4]) und ertheilt jeder Obrigkeit zur Aufrechthaltung ihres Anſehens die Befugniß, einen Widerſpenſtigen auf der Stelle zu ein- bis zweytägigem Gefängniß abführen zu laſſen [5]). Von

---

3) Cod. l. c. Nr. 3. (§. 35.)

Zu §. 80. **G. R.** Bayer S. 96. Danz §. 25. Linde §. 175. Note 3. Martin §. 62. (60.) Thibaut §. 1128

S. R. Schweitzer §. 27.

B. R. Cod. jud. cap. 5. §. 9. Nr. 3. Anm. S. 220. Mündler §. 50.

1) Gemeinrechtlich die actio de albo corrupto. Glück Erl. III. S. 304. Anm. zu Cod. civ. IV. 16. §. 6. S. 757.

2) Strfg. 1813. I. Art. 409. 410. Anm. z. Strfg. III. S. 275.

3) Strfg. I. Art. 316. Anm. III. S. 47 f.

4) ebd. Art. 405 f. Anm. III. S. 271. vergl. Anm. zu Cod. civ. V. 24. §. 12. S. 1734.

5) ebd. Art. 318. Anm. III. S. 53. Dagegen findet eine Beſchwerde (§. 173), aber nicht mit Suspenſiv-Wirkung (§. 164) ſtatt. v. Gönner Comm. S. 326.

dem Recht des Richters, über die gerichtsablehnende Einrede der Partey zu erkennen, und einen andern zu ſubſtituiren. ſ. §. 26. a. E. §. 15 u. 78.

Dritter Titel.

Rechte und Pflichten der Parteyen, im Proceß, Verfahren, Inſtruction und Beweis überhaupt.

§. 81 a.

Rechte und Pflichten in Beziehung auf künftige Proceſſe.

Jede Partey [1]) ſoll ſich vor Anfang des Proceſſes wohl bedenken, die Güte beſtmöglichſten Fleißes verſuchen (§. 67.) und wenn dieſer Verſuch mißlingt, ſich bey Rechtsverſtändigen Raths erholen, und dieſen eine wahrhafte und unverdunkelte Erzählung des Factums und aller Umſtände mittheilen [2]). Das Civilrecht be=

Zu §. 81a. **G. R.** Bayer S. 55. Danz §. 40. Linde §. 118. Martin §. 39. (37.) Thibaut §. 1129.

S. R. Schweitzer §. 38.

B. Cod. iud. cap. 3. §. 7. Anm. S. 175.

1) „Jeder Kläger" ꝛc. — „welches auch der Beklagte ſeines Orts ebenfalls zu beobachten hat." Cod. iud. cap. 3. §. 7. — Vormünder ſollen ſich in Vertretung pupillariſcher Gerichtshändel nöthigen Raths und Beyſtands verſtändiger Leute und Rechtsgelehrten bedienen. Cod. civ. I. 7. §. 12. Nr. 4. Anm. S. 445.

2) V. Kreitmayr verweiſet dabey auf Rohr in politica privata cap. 20., der einen „Beutel voll Geld" als eine der beſten Cauteleu für den Kläger empfiehlt. Anm.

ſtimmt die Folgen, welche die Uebertragung des Beſitzes in der argliſtigen Abſicht dem Kläger die Rechtsverfolgung zu erſchweren [3]), und die muthwillige Einlaſſung auf eine nicht zuſtändige Klage [4]) haben ſollen.

§. 81 b.

Rechtsverhältniſſe bey Proceſſen der Stiftungen und Communen.

„Inſonderheit aber ſoll man weder kurfürſtl. Beamte in caussis domini, noch Städt und Märkt, welche dem rentmeiſterſchen Umritt untergeben ſeynd, zum Proceß kommen laſſen, wenn nicht jene den kameral- und dieſe den rentmeiſterſchen Conſens beybringen, welcher jedoch ohne ſonders erhebliche Urſache weder verſagt,

---

S. 176. Beyſpiel eines Rechtsſtreits, in dem einige 100,000 Gulden verſtritten wurden. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 6. S. 1105.

3) Alienatio judicii mutandi causa facta. Glück Erl. VI. S. 54 f. — Cod. civ. II. c. 2. §. 6. Anm. II. S. 838.

4) Cod. civ. III. cap. 1. §. 9. Nr. 9. vergl. mit II. cap. 2. §. 7. Nr. 4 (§. 10. a. E.) — Nicht aber die Folgen einer doloſen Ceſſion in potentiores. Cod. civ. II. c. 3. §. 8. Nr. 4. Anm. II. S. 1036.

Zu §. 81b. **G. R.** Claproth Einl. §. 67. I. S. 258. Martin §. 78. (76.)

S. R. Kori §. 20. S. 55. Note 16. Schweitzer §. 33. S. 68. Nr. 5.

B. R. Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 175. lit. d. Nov. z. G. O. S. 205. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 174. 180. III. S. 158. 161.

noch aufgehalten [1]), und in Sachen, welche keinen Verſchub leiden, oder ſonſt ad summarissimum qualificirt ſeynd, nicht erfordert werden ſolle [2])." Nach der Organiſation von 1808 waren die Patrimonial-Stiftungs-Adminiſtrationen ſowohl, als die Gemeinden verbunden, vor Angehung eines Rechtsſtreites den Conſens bey dem ihnen vorgeſetzten General-Kreis-Commiſſariat, als Patrimonial- und Communal-Curatel, zu erholen [3]). Für den Fall nun, daß der Stiftungs- und Communal-Fiscus mit dem Finanz-Fiscus in Col-

1) Cod. iud. cap. 3. §. 6. H. O. 1779. Art. III. §. 5. Mayr Gen. I. S. 165. — Decr. Elect. vom 14. Sept. 1726 und neu verbeſſerte Städte- und Märkte-Ordnung. §. 57. „worin auch ſehr heilſam verordnet iſt, daß jene von dem Magiſtrat, welche den Streit ohne Conſens anfangen, die erloſſene Köſten aus ihrem Beutel bezahlen ſollen." Anm. ad Cod. iud. l. c. S. 175. lit. d.

2) Beyſpiele ſind: Zeugenvernehmungen ad perpetuam rei memoriam (§. 157.), gefährliche Waſſereinbrüche (§. 225.) u. dgl. ebd. lit. e.

3) V. das Stiftungs-Fiscalat betr. v. 6. Dec. 1808. Regbl. 1808. S. 2816. §. XII. Zwiſchen Stiftungen unter ſich, im Allgemeinen, folglich zwiſchen den unter der unmittelbaren kgl. Adminiſtration ſtehenden Stiftungen wurde damals gar kein Proceß geſtattet, ſondern der Colliſions-Fall war der oberſten Stiftungs-Curatel vorzulegen und von dieſer zu entſcheiden. Im Fall einer Reclamation wurde der Recurs an den geheimen Rath vorbehalten. ebd. §. XV. — Durch V. v. 8. März 1826 (§. 30. Note 23) iſt die Competenz zu Entſcheidung ſolcher Streitigkeiten den ordentlichen Civilgerichten zurückgegeben, und dadurch auch die Befugniß der Stiftungen, ſolche Rechtsſtreite zu erheben, wieder hergeſtellt.

liſion kam, war bey Errichtung des General-Fiscalats (§. 54 b. Note 1.) Fürſorge getroffen. Es ſollte dieſe Centralſtelle trachten, ſich über die wechſelſeitigen Intereſſen zu vergleichen, und wenn ein ſolcher Vergleich durch Mehrheit der Stimmen zu Stande kam, ſo ſollte ſie ihn, ſofern das Opfer des klagenden Fiscus für die Niederſchlagung des Streites nicht die Summe von 2000 fl. überſtieg, aus eigener Competenz ſchlieſſen. Bey einer höhern Summe des Opfers war ſchriftlicher Antrag mit allen Gründen und Gegengründen an dasjenige Miniſterium zu erſtatten, deſſen Fiscus als beklagter Theil dieſes höhere Vergleichs-Opfer bringen ſollte [4]). Kam wegen einer Gleichheit der Stimmen, oder auf die erſtatteten Berichte, ſelbſt durch das Benehmen zwiſchen den beyden Miniſterien, kein Vergleich zu Stande, und mußte deshalb der Proceß beginnen und fortgeführt werden, dann ſollten drey Räthe des G. F. jenen des Finanz-Fiscus, und drey Räthe den des Stiftungs- oder Communal-Fiscus leiten [5]). Noch vor Aufhebung des General-Fiscalats [6]) ſorgten zwey andere Verordnungen für das Intereſſe der Communen und die möglichſt unparteyiſche Behandlung ſolcher Angelegenheiten. Nach Inhalt der einen [7]) haben die Gemeinde-Verwaltungen, die zum Rechtsſtreite veranlaßt wurden, die Sache bey dem vorgeſetzten Land-

4) V. v. 16. April 1817. §. 9. Regbl. 1817. S. 385. 386.

5) ebd. §. 10. S. 386.

6) Durch V. v. 27. Nov. 1825. Regbl. 1825. S. 921.

7) V. v. 24. Sept. 1818. **Regulativ zur Geſchäftsführung der Verwaltungen in den Ruralgemeinden.**

oder gutsherrlichen Gerichte, als der niedern Curatel mündlich anzuzeigen, welche vorerſt näher zu würdigen hat, ob der Conſens zum Streite ertheilt werden könne oder nicht. Im erſten Fall haben die nämlichen Curatelen den Conſens ſogleich auszufertigen, die Behelfe zum Streite zu ſammeln und zu ordnen, und ſämmtliche Produkte unter ſchriftlicher Darſtellung der Sache dem treffenden Rechtsanwalt zuzuſtellen. Im zweyten Falle hingegen ſind die Gemeinde-Verwaltungen über den Ungrund der vermeintlichen Rechtsanſprüche zu belehren, und mit dem Geſuche um den Conſens zum Streite abzuweiſen. Wenn die Gemeinden ſich hiebey nicht beruhigen wollen, ſo iſt denſelben geſtattet, den fraglichen Conſens bey kgl. Regierung nachzuſuchen [8].

---

8) Regbl. 1818. S. 1122. §. 24. — Aus welchen Gründen der Conſens zu verweigern, und was Rechtens ſey, wenn auch die Regierung den Conſens verweigert, dies beſtimmt weder dieſe, noch eine andere Verordnung. Auch das gemeine Recht giebt keine Aushülfe. Die wenigſten Schriftſteller berühren die Frage. v. Trützſchler in ſeiner Anweiſung zu vorſichtiger und förmlicher Abfaſſung rechtlicher Geſchäfte Th. I. S. 417. §. 21 von den Syndicaten, erinnert nur, der Richter habe bey deren Aufnahme dahin zu ſehen, ob auch die Univerſitas dazu befugt, oder ob vielleicht nach den Landesgeſetzen vorher die Erlaubniß eines Landes-Collegii erforderlich ſey. — Ganz eigenthümlich iſt die Vorſchrift der Neuen Gothaiſchen Gerichts- und Proceß-Ordnung von 1776, P. I. cap. 2. §. 1. S. 14., welche von dem Satz ausgehend, es ſey jedem erlaubt, durch Anſtellung einer Klage ſein Recht zu verfolgen, unter den Ausnahmen auch auf die Korporationen kommt, und dieſe verpflichtet, wenn ſie ihre Gerichtsherrn und Obrigkeiten in rechtlichen Anſpruch nehmen und belangen wollen, ebenſo, wie die Vormünder, dies bey der Landesregierung anzuzeigen, zugleich eine rich

Die andere [9]) hat den Zweck, Colliſionen, welche bey adminiſtrativen Rechtsſtreiten zwiſchen Gemeinden oder Stiftungen auf der einen, und dem Fiscus oder Privaten auf der andern Seite eintreten können, zu vermeiden, und läßt deshalb theils, wenn der ſtädtiſche Magiſtrat die erſte Inſtanz in ſolchen Rechtsſtreiten bildet, ſie nicht bey ihm, als der den Proceß zugleich (als Partey) leitenden Behörde, ſondern bey dem nächſten, dazu ein für allemal zu committirenden Landgerichte verhandeln, auch, wenn zu Führung eines ſolchen Rechtsſtreites der Gemeinden oder Stiftungen die Bewilligung eines Land- oder Herrſchaftsgerichts eingeholt werden ſoll, den Proceß nicht bey dieſem, ſondern

---

tige speciem facti mit allen pro und contra militirenden Gründen, auch zur Sache dienlichen Urkunden und Nachrichten zu überreichen, und darauf weitere Reſolution, ob ſie Rechtfertigung antreten, oder weichen ſollen, zu erwarten haben. Die Regierung iſt angewieſen, von dem Gegentheil eine gleichmäßige species facti abzufordern, beyde in reife Ueberlegung zu ziehen, auch nach Befinden zum Verhör und zu Unterſuchung (Inſtruction) der Sache einen Termin anzuſetzen, und wenn ſie nicht in Güte zu heben iſt, ſodann der anfragenden Gemeinde oder dem Vormund eine Reſolution koſtenfrey zu ertheilen, wobey ſich die fragende Gemeinde ꝛc. zu beruhigen hat. Will ſie das nicht, ſo ſoll die Regierung zwar den Proceß geſtatten, aber nur auf Privatkoſten der ſich zum Proceß bekennenden Gemeindeglieder resp. des Vormundes. Iſt der Proceß gegen eine andere Gemeinde oder einen Privaten gerichtet, ſo iſt der Conſens von der Gerichtsobrigkeit zu erholen, aber doch die Sache zur Dijudicatur an die Landesregierung einzuberichten.

9) V. das Verfahren in Adminiſtrativ-Juſtiz-Gegenſtände betr. vom 17. Febr. 1821.

bey einem nächſtgelegenen, durch die Kreisregierung in gleicher Art zu beſtimmenden Landgerichte verhandeln und entſcheiden; theils, wenn zu Einführung eines ſolchen Rechtsſtreites die Autoriſation der Kreisregierung, K. d. J., erforderlich und ertheilt worden iſt, nicht dieſelbe Regierung, ſondern die eines andern Kreiſes in zweyter Inſtanz über den Rechtsſtreit erkennen [10]. Die neuern königlichen Verordnungen hinſichtlich der Communal- und Stiftungs-Angelegenheiten empfehlen den oberſten Verwaltungs-Stellen in den Kreiſen, von dem Grundſatz auszugehen, daß den Gemeinden hierin die möglichſt freye Verfügung überlaſſen werde, und ſie nur in ſofern zu beſchränken ſeyen, als die Geſetze ſolche Schranken poſitiv anordnen [11], und eben dieſer Grundſatz iſt in der Inſtruction für die Miniſterien verfolgt [12]. Das Staatsminiſterium des Innern, ſo wie die demſelben beygeordnete Section für

---

10) Nr. 1–3. d. alleg. V. Regbl. 1821. S. 137—139. — Und deshalb ſind in ebenderſelben Verordnung die ſtellvertretenden Regiernngen alſo geordnet:

a)	für	den	Iſarkreis	die Regierung	des	Unterdonaukreiſes;
b)	"	"	Unterdonau-	"	"	Obermain- "
c)	"	"	Obermain- "	"	"	Untermain- "
d)	"	"	Untermain- "	"	"	Rezat- "
e)	"	"	Rezat- "	"	"	Oberdonau- "
f)	"	"	Oberdonau- "	"	"	Iſar- "

ebd. Nr. 4.

11) K. V. die Formation, den Wirkungskreis und den Geſchäftsgang der oberſten Verwaltungsſtellen in den Kreiſen betr. v. 17. Dec. 1825. Regbl. 1825. S. 1095. §. 69.

12) Kgl. V. die Formation der Miniſterien betr. v. 9. Dec. 1825. Regbl. 1825. S. 977 f.

die Cultus= und Unterrichts=Angelegenheiten „hat ſich hierin in der Regel auf den bloſſen Schutz gegen die allenfallſigen Uebergriffe der Obercuratel oder des Fiscus — zu beſchränken" [13]) und daran wird noch einmal bey Beſtimmung der zu dem Wirkungskreiſe dieſes Miniſteriums gehörenden Geſchäftszweige erinnert, in den Worten: „Die Verfaſſung und Verwaltung der Gemeinden, nach den beſondern Beſtimmungen des Edicts vom 17. Mai 1818, in letzterer Beziehung als oberſte Curatel unter möglichſter Durchführung des im §. 63 aufgeſtellten Grundſatzes [14]).

§. 82.

Pflichten der Parteyen. Gehorſam.

Soweit das Gericht befugt iſt, zu verfügen, iſt auch die Partey verpflichtet, zu gehorchen. Was die Partey in der Verfügung beſchwerend findet, deſſen Abänderung hat ſie im geſetzlichen Wege bey höherer Inſtanz zu ſuchen (§. 163), iſt aber verbunden, ſo lange ſich der Verfügung zu unterwerfen, bis das Ergreifen eines Rechtsmittels geſetzlich zuläßig iſt (§. 69. 72).

---

13) ebd. §. 63. S. 998.
14) ebd. §. 75. S. 1002.

Zu §. 82. G. R. Bayer S. 35. Martin §. 62. (60.) Thibaut §. 1130.
S. R. Schweitzer §. 27.
P. R. Cod. iud. cap. 5. §. 9. Mündler §. 50.

§. 83.

Ungehorſam, Friſten, Dilationen.

Wer den richterlichen Auftrag gar nicht, oder nicht zu rechter Zeit befolgt, unterläßt die Befolgung entweder aus Verſehen, Verſäumniß, oder abſichtlich, und zwar in der Abſicht, ein Recht aufzugeben, Verzicht, oder in der Abſicht, nicht zu gehorchen, Ungehorſam. Alle drey Fälle haben zwar beſtimmte geſetzliche Wirkungen, und blos der dritte auch Strafe zur Folge; das Geſetz begreift ſie aber gewöhnlich alle drey unter dem Ungehorſam, im weitern Sinn, und nennt daher auch ihre Wirkungen Ungehorſamsſtrafen, im weitern Sinn. Als beſondere Folge der Verſäumniß und des Verzichts tritt nach der bayer. G. O. ein: die Präcluſion oder Deſertion des Beweiſes [1]), die Deſertion der Appellation und Reviſion [2]), die Präcluſion der Exceptionen, Re- und Duplik [3]). Eigentliche Strafe des Ungehorſams [4]) iſt

---

Zu §. 83. G. R. Bayer S. 192. 201. Danz §. 468 f. v. Grolman §. 78 f. Linde §. 175 f. 200. Martin §. 120 f. Thibaut §. 1131.

S. R. Kori §. 37. Schweitzer §. 74—76.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 10. 11. cap. 6. §. 16. Anm. S. 225. 252. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. S. 1477. Nov. z. G. O. S. 238. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 183. Krüll §. 207—221. Mündler §. 92—99.

1) Cod. iud. cap. 9. §. 6. Nr. 1.

2) Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 1. u. §. 12.

3) Cod. iud. cap. 6. §. 2. u. 16. Nr. 4. Letztere wird auch Strafe genannt. cap. 5. §. 10. Nr. 8. — Praeclusio ipso facto — ipso jure.

4) Wobey das nicht gehorchen wollen ſchon aus bloſſem

die Verbindlichkeit, die Koſten zu tragen und zu erſtatten [5]; andere Rechtsnachtheile deſſelben ſind a) Geldſtrafen und deren Verdoppelung [6]; in beſonderem Bezug auf Klagbeantwortung aber entweder, b) daß lis pro negative contestata gehalten [7], oder c) daß die Klage für liquid und einbekannt angenommen werde [8],

---

Verſäumen vermuthet wird. — Contumacia vera und ficta, sive praesumta.

5) Cod. ind. cap. 17. §. 4. Nr. 1. — Poena contumaciae generalis.

6) Cod. ind. cap. 6. §. 16. Nr. 2. Unausführbarkeit ſolcher Verdoppelung bey fortdauerndem Ungehorſam. (3 Rthlr. Strafe überſteigen im 19ten Verdoppelungsfall ſchon eine Mill. Rthlr.). Vermieden in dem Geſetz v. 1819. §. 6. Abſchn. 2. Vergl. Note 7. — Geldſtrafen, die in der Appellations-Inſtanz erkannt werden, gehören dem Richter erſter Inſtanz. Anm. zu Cod. civ. IV. 16. §. 4. S. 743.

7) ebd. Nr. 1.

8) ebd. Nr. 1. u. 4. — a) Die poena confessi et liquidi ſoll nur ſtatt finden, wo die Klage auf briefliche Urkunden ſich gründet und aus ihnen allein ohne andern Beweis ſich entſcheiden läßt. Vergl. Cod. iud. cap. 3. §. 3. Nr. 5. — b) Iſt dieſes Präjudiz, der Aufhebung in dem Geſ. v. 1819. (Note 7.) ungeachtet, noch jetzt im Executiv-Proceß (§. 184.) anwendbar? Für Bejahung dieſer Frage ſpricht die Natur dieſer Proceßart, die Erwähnung derſelben in v. Gönners Comm. S. 27. 102. 103 u. 307, das Fortbeſtehen der Diſpoſition Cod. iud. cap. 3. §. 3. Nr. 5. und die tägliche Praxis der bayer. Gerichte; dagegen aber die Allgemeinheit der Aufhebung im §. 6 des Geſetzes von 1819, das gänzliche Stillſchweigen über die Fortdauer jenes Präjudizes für den Executivproceß in dem gedachten Commentar, und der Tadel, den eben dieſer Commentar S. 103. über jenes Präjudiz überhaupt ausſpricht. — c) Unterſchied

Jetzt ſoll nur noch die zweyte (b.) dieſer drey Folgen eintreten, und daher, wenn der Beklagte den zu Beantwortung der Klage anberaumten Termin verſtreichen läßt, die Klage für abgeläugnet gehalten, der Beklagte ſeiner Einreden für verluſtig erklärt, und der Kläger zum Beweiſe der Klage gelaſſen [9]), übrigens aber vor dem Contumacial-Erkenntniß nach Kap. 5. §. 11. verfahren [10]) werden. Von den Folgen des ſchon erkannten Ungehorſams [11]) kann ſich der Verurtheilte bey gewöhnlichen Terminen durch zeitige Nachweiſung [12]) der

---

der **poena conf. et liqu.** und der **poena recogniti.** Vergl. Cod. iud. cap. 11. §. 7. Nr. 2.

9) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 1. Abſchn. 1. ſ. Beyl. S. 7. Nur gegen Vormünder, Curatoren oder Adminiſtratoren des Stiftungs- und Gemeindevermögens und deren Anwälte, dann die königl. Fiscale, kann ſtatt des Rechtsnachtheils in der Hauptſache auf eine Geldſtrafe angetragen werden, womit jedoch nach zweymaligem Ungehorſam bey Androhung der dritten Geldſtrafe eine Anzeige an die Behörde der Säumigen zu verbinden iſt, damit dieſelbe gegen deren anhaltende Nachläßigkeit die geeigneten Maßregeln ergreifen könne. Ebd. Abſchn. 2.

10) Dies Verfahren iſt: Der Gegner weiſet die Inſtruction der Ladung nach und ruft im Contumacialwege an. Das Gericht ſetzt einen kurzen Termin unter Drohung des geſetzlichen Rechtsnachtheils, und erläßt, wenn er fruchtlos verſtrichen iſt, das Contumacial-Erkenntniß, wenn es die Hauptſache mit umfaßt, mit deutlicher Bezeichnung derſelben.

11) Im weitern Sinn.

12) Die Urſache iſt ſummariſch nachzuweiſen, und längſtens innerhalb 14 Tagen von der Zeit an, da das Hinderniß aufhörte, bey dem Gericht anzuzeigen, welches den Ungehorſam ausſprach.

Verhinderungs-Urſachen [13]), bey Fatalien [14]) nur durch Reſtitutions-Geſuch [15]) befreyen. Das Erkenntniß des Ungehorſams vermeidet die Partey, Fatalien ausgenommen, durch zeitiges [16]) Verlängerungs-Geſuch. Die

13) Das Contumacial-Erkenntniß kann nämlich von demſelben Richter wieder aufgehoben werden, wenn der Verurtheilte zeigt, daß er durch impedimenta legitima (ehehafte Urſachen) verhindert war, ſowohl den richterlichen Auftrag innerhalb des angeſetzten Termins zu befolgen, als vor Ausfluß des Termins um Verlängerung zu bitten.

14) Vergl. §. 165.

15) Die Reſtitution, welche contra lapsum fatalium, termini praeiudicalis oder ſonſt incidenter geſucht wird, muß in beyden erſtgenannten Fällen allemal innerhalb ſo viel Zeit, als man vorher re adhuc integra gehabt hätte (= Conc. K. G. O. III. Tit. 62. §. 3.) und zwar, wegen Fatalien, bey dem höhern Richter geſucht werden. Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 11. Anm. S. 514.

16) d. h. noch vor Ausfluß des Termins, unter Anführung, und bey dem zweyten und dritten Verlängerungs-Geſuch auch unter gehöriger Beſcheinigung der Verhinderungs-Urſachen. Cod. iud. cap. 6. §. 16. Nr. 5., erneuert durch Geſ. vom 22. July 1819. §. 5. — Deswegen, weil der Anwalt mit andern dringenden Arbeiten beſchäftiget, oder abweſend ſey, oder daß er erſt noch mit der Partey Rückſprache nehmen wolle, oder daß ſeine Partey verreiſet ſey, ſoll in der Regel eine Friſtverlängerung weder nachgeſucht, noch ertheilt werden. ebd. §. 5. Abſchn. 2. — Die zuläßigen Termine werden auf die Zahl von drey en feſtgeſetzt, die Ertheilung eines vierten ſoll nur ausnahmsweiſe wegen ganz auſſerordentlicher Urſachen, welche vollkommen erwieſen werden müſſen, zuläßig, und der vierte präcluſiv ſeyn. ebd. Abſchn. 3. f. Beyl. S. 6. In Rechtsſtreitigkeiten der Militärperſonen ſind die Commandanten und Commandantſchaften angewieſen, die Dienſtesverhältniſſe der Geladenen ſo anzuordnen, daß eine Verzögerung der Juſtiz

Termine, Friſten, zur Exception, Re- und Duplik werden gewöhnlich 17) zu 30 Tagen beſtimmt, und vom Tage der Inſinuation, ohne Einrechnung des Inſinuations-Tages, berechnet 18). Iſt der letzte Tag ein Kirchen-Feyertag 19), ſo hört der Termin erſt am nächſtfolgenden Werktage auf; Verlängerungen werden immer von dem Tage an gerechnet, da die vorige Friſt exſpirirte 20), und zwar ohne Rückſicht auf Feyertage, welche auf das Ende des vorigen Termins fallen 21).

§. 84.

Koſten-Auslage und Erſtattung, Armenrecht.

A. Die Verbindlichkeit, Koſten zu tragen und zu erſtatten, und Schaden zu erſetzen, entſteht aus Unge-

---

nicht entſtehe, und die Geladenen zur beſtimmten Zeit vor Gericht erſcheinen. Die allenfalls obwaltenden Hinderniſſe ſind vor dem Termine, bey eigener Haftung der Commandanten, dem requirirenden Civilgerichte anzuzeigen. Beyl. II. des Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. §. 4. Geſetzblatt 1828. S. 44.

17) Cod. iud. cap. 6. §. 16. Nr. 1. — Ausnahmen wegen beſonderer Beſchaffenheit der Sache oder Perſon, z. B. in den Fällen. Cod. iud. cap. 3. §. 5. cap. 17. §. 4. Nr. 5. — Termine bey Vorladungen bayeriſcher Unterthanen vor franzöſiſche Gerichte begreifen für den Rheinkreis zwey, für die übrigen bayeriſchen Kreiſe vier Monate. R. v. 25. März 1825. Intbl. des Iſarkr. 1825. S. 227.

18) Cod. iud. cap. 6. §. 16. Nr. 2.

19) Vergl. §. 64. Note 6.

20) Cod. iud. cap. 6. §. 16. Nr. 6.

21) ſ. Beyl. S. 65.

Zu §. 84. G. R. Bayer S. 36. Danz §. 508—517. v. Grolman §. 58. Linde §. 119. Martin §. 10. 59. (37.) Thibaut §. 1132. 1140.

horſam (§. 83.), gefliſſener Proceß=Verzögerung, und Verurtheilung in der Hauptſache. Bey den erſten Gattungen wird auf Verlangen auch noch vor dem End-Urtheil die Zahlung dem Gegner aufgetragen, die Entſcheidung über die dritte Gattung aber bis zum End-Urtheil verſchoben, und in dieſem, in jeder Inſtanz, auf Begehren oder auch von Amtswegen dem obſiegenden Theil, zugleich mit der Hauptſache, in der Regel zuerkannt; ausgenommen, wenn der verlierende Theil redliche Urſache zum Streite hatte [1]). Dieſes ſoll der Richter lediglich [2]) aus den in den Acten vorkommenden Behelfen [3]) ermäßigen. Iſt in dem Urtheil der Ausſpruch über die Koſten umgangen, ſo werden ſie

---

S. R. Kori §. 252–257. Schweitzer §. 27. S. 55. Note 100.

B. R. Cod. iud. cap. 17. §. 4. Anm. S. 568. Nov. z. G. O. S. 306. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 235. III. S. 229. IV. S. 204. Krüll §. 563–565. Mündler §. 82. 90.

1) Cod. ind. l. c. — Von Koſtentragung in Proceſſen der Grundholden gegen ihre Herrſchaften. Anm. zu Cod. civ. II. 11. §. 13. S. 1614.

2) Auf die Perſonen, auf die ſtreitige Sache ſelbſt, auf die Litis=Conteſtation, oder Publication der Zeugenausſage, und die von einem oder andern Theil abgelegten Eide ſoll der Richter bey der Koſtencompenſation nicht ſehen.

3) Als Beyſpiele anwendbarer Behelfe führt B. Kreitmayr in den Anm. S. 570 an: 1) halben Beweis durch einen Zeugen (§. 123.), auſſergerichtliches Geſtändniß des Gegners (§. 104), Schriften=Vergleichung (§. 133), 2) das rechtliche Gutachten eines oder mehrerer fürnehmer Jureconſulten. Responsa iuris, oder consilia beyzubringen, iſt den Parteyen ſchon bey der Klage geſtattet.

ſtillſchweigend für compenſirt [4]) geachtet. Ueber diejenigen Koſten, welche ſich aus den Acten beurtheilen laſſen [5]), haben die Parteyen die Verzeichniſſe (expensaria) vor dem Endurtheil einzureichen [6]), das

---

Cod. iud cap. 4. §. 12. vergl. cap. 3. §. 7) 3) Zweifelhaftigkeit des Falls, 4) obſiegliches Urtheil in voriger Inſtanz, 5) blos theilweiſe Verurtheilung, 6) iusta ignorantia, wenn der unterliegende Theil nicht in facto proprio, ſondern alieno verſirt, z. B. bey Erben.

4) Cod. iud. cap. 17. §. 1. Nr. 4. a) dieſes Umgehen (Uebergehen) und das Compenſiren ſoll aber ſo leicht nicht geſchehen. ebd. Nr. 8. Hofr. O. 1779. §. 3. und Mandat v. 16. Aug. 1779. Mayr Gen. I. S. 176 und 153. Nov. z. G. O. I. S. 306. Neuerdings erinnert durch V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 8. (§. 77 a. [3]) — b) Wirkung der Koſten-Compenſation. Der Gegner erſetzt die Hälfte der von dem Kläger vorgeſchoſſenen Koſten. Hofr. O. §. 3. a. a. O. — c) Unterſchied zwiſchen dem gleichheitlich, oder zur Hälfte tragen der Koſten, und der Beſtimmung, daß jeder Theil ſeine Koſten trage. d) Rechtsmittel gegen die ſtillſchweigende und ausdrückliche Koſtencompenſation. Cod. iud. l. c. Nr. 4. e) Koſtenvorſchuß beym Augenſchein. Cod. iud. cap. 12. §. 3. Nr. 5.

5) Gerichtliche Koſten, nämlich Gerichtstaren, Deſerviten der Advocaten, Copialien, Botenlohn, Zeugengebühren.

6) a. Unterlaſſen ſie es, ſo werden ſie unter einem Termin von 8 oder 14 Tagen dazu aufgefordert. Cod. iud. l. c. Nr. 5. Sign. in cons. revis. 25. May 1800. Mayr Gen. VIII. S. 17. Nov. z. G. O. I. S. 307. R. v. 31. Dec. 1811. v. Aretin Ann. I. S. 190. V. v. 23. März 1813. Rgbl. 1813. S. 429. (§. 48). Moritz Nov. II. S. 235. III. S. 229. — Vergl. ebd. IV. S. 204. b. Die Expenſarien ſind mit dem Gradationsſtempel zu verſehen. R. v. 23. Aug. 1814. Moritz III. S. 230 und c. ſo zu ſpecificiren, daß ſie Datum, und die genaue Bezeichnung

Gericht ſpricht auf ein Averſional-Quantum, ex aequo et bono von Amtswegen [7]. In Anſehung auſſergerichtlicher [8]) Koſten wird in dem Urtheil nur die Verbindlichkeit ausgeſprochen, und wenn dieſes Erkenntniß in Rechtskraft erwachſen iſt, das Quantum ſummariſch inſtruirt, und darüber, mit Vorbehalt der Appellation, entſchieden [9]). B. Die Zulaſſung zum Armenrecht ſetzt voraus: obrigkeitliche Erkundigung nach dem Vermögensſtand und Armeneid [10]). Von dem letztern abſtrahiren neuere Verordnungen und verlangen entweder Notorietät [11]), oder Zeugniß der Polizeybehörde [12]), welches unentgeldlich zu ertheilen

---

jeder Eingabe enthalten, mit den Anſätzen in den einzelnen Eingaben übereinſtimmen, und eine Columne für die Moderation darbieten. Verordn. v. 1815. §. 5. Moritz II. S. 256.

8) Dahin gehören Koſten, welche bey Gelegenheit des Rechtsſtreits durch Reiſen, Zehrung, Verſäumniß und Beſchädigung entſtanden. ebd. Nr. 7. Vergl. §. 70 u. 76 a.

9) Cit. nr.

10) Cod. iud. cap. 3. §. 8. — Dieſes Armeneides gedenken noch eine kurfürſtl. Reſol. v. 7. Juni 1765 in den suppl. ad Cod. iud. pag. 50 der Ausgabe in 8. (pag. 26 in Fol.) und die Advocatenordnung von 1769. §. 26. Kreitmayr's Gen. S. 39, in den Nov. z. G. O. S. 209 f. Gemeinrechtlich ſoll dieſer Eid nicht blos den Beweis der Armuth, ſondern auch das Verſprechen der Nachzahlung im Fall beſſerer Vermögensumſtände umfaſſen. Bayer S. 9. Vergl. jedoch K. G. O. 1555. I. 41. §. 1. und Linde §. 120. Note 12.

11) Prov. Tax-Ordnung v. 8. Oct. 1810. §. 101. Regbl. 1810. S. 991.

12) Pr. T. O. cit. §.

iſt [13]). Das Armenrecht umfaßt auch Stempelfrey-heit [14]). Die Nachweiſung des Armenrechts iſt Bedingung für die Aufſtellung eines Official-Armen-Anwalts (§. 48.) [15]). C. Die Militär-Perſonen ſind in Perſonal-Klagſachen mit Ausnahme derjenigen, in welchen ſie gegen eine Civilperſon als Kläger und nicht als Widerkläger erſcheinen, dann in jenen Gegenſtänden der nicht ſtreitigen Gerichtsbarkeit, welche auf ding-

13) R. v. 27. Sept. 1805. Regbl. 1805. S. 1055. — Annahme ausländiſcher Armuthszeugniſſe. Staatsvertrag zwiſchen Bayern und dem Großherzogthum Heſſen. 14. Dec. 1820. Regbl. 1820 S. 1051. Moritz IV. S. 147. — mit Kurheſſen v. 16. März 1827. Regbl. 1827. S. 177. — Zulaſſung preußiſcher Unterthanen zum Armenrechte in Folge zugeſicherter Reciprocität. R. v. 1. Juli 1854. Intbl. des Iſarkr. S. 1006.

14) Reviſ. Sign. v. 16. März 1778. Mayr Gen. I. S. 109. Stemp. Ordn. v. 1. März 1805. Regbl 1805. S. 401. — Stemp. O. v. 18. Dec. 1812. Abſchn. IV. Regbl. 1813. S. 80., beſtätiget durch das Geſ. v. 11. Sept. 1825. Beyl. XV. d. Stde. Abſch. Geſetzbl. 1825. S. 176. ſ. Beyl. S. 55. — Ausdehnung derſelben auf die Geſchäfte der Armenpflegen. V v. 17. Nov. 1816. §. 4. Regbl. 1816. S. 780. Vergl. R. v. 19. Aug. 1814. Moritz IV. S. 148. — Unentgeldliches Einrücken der Edictal-Citationen (§. 74.) in Sachen armer Parteyen. R. v. 18. Febr. 1817. Moritz Nov. III. S. 162.

15) R. v. 27. Sept. 1805. Regbl. 1805. S. 1055. — Rechtlicher Schutz der Armen. R. v. 12. Nov. 1081. Mayr Gen. VIII. 228. „keine Perſon ſollt ihr im Gericht anſehen, ſondern ſollt den Kleinen hören, wie den Großen und vor Niemands Perſon euch ſcheuen, denn das Gerichtamt iſt Gottes!“ 5. Moſ. 1 v. 17.

Digitized by Google

liches Recht nicht Bezug haben, von Bezahlung der Gerichtstaxen frey [16]).

§. 85.

Gefährde.

Gefährde, Chicane (calumnia), im Civilproceß [1]) das Unternehmen und Fortführen eines Rechtsſtreites, oder einer einzelnen Proceßhandlung wider beſſere Ueberzeugung (dolose) [2]), hat, — auſſer der Verbindlichkeit, den Eid vor Gefährde (§. 113.) [3]) auf Verlangen des Gegners zu leiſten, — im Fall ſie wirklich bewieſen wird, und eine doloſe Colluſion mit dem Richter ſtatt findet, die Folge der Aufhebung des dadurch

---

16) Beyl. II. des Stde. Abſch. v. 15. Aug. 1828. §. 6. Geſetzbl. S. 44.

Zu §. 85. **G. R.** Bayer S. 414. Danz §. 366. v. Glück V. 386. v. Grolman §. 125. Martin §. 312 (301.) Thibaut §. 1133. 1161.

S. R. Kori §. 44.

B. R. Cod. ind. cap. 13. §. 6. Anm. S. 450. Moriz Nov. z. G. O. III. S. 198. Krüll §. 475—475. Mündler §. 583.

1) die criminalrechtliche Bedeutung — wiſſentlich falſches Andichten eines Verbrechens. Strafg. 1813. I. art. 284.

2) Verſchieden von dem Streitmuthwillen (temeritas litigandi), Führen eines Streites auf Geradewohl. Glück a. a. O. S. 387. Cod. ind. cap. 17. §. 4. Nr. 3. Anm. lit. c. S. 569. — Deswegen hat die Leiſtung des Gefährdeeides auch keinen Einfluß auf Koſten Compenſation (§. 84.) ebd. S. 570.

3) Cod. ind. cap. 15. § 6. Geſ. v. 22. July 1819. §. 7. f. Beyl. S. 7.

bewirkten ungerechten Urtheils (§. 172.) [4]), und ſonſt die Folge der Verurtheilung in Haupt- und Nebenſache (§. 84.) [5]).

§. 86.

Form der Rechtsausführung.

Parteyen und Anwälte (§. 48.) haben ſich einer deutlichen und anſtändigen Schreibart, und bey Protokollen, welche ſie dictiren, eines eben ſolchen Vortrags zu bedienen [1]). Die ehemalige articulirte Form des Civilverfahrens hat ganz aufgehört (§. 7.) [2]) Alle Eingaben ſind mit Duplicaten zu verſehen [3]), nebſt dieſen und den Beylagen in dem vorgeſchriebenen

---

4) Cod. iud. cap. 16. §. 3. Nr. 2 und 2.

5) Cod. iud. cap. 17. §. 4. Nr. 2 und 3.

Zu §. 86. **G. R.** Bayer S. 167. Danz §. 64. Linde §. 149. Martin §. 100. (97.) Thibaut §. 1134.

S. R. Kori §. 35. Schweitzer §. 63. 74.

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 10. f.

1) Cod. iud. cap. 4. §. 12. 15. V. v. 23. März 1813. Nr. 9. Regbl. 1813. S. 431. V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 1. (§. 77. a. 3.)

2) Cod. iud. cap. 3. §. 2. cap. 4. §. 11. Anm. S. 206. Moritz II. S. 206.

3) V. v. 27. Nov. 1766. 9. Dec. 1799. 26. Sept. 1807. 9. u. 13. Sept. 1809. Mayr Gen. I. S. 38. VII. S. 22. Regbl. 1807. S. 1590. 1809. S. 385. 1541. Nov. z. G. O. S. 213. f. — Die Duplicate ſind deßhalb auch zu präſentiren. V. v. 2. April 1810. Regbl. 1810. S. 241. Moritz II. S. 191. — Vergl. V. v. 19. Nov. 1804. Moritz III. S. 163. — Auch die Eingaben an die königl. Staatsminiſterien ſind in Doppelſchrift einzureichen. R. v. 14. 17. Juli 1829. Intbl. d. Iſarkr. 1829. S. 545.

Format (§. 60. Note 1.) [4]) und gleich anfangs [5]) auf das verordnungsmäßige Stempelpapier [6]), insbeſondere die Eingaben an das königl. Juſtizminiſterium auf halb gebrochene Bogen [7]) zu ſchreiben. In Eingaben und Protokollen dürfen die Monate nicht mit Ziffern in Bruchform bezeichnet, ſondern müſſen mit Buchſtaben ganz ausgeſchrieben [8]) werden. Die An-

4) R. v. 7. Juni 1794. u. a. Moritz III. S. 164.

5) In ſo fern die Partey oder Sache nicht das Armenrecht (§. 84.) nach §. 10. litt. h. des Geſ. v. 1812. genieſſet. Beyl. XV. z. Std. Abſchd. v. 1825. ſ. Beyl. S. 55.

6) Stemp. Ordn. v. 18. Dec. 1812. §. 7. lit. a. Regbl. 1813. S. 72. Das Stempelpapier, erzählen die Anm. z. Cod. civ. IV. 1. §. 7. S. 25. kam in Bayern 1690 bey Gelegenheit des damaligen Krieges auf, und hätte vermöge Generalmandats vom 15. Juni ej. anni mit dem Krieg wieder aufhören ſollen, dauerte aber bis jetzt fort. — Stempelfreiheit genieſſen (unter den Militärperſonen) nur diejenigen Unterofficiere und Soldaten und im Militär Angeſtellte dieſer Klaſſen, welche auſſer ihrem Solde kein Vermögen haben, und ſich hierüber, wenn ſie im activen Dienſte ſtehen, durch ein Zeugniß des Vermittelungsamtes (§. 67. Note 8.), wenn ſie aber Beurlaubte ſind, durch ein Zeugniß der ordentlichen Obrigkeit ausweiſen. Beyl. II. des Ständeabſch. v. 15. Aug. 1828. §. 6. Geſetzbl. 1828. S. 45.

7) Reſcr. v. 12. July 1811. Moritz Nov. III. S. 165. — Ebenſo bey Regierungen. V. v. 27. März u. 2. Dec. 1817. 9. Jan. 1818. Regbl. 1817. S. 289. Moritz II. S. 186. — In allen Eingaben an das A. G., welche ſich auf ſchon ergangene Entſchlieſſungen beziehen, ſind dieſe mit dem Datum und der Currentennummer zu allegiren, bey 1 Thlr. Strafe. R. v. 30. Sept. 1833. Intbl. des Iſarkr. 1833. S. 1083.

8) R. v. 7. Dec. 1810. Regbl. 1810. S. 1353. Nov. z. G. O. I. S. 221. V. v. 25. Febr. 1813. Moritz IV. S. 160. Vgl. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 8. S. 204.

rede geſchieht an alle Untergerichte und an die Appellationsgerichte nach dem Namen jedes Gerichts mit der Benennung: Königlich, ohne andern Beyſatz [9]), an das k. Oberappellationsgericht und an das k. Juſtizminiſterium wie an den König unmittelbar [10]). Bey der Unterſchrift iſt die geſetzliche Subjectionsformel [11]) zu gebrauchen. Die Eingaben ſind gehörig zu rubriciren, und in der Rubrik iſt, auſſer den Namen beyder Theile, auch der Wohnort, und das Gericht, unter dem ſie ſtehen, anzuführen [12]).

§. 87.

Klage. Inhalt und Form.

Die Verhandlung des Rechtsſtreits beginnt mit der Klage. Dieſe enthält, auſſer der Rubrik, in welcher das Gericht, beyde Parteyen, Kläger und Beklagter, und wenn deren mehrere ſind, jeder beſonders, dann

---

9) Nov. z. G. O. I. S. 225. Vergl. Inſtr. v. 17. July 1808. §. 61. Regbl. 1808. S. 1676.

10) Nov. z. G. O. I. S. 222.

11) V. v. 1. Jan. und 20. Aug. 1806. S. 7 und 307. Vergl. V. v. 1. Nov. 1801. Regbl. 1801. S. 731. fg. und oben Note 9. — dann v. v. 27. März 1817. §. 13. Regbl. 1817. S. 291.

12) R. v. 3. Febr. 1809. Regbl. 1809. S. 285. Nov. z. G. O. I. S. 222.

Zu §. 87. **G. R.** Bayer S. 211. Danz §. 60. f. Linde §. 151— 153. Martin §. 87—90. (84—87.) Thibaut §. 1136. 1137. 1197.

S. R. Kori §. 62. 65.

B. R. Cod. iud. cap. 4. Anm. S. 180. Krüll §. 166—178. 180. 181. Mündler §. 118— 132.

der Streitgegenſtand zu nennen iſt [1]), I. die Geſchichtserzählung (factum), welche rein, deutlich und kurz, jedoch mit Anführung aller erforderlichen Umſtände vorzutragen iſt [2]); II. den Klagegrund (fundamentum agendi) nach Beſchaffenheit einer jeden Klage [3]); und zwar bey perſönlichen Klagen die caussa remota l. specialis, bey Realklagen nur die caussa proxima l. generalis [4]); III. die Bitte (petitum), ſo eingerichtet, daß ſie nicht nur auf die Geſchichtserzählung und den Grund der Klage paßt, ſondern auch daraus erkannt werden kann, was, wieviel, und von welcher Gattung die Forderung ſey [5]). Es iſt nicht nöthig, den Namen der

---

1) Cod. iud. cap. cit. §. 7. Nr. 1. §. 10. 4.

2) ebd. §. 7. Nr. 2. — Nicht mehr articulirt. (§. 7. 86.) Vergl. Cod. iud. cap. 4. §. 11. Jedoch iſt dem Kläger geſtattet, die Klage punctatim zu faſſen. ib. — Kann der Beweis zugleich mit der Klage angetreten werden? (§. 158.) ib. Geſ. vom 22. July 1819. §. 16. ſ. Beyl. S. 12. von Gönner Comm. S. 221. — Ueber die Darſtellung des Factums bey Injurien-Klagen. Anm. zu Cod. civ. IV. 17. §. 7. S. 806.

3) Caussa petendi et medium concludendi. Ebd. §. 7. Nr. 3. Vergl. v. Gönner Handb. II. S. 180.

4) Cod. civ. II. cap. 1. §. 11. Anm. zu Cod. civ. II. S. 797. f. zu Cod. iud. S. 197. — Nutzen der möglichſt genauen Anführung des Klagegrundes. V. Kreitmayr ebd. Thibaut §. 1136. v. Gönner Handb. II. S. 182.

5) Cod. iud. cap. 4. §. 7. Nr. 4. — Einzelne Vorſchriften über den Inhalt der Bitte ſ. Anm. zu Cod. civ. II. 1. §. 11. S. 797. — Wird gefliſſentlich mehr gefordert, als der Grund der Klage ausweiſet, (Zuviel Fordern, pluris petitio), was re, loco, tempore und caussa geſchehen kann — ſo ſtraft der Richter durch Verwerfen des Klaglibells (§. 70), Auflegen der Koſten, oder ſonſt nach ſeinem Ermeſſen

Klage (genus actionis) anzugeben [6]. Die Klage muß

(willkührlich). ebd. Nr. 5. Anm. S. 198. Vgl. Anm. zu Cod. civ. IV. 1. §. 16. S. 51. — Sächſiſche Gewähr der Klage. (praestatio guarandae.) Kori §. 39.

6) Der Richter erkennt daſſelbe ſelbſt ſchon aus dem facto, dem medio concludendi und petito, [= cap. 6. X. de judiciis (II. 1.)] und hat mithin auch immer die dem Kläger nützlichſte und auf das petitum am beſten paſſende (ſchicklichſte) Klage (actio) zu wählen. ebd. §. 8. (§. 70.) — Anm. zu Cod. civ. II. 2, §. 9 S. 871. IV. 1. §. 18. S. 63. — Wenn dies zu erkennen nicht möglich iſt, weiſet er die Klage von Amtswegen ab. (ebd.) — Bey der Erbſchaftsklage ergiebt ſich zuweilen erſt aus der Litis-Conteſtation die Beſtimmung des genus actionis Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 9. S. 48. — Nützlich iſt aber die genaue Bezeichnung der angeſtellten Klage nach ihrer römiſchen Benennung, und höchſt nothwendig von Seite des Klägers und ſeines Anwaltes vor Anſtellung der Klage die Wahl derſelben, alſo auch die Frage, welche Klage anzuſtellen, ſo wie für den Beklagten die Prüfung, welche Klage angeſtellt ſey? Vergl. Cod. iud. cap. 5. §. 7, cap. 9. §. 14. Cod. civ. I. 2. §. 19. — Anm. zu Cod. iud. S. 184. f. zu Cod. civ. I. S. 120. — Deshalb nennt a) der Civilcoder bey jeder Rechtsmaterie die dahin gehörige römiſche Klage, und wenn gleich die Anmerkungen an mehreren Stellen wiederholt äußern, es komme nicht viel auf den Namen der Klage an, z. B. zu Cod. civ. II. 1. §. 4. S. 634. 701. — 2. §. 9. S. 871. §. 14. S. 929. — 5. §. 10. S. 1168. III. 1. §. 10. S. 57. IV. 3. § 19. S. 211. — 10. §. 18. S. 579. — 16. §. 6. S. 749. 751. V. 24. §. 14. S. 1741, ſo erörtern ſie doch b) bey jeder beſondern Materie des Civilrechts obige Fragen meiſtens ſehr umſtändlich. Siehe das alphabetiſche Regiſter der Klagen in dem Anhang. — Ganz überflüßig iſt der Gebrauch der clausula salutaris u. a. ähnlicher. Cod. iud. cap. 4. §. 13. (Anm. S. 208. fg.)

bey Obergerichten [7], und kann [8] bey Untergerichten ſchriftlich übergeben werden, von ſiegelmäßigen unter ihrer alleinigen Unterſchrift verſchloſſen [9], von Unſiegelmäßigen offen unter Mitunterſchrift eines Königl. Advokaten [10], wie alle andere Eingaben (§. 86.) mit Duplicat. Beylagen werden numerirt, und die Nummern ſowohl in dem Inhalt der Klage, als auf der Rubrik angeführt [11]. Sind die Originale derſelben in ausländiſcher Sprache verfaßt, ſo müſſen von Sprachverſtändigen gefertigte Ueberſetzungen beygelegt werden [12]. Es iſt erlaubt, Gutachten von Rechtsgelehrten beyzufügen [13]. Die eingereichte Klage wird ſogleich, nach Jahr, Monat [14] und Tag präſentirt,

---

7) **Cod. iud. cap. 4. §. 10.** verglichen mit Note 8.

8) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 2. f. Beyl. S. 4.

9) **Cod. iud. l. c.** Nr. 2.

10) **ib.** Nr. 3.

11) **ib.** Nr. 5. Die Beylagen ſind nothwendig, wenn das Factum auf Urkunden beruht, aus welchen der ganze Streit ohne andern Beweis gehoben werden kann. Solche Urkunden ſoll der Kläger gleich mit der Klage übergeben, und allenfalls durch Verwerfen (§. 70.) des Klaglibells oder ſonſt (auf andere Weiſe) dazu angehalten werden. **Cod. iud. cap. 4. §. 12. cap. 11. §. 3.** Nr. 1. — Nothwendige Beylage der Regreßklage eines Bierwirths ſ. §. 184. Nr. 9.

12) **ib.** §. 10. Nr. 6.

13) **ib.** §. 12. — Deren Einfluß auf Koſten-Compenſation (§. 84.), Anm. S. 570.

14) Und zwar ausgeſchrieben. (§. 86. Nr. 8.)

und in das Einlaufs-Protokoll [15]) eingetragen, und der Regiſtratur (§. 60. 68.) übergeben [16]).

§. 88. a.

Uebergang der Klagen auf die Erben.

Auf Seite des Klägers gehen alle Klagen ohne Unterſchied auf die Erben [1]), bey mehreren Erben nach Verhältniß ihrer Erbtheile [2]); nur diejenigen Forderungen nicht, welche durch Geſetz [3]) oder Vertrag auf die

---

15) Protocollum rerum exhibitarum. Cod. iud. l. c. §. 14. Geſchäftstagebuch der Landgerichte. V. v. 24. Sept. 1821. Moritz IV. S. 157. fg.

16) Was einmal ſo übergeben iſt, Eingabe oder Beylage, mit Ausnahme der Originalien, ſoll ohne erhebliche Urſache nicht mehr zurückgegeben, und wenn etwas von den Acten verloren geht, reexhibirt werden. Cod. iud. l. c.

Zu §. 88. a. **G. R.** Linde §. 155. Martin §. 68. v. Wening-Jugenheim Lehrb. des gem. Civilrechts. I. §. 43. 45.

S. R. Lauterbach de transitione actionum.

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 2. 3. Anm. S. 186. Krüll §. 151.

1) Namentlich ausgedrückt bey dem constituto possessorio. Cod. civ. II. 5. §. 7. Nr. 3; bey der querela in off. donat. Cod. civ. III. 8. §. 16. Nr. 5. — Beſchränkung bey den Perſonalklagen, welche ſich gegen die Erben nur pro quota der Erbſchaft erſtrecken. Cod. civ. II. 9. §. 11.

2) ſo insbeſondere bey der Actio hypothecaria des Legatars Cod. civ. III. 6. §. 11. Nr. 4. Anm. S. 548.

3) z. B. Die querela inofficiosi testamenti erſtreckt ſich auf die Erben nicht, auſſer wenn der Enterbte ſich ſchon in Lebzeiten damit gemeldet hat, oder vor Antretung der Erbſchaft geſtorben iſt, Cod. civ. III. cap. 3. §. 16. Nr. 10. Anm. III. S. 361. — Auch nicht die Forderung der Compe-

Perſon des Erblaſſers (Klägers) beſchränkt waren. In Anſehung des Beklagten gehen Realklagen auf deſſen Erben nur ſoweit, als ſie dieſe Sache beſitzen, oder rechtlich als Beſitzer anzuſehen ſind; perſönliche aus einem Vertrag gehen immer auch gegen die Erben, ſo weit ſie nicht durch Geſetz [4]) oder Vertrag beſchränkt ſind, oder das von dem Erblaſſer zu präſtirende Factum ein blos perſönliches iſt. Für perſönliche Verbindlichkeiten aus Verbrechen haften die Erben wegen Wiedererſtattung Schadens-Erſatz und Proceßkoſten ohne Einſchränkung und Bedingung; hinſichtlich einer Vermögensſtrafe, wenn ſie noch zu Lebzeiten des Schuldigen zuerkannt wurde; ſtarb er nach eingewandtem Rechtsmittel wider das Strafurtheil erſter Inſtanz vor erfolgtem zweyten Erkenntniſſe, ſo werden die Erben durch dieſes letztere, ſo weit es das Vermögen betrifft, auch vollkommen verpflichtet [5]).

§. 88. b.

Verjährung der Klagen.

In der Regel erlöſchen die Klagen binnen drey-

---

tenz im Societätsverhältniß. Anm. zu Cod. civ. IV. 8. §. 7. S. 508.

4) z. B. Actio tutelae directa, aus welcher die Erben des Vormundes nur pro dolo et culpa lata, nicht aber pro culpa levi ihres Erblaſſers haften, ausgenommen, ſo weit ſie in facto proprio verſiren; oder der Krieg (§. 90.) mit dem Erblaſſer bereits in Lebzeiten befeſtiget war, oder dieſelben von des Pupillen Schaden profitirt haben. Cod. civ. I. cap. 7. §. 26. Nr. 3.

5) Strafg. 1813. I. art. 138. Anm. I. S. 323.

Zu §. 88. b. G. R. Linde §. 156. Martin §. 93. (90). Thibaut über Beſitz und Verjährung. §. 4[illegible].

ßig Jahren [1], und es iſt einerley, ob die Klage von ſelbſt erlöſche, oder durch eine rechtliche (ſtandhafte) Einrede entkräftet werde [2]. Jene Zeitbeſtimmung der Gerichtsordnung wiederholt auch das Civilrecht ſowohl im allgemeinen [3], als in ſpeciellem Bezug auf die poſſeſſoriſchen Rechtsmittel zu Wiedererlangung des Beſitzes [4], den Verluſt des Rechts, den kleinen Zehenten in Natur zu fordern [5], die Klage wegen weltlicher Zehenten [6], die petitio hereditatis [7], actio familiae her-

---

S. R. Kori Theorie der Verjährung. §. 96. f.

P. R. Cod. iud. cap. 4. §. 3. Anm. S. 183. lit. a.

1) Cod. iud. l. c.

2) „Von dem Unterſchied, ob die Action ipso iure, oder ope exceptionis hinweg falle, machen zwar die Autores viel Weſens —, es iſt aber eine bloße Subtilität, welche nicht viel heißt, auch von dem Jureconsulto Paulo in L. 112. D. de R. J. „„*nihil interest, ipso iure an quis actionem non habeat, an per exceptionem infirmetur*"" ſchon verworfen worden." Anm. l. c. Ueber dieſen Unterſchied und die verſchiedenen Bedeutungen von ipso iure, ipso facto und ope exceptionis ſind zu vergleichen. Anmerkung zu Cod. civ. I. 1. §. 5. — 2. §. 15. — 6. §. 8. S. 21. 105. 234. II. 2. §. 14. S. 915. — III. 6. §. 10. — 7. §. 14. — 10. §. 23. — 11. §. 3. 8. S. 547. 606. 764. 814. 845. — IV. 7. §. 18. — 9. §. 23. — 15. §. 9. 14. S. 452. 588. 720. 729. — V. 19. §. 8. 19. 21. 25. 26. 46. S. 1108. 1209. 1244. 1275. 1283. 1509.

3) Cod. civ. II. 1. §. 11. a. E.

4) ebd. II. 5. §. 11. Nr. 9.

5) ebd. II. 10. §. 12. Nr. 3.

6) ebd. II. 10. §. 21.

7) Cod. civ. III. 1. §. 9. Nr. 19. übereinſtimmend mit dem Zeitraum der vermutheten Erbſchafts-Repudiation. ebd. §. 19. Nr. 5.

ciscundae [8]), die Klage ad supplementum legitimae [9]), die Kaufreſciſſionsklage wegen enormer Verletzung [10]) und die perſecutoriſche Klage wegen ſtrafbarer Handlungen [11]). Ausnahmen dieſer regelmäßigen Verjährungszeit ſind. A. die Unverjährbarkeit a) der actio pignoratitia directa gegen die Gläubiger als Pfandinhaber [12]), b) einer in dem Hypothekenbuch eingetragenen Forderung, ſo lange ſie nicht gelöſcht iſt [13]); B. die längere Verjährung a) von einhundert Jahren bey dem einer Gemeinde oder einer anderen ſolchen nicht ſterbenden Corporation beſtellten Nießbrauch [14]); b) von vierzig Jahren α) eines ſchon begonnenen Rechtsſtreits, von der letzten gerichtlichen Handlung an gerechnet, nach welcher ſich keine Partey mehr gemeldet hat [15]); β) der hypothekariſchen Klage gegen den Schuldner und deſſen Erben [16]), mit Ausnahme der ſchon eingetragenen Forderungen (oben A. b. und Note 10.), γ) einer servitus discontinua, deren abwechſelnder Gebrauch monat- oder Jahrweiſe geſchieht, bey Abweſenden [17]), δ) der confeſſoriſchen Klage des Pfarrers wegen

8) ebd. §. 14. Nr. 26.
9) ebd. III. 3. §. 15. Nr. 13.
10) ebd. IV. 3. §. 22. Nr. 3.
11) ebd. IV. 16. §. 4. Nr. 5. Anm. S. 745. Nr. 11. lit. g.
12) ebd. II. cap. 6. §. 21. Nr. 5.
13) H. G. 1822. §. 52. Geſetzbl. 1822. S. 36.
14) Cod. civ. II. 9. §. 9. Nr. 6. Anm. S. 1526.
15) Cod. iud. cap. 3. §. 9. Nr. 5. Anm. S. 178. u. 188. Anm. zu Cod. civ. II. 4. §. 11. S. 1132. — und daher auch die Actio rei iudicatae, Cod. civ. IV. 13. §. 11. Nr. 1.
16) Cod. civ. II. 6. §. 20. Nr. 2.
17) ebd. II. 7. §. 8. Nr. 2.

Zehnten [18]), ε) der Reſciſſion eines Kaufs wegen Ungewißheit des Preiſes (Kaufſchillings) [19]); — C. die kürzere a) von zwanzig Jahren α) der hypothekariſchen Klage gegen einen dritten Beſitzer, im Fall der Abweſenheit und auſſer dem Fall eines Kaufs [20]), β) einer servitus continua unter Abweſenden [21]), γ) und ebenſo der Nutznießung [22]); b) von zehn Jahren α) bey dem Verluſt eines Privilegiums durch Mißbrauch [23]), β) der Fälle C. a. α—γ. unter Anweſenden [24]) γ) der Rechte, die auf den Widerruf eines Teſtaments gegründet werden, welcher vor weniger als ſieben, aber wenigſtens vor drey Zeugen geſchah, ſofern es auf Inſtitution oder Subſtitution eines Erben ankommt [25]); c) von fünf Jahren α) der Präjudicialklagen über den Status eines Verſtorbenen, von Zeit ſeines Todes an gerechnet [26]); β) der Revocationsklage des Mannes hinſichtlich der von der Frau mit ihren Gütern geſetzwidrig vorgenommenen Handlungen, von der Zeit an, da er ſie erfuhr [27]) γ) der Vindication von Pupillengütern von

18) ebd. II. 10. §. 22. Nr. 2.
19) ebd. IV. 3. §. 7. Nr. 1. I.
20) wie Note 13.
21) Cod. civ. II. 7. §. 8. Nr. 1.
22) ebd. II. 9. §. 8. Nr. 1.
23) ebd. I. 2. §. 16. Nr. 16.
24) wie Note 13. 18 und 19.
25) Cod. civ. III. 3. §. 26. Nr. 4.
26) inſofern ſie nicht ſchon vor dem Tode bey der Behörde angebracht wurden, oder in ſoweit es mehr um Verbeſſerung als Verſchlimmerung des zu Lebzeiten geführten Standes ankommt. Cod. civ. I. 5. §. 4. Nr. 6.
27) ebd. I. 6. §. 27. Nr. 3.

Zeit der Großjährigkeit oder Großjährigkeits-Erklärung des Curanden an gerechnet [28]); δ) der hypothekariſchen Klage in Käufen unter Anweſenden [29]); ε) der querela inofficiosi testamenti [30]) und ζ) der querela inofficiosae donationis [31]); η) bey dem ius separationis extraordinarium von Zeit des Erbſchaftsantritts [32]) d) von vier Jahren der Reſtitution gegen nicht proceſſualiſche Handlungen [33]), e) von drey Jahren der Forderung aus Kaufmanns- und Handwerks-Conten [34]); f) von zwey Jahren α) des allein [35]) noch gültigen Retracts ex iure

---

28) ebd. I. 7. 4. 13. Nr. 10.

29) wie Note 13.

30) Cod. civ. III. 3. §. 16. Nr. 9.

31) ebd. III. 8. §. 14. Nr. 4. III.

32) Cod. iud. cap. 20. §. 17. Nr. 8. II. aufgehoben durch das Prioritätsgeſetz vom 1. Juni 1822. §. 2. f. Geſetzbl. 1822. S. 101. f. (§. 197.)

33) Cod. civ. I. 7. §. 30. Nr. 7. §. 36. Nr. 7.

34) wobey noch überdies vorausgeſetzt wird, daß die Ausſtellung des Conto binnen einem Jahre nach Entſtehen der Schuld geſchehen ſey. V. v. 6. Aug. 1798. Mayr Gen. VI. S. 33. Moritz Nov. znm LdR. S. 189.

35) Von den im Civilcoder IV. 5. genannten 6 Arten des Einſtandes 1) ex iure consanguinitatis s. gentilitius, 2) ex iure patrimoniali s. feudali, vel ex dominio directo (der grundherrliche) 3) ex iure nobilitatis 4) ex iure congrui (Geſpilde oder Spaltungsrecht), 5) ex iure vicinitatis (Nachbarrecht) 6) ex iure incolatus (Marklosung) ſind die drey letzten in Bayern nicht üblich, Cod. civ. IV. 5. §. 16. die Nr. 2 und 3 aber durch neuere Verordnungen aufgehoben. V. u. Ed. v. 20. April, 7 u. 28. Juli 1808. und 26. Mai 1818. Moritz Nov. zum Landrecht. S. 444. f. mithin nur Nr. 1. übriggeblieben.

Digitized by Google

consanguinitatis, ſofern der getroffene und geſchloſſene Kauf mit ſeinen Umſtänden dem zum Einſtand berechtigten Verwandten nicht kund gemacht wurde [36]) β) der querela non numeratae pecuniae [37]); g) von einem Jahre α) der actio de peculio von dem Zeitpunkt an, da die dem Kinde anvertraute Verwaltung wieder aufgehoben wurde [38]); β) der Rechtsmittel zu Erhaltung des Beſitzes (interdicta retinendae possessionis) von Zeit der Beſitzſtörung an [39]), γ) der Klägen aus einem Militärteſtament von dem Ende des Feldzuges oder der Abdankung an [40]), δ) aus einem zur Zeit gefährlicher und anſteckender Krankheiten errichteten Teſtamente von der Zeit an, da die gefährliche und anſteckende Krankheit wieder aufhörte [41]); ε) der actio aestimatoria s. quanto minoris bey Käufen von Zeit der Extradition [42]); ζ) der Retractklage, wenn der Kauf gehörig kund gemacht wurde [43]); η) der Klage wegen Verbal-Injurien [44]); ϑ) der Poſtreclamationen [45]). ι) der Steuerreclamatio-

---

36) Cod. civ. IV. 5. §. 4. Nr. 6.

37) ebd. IV. 3. §. 25. Nr. 3. Von der damit verwandten Exc. non num. dotis und deren mehrfachen Zeitverhältniſſen ſ. §. 132. und Cod. civ. I. 6. §. 24. Nr. 6.

38) Cod. civ. I. 5. §. 5. Nr. 2. Anm. 179.

39) ebd. II. 5. §. 12. Nr. 7.

40) ebd. III. 4. §. 4. Nr. 12.

41) ebd. III. 4. §. 6. Nr. 5.

42) ebd. IV. 5. §. 25. Nr. 3.

43) wie Note 36.

44) Cod. civ. IV. 17. §. 13.

45) V. v. 13. Juli 1817. Regbl. 1817. S. 750. Moritz Nov. zum LdR. S. 192.

nen [46]); h) von ſechs Monaten der actio redhibitoria von Zeit der Extradition, mit Ausnahme des Pferdekaufs [47]); i) von dreyßig Tagen α) der querela non numeratae pecuniae im Fall der Hypotheken-Eintragung [48]), β) der querela contra apocham [49]); k) von vierzehn Tagen der actio redhibitoria bey Pferdekäufen [50]).

§. 89.

Cumulation der Klagen.

Mehrere Klagen, welche entweder verſchiedene, nicht [1]) mit einander zu verhandelnde Sachen [2]) oder

---

46) V. v. 30. Sept. 1811. 6. Oct. 1813. 29. Nov. 1814. Rgbl. 1811. S. 1524. 1813. S. 1274. 1814. S. 1766. Moritz a. a. O. S. 193.

47) Cod. civ. IV. 3. §. 24. Nr. 3.

48) Hyp. Geſetz 1822. §. 47. Geſetzbl. 1822. S. 43.

49) Cod. civ. IV. c. 11. §. 7. Nr. 1.

50) ebd. IV. 3. §. 23. Nr. 6. §. 24. Nr. 3.

Zu §. 89. **G. R.** Bayer S. 221. Danz §. 81. von Grolman §. 167. Linde §. 157. 193. Martin §. 147. (137.). Thibaut §. 1137.

S. R. Kori §. 64.

B. R. Cod. jud. cap. 4. §. 2. Anm. S. 200. Krüll §. 179.

1) Ein Staats-Vertrag zwiſchen Bayern und Württemberg v. 7. May 1821. §. 15. verordnet, daß Erbſchafts-klagen nicht im Wohnorte des Erben, ſondern da, wo ſich die Erbſchaft befindet, erhoben werden ſollen, und zwar ſo, daß, wenn die Erbſchafts-Stücke zum Theil in dem andern Gebiete der contrahirenden Staaten ſich befinden, der Kläger ſeine Klage zu theilen verbunden iſt, ohne Rückſicht, wo der größte Theil der Erbſchaftsſachen ſich befinden

verſchiedene Parteyen, die nicht Streitgenoſſen ſind, betreffen, ſollen in einem Klaglibell nicht vermiſcht, ſondern abgeſondert eingereicht und ebenſo abgeſondert regiſtrirt werden. Hat aber jemand mehrere Klagen, die einerley Urſprung haben [3]), gegen denſelben Gegner, ſo können ſie in einem Libell verbunden werden, ausgenommen, wenn ſie ſich einander widerſprechen [4]), eine für die andere präjudiciell [5]) iſt, oder eine durch die andere aufgehoben [6]) wird, in welchen Fällen ſie

---

mag. — Ausnahme wegen der beweglichen Sachen. — Rgbl. 1821. S. 867. Moritz IV. S. 13.

2) Beyſpiele zuläßiger Verbindung ſind Rechnungsſachen (§. 178.), Beſchwerden gegen Beamte und Herrſchaften. Anm. S. 200. lit. b.

3) z. B. Verbindung von Civil= und Criminalklagen aus demſelben Verbrechen, präparatoriſche und Hauptklagen. Anm. S. 201. litt. d. — Die Actio hypothecaria und die Perſonalklage ex debito. Cod. civ. II. 6. §. 19. Nr. 5. — die Petitio hereditatis und act. famil. hercisc. ebd. III. 1. §. 14. Nr. 24. und Anm. zu §. 9. S. 41. die petitio hereditatis und rei vindicatio. Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 9. S. 48. die actio iniur. aestimatoria und recantatoria. ebd. IV. 17. §. 5. Nr. 2. Anm. S. 801. die actio poenalis und persecutoria. Anm. zu Cod. civ. IV. 16. §. 1. S. 756.

4) z. B. Die rei vindicatio und das interdictum uti possidetis. ebend. lit. e. Cod. civ. II. c. 2. §. 7. c. 5. §. 12. — querela inoffic. testam. und querela nullit. Cod. civ. III. c. 3. §. 16. Anm. zu Cod. iud. cap. 4. §. 9. S. 201. e.

5) z. B. actio tutelae und actio subsidiaria. Anm. litt. e. Cod. civ. I. 7. §. 26. u. 29.

6) z. B. actio locati, actio L. aquil. und interdict. quod vi aut clam gegen den conductor wegen unternommenen Holzſchlags. Anm. litt. e.

höchſtens alternativ und aushülfsweiſe cumulirt werden dürfen [7]).

§. 90.

Antwort des Beklagten und Einlaſſung. Einreden.

Die Antwort auf die Klage [1]) ſoll ſo beſchaffen ſeyn, daß man deutlich und genügend daraus erkennen kann, was der Beklagte dem Kläger in der Hauptſache einräumen oder widerſprechen will. Eine ſolche Antwort iſt **Kriegsbefeſtigung**, litis contestatio (Einlaſſung) [2]); und zwar a) vera, wenn ſie wirklich

---

7) So die actio aestimatoria s. quanto minoris und die actio redhibitoria. Cod. civ. IV. 3. §. 25. Nr. 4. Unnöthig würde die Cumulation der rei vindicatio mit d. Act. Paul. ſeyn. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 9. S. 871. Von der Cumulation des petitorii und possessorii ſ. Anm. zu Cod. civ. II. 5. §. 11. S. 1174 und unten §. 188. der interdicta retinendae possessionis. Cod. iud. cap. 3. §. 6. Anm. S. 167. lic. c. Anm. zu Cod. civ. II. 5. §. 12. S. 1180. von der electiven Concurrenz der aquiliſchen Klage mit andern. IV. 16. §. . S. 756.

Zu §. 90. **G. R.** Bayer S. 234. 240. 264. Danz §. 172. v. Grolman §. 170. Linde §. 204. Martin §. 153. (143.) f. Thibaut §. 1138. 1139. 1193.

S. R. Kori §. 78. fg.

B. R. Cod. iud. cap. 6. §. 1. Anm. S. 231. Kräil §. 222. fg. Mündler §. 168. 169.

1) „Sowohl in summario als ordinario,“ ſagt Cod. iud. l. c. in Bezug auf den urſprünglichen Begriff des ordinarii (§. 7.) Cod. iud. cap. 3. §. 2. cap. 4. §. 11.

2) Ihre Eigenſchaft als quasi Contract. Cod. civ. IV. 13. §. 11. Anm. S. 657.

gegeben, b) **ficta**, wenn wegen Ungehorſam des Beklagten **lis pro contestata** geachtet wird; c) **solennis et specialis**, wenn der Beklagte ſich auf alle Punkte der Klage bejahend oder verneinend ſpeciell einläßt [3]), d) **minus solennis et generalis**, wenn der Beklagte die Geſchichtserzählung der Klage nur im Allgemeinen widerſpricht, oder eingeſteht; e) **pura**, wenn die Einlaſſung ohne Bedingung und Proteſtation durch förmliche und verſtändliche Antwort; f) **eventualis**, wenn ſie nur unter Bedingungen und mit Proteſtation geſchieht [4]). Mit der Einlaſſung ſind alle dilatoriſchen und peremtoriſchen Einreden bey Vermeidung der Präcluſion zu verbinden [5]). Ausgenommen von dieſer Re-

---

3) Wo eine ſolche feyerliche und ſpecielle Einlaſſung nothwendig ſey, beſtimmt das Geſetz nicht, ſondern bemerket nur, die **minus solennis** ſey in **summario**, jene in **ordinario** (ſ. Note 1.) gebräuchlich. v. Gönner Comm. S. 162. Die Anm. S. 252. litt. e. wiederholen dies, beziehen ſich hinſichtlich der feyerlichen auf den R. A. v. 1654. §. 37. in Anſehung der minder feyerlichen auf das canoniſche Recht cap. 1. X. de Lit. cont. (II. 5.) und Clem. 2. de V. S. (V. 11.) und auf die K. G. O. III. tit. 15. §. 4.; bemerken aber, daß auch dieſe ſo beſchaffen ſeyn müſſe, daß man daraus erkennen könne, was und wie viel man von der Klage eingeſtehe oder widerſpreche. Vergl. Cod. iud. cap. 6. §. 8.

4) Eine eventuelle Litis-Conteſtation iſt dann begründet, wenn dilatoriſche und peremtoriſche Einreden zugleich vorkommen. Cod. iud. cap. 6. §. 4. Ueber die erſten, wenn ſie hinreichend erörtert ſind, hat der Richter vor allen andern zu erkennen, und darf den Beklagten, wenn er ſich nicht freywillig einläßt, zum weitern Verfahren, in der Hauptſache früher nicht anhalten. ebd.

5) Cod. iud. cap. 6. §. 2. Anm. zu Cod. civ. IV. 9. §. 23. S. 588. Nr. 6. —

gel bleiben a) Einreden, welche ſich erſt nach der Hand ergeben [6]) b) gerichtsablehnende, (fori declinatoriae) [7]) c) die Einreden des Spoliums und des geendeten Streits, wenn ſie auf der Stelle dargethan werden können [8]), d) alle präjudiciellen [9]). Die Form der **Exceptions-ſchrift** iſt die der Klage, und es wird auch bey ihr deutlicher, anſtändiger, und geordneter Vortrag erfordert [10]). Bey Untergerichten iſt die Einreichung eines ſchriftlichen Exceptions-Receſſes Ausnahme, aber unbeſchränkt zuläſſig [11]); denn der Exceptionsſatz iſt für den Beklagten die Grundlage des Proceſſes, wie es die

---

6) Cod. iud. l. c. Darunter gehört auch die exceptio compensationis. IV. 15. §. 1. S. 699.

7) l. c. §. 5. Nr. 1.

8) l. c. Nr. 2. — Anerkennung der exceptio rei judicatae aus auswärtigen Urtheilen zwiſchen **Bayern** und **Würtemberg**. Staats-B. v. 7. May 1821. §. 3. **Moritz** IV. S. 5.

9) Welche ſo beſchaffen ſind, daß ſie nach richterlichen Ermeſſen eine vorläufige Erörterung vor andern bedürfen. ib. Nr. 3. Dahin gehört auch gegen Ausländer die exc. caut. ſ. §. 215. Note 3. —

10) Cod. iud. cap. 6. §. 8. — Zu dem geordneten Vortrag gehört Trennung der verſchiedenen Arten von Einreden, ſo daß die dilatoriſchen vorausgehen, und (nach der Einlaſſung d. i. der eventuellen) die peremtoriſchen folgen.

11) „Nach dem Kläger hat der Beklagte das Wort. Es kann ihm **nicht** verwehrt werden, die Antwort auf die Klage in einem ſchriftlichen Receſſe (recessus scriptus loco oralis) zu übergeben, doch iſt er verbunden, davon ein Duplicat dem Kläger zuzuſtellen, der ſonſt davon eine Abſchrift auf Koſten des Beklagten verlangen kann.“ v. **Gönner** Comm. S. 50. Nr. 3.

Klage für den Kläger iſt; die nämlichen Gründe, welche die Zulaſſung ſchriftlicher Klagen anrathen, ſprechen auch für die Zulaſſung des Exceptions-Receſſes, beſonders da hiedurch das Schreiben des Protocolls erleichtert und der Inſtructionstermin ſelbſt abgekürzt wird [12]). Deshalb kann auch das erneuerte Verbot [13]), die Beylegung ſchriftlicher Receſſe in protocollariſchen Verhandlungen nicht zu geſtatten, auf die Exception ſich nicht beziehen [14]).

§. 91.

Exceptions-Recht. Deſſen Uebergang auf Erben. Verjährung.

Wer ein Recht, zu klagen, hat, hat auch das Recht, zu excipiren [1]); daſſelbe Recht geht in der Regel auf Erben, Nachfolger und Bürgen über [2]), wo

---

12) v. Gönner a. a. O., welcher noch hinzufügt: „Auch entfernt die Zulaſſung dieſes Receſſes den Vorwand, deſſen ſich ſonſt der Beklagte bedienen würde, um mit Uebergabe einer Exceptionsſchrift des ſchriftlichen Verfahrens zu verlangen."

13) ſiehe V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 10. (§. 77. a. 3.).

14) was jedoch bey einigen Gerichten angenommen wird, während andere, z. B. das kgl. K. u. Stger. München die ſchriftlichen Exceptions-Receſſe nicht ausſchließen.

Zu §. 91. **G. R.** Bayer S. 263. Danz §. 156. Linde §. 160. 161. Martin §. 97. (94.). Thibaut §. 1040.

S. R. Kori §. 84.

B. R. Cod. iud. cap. 6. §. 5. 10. Anm. S. 239. und 247. lit. c.

1) Cod. iud. cap. 6. §. 5. Anm. zu Cod. civ. II. 6. §. 14. S. 1231. — V. 18. §. 39. S. 953.

2) Cod. iud. l. c.

nicht etwas anderes bedungen oder im Geſetz beſtimmt iſt [3]). Die Verjährung findet nur gegen diejenigen Exceptionen ſtatt, welche auch als Klage hätten angebracht werden können [4]).

§. 92.

Folgen des Läugnens.

Die Willkühr des Beklagten in der Art ſeiner Rechts-Vertheidigung iſt beſchränkt durch die Pflicht zur Wahrheit [1]). Gefährde zu entfernen, diente [2])

3) z. B. Die except. competentiae, Cod. ind. cap. 18. §. 10. Nr. 6. — moratorii ib. §. 12. Nr. 9. — minorennitatis. Cod. civ. l. c. I. 7. §. 30. Nr. 4. Anm. zu Cod. iud. cap. 6. §. 5. S. 239. litt. a.

4) Cod. iud. cap. 6. §. 10. Z. B. die exceptio non numeratae pecuniae. Cod. civ. IV. 11. §. 7. Anm. S. 602. Anm. zu Cod. iud. S. 248. und die exceptio non num. dot. Cod. civ. IV. 11. §. 9. f. dagegen v. Glück Erl. d. Pand. XX. 162.

Zu §. 92. **G. R.** Bayer S. 5. Danz §. 178. von Grolman §. 171. Linde §. 118. Martin §. 59. 100. (37. 97.) Thibaut §. 1140.

S. R. Kori §. 83.

B. R. Cod. iud. cap. 6. §. 8. Anm. S. 214.

1) Daher empfiehlt die Gerichts-Ordnung, vor Fortſetzung des Streites dem Beklagten, wie dem Kläger, ſich wohl zu bedenken, ſich mit wahrhafter, unverdunkelter Geſchichte bey Rechtsverſtändigen Raths zu erholen, Cod. iud. cap. 5. §. 7., ſich die Art und Eigenſchaft der angebrachten Klage oder Exception, ſammt allen dazu erforderlichen requisitis, ſattſam bekannt zu machen, — für den Zweck des zu führenden Beweiſes; alſo auch wohl zu bedenken, was bewieſen werden kann. ebd. cap. 9. §. 11.

2) A. M. iſt v. Gönner Comm. S. 112.

ehedem der Eid vor Gefährde (§. 113.) in ſeiner ganzen Ausdehnung. Muthwilliges Läugnen hat die allgemeine Folge des Streit-Muthwillens, Verurtheilung in die Koſten (§. 84.) [3]; die Einlaſſung auf eine nicht zuſtändige Klage die Folge der Verurtheilung (§. 93.) [4], das boshafte Läugnen eines empfangenen oder gegebenen Fauſtpfandes [5], des Geldempfanges, ſowohl bey der Klage aus einem Darlehn [6], als bey der Querel des nicht empfangenen Geldes (§. 132.) [7], und das Läugnen der Zahlung [8] die Folgen der Verurtheilung und einer dem Ermeſſen des Richters überlaſſenen (arbiträren) Strafe, insbeſondere aber ſolches Abläugnen einer Bürgſchaft die Folge des Verluſts der Rechtswohlthat der Excuſſion und Diviſion [9], dann das Abläugnen des Eigenthums eines Schaden bringenden Thiers die Folge des Verluſtes der Wahl, entweder den Beſchädigten auf andere Weiſe zu entſchädigen, oder das Thier für den Schaden auszuliefern (noxae datio) [10]; das Abläugnen des Beſitzes die Folge ſeines Verluſts [11]. Wer überführt wird, daß er ſeine eigene Handſchrift und Siegel gefährlicherweiſe abgeläugnet hat, verliert

3) Cod. iud. cap. 17. §. 4. Nr. 5. — z. B. wenn ſich in petitorio, nach gewonnenem possessorio, mala fides des in dieſem obſiegenden Theils entdeckt. (§. 188.). Cod. iud. cap. 5. §. 4. Nr. 12. Anm. S. 161.

4) Cod. civ. IV. c. 13. §. 11. Nr. 2. Anm. II. S. 347.

5) Cod. civ. II. 6. §. 23. Nr. 5. Anm. S. 1266. lit. f.

6) Cod. civ. IV. 2. §. 5. Nr. 11.

7) ebd. IV. 11. §. 8. Nr. 2.

8) ebd. IV. 14. §. 12. Nr. 4. Anm. S. 675.

9) ebd. IV. 10. §. 11. Nr. 4. §. 13. Nr. 4.

10) ebd. IV. 16. §. 7. Nr. 8. Anm. S. 759.

11) Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 8. S. 852.

dadurch alle ſeine übrigen Einreden in der Hauptſache, und wird, mit Vorbehalt ſtrafrechtlichen Verfahrens, wegen Betrug oder Meineid, zu Leiſtung des Doppelten verurtheilt [12]). Läugnet der wegen Real-Injurien Beklagte den Raufhandel ab, und er wird deſſen überwieſen, ſo wird der Kläger über ſeine erlittene Verwundung zum Eide gelaſſen [13]). — Die Folgen des Läugnens, welche das römiſche Recht bey einer **actio poenalis** eintreten läßt, finden nicht mehr ſtatt [14]). Auſſerdem ſtraft die G. O. unwahre Anzüge des Excipienten [15]) und verpflichtet auch die Anwälte, wiſſentlich keinen falſchen, unrechten, oder gefährlichen Auf- oder Anzug in ihren Vorträgen zu gebrauchen, zu ſuchen, oder den Parteyen anzurathen [16]). (§. 48.)

§. 93.

Wirkungen der Einlaſſung.

Die Einlaſſung hat die Wirkung der **mora** und **mala fides** und des Unterbrechens der Verjährung mit

---

12) Straf-Geſ. I. art. 256. fg. 269. Cod. iud. cap. 11. §. 8. Nr. 8.

13) Cod. civ. IV. 17. §. 9. Anm. S. 808.

14) Cod. civ. IV. 16. §. 3. Nr. 6. — Auch das neuere bayer. Strafrecht kennt keine eigentliche Strafe des Läugnens gegen Angeſchuldete. Anm. zum Strafg. 1813. II. S. 255. lit. c.

15) Cod. iud. cap. 6. §. 8. a. E.

16) ib. cap. 2. §. 5. Nr. 1.

Zu §. 93. G. R. Bayer S. 225. 248. Danz §. 183. Linde §. 197. 206. Martin §. 103. 149. 156. (100. 139. 146.). Thibaut §. 1141.

S. R. Kori §. 82.

der Ladung (§. 75.) gemein [1], auſſerdem wirkt ſie a) den Ausſchluß dilatoriſcher Einreden (§. 90.) [2]) b) hindert die Klagänderung, welche nach der Kriegsbefeſtigung im Hauptwerk der Klage [3]) nur in ſoweit ſtatt hat, als der Kläger ein ganz neues Klaglibell übergiebt, und dem Gegner die Koſten erſetzt [4]); c) perpetuirt auf gewiſſe Zeit beſchränkte Klagen (§. 88. b.) [5]); d) begründet den Uebergang der Klagen auf die Erben des Beklagten in Fällen, wo er ſonſt nicht ſtatt finden würde (§. cit.) [6]); e) bezeichnet den eigentlichen Anfang des Streits (§. 75. Note 1.) [7]) und wirkt daher auch Litispendenz (Rechtshängigkeit) [8]); f) und Liti-

---

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 13. cap. 6. §. 1. Anm. S. 208. 233. lit. g. Krüll §. 225. Mündler §. 178 — 180.

1) Anm S. 233. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 7. S. 861. Nr. 9. — 4. §. 11. S. 1131. III. 1. §. 9. S. 50.

2) Cod. iud. cap. 6. §. 2.

3) Aenderung in Nebenſachen, emendatio l. declaratio libelli hat auch nach der Litis-Conteſtation ſtatt. Anm. S. 208. litt. a. v. Gönner Comm. S. 47.

4) Cod. iud. cap. 4. § 13. Anm. S. 0 8. lit. b. u. S. 233. litt. g. Nr. 5.

5) Cod. iud. cap. 3. §. 9. Nr. 5.

6) Cod. iud. cap. 4. §. 2. Anm. S. 187.

7) Cod. iud. cap. 3. §. 9. Nr. 1. Anm. S. 176. u. 233.

8) Nach dem Staats-Vertrag zwiſchen Bayern und Württemberg v. 7. May 1821. §. 15. Abſ. 2. iſt die Rechtshängigkeit (Litispendenz) ſchon durch Inſinuation der Ladung (§. 75.) für begründet erkannt, und ſo bald vor irgend einem, in dieſem Vertrag als zuſtändig anerkannten, Gerichtsſtande eine Sache rechtshängig (pendent) geworden iſt, ſo iſt der Streit daſelbſt, ohne Rückſicht auf eine ſpätere

gioſität 9). Die Vollmacht wird nicht mehr unwiderruflich 10); aber aus der Einlaſſung, als Quaſi-Contract, entſteht die actio rei judicatae 11) und die Verbindlichkeit deſſen, der ſich liti offerirt, dem gegen ihn ergehenden Erkenntniß Genüge zu leiſten 12). Kommt Wiſſen und Willen des ordentlichen Richters hinzu, ſo begründet die Einlaſſung auch Prorogation des Forums (§. 39.) 13).

§. 94.

Replik, Duplik und Schluß der Sache.

Ob, im Verfahren durch Schriftenwechſel 1), nach Klage und Antwort noch eine weitere Verhandlung un-

---

Wohnungs-Veränderung zu beendigen. Moritz IV. S. 13. vergl. Anm. zu Cod. civ. II. 4. §. 9. S. 1127.

9) Anm. S. 176. „Das Vitium rei litigiosae beſteht darin, daß weder von ſelber Zeit an die beſtrittene Sache von einem Theil zum Präjudiz und Abtrag des Andern, sub poena nullitatis, mehr veräußert, noch der Streit bey willkührlicher Straf an ein anderes Gericht mehr gebracht werden kann.“ Vergl. Cod. iud. cap. 1. §. 16. cap. 18. §. 5. Nr. 1. Anm. zu Cod. civ. II. 6. §. 20. S. 1257.

10) Weil das römiſche dominium litis ceſſirt. Anm. S. 233. u. 274.

11) Cod. civ. IV. 13. §. 11. Nr. 1. Anm. IV. S. 657. — An die Stelle dieſer Klage tritt jetzt Anrufen um Execution. Anm. zu Cod. ind. S. 575. lit. c.

12) ebd. Nr. 2. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 8. S. 855.

13) Cod. ind. cap. 1. §. 17.

Zu §. 94. **G. R.** Bayer S. 168. 282. 288. Danz §. 197. f. v. Grolman §. 177. f. Linde §. 214—219. Martin §. 163—168. (153—158.) Thibaut §. 1142.

S. R. Kori §. 76. 86.

B. R. Cod. iud. cap. 6. §. 11. f. Anm. S. 248. Nov.

ter den Theilen nöthig ſey, iſt dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen. Iſt nämlich der Beklagte der Klage ſowohl in facto, als in jure geſtändig, ſo wird, ohne weitern Schriftwechſel, executiv gegen ihn verfahren. Widerſpricht er aber der Klage, ſo ſoll der Richter ſehen, ob der ganze Streit einzig und allein auf dem Facto beruhe, und ohne Beweisführung nicht zu entſcheiden ſey, oder ob dieſes noch zweifelhaft und einer weitern Erörterung bedürfe [2]. Im erſten Fall hat er den nöthigen Beweis [3], ohne weitern Schriftenwechſel, durch Vorbeſcheid (§. 69.) aufzutragen, im andern Fall aber die Replik zu fordern. In dieſer ſoll ſich der Replicant (Kläger) gegen die Exception ebenſo, wie der Beklagte mit der Exception gegen die Klage (§. 90.) verhalten, mithin auch alles, was er ſowohl in facto, als in jure dagegen anbringen hat, gleich auf einmal, bey Vermeidung der Präcluſion anzubringen, ſofort beſchließen und auf den Endbeſcheid ſubmittiren [4]. Dieſelben Verbindlichkeiten gelten in Hinſicht auf den Duplikſatz. Der Beklagte hat in dieſem das letzte Wort; von ihm darin vorgebrachte nova werden nur dann be-

---

z. G. O. S. 241. Krüll §. 248—261. Mündler §. 243 — 258.

1) Das ſchriftliche Verfahren iſt nur bey Obergerichten Regel, bey Untergerichten Ausnahme. Geſ. v. 22. July 1819. §. 1. ſ. Beyl. S. 4.

2) Cod. iud. cap. 6. §. 11. Erinnert durch Veror. v. 2. Febr. 1830. II. A. 3. (§. 77. a. 3.)

3) „ſofern ſolcher nicht ſchon ſelbſt in exceptionibus mit übergeben iſt.“ ibid. eine Befugniß, welche nach dem Geſetz v. 22. July 1819. §. 16. (§. 158.) jetzt wegfällt.

4) Cod. iud. cap. 6. §. 12.

rückſichtiget, wenn in der Replik dazu Veranlaſſung gegeben wurde, oder ſie ſich erſt neuerdings ergeben und ſolches eidlich [5]) erhärtet werden kann [6]). Ueber die Duplik ſoll kein weiterer Schriftenwechſel geſtattet, ſondern die Sache allenfalls von Amtswegen (§. 70.) für geſchloſſen angenommen werden, es ſey denn, daß erhebliche und zuläßige [7]) nova in facto vorkommen [8]). Die venia triplicandi iſt dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen [9]). Auch in dem protocollariſchen Verfahren der Untergerichte ſind Replik und Duplik-Sätze zu trennen, und daher im allgemeinen alle dieſe Grundſätze auch dort anwendbar. (§. 148.) [10]).

§. 95.

Beweis überhaupt.

Wenn die Parteyen über die Thatſachen eines

---

5) Fortdauernde Zuläſſigkeit dieſes Eides. — Vergl. v. Gönner Comm. S. 79. 112. f.

6) Cod. iud. cap. 6. §. 13.

7) Zu beurtheilen nach §. 13. a. a. O. a. E.

8) ebd. §. 14.

9) V. v. 15. Dec. 1779. Mayr Gen. I. S. 189. Nov. z. G. O. I. S. 241.

10) v. Gönner Comm. S. 50. f. und 220. Note *.

Zu §. 95. G. R. Bayer S. 297. 318. Danz §. 236. v. Grolman §. 80. Linde §. 254. Martin §. 127. (123.) Thibaut §. 1143.

S. R. Kori §. 87. 95.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 3. Anm. S. 309. Nov. z. G. O. S. 253. Moriz Nov. z. G. O. II. S. 206. III. S. 191. Krüll §. 316. Mündler §. 265. f.

Rechtsſtreites einig ſind, bedarf es keines Beweiſes [1]. Nur das *Factum*, nicht das Recht iſt Gegenſtand der Beweisführung, mit Ausnahme beſonderer Statuten und Gewohnheiten, welche, wenn ſie nicht öffentlich kundbar ſind, ebenfalls dargethan werden müſſen [2]. Was in den Acten bereits bewieſen vorliegt, und dadurch *gerichtskundig*, oder, inſofern es dadurch auch auſſer Gericht allgemein bekannt iſt, *notoriſch* wurde, braucht nicht erſt bewieſen, ſondern nur allegirt zu werden [3]. Iſt aber die angebliche *Notorietät* widerſprochen, und zweifelhaft, ſo iſt ſie von dem, der ſich darauf beruft, zu beweiſen [4]. *Gemeiner Ruf* (fama publica, Gerücht) wirket bey altvergangenen oder ſchwer zu beweiſenden Sachen, wenn er wenigſtens von *zehn* Jahren her beſtändig und gleichförmig war, und durch zwey glaubwürdige Zeugen bewieſen wird, ſoviel, daß der Richter nach Umſtänden auf Eid (§. 117. a.) darüber erkennen kann [5]. Der Beweis geſchieht dem Richter [6], und *vor* dem, in der Hauptſache competenten Richter [7].

---

1) „Was weder specialiter, noch generaliter widerſprochen wird." Cod. iud. cap. 9. §. 3. nr. 3. — Von dem Beweiſe einer *Negation* ſ. §. 99. Cod. iud. cap. 12. §. 1. n. 8.

2) ebd. nr. 2.

3) Cod. iud. cap. 12. §. 5.

4) ebd. u. Anm. S. 425.

5) Cod. iud. cap. 12. §. 6.

6) Cod. iud. cap. 9. §. 1.

7) Cod. iud. cap. 10. §. 5.

§. 96.

Beweisarten.

Der Beweis iſt I. nach den Verhältniſſen der ſtreitend ſich gegenüberſtehenden Parteyen a) *Beweis* (Hauptbeweis), womit eine Partey zuerſt auftritt [2] oder nach den geſetzlichen Beſtimmungen über Beweislaſt zuerſt auftreten muß; b) *Gegenbeweis*, welchen der Gegner des Hauptbeweisführers in der nämlichen Sache führt, mit den Unterabtheilungen des *eigentlichen* und *uneigentlichen* (*directen* und *indirecten*) (§. 100. 101.); II. hinſichtlich der *Form*, *ordentlicher* und *ſummariſcher* (§. 149.); III. in Rückſicht des *Inhalts* theils A. in Bezug auf die dabey gebrauchten Beweismittel a) *einfacher*, wenn eine einzelne Art von Beweismitteln zu einem beſtimmten und zwar in der Regel vollſtändigen Reſultat führt [3], und b) *zuſammengeſetzter*, wenn mehrere einzelne verſchiedenartige, und gewöhnlich an ſich unvollſtändige Beweismittel, gebraucht werden [4]; B. nach den Vorſchriften über die Quantität der beſtimmten Beweis-

---

Zu §. 96. **G. R.** *Bayer* S. 315. 334. 335. *Danz* §. 242. 244 — 249. v. *Grolman* §. 89. *Linde* §. 237. 314. 315. *Martin* §. 136. 181. b. n. 190. II. 233. (126. 171. 179. 222.) *Thibaut* §. 1144. 1145.

S. R. *Kori* §. 42. S. 86. *Deltze* Anl. S. 262.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 2. Anm. S. 306. lit. a. b. *Krüll* §. 319—322. *Mündler* §. 270. 448.

1) In der erſten Ausgabe §. 96. 97. 103. u. 149.

2) And. M. iſt *Bayer*, Vortr. S. 331.

3) Z. B. der Beweis durch zwey untadelhafte Zeugen.

4) Z. B. auſſergerichtliches Geſtändniß und eine Wunde. Cod. iud. cap. 12. §. 6.

mittel einer oder mehrerer Gattungen a) voller, wenn er das geſetzliche Maß, was der Richter zu ſeiner Ueberzeugung bedarf, erreicht [5]; b) ein nicht voller, wenn dieſes nicht der Fall iſt, und nach Verhältniß des da zu Mangelnden α) ein halber [6], β) ein mehr [7], γ) oder weniger [8], als halber; C. nach der Möglichkeit, auf das Reſultat des Beweiſes eine Hauptentſcheidung zu gründen, a) ein vollſtändiger, wenn ſolche möglich, b) ein unvollſtändiger, wenn eine Ergänzung noch erfoderlich iſt [9]; D. nach dem Verhältniß zu entgegenſtehenden Rechtsvermuthungen kommt auch mehr als vollſtändiger Beweis, und zwar der Beweis per evidentiam facti, vor [10]. E. Iſt bey einem Beweisgegenſtand ein mehrfaches Verhältniß entſcheidend, z. B. bey den Pertinentien eines Gutes der Rechtstitel, die Qualität und Zahl, ſo unterſcheidet man a) generellen Beweis (probatio generalis), der

5) Cod. iud. c. 10. §. 13. Nr. 2. §. 17. Nr. 5. §. 20. Nr. 6. — 11. §. 2. Nr. 1. §. 7. — 12. §. 1. — 13. §. 2. Nr. 10.

6) Cod. iud. c. 10. §. 13. Nr. 6. §. 20. Nr. 6. — 11. §. 8. Nr. 3. — 12. §. 1. Nr. 6. §. 2. u. 6.

7) ebd. Anm. S. 306. lit. b.

8) ebd. S. 307.

9) „noch beſſern Beweis erheiſcht.“ Cod. iud. cap. 9. §. 2. — der aber nicht mehr aufgetragen werden darf. Geſ. v. 22. July 1819. §. 17. Beyl. S. 13. (§. 158.)

10) Cod. civ. I. 4. §. 9. Nr. 2. III. 1. §. 13. Anm. S. 76. Verſchieden davon ſcheint aber, wenigſtens nach der Sprache der Anmerkungen, eine probatio liquidissima zu ſeyn, von welcher bey dem Beweiſe der Erforderniſſe eines höhern Zinsſatzes die Rede iſt in den Anm. zu Cod. civ. II. 3. §. 21. S. 1073. 1074.

dieſe Beſtandtheile nicht berückſichtiget, b) von dem ſpeciellen (probatio specifica), woraus alle einzelnen Theile ſich erſehen laſſen [11]. Von beſonderer Wichtigkeit aber iſt unter allen dieſen Eintheilungen der Unterſchied zwiſchen vollem und vollſtändigem Beweis in Anſehung der möglichen und nothwendigen Ergänzungen durch Eid, und insbeſondere der Befugniß und Pflicht des Richters, auf Erfüllungseid zu erkennen [12].

§. 97.

Anwendung der einzelnen Beweisarten.

Die Geſetze beſtimmen, wie einzelne Beweisarten hergeſtellt werden, und welche Beweisart in gewiſſen

---

11) Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 14. S. 915.

12) Wohl angedeutet in Bayer's klaſſiſchen Vorträgen S. 355. Nr. 4., aber doch noch einer weitern und umſtändlichern Ausführung werth. Vorläufig mag es genügen, das Beyſpiel zu allegiren, da über eine dreyßigjährige Verjährung α) zwey vollgültige Zeugen über die jüngſten zehn Jahre befriedigend; β) über die ältern zehn Jahre nur ein vollgültiger und ein exceptionsmäßiger Zeuge, oder auch ein vollgültiger allein; γ) über die älteſten zehn Jahre aber entweder gar kein, oder nur ein exceptionsmäßiger Zeuge — bejahend deponiren. Da bedarf es natürlich zu α) gar keines Erfüllungseides; zu β) wäre derſelbe zuläſſig und nöthig; zu γ) kann er aber nicht erkannt werden; noch weniger endlich iſt es rechtlich geſtattet, über den ganzen zu führenden Beweis einer dreyßigjährigen Verjährung dem Probanten in dieſem Fall das suppletorium zuzuerkennen, da daſſelbe zwar den Mangel der Vollzahl der Beweismittel bey dem Beweisſatz oder einem Theile deſſelben (Quantität), nicht aber die Vollſtändigkeit des Ganzen (Qualität) [hier zufällig auch Quantität der Zeit] zu ergänzen beſtimmt iſt.

Zu §. 97. **G. S. u. B. R.** wie zu §. 96.

Rechtsgeſchäften nöthig und zuläßig iſt. In der Regel wird *voller* und *vollſtändiger* Beweis durch zwey unverwerfliche Zeugen (§. 123.) [1]), durch gehörig errichtete öffentliche [2]) und anerkannte Privaturkunden [3]) (§. 126 f.) durch gerichtliches Geſtändniß in facto [4]) (§. 104. 6.) und durch Ableiſtung eines rechtmäßig angebotenen, oder zurückgeſchobenen Eides [5]) (§. 114.) bewirkt; ein *halber* durch die Ausſage eines einzigen Zeugen [6]) (§. 123.), durch Schriftenvergleichung, wenn andere Behelfe hinzukommen [7]) (§. 133.), durch außergerichtliches an ſich vollkommen bewieſenes Geſtändniß [8]) (§. 104.) durch vollſtändigen Beweis des zehn Jahre hindurch gleichförmigen gemeinen Rufs [9]) (§. 95.), durch mehrere zuſammentreffende factiſche Vermuthungen [10]) (§. 98a. f.); ein *mehr als halber* durch einen vollgültigen und einen nicht vollgültigen Zeu-

---

1) Cod. iud. cap. 10. §. 13. Nr. 2. §. 17. Nr. 6. Ebenſo durch die Ausſage von drey oder mehr gleichförmigen Zeugen, wenn ihnen auch ein einzelner widerſpricht. ebd. §. 20. Nr. 6. — Die Ausnahmen, wo *mehrere* Zeugen erfordert werden. oder *einer* genügt ſ. §. 123.

2) Cod. iud. cap. 11. §. 2. Nr. 1.

3) ebd. §. 7.

4) nicht in iure. Cod. iud. cap. 12. §. 1.

5) ebd. cap. 13. §. 2. Nr. 10.

6) ebd. cap. 10. §. 13. Nr. 5. — ebenſo, wenn ein einzelner Zeuge zwey anderen gleichförmigen widerſpricht. §. 20. Nr. 6. — Vergl. cap. 13. §. 3. Nr. 2. (§. 136.)

7) ebd. cap. 11. §. 8. Nr. 3.

8) ebd. cap. 12. §. 1. Nr. 6. ausgenommen, wenn auch noch die Handſchrift des Geſtehenden darüber vorhanden iſt. ebd.

9) ebd. cap. 12. §. 6.

10) ebd. §. 2. Nr. 1.

gen [11]), ein weniger als halber durch einen nicht vollgültigen Zeugen und auf andere ähnliche Weiſe [12]). Den künſtlichen Beweis aus Vermuthungen laſſen die Rechte zu bey dem Beweiſe der Simulation [13]), der Aemulation [14]). der Erforderniſſe einer Exhibitionsklage [15]), des Rechtstitels bey der Verjährung [16]), des Miteigenthums bey Nachbarhäuſern u. d. [17]), bey poſſeſſoriſchen Rechtsmitteln [18]), zu Nachweiſung der mala fides [19]), der Verſtandes-Zerrüttung eines Teſtators [20]), des Betrugs in Contracten [21]), des Darlehns [22]), der versio in rem, wo ſie überhaupt erforderlich iſt [23]), der Zahlung [24]), und ſetzen dieſem Conjecturalbeweis entgegen theils den ordentlichen [25]), theils die probatio liqui-

11) Anm. S. 306. lit. b.

12) ebd. S. 307.

13) Anm. zu Cod. civ. II. 1. §. 5. S. 747. IV. 3. §. 6. S. 162.

14) ebd. II. 2. §. 6. S. 842.

15) ebd. §. 12. S. 880.

16) ebd. 4. §. 6. S. 1109.

17) ebd. 3. §. 16. S. 932.

18) Cod. civ. III. 1. §. 10. S. 57.

19) ebd. II. 2. §. 8. — 4. §. 7. S. 861. 1111.

20) ebd. III. 3. §. 2. S. 262.

21) ebd. IV. 1. §. 25. S. 87.

22) ebd. 2. §. 4. S. 111.

23) ebd. S. 113. V. 19. §. 39.

24) ebd. IV. 14. §. 13. S. 678.

25) jedoch nicht in dem Sinne der bloßen Proceßform (§. 149.); ſo bey Rechnungslegung unter Geſellſchaftsgenoſſen, wobey nur für größere Poſten probatio ordinaria gefodert, in kleineren aber dieſes „nicht ſo knapp“ genommen wird. Anm. zu Cod. civ. IV. 8. §. 6. S. 523.

dissima [26]) und per evidentiam facti [27]). Ganz unzuläßig iſt der Conjecturalbeweis hinſichtlich des Eigenthums bey der rei vindicatio [28]), und des Beweiſes nicht gezahlten Geldes nach verfloſſenem biennio. (§. 132).

§. 98. a.

Rechtsvermuthungen. Begriff und Eintheilung derſelben.

Vermuthung iſt der Schluß, welcher von der Exiſtenz einer bewieſenen Thatſache, auf die Exiſtenz einer nicht bewieſenen gezogen wird. A. Hat dieſer Schluß kein ausdrückliches Geſetz für ſich, ſo iſt die Vermuthung nur factiſch (praesumtio hominis) und kann allein weder ganze, noch halbe Probe machen, ſondern nur als Behelf (adminiculum) dienen, und erſt bey dem Zuſammentreffen mehrerer ſolcher Vermuthungen die Zuerkennung eines nothwendigen Eides (§. 96. u. 117.) [1]) begründen [2]). B. Iſt die Vermuthung aber in einem Geſetz gegründet (praesumtio juris), ſo iſt ſie entweder a) eine einfache (praesumtio simplex), welche

---

26) Anm. zu. Cod. civ. II. 3. §. 21. S. 1073. 1074.

27) ebd. III. 1. §. 13. S. 76.

28) ebd. II. 2. §. 8. S. 851.

Zu §. 98a. **G. R.** Bayer S. 315. Danz §. 243. 358. f. v. Grolman §. 81. Linde §. 255. Martin §. 151. 133. 181. (123. d. f. 171.) Thibaut §. 1146.

S. R. Oeltze Anl. §. 174.

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 2. Anm. S. 416. Krüll §. 443—451. Mündler §. 448—453.

1) Cod. iud. cap. 12. §. 2. nr. 1.

2) Cod. d . l. c. nr. 7.

im Falle des Widerſpruchs, den, der ſich darauf bezieht, nicht von dem Beweiſe ſeiner Behauptung befreyt [3]; b) oder eine qualificirte (praesumtio qualificata), deren Widerlegung einen vollen Beweis erfordert [4]; c) oder eine ſtarke (praesumtio violenta), welche nur durch einen mehr als vollſtändigen Beweis (per evidentiam facti) widerlegt werden kann [5], d) oder eine ſolche, welche gar keinen Gegenbeweis leidet (praesumtio juris et de jure) [6].

§. 98. b.

Civilrechtliche Beſtimmungen über Präſumtionen und Fictionen.

Dieſes in der Bayeriſchen [1]) Gerichtsordnung angenommene Syſtem (§. 98. a.) iſt durch das ganze

---

3) ib. nr. 3. Anm. S. 397. lit. b. 417. lit. d.

4) Deren Gegenſtand alſo ſo lange für wahr gehalten wird, bis das Gegentheil vollſtändig bewieſen iſt, ib. nr. 4. Anm. lit. e.

5) ib. nr. 5. Anm. lit. f. S. 418.

6) ib. nr. 6. Anm. lit. g. S. 419. Siehe §. 98. b. Note 4.

Zu §. 98b. **G. R. u. S. R.** wie zu §. 98a.

B. R. Cod. max. civ. in allen ſeinen Theilen.

1) Der mit D. D. bezeichnete Recenſent des Handbuchs in der Jen. A. L. Z. 1829. Nr. 143. S. 183. hat wahrſcheinlich vergeſſen, daß das Handbuch den Hauptzweck hat, bayeriſchen Civilproceß und zwar aus ſeinen geſetzlichen Quellen darzuſtellen, welche er ſelbſt nicht zu kennen ſcheint, da alle critiſirenden Bemerkungen in ſeiner Recenſion den poſitiven Beſtimmungen und dem deutlichen Syſteme des bayr. Proc. geradezu widerſprechen; er hat ebenſo überſehen, daß die

Bayeriſche Civilrecht nach deſſen Text und Commentar conſequent durchgeführt. Beyde beſtimmen nicht blos alles, was und wie es vermuthet werde [2]); ſondern wiederholen auch die Erläuterung der in der Gerichtsordnung aufgeſtellten Begriffe bey der praesumtio iuris et de iure mit beſtimmter Bezeichnung der=

Faſſung des §. 98, (jetzt §. 98 a.) ganz genau aus jenen Quellen entnommen iſt.

2) wie zahlreiche Stellen des Cod. civ. und der Anmerkungen darthun: Cod. civ. Th. I. Kap 2, §. 13. Nr. 5. §. 16. Nr. 5, — 3. §. 2, 3, u, 7. 4, 7. — 4. §. 7, 13. 9, 2. 4. u. 5, — 5. §. 3, 4. — 6. §. 13, 11. 25, 1. — 7. §. 17, 3. Anm. S, 97. 112. 125. 129. 137, 158. 160 f. 180. 264. 305. 448.

Th. II. Kap. 1. §, 5. — 2, §. 8. 9. 10, 8. 14. — 3. §. 3. — 4. §, 6. 7, 2. — 5. §. 7, 4. 13. — 7. §. 2. 3, 3. 11, 2. — 8, §. 2. — 10. §. 5, 2. Anm. S, 746. 851. 872. 914. 915. 919. 924, 944. 1109. 1111, 1153. 1182. 1290. 1295. 1313. 1319. 1341.

Th. III. Kap. 1. §, 9, 4, 12. 13, 17 u, 22. 19. — 2. §. 4. 6. — 3. §. 19. 20. 26, 6. 27, 6 u. 12. — 4. § 4, 10. 9, 5. — 6. §. 16. — 7. §. 5, 2. 9. 13, 5. 14, 9. 15, 3. — 11. §. 1, 14. Anm. S. 44. 71. 72. 114. 167. 197. 384. 426. 449. 495. 575. 593. 605,

Th. IV. Kap 1. §. 21, 6, 25. — 2. §. 4, 2. 7, 1 u. 16. — 2. §. 4, 2. 7, 1 u. 16. — 3. §. 5, 2. — 4. §. 10, 7. 15, 16. — 5. §. 10. — 6, §. 4. 10, 2. — 7. §. 10, 4, 18, 3. 25, 4 u. 5. 27, 3. 31, 10 u. 11. 33. — 10. §. 3, 3. 4, 5. — 13. §. 2, 7. — 14. §. 13. 14, 2. — 15. §. 1, 14. 5, 2. 6, 4. 7. 23, 8. 10, 6. — 17. §. 4. 8, 2. Anm. S. 79. 87. 94, 115. 116. 143. 161. 259 317. 348. 359. 414. 452. 465. 470. 482. 488. 536. 558. 632. 676. 683. 709. 711. 716. 718. 795. 796. 808.

Th V. Kap. 19. §. 21. — 24. §. 10. Anm. S. 1242. 1752.

ſelben [3]), ohne jedoch von ihr ſelbſt Beyſpiele zu geben [4]), lediglich daher durch den Gegenſatz ſehr ähnlicher

3) Die Anm. zu Cod. civ. IV. 17. §. 4. S. 796 erörtern, daß für die Obrigkeit die Vermuthung ſtreite, ſie ſtrafe und arretire nur, um zu beſſern und Juſtiz zu adminiſtriren; da aber dieſes keine praesumtio iuris et de iure ſey, ſondern praesumtionem (et probationem) contrarii noch zulaſſe, ſo verliere ſie ihre Kraft, ſobald ſich nur zeige, daß die Obrigkeit nicht in ordine geblieben ſey, ſondern excedire und den Arreſt z. B. ohne hinlängliche Urſache, ein Wahrheitserforſchungsmittel ohne Indicien, die Strafe ohne genügenden Beweis oder Verdacht verhänge, ſofort ihre Amtsgewalt auf dieſe oder andere Art mißbraucht habe. Aehnlich in Bezug auf die aus dem unfürdenklichen Beſitz, beſonders in Zehntſachen, aus der Zurückgabe eines Pfandes hervorgehende, und die für den geiſtlichen Zehent des Pfarrers ſtreitende Vermuthung, welche letzte eine fortissima praesumtio et intentio in iure genannt wird. Anm. zu Cod. civ. II. 4. §. 9. S. 1126. — 10. §. 7. S. 1517. II. 6. §. 17. S. 1246 und II. 10. §. 24. S. 1581. Vergl. Note 6. a. E. und Note 10.

4) Beyſpiele der praesumtio iuris et de iure, welche gar keinen Gegenbeweis zuläßt, und daher nicht ſowohl Vermuthung, als vielmehr juridiſche poſitive Gewißheit iſt (ſ. Weindler a. a. O. S. 51), können, der Natur der Sache nach, nur aus poſitiven ſtrafrechtlichen Anordnungen, ſich ergeben. Daher haben auch die Anm. zu Cod. iud. ſie nur aus dem Cod. crim. von 1753. I. 3. §. 2. und 21. entnommen, wonach 1) derjenige, der in böſer Meinung, dem andern Schaden zu thun, etwas unternimmt, was ohne augenſcheinliche Todesgefahr nicht unternommen werden kann, — mit der Ausrede, als habe er nicht den Tod, ſondern nur eine Verwundung u. d. vorgehabt, nicht einmal mehr angehört, geſchweige dann zur Gegenprobe gelaſſen werden ſoll, wie ſolches auch das Strafgeſetz von 1813. I. Art. 41. klar ausſpricht, und nur in den Anmerkungen Bd. I. S. 147 nach

Vermuthungen, denen der Hauptcharacter jener Art fehlt [5]), bey der praesumtio violenta mit ſolcher Benennung [6]), hinſichtlich der qualificirten Präſumtionen ohne dieſen Namen [7]) zu brauchen, nur durch Angabe ihres

v. Gönner's bekannter Theorie von der Vermuthung des criminalrechtlichen dolus eine andere Auslegung erhalten hat; — 2) dieſelbe Vermuthung den heimlich gebährenden ledigen Weibsperſonen, wenn das Kind todt gefunden wird, und ſie ſich damit entſchuldigen, daß das Kind ſchon todt von ihnen ging, entgegen ſtehen, und ſie daher mit dieſer Entſchuldigung auch gar nicht gehört werden ſollen, was jedoch in dem Strafgeſetz von 1813. I. Art. 160 f. mannigfach modificirt iſt, und daher die Eigenſchaft einer gar keinen Gegenbeweis zulaſſenden geſetzlichen Annahme verloren hat.

5) ſiehe Note 5.

6) Als Beyſpiel einer praesumtio iuris violenta führen die Anm. zu Cod. iud. cap. 12. §. 2. S. 418. lit. f. die Muthmaßung an, welche für die Rechtmäßigkeit des in der Ehe erzeugten Kindes ſpricht, und ſo ſtark iſt, daß das Gegentheil nicht anders als per evidentiam facti, nämlich durch lange Krankheit und Abweſenheit, oder durch Impotenz des Ehemannes augenſcheinlich und offenbar bewieſen werden kann. Dies iſt wörtlich in den Text des Cod. civ. I. 4. §. 9. Nr. 2 aufgenommen, und in den Anmerkungen, (welche nach bekannter Manier auch ein Argument per miraculum: „tu non es pater meus" von anno 432 allegiren), mit dem Beyſatz wiederholt: „doch iſt dieſes keine praesumtio iuris et de iure, wie einige meinen, ſondern nur violenta." Anm. ad. l. c. S. 160. 161.

7) Blos einmal wird einer gravis praesumtio gedacht, in Bezug auf die Immemorial-Präſcription, welche nach dem Codex ſo lange Kraft behält, bis ſich durch den Gegenbeweis ergiebt, daß die Verjährung auf einem titulo mere vitioso beruhe. II. 4. §. 6. S. 1109. a. E., woraus alſo folgt, daß unter der gravis nicht eine violenta, ſondern eine qualificata verſtanden werde.

in der G. O. genannten Kennzeichens [8]), bey den übrigen weniger beſtimmt [9]) und hinſichtlich der einfachen, einigermaſſen abweichend von der Definition der G. O. [10]). Verſchieden von demjenigen, was blos vermuthet und daher durch einen Schluß herbeygeführt wird [11]), iſt dasjenige, was das Geſetz, ungeachtet es nicht wirklich exiſtirt, für wirklich annimmt, fingirt, die fictio iuris l. legis [12]). Und ſolche Fictionen exiſtiren, ſo ſehr auch der gelehrte Commentar des Civilrechts dagegen eifert [13]), doch im Bayeriſchen Recht,

---

8) „Bis das Widerſpiel offenbar dargelegt" — „das Contrarium ſattſam erwieſen" — „das Gegentheil genüglich dargethan" iſt u. dgl. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 13. 34. — 8. §. 20. S. 448. 522. 633. — II. 4. §. 12. S. 1135. — III. 4. §. 7. S. 481.

9) Man vergleiche Cod. civ. II. 1. §. 6. — 2. §. 8. 9. S. 762. 861. 871. 874. — 4. §. 7. — 5. §. 8. S. 762. 861. 871. 874. — III. 1. §. 16. 18. — 3. §. 11. S. 118. 152 352. — IV. 14. §. 13. S. 676.

10) Es ſcheint nämlich die simplex mit der qualificata verwechſelt zu ſeyn, wenn zu Cod. civ. III. 1. §. 18. S. 152 geſagt wird, für ein legales und förmliches Inventar ſtehe zwar auch die rechtliche Präſumtion, daß es vollſtändig und ohne Abgang ſey, dies ſey aber keine praesumtio iuris et de iure, ſondern nur simplex, welche probationem in contrarium zulaſſe; denn ſie läßt dieſen zwar zu, fordert aber gewiß vollen Beweis zu ihrer Widerlegung, und iſt daher qualificata.

11) Weindler v. Vermuthungen S. 63.

12) v. Glück Erl. d. Pand. II. §. 140. VIII. §. 594.

13) Anm. zu Cod. civ. I. 1. §. 11. S. 34. „Mit einem Wort, die ganze Materie de fictionibus iuris nützt nichts, hindert vielmehr an einem ſoliden studio iuris, riecht erſchrecklich nach dem Pedantismo und der alten Schulfuchſerey, und

z. B. hinſichtlich des fingirten Beſitzes [14]), der fingirten Reſidenz [15]), der Aſſignation, als einer fingirten Uebergabe [16]) u. d.

§. 98 c.

Vermuthungen im Beweiſe des Todes und Lebens.

Wer das Leben oder den erfolgten Tod einer Perſon behauptet, muß jenes oder dieſen beweiſen [1]), darf ſich aber dabey des Conjecturalbeweiſes [2]) bedienen, welchen die Geſetze durch beſtimmte Vorſchriften ordnen und erleichtern. Dauert namentlich die Abweſenheit einer Perſon ſo lange, daß man entweder hieraus [3]), oder

---

hat ſohin auch in unſerm Codice, als einem von dergleichen Grillen ganz gereinigten Werke keinen (?) Platz gefunden." ebd. S. 35. Vgl. zu II. 2. §. 9. S. 871.

14) Cod. civ. II. 2. §. 7. Nr. 3. S. 847. III. 1. §. 9. Nr. 9. S. 42. (§. 10.)

15) Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 28. S. 1301. (§. 21. 1.)

16) ebd. IV. 15. §. 7. S. 712. — Selbſt in dem neuen bayeriſchen Criminalproceß kommt eine ſolche geſetzliche Fiction bey der Stimmenzählung im Fall mehr als zwey abweichender Meinungen vor. Strafg. 1813. II. Art. 350. vgl. v. Wendt Grundzüge §. 82. und deſſen observ. ad ius bavar. II. — Ob auch die Legitimation unehelicher Kinder durch nachfolgende Ehe dahin zu rechnen ſey, berühret das bayer. Civilrecht weder im Text noch in den Noten. Vergl. v. Glück Erl. der Pand. II. §. 140. S. 248. f.

Zu §. 98. c. **G. R.** Thibaut Syſt. d. P. I. §. 211.

S. R. Kori Theor. d. ſumm. Proc. §. 147.

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 2. Nr. 10. Anm. S. 422. lit. l.

1) Cod. civ. III. 1. §. 9. 10. S. 44. 63. Anm. Vergl §. 99. b. Note 43.

2) ſ. § 96. 97.

3) die Dauer ſolcher Abweſenheit iſt in den altbayeriſchen Civilgeſetzen nicht beſtimmt, ſondern dem richterlichen Ermeſſen über-

ſonſt aus andern Umſtänden [4]) z. B. dem Alter des Abweſenden, ſeiner Leibesbeſchaffenheit, dem Orte, wo er ſich hinbegeben hat, und den Urſachen ſeiner Entfernung [5]) den Tod für wahrſcheinlich halten (vermuthen) kann, ſo wird der Abweſende auf Anſuchen der Erbberechtigten für verſtorben erklärt, die bisherige Curatel des Abweſenden aufgehoben, und ſeine Verlaſſenſchaft, wie die eines wirklich Verſtorbenen, den rechtmäßigen Erben, jedoch nur gegen hinreichende Caution darüber, daß ſie im Fall etwaiger Rückkehr des Abweſenden das Vermögen mit allen Nutzungen getreu reſtituiren wollen, verabfolgt [6]). Kommen im gemeinſchaftlichen Unglück [7])

laſſen (§. 76. a.). Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 39. S. 552. III. 1. §. 9. S. 44. Sehr beſtimmte Vorſchriften darüber, und über das Verfahren bey Todeserklärung überhaupt ertheilt die preuß. A. G. O. I. Tit. 37. Dieſer Gegenſtand wird jedoch auch in der bayeriſchen Strafgeſetzgebung von 1813. I. art. 427. bey dem Ungehorſams-Verfahren gegen abweſende Verbrecher berührt und verordnet: „Von dem Tage an, wo die Friſt der zweyten öffentlichen Vorladung fruchtlos verſtrichen iſt, wird der Ungehorſame ſo angeſehen, als wäre er für verſchollen erklärt; es wird daher ſein Vermögen der Verwaltung untergeben, mit der Verbindlichkeit, dem Abweſenden davon nichts verabfolgen zu laſſen. Nach Ablauf von fünf Jahren vom Tage des verurtheilenden Erkenntniſſes wird das Vermögen ſeinen geſetzlichen Erben zum Rechte des vollen Nießbrauchs gegen Sicherheit ausgeliefert. Nach Verlauf von weitern zehn Jahren erliſcht dieſe Sicherheit, und das Vermögen wird den geſetzlichen Erben als Eigenthum zuerkannt, vorbehaltlich der wegen Verſchollenheit beſtehenden privatrechtlichen Beſtimmungen.“

4) Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 39. S. 552.

5) z. B. Flucht wegen Verbrechen.

6) Cod. civ. l. c., Nr. 6. Vorbehalten iſt hiebey die Gewißheit

Aeltern und Kinder mit einander ums Leben, ſo wird, ſo lange nicht das Gegentheil klar bewieſen werden kann [8]), vermuthet, daß die Aeltern früher, als die Kinder, wenn dieſe ſchon mündig (vogtbar) waren, von unmündigen Kindern aber, daß ſie vor ihren Aeltern geſtorben ſeyen [9]). Was bey zwey oder mehr miteinander ſterbenden Großjährigen Rechtens ſey, iſt durch ein bayeriſches Geſetz nicht beſtimmt [10]).

§. 99. a.

Beweislaſt überhaupt.

Wer ein Factum vor Gericht vorbringt, wodurch er eine Klage, Einrede oder wei-

---

der wirkliche Beweis des Todes oder des Lebens, und die erwähnten Vermuthungen ſind daher nur qualificirte. Anm. ad l. c. S. 553.

7) z. B. in Belagerungen, Schlachten, Feuersgefahr, Schiffbruch, herrſchenden Krankheiten. Anm. zu Cod. iud. 12. §. 2. S. 422. lit. l.

8) mithin iſt ſolche Vermuthung auch eine qualificirte. ſ. §. 98. a. und b. Note 8.

9) = L. 9. §. 1. 4. L. 22. 23. D. de rebus dubiis (XXIV. 5.) L. 29. D. de vulg. subst. (XXVIII. 6.) L. 11. §. 1. de capt. (XLIX. 15.) — L. 17. §. 7. D. ad S. C. Treb. (XXXVI. 1.) Anm. zu Cod. iud. 12. §. 2. S. 422. zu Cod. civ. III. 1. §. 9. — 3. §. 20. — 6. §. 16. S. 44. 384. b. 575.

10) Doch deuten die Anmerkungen hinſichtlich der Frage: ob testator oder legatarius pro praemortuo zu achten ſey? auſſer der Beziehung auf die bey Aeltern und Kindern eintretenden Grundſätze, auf Anwendung der Rechtsregel, quod in dubio id praesumatur, quod actum potius valere, quam perire facit. zu Cod. civ. III. 6. §. 16. S. 575.

Zu §. 99. a. **G. R.** Bayer S. 298. 520. 525. Borſt über die Beweislaſt. Danz §. 231. 232. v. Grolman

tern Satz zu begründen ſucht, muß daſſelbe, wenn der Gegner es widerſpricht, ſo weit es zu Begründung ſeiner Intention erforderlich iſt, und ihm nicht eine geſetzliche Vermuthung zur Seite ſteht, ohne Unterſchied, ob ſeine Behauptung das Seyn oder Nichtſeyn einer Thatſache betrifft, beweiſen, und dieſer Beweis kann dem Gegner, der blos läugnet, nicht aufgebürdet werden [1]. Dieſe einfache Regel ergiebt ſich ebenſo aus allgemeinen Rechtsgrundſätzen [2], wie aus den poſitiven Beſtimmungen der bayeriſchen Geſetze [3], und

§. 186. Linde §. 242. Martin §. 182. (172.) Thibaut §. 1147. Weber über die Verbindlichkeit zur Beweisführung.

S. R. Kori §. 87.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 1. Anm. S. 305. Krüll §. 317. Mündler §. 277 — 287.

1) ſ. die erſte Ausgabe dieſes Handbuchs. S. 170. Note 4. zu §. 99.

2) vergl. v. Glück Erläuterung der Pandekten. XXI. S. 247. und die oben angeführten Schriftſteller des gemeinen Rechts.

3) Cod. iud. cap. 1. §. 1. und die in den hier folgenden §§. vorkommenden Stellen des Cod. civ. — ſelbſt die Leg. Baiuw. tit. 8. cap. 17. §. 2. „Neminem damnes, antequam inquiras veritatem, scriptum enim est: omnia probate, quod bonum tenete" — wenn man mit Kreitmayr Anm. zu Cod. iud. cap. 9. §. 1. S. 305. lit. a. das probate vom Beweiſe der Partey verſtehen will, was jedoch in der Analogie der hier aus 1. Paul. an die Theſſal. 5. v. 21. entnommenen Worte: „πάντα δοκιμάζετε, τὸ καλὸν κατέχετε", vielmehr auf die Pflicht des Richters, Wahrheit und Recht zu erforſchen, und daher niemand ungehört zu verurtheilen (§. 62.), ſich beziehen würde.

ſtimmt im Weſentlichen mit dem alten Grundſatz überein: Affirmanti incumbit probatio [4]. Ihre Anwendung findet ſich theils in allgemeinen Vorſchriften der bayeriſchen Gerichtsordnung über Beweislaſt [5], theils in ſehr zahlreichen Beſtimmungen des bayeriſchen Civilrechts und Erörterungen ſeines Commentars, welche faſt bey jeder einzelnen Rechtsmaterie die Fragen beantworten: wer zu beweiſen habe, was und wie, d. h. mit welchen Mitteln es zu beweiſen ſey [6]. Daher hat ſich der Richter im concreten Fall immer zuerſt an die ſpecielle civilgeſetzliche Beſtimmung zu halten, und dann erſt,

---

4) Hellfell iurisprud. for. §. 1153.

5) Cod. iud. cap. 9. §. 1.

6) ſ. ü. 99. b. bis f. Darin liegt offenbar eine große Erleichterung für den die Beweislaſt beſtimmenden bayeriſchen Richter, dem neuerlich durch V. v. 2. Februar 1850. (§. 77. a. 3.) II. A. 5. Genauigkeit in Abfaſſung der Interlocute vorgeſchrieben iſt, und entfernt eine Menge im gemeinen Proceß vorkommende Zweifel. Im ſächſiſchen Proceſſe wird dieſes richterliche Geſchäft durch ganz ſpecielle Litisconteſtation vereinfacht, und im preußiſchen fällt es nach der Unterſuchungsmaxime (§. 61. 1.) ganz weg, da jeder Theil verpflichtet iſt, gleich bey der erſten Handlung dem Richter getreu alle ſeine Beweismittel anzugeben, und ſich der Richter daher nur bey Regulirung des status caussae et controversiae noch während der Inſtruction des Proceſſes, mit Zuziehung beyder Theile und ihrer Anwälte damit beſchäftiget, das Erhebliche von dem Unerheblichen zu ſondern, und diejenigen Streitpuncte feſtzuſtellen, welche durch Beweis näher ins Licht geſetzt werden ſollen, wozu es alſo keines vorgängigen Interlocuts bedarf. A. G. O. I. tit. 5. §. 5. tit. 9. §. 4. u. 5. tit. 10. §. 28. Nr. 2. §. 36 und 41. vergl. Wendt Ref. M. S. 58, Note.

wenn eine ſolche mangelt, auf den allgemeinen Grundſatz der Gerichtsordnung zurückzugehen. Nach dieſem iſt der Kläger ſchuldig, den widerſprochenen Grund ſeiner Klage, der Beklagte den Grund ſeiner Exception zu beweiſen [7]), und beyde haben dieſe Verbindlichkeit auch dann, wenn die Klage in der Exception nicht abſolut, ſondern nur bedingungsweiſe eingeſtanden, oder in Zweifel gezogen wird [8]). Die Beweispflicht des Beklagten erſtreckt ſich auf dilatoriſche und peremtoriſche Exceptionen (§. 90. 146.), nur iſt bey erſterer ganz ſummariſch zu verfahren [9]). Kein Theil iſt aber ſchuldig, den Beweis deſſen zu übernehmen, was er nur ſchlechterdings verneint hat (probationem negativam), es ſey denn, daß er ſich darauf, als auf ein Factum, gründet, und dasſelbe zugleich durch Zeit und Ort beſchränkt, oder doch ſo beſchaffen iſt, daß die Behauptung nur den Worten nach eine Verneinung, im Werke ſelbſt aber eine Bejahung enthält [10]).

§. 99. b.

Der Behauptende hat zu beweiſen.

Alle Thatſachen, auf welche ſich eine Partey bezieht, und welche von dem Gegner widerſprochen wer-

---

7) Cod. iud. cap. 6. §. 6. cap. 9. §. 1.

8) ib. cap. 6. §. 7.

9) ib. §. 6.

10) Cod. iud. cap. 9. §. 3. Nr. 5. Z. B. das Nichtſeyn an einem beſtimmten Ort, welches das Seyn an einem andern, die Verneinung einer freyen Verzichtleiſtung, welche die Behauptung des dabey erlittenen Zwangs einſchließt. Anm. zu Cod. iud. S. 310. f.

Zu §. 99. b. G. S. u. P. R. wie zu §. 99. a.

den, beſonders daher diejenigen, welche den Grund einer Klage ausmachen, ſind von dem Aſſerenten zu beweiſen. So l. nach den allgemeinen Kapiteln des Civilrechts [1]) das Daſeyn beſonderer Statute, wo ſie nicht [2]) öffentlich kundbar ſind [3]), das Herkommen [4]) und das

---

1) Der Cod. Max. bav. civ. von 1756 hat zwar im Text nur vier Theile, welche Perſonen-, Sachen-, Erb- und Forderungsrecht umfaſſen, wozu die Anmerkungen von Kreitmayr als Commentar zu dem cap. 18. des IV. Th. und zu §. I. 3. cap. 3. Th. einen V. Th. liefern; allein in den erſten Kapiteln des I. Theils kommen allgemeine Gegenſtände vor, die eigentlich zu keinem jener vier beſondern Hauptttheile gehören, und daher zweckmäßig als ein allgemeiner Theil betrachtet werden.

2) Dieſes „nicht" fehlt in der neuern Ausgabe des Civilcodex von 1821, und gehört unter die neuern Druckfehler desſelben; wie ſolche z. B. S. 6. §. 13. Nr. 4. öffentlich ſt. nicht öffentlich S. 35. §. 1. Zeile 4. rarum ſt. ratum, S. 57. §. 28. Zeile 2. v. u. ausgerechnet ſt. ungerechnet, S. 244. Nr. 20. Zeile 2. entweder ſt. weder, S. 272. Execution ſt. Erben. S. 395. stirpites ſt. stirpes. S. 403. Sollicitatione ſt. Pollicitatione. S. 404. vestis ſt. vestitis. S. 429. domini ſt. dominii, dominum ſt. dominium, indagenis ſt. indaginis — erſichtlich ſind; denn außer ſolchen kommen auch alte Druckfehler der ältern darin vor, und zwar mit Recht, weil dieſe zum Theil ſchon in Kreitmayrs Anmerkungen verbeſſert ſind, und letzte daher in den darauf bezüglichen Stellen ſonſt unverſtändlich ſeyn würden. Man ſehe z. B. Th. II. cap. 3. §. 7. Nr. 6. §. 8. Nr. 8. — cap. 6. §. 12. Nr. 3. III. 1. §. 14. Nr. 24. §. 20. Nr. 6. — 3. §. 12. 28. Nr. 3. — 8. §. 6. Nr. 6. IV. 4. §. 6. Nr. 3. und Anm. II. S. 1033. Nr. 8. S. 1226. Nr. 3. III. S. 78. 174. 360. 430. 646. IV. S. 249.

3) Cod. civ. I. 2. §. 13. Nr. 4. Iſt jedoch das statutum gebührend beygebracht, ſo ſteht die rechtliche Vermuthung ſo

Digitized by Google

Privilegium [5]); II. nach den beſondern Theilen des Civilrechts, und zwar A. in dem Perſonen-Recht die Schenkung indebite geleiſteter Alimente [6]), die Einwilligung zu dem Verlöbniß oder zur Ehe von Seite der Contrahenten [7]), die Illation der Dos [8]), die Majorennität [9]), der perſönliche Mangel, wegen deſſen ausnahmsweiſe eine Curatel über Großjährige angeordnet wird, und das Aufhören dieſes Mangels, wegen deſſen ſie wieder aufgehoben werden ſoll [10]); eben daher auch Geiſteskrankheit oder Schwäche bey Wahn- und Blödſinnigkeits- [11]), die Verſchwendung bey Prodigalitäts-Erklärungen, ſo wie die etwa eingetretene Beſſerung des Wahnſinnigen oder Verſchwenders bey Auf-

---

lange dafür, bis die Richtigkeit deſſelben genüglich dargethan wurde. ebd. Nr. 5. — Conf. Cod. iud. cap. 9. §. 3. Nro. 2. Anm. S. 309. lit. b.

4) Cod. civ. l. c. §. 15. Nr. 7. Cod. iud. l. c. „Ein einziger berühmter Autor, welcher die Gewohnheit eines Orts aus eigener Experienz bezeugt, macht zwar keinen vollſtändigen, doch muthmaßlichen und ſo vielen Beweis, daß der Gegentheil contrarium beweiſen muß.“ Anm. zu Cod. civ. I. 2. §. 15. S. 109.

5) Cod. civ. I. 2. §. 16. Anm. S. 112.

6) ebd. I. 4. §. 7. Anm. S. 158. Nr. 13.

7) ebd. I. 6. §. 3. Nr. 2. Anm. S. 214.

8) ebd. §. 13. Nr. 21. §. 21. Anm. S. 506. f.

9) „um ſo mehr — als man in minorennitate gebohren, mutatio status aber niemals präſumirt wird. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 56. S. 526.

10) ebd. §. 37. S. 538.

11) ebd. S. 541. Nr. 3.

hebung ſolcher Curatel [12]), die Eigenſchaft des Adels [13]); — B. in dem Sachenrecht die Eigenſchaft einer res publica und privata [14]), das Daſeyn der Erforderniſſe einer Veräußerung von Gemeindegütern [15]), das ius in re bey Realklagen [16]), die caussa remota l. specialis bey denſelben [17]), die Simulation bey Vindication ſolcher Sachen, die unter fremden Namen gekauft wurden [18]), das Uebermaß der auf eine vindicirte Sache verwendeten Koſten [19]), das Eigenthum und rechtmäßiger Titel für den Kläger und ſeine Vorfahrer, und der Beſitz des Gegners bey der Reivindication [20]), die iusta caussa possessionis, der titulus ad transferendum dominium habilis und die Tradition bey der actio publiciana [21]), die Verrückung

---

12) ebd. S. 541. Nr. 2.

13) „Der Adel iſt qualitas adventitia und fällt nicht wie der Thau vom Himmel.“ Anm. zu Cod. civ. V. 22. §. 11. S. 1680.

14) denn im Zweifel wird eine Sache weder für publica, noch für privata gehalten. Anm. zu Cod. civ. II. 1. §. 5. S. 729.

15) ebd. §. 6. S. 761., — wobey auch allenfallſiger Verzicht auf ſolche Requiſite von dieſem Beweiſe nicht befreyt. ebd. S. 762.

16) Cod. civ. II. 1. §. 11. Anm. S. 797. Dagegen iſt der Kläger nicht ſchuldig, die caussa proxima actionis im Libell zu allegiren. ebd. u. Cod. iud. cap. 4. §. 7. Anm. S. 137. Note c.

17) Cod. civ. l. c. §. 11. a. E. Anm. S. 798.

18) Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 7. S. 841.

19) Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 8. S. 865.

20) Cod. civ. II. 2. §. 8. Anm. S. 851.

21) „exceptis casibus singularibus et privilegiatis, worin das Eigenthum auch ohne Uebergabe ipso iure von einem zu

und Veränderung der Gränzen bey der actio finium regundorum [22]), das Daſeyn von Pertinentien [23]), ſo auch des Jagdrechts [24]), das Miteigenthum und Gemeinſchaft der Rechte bey den Klagen aus denſelben [25]); daß der Finder eines Schatzes, ohne des Eigenthümers Wiſſen und Willen, mit Fleiß nach dem Schatz geſucht und gegraben habe, wenn der Eigenthümer des Bodens das ſonſt zu theilende geſetzliche Drittheil ganz vindicirt [26]), der Titel einer Tradition und die Ceſſion einer Sache [27]), der beſonders entgangene Gewinn und Schaden, wegen deſſen mehr, als landübliche, Intereſſen zuläſſig ſind und gefodert werden [28]), der Beſitz [29]) und der Rechtstitel, als Erfoderniſſe der Verjährung [30]), die Abweſenheit in Bezug auf den erfoderlichen Zeitraum der Verjährung [31]), die mala fides gegen den, der präſcribiren

zu dem andern überzugehen pflegt.“ Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 9. S. 872. 873.

22) Cod. civ. II. §. 13. Nr. 3. Anm. S. 888. 889.

23) Cod. civ. II. 2. §. 14. Anm. S. 915., wovon auch die Klauſel „mit Zugehör“ nicht befreyt. ebd. S. 916. 919.

24) Anm. zu Cod. civ II. 3. §. 3. S. 953.

25) „und zwar wegen der vielen Unrichtigkeiten, ſo daraus zu entſtehen pflegen, (als) in iure summopere odiosa.“ Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 16. S. 932.

26) Anm. zu Cod. civ. II. 3. §. 4. S. 1002.

27) Cod. civ. II. 3. §. 7. Nr. 4. §. 8. Nr. 6. Anm. S. 1030. 1039.

28) Cod. civ. II. 3. §. 21. Nr. 5. Anm. S. 1073. — R. D. A. 1600. §. 139.

29) Cod. civ. II. 4. §. 5. Nr. 3. Anm. S. 1106.

30) ebd. §. 6. Nr. 3. Anm. S. 1109.

31) ebd. §. 8. Nr. 3. Anm. S. 1119.

will [32]), bona fides aber von letztern ſelbſt, wenn ihrer ſonſtigen Vermuthung andere Präſumtionen entgegenſtehen [33]), die Hinderniſſe als Unterbrechungsgrund der Verjährung [34]), der Beweis des Rechts, welches gegen denjenigen, der ſich im Beſitz befindet, behauptet wird [35]), die Dejection bey den auf Wiedererlangung des Beſitzes gerichteten Interdicten [36]), der Beſitz und die gegentheilige Störung in demſelben bey Interdicten zu deſſen Erhaltung [37]), der Beſitz überhaupt, wo er Streitgegenſtand iſt und widerſprochen wird [38]); der Vorzug bey Hypotheken und Pfandrechten [39]), der Beſitz des Gegners und ius oppignorandi bey hypothekariſcher Klage [40]), das bloße Factum der Oppignoration und jener Beſitz bey dem ſalvianiſchen Interdict [41]). — C. In dem Erbrecht die Antretung der Erbſchaft

---

32) ebd. §. 7. Nr. 2. Anm. S. 1114.

33) ebd. II. 4. §. 7. S. 114.

34) Anm. zu Cod. civ. II. 4. §. 8. S. 1121.

35) „3tio iſt im Zweifel allzeit melior conditio possidentis 4to kann man ihm regulariter und ſo fern er nicht eine ſtärkere praesumtionem vel resistentiam iuris wider ſich hat, den Titel oder caussam possessionis anzugeben, keineswegs zumuthen. Eben ſo wenig iſt er 5to ſchuldig, den Beweis, daß ihm die Sache zugehörig ſey, auf ſich zu nehmen, ſondern das onus probandi liegt vielmehr dem Gegentheile ob. Cod. civ. II. 5. §. 8. Nr. 4—6. Anm. S. 1154. f.

36) ebd. §. 11. Nr. 6.

37) ebd. §. 12. Nr. 3. Anm. S. 1178.

38) ebd. §. 13. Anm. S. 1181.

39) Cod. civ. II. 6. §. 13. Nr. 10. Anm. S. 1231.

40) ebd. §. 19. Nr. 4. Anm. S. 1255. — §. 23. S. 1265.

41) ebd. §. 22. Nr. 2. Anm. S. 1264.

Digitized by Google

von dem, der die Wirkungen der erſten genießen will [42], der Tod des Erblaſſers [43], das Erbrecht des Klägers und der Beſitz der Erbſchaftsſtücke auf Seite des Beklagten bey den Erbſchaftsklagen [44], die Eigenſchaft einer Sache als Theil der gefoderten Erbſchaft [45], das Erbrecht eines Miterben [46], der geſchehene Empfang bey verlangter Conferirung (Collation) [47], die Vornahme der Inventur, deren rechtliche Folgen Jemand in Anſpruch nimmt [48], Zwang und dolus, wegen deren ein Beklagter, als der Erbſchaft unwürdig, von ihr ausgeſchloſſen werden ſoll [49], das Daſeyn eines letzten Willens [50], die Inteſtabilität desjenigen, deſſen letzter Wille deßhalb angefochten wird [51], die lichten Zwiſchenräume, in welchen ein gerichtlich erklärter Wahnſinniger einen gültigen letzten Willen errichtet haben ſoll [52], die Enterbungs-Urſache [53], der Wille des Teſtators, ein Teſtament zu caſſiren, wenn ſich das Document bey einem Dritten, und beſonders bey dem Erb-

42) Cod. civ. III. 1. §. 5. Nr. 9.
43) ebd. III. 1. §. 9. S. 44.
44) ebd. §. 10. S. 63.
45) ebd. S. 67.
46) ebd. §. 141 S. 78.
47) ebd. §. 13. S. 105.
48) ebd. §. 18. S. 151. Nr. 13.
49) ebd. §. 20. S. 173.
50) ebd. 2. §. 10. S. 211.
51) ebd. 3. §. 2. S. 262.
52) ebd. S. 262.
53) ebd. § 18. S. 319 b.

prätendenten caſſirt findet [54]), das Commiſſorium zu einer Teſtaments=Aufnahme [55]), der Verzicht auf eine Erbſchaft [56]); — D. in dem Recht der **Foderungen** oder der **Verträge**, der Mangel von Dispoſitions=fähigkeit, wenn ein Vertrag als ungültig angefochten wird [57]), das Daſeyn eines Vertrags [58]), die Correalität [59]), Betrug, wegen deſſen der Vertrag ungültig ſeyn [60]), culpa, welche präſtirt werden ſoll [61]), das Darlehen bey der actio mutui [62]), das Depoſitum bey der actio depositi [63]), die Mängel bey der redhibitoriſchen Klage [64]), das Maß bey der venditio ad mensuram [65]), die Illation und der Werth der Sache bey der actio de receptis [66]), die geſchehene Zahlung [67]), und Novation [68]), die Beſchädigung bey der Aquili=

---

54) Findet es ſich bey dem Teſtator ſelbſt, ſo wird eine abſichtlich von dieſem ſelbſt vorgenommene Caſſation vermuthet. ebd. §. 27. S. 424.

55) ebd. 4. §. 2. S. 443.

56) ebd. 11. §. 2. S. 810.

57) Cod. civ. IV. 1. §. 12. S. 38.

58) ebd. §. 18. S. 60.

59) ebd. §. 21. S. 79.

60) ebd. §. 23. S. 87.

61) ebd. §. 20. Nr. 9. — angewendet auf das Verhältniß der Beamten und Gerichtsherren V. 24. §. 8. S. 1729.

62) ebd. IV. 2. §. 4. S. 111.

63) ebd. §. 7. S. 142.

64) ebd. 3. §. 23. S. 225.

65) ebd. 4. §. 5. S. 246.

66) ebd. 13. §. 10. S. 657.

67) ebd. 14. §. 12. S. 674.

68) ebd. 15. §. 4. S. 707.

ſchen Klage [69]), die Beleidigung bey den Injurien-klagen [70]).

§. 99. c.

Ausnahmen und Modifikationen.

Derjenige, der ſich in quaestione status auf einen beſtimmten Stand bezieht, iſt von dem Beweiſe deſſelben (§. 99. b. N. 6.) befreyt, wenn er eine Rechtsvermuthung für ſich hat [1]), oder für denjenigen, wofür er ſich ausgibt, ſchon vorher überall geachtet wurde, mithin ſich im Beſitz befindet [2]). Auch braucht der Kläger, der ſich bey der negatoriſchen Klage auf natürliche Freyheit gründet und die von dem Beklagten angemaßte Gerechtſame einfach läugnet, den Beweis nicht zu übernehmen, ſondern der Beklagte hat vielmehr die von ihm behauptete Dienſtbarkeit oder Gerechtigkeit, wenn er ſich auch im momentanen Beſitz (§. 188.) befände, zu beweiſen, weil die ſonſt in der Regel für den Beſitz obwaltende rechtliche Vermuthung, ſo viel das possessorium momentaneum betrifft, nicht ſo ſtark, als die Vermuthung für jene Freyheit iſt [3]). In Zehentſa-

---

69) ebd. 16. §. 6. S. 752.

70) ebd. 17. §. 8. S. 808.

Zu §. 99. c. **G. S. u. P. R.** wie zu §. 99. a.

1) wie z. B. eheliche Kinder hinſichtlich der Filiation. Anm. zu Cod. civ. I. 3. §. 4. Nr. 7. S. 137. 4. §. 9. Nr. 6.

2) Cod. civ. II. cc. und Anm. S. 137. u. 165.

3) Wenn daher in dem possessorio momentaneo einmal auf die Servitut geſprochen wurde, ſo bleibt zwar der Sieger einſtweilen und ſo lange in Beſitz, bis in petitorio etwas anderes erkannt wird; aber von dem Beweiſe gegen die

chen hat der Pfarrer des Orts hinſichtlich der großen Zehenten die rechtliche Vermuthung für ſich, und braucht nur zu beweiſen, daß er Pfarrer des Ortes ſey [4]). Klagt aber nicht der Pfarrer des Orts, ſondern eine andere geiſtliche oder weltliche Perſon, oder betrifft die Klage des Pfarrers nicht den großen, ſondern kleinen Zehent, ſo bleibt es bey der Regel, daß jeder Kläger den Grund ſeiner Klage beweiſen muß, beſonders, wenn der Beklagte ſich im Beſitz befindet [5]). Wer wegen Minderjährigkeit Reſtitution ſucht, iſt von dem ihm ſonſt, als Aſſerenten, obliegenden Beweiſe der Läſion befreyt, wenn dieſe ohnehin nach der Natur des Geſchäfts offenbar iſt. [6])

§. 99. d.

Beweispflicht des Beklagten, hinſichtlich der Einrede.

Der Grundſatz, daß der Beklagte durch Aufſtellung einer Einrede Kläger werde (reus excipiendo fit actor) [§. 9.] [1]), hat die Folge, daß der Beklagte, nicht der

---

actio negatoria iſt er nicht befreyt, außer, wenn er ſich wenigſtens in zehnjährigem ruhigem Beſitze befand, weil dann die Vermuthung für die Freyheit, der für den Beſitz ſo lange weicht, bis erſte in petitorio genügend dargethan iſt. Cod. civ. II. 7. §. 11. Anm. S. 1314.

4) Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 12. S. 1109.

5) Cod. civ. II. 10. §. 25. Nr. 1. 2. u. 4. Anm. S. 1581.

6) alſo bey Bürgſchaft, Schenkung und dergl Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 30. S. 503.

Zu §. 99. d. G. S. u B. R. wie zu §. 99. a.

1) *„Agere etiam is videtur, qui exceptione utitur: nam reus in exceptione actor est. L. 1. D. de exceptionibus“* (XLIV. 1.) *„In exceptionibus dicendum est, reum partibus actoris*

Kläger, welcher den Mangel der geſetzlichen Erforderniſſe einer Veräußerung pupillariſcher Güter, ſondern der Beklagte, welcher das Daſeyn derſelben in ſeiner Einrede behauptet, den Beweis der letzten zu übernehmen hat [2]); daß der Ehrenvormund, welcher wegen der Folgen vernachläßigter Oberaufſicht nur ſubſidiär haftet, ſeine Einrede, die ordentlichen Vormünder ſeyen zur Zeit geendeter Vormundſchaft ſolvent geweſen [3]); dann, daß, wenn ein Kläger aus einem Vertrage ſeine Sache ganz und in unbeſchädigtem Zuſtand zurückfordert, ohne ſeine Klage auf dolus oder culpa zu gründen, die ſonſt er, als Kläger und Aſſerent zu beweiſen hätte (§. 99. b. Note 60. 61.), der Beklagte, welcher unter dem Vorwande des Zufalls oder eines nicht zu präſtirenden Verſchuldens, die geſchehene Beſchädigung entſchuldiget und die verlangte Entſchädigung verweigert, den Grund ſeiner Einrede zu beweiſen hat [4]). Wer ſich auf eine geſetzliche Regel beruft, iſt ſo lange, bis eine beſondere abweichende Verordnung dargethan wird, vom Beweiſe befreyt, vielmehr hat derjenige, der eine Ausnahme behauptet, dieſe zu beweiſen [5]). Ob bey der auf die Erb=

fungi oportere; ipsumque exceptionem, velut intentionem, implere: ut puta si pacti conventi exceptione utatur, docere debet, pactum conventum factum esse. L. 19. pr. D. de probat. et praes. (XXII. 3.)

2) Cod. civ. I. 7. §. 13. Nr. 3. — Iſt aber einmal die obrigkeitliche Beſtätigung dargethan, ſo werden die übrigen Erforderniſſe ſo lang vermuthet, bis das Gegentheil hinreichend bewieſen wird. ebd. und Anm. I. S. 448.

3) Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 32. S. 519. Nr. 9.

4) Anm. zu Cod. civ. IV. 1. §. 20. S. 77.

5) Qui cum regula ambulat, tuto ambulat. — obgleich auch

ſchaft eines unter Curatel geſetzten Abweſenden gerichteten Klage der Kläger, oder der Beklagte den erfolgten oder wahrſcheinlichen Tod zu beweiſen habe, hängt von den Grundſätzen über Todeserklärungen und vermuthetes Leben und Tod (§. 98. c.) ab [6]. Iſt eine Einrede in dem Geſetze ſelbſt gegründet [7], ſo ſchiebt ſie die Laſt des Beweiſes auf den Kläger, und wird wenigſtens ſo lange, bis ſie durch gegentheilige Proben elidirt iſt, für liquid gehalten [8].

§. 99. e.

Beweis bey Pfändungen.

Wer an ſeinem Eigenthum Beſchädigung erleidet, und den Schaden ohne **Pfändung** ſchwer beweiſen würde, iſt dieſe in den geſetzlichen Schranken vorzunehmen befugt, und wird dadurch von dem ihm ſonſt, als Afferenten, obliegenden Beweiſe befreyt. Das Pfand vertritt die Stelle des Beweiſes, jedoch nur ſo lange, als von dem Pignoraten nicht bewieſen werden kann, daß gar

---

der Satz, nulla regula sine exceptione, eine Regel iſt. ebd. V. 19. §. 47. — 20. §. 15. S. 1562.

6) Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 3. S. 551.

7) „welche intentionem in iure fundatam für ſich haben." Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 10. S. 62.

8) Anm. zu Cod. iud. cap. 3. §. 3. S. 156. lit. c. (§. 132.) u. Anm. zu Cod. civ. l. c. ſ. Note 6.

Zu §. 99. e. **G. R.** Eichhorn Einl. in das deutſche Privatrecht §. 123.

S. R. Carpzov iurispr. for. II. 27. def. 3. 4. Haubold k. S. Privatrecht. §. 167.

B. R. Cod. civ. II. 6. §. 21. Anm. S. 1276. Moriz Nov. zum Landr. S. 207.

kein Schade geſchehen, oder wenigſtens von anderen, als von ihm und ſeinen Thieren zugefügt, oder daß das Pfand wegen einer andern Urſache ihm abgenommen worden ſey. Wurde aber die Pfändung ſelbſt unförmlich oder ungeſetzlich vorgenommen, ſo iſt Pignorant verpflichtet, ſeinen angeblichen Schaden auf andere Weiſe, als mit dem abgenommenen Pfande, genügend zu beweiſen.

§. 99. f.

Beweis-Verhältniſſe bey der condictio indebiti.

Wer etwas in der irrthümlichen Meinung vorhandener Verpflichtung **indebite** bezahlt oder gegeben hat, kann dieſes mit der **condictio indebiti** zurückfordern. Iſt a) das **indebitum** nur aus Verſehen (Verſtoß) verſprochen und in der ausgeſtellten Obligation keine **caussa debendi** (§. 104. 4.) enthalten (**instrumentum indiscretum**) ſo hat derjenige, der ſich auf dieſe bezieht, die Schuld zu beweiſen. b) Iſt aber die **caussa** in der Obligation benannt, ſo hat der andere, der ſie für falſch und irrig angiebt, den Beweis und zwar durch Urkunden (§. 103.) zu machen. c) Wird ein bereits bezahltes oder ausgehändigtes **indebitum** zurückgefordert, ſo hat zuerſt der Kläger auf Widerſpruch die Bezahlung oder Erlage nebſt dem angeblichen Irrthum zu beweiſen, und wenn der Beklagte des Empfanges einmal überwieſen iſt, ſo liegt dieſem dann der Beweis des **debiti** ob. d) Geſteht der Beklagte gleich anfänglich den Empfang,

---

Zu §. 99. f. **G. R.** Thibaut §. 973.

S. R. Carpzov iurispr. for. II. 28. dec. 20. 21.

P. R. Cod. civ. IV. 13. §. 6. Anm. 616. 617.

und widerſpricht er nur die in der Klage behauptete Eigenſchaft des indebiti („das eingeklagte indebitum") ſo muß dieſe letzte von dem Kläger ohne Unterſchied bewieſen werden.

§. 100.

Eigentlicher Gegenbeweis.

Die Parteyen haben die allgemeine Pflicht, ihr für den Streit erhebliches Vorbringen, ſo weit es widerſprochen iſt, zu beweiſen (§. 99. a.). Derjenige Beweis, wodurch ein Theil die Beweisführung des Gegners zu widerlegen ſucht, iſt eigentlicher Gegenbeweis [1]), und iſt auch ohne beſonderen richterlichen Vorbehalt dem Gegentheil binnen dreyßig Tagen, von Mittheilung der Beweis-Antretung angerechnet, durch das Geſetz geſtattet [2]). Verſchieden davon iſt der ſelbſtſtändige Beweis, welcher nach vollendetem Beweis, durch Wiedereinſetzung in den vorigen Stand [3]) z. B. nach geleiſtetem zugeſchobenen oder zurückgeſchobenen Eid wegen Meineid aus erſt nach der Hand ganz neu hervorgekommenen und vorher unbekannt geweſenen

---

Zu §. 100. **G. R.** Bayer S. 332. Danz §. 250. von Grolman §. 96. Linde §. 256. Martin §. 135. (125.) Thibaut §. 1143.

S. R. Kori §. 123.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 12. Anm. S. 319. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 207. III. S. 191. Krüll § 346. 347. Mündler §. 271.

1) ib. princ.

2) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. (Beyl. S. 11).

3) Cod. iud. cap. 16. §. 1.

Proben [4]) über die Ungültigkeit eines ſchon gelieferten Beweiſes, geführt werden kann.

§. 101.

Uneigentlicher Gegenbeweis.

Der Beweis der Einreden, uneigentlicher Gegenbeweis, wird von der bayer. Gerichts = Ordnung unter der allgemeinen Benennung: Gegenbeweis begriffen, und auch in dem Verfahren, wie der eigentliche (§. 100.), behandelt. Daher giebt es auch bey ihm keine reprobatio reprobationis [1]). Ausgenommen davon iſt Beweis per evidentiam facti [2]), und ex capite novorum [3]), dann die Beweisführung in einem geſonderten Proceſſe [4]).

---

4) ib. cap. 15. §. 2. 10.

Zu §. 101. G. R. Bayer S. 334. Danz §. 251. von Grolman §. 97. Linde §. 257. Martin §. 135. (125.) Thibaut §. 1149.

S. R. Kori §. 128.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 12. Anm. S. 319. Krüll §. 347.

1) Ueber den vollendeten Beweis oder Gegenbeweis wird kein weiterer Beweis geſtattet. Cod. iud. cap. 9. §. 13. Anm. S. 321. — v. Gönner Comm. S. 184. Verſchieden davon iſt derjenige Gegenbeweis, der dem Kläger freyſtehen muß, wenn dem Beklagten der Beweis einer Einrede aufgetragen, oder von ihm mit der Duplik angetreten wurde. arg. §. 12. 16. u. 17. (Beyl. S. 11. fg.)

2) Als Beyſpiel erwähnen die Anm. S. 521. lit. c. den Augenſchein, weil dieſer auch nach der Sentenz, vor eingetretener Rechtskraft, immer noch ſtatt hat. Cod. iud. cap. 12. §. 3. v. Gönner Comm. S. 171.

3) Dieſe müſſen entweder noch vor der Sentenz angebracht,

§. 102.

Beweis-Mittel.

Der Beweis wird geführt durch Zeugen (§. 119. fg.) [1], Urkunden (§. 126. fg.) [2], eigenes Geſtändniß (§. 104.) [3], Vermuthungen (§. 98.) [4], Augenſchein und Kunſtverſtändige (§. 125. a.) [5], Calculation (§. 125 .b.) [6], Notorietät (§. 95.) [7], gemeinen Ruf (ebd.) [8], und Eid (§. 105. fg.) [9].

§. 103.

Anwendbarkeit der einzelnen Beweismittel.

Im allgemeinen iſt jede Art von Beweismitteln

---

oder es muß Wiedereinſetzung in den vorigen Stand geſucht werden. Anm. S. 321. lit. e. Vergl. Cod. iud. cap. 16. §. 1.

4) Z. B. im petitorio nach geendetem possessorio. Anm. a. a. O. litt. b.

Zu §. 102. **G. R.** Bayer S. 538. Danz §. 238. v. Grolman §. 84. Linde §. 235. Martin §. 134. (124.) Thibaut §. 1150.

S. R. Kori §. 100.

B. R. Cod. iud. cap. 10 — 13. Anm. S. 522. fg. Krüll §. 346—350. Mündler §. 271.

1) Cod. iud. cap. 10.
2) ib. cap. 11.
3) ib. cap. 12. §. 1.
4) ib. cap. 12. §. 2.
5) ib. cap. 12. §. 3.
6) ib. cap. 12. §. 4.
7) ib. cap. 12. §. 5.
8) ib. cap. 12. §. 6.
9) ib. cap. 13.

(§. 102.) zuläßig, und das bayeriſche Civilrecht ſpricht dieſe Zuläßigkeit bey vielen Rechtsgeſchäften ſpeciell aus [1]). Das Erbrecht, als emphytheusis, kann nur durch Documente, durch den Erbrechtsbrief, beweiſen werden [2]), die Hypothek und hypothekariſche Priorität nur durch Hypothekenbücher, deren beglaubte Auszüge und Hypothekenbriefe [3]), der im Zahlenlotto gemachte Gewinn nur durch die Original-Spielliſten der Lottecollecteurs (§. 129. Note 8.), Forderungen zwiſchen Wirthen oder andern Bierabnehmern und den Bierbrauern nur durch die Biereinſchreibbücher (ebd. Note 7.), die Unächtheit einer in der Obligation ausgedrückten caussa debendi nur durch andere Urkunden (§. 99. f.). Bloße Muthmaßungen ſind unzuläßig bey dem Beweiſe des nicht gezahlten Geldes nach verfloſſenen biennio [4]) und bey der Reivindication [5]). Eidesdelation wird bey der Ein-

---

Zu §. 103. **G. R.** und **P. R.** wie zu §. 102.
S. R. Kori §. 45.

1) z. B. hinſichtlich der Privilegien, der Erforderniſſe einer Alimentation, der Gränzen, der Pertinentien, des Beſitzes, des Rechtstitels der Verjährung, des Pfandrechts, des Todes eines Erblaſſers, der Unterſchlagung von Erbſtücken, der Verträge, des Darlehens, in Lehensſachen überhaupt, Cod. civ. I. 2. §. 16. Nr. 3. S. 112. — II. 1. §. 6. — 2. §. 13. 14. — 4. §. 5. 9. 13. 23. S. 761. 889. 916. 1106. 1124. 1181. 1265. 1266. — III. 1. §. 9. Nr. 6. §. 18. S. 44. 45. 152. — IV. 1. §. 18. — 2. §. 3. S. 60. 111. — V. 18. N. 57. S. 1046.
2) Cod. civ. IV. 7. §. 25. S. 464.
3) Hyp. G. 1822. §. 115. 170.
4) ebd. 11. §. 7. Nr. 4. (§. 132).
5) Cod. civ. II. 8. §. 8. S. 851.

rede nicht gezahlten Geldes nach Verlauf jener Zeit nicht zugelaſſen [6]), ob in Eheſachen? entſcheidet der Text des Geſetzes nicht; die Anmerkungen fodern jedoch zu Auflöſung einer Ehe ſehr ſtarke und vollkommene Proben, und ſchließen wegen Gefahr der Colluſion ſogar das beyderſeitige eigene Bekenntniß aus, wenn nicht Adminicula concurriren [7]). Als vorzügliche und in der Regel nothwendige Beweismittel gelten beglaubigte Auszüge aus der Adelsmatrikel des Königreichs hinſichtlich des Adelſtandes [8]), und gehörig documentirte Schemata genealogica zum Beweiſe eines Erbfolge- oder andern ähnlichen Rechts [9]). Die Verbindung mehrerer Beweismittel iſt, wenn ſie an ſich zuläßig ſind, unbedingt geſtattet [10]), und ſogar dieſe Verbindung bey der Exiſtenz mehrerer Arten von Beweismitteln nothwendig [11]). In dieſer nothwendigen Verbindung liegt die Eventual-Maxime, welche aus ſächſiſcher [12]) Landes- und teutſcher Reichsgeſetzgebung [13]) in die Bayeriſche übergegangen, und in dieſer ſowohl durch die Gerichts-

6) ſ. Note 3. (S. 132).

7) Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 49. S. 387. Vergl. §. 181.

8) Ed. Beyl. V. d. B. U. §. 8. Geſetzbl. 1818. S. 179. Moritz Nov. z. G. O. IV. S. 179.

9) Anm. zu Cod. civ. V. 18. §. 39. S. 955. — 24. §. 5. S. 1667.

10) Auch die Verbindung der Eidesdelation mit andern Beweis-Mitteln über ein und denſelben Beweisſatz iſt nicht, wie im ſächſ. Proceß (Oeltze Anl. §. 173.) ausgeſchloſſen. Cod. iud. cap. 9. §. 2. 9. cap. 11. §. 11. cap. 13. §. 2. Nr. 2.

11) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. Beyl. S. 11.

12) Oeltze Anl. §. 119. S. 156. Schweitzer §. 64. S. 129.

13) R. A. 1654. §. 37.

ordnung [14]) als durch Novellen beſtätiget iſt [15]), und ſich nicht blos auf Beweismittel, ſondern auch auf den Gebrauch der Einreden (§. 90. 146.) erſtreckt [16]). Eine Stufenfolge des Beweiſes „wonach der Kläger zuerſt den Grund ſeiner Klage, dann der Beklagte den Grund ſeiner Einrede, hierauf der Kläger den Grund ſeiner Replik im engern Sinne, und dann der Beklagte den Grund ſeiner Duplik zu beweiſen hätte [17]), kennt das bayeriſche Recht in dieſer Ausdehnung nicht, und nur einzelne Fälle z. B. die condictio indebiti (§. 99. f.) [18]) eignen ſich zu deren Anwendung.

§. 104.

Geſtändniß.

Vollkommenen, und den beſten [1]) Beweis liefert das eigene Geſtändniß des Gegners, vorausgeſetzt, daß a) der Geſtehende ſeiner ſelbſt mächtig [2]) und

---

14) Cod. iud. cap. 6. §. 2. Anm. S. 235. e.

15) ſ. Note 11.

16) ſ. Bayer S. 14. Linde §. 144. 248.

17) Danz §. 232. v. Gönner Handb. II. S. 268. ſ. Martin §. 182. (172.).

18) Cod. civ. IV. 13. §. 6. Nr. 2.

Zu §. 104. **G. R.** Bayer S. 301. Danz §. 292. ſ. v. Grolman §. 82. Linde §. 256. Martin §. 128. (123. a.) Thibaut §. 1152.

S. R. Kori §. 73.

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 1. Anm. S. 411. Krüll §. 424—430. Mündler §. 426—432.

1) Confessio — regina probationum. Anm. zu Cod. iud. cap. 12. §. 1. S. 411. zu Cod. civ. I. 6. §. 24. S. 307.

2) Dispoſitionsfähig. Cod. civ. II. c. 2. §. 5. und zwar nicht

bey vollem Verſtande ſey, auch ohne Zwang [3]) ſich erkläre; b) daß das Geſtändniß deutlich in Worten, Schriften oder durch Zeichen [4]) und ſo beſtimmt gegeben werde, daß man nicht nur den Willen überhaupt, ſondern auch, was [5]), und wie viel [6]) man dadurch ein-

---

blos im Allgemeinen, ſondern auch in Bezug auf den ſpeciellen Gegenſtand. Daher liefert das Geſtändniß der außerehelich geſchwängerten Mutter keinen Beweis gegen die während der Ehe gebornen Kinder. Cod. civ. I. 4. §. 9. Nr. 4. Anm. 161. das Geſtändniß des Ehemannes über die empfangene Dos, allein, keinen Beweis gegen Dritte, I. 6. §. 24. Nr. 3. — das Geſtändniß einer Eheſcheidungs-Urſache, ohne concurrirende adminicula keinen zur Scheidung hinreichenden Beweis. Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 49. S. 387.

3) Wer ſich ungebührlichen Zwangs oder Irrthums oder Hinterliſt beſchwert, muß ſein desfallſiges Vorgeben beweiſen. Cod. iud. cap. 12. §. 1. Nr. 2. — Cod. civ. IV. c. 1. §. 20. 25.

4) Hinreichende (deutliche, unzweifelhafte) Zeichen. Anm. S. 412. lit. d. — Abweichend von den Erforderniſſen des Geſtändniſſes im Strafverfahren. Strafgeſ. 1813. II. art. 267. Nr. 2.

5) Eine causa debendi dabey auszudrücken, iſt im Allgemeinen nicht, und auch nicht bey einem pacto liberatorio, Anm. zu Cod. civ. IV. 15. §. 8. S. 718., ſondern nur da nöthig, wo die Rechte ſolches speciell fordern, Cod. iud. cap. 11. §. 9. Anm. S. 379. 381. 405. u. 412. Cod. civ. IV. 1. §. 6. a. E. — 15. §. 8. Nr. 3. Beyſpiele der Ausnahmen ſind a) Handelsbücher, Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2. — b) Ceſſionen Cod. civ. II. c. 3. §. 8. pr. vergl. mit §. 7. Nr. 4. Anm. zu Cod. iud. S. 405. c) Hypothek-Forderungen. Hyp. Geſ. von 1822. §. 143. Nr. 2. §. 173. Nr. 4. Inſtruct. §. 50. I. 3. — nicht aber Wechſel. W. O. 1785. §. 2. Moritz Rov. z. LdR. S. 510. — Ob auch

zuräumen geſonnen ſey, genügend erkennen möge; c) daß es Thatſachen [7]), und zwar ſchon geſchehene oder gegenwärtige, und an ſich mögliche Thatſachen betreffe [8]), d) daß es gerichtlich [9]) vor dem in der Sache competenten Richter, oder vor einem ordentlich beſtellten Commiſſär (§. 78.) [10]), oder vor einem von den Theilen erwählten Schiedsrichter (§. 13.) [11]) und förmlich [12]),

---

documenta quarentigiata im Executiv-Proceß? („quale"). Cod. iud. cap. 3. §. 3. Nr. 5.

6) Iſt eine Schuld in Anſehung der Frage: ob? eingeſtanden, ſo liegt darin zwar kein voller Beweis für die ganze Forderung; allein, weil die substantia debiti durch das Geſtändniß genüglich dargethan iſt, „ſo kann man den Kläger, als Gläubiger, circa quantum bey ermangelnder anderweiter Probe oder Gegenprobe geſtalten Dingen nach zum Schwur kommen laſſen" (juramentum quanti). Cod. civ. IV. c. 2. §. 3. Nr. 10. — Aehnlich iſt die Ergänzung des Beweiſes über die Quantität der Schuld durch die Bücher der Handwerker. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2. — dann die Expenſarien der Advocaten, Amts-Vormundſchafts- und a. Rechnungen. Anm. S. 382. a. E.

7) Geſtändniſſe über das, was meri juris iſt, ſind unerheblich. Anm. S. 413. litt. e. Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 7. S. 26.

8) Künftige Dinge können zwar gehofft, beſorgt und verſprochen, aber nicht eingeſtanden werden. Eben ſo wenig unmögliche. ebd.

9) Cod. iud. cap. 12. §. 1. Nr. 5.

10) ib. cap. 1. §. 18.

11) ib. cap. 17. §. 2.

12) „Was zwar vor dem Richter, aber nicht in gewöhnlicher Gerichts-Form, ſondern nur etwa in zufälliger Gegenwart deſſelben, oder in einer ganz andern Streitſache incidenter eingeſtanden wird, iſt nur für ein auſſergerichtliches Weſen

ausdrücklich [13]) und unbedingt [14]) abgelegt werde. Ein außergerichtliches macht mehr nicht als halben (§. 97.) Beweis [15]). Jedes ſonſt gültige Geſtändniß präjudicirt nur dem Geſtehenden, und ſeinen Erben, nie einem Dritten, auch keinem successor singularis, ſo weit nicht dieſer etwa ſein Recht erſt nach geſchehenem Geſtändniß von dem Geſtehenden erlangt hat [16]; und wird in Judicialhandlungen immer auf die dem Geſtehenden vortheilhafteſte Weiſe ausgelegt [17]). Das Geſtändniß des Vaters, Vormunds, Curators oder

---

zu halten." Cod. iud. cap. 12. §. 1. Nr. 7. — Die Gegenwart des andern Theiles wird nicht erfordert. ebd. Nr. 5.

13) „Das bloße Stillſchweigen wird in extrajudicialibus niemal, und in judicialibus alsdann für eine wahre Geſtändnuß geachtet, wenn man dem gegentheiligen Fürgeben in facto weder generaliter, noch specialiter widerſpricht." Cod. iud. l. c. Nr. 8. — jedoch nur ſo weit als nicht der jetzige Rechtsnachtheil der unterlaſſenen Klagbeantwortung eine negative Litis-Conteſtation involvirt. (§. 83. 147.) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 6. (Beyl. S. 7.)

14) „Was hiernächſt nur bedingungsweis eingeſtanden wird, kann auch andergeſtalt nicht, als mit der nämlichen Bedingnuß auf- und angenommen werden." Cod. iud. cap. 12. §. 5. Nr. 10. Darunter verſteht das Geſetz (Anm. litt. l. S. 415.) jedes beſchränkte Geſtändniß (confessio qualificata), und ertheilt ihm die Wirkung, daß der Kläger ſeine Klage und der Anwortende ſeine Einrede (Limitation) zu beweiſen habe. Cod. iud. cap. 6. §. 7. Anm. S. 245. u. 415. litt. l. (§. 99.).

15) „Es ſey denn, daß des confessi Handſchrift darüber vorhanden, und ſolche auch gehörig recognoſcirt ſey" ib. Nr. 6. — oder ein documentum publicum. Anm. S. 414. litt. g.

16) ib. Nr. 11. Anm. zu Cod. civ. IV. 10. §. 18. S. 578.

17) Anm. zu Cod. civ. IV. 1. §. 18. S. 65.

Anwalts ſteht aber den Kindern, Pflegbefohlnen und Clienten, für die jene, Rede und Antwort zu geben, verpflichtet und befugt ſind, allerdings im Wege [18]). Die Annahme [19]) eines auſſergerichtlichen oder gerichtlichen Geſtändniſſes wird ſo lange als geſchehen vermuthet, bis das Gegentheil bewieſen iſt [20]).

§. 105.

Beweis durch Eid. Eidesarten.

Eid iſt feyerliches Anrufen der Gottheit zum Zeugen der Wahrheit [1]). Er enthält immer das Verſprechen, die Wahrheit zu ſagen (§. 106. 109. 112.) [2]) A. wird aber in demſelben a. eine künftige Handlung oder Unterlaſſung verſprochen, ſo iſt er Verpflichtungs- (Verſprechungs-) Eid, (iuramentum promissorium), (§. 112.) [3]), b. wird die Wahrheit einer Sache eidlich betheuert, Verſicherungs-Eid (iuramentum assertorium) (§. 106.) [4]). B. Dieſe eidliche Verſicherung ge-

18) ib. Nr. 12.

19) Weil die Praxis dieſe Annahme zur Verbindlichkeit des Geſtändnißes fordert, nach Leyſer, Gail u. a. Anm. S. 414. lit. k.

20) Cod. iud. cap. 12. §. 1. Nr. 9.

Zu §. 105. G. R. Bayer S. 378. Danz §. 360. fg. v. Grolman §. 90. f. Linde §. 30. f. Martin §. 225. (212.) Thibaut §. 1155.

S. R. Kori §. 42.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Anm. S. 426. Krüll §. 458. Mündler §. 364—366.

1) „und Rächer des Meineids" Cod. iud. l. c. Anm. S. 426.

2) Cod. iud. l. c. pr.

3) Cod. iud. cap. 13. §. 1. pr. u. 7.

4) ib. §. 1. pr.

ſchieht entweder von der Partey a. Parteyeneid (§. 106. fg.) [5]), oder b. von Zeugen, Zeugeneid (§. 123.) [6]), oder c. von Kunſtverſtändigen (§. 125.) [7]). C. Sie gründet ſich a. auf eigenes gutes Wiſſen, Eid der Wahrheit (iuram. veritatis) oder b. auf bloßes für wahr halten, Glauben, Glaubens-Eid (iuramentum credulitatis) (§. 106.) [8]). D. Der Eid wird a. entweder gerichtlich (iuramentum iudiciale) oder b. auſſergerichtlich geleiſtet (iuramentum extraiudiciale) (§. 107.) [9]). E. Er betrifft Nebenpunkte eines Rechtsſtreits, Nebeneid (§. 113.) oder die Hauptſache, Haupteid (§. 114. fg.) I. Als Nebeneide kommen vor: auf Verlangen des Gegners a. wegen wahrſcheinlicher Gefährde, der Eid vor Gefährde (iuramentum calumniae) (§. 113.) nicht mehr α) als allgemeiner in Bezug auf den ganzen Rechtsſtreit (iur. cal. generale), ſondern nur β) als ein beſonderer in Bezug auf eine beſondere Handlung (iur. cal. speciale) und zwar αα) nach geſchehenem Haupt-Eides-Antrag (iur. cal. speciale proprie sic dictum) [10]) oder ββ) in Rückſicht auf beygebrachte nova bey dem Rechtsmittel der Reſtitution (iuramentum novorum) (§. 171.) [11]); auf Verlangen des Gegners b. wegen Herausgabe einer Urkunde Editions-Eid (iuramentum editionis)

5) ebend.
6) Cod. iud. cap. 10. §. 14.
7) Cod. iud. cap. 12. §. 5. Nr. 2.
8) Cod. iud. cap. 13. §. 1. pr.
9) ib. nr. 4. 6.
10) ib. §. 6.
11) Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 2.

(§. 216.) [12]), c. wegen der Aechtheit einer Urkunde, welche geläugnet wird, der Diffeſſions=Eid (iuramentum diffessionis) (§. 133.) [13]) und zwar α) bey eigenen Urkunden des Diffitenten de veritate, β) bey fremden, de credulitate (§. 166.) [14]). — Nicht mehr geltend iſt das iuramentum dandorum et respondendorum (§. 214.) [15]). — II. Bey den Haupteiden liegt die Veranlaſſung a. in dem Verlangen des Gegners, α) angebotener Eid (iuramentum delatum) (§. 114.) [16]) und β) zurückgeſchobener Eid (iuramentum relatum) (§. 116.) [17]), von denen jeder für den Streit entſcheidend wird, Schieds=Eid (iur. litis decisorium) (§. 114.) [18]), zugleich aber auch von dem Willen der Partey hauptſächlich abhängt, ein freywilliger (iuramentum voluntarium) [19]); — geht das Verlangen γ) nur auf die eidliche Beſtätigung einer Specification, die jemand zu liefern verpflichtet iſt, Manifeſtations= (Offenbarungs=) Eid (iuramentum manifestationis) (§. 118 b.) [20]); oder b. in dem Erbieten der Partey zur eigenen Eidesleiſtung und darauf erfolgter richterlicher Zulaſſung, α) zu Ergänzung eines unvollſtändigen Beweiſes (§. 97.), Erfüllungs=Eid (iuram. supple-

---

12) ib. cap. 11. §. 6. Nr. 5.
13) ib. cap. 11. §. 8. Nr. 6.
14) ibid.
15) Cod. iud. cap. 13. §. 6. Nr. 6.
16) ib. c. 15. §. 2. pr.
17) ib. nr. 8.
18) Anm. S. 431. lit. a.
19) ebd.
20) Cod. iud. cap. 13. §. 5. — Dieſer Eid iſt häufig nur Nebeneid, z. B. bey der Execution. (§. 118. C.)

torium) (§. 117. a. A.)[21]; β) zu Beſtimmung des Werths einer Sache, Schätzungs-Eid (Würderungs-Eid,) (iuram. in litem) (§. 118 a.), theils αα) nach dem wahren Werth (iur. in lit. veritatis), theils ββ) nach dem eingebildeten Werth (iur. in lit. affectionis); theils wegen argliſtiger oder gewaltthätiger Beſchädigung (iuram. Zenonianum) (ebd.)[22]; γ) zu ergänzender Feſtſetzung der Quantität einer Forderung, deren Subſtanz ſchon bewieſen iſt, Gröſſen- oder Quantitäts-Eid (iuram. quantitatis) (§. 117. b.)[23]; oder c. in dem richterlichen Auftrag auf Verlangen der Partey oder auch von Amtswegen zu Entfernung eines gegen die Sache des Schwörenden noch obwaltenden Zweifels oder Verdachts, Reinigungs-Eid (iuram. purgatorium) (§. 117. a. B.)[24]. Da dieſe Eide (vom suppletorio an) von dem Richter auferlegt werden, heiſſen ſie, im Gegenſatz des freywilligen, nothwendige, (iuramenta necessaria)[25].

---

21) ib. §. 3. Nr. 1.

22) ib. §. 4. — Der Minderungs-Eid iſt in Bayern nicht recipirt. (§. 118. a. Note 6.)

23) Cod. civ. IV. cap. 2. §. 3. Nr. 10. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2.

24) Cod. iud. cap. 15. §. 3. Nr. 5.

25) Anm. S. 431. lit. a. — Auſſer den ſchon bemerkten (§. 105. I. a. α. dann post c. β. und Note 22.) fallen in Bayern weg: a) das iuramentum expensarum, was ohnehin mehr ein Quantitätseid (§. 117. b.) iſt, v. Glück XII. S. 481. b) das iuram. litis decisorium sensu specialissimo — als Surrogat des suppletorii oder purgatorii. v. Glück XII. S. 228. und Note 30. c. die Solennien-Eide bey Rechtsmitteln, z. B. der Reviſionseid. Anm. zu Cod. iud. S. 531.

§. 106.

Eid der Wahrheit und des Glaubens.

Die eidliche Verſicherung (iuramentum assertorium) gründet ſich entweder auf eigenes gutes Wiſſen [1]), Eid der Wahrheit (iuramentum veritatis), oder nur auf ein für wahr oder wahrſcheinlich halten [2]), Glauben (iuramentum credulitatis). Dieſer Glaubens-Eid iſt I. nach den Beſtimmungen der Gerichtsordnung ſelbſt nur in zwey Fällen [3]) zuläßig. A. Wenn ſich jemand zu Leiſtung eines ihm zugeſchobenen oder ihm zurückgeſchobenen, oder irgend eines andern von dem richterlichen Auftrag [4]) abhängenden Eides gerichtlich erboten hat, aber vor der wirklichen Eidesleiſtung chriſtlich ſtirbt, ohne daß er ſeines Orts jemals mit dem Schwure ſäumig war, oder wegen ſeines Lebenswandels oder ſonſt ein erhebliches Bedenken gegen ſich hatte, ſo wird der Tod für den Eid, und dieſer für geleiſtet gehalten, und es bleibt dem richterlichen Ermeſſen anheimgeſtellt, ob die Erben des Verſtorbenen noch zu dem iuramento

---

Zu §. 106. **G. R.** Bayer S. 593. Danz §. 570. v. Grolman §. 94. Linde §. 501. Martin §. 224. a. 229. b. (215. 218.) Thibaut §. 1154.

S. R. Kori §. 42.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Krüll §. 464. I. 2. 470. 2. Mündler §. 366.

1) *„ex certa scientia et sensu corporeo."* Cod. iud. l. c. pr.

2) „aus wahrſcheinlich glaublichen Urſachen." ib.

3) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 7. und c. 12. §. 8. Nr. 6.

4) Dieſer Auftrag ſey proprio motu oder ad instantiam erlaſſen. Anm. S. 436. lit. h. a. E.

credulitatis angehalten werden ſollen [5]. B. Wenn es auf Diffitirung nicht eigener ſondern fremder Hand ankommt, ſoll „Diffitent wenigſt de credulitate“ [6]) ſchwören. II. die Anmerkungen zu der Gerichtsordnung rechnen zu den Glaubenseiden auch noch C. den Eid, welchen der Anwalt in die Seele ſeines Principals ſchwört, inſofern jener zugleich in ſeine eigene Seele ſchwört, was „saltem de credulitate“ geſchehen muß [7]); und gewiſſermaſſen D. die eidliche Verſicherung beſonderer Vorliebe bey dem Würderungseide (iniuramentum in litem affectionis) [8]); dann E. den Reinigungs-Eid, in ſofern er allenfalls auch de creduli-

---

5) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 7. Anm. S. 456. Nothwendig muß es dann auch dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen ſeyn, die Zulaſſung ſolcher Erben zu dem Eide zu erkennen, oder nicht.

6) Dahin: „daß Diffitent weder wiſſe, noch dafür halte, daß der Ausſteller, auf welchen das Document laute, ſolches ſelbſt oder durch einen anderen geſchrieben, oder ſonſt ausgeſtellt, und für das ſeinige einmal erkannt habe.“ Cod. iud. cap. 11. §. 8. Nr. 6.

7) Anm. zu Cod. iud. c. 13. §. 1. Nr. 2. S. 428. lit. c. — und ſolche Beſtimmung liegt auch in den Worten des Geſetzes ſelbſt, da zwar dieſer Eid von demſelben nicht, wie in den obigen beyden erſten Stellen (Note 3.) iur. de credulitate genannt, aber doch ausgeſprochen wird, daß der Anwalt „allzeit zugleich in ſeine eigene Seele mit ſchwöre, was maßen er gänzlich glaube und dafür halte, daß auch ſein Principal den Eid mit gutem Gewiſſen ſchwören könne.“

8) Wobey die affectio der veritas entgegengeſetzt wird. Anm. zu Cod. iud. cap. 13. §. 4. S. 436. lit. f., wie auch ſchon in dem Text „nach eingebildetem Werth“ ein bloſſes Meinen angenommen iſt.

tate angenommen wird [9]. Endlich gehört III. nach dem Ausſpruch des Civilrechts dahin F. der Eid der Frau, die, nach der Trennung von ihrem Manne, durch Tod oder Scheidung ihre Schwangerſchaft erhärtet [10].

§. 107.

Eides-Form.

Als Anrufung der Gottheit zum Zeugen der Wahrheit geſchieht die Leiſtung des Eides durch lautes Nachſprechen einer, im Fall die Theile ſich darüber nicht vereinigen, von dem Richter, mit Vorbehalt der Appellation [1], feſtzuſetzenden Eidesformel [2] (mündlich) [3],

---

9) Anm. zu Cod. iud. cap. 13. §. 3. Nr. 5. S. 445. lit. f. in Bezug auf Leyser spec. 142. §. 4.

10) hinſichtlich der Beſtellung einer custodia ventris. Cod. civ. I. 4. §. 10. Nr. 2. Anm. S. 168. III. 1. §. 12. S. 71. 73. (Beerhaftiger Beweis.) — Siehe bayeriſche Annalen 1835. Abth. Vaterlandskunde Nr. 8. S. 64 und Nr. 9 u. 10. S. 76. 77. Druckfehleranzeige Nr. 13.

Zu §. 107. **G. R.** Bayer S. 451. Danz §. 382. v. Gönner Handb. II. 503. f. v. Grolman §. 199. 200. Linde §. 510. Martin §. 230. (219.) Thibaut §. 1155.

S. R. Oelze Anleitung §. 245—253.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Krüll §. 467.

1) Nach der Regel des Geſetzes v. 22. July 1829. §. 18. — ſiehe v. Gönner Comm. S. 279. fg. Nr. 14. 15. — ſollte ſolche Appellation nicht abgeſondert ergriffen, ſondern mit der Appellation in der Hauptſache verbunden, und daher nur durch ausdrückliche Verwahrung oder durch ausdrücklichen Vorbehalt der Beſchwerde in der nächſtfolgenden Handlung vorbereitet werden. Da jedoch, wie am a. O. ſehr richtig bemerkt wird, ein Haupteid salvis exceptionibus allerdings eine widrige Erſcheinung iſt, und das natürliche Gefühl vielmehr dafür ſpricht, daß vor rechtskräftiger Entſchei-

und in gerichtsüblicher Stellung (körperlich) [4]), bey Untergerichten eigentlich vor vollſtändig beſetztem Gericht, bey Obergerichten vor einer dazu ernannten Gerichts-Commiſſion (§. 78.), und zwar vor demjenigen Gericht, wo der Rechtsſtreit anhängig iſt, oder bey weitentfernten Parteyen, vor einem deshalb requirirten (§. 66.) Richter, an ordentlicher Gerichtsſtelle, nur bey Kranken in ihrer Wohnung [5]), immer aber nach vorheriger La-

---

dung weder einer Partey gegen ihren Willen ein Eid, zu dem ſie nicht verbunden zu ſeyn behauptet, abgedrungen, noch der andern Partey zugemuthet werden ſoll, einen Eid zuzulaſſen, den ſie als rechtskräftig bekämpft, ſo iſt es zweckmäßig, mit v. Gönner zwiſchen I., ſolchen Interlocuten, welche eine beſtrittene Eidesleiſtung ſogleich und II., ſolchen, welche dieſe nicht ſogleich herbeyführen, zu unterſcheiden, und nur letzte nach der Regel des §. 18. im Geſetz vom 21. July 1819 zu behandeln, bey erſteren aber aus Achtung für die Heiligkeit des Eides, und um dem Gewiſſen der Bürger vor wirklicher Rechtskraft des Urtheils keinen Zwang anzulegen, gegen die ſich hierauf beziehenden Interlocute geſonderte Appellation zuzulaſſen. Dahin gehört nun auch der Streit über die Eidesformel v. Gönner a. a. O. S. 272—274.

2) Inſofern nicht dieſe Eidesformel ſchon im Geſetz beſtimmt iſt, wie z. B. bey dem Eide vor Gefährde (§. 113.), dem Zeugeneide (§. 123.). Anm. S. 430. lit. f. dem Schätzungs-Eide (§. 118. a.) Anm. S. 447. lit. i. u. Manifeſtationseide (§. 118. b.) Anm. S. 449. lit. f.

3) Cod. iud. cap. 13. §. 1. Nr. 4.

4) ebd. Eine Ausnahme davon machen die eidlichen Zeugſchaften Siegelmäßiger in Civilſachen. (§. 123. 229.) — Die Form ſ. Anm. S. 345. lit. e.

5) Cod. iud. l. c. Nr. 6. Die Fälle, in denen ſonſt Zeugen in ihrer Wohnung vernommen werden ſollen (§. 123), ſind durch keine Verordnung auf den Parteyeneid ausgedehnt. Vergl. Moritz III. S. 191.

bung des Gegners [6]), und, bey gemeinen, ungelehrten und leichtſinnigen Leuten auch immer nach vorläufiger hinreichender Meineidsverwarnung [7]). Ueber den ganzen Beeidigungs-Act iſt ein ordentliches Protocoll zu faſſen, und zu den Acten zu legen [8]), Die Folgen der Eidesverweigerung [9]) werden bey den einzelnen Arten des Eides beſtimmt.

§. 108.

Perſönliche Ableiſtung des Eides.

Der Eid ſoll in der Regel, wo nicht aus erheblichen Urſachen, ihn durch einen Anwalt in die Seele

---

6) *„ad videndum et audiendum iurare."* Cod. iud. l. c. Nr. 6.

7) Ein Formular in den Anm. S. 344. lit. d.

8) Vergl. Cod. iud. cap. 4. §. 15. u. cap. 13. §. 1. a. E.

9) Von der Leiſtung eines feyerlichen Eides, durch Anrufen Gottes, ſind nur die Mennoniten (oder Memnoniten wie unter andern die preuß. A. G. O. I. 10. §. 203. Nr. 5. ſchreibt,) befreyt, welche auch als Parteyen in Civilſachen, nach erhaltenem Zeugniß über ihren Leumuth und ihre Religion, und vorläufiger Erinnerung an die Eidespflicht, ſo wie an die Folgen des Meineids, nur die Betheurungs-Formel nachſprechen: „Ich verſpreche mit gegenwärtigem Handſchlag, wie bey meinem Taufbunde die reine Wahrheit zu ſagen." V. v. 10. Oct. 1811. Regbl. 1811. S. 1601. Moritz II. S. 210. Von dem Verfahren bey andern Religions-Parteyen vergl. §. 123. und v. Wendt Grdzg. des Crim. Proc. §. 48. Note 8.

Zu §. 108. **G. R.** Danz §. 369. Linde §. 310. 8. Martin §. 230. (219.) Thibaut §. 1156.

S. R. Kori §. 42. S. 86—89.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Anm. S. 427. lit. c. Nov. z. G. O. S. 260. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 214. Krüll §. 457. Mündler §. 372.

ſeines Principals ſchwören zu laſſen, zuläßig befunden, oder ſolches von dem Gegentheil bewilligt wird, von der Partey perſönlich geleiſtet werden [1]). Bey Unvogtbaren (§. 110.) wird der Vormund, wenn er nöthige Wiſſenſchaft von der Sache hat, zum Schwur gelaſſen, und wenn eine Klage aus einer Ceſſion herrührt, ſo ſoll nicht nur der Ceſſionar, ſondern auch der Cedent ſchwören [2]).

§. 109.

Ungültigkeit des Eides.

Der Eid ſoll wiſſentlich, wohlbedächtlich, klar und deutlich ohne Gefährde, ohne Vorbehalt (§. 112.),

---

1) V. v. 11. Jan. 1806. Regbl. 1806. S. 33. Nov. z. G. O. I. S. 260. a. Im Fall der Leiſtung durch einen Anwalt, hat dieſer zugleich in ſeine eigene Seele mitzuſchwören, „daß er gänzlich glaube und dafür halte, daß auch ſein Principal den Eid mit gutem Gewiſſen ablegen könne.“ Cod. iud. cap. 13. §. 1. Nr. 2. — b. Die Vorſchriften der V. von 1806. ſind auch anwendbar bey den Eidesleiſtungen im Namen einer Gemeinde. arg. p. 428. lit. c. in fine Annot. ad Cod. iud. Die Befugniß dazu ließ Cod. iud. cap. 7. §. 9. Nr. 2. ſogar in der General-Vollmacht ertheilen. Anm. S. 270. lit. b. u. 428. lit. c. Jetzt wird nothwendig Special-Vollmacht (§. 51.) erfordert. — c. Im Namen des Fiscus ſchwören die Fiskale, inſoweit ſie von den Handlungen des Fiscus eigene Wiſſenſchaft haben.

2) Cod. iud. l. c. Nr. 3. Natürlich vorausgeſetzt, daß der Cedent auf geſetzliche Weiſe (durch Intervention, Litisdenuntiation, Adcitation oder Nomination) (§. 225. fg.) mitſtreitender Theil geworden iſt.

Zu §. 109. G. R. v. Glück Erl. d. Pand. XII. S. 202 f. Thibaut §. 1157. Walter Lehrb. des Kirchenr. 5te Aufl. §. 362.

mündlich und in gewöhnlicher Form (§. 107.) von einem Eidesfähigen (§. 110.) geleiſtet werden. Mangeln dieſe Erforderniſſe [1]), ſo iſt er ungültig, und es bedarf einer geiſtlichen [2]) Entbindung von der Eidespflicht (relaxatio juramenti) nicht [3]).

§. 110.

Eidesfähigkeit.

Meineidige [1]), Sträflinge [2]), ſtrafrechtlich für eidesunfähig erklärte Ehrloſe [3]), Unvogtbare [4]) und an-

---

S. R. Weber Darſt. d. Sächſ. Kirchen-R. Wieſe Handb. d. Kirchen-R. §. 427.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Nr. 4. Anm. zu Cod. civ. III. cap. 11. §. 3. Nr. 4. S. 819. lit. d. Anm. S. 429. lit. e. Krüll §. 454. Mündler §. 367. f.

1) Comites iurisiurandi.

2) „In foro externo." Cod. iud. cap. 13. §. 7.

3) Man vergleiche die Grundſätze des bayr. Rechts über den promiſſoriſchen Eid (§. 112.), wie ſie im Cod. iud. l. c. und ſehr umſtändlich in B. Kreitmayrs Anm. S. 452—456 vorgetragen ſind.

Zu §. 110. G. R. Danz §. 369. Linde §. 302. Martin §. 224. Thibaut §. 1158.

S. R. Kori §. 42.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Krüll §. 455. Mündler §. 368.

1) Strafg. 1813. I. Art. 269 f.

2) Strafg. 1813. I. Art. 24. §. 2.

3) ebd. §. 2. — Nicht mehr Ehrloſe überhaupt, weil die Ehrloſigkeit im allgemeinen nicht mehr, weder als ſelbſtſtändige Strafe, noch als Folge anderer Strafen vorkommt. Anm. zum Strafg. I. S. 106.

4) Das iſt unter vierzehn Jahren bey Knaben, unter zwölf Jahren bey Mädchen. Cod. civ. l. c. 7. §. 2. Nr. 1. — In

dere, welche von dem Eide keinen hinreichenden Begriff haben [5]), werden nicht zum Eide gelaſſen.

§. 111.

Beſchränkung der Eide.

Je mißlicher [1]) das Beweismittel des Eides iſt, deſto mehr ſollte deſſen Gebrauch durch das Geſetz beſchränkt und deſto vorſichtiger in der Praxis angewendet werden. Uebereinſtimmend mit dieſem Grundſatz geſtattet die G. O. keine Eidesdelation in unerheblichen Gegenſtänden [2]), auch nicht gegen den,

---

Straſſachen werden, ohne Unterſchied des Geſchlechts, zur Eidesfähigkeit achtzehn Jahre erfordert. Strafg. 1813. II. art. 281.

5) Als Beyſpiele führen die Anm. S. 427. lit. b. Unſinnige, Betrunkene und Schlafende an, mit dem Beyſatz: „wie dann eben dieſer Urſach halber in can. 16. Caus. 22. qu. 5. verſehen iſt, daß man die Leut nüchtern und Vormittags ſchwören laſſen ſoll, welches ſonderbar bey den Teutſchen vonnöthen ſeyn will, weil dieſelbe praesumtionem wider ſich haben, daß ſie von dem Tiſch niemal unbetrunken aufzuſtehen pflegen.“

Zu §. 111. **G. R.** Bayer S. 390. Claproth Einl. §. 321. Danz §. 370. v. Glück Erl. d. Pand. XII. S. 210 f. Linde §. 302. 11. Martin §. 224. (213.) Mevii dec. VIII. 333. IX. 376. Thibaut §. 1159.

S. R. Kori §. 43.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 1. Krüll §. 461. Münbler §. 373.

1) Anerkannt von B. Kreitmayer in den Anm. S. 426. lit. a.

2) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 2. (N. A. 1654. §. 50.)

welcher ſchon vollſtändigen Beweis geliefert hat [3]), läßt ſie im Fall möglich hinreichender anderer Beweis=mittel nur eventuell gebrauchen [4]), erlaubt zu Vermeidung der Eidesannahme oder Zurückſchiebung die Gewiſſens=Vertretung (§. 116.) [5]), und begnügt ſich mit bloßem Handgelübde an Eidesſtatt bey dem Zeugenbeweis in geringen Sachen unter 50 fl. Werth [6]).

§. 112.

Wirkung des Eides.

Die Wirkung wirklicher und förmlicher Leiſtung eines geſetzlich geforderten und auferlegten aſſertoriſchen Eides beſteht darin, daß für den ſchwörenden Theil erkannt wird (§. 114. 117.) [1]), und zwar nach

---

3) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 4 verbis: „Soweit es nicht etwa ſchon geſchehen.“ Anm. S. 433. lit. e.

4) „*ne nomen domini in vanum invocetur.*“ Anm. S. 433. lit. d.

5) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 4. u. 9.

6) ib. cap. 10. §. 2. Nr. 7. Cod. civ. IV. 16. §. 3. Nr. 1. Anm. S. 739.

Zu §. 112. **G. R.** Bayer S. 452. Danz §. 377. 379. 385. v. Grolman §. 95. Martin §. 231. (220.) Thibaut §. 113. 114. 1160.

S. R. Kori §. 136.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 2 f. Krüll §. 464. 465. 471. Mündler §. 377.

1) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 10. §. 3. Nr. 7. §. 4. Nr. 3. Anm. S. 438. Gleiche Wirkung hat die geſetzliche Fiction, daß ein Eid als geleiſtet betrachtet wird, zu deſſen Leiſtung jemand befugt und erbötig war, wenn er chriſtlich ſtarb. (§. 106.) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 7.

Inhalt der Eidesformel ohne Rückſicht auf heimlichen Vorbehalt (reservatio mentalis) [2]. Der **Verpflichtungs-Eid** (iuramentum promissorium), welcher einer an ſich gültigen Handlung beygefügt wird, verſtärkt die Verpflichtung zu Erfüllung des Verſprechens [3], und ſeine wiſſentliche Verletzung zieht, wenn er gerichtlich [4] geleiſtet wurde, die Strafe des ausgezeichneten Betrugs nach ſich [5]; allein er hat in foro externo nicht ſo viel Kraft, daß er aus ungültigen Handlungen gültige, aus verbotenen zuläßige, aus widerruflichen unwiderrufliche machen, oder ſonſt die Natur der Sache abändern könnte [6].

---

2) Cod. iud. cap. 13. §. 1. Nr. 4. (Cod. civ. IV. 9. §. 25. Anm. S. 589.)

3) ib. §. 7.

4) Jeder in einer bloſſen **Privat**-Verſicherung enthaltene, ſchriftlich oder mündlich erklärte Eid, läßt keine Unterſuchung — alſo auch keine Beſtrafung wegen Meineid zu. Strafg. 1813. Th. I. Art. 272. vergl. mit Art. 263. Nr. V. und Th. II. Art. 1.

5) Strafg. I. Art. 263. Nr. V.

6) Cod. ind. cap. 13. §. 7. Deswegen bleibt in ſolchem Fall die Haupthandlung ſelbſt, wie ſie Namen haben mag, immer, wie ſie iſt, und Niemandem ſind ſeine Einreden und Rechtswohlthaten unter dem Vorwand des beygefügten Eides benommen. ib. Anm. S. 453 f. — Daher iſt eidlicher Verzicht auf das S. C. Macedon. Cod. civ. IV. 2. §. 4. Nr. 7. Anm. S. 117. — eidliche Beſtärkung einer Bürgſchaft, die gerichtlich, IV. 10. §. 4. Anm. S. 558. oder nach vorhergegangener Certioration, IV. 10. §. 27. Anm. S. 592, hätte errichtet werden ſollen, ungültig; auch das eidliche Verſprechen, nicht zur zweyten Ehe ſchreiten zu wollen. Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 46. S. 372 u. §. 48; der Eid ſteht der Reivindication einer Pertinenz nicht im Wege, Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 14. S. 923, auch nicht dem Widerruf

§. 113.

Eid vor Gefährde.

Der Eid vor Gefährde (iuramentum calumniae) iſt jetzt [1]) nur noch als ſpecieller [2]) und zwar a) auf Verlangen desjenigen, welchem der Haupt-Eid

eines letzten Willens. III. 2. §. 4. S. 189. 190. — 4. §. 11. S. 503, und dem Nachlaß eines Erbverzichts. III. 11. §. 5. S. 819. Es bedarf der eidlichen Beſtätigung von Erbverträgen, III. 11. §. 1. S. 786, und der Erbverzichte, III. 11. §. 2. S. 806. nicht; ja es wird ſogar die Bedingung eidlicher Beſtärkung eines von dem Teſtator als Bedingung der Erbeinſetzung geforderten Verſprechens pro turpi et non adjecta geachtet. Anm. zu Cod. civ. III. 3. §. 10. S. 349.

Zu §. 113. G. R. Bayer S. 414. Danz §. 366. v. Grolman §. 69. Linde §. 125. Martin §. 312. Thibaut §. 1153. 1161.

S. R. Kori §. 44.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 6. Anm. S. 450. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 198. Krüll §. 473—475. Mündler §. 415—419.

1) Geſetz vom 22. Juli 1819. §. 7. ſ. Beyl. S. 7. Unterſchied zwiſchen eigentlichem und uneigentlichem Calumnien-Eid. — Unter die durch dieſes Geſetz aufgehobenen Eide gehören nicht: 1) der Perhorreſcenz-Eid (§. 17.) Cod. iud. cap. 1. §. 19., 2) die eidliche Beſtärkung der Gründe eines Geſuchs über Verlängerung des Beweis-Termins (§. 151). Cod. iud. cap. 9. §. 11. v. Gönner Comm. S. 79 u. 113. — wohl auch nicht 3) die eidliche Beſtärkung des Intereſſe, bey dem Geſuche um Einſicht eines letzten Willen, als Eid der Bosheit, nach Cod. civ. 2. III. §. 14. Nr. 10. Anm. S. 232.

2) Speciale s. malitiae. Cod. iud. cap. 13. §. 6. Nr. 2. Anm. S. 435. auch bey Geiſtlichen. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. S. 1478.

(§. 114.) zugeſchoben wurde [3], und b) bey dem Rechtsmittel der Wiedereinſetzung in den vorigen Stand [4]) zuläſſig. Im erſten Fall enthält er die Verſicherung des Schwörenden: „daß er ſich der Eidesdelation nicht aus Bosheit und dem Gegentheil zum Schaden, ſondern aus gutem, gerechten, wahren Grund, und weil er ſolche ſeiner Sache für dienſtlich halte, bedient habe" [5]); im zweyten: „daß er von den novis nichts gewußt, oder wenigſtens, ſolche vor der Sentenz legal beyzubringen nicht vermocht habe [6]).

§. 114.

Deferirter Eid und deſſen Wirkung.

Seine eigene Behauptung eidlich zu erhärten, iſt

---

3) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 6. Anm. zu Cod. civ. III. 5. §. 7. S. 521. IV. 17. §. 5. S. 747. V. 19. §. 42. S. 148. — Iſt dieſer Calumnien-Eid auch noch im Fall des cap. 13. §. 2. Nr. 9. vor der Beweisführung als Gewiſſens-Vertretung (§. 116.) zuläſſig? — Und im Fall, nach Anm. S. 449. lit. e. bey vorhandenem, jedoch mangelhaften Inventar, der Manifeſtations-Eid (§. 118. C.) gefordert wird? Vergl. v. Gönner Comm. S. 79. 113. — Anm. zu Cod. civ. III. 1. §. 18. S. 152.

4) Alſo als iuramentum novorum. Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 2.

5) Cod. iud. cap. 13. §. 6. Nr. 2.

6) Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 2.

Zu §. 114. **G. R.** Bayer S. 380. 401. Danz §. 367. v. Grolman §. 91. Linde §. 302. Martin §. 224. (213.) Thibaut §. 1162.

S. R. Kori §. 43.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 2. Anm. S. 431. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 198. Krüll §. 459. Mündler §. 378.

in der Regel [1]) nicht zuläſſig, ſondern diejenige Partey, welche ihr Vorbringen um deswillen auf andere Weiſe nicht beweiſen kann, weil bey dem ſtreitigen Facto niemand gegenwärtig war, oder aus andern Gründen, Zeugenuntüchtigkeit u. d. ſolcher Beweis unmöglich iſt, hat die Befugniß, dem wider beſſeres Wiſſen läugnenden Gegner den Eid darüber anzubieten, daß er ſchwöre, das Factum verhalte ſich nicht angegebenermaſſen, zugeſchobener, angebotener Eid, Schiedseid, (juramentum delatum, litis decisorium) [2]). Die Wirkung der wirklichen Leiſtung eines auf ſolche Art geſetzlich angebotenen, oder zurückgeſchobenen Eides iſt, daß für den ſchwörenden Theil erkannt wird. Dagegen iſt nur der Beweis des Meineids zuläſſig, aber auch dieſer nur aus erſt ſpäter vorgekommenen, vorher nicht bekannt geweſenen ganz neuen Proben. Ein ſolcher Beweis wirkt Reſtitution (§. 171.) [3]) und Strafe [4]).

§. 115.

Befugniß zur Eides=Delation und Form.

A. Jeder kann einen Eid deferiren, der ſeiner ſelbſt

---

1) Ausnahmsweiſe nur bey dem nothwendigen Eide (§. 117.), dem Schätzungs=Eide (§. 118a.), dem Quantitäts=Eide (118b.) ſcheinbar bey dem Teſtaments=Executor hinſichtlich des vertheilten Almoſens. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 20. S. 254. vergl. jedoch III. 6. §. 23. S. 266 („species suppletorii“) (§. 117. a. Note 3.) — bey der rei vindicatio in Lehnsſachen. V. 18. §. 39. S. 952.

2) Cod. iud. cap. 13. §. 2. pr.

3) ib. §. 2. Nr. 10.

4) Strafg. 1813. I. Art. 269.

Zu §. 115. G. R. Bayer S. 382. 384. Danz §. 368 f.

mächtig iſt [1]), iſt aber verbunden, auf Verlangen des Gegners, ehe dieſer den deferirten Eid ſchwört, den Eid vor Gefährde (§. 113.) zu leiſten [2]). B. Der Eid kann jedem deferirt werden, der einen Eid zu ſchwören fähig iſt (§. 110.) [3]), und welcher von dem Gegenſtande des Eides ſelbſt eigenes gutes Wiſſen hat [4]). C. Er kann deferirt werden in allen Sachen [5]); aus-

---

v. Grolman §. 92. Linde §. 276. Martin §. 221. Thibaut §. 1163.

S. R. Kori §. 43.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 2. Anm. S. 431. lit. b. f. Krüll §. 460 f.

1) „daß er *sui juris* und *liberam rerum administrationem* habe." Anm. S. 431. lit. b. Cod. iud. l. c. Nr. 1.

2) Cod. iud. l. c. Nr. 6.

3) Als ausgeſchloſſen werden daher in den Anmerk. S. 431. lit. b. erwähnt: Ehrloſe, Meineidige und Unvogtbare, inſofern letztere nicht darin durch ihren Vormund vertreten werden können, d. i. inſofern der Vormund in facto proprio verſirt.

4) Cod. iud. l. c. Nr. 2. Anm. S. 432. lit. c.

5) Zum Beweiſe eines letzten Willens nach dem Beyſpiel in Cod. civ. III. 5. §. 7. Nr. 4. „wenn der Verſtorbene noch in Lebenszeit dem hinterlaſſenen Erben ab intestato in ſelbſtiger Gegenwart den Auftrag thut, daß die Erbſchaft oder ein gewiſſes Gut an Jemanden überlaſſen oder eingeantwortet werden ſoll, ſo braucht es hierzu gar keiner Solemnität, ſondern es iſt genug, wenn nur ſothaner Auftrag erweislich iſt, und mag dem Erben auf allenfallſiges Widerſprechen iuramentum litis decisorium hierüber deferirt werden." Vergl. Anm. S. 521 und zu Cod. civ. III. 2. §. 10. S. 214. — in der Einſtandsklage über den Inhalt der Vertragsbedingungen. Cod. civ. IV. 5. §. 7. Nr. 2. Anm. S. 511, und darüber, daß der Retrahent wirklich in

genommen ſind: Gegenſtände einer Criminal-Unterſuchung [6]), unerhebliche Punkte [7]), fremde Sachen, von denen der Gegner [8]) kein gutes Wiſſen haben kann [9]), ſolche, von denen wegen Länge der Zeit zu vermuthen iſt, daß ſie ſchon dem Gedächtniß entwichen ſeyen [10]), der Beweis des nicht empfangenen Geldes nach verjährter Exception [11]), der Beweis des Meineids nach der Leiſtung eines deferirten oder referirten Eides [12]) und der Beweis im Wege der Gewiſſens-Vertretung (§. 116.) [13]). D. Ehedem war die Eidesdelation zu jeder Zeit in dem Proceß vor dem Beſchluß

---

eigenem Namen auftrete. IV. 5. §. 12. Nr. 5. S. 320. — bey der condictio furtiva. Anm. zu Cod. civ. IV. 16. §. 5. S. 747, über die exceptio veritatis bey der Injurienklage. IV. 17. §. 4. S. 793.

6) v. Wendt Grundz. d. Crim. Proc. §. 75.

7) Was iſt unerheblich? — In unerheblichen Gegenſtänden werden auch andere Beweismittel nicht zugelaſſen. Anm. S. 432. lit. c.

8) Darauf, daß auch der Deferent von dem Gegenſtand des Eides eigenes gutes Wiſſen habe, kommt es nicht an; denn durch den Mangel des letztern wird nur die Befugniß zur Eides-Relation (§. 116.) ausgeſchloſſen. Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 8.

9) Cod. iud. l. c. Nr. 2. Daher kann der Anwalt, (§. 106 Nr. 3. §. 108. Nr. 1.), Vormund, und Cedent (§. 108. Nr. 2.) nur inſofern zu der Leiſtung des deferirten Eides gelaſſen, und zu deſſen Leiſtung verpflichtet werden, als dieſe Perſonen zugleich in facto proprio verſiren. Anm. S. 432. lit. c.

10) ibid.

11) Cod. civ. IV. c. 11. §. 7. Nr. 4. Anm. S. 603.

12) Anm. zu Cod. iud. S. 439. lit. l.

13) Cod. iud. cap. 12. §. 2. Nr. 9.

der Sache zuläſſig [14]), jetzt iſt ihr Gebrauch, wie der aller andern Beweismittel, auf den Beweis-Termin von 30 Tagen nach rechtskräftigem Beweis-Interlocut beſchränkt [15]). E. Die Eides-Delation iſt ein ſubſidiäres [16]) Beweismittel und daher auch eventuell zuläſſig und nöthig [17]). F. Mit der Eideszuſchiebung iſt jedesmal die Uebergabe der Eidesformel zu verbinden [18]). G. Wer die Annahme eines angebotenen, oder die Leiſtung eines zurückgeſchobenen Eides ohne geſetzliche Urſache verweigert, wird als der gegentheiligen Behauptung geſtändig behandelt, das iſt: der Eid wird pro recusato erachtet [19]). H. Eine Appellation über die richterliche Feſtſetzung der Folgen eines geleiſteten oder nicht geleiſteten Eides iſt unzuläſſig [20]).

§. 116.

Folgen des Eides-Antrags. Relation. Gewiſſens-Vertretung.

Wem der Eid deferirt wird, hat die freye Wahl, ob er ihn annehmen, zurückſchieben, oder ſein Gewiſſen

---

14) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 3. Anm. S. 432. lit. d.

15) Innerhalb desſelben iſt der Eid wenigſtens eventuell zuzuſchieben. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. Beyl. S. 11. v. Gönner Comm. S. 173.

16) Anm. S. 432. lit. d.

17) v. Gönner a. a. O. S. 172 f.

18) Cod. iud. l. c. §. 2. Nr. 4. Anm. S. 433. lit. d.

19) Cod. iud. l. c. §. 2. Nr. 11. Anders im Conc. Proc. (§. 203. 18.)

20) ib. Nr. 12. — Von der Wirkung der Eides-Delation und Annahme bey Injurienklagen, als angebliche Remiſſion. Anm. zu Cod. civ. IV. 17. §. 12. S. 811.

Zu §. 116. **G. R.** Bayer S. 394. 400. Danz §. 376 f.

mit Beweis vertreten wolle. Bey der Mittheilung des Beweis = Antritts muß er ſich über einen von dieſen drey Wegen und zugleich über die mitgetheilte Eides= Formel erklären [1]). So lange der Eid noch nicht an= genommen oder zurückgeſchoben iſt, kann die Delation von dem Deferenten widerrufen und der ordentliche Beweis durch Zeugen und Urkunden, wenn er nicht ſchon vorher geführt wurde, angetreten werden. Der Widerrufende iſt aber verpflichtet, dem Gegner die durch den Widerruf verurſachten Koſten zu vergüten, und darf den widerrufenen Eid nicht von neuem an= bieten [2]). Nimmt der Gegner den Eid an, ſo iſt er befugt, vorher von dem Deferenten die Leiſtung des Eides vor Gefährde (§. 113. 115.) zu fordern [3]). Das Zurückſchieben des Eides (relatio juramenti), wo= nach der Deferent ſelbſt die Wahrheit ſeiner Behaup= tung beſchwören ſoll, findet nur bey einem deferirten Eide (§. 114.) und auch bey dieſem nur dann ſtatt, wenn der Gegenſtand des Eides ein Factum betrifft,

---

v. Grolman §. 91. Linde §. 507. Martin §. 226. (215). Thibaut §. 1164.

S. R. Kori §. 90.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 2. Anm. S. 436. lit. i. Krüll §. 465. 466.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 4. Anm. S. 433. lit. e.

2) Cod. iud. l. c. Nr. 5. — Daß dieſe Befugniß, zu einem ſpätern Beweisantritt, durch das Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. (Beyl. S. 11.) nicht aufgehoben ſey, rechnet v. Gönner Comm. S. 174 f. unter die Ausnahmen der prä= judiciellen Wirkung des Beweis=Termins.

3) Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 6 u. §. 6.

von welchem beyde Theile gute Wiſſenſchaft haben können; ſetzt übrigens auf Seite des Referenten Dispoſitions-Fähigkeit voraus. Den zurückgeſchobenen Eid kann weder der Referent unter dem Vorwand, den Beweis auf andere Art machen zu wollen, widerrufen, noch der Gegner (Deferent, Relat) zu leiſten weigern [4]. Der Delat aber hat, ehe er den Eid annimmt oder zurückſchiebt, und ſtatt des Annehmens oder Zurückſchiebens, die Befugniß, das Gegentheil der Behauptung des Deferenten, inſofern dieſer Beweis nicht ſchon geliefert ſeyn ſollte, zu beweiſen, (Gewiſſens-Vertretung, probatio pro exoneranda conscientia) [5]) und zwar innerhalb des Termins, welcher zur Erklärung über den deferirten Eid gegeben war. Ein ſolcher Beweis beſchränkt ſich auf das Factum, welches hätte beſchworen werden müſſen, andere dahin nicht gehörige Gegenſtände dürfen nicht eingemiſcht werden [6]. Uebrigens kann der Beweisführer vorher den Eid vor Gefährde des Deferenten fordern (§. 113. Note 3.) [7]. Gegen den Beweis der Gewiſſens-Vertretung findet weder Gegenbeweis (§. 105.) noch Eides-Delation (§. 115.), noch Eides-Relation ſtatt. Wird der als Gewiſſens-Vertretung gebrauchte Beweis vollſtändig geführt, ſo wird der Beweisführer von dem deferirten Eide und zugleich in der Hauptſache definitiv entbun-

---

4) Cod. iud. ib. §. 2. Nr. 8.
5) ib. Nr. 4. u. 9.
6) ib. Nr. 9.
7) ib. Nr. 6. u. 9. verglichen mit dem Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 7. (Beyl. S. 7.) und oben §. 113. Note 3.

den. Liefert er den Beweis nur halb (§. 97.) oder gar nicht, verſäumt er ihn, oder verzichtet er auf deſſen Führung, ſo wird der Eid für recuſirt erachtet (§. 114.), deſſen Zurückſchiebung ohnehin nicht mehr ſtatt findet [8]).

§. 117. a.

Erfüllungs- und Reinigungs-Eid.

A. Der Erfüllungs-Eid (juramentum suppletorium), wodurch unvollſtändiger Beweis (§. 97.) ergänzt werden ſoll, erfordert das ausdrückliche Geſuch der Partey, welche dazu gelaſſen werden will, noch vor dem Beſchluß der Sache [1]), ſetzt die Exiſtenz eines halben Beweiſes, welcher nicht durch halben Gegenbeweis entkräftet iſt [2]), eine Sache, welche ſo beſchaffen iſt, daß der Schwörende ſie allem Vermuthen nach wohl wiſſen kann, und Eidesfähigkeit (§. 110.) voraus. In Sachen von großer Wichtigkeit, nach Verhältniß

---

8) Cod. iud. l. c. Nr. 9.

Zu §. 117. a. **G. R.** Bayer S. 403. Danz §. 362. v. Grolman §. 93. Linde §. 319. Martin §. 190. 232. (179. 221.) Thibaut §. 1165.

S. R. Kori §. 42.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 3. Anm. S. 440. lit. a —e. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 40. S. 1423. Kräll §. 468—470.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1. Eine größere Beſchränkung iſt durch das Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. nicht ausgeſprochen. v. Gönner Comm. S. 171 f.

2) In ſolchem Fall wird entweder der Beklagte ſogleich von der Klage entbunden, oder wenn der halbe Beweis auf beyden Seiten gleich iſt, wenigſtens der Beklagte vor dem Kläger zum Schwur gelaſſen. Cod. iud. l. c. Nr. 2.

der Umſtände und Perſon, oder welche Ehre, Leib und Leben betreffen, kann nur der Beklagte zu ſolchem Eide gelaſſen werden [3]). Ganz unzuläſſig iſt er zum Beweis nicht geſchehener Zahlung bey der exceptio non numeratae pecuniae nach verfloſſenem biennio [4]). B. Der Reinigungs-Eid (juramentum purgatorium) kann eben ſo wohl auf Verlangen der Partey, als von

---

3) Cod. iud. l. c. Nr. 5. 4. — Anwendung deſſelben a) bey dem Beweiſe eines Fauſtpfands. „Fauſtpfänder können in Ermangelung anderer Proben allenfalls durch den Eid des creditoris erwieſen werden, welches eine species iuramenti suppletorii iſt, dann ex possessione rei oppignoratae erwachſet die billige Vermuthung, für den creditorem, daß ſein Angeben wahr ſey, ſo lange keine andere caussa possessionis erſcheint.“ Anm. zu Cod. civ. II. 6. §. 23. S. 1266. b) über einen letzten Willen; III. 2. §. 10. S. 214. c) bey dem Beweiſe einer Simulation des Kaufs in Verbindung mit einer Conjectural-Probe; IV. 3. §. 4. S. 162. d) zum Beweiſe einer von dem Retrahenten in der Retraktklage behaupteten Simulation eines Geſchäfts, was nicht den Namen des Kaufs hat, aber ein ſolcher iſt; IV. 5. §. 9. S. 316. e) bey der condictio furtiva neben dem Geſtändniß des Diebes; IV. 16. §. 5. S. 747. f) bey ſimulirten Obligationen über Spielſchulden; Cod. civ. IV. c. 12. §. 5. Nr. 11. Anm. S. 621. g) bey öffentlichen Urkunden (§. 127.) Cod. iud. c. 11. §. 2. — h) bey Handelsbüchern (§. 129.) ebd. §. 3. Nr. 2. i) bey Produktion alter Abſchriften. Anm. zu Cod. iud. S. 385. lit. b. — Befugt, aber nicht verbunden zu ſolchem suppletorio iſt der Oppignorant bey Pfändungen hinſichtlich des ihm zugefügten Schadens, ausgenommen, wenn die Pfändung nächtlicher Weile geſchehen iſt; Cod. civ. II. 6. §. 24. Nr. 11. „denn die Nacht betrügt gern, und — im Dunkeln iſt gut Munkeln.“ Anm. S. 1277.

4) Anm. zu Cod. civ. IV. 11. §. 7. S. 603.

Amtswegen (§. 70.) aufgetragen werden, wenn theils weder ein vollſtändiger, noch halber Beweis geführt, oder die Sache wegen eines andern Mangels zu dem Erfüllungs=Eid nicht geeignet iſt, theils noch billiger Zweifel oder Verdacht gegen den und die Sache deſſen, welcher ſchwören ſoll, obwaltet [5]). — Keiner dieſer Eide kann, wenn er einmal aufgetragen iſt, widerrufen werden, auſſer wegen erheblicher nova, welche erſt nach ſolchem Auftrag ſich ergeben haben [6]). Die Wirkung der wirklichen Leiſtung, und der Verweigerung iſt wie bey dem angebotenen Eide (§. 112. 114—116.) [7]). Im Zweifel darüber, welchem von beyden Theilen ein Erfüllungs= oder Reinigungs=Eid aufzutragen ſey, hat

---

5) Cod. iud. l. c. Nr. 5. Anm. zu Cod. civ. V. 25. §. 20. S. 1778. — Das Civilrecht erwähnt ſeiner a) bey der Klage gegen den unehelichen Vater, wenn außer der Angabe der außerehelich geſchwängerten Mutter noch andere glaubwürdige und nicht widerlegte Indicien hinzukommen. Anm. zu Cod. civ. I. 4. §. 9. S. 163. b) wegen Entfernung der gegen die ſonſtige Vermuthung der bona fides bey Verjährung ſtreitender Verdachtsgründe. II. 4. §. 7. S. 1114. c) in Bezug auf die Simulation im Kaufe wie oben Note 3. d) bey dem Beweiſe der aus Auftrag eines Teſtators vorgenommenen Caſſation eines Teſtaments. III. 3. §. 27. Nr. 8. Anm. S. 425. e) in Injurienſachen, beſonders bey dem Beweiſe des animus iniuriandi. IV. 17. §. 18. Anm. S. 308. f) bey dem Widerſpruch der Zeugen. Cod. iud. cap. 10. §. 20. Nr. 3. (§. 136.) g) bey dem Beweiſe durch Kerbhölzer. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 3. (§. 129. C.)

6) ebd. c. 13. §. 3. Nr. 6.

7) ebd. Nr. 7.

der Richter zuerſt die Erforderniſſe beyder Eide, dann die Eigenſchaft beyder Theile, ihren Stand, Würde Wandel und Leumuth, ihre mehr oder mindere Glaubwürdigkeit zu berückſichtigen, und wenn alle dieſe Verhältniſſe auf beyden Seiten gleich ſind, den Beklagten vor dem Kläger zum Schwur zu laſſen [8]).

§. 117 b.

Quantitäts-Eid.

Eine Art des Erfüllungs-Eides iſt der Quantitäts-Eid (juramentum quantitatis), zu welchem der Gläubiger, deſſen Forderung in ihrem Rechtsgrunde bewieſen iſt (substantia debiti), bey dem Mangel andern Beweiſes oder Gegenbeweiſes, über die Summe gelaſſen wird, und zwar a) bey der Klage aus einem Darlehn [1]), b) bey Forderungen der Handwerker, welche nicht zu Führung wirklicher Handelsbücher berechtiget ſind [2]), c) bey der actio depositi [3]), bey dem

8) ebd. Nr. 8.

Zu §. 117. b. **G. R.** Bayer S. 412. Danz §. 562. v. Glück Erl. d. Pand. XII. S. 472. Martin §. 190. Note m. 232. Note b. (179. 221.) Struben rechtl. Bedenken. I. 35. 78. Thibaut §. 1165.

S. R. Kori §. 42.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2. Anm. S. 382. Cod. civ. IV. 2. §. 3. Nr. 10.

1) Cod. civ. IV. c. 2. §. 3. Nr. 10. Anm. IV. S. 112. = c. 32. X. de iureiurando (II. 24.)

2) Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2. Anm. S. 382 a. E.

3) „Der Eid des Deponenten mag hinreichen, wenn nicht mehr substantia depositi, ſondern nur das quantum deſſelben in Widerſpruch iſt.“ = L. 1. §. 40. D. depos. (XVI. 3.) Anm. zu Cod. civ. IV. S. 143. Nr. 11 f.

Beweiſe, daß ein Gut, nicht dem Manne, ſondern der Frau gehöre [4]). Unnöthig aber iſt dieſer Eid, wenn der Richter ohnehin die Befugniß hat, das Quantum ſelbſt zu beſtimmen [5]).

§. 118. a.

Schätzungs-Eid.

A. Iſt die Reſtitution einer ſtreitigen Sache in natura aus Verſchulden des Gegners nicht mehr [1]) möglich, und dieſe Sache von ſolcher Beſchaffenheit, daß ſie keinen beſtimmten Preis [2]) hat, ſo iſt dem Kläger, deſſen Erben und Nachfolgern, ohne Unter-

---

4) Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 23. S. 305.

5) wie das der Fall iſt bey der dos, Cod. civ. I. 6. §. 13. Nr. 16., bey der Morgengabe, ebd. §. 17. Nr. 1. Anm. S. 291., dem Honorar des Vormunds. I. 7. §. 17. Nr. 5. Anm. S. 458., dem legatum dotis. III. 7. §. 15. Nr. 5. Anm. S. 611. Vergl. §. 76. a. Note 14.

Zu §. 118 a. **G. R.** Bayer S. 407. v. Glück Erl. d. Pand. XII. S. 398 f. Linde §. 313. Martin §. 129. 232. (123 b. 221.) Thibaut §. 1166.

S. R. Kori §. 45.

B. R. Cod. iud. cap. 13. §. 4. Anm. S. 445. Krüll §. 476—478. Mündler §. 393—398.

1) Dieſer Eid iſt, nach Kreitmayr, nur ſubſidiär; kann man daher die Sache noch in Natur haben, ſo wird die Execution der Forderung durch die Wegnahme vollzogen. — Doch iſt der Eid auch dann zuläßig, wenn zwar die Sache noch vorhanden, aber ihr Habhaftwerden durch argliſtiges Abläugnen des Gegners zur Zeit unmöglich gemacht wird. Anm. S. 445. lit. b.

2) Fungible oder vertretbare (vertretliche) Dinge, wobey es lediglich auf Zahl, Maß und Gewicht ankommt, und welche immer wieder zu haben ſind, gehören nicht hieher.

ſchied der Perſonen [3]), vergönnt [4]), im Fall eines dolus oder der culpa lata den eingebildeten Werth (ju-

---

Wohl aber ſeltene Münzen, der Wein von einem gewiſſen alten Jahrgang und beſonders gutem Gewächs (vergl. Cod. civ. IV. c. 3. §. 12. Nr. 7. c. 15. §. 1. Nr. 7. Anm. IV. S. 181. 697.), ein Buch von ſeltener Ausgabe. Anm. l. c. lit. d.

5) Sogar gegen Aeltern, gegen den Landesherrn. Anm. zu Cod. iud. S. 417. lit. h. zu Cod. civ. I. 7. §. 9. Nr. 7. S. 450. — Beyſpiele der Verpflichtung zu dieſem Eide geben: a) der Vormund, welcher die Errichtung eines legalen Inventars ohne rechtserhebliche Urſache unterläßt. Cod. civ. l. c. b) der mit der Rechnungslegung ſäumige Vormund. ebd. §. 16. S. 465. — c) der falsus tutor. ebd. §. 34. Nr. 3. — d) bey der rei vindicatio und actio publiciana der malae fidei possessor. Cod. civ. II. 2. §. 11. Nr. 2. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 7. S. 855. — e) bey der actio ad exhibendum der Beklagte, welcher den Manifeſtations-Eid verweigert. Cod. civ. II. 2. §. 12. Nr. 4. Anm. S. 882. — f) bey der specificatio der Beklagte, welcher mala fide aus fremder Materie eine species verfertigte. Cod. civ. II. 3. §. 14. Nr. 5. — g) bey der inaedificatio der mala fide Bauende. Anm. zu Cod. civ. II. 3. §. 17. S. 1063. — h) der Spoliant. ebd. II. 5. §. 11. S. 1173. — i) der Uſufructuar, welcher eidliche Specification verweigert. ib. II. 9. §. 6. Nr. 7. Anm. S. 1519. — k) der Erbe, welcher die Siegel der obſignirten Erbſchaft doloſe verletzt. Cod. civ. III. 1. §. 18. Nr. 16. — l) der Inhaber einer letztwilligen Diſpoſition, der ſich auf obrigkeitlichen Auftrag weigert, ſie herauszugeben. III. 1. §. 11. S. 69. — m) der Conferent, der nicht den Empfang, ſondern das Quantum des conferendi widerſpricht. Cod. civ. III. 1. §. 15. Nr. 25. — n) der Teſtaments-Executor, wie oben der Vormund. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 20. S. 254 f. — o) der Depoſitar, wenn ſich an einem ihm verſchloſſen übergebenen Behältniß, an Schloß oder Siegel eine Verletzung zeigt. Cod. civ. IV. 2. §. 7. Nr. 16. Anm. S. 143. Nr. 11 f. —

ramentum in litem affectionis) [5]), im Fall einer culpa levis oder levissima den gemeinen wahren Werth (juramentum in litem veritatis) eidlich zu beſtimmen. In beyden Fällen hat der Richter die Verpflichtung und Befugniß, das Quantum billig zu moderiren [6]). Nach erhaltenem Werth hat der Kläger keinen Anſpruch mehr auf die Sache ſelbſt [7]). — B. Wenn bey einer

---

p) der Conductor wegen Beſchädigung gemietheter Thiere. ebd. IV. 6. §. 11. S. 563. a. E. — q) der Wirth bey der actio de receptis als Depoſitar, unter gleichen Bedingungen, wie letzterer, (iuramentum quasi Zenonianum. v. Glück Erl. VI. S. 125. Note 58.) Cod. civ. IV. 15. §. 10. Anm. S. 657. — r) jeder Verbrecher. Cod. civ. IV. c. 16. §. 4. Nr. 4. Anm. S. 745. — und s) gewiſſermaſſen der Injuriant bey der actio iniuriarum aestimatoria. ib. cap. 17. §. 6. Nr. 1. Anm. S. 804.

4) Eine Verbindlichkeit des Klägers zu Leiſtung dieſes Eides iſt nicht gegeben. ebd. lit. i.

5) Werth der beſondern Vorliebe — und zwar zur Strafe des dolus oder der culpa lata. Cod. iud. l. c. Nr. 1. Deswegen geht auch dieſer Eid paſſiv nicht auf die Erben des Beklagten über, inſofern nicht lis ſchon zu Lebzeiten des Erblaſſers conteſtirt war (§. 93.) Anm. S. 446. lit. g.

6) „Die befundene Uebermaß zu mildern, und auf ein billigmäßiges Quantum herunterzuſetzen.“ Cod. iud. cap. 15. §. 4. Nr. 5. — und zwar ohne Unterſchied zwiſchen Ulpian's infinitum und immensum. Anm. l. c. lit. l. — Das iuramentum minorationis, Minderungs=Eid (v. Glück Erl. XII. S. 480.), wozu der Beklagte gelaſſen wird, der den Schaden ſtiftete, iſt blos ſächſiſchen Rechtes. Anm. S. 448. lit. e. a. E. Kori §. 45. S. 94.

7) Cod. iud. l. c. Nr. 4. Wohl aber hat der Beklagte das Recht, den bezahlten Werth zurückzufordern, wenn die verloren gegangene Sache wieder in die Hände des Klägers kommt.

Klage wegen zugefügter Beſchädigung, die Beſchädigung ſelbſt hinreichend erwieſen iſt [8]), und wenn ſie durch Betrug (dolo) oder mit Gewalt (vi) geſchah [9]), ſo darf die Größe [10]) des dadurch erlittenen Schadens durch des Klägers Eid (juramentum Zenonianum) erwieſen werden.

§. 118. b.

Manifeſtations=Eid.

Wer ſich fremder [1]), oder in Anſpruch [2]) genommener Sachen, ohne Gefährde [3]), unterzieht, iſt, auf

---

z. B. bey der actio commodati. Cod. civ. IV. c. 2. §. 5. Nr. 17.

8) Die substantia debiti (§. 117 b.)

9) „Iſt aber der Schaden nicht gefährlich, oder gewaltthätig, ſondern auf andere Weis geſchehen, ſo ſoll man auch die Größe deſſelben nicht durch den Eid, ſondern durch Gezeugen, oder ſonſt, wie Rechtens, beweiſen." Cod. l. c. Nr. 6.

10) Nur das Quantum des Schadens kann durch dieſen Eid erwieſen werden, nicht die Beſchädigung ſelbſt. Letztere fordert andern Beweis durch Zeugen u. d. Anm. S. 448. lit. e. (Hiernach iſt alſo das iur. Zenon. nicht pinguius als das iuram. in lit. Vergl. Glück XII. S. 477 f.)

Zu §. 118 b. G. R. Bayer S. 414. Linde §. 374. 7. Martin §. 270. (259.)

S. R. Kori §. 45. S. 95. Note 4.

B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 5. Anm. S. 448. Krüll §. 479. 480. Mündler §. 399—401.

1) Eigene Sachen iſt niemand zu ſpecificiren ſchuldig, ſo lange ſie nicht in Anſpruch genommen werden. Vrgl. §. 200.

2) z. B. im Executions=Wege. Cod. iud. cap. 18.

3) Wer argliſtig (dolo) oder mit Gewalt (vi) fremde Sachen an ſich zieht, gegen den wird in litem geſchworen, und er wird nicht zur eidlichen Manifeſtation gelaſſen. Anm. zu

Verlangen der Intereſſenten [4]), nach vorläufiger Beſcheinigung (§. 140.) ihres Intereſſe, im Mangel eines legalen [5]) Inventars, ſchuldig, eine zuverläßige Specifikation darüber herauszugeben und ſolche eidlich zu bekräftigen, Offenbarungs-Manifeſtations-Eid (juramentum manifestationis — jurata specificatio) [6]). Weigert er ſich deſſen, ohne erhebliche Urſache [7]),

---

Cod. iud. S. 448. lit. b. zu Cod. civ. I. 7. §. 9. S. 428. Daher bedarf die Forderung einer eidlichen Specification, nicht der Nachweiſung eines Verdachts. V. 25. §. 20. S. 1778.

4) z. B. der Teſtaments-Erben und der Gläubiger des Erblaſſers gegen den Inteſtat-Erben als Inhaber der Erbſchaft; des Mandanten gegen ſeinen Bevollmächtigten oder Verwalter, der Gläubiger gegen den Gemeinſchuldner, des socius gegen den consocius, der Erben des Mannes gegen die Wittwe, Anm. zu Cod. iud. S. 449. lit. c. zu Cod. civ. III. 1. §. 9. S. 47. — des Eigenthümers gegen den Uſufructuar, Cod. civ. II. 9. §. 6. Nr. 7. — der Erbintereſſenten gegen den Teſtaments-Executor hinſichtlich der Ausgaberechnung. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 20. S. 254.

5) Iſt das Inventar nicht legal, ſondern mangelhaft, ſo kann doch die eidliche Specification (Manifeſtations-Eid) gefordert werden. Anm. lit. e. — ob erſt nach vorhergehendem Eid vor Gefährde? (§. 113. N. 3.)

6) Cod. iud. cap. 13. §. 5.

7) Gegründet iſt die Weigerung, wenn die Erforderniſſe der eidlichen Manifeſtation mangeln, alſo auch wenn der Kläger ſein Intereſſe nicht beſcheiniget, oder ſpecielle Dispoſition des Berechtigten oder des Geſetzes von der Verpflichtung zu ſolchem Eide befreyen, wie z. B. der Erblaſſer hinſichtlich der Erben, nicht aber der Creditoren, die Errichtung eines Inventars unterſagen darf. Cod. civ. III. c. 1. §. 18. Nr. 17., und wie das Geſetz den Vater bey Auszeige des Mutterguts von der Errichtung eines förmlichen Inventars befreyt, und ihm blos eine ſummariſche Specification auf-

ſo wird in litem (§. 118. a.) gegen ihn geſchworen [8]). Auſſerdem ſoll dieſer Eid auch dem Beklagten zu Entfernung obwaltenden Verdachts gegen die actio ad exhibendum zuſtehen [9]), und in gleicher Art bey Klagen aus dem Erbrecht zwiſchen dem Grundherrn und Grundholden wegen Edition das Erbrecht betreffender Urkunden ſtattfinden [10]). Hegen die Gläubiger oder andere Intereſſenten einer Erbſchaft Verdacht, daß von der Erbſchaft etwas unterſchlagen worden ſey, ſo ſollen ſie dieſes beweiſen, oder können gegen den, der deshalb in Verdacht iſt, auf den Manifeſtations-Eid dringen, nachdem ſie den Eid der Bosheit vorläufig abgelegt haben [11]).

§. 119.

Zeugen-Beweis.

Durch unverwerfliche und legale Zeugen kann ein vollſtändiger und voller Beweis geführt werden, (§. 96.

---

trägt. Cod. civ. I. c. 5. §. 5. Nr. 3. c. 7. §. 9. Nr. 2. III. c. 1. §. 17. Nr. 9. Anm. I. S. 185. 430. III. S. 129, welche er auch nur im Fall beſondern Verdachts eidlich zu beſtärken hat. Anm. zu Cod. iud. S. 450. lit. g.

8) Cod. iud. cap. 13. §. 5. a. E. — Eine Art des Manifeſtations-Eides iſt der Editions-Eid (§. 222.) Cod. iud. cap. 11. §. 6, Nr. 5 und ebenſo der Eid, zu welchem bey der actio ad exhibendum der den Beſitz läugnende Beklagte angehalten wird. Cod. civ. II. c. 2. §. 12. Nr. 3. Er wird auch in den Anm. II. S. 881 iuramentum manifestationis genannt.

9) Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 12. S. 881.

10) alſo eigentlich Editions-Eid. ebd. IV. 7. §. 25. S. 465.

11) Cod. civ. III. 1. §. 18. Nr. 19. conf. Anm. zu §. 17. l. c. S. 130. Von der Manifeſtation in Concurſen ſ. §. 200.

und 123) [1]). Untüchtige Zeugen beweiſen gar nichts [2]), und ſollen auch bey offenbarer [3]) Untüchtigkeit in Civilſachen [4]) nicht einmal vernommen, ſondern von Amtswegen [5]) verworfen werden, wenn gleich nicht dagegen excipirt wurde, oder die Wahrheit auf andere Weiſe nicht zu erforſchen wäre. Iſt die Untüchtigkeit zweifelhaft, ſo werden ſie mit Vorbehalt [6]) der Einreden des Gegners zugelaſſen. Exceptionsmäßige Zeugen können, wenn die gegen ſie gemachte Einrede erheblich und bewieſen iſt, keinen vollſtändigen Beweis bewirken, dem richterlichen Ermeſſen iſt aber zu beurtheilen überlaſſen, ob und wie weit ſie zum halben

---

Zu §. 119. **G. R.** Bayer S. 338. Danz §. 300. von Grolman §. 85. Linde §. 257. Martin §. 195. (182.) Thibaut §. 1167.

S. R. Kori §. 46. 100—106.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 13. Anm. S. 339. Nov. z. G. O. S. 254. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 209. III. S. 195. IV. S. 178. Krüll §. 351 f. Mündler §. 290 f.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 2. §. 17. Nr. 5. §. 20. Nr. 6.

2) ib. §. 12.

3) „notoriſcher" ib. jedoch nicht im Sinne des Cod. iud. cap. 12. §. 5.

4) Wohl aber in Criminal = Sachen, worin der Unterſuchungs= Richter wenigſtens im Anfang der Unterſuchung, ohne Rückſicht auf Tauglichkeit zum Beweiſe alle diejenigen Perſonen zu vernehmen hat, von denen nur irgend eine Auskunft zu erwarten iſt. Strafg. 1813. II. Art. 85. 211. — Vergl. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 14. (Beyl. S. 11.)

5) Zuſatz zu §. 70

6) „salvo iure." Cod. iud. cap. 10. §. 12. Nr. 2.

Beweis dienen (§. 97. u. 117 a.) [7]. Die Untüchtigkeit und Exceptionsmäßigkeit wird, so weit es auf den Beweis, nicht auf die Solennität [8]) einer Handlung ankommt, nach dem Zeitpunkt der Vernehmung beurtheilt [9]).

§. 120.

Unfähige Zeugen.

Für untüchtige Zeugen werden geachtet a) Kinder und Unvogtbare [1]), b) Blöd = und Unſinnige [2]), c)

---

7) ib. Nr. 5. 4.

8) ib. Nr. 5. 3. B. bey Teſtamenten. Cod. civ. III. cap. 3. §. 8. bey Codicillen cap. 5. §. 6.

9) Cod. iud. l. c. Nr. 5.

Zu §. 120. G. R. Bayer S. 346. Danz §. 500. v. Grolman §. 86. Linde §. 258. Martin §. 193. (182.). Thibaut §. 1196.

S. R. Kori §. 46. S. 96.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 10. Anm. S. 329. Krüll §. 378. Mündler §. 293. 294.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1. nennt zwar Kinder und andere unter 14 Jahren, ohne Unterſchied des Geſchlechts. Allein im folgenden Satz ad 1mum wird ſtatt deſſen von der Unvogtbarkeit überhaupt geſprochen, und bey dieſer unterſcheidet Cod. civ. I. cap. 7. §. 2. Knaben bis zum 14. und Mädchen bis zum 12. Jahre. Vergl. Anm. zu Cod. civ. III. S. 310. Nr. 2. — Da aber die Untüchtigkeit oder Exceptionsmäßigkeit der Zeitpunkt der Vernehmung entſcheidet, (§. 119. — Cod. iud. cap. 10. §. 12. a. E.) ſo unterſcheidet Cod. iud. cap. 10. §. 10. ad 1mum, ob der Zeuge zu jener Zeit noch, oder nur zur Zeit des Factums, über welches er die Zeugſchaft leiſtet, unvogtbar war. Im letzten Fall wird er nicht für untüchtig gehalten, wenn nur das Factum ſo beſchaffen iſt, daß es auch ein Unvogtbarer begreifen kann, und wenn

Blinde, Stumme und Taube [3]) d) Ehrloſe [4]), e) Zeugen in eigener Sache [5]), f) Beichtväter in Anſehung deſſen, was ihnen in der Beichte anvertraut wurde [6]).

---

aus der Ausſage hervorgeht, daß er es begriffen habe: denn nur dann iſt eine Ausſage glaubwürdig, wenn der Zeuge den Grund ſeiner Wiſſenſchaft angeben kann. (§. 123. 3.) Anm. S. 357. Das Strafg. 1813. II. art. 281. betrachtet den eidesfähigen (18jährigen) Zeugen nur in Anſehung derjenigen Thatſachen als vollgültig, welche er nach zurückgelegtem 14. Jahre erfuhr.

2) ausgenommen, wenn ſie tempore dilucidi intervalli von Sachen, welche ſich zu ſolcher Zeit ergeben haben, deutlich verſtändlich und mit allen ſonſtigen Erforderniſſen (§. 123.) deponiren.

3) Blinde ſind tüchtige Zeugen über Gegenſtände des Gehörs, Gefühls und Geruchs, wenn nicht Umſtände mit ſolcher Beobachtung verknüpft ſind, welche durch einen dieſer Sinne allein ohne Geſicht nicht vollkommen wahrgenommen werden können. Vergl. Anm. S. 360. — Auch ſind ſie tüchtig über ſolche Facta, welche ſie vor eingetretener Blindheit ſahen. Ebenſo ſind Taube über Gegenſtände anderer Sinne außer dem Gehör, und Stumme, inſofern ſie ſich durch Zeichen verſtändlich machen können, wenigſtens nicht ganz untüchtig. Anm. S. 330. lit. a.

4) Soweit ſolche criminalrechtlich dafür zu halten ſind (§. 110. Note 3.); alſo Criminalſträflinge während der Strafzeit; zur Kettenſtrafe und wegen Meineid Verurtheilte für immer. Strafg. 1813. I. art. 7. 24. §. 2. und art. 269.

5) Eigene Sache iſt diejenige, von welcher man Nutzen oder Schaden zu erwarten hat. Beyſpiele in den Anm. S. 331. litt. f.

6) ebd. S. 332. litt. g.

§. 121.

Relativ untüchtige Zeugen.

Nur in gewiſſem Betracht untüchtig ſind A. als Zeugen bey der feierlichen Teſtaments-Errichtung: Weiber [1]), gerichtlich erklärte Verſchwender [2]), Söhne beym Teſtamente des Vaters [3]), Väter beym Teſtamente des Sohnes [4]), und diejenigen, welche mit dem Teſtator unter derſelben väterlichen Gewalt ſtehen [5]); B. über Gegenſtände der Beichte die Geiſtlichen (§. 120.) [6]).

Zu §. 121. **G. R.** Danz §. 500. Linde §. 258. S. 361. Thibaut §. 1169.

P. R. Kori §. 46.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 10.

1) Cod. civ. III. cap. 3. §. 8. Nr. 4. auch bey den Teſtamenten der Bauersleute ib. cap. 4. §. 7. — nicht bey Codicillen ib. cap. 5. §. 6. Nr. 3. Anm. zu Cod. iud. S. 329. lit. a. und auch nicht bey dem Beweis über eine geſchehene feierliche Teſtaments-Errichtung. Arg. §. 10. Cod. civ. III. c. 2. u. Anm. III. S. 213. 313.

2) Cod. civ. III. cap. 3. §. 8. Nr. 5. verbunden mit §. 3. Nr. 3. I. vergl. Anm. zu Cod. iud. S. 334. lit. b.

3) Cod. civ. III. c. 3. §. 8. Nr. 6.

4) außer, wenn der Sohn jure militari teſtirt ib,

5) ebd. Nr. 7.

6) Cod. iud. cap. 10. §. 10. Nr. 6. Anm. S. 329. lit. a. und 332. lit. g. — Nur in Criminalſachen gehören hierher in Gegenſtänden der Anwaltſchaft oder Defenſion auch die Advocaten als Defenſoren gegen ihre Clienten. R. v. 24. Jan. 1815. Lith. Samml. Nr. 68. Doppelmayr S. 164. v. Gönner u. v. Schmidlein Jahrb. I. S. 97 = 112. v. Wendt Grdz. d. Crim. Proc. §. 39. 49.

§. 122.

Exceptionsmäßige Zeugen.

Exceptionsmäßige Zeugen ſind a. die Blutsverwandten des Producenten in auf- oder abſteigender Linie, ſo weit ſie immer geht, in der Seiten-Linie bis zum ſechſten, die Verſchwägerten bis zum vierten Grade einſchlüſſig [1]) nach weltlichen Rechten [2]); b. Leute von unbekanntem Herkommen, von unehelicher Geburt ohne Legitimation, von ſchlechtem Leumuth oder verächtlicher Profeſſion [3]); c. alle, welche bey der Sache indirect intereſſirt ſind [4]); d. Arme, Unvermögliche, wenn ſie nicht beſonders guten Ruf haben und ehrbaren

---

Zu §. 122. **G. R.** Bayer S. 351. Danz §. 500. v. Grolman §. 86. Linde §. 259. Martin §. 132. 195. (123. e. 182.) Thibaut §. 1170.

S. R. Kori §. 46. S. 97.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 11. Anm. S. 332. Krüll §. 379. Mündler §. 295—299.

1) Ausgenommen a. wenn der Verwandtſchafts-Grad auf beyden Seiten gleich iſt, b. oder der Gegner ſelbſt nichts einwendet, c. oder die Ausſage nicht für, ſondern wider den Verwandten geht, d. oder die Wahrheit auf andere Weiſe nicht zu erforſchen iſt, e. oder ſonſt eine beſondere Ausnahme in dem Geſetz gemacht iſt, z. B. in Eheſachen nach Cod. civ. I. c. 6. §. 49. Nr. 4.

2) Cod. civ. l. c. 4. §. 5.

3) Anm. S. 334. lit. b. „z. E. Schinder, Henker, Nacht-König" — auch declarirte Verſchwender, ſelbſt außer dem Fall der Teſtaments-Errichtung. ib. (§. 121. Note 2.) — Ausgenommen gegen Leute von gleicher Gattung. Cod. iud. c. 10. §. 11. Nr. 2.

4) ebd. Nr. 3. z. B. Gemeindeglieder in Sachen, welche nicht

Wandels ſind [5]; e. Juden und Ungläubige im Streit ihrer Religionsgenoſſen gegen Chriſten [6]; f. Ehegatten, Gevatterleute, Hausgenoſſen, beſondere Freunde, Schuldner oder ſonſt dem Producenten Verpflichtete [7]; g. diejenigen, welche der Beſtechung, Subornation, oder der Feindſchaft wider den Gegentheil verdächtig ſind [8].

§. 123.

Erforderniſſe der Zeugen Ausſage.

Eine Zeugen Ausſage, welche vollſtändig beweiſen ſoll, muß A. an ſich a. zur Sache gehörig (erheblich) [1]),

---

Einzelne, ſondern die ganze Communität betreffen. Anm. 1, c. tit. c.

5) ibid. S. 335. lit. d.

6) nur im Proceß, nicht bey Teſtamenten oder Verträgen. ib. lit. e. vergl. Cod. civ. III. c. 3. §. 3. Nr. 3. III. — Von Excommunicirten ſ. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 41. S. 1432.

7) Anm. S. 335. lit. f — h.

8) ebd. lit. i — m. z. B. diejenigen, welche ſich, um Zeugniß zu geben, von freyen Stücken oder auch auf Veranlaſſung des Producenten ohne vorläufige Ladung bey Gericht melden. Cod. iud. cap. 10. §. 6. Anm. S. 327. lit. a.

Zu §. 123. **G. R.** Bayer S. 340. Danz §. 300. v. Grolman §. 87. 195. Linde §. 261. Martin §. 132. 200. (123. e. 189.) Thibaut §. 1171.

S. R. Kori §. 46.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 17. Anm. S. 335. Krüll §. 382. Mündler §. 300 fg.

1) Deswegen müſſen auch die Artikel und Fragſtücke erheblich ſeyn, und der Richter hat ſie von Amtswegen zu prüfen, und die offenbar unerheblichen zu verwerfen. Anm. S. 335. lit. a. — Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 14. (Beyl. S. 11 u. 12.)

b. deutlich [2]), c. glaubwürdig [3]) d. auf eigenes gutes Wiſſen [4]) gegründet ſeyn, und e. mit der Ausſage wenigſtens eines [5]) anderen Zeugen übereinſtimmen; B.

---

2) nicht durch bloße Zeichen, obgleich durch Zeichen gegebene Antworten als adminicula dienen können. (§. 120. Note 5.) Anm. S. 331. lit. d. S. 356. lit. b.

3) Nicht glaubwürdig iſt eine Zeugenausſage, wenn a. der Zeuge in der Hauptſache variirt, b. ſich darin widerſpricht, oder, was er geſagt hat, widerruft, c. unmögliche oder falſche Dinge einmiſcht, d. entweder gar keine oder wenigſtens keine genügende Urſache ſeines Wiſſens angiebt. [„Das Sprüchwort ſagt — quod testis sine ratione deponens deponat sicut pecus Meliboeci — dann aus der Urſach muß man ſehen, ob der Gezeug genugſame Wiſſenſchaft von der Sache habe oder nicht. Es kann demnach ſolche in der Ausſage nicht übergangen werden, — und wenn ſie der Gezeug nicht ſelbſt von freyer That angiebt, ſoll ihn der Richter von Amtswegen darum fragen.“ Anm. zu Cod. ind. S. 357. zu Cod. civ. I. 7. §. 37. S. 537. — Dieſe auch im römiſchen und canoniſchen Recht, L. 4. C. de testibus (IV. 20.) c. 37. X. de testibus (II. 20.) und in der bayer. G. O. von 1616. tit. 7. art. 3. gegründete Vorſchrift iſt neuerdings ſämmtlichen Gerichten eingeſchärft durch V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 6. (§. 77. a. 3.)] — e. unförmlich vernommen wird, f. oder ſich in Worten und Geberden verdächtig benimmt.

4) Nicht nach bloßem Meinen, (testes de credulitate. Anm. zu Cod. civ. I. S. 165.) nicht bloß negirend, wenn nicht die Negation auf beſtimmte Zeit oder Ort beſchränkt iſt: nicht vom bloßem Hörenſagen (de auditu), außer im Mangel anderer Beweismittel bey Beweiſen der Paternität, Filiation und anderer Verwandtſchaft. Anm. S. 359—361. Cod. civ. I. cap. 4. §. 9. Nr. 7. und bey Gegenſtänden unvordenklicher Verjährung. Cod. civ. II. c. 4. §. 9. Nr. 3.

5) ſo daß im Ganzen zwey tüchtige Zeugen-Ausſagen zuſam-

in Rückſicht des Ausſagenden a. von einem tüchtigen (§. 120.) [6]) Zeugen herrühren, und b. dieſer Zeuge im Beyſeyn beyder Theile [7]) vor [8]) ſeiner Vernehmung nach hinreichender Meineids-Verwarnung [9]), nach beſtimmter Formel [10]), in gerichtsüblicher Stellung [11])

---

mentreffen, Gleichförmigkeit der Zeugen. Das Gegentheil, die Singularität der Zeugen, iſt a. entweder singularitas obstativa, wenn die Zeugen ſich einander widerſprechen, dav. ſ. §. 155. — b. oder diversicativa, wenn ſie von verſchiedenen Objecten reden, die ſich in keinem Haupt-Punkt vereinigen. Hier ſind ſo viele einzelne halbe Beweiſe (§. 97.) vorhanden, als an ſich gültige einzelne Zeugen deponiren; — c. oder adminiculativa, wenn ſie Umſtände beſtätigen, welche in der Hauptſache zuſammentreffen, — auf den nämlichen Zweck gehen, und nur in medio concludendi differiren. Cod. civ. II. 10. §. 25. Nr. 5. Anm. S. 1582. Anm. zu Cod. iud. cap. 10. §. 17. Nr. 5. S. 361. lit. e. — Da iſt dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen, die Quantität des daraus entſtehenden Beweiſes zu ſchätzen. Anm. zu Cod. iud. l. c. S. 363.

6) Cod. iud. cap. 10. §. 10 — 12.

7) welche dazu, außer dem Fall eines ſummariſchen Zeugen-Beweiſes jedoch nur monitoriſch vorzuladen ſind. Cod. iud. cap. 10. §. 14. Nr. 2. 8. §. 16. Nr. 1. — v. Gönner Comm. S. 189. Nr. 8.

8) Anm. S. 343. lit. c.

9) ebd. S. 344. lit. d.

10) „Ich ſchwöre zu Gott einen Eid, daß ich in der Sache, darum ich zum Zeugen fürgeſtellt bin, und gefragt worden, eine ganz lautere Wahrheit ſagen will, ſo viel mir kund, und wiſſend iſt, und darin nichts verhalten, noch Unwahrheit einmiſchen, weder aus Feindſchaft, noch Freundſchaft, oder um eigen Nutzen willen, auch weder aus Lieb, Neid, Furcht, Gab, oder Schenkung, noch einiger andrer Sache wegen, auch ſolch mein Zeugniß, und

perſönlich [12]) beeidet werden. Daher genügen [13]) zum vollſtändigen Beweiſe zwey [14]) unverwerfliche und legale

---

Ausſage verſchweigen, bis ſie rechtlich geöffnet wird, getreulich und ohne Gefährde, alſo helfe mir Gott, und alle Heilige" (bey Proteſtanten „und ſein heiliges Evangelium.") Cod. iud. cap. 10. §. 14. Nr. 2. Eidesformel bey jüdiſchen Zeugen. Anm. S. 345. lit. e. — Die unterlaſſene Beeidigung iſt nachzuholen, wenn nicht die Parteyen dazu ſtillſchweigen, oder wenn die Ausſage des Zeugen durch ſeinen chriſtlichen Tod beſtärkt iſt (§. 106.) Anm. S. 346. 347.

11) Emporheben der drey erſten Finger bey Männern, Auflegen derſelben auf die Bruſt bey Weibern. Anm. S. 345. lit. e.

12) Von dem körperlichen Eide ſind a. Siegelmäßige in Civilſachen befreyt. Bey ihrer Vernehmung, als Zeugen, wird ihnen die in das Vernehmungs-Protocoll wörtlich einzutragende Eidesformel vom Commiſſär (§. 78.) vorgeleſen, und zur eigenhändigen Unterſchrift vorgelegt, welche der körperlichen Eidesleiſtung gleichgilt. Beyl. VIII. d. Verf. Urk. von 1818. §. 13. Geſetzbl. 1818. S. 330. Moritz III. S. 194. angewendet auf Standesherren. R. v. 31. Oct. 1818. Moritz a. a. O. — Vergl. Nov. z. G. O. I. S. 255 — 258. Cod. iud. cap. 10. §. 14. Nr. 4. — b. die Depoſition iſt bey Zeugſchaften von Königlichen Familiengliedern bey Fürſtlichen Trauen und Glauben durch einen Präſidenten des O. A. G. zu erholen. Fam. Geſ. v. 5. Aug. 1819. §. 3. Rgbl. 1821. S. 23. Moritz IV. S. 179. — c. der Zeugen-Eid der Mennoniten hat dieſelbe Form, wie ihr Parteyen-Eid (§. 108.) V. v. 20. Oct. 1811. Regbl. 1811. S. 1601. Moritz II. S. 210. f.

13) „Dem Producenten ſteht zwar — frey, ſoviel Zeugen aufzubringen, als ihm beliebig iſt. Sollte man aber einen gefliſſenen Aufzug, oder Ueberfluß hierunter verſpüren, iſt ſolcher von Amtswegen abzuſtellen." Cod. iud. cap. 10. §. 13. Nr. 1. Anm. S. 339. In Erinnerung gebracht durch V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 7. (§. 77. a. 3.)

Zeugen (§. 97.) und dieſe Regel leidet auch keine Aus-

---

14) Andere Ausnahmen kommen nicht bey dem Beweiſe, ſondern nur bey der Solennität einer Handlung vor; z. B. acht Zeugen bey Teſtamenten der Blinden. Cod. civ. III. 3. §. 7. Nr. 4. ſieben bey andern feyerlichen Teſtamenten ebd. §. 4. Nr. 2. §. 6. Nr. 2. Anm. S. 280. 283. und wenn der Widerruf eines Teſtaments hinſichtlich der In- und Subſtitution ohne weitern Zeitverlauf gültig ſeyn ſoll. III. 3. §. 27. S. 424. ſechs bey Codicillen der Blinden; ebd. cap. 5. §. 6. Nr. 2., fünf bey Schenkungen, welche 1000 fl. überſteigen, wenn die gerichtliche Inſinuation entbehrlich werden ſoll. Cod. civ. III. 8. §. 8. Anm. S. 651. auch bey ſolchen Schenkungen zwiſchen Eheleuten ebd. I. 6. §. 31. Anm. S. 329. bey zur Zeit anſteckender Krankheiten errichteten Teſtamente III. 4. §. 6. Nr. 1. Anm. S. 478. bey Codicillen. III. 5. §. 6. Anm. S. 511. bey der Translation eines Legats III. 6. §. 20. Anm. S. 583. bey einem auſſergerichtlichen Erbvertrag III. 11. §. 1. S. 788. eben ſo viel bey Teſtamenten der Bauersleute auf dem Lande, wo man ſieben tüchtige Zeugen nicht leicht haben kann, III. 4. §. 7. und bey Heiratsverträgen im Fall darin letztwillige Beſtimmungen enthalten ſind. Cod. iud. c. 20. §. 6. Nr. 7. Anm. S. 647. lit. g. — und zwar fünf, als die geringſte Zahl, die überhaupt zu einem Actus mortis caussa in der Regel gehört. Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 1. S. 175. — 5. §. 6. S. 511. drey Zeugen bey dem Widerruf eines Teſtaments und zwar hinſichtlich der In- und Subſtitution nur gültig nach Verlauf eines Jahres, in Anſehung der Vermächtniße und anderer Geſchäfte aber ſogleich ohne ſolchen Zeitverlauf. III. 3. §. 26. S. 421. — 6. §. 18. Nr. 3. S. 578. Zwey ſind auch der Solennität wegen hinreichend bey Notariats-Inſtrumenten Cod. iud. c. 11. §. 2. Nr. 2. bey dem Inſtrument eines Siegelmäßigen ebd. Nr. 3. zur Miteinſicht bey dem Vorleſen eines letzten Willens, Cod. civ. III. 2. §. 9. S. 207. bey älterlicher Abtheilung unter den Kindern III. 4. §. 9. S. 494. zu Errichtung eines Teſtaments in München III. 2.

nahme bey der Probe über den moltigen Mund [15]) bey dem Beweiſe der Zahlung [16]), bey dem Beweiſe über eine Oblation [17]), ſelbſt nicht bey dem Beweiſe gegen eine Urkunde [18]), auch nicht bey dem Beweiſe über einen zierlichen letzten Willen [19]), oder deſſen Unächtheit [20]). Steht der Zeugenbeweis in Verbindung mit einem Augenſchein (§. 125.) ſo geſchieht Beeidung [21]) und Vernehmung erſt nach dem Augenſchein, die Zeugen ſind aber bey dieſem an Ort und Stelle zu führen, und zu erinnern, was ſie dabey hauptſächlich zu betrachten haben [22]).

§. 2. S. 182. und ad pias causas III. 4. §. 5. Anm. S. 468. Einer genügt (außer dem Anweiſer) bey der Certioration einer ſiegelmäßigen Ehefrau. Cod. civ. I. c. 6. §. 34. Nr. 5.

15) d. i. bey dem Beweiſe einer Forderung, die ſpäter als zwey Jahre nach dem Tode des Schuldners gegen deſſen Erben vorgebracht wird, wobey ſieben Zeugen mit dem Kläger über moltigen Mund (d. i. todten Mund, von Molt, Staub, und mollen, moltig werden, zu Staub werden. de Westenrieder Glossar. germ. lat. Monach. 1816. Fol. pag. 368.), oder wenn er Urkunden hat, drey Zeugen mit ihm ſchwören ſollen. Rechtbuch 1346. tit. 23. §. um Geld, G. O. 1518. tit. 9. art. 12. G. O. 1616. tit. 7. art. 25. Anm. zu Cod. iud. S. 339. lit. c. zu Cod. civ. IV. 14. §. 12. S. 681.

16) Anm. zu Cod. iud. S. 341. lit. d. Cod. civ. IV. §. 12. Nr. 2. Anm. S. 675.

17) ebd. IV. 14. §. 15. S. 685.

18) Anm. zu Cod. iud. S. 409. lit. c. (§. 137.)

19) Cod. civ. III. 2. §. 10. Anm. S. 212.

20) ebd. S. 215.

21) Inſofern die Zeugen nicht mehr nüchtern ſind, erſt am folgenden Tage früh.

22) Cod. iud. cap. 12. §. 3. Nr. 3.

§. 124.

Zeugenpflicht.

Wer ſich ohne rechtserhebliche Urſache 1), Zeugſchaft zu leiſten, weigert, ſoll allenfalls mit Gefängniß, geringer Atzung oder Geldſtrafe dazu angehalten, dabey auch in die durch ſeine Widerſpenſtigkeit verurſachten Koſten verurtheilt werden 2). Der Producent iſt verbunden, die Zeugen auf ſeine Koſten zu produciren, folglich den von ihm vorgeſchlagenen Zeugen Reiſezehrung und Verſäumniß zu vergüten 3). Iſt aber

---

Zu §. 124. **G. R.** Bayer S. 339. Danz §. 506. von Grolman §. 197. Linde §. 260. Martin §. 193. v. (182.) Thibaut §. 1172.

S. R. Kori §. 46. S. 99.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 7. 8. Anm. S. 527. Nov. z. G. O. S. 254. f. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 191. 299. IV. S. 178. Krüll §. 364.

1) Ausgenommen von der Pflicht, Zeugſchaft zu leiſten, ſind a. alle untüchtige Zeugen (§. 120.) b. wegen naher Verwandtſchaft Aeltern gegen Kinder, und Kinder gegen Aeltern, auch andere Blutsverwandte und Verſchwägerte, c. Eheleute und Verlobte, d. Advocaten (§. 121. Note 6.) in Sachen ihrer Clienten, e. Unterthanen und Vaſallen in Sachen ihrer Herren, ausgenommen, wenn die Wahrheit nach der beſondern Natur der Sache, nicht etwa bloß zufällig, auf andere Weiſe nicht zu erforſchen iſt. Anm. S. 528. lit. a. — Ein außergerichtliches, wenn auch eidliches Verſprechen (§. 112.), keine Zeugſchaft leiſten zu wollen, befreyt von dieſer Pflicht nicht. ebd. S. 529. vergl. Cod. iud. cap. 13. §. 7.

2) Cod. iud. cap. 10. §. 8.

3) Er hat ſich darüber mit den Zeugen zu vergleichen, oder der Richter, nach genommener Einſicht, die Koſten zu ermäßigen. Cod. iud. l. c. §. 7.

der Producent zum Armenrecht gelaſſen, ſo kann ſich der Zeuge, der nicht ſelbſt arm iſt, unter dem Vorwand mangelnder Koſten-Vergütung, zu erſcheinen, nicht weigern. Doch ſoll ihm ſeiner Zeit, bey dem Ausgang der Sache, wenn der Producent zu Kräften kommt, dieſe Vergütung verſchafft werden [4]).

§. 125. a.

Beweis durch Augenſchein und Kunſtverſtändige.

Der Augenſchein des ſtreitigen Orts oder einer Sache kann vor und während des Streits, vor und nach dem Schluß (§. 94.) der Sache, in erſter und auch in höherer Inſtanz, wenn er bey der erſten noch gar nicht, oder nicht gehörig vorgenommen wurde, nach rechtskräftig entſchiedener Sache aber nur im Reſtitu-

---

4) ibid. — Nach dem Staats-Vertrag zwiſchen Bayern und Württemberg v. 7. Mai 1821. §. 27. wird auch die Stellung ausländiſcher Zeugen, deren perſönliche Gegenwart bey dem requirirenden Gericht nothwendig iſt, gegen Vergütung der Reiſekoſten und der Verſäumniß nicht verweigert. Regbl. 1821. S. 881. Moritz IV. S. 15.

Zu §. 125 a. **G. R.** Bayer S. 356. Danz §. 542 — 357. v. Glück Erl. d. Pand. XI. S. 91. 385. von Grolman §. 80. 85. 181. 194. Linde §. 235. 237. 292. — 297. Martin §. 130. 216. (123e. 205.) Thibaut §. 1173.

S. R. Kori §. 47. 120. 121.

B. R. Cod. ind. cap. 12. §. 3. Anm. S. 422. Nov. z. G. O. S. 197. 259. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 167. 213. III. S. 197. Krüll §. 431 — 437. Mündler §. 433 — 443.

tionswege (§. 171.) gefordert werden [1]). Es ſind zu demſelben alle Intereſſenten [2]) ordentlich und zeitig vorzuladen (§. 74.) und, wenn die Beurtheilung der Sache die Kenntniſſe oder Fertigkeiten einer beſondern Wiſſenſchaft oder Kunſt vorausſetzt, von dem Gericht unparteyiſche Sachverſtändige [3]), in wichtigern Sachen

1) Cod. iud. l. c. §. 3. princ. — „Der allerälteſte, natürlichſte und untrüglichſte Beweis." Anm. S. 422. lit. a. — Von der Hausſuchung, als einer Art des Augenſcheins in Straſſachen. — Saliſuchung — ſ. v. Wendt Grdz. d. Crim. Proc. §. 51. u. 61.

2) Ein einſeitiger Augenſchein beweiſt nichts, und iſt allenfalls zu wiederholen, wenn nicht etwa die vorgeladenen Theile ungehorſam ausbleiben. ib. Nr. 1.

3) Nach der beſondern Eigenſchaft des zu beurtheilenden Gegenſtandes; nicht alſo Schneider=Aelteſte über den Weg, den das verwundende Inſtrument durch das Kleid in den Leib nahm, wie bey Klein Anm. XX. S. 92. (v. Wendt Grundz. des Crim. Proc. §. 46. S. 74. Note 9., vorkommt, wohl aber in conductione operis über das verſchnittene Kleid. Anm. zu Cod. civ. IV. 6. §. 7. S. 356. — Oeconomen und Rechnungsverſtändige über die vormundſchaftliche Vermögens=Verwaltung. I. 7. §. 12. S. 440. — Land=Wirthe üben den Erſatz der Früchte in Vindicationen II. 2. §. 8. S. 869. bey Feldbeſchädigungen II. 6. §. 24. den Deteriorationen des emphyteutiſchen Guts IV. 7. §. 8. Nr. 7. S. 404. Oeconomen und Baukundige über den Werth retrahirter Güter IV, 5. §. 7. Nr. 3. und eines weiter zu verkaufenden emphyteutiſchen Guts. IV. 7. §. 13. Nr. 3. dann über Läſionen bey Reſciſſionsklagen IV. 3. §. 19. Nr. 2. S. 1277. Bauverſtändige (aber „nicht quilibet magister a muro, ſondern periti in arte") über den Erſatz der Materialien in aedificatione II. 3. §. 7. S. 1065, Schätzleute verſchiedener Art bey Inventuren III. 1. §. 18. S. 146. Aerzte über Geiſtes=Zuſtände I. 7. §. 24. S. 542. Feldmeſ=

zwey, in geringern einer, zuzuziehen, in Gegenwart der Theile zu beeiden [4]), und nach dem Augenſchein mit ihrem Gutachten ſchriftlich, oder mündlich zu Protocoll zu vernehmen [5]). Ueber den ganzen Vorgang hat der Richter ein beſonderes Protocoll zu halten, und darin alle Umſtände, beſonders diejenigen, über welche die Theile nicht einig ſind, zu bemerken [6]). Zu dieſem Zweck wird ſchon vor dem Augenſchein den Parteyen die gemeinſchaftliche, oder auch beſondere Einreichung

---

ſer, Landſchieder, und drgl. bey Gränzregulirungen. Cod. civ. II. 2. §. 13. Nr. 1. S. 896. — Vergl. J. S. Klüber (damals Gräflich Pappenheimſcher Commiſſions-Rath) Entwurf einer Inſtruction für verpflichtete Landsſchieder, Steiner, Steinſetzer oder Feldgeſchworne 1808. (empfohlen, da dieſe Inſtruction ſich durch Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit ſowohl für die Gerichte, als die Genoſſenſchaften der Feldgeſchwornen ſehr vortheilhaft auszeichne —, zur Anſchaffung durch R. v. 12. Febr. 1808. Rgbl. 1808. S. 533.) — Von den Geſchäften und der Verfahrungs-Art bey der allgemeinen Landes-Vermeſſung zum Vollzug des Grundſteuergeſetzes ſ. Inſtr. v. 19. Jan. 1830. Regbl. 1830. S. 89 — 176 und Beyl.

4) Sind ſie ſchon für ſolche Fälle überhaupt verpflichtet, ſo werden ſie nur ihrer Pflicht erinnert. Cod. iud. l. c. — Dieſe geht dahin: „bey dem Augenſchein alles genau zu betrachten; und, ſoviel ſie davon verſtehen und in Erfahrung bringen werden, ihrem beſten Wiſſen und Gewiſſen nach getreulich zu ſagen, und zu eröffnen. — (Verbot einer ſolchen Erinnerung bey denen, welche Kraft ihres öffentlichen Amts ein Parere abzugeben haben in Strafſachen. R. v. 2. Dec. 1817. Lith. S. Nr. 179. Doppelmayr S. 178.) — Cod. iud. l. c. Nr. 2.

5) Cod. iud. l. c. Nr. 2.

6) ibid. Nr. 4.

wenigſtens eines Handriſſes über den ſtreitigen Ort aufgetragen, bey dem Augenſchein dieſer Riß mit dem Ort verglichen 7), ſeine Genauigkeit geprüft, der etwa vorkommende Unterſchied im Protocoll bemerkt, und der Riß zu den Acten gelegt. Den Parteyen ſteht frey, in dieſem Protocoll ſich durch mündlichen Receß gegen einander vernehmen zu laſſen. Auf Begehren wird ihnen davon eine Abſchrift ertheilt 8). Der Augenſchein wird auf Koſten des verlierenden Theils erkannt, dieſe aber werden von dem Impetranten allein, oder wenn der Richter von Amtswegen ihn anordnet, von beyden Theilen vorgeſchoſſen (§. 84.) 9). Behauptet eine Partey, daß bey dem Augenſchein ein Irrthum oder anderer Fehler vorgefallen ſey, ſo kann er, nach richterlichem Gutbefinden, auf Koſten derſelben Partey, aber nur einmal wiederholt werden 10).

§. 125 b.

Calculation.

Durch Calculation, einer Art des Augenſcheins 1), werden Rechnungsfehler (errores cal-

7) Stimmen die Parteyen in den überreichten Hand-Zeichnungen überein, und läßt ſich der Streitgegenſtand daraus hinreichend erkennen, ſo kann der Augenſchein zur Erſparung unnöthiger Koſten ganz unterlaſſen werden. ibid. Nr. 7.

8) ibid. Nr. 4. 7.

9) ib. Nr. 5.

10) ibid. Nr. 6.

Zu §. 125b. G. R. Danz §. 350. v. Gönner Handb. III. 129. 446. IV. 109. 149. Linde §. 383. 3.

S. R. Kori §. 47.

culi), welche nur auf arithmetiſcher Unrichtigkeit beruhen [2]), zu jeder Zeit im Proceß, auch noch in der Executions-Inſtanz [3]) gehoben. Nach vorläufiger ſpecieller Anzeige des Fehlers [4]) wird die Rechnung von zwey von der Obrigkeit ernannten, für dieſe Handlung ſpeciell beeideten, oder an ſchon geleiſtete Pflicht erinnerten [5]) Rechnungs-Juſtificanten genau durchgangen und der Calcul in Beyſeyn beyder Theile berichtiget [6]). Will ſich der Gegner dabey nicht beruhigen, ſo kann er auf ſeine Koſten eine zweyte Calculation durch zwey andere unparteyiſche Rechnungs-Verſtändige, hiernach aber eine weitere nicht begehren [7]).

§. 126.

Beweis durch Urkunden.

Urkunden (instrumenta, documenta) ſind ſchrift-

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 4. Anm. S. 424. Krüll §. 438 — 440. Mündler §. 446. 447.

1) Cod. iud. cap. 12. §. 4. „Dann ſie beruhet ebenfalls auf der *evidentia facti*.“ Anm. S. 424. lit. a.

2) „Unrichtigkeit der Zifferzahlen.“ Cod. l. c. Nr. 5. Anm. S. 425. lit. f. — Von der Erledigung der übrigen Rechnungs-Bedenken im Rechnungs-Proceß ſ. §. 178. b. — Cod. iud. l. c. Nr. 6.

3) Cod. iud. l. c. Nr. 1. Alſo auch nach einer res judicata. Anm. S. 224. lit. b.

4) Cod. iud. l. c. Nr. 2.

5) Vergl. Note 3.

6) Cod. l. c. Nr. 3.

7) ib. Nr. 4. Anm. S. 425. lit. c. — bey Vormundſchaftsrechnungen. Cod. civ. l. 7. §. 16. Nr. 9.

Zu §. 126. **G. R.** Bayer S. 367. Danz §. 514. von

liche [1]) Beweismittel, und zwar eigentlich Originale, Urſchriften, uneigentlich auch Abſchriften (§. 130.); beyde entweder öffentliche (documenta publica) oder Privat-Urkunden (documenta privata) (§. 127 fg.)

§. 127.

Oeffentliche Urkunden.

Oeffentliche Urkunden machen vollſtändigen Beweis [1]). Dahin gehören a. alle Documente über unter öffentlicher Autorität [2]), gepflogene Verhandlungen; b.

Grolman §. 88. Linde §. 272. Martin §. 205. (194.) Thibaut §. 1174.

S. R. Kori §. 48.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 1. Krüll §. 589. Mündler §. 516.

1) Briefliche Urkunden, Brief und Siegel, G. O. 1616. tit. 7. art. 8. — Handveſten. Anm. S. 372. lit. a.

Zu §. 127. G. R. Bayer S. 568. 569. Danz §. 514. v. Grolman §. 88. Linde §. 274. Martin §. 205. (194.) Thibaut §. 1175.

S. R. Kori §. 48.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 2. Anm. S. 372. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 195. IV. S. 179. Krüll §. 590—393. Mündler §. 518—325.

1) Cod. l. c. princ. Anm. S. 372. lit. a.

2) Als Beyſpiele a. allein vollſtändig beweiſender öffentlicher Urkunden nennt α. Cod. iud. l. c. Nr. 1. Gerichtsbücher, Acten, Protocolle, archivaliſche Urkunden, Pfarr- und Kirchenbücher. β. das Edict v. 26. Mai 1818. Beyl. V. d. V. U. §. 8. Geſetzbl. 1818. S. 216. die beglaubigten Auszüge aus der Adels-Matrikel, welche vollkommenen Beweis für den Adelsſtand einer immatriculirten Familie geben. b. Dagegen ſollen Grund-, Urbar-, Saal- und La-

die von immatriculirten Notarien (§. 55.) [3]) förmlich [4]) errichteten Inſtrumente; c. Urkunden, welche von zwey

---

gerbücher, dann Stift-, Zins-, Scharwerks-Regiſter u. d. α. nur dann allein beweiſen, wenn ſie αα. mit Zuziehung und Einſtimmung der ſämmtlichen Grund- oder Gerichts-Unterthanen und Intereſſenten förmlich errichtet wurden. Cod. iud. l. c. §. 2. Nr. 1. Anm. zu Cod. civ. II. §. 13. S. 890. oder ββ. wenn nachgewieſen werden kann, daß auf ein ſolches Buch oder Regiſter ſchon geſprochen, oder von den Intereſſenten darauf ſchon recurrirt, mithin ſolches angenommen und anerkannt wurde. Anm. S. 574. lit. e. a. E. — β. wenigſtens mittelſt des (Erfüllungs-) Eides (§. 117. a.) wenn ihre Glaubwürdigkeit durch Alter oder andere Behelfe unterſtützt wird. Cod. l. c. und Anm. a. a. O. — Von ihrer Colliſion mit andern ältern Urkunden ſ. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 14. S. 916. Vorſchriften über die Fertigung der Patrimonial-Gerichts-Urkunden. Verbot, ſich dabey der Familien-Siegel zu bedienen, in Bezug auf das Edict. Beyl. VI. d. V. U. 1818. §. 65 Geſetzbl. 1818. S. 243. durch R. v. 5. Aug. 1825. Itbl. d. Iſarkreiſes 1825. S. 614.

3) Cod. iud. cap. 2. §. 6.

4) Die Erforderniſſe ſolcher Notariats-Inſtrumente waren a. ehedem 1. die Anrufung des göttlichen Namens, 2. die Jahrszahl nach chriſtlicher Zählung, 3. die römiſche Zinszahl, 4. der Name des regierenden römiſchen Kaiſers, 5. Monat und Tag, 6. der Ort, wo die Handlung vorgeht, 7. die Special-Requiſition des Notars, 8. eine umſtändliche Erzählung des ganzen Hergangs mit allen Nebenumſtänden, 9. der Tauf- und Zunahme der dazu gebrauchten Zeugen — wenigſtens zwey, inſofern nicht die Solemnität des Geſchäfts mehrere erfordert (§. 123. Note 13.) 10. das Vorleſen des Inſtruments, 11. die Unterſchrift des Notars und 12. das Vordrücken ſeines gewöhnlichen Notariats-Zeichens. — b. Jetzt fallen die Erforderniſſe a. 3. u. 4. weg, und ſtatt der vorigen Formeln, des kaiſerlichen Titels

bekannten Siegelmäßigen [5]), oder von einem Siegelmäßigen und zwey andern bekannten ehrbaren Männern, die als Zeugen des Unterzeichnungs-Acts unterſchreiben, errichtet wurden [6]).

§. 128.

Privat-Urkunden.

Alle im §. 127. [1]) nicht genannten Urkunden wer-

---

und Regierungs-Jahres und deſſen, was hierauf Bezug hatte, iſt der Ermächtigung und des Regierungs-Jahrs des Königs Erwähnung zu thun; auch ſollen die Aufſchriften der Notariats-Siegel die königliche Ermächtigung andeuten. V. v. 10. Sept. 1807. Nr. 7. Regbl. 1807. S. 1491. Nov. z. G. O. I. S. 187. — Von Notariats-Inſtrumenten über Inſtrumente und Codicille Cod. civ. III. 2. §. 2. 10. — 3. §. 4. Nr. 9. §. 6. Nr. 9. §. 7. Nr. 4. — 5. §. 6. Nr. 7. Anm. S. 184. 212. 214. 290. 293. 308. 574. über Geldbepoſition Anm. zu Cod. civ. IV. 14. §. 15. S. 686. — Strafbarkeit der Notarien, welche ſolche Inſtrumente über eine geſetzwidrige Alienation von Gemeindegütern der Lehen aufnehmen. — Anm. zu Cod. civ. II. 1. §. 6. S. 763. V. 18. §. 39. S. 949.

5) Cod. iud. cap. 11. §. 2. Nr. 3. — Beyl. VIII. b. V. U. 1818. §. 2. Gſzbl. 1818. S. 326.

6) Eine Nachahmung der L. 11. Cod. qui pot. in pign. (VIII. 18.), welche ein von drey unbeſcholtenen Zeugen unterſchriebenes Document den öffentlichen gleichachtet: „*nisi forte probatae atque integrae opinionis trium, vel amplius virorum subscriptiones eisdem idiochiris contineantur: tunc enim quasi publice confecta accipiuntur.*“ Rechtbuch 1346. tit. 26. §. 3. um Inſiegel. Heumanni opusc. pg. 135. G. O. 1518. tit. 10. art. 1. G. O. 1616. tit. 7. art. 22. — Anm. S. 375. lit. g.

Zu §. 128. G. R. Bayer S. 372. Danz §. 330. v.

den, ohne Unterſchied des Urhebers [2]), als **Privat-Urkunden** betrachtet und beweiſen **für** den Verfaſſer nie, wohl aber **gegen** ihn [3]), wenn über ſeine Handſchrift [4]), und bey Siegelmäßigen auch über ſein Siegel

---

Grolman §. 89. Linde §. 274. Martin §. 206. (195.) Thibaut §. 1177.

S. R. Kori §. 48.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 2. 3. Anm. S. 377. Nov. z. G. O. S. 259. Moritz II. S. 212. Kräll §. 595—598. Mündler §. 326.

1) Cod. iud. cap. 11. §. 2.

2) Unter die Privat-Urkunden gehören daher auch diejenigen, welche ein **Siegelmäßiger** ausſtellt, wenn ſie nicht von einem andern Siegelmäßigen mit unterzeichnet, oder von zwey Zeugen mit unterſchrieben, oder ſonſt nach Vorſchrift Cod. iud. c. 11. §. 3. Nr. 3. gefertigt ſind (§. 127.); denn die gerichtliche Kraft der von Siegelmäßigen ausgeſtellten Urkunden beſchränkt ſich nur auf die Gültigkeit des Geſchäfts (ad valididatem contractus), nicht auf den Beweis (ad vim probandi). G. O. 1616. tit. 7. art. 22. Anm. S. 377. lit. b.

3) Cod. iud. cap. 11. §. 2. Anm. S. 378. e. Vergl. §. 133.

4) a. Es iſt nicht nöthig, daß das ganze Document von dem Ausſteller ſelbſt geſchrieben ſey, die **Unterſchrift** reicht hin, ſelbſt wenn das Document von dem Briefinhaber oder Creditor geſchrieben wurde. — b. Die Unterſchrift eines **dritten** im Namen des Ausſtellers gilt nur, wenn ſie durch Notar und Zeugen, oder gerichtlich beglaubigt iſt. — c. Beylagen brauchen keine beſondere Unterſchrift, wenn ſie in dem Haupt-Document angeführt ſind. — d. Iſt das Document ganz eigenhändig geſchrieben, ſo wird doch in der Regel zu ſeiner vollen Beweiskraft auch die Unterſchrift erfordert. Anm. S. 379. lit. d. Nr. 2. 3.

(Petſchaft) [5]) durch Rekognition [6]) oder ſonſt (§. 133.) Gewißheit [7]) vorhanden iſt.

§. 129.

Annotationen der Aeltern. Handelsbücher. Kerbhölzer. Bierbüchel. Lottoliſten.

Von der Regel des §. 128. machen Ausnahmen: A. Aufzeichnungen der Aeltern (annotationes parentum), welche unter die beweiſenden Urkunden bey der quaestio status Familiae gerechnet werden [1]), und bey der Collation in Erbfällen, zwar nicht über die Anordnung einer ſonſt nicht ſtattfindenden Collation, wohl aber über den Empfang des zu conferirenden ſo lange

---

5) a. Iſt in dem Inſtrument der Beydrückung eines Siegels Erwähnung gethan, ſo kann dieſe auch, ohne Ungültigkeit, nicht unterbleiben. ebd. S. 380. lit. d. Nr. 4. S. 402. Rechtb. 1346. tit. 25. G. O. 1518. tit. 10. art. 3. G. O. 1616. tit. 7. art. 22. a. E. — b. Beydrückung des Siegels ohne Unterſchrift genügt nicht. Cod. iud. cap. 7. §. 2. Nr. 5. geſtattet ſolche nur bey Ausſtellung der Vollmacht (§. 50.) einer Corporation. Anm. S. 260. lit. e. S. 381. lit. d. Nr. 5.

6) Cod. iud. cap. 11. §. 7.

7) Rathſam iſt es daher, bey der Ausſtellung eines Privat-Documents Zeugen beyzuziehen. Anm. S. 379. lit. d. Nr. 1.

Zu §. 129. **G. R.** Bayer S. 373. Danz §. 314. a. v. Grolman §. 88. Linde §. 276. 10. Martin §. 206. Note h. (195.) Thibaut §. 1177.

S. R. Kori §. 48.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Anm. S. 381. lit. f. folg. Nov. z. G. O. S. 259. Krüll §. 397. 398.

1) Anm. zu Cod. civ. I. 4. §. 9. Nr. 7. S. 165.

vollſtändig beweiſen, bis das Gegentheil dargethan wird [2]; B. die **Handelsbücher** [3], welche auch **für** den Handelsmann in einer ſeinen Handel betreffenden Sache beweiſen, wenn er von gutem Leumuth und ein ordentlich eingezünfteter Handelsmann und Krämer [4], das Handelsbuch mit Einnahme und Ausgabe ordentlich gehalten, die caussa debendi (§. 104. 4.) nebſt dem Dato specifice darin ausgedrückt, und der Inhalt des Buchs von ihm, oder ſeinen Erben mit köperlichen Eide (§. 117. a.) bekräftiget iſt [5]; C. die unter gemeinen Leuten üblichen **Span- und Kerb-Hölzer** [6], welche vollſtändigen Beweis über die Subſtanz und das Quantum der Schuld machen, wenn ſie mit Einwilligung beyder Theile errichtet wurden, und bey der Production in den Schnitten gleichförmig gefunden werden [7]; D. die **Bier-Einſchreibbücher**, welche

---

2) Cod. civ. III. cap. 1. §. 15. Nr. 17. n. 22.

3) Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 2. Anm. S. 383. lit. h. Anm. zu Cod. civ. V. 26. §. 7. S. 1794. lit. d.

4) Dieſes Recht ſteht alſo Handwerkern und andern **nicht** zu. Dieſe haben aber die Befugniß, wenn die substantia debiti bereits richtig iſt, das quantum durch Eid nachzuweiſen, durch den **Quantitäts-Eid** (§. 117. b.), den man auch als Erfüllungseid über die Aufzeichnung in das Buch eines ſolchen Handwerkers betrachten kann. — Die Handelsbücher der **Juden** müſſen in teutſcher Sprache abgefaßt ſeyn. V. v. 25. April 1805. Rgbl. 1805. S. 714. §. 11. Nov. z. G. O. I. S. 259.

5) Cod. iud. l. c. Nr. 2. Cod. civ. IV. 1. §. 6. Nr. 7.

6) bacillae fissae, taleae, tesserae. Anm. S. 383. lit. b. J. M. **Gessner** thesaur. linguae lat. IV. 693.

7) Mangelt dieſes Erforderniß, läugnet ein Theil das Kerbholz, oder weigert er ſich, daſſelbe vorzuzeigen, oder ent-

die Wirthe, und andere Bierabnehmer, auf einer, und die Bierbräuer auf der andern Seite, zu halten haben, und welche bey Streitigkeiten über den wirklichen Empfang und Zahlungs-Rückſtand allein entſcheiden [8]; E. die Original-Spiel-Liſten der Lottocollecteurs, welche die Verbindlichkeit des Collecteurs und zugleich der General-Lotto-Adminiſtration gegen den Spieler allein [9] beſtimmen.

ſteht über die Urſache der Errichtung des Kerbholzes eine Irrung, ſo ſoll der Richter jeder Partey Stand, Weſen, Behelfe, u. a. Umſtände fleißig erwägen, und darnach ermäßigen, ob und welchem Theil der Erfüllungs- oder Reinigungs-Eid (§. 117. a.) oder anderweite Probe auferlegt werden ſolle. Cod. iud. cap. 11. §. 3. Nr. 3. — Iſt der Beweis durch ſolche Kerbhölzer anticipirt (§. 158.), ſo ceſſirt jetzt die richterliche Befugniß, auf beſſern Beweis zu erkennen. Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. 17. (Beyl. S. 13.)

8) „Ergiebt ſich bei Haltung dieſer Büchel über deren Einſchreibung einiger Anſtand und Zweifel wegen der angeſetzten Schuldigkeit, dann Bezahlung oder Rückſtand, ſo ſoll von keinem Richter auf ein anderes oder mehreres bey vorkommender Klage geſprochen und in Vollſtreckung gebracht werden, als die Einſchreibung und Einbekennung in dieſen Büchseln, für einen, wie den andern Theil zeigt." V. v. 4. Mai 1761. Kreitmayr's Gen. S. 329. §. 12. erneuert am 19. Jan. 1807. Rgbl. 1807. S. 180. Moritz Nov. II. S. 212.

9) Nicht alſo die dem Spieler ausgeſtellten Lottobillets (ſ. Plan u. Erläuterung in dem königl. Bayer. Lotto-Kalender 1827. 9te Seite), obgleich ſie jetzt durch Abſchreiben von der Original-Liſte eigentliche Zärter (documenta fissa) geworden ſind, welche nur durch genaues Anpaſſen in den Ausſchnitt gelten. ebd. 8te Seite. In ſolcher Art iſt dieſe Beſtimmung zugleich a. eine Ausnahme von der Regel, daß die Schrift gegen den Ausſteller beweiſet, b. und ein Zu-

§. 130.

Originale und Abſchriften. Vidimationen. Documenta referentia. Sichtbare Mängel.

A. Abſchriften beweiſen für ſich allein nichts, ausgenommen, wenn der Gegentheil ſie ſelbſt anerkennt [1]), oder ſie ſehr alt, dabey entweder im Archiv befindlich, oder von einer bekannten Gerichts= oder Kanzleyhand geſchrieben, und zugleich durch andere Behelfe [2]) in ihrer Glaubwürdigkeit unterſtützt ſind [3]). B. Vidimirte Abſchriften machen vollſtändigen Beweis [4]), wenn die

---

ſatz zu den beweiſenden öffentlichen Urkunden, weil die Originalliſte durch die Prüfung bey der General=Lottoadminiſtration, und Depoſition in deren Archiv (sub fide publica) eine öffentliche wird. Vergl. Bek. v. 6. Dec. 1825. Itbl. d. Iſarkr. 1825. S. 947.

Zu §. 130. G. R. Bayer S. 568. Danz §. 526. v. Grolman §. 89. Linde §. 275. Martin §. 205. (194.) Thibaut §. 1178.

S. R. Kori §. 48.

P. R. Cod. iud. cap. 11. §. 4. Moritz Nov. z. G. III. 199. Krüll §. 399. 400. Mündler §. 343. 344.

1) Anm. S. 384. lit. a.

2) z. B. dadurch, daß die Abſchrift nicht eine einzelne, ſondern in einem Copialbuch des Archivs enthalten iſt. Anm. S. 386.

3) Dann hängt es vom richterlichen Ermeſſen ab, ob und wie weit ihnen Glauben beyzumeſſen und einem oder andern Theile der Erfüllungs= oder Reinigungs=Eid (§. 117. a.) aufzutragen iſt. Cod. iud. l. c. Nr. 1. Anm. S. 385. lit. b. Vergl. §. 127. Note 2.

4) Cod. iud. l. c. Nr. 2. vergl. G. O. 1616. tit. 7. art. 23 — Dieſe Beweiskraft haben nicht a. Vidimationen der Notarien (§. 55. u. 127.) b. Vidimationen, welche ohne Beobachtung dieſer Form vor Gericht vorgenommen wurden—

Vidimation auf Verlangen vor ordentlicher Obrigkeit (§. 19. f.) [5] aus erheblicher Urſache, und nach vorläufiger Vorladung der Intereſſenten [6] von dem Gerichts-Actuar (§. 58.) oder dem Commiſſär (§. 78.) vorgenommen, die Abſchrift mit dem Original von Wort zu Wort verglichen, das Original ſelbſt von allen Gegenwärtigen hinreichend eingeſehen [7], unmangelhaft [8] befunden, oder wenigſtens die gefundenen Mängel ſowohl in der Abſchrift (Tranſumpt) als in dem Vidimus ausdrücklich bezeichnet und erwähnt wurden. C. Wenn ſich ein Document auf ein anderes bezieht (documentum referens), ſo muß dieſes andere (documentum relatum) zugleich mit vorgelegt werden, ausgenommen, wenn offenbar iſt, daß der Gegner deſſelben zu ſeiner Rechts-Vertheidigung nicht bedarf [9]. D. Mangelhafte

---

ſie dienen nie zur ganzen oder halben (§. 97.) Probe, nach Umſtänden nur zur Unterſtützung, und zur Beſcheinigung (§. 140.) ib. Nr. 3. — c. Abſchriften von Abſchriften (transumptum transumpti, copia copiae) machen nur dann rechtlichen Beweis, wenn ſowohl bey der erſten als bey der folgenden die Erforderniſſe der förmlichen Vidimation beobachtet wurden. ib. Nr. 4.

5) d. i. derjenige, welcher in der Hauptſache competent iſt, Anm. S. 586. lit. c.

6) Bleiben die Theile aus, ſo wird in contumaciam mit der Vidimation verfahren. ebd.

7) Dieſe Einſicht bleibt dem Richter und dem Gegner auch nach geſchehener Vidimation noch immer vorbehalten. ebd.

8) „An Schrift, Siegel, und Unterzeichen unbemahlet und unverletzt.“ ib. Nr. 2.

9) Cod. iud. cap. 11. §. 5. Nr. 7. — z. B. wenn das jüngere Teſtament von dem ältern, die General-Quittung von den vorausgegangenen Particular-Quittungen Erwähnung

Documente beweiſen [10]) gar nichts, wenn der Mangel ein weſentlicher [11]) iſt oder ihre Unächtheit darthut; nur wenig, wenn der Mangel nur Nebendinge betrifft, oder bloßer Verdacht gegen ihre Aechtheit daraus entſteht. Mängel, die ſich erſt aus der Einſicht des Originals ergeben (ſichtbare) [12]), müſſen bey Verluſt

---

macht, dann bedarf es der Einſicht des relati nicht, weil ſolches durch das referens ohnehin aufgehoben iſt. Anm. S. 389. lit. a. — Ebenſo, wenn der Bezug nur Nebenſachen betrifft, oder die Wahrheit ſchon auf andere Weiſe dargethan iſt. ebd.

10) Der Richter hat dabey auf alle Umſtände, beſonders darauf zu ſehen, ob der Mangel bloße Nebenſache, oder gleichgültige Dinge betrifft, und ob er ſich nur durch Alter oder andern Zufall Brand, Mäuſefraß u. d., und bona fide ergeben hat. Cod. iud. cap. 11. §. 9. Nr. 1. 2. Anm. S. 404.

11) Weſentlicher Mangel. Dahin gehörte a. ehedem der Mangel des Datums (Jahr, Monat und Tag) Leg. Baiuw. tit. 15. cap. 3. — Cod. iud. cap. 11. §. 9. Nr 3. erfordert das Datum in der Regel nicht; ausnahmsweiſe, wo ein ſpecielles Geſetz ſeine Beyfügung anordnet, z. B. 1. bey Notariats=Inſtrumenten Cod. iud. cap. 11. §. 2. Nr. 2. (§. 127. B.) — 2. bey Handelsbüchern ib. §. 3. Nr. 2. (§. 129. B.) — 3. in Fällen, deren Entſcheidung lediglich von dem Dato abhängt. Anm. S. 405. lit. c. — Deshalb wird empfohlen, es bey der Unterſchrift genau zu bemerken, wenn ſie an einem andern Ort und zu anderer Zeit geſchah, als das Document datirt iſt, „damit man nicht widrigenfalls Ungelegenheit darüber bekommt." ebd. a. E. — b. der Mangel einer caussa debendi unter denſelben Vorausſetzungen (§. 104. Note 3.) Cod. iud. cap. 11. §. 9. Nro. 3. Anm. S. 379. u. 381. lit. d. Nr. 5. S. 405. lit. d.

12) Entgegengeſetzt dem Innern (nicht ſichtbaren) Mangel, der auf Gegenbeweis z. B. bey widerſprechenden Do:

ſolcher Einrede [13]) gleich bey der Production des Documents oder wenigſtens innerhalb des nächſten peremtoriſchen Termins angezeigt werden [14]).

---

cumenten (§. 137.) beruht. — Sichtbarer (äuſerer) Mangel iſt derjenige, welcher gleich aus der bloßen Einſicht der Urkunde ohne vieles Nachdenken in die Augen fällt. Anm. S. 401. lit. a. Cod. civ. IIᴵ. cap. 1. §. 10. Nr. 4. u. Anm. zu Cod. civ. IV. 1. §. 6. S. 20. — Dahin gehören, a. als eigentlich ſichtbare Mängel in Bezug auf α. die Schrift, Raſuren, Abänderungen, Zuſätze, Maculaturen, Unleſerlichkeit, Ungleichheit der Hand und der Tinte, Neuheit der Schrift bey alten Documenten, unpaſſender Styl; β. die Siegel, — gänzlicher Mangel im Fall des §. 128. Note 5. a. — oder Abreiſſen und unkenntlich machendes Zerbrechen derſelben, Verletzung der Siegelſchnüre; γ. das Papier — Schnitte und Riſſe in demſelben, ungleiches Format, fehlender Zuſammenhang im Context von einem Bogen zum andern; Papierzeichen, welche jünger ſind, als das datum der Schrift. Anm. S. 401. 402. Cod. civ. III. c. 1. §. 10. Nr. 4. Anm. zu Cod. civ. III. S. 64. fg. — b. als uneigentlich ſichtbare diejenigen Mängel, welche zwar auf den erſten Blick erſcheinen, aber nicht aus dem Aeußern der Urkunde allein, ſondern aus den beſondern Erforderniſſen des Geſchäfts hervorgehen, z. B. bey Teſtamenten Mangel an der erforderlichen Zahl der Zeugen, Mangel der Erbeinſetzung, Unverſtändlichkeit der Dispoſition. Cod. civ. l. c., bey Urkunden aus frühern Zeiten, wenn ſie damals gar nicht übliche Zeichen oder Beſtandtheile enthalten, z. B. arabiſche Ziffern, Unterſchrift von Zeugen und Ausſtellern bey Urkunden aus dem 14. Jahrhundert und früher. Anm. zu Cod. iud. S. 403. lit. a.

13) Mängel eines Documents werden von Amtswegen (§. 70.) nie attendirt. Anm. S. 406. lit. c.

14) Cod. iud. cap. 11. §. 9. Nr. 4. — Ein ſolcher Termin findet ſtatt a. im ordentlichen Beweiſe im Fall der Verbindung des Urkunden-Beweiſes mit dem Zeugen-Beweis, Cod.

§. 131.

Beweiskraft der Urkunden.

Oeffentliche und recognoſcirte Privat-Urkunden beweiſen vollſtändig. Gegen ſie iſt aber Gegenbeweis, ſelbſt durch Eides-Delation [1]) zuläſſig, durch letztere jedoch nicht gegen einen Schuldſchein nach verfloſſener Verjährungs-Zeit der Einrede des nicht empfangenen Geldes (§. 115. 132.) [2]).

---

iud. cap. 11. §. 3. Nr. 3. Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. 15. Abſ. 2. (Beyl. S. 12.) b. nicht im Executiv-Proceß (§. 184.) weil dort nur in continenti liquidirliche Einreden zuläſſig ſind, wohl aber in ſo weit die Einreden ad separatum verwieſen werden, welche ohnehin auch bey geſchehener Recognition der Urkunde vorbehalten bleiben. Cod. iud. cap. 3. §. 7. Nr. 5. cap. 11. §. 7. Nr. 4. Anm. S. 153. u. 396. lit. e.

Zu §. 131. **G. R.** Bayer S. 369. Claproth Einl. II. S. 321. X. Danz §. 255. v. Glück Erl. d. P. XXII. S. 83. v. Gönner Handb. II. 464. Linde §. 276. Martin §. 206. (195.) Thibaut §. 1179.

S. R. Kori §. 48.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 2. Krüll §. 410. Mündler §. 324. f.

1) arg. §. 2. Nr. 2. Cod. iud. cap. 13. „In allen Sachen.“ — Beſtätiget in Anſehung der Wechſel durch W. G. O. v. 1785. Kap. 3. §. 4. lit. A. — Moritz Handb. S. 92 — überhaupt aber durch den Satz, daß durch geſchehene Recognition eines Documents niemandem an ſeinen übrigen Exceptionen dagegen etwas benommen ſey (§. 135.). Cod. iud. cap. 11. §. 7. Nr. 4. Anm. S. 396. — Vergl. Cod. iud. cap. 11. §. 8. Nr. 1. Anm. S. 400.

2) Cod. civ. IV. c. 11. §. 7. Nr. 4. Anm. zu Cod. civ. IV. S. 603. — Von der Colliſion des Beweiſes durch Urkunden ſ. §. 137.

§. 132.

Einrede des nicht gezahlten Geldes.

Wer einen Schuldſchein (chirographum) oder eine Quittung (apocha) in Hoffnung zu erhaltender Zahlung ausgeſtellt hat, kann, wenn er die Zahlung nicht erhielt, bey erſterem binnen zwey Jahren, bey dieſer binnen dreyßig Tagen durch Klage (querela non numeratae pecuniae) oder Einrede (exceptio n. n. p.) den Empfang läugnen, und verpflichtet dadurch den Gegner, die wirkliche Zahlung zu beweiſen [1]. Dieſelbe Befugniß hat der Ehemann (quer. et exc. n. n. dotis), der den Empfang des Heirathsguts in dem Ehevertrag eingeſtanden hat, und zwar, wenn die Ehe nicht über zwey Jahre dauerte, binnen einem Jahre von Zeit der Ehetrennung durch Tod oder Scheidung, wenn ſie länger als zwey, aber nicht ganze zehn Jahre dauerte, binnen drey Monaten oder 90 Tagen; fortwährend aber, wenn die Ehepacten ein ſolches Geſtändniß nicht enthalten [2]. Iſt eine ſolche Querel oder Einrede verjährt, ſo muß der Läugnende den Nicht-Empfang voll-

---

Zu §. 132. **G. R.** Danz §. 155. v. Gönner Handb. IV. 192. Linde §. 360. 13. Martin §. 128. (123 a.) Thibaut §. 1180.

S. R. Kori Theorie der Verjährung. §. 111. S. 201.

B. R. Cod. iud. cap. 20. §. 6. Nr. 5. 6. Anm. S. 646. lit. e. f. Cod. civ. I. 6. §. 24. IV. 11. §. 5 — 9. Moritz Nov. z. Landr. S. 500.

1) Cod. civ. IV. c. 11. §. 4. 7. 8.

2) ib. l. c. 6. §. 24. Nr. 6—9. IV. c. 11. §. 9. Cod. iud. c. 20. §. 6. Nr. 5.

kommen [3]) beweiſen, und darf ſich dazu weder der Eidesdelation (§. 115.), noch des Erfüllungseides (§. 117 a. A.), bedienen [4]). Die Querel und Einrede des nicht gezahlten Geldes fällt weg a. bey Handlungen, bey welchen man nicht im voraus zu beſcheinigen pflegt [5]); b. bey Beſcheinigungen, welche über den Empfang landesherrlicher Präſtationen von Beamten, Caſſiers und andern Einnehmern ausgehändiget werden [6]); c) wenn

3) „*per negativam loci aut temporis*, oder ſonſt auf andere vollkommene Weiſe" Cod. civ. IV. c. 11. §. 7. Nr. 4. z. B. „*per confessionem partis adversae.*" Anm. S. 603.

4) „durch das *iuramentum litis decisorium aut suppletorium.*" Zuſatz der Anm. a. a. O. lit. f.

5) Als Beyſpiele nennt das Geſetz: Depoſitum, Vergleich, Schenkung, Kauf, Tauſch, Miethe, Bürgſchaft, letzter Wille. Cod. civ. IV. c. 11. §. 6. Nr. 1. und das pactum liberatorium. Anm. zu Cod. civ. IV. 15. §. 8. S. 718. — die Anm. zu Cod. iud. S. 600. Nr. 2. lit. b. auch Expromiſſion, constitutum und Mandat. — Ob die exc. n. n. p. bey Wechſeln unzuläßig ſey, laſſen die Anm. IV. S. 600. nach der Natur des dem Wechſel zum Grunde liegenden beſondern Geſchäfts entſcheiden. Die W. G. O. 1785. Kap. 3. §. 4. lit. A. und C. läßt nur ſolche peremtoriſche Einreden im Wechſelproceß zu, wodurch der Beklagte im Recognitions- oder längſtens am folgenden Tage durch klare Urkunden, des Gegners eigenes Geſtändniß, oder Eides-Delation beweiſet, daß der Wechſel ſchon bezahlt, oder ſonſt unwirkſam ſey, und welche ſo beſchaffen ſind, daß ſie aus dem Wechſelbriefe oder Wechſelrechte ſelbſt fließen. Moritz Handb. S. 91. 92. — Iſt das der Fall bey einem Wechſelbrief, deſſen Datum zeigt, daß das biennium exc. n. n. p. noch nicht verfloſſen ſey? (§. 184.)

6) ebd. Nr. 2. weil man ſie nie anders als Zug für Zug herausgiebt. Anm. IV. S. 600. Nr. 2. lit. d.

außer der erſten Beſcheinigung nachher eine weitere über die nähmliche Poſt ausgeſtellt, oder der Empfang auf andere Weiſe mit Worten oder Werken anerkannt und beſtätiget wird [7]; d. wenn das Gericht, der Notar (§. 55.) oder die Zeugen, vor denen die Urkunde errichtet wurde, ausdrücklich darin bezeugen, daß die Gelderlage in ihrer Gegenwart geſchah [8]; e) wenn auf die Klage oder Einrede ſpeciell, jedoch nicht in der nähmlichen [9], ſondern in einer andern nachfolgenden [10]) und beſondern Beſcheinigung, oder ſonſt erweislichermaßen [11]) erſt nachher verzichtet wurde [12]. In Bezug auf das Heirathsgut fällt dieſe Querel und Einrede weg [13], wenn daſſelbe in dem Ehevertrag verſprochen, der Empfang von dem Ehemann in einer beſondern Quittung beſcheiniget, und dieſe Quittung durch zehnjährige Cohabitation der Eheleute oder durch Mitunterſchrift

7) Cod. civ. I. c. Nr. 3. ſiehe Note 11.

8) ebd. Nr. 4.

9) Auch dann nicht, wenn der Schuldſchein auf ein ſchon früher gemachtes Darlehn (über welches nicht ſchon ein Schein vorhanden iſt) ſich bezieht. Anm. IV. S. 601. Nr. 3. a. E.

10) *„ex intervallo quodam"* ebd. princ. nicht aber, wenn es gleichzeitig geſchieht. ebd. S. 599. lit. b. und zu IV. 14. §. 12. S. 675.

11) Der Verzicht kann auch mündlich vor Zeugen, oder ſtillſchweigend z. B. durch ganze oder theilweiſe Zahlung, durch Verzinſung, und durch Conſtitutum geſchehen. ebd.

12) Cod. civ. IV. c. 11. §. 6. Nr. 5. Eidlicher Verzicht allein ſchließt dieſe Querel und Einrede nicht aus (§. 112.) Cod. iud. cap. 13. §. 7. Anm. zu Cod. civ. IV. S. 599. Nr. 1. lit. d.

13) Cod. iud. cap. 20. §. 6. Nr. 5.

eines ſiegelmäßigen Zeugen beſtätiget, oder der Empfang außer der Quittung durch einen unverwerflichen Zeugen (§. 119.) oder auch ohne Quittung durch zwey legale [14]) Zeugen bewieſen iſt [15]).

§. 133.

Beweis der Aechtheit der Urkunden. Agnition. Recognition. Diffeſſion.

A. Oeffentliche Urkunden (§. 127.) bedürfen zu dem Beweis ihrer Aechtheit keiner Recognition und leiden keine Diffeſſion, müſſen aber deſſen ungeachtet dem Gegner auf Verlangen in Original zur Einſicht (inspectio) vorgelegt werden, damit er ſich darüber vernehmen laſſe (agnitio) und, was er allenfalls dagegen mit Recht einzuwenden habe, vorbringen könne [1]). B. Privatur=

---

14) „ſo von der Erlage hinlängliche Auskunft geben mögen." ebd.

15) Dieſe Erforderniſſe treten nur ein bey dem Beweiſe des Empfangs gegen Gläubiger oder Kinder erſter Ehe. ebd. Anm. S. 646. lit. e. gegen den Mann ſelbſt oder ſeine Erben genügt beſondere Quittung außer dem Heiraths=Vertrag Ldr. 1616. Tit. I. art. 20. Anm. zu Cod. iud. S. 647. lit. c. a. E. Cod. civ. I. 6. §. 24. Anm. S. 307. f. — Ueber den Empfang der Paraphernalien (Cod. civ. l. c. 6. §. 23.) wird gegen die Creditoren, außer dem Geſtändniß des Mannes, zehnjährige Cohabitation erfordert. Cod. iud. l. c. §. 6. Nr. 6.

Zu §. 133. **G. R.** Bayer S. 375. 414. 442. Danz §. 330. v. Grolman §. 89. Linde §. 259—263. Martin §. 207—215. (196—204.) Thibaut §. 1181.

S. R. Kori §. 113—126.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 7. Anm. S. 394. Moriz Nov. z. G. O. III. S. 196. Krüll §. 108 — 419. Mündler §. 323—542.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 3. — Beſonders um Mängel und In=

kunden (§. 128.) machen ohne vorläufige Recognition keinen Beweis, der Gegner iſt daher ſchuldig, nach geſchehener Production oder Communication gleich in der erſten Antwort, und zwar ohne Unterſchied, ob das Document auf ihn ſelbſt, oder auf einen andern lautet, ſich deutlich und beſtimmt zu erklären, ob er die Urkunde recognosciren, diffitiren, oder, wenn bloße Abſchriften vorgelegt oder mitgetheilt ſind, dieſe Erklärung bis zu Production und Einſicht des Originals ausgeſetzt wiſſen will. Erklärt er ſich in keiner dieſer drey Arten, ſo wird das Document, ohne weitere Communication, für recognoscirt geachtet. Verlangt er die Production des Originals, ſo wird eine Tagesfahrt zu derſelben angeſetzt, in welcher die Recognition oder Diffeſſion unter dem Rechtsnachtheil, daß das Document pro recognito geachtet werde, geſchehen muß [2]). Läugnet der Gegner die Aechtheit des Documents (Diffeſſion) [3]), ſo iſt er, auf Verlangen des Gegners [4]), verbunden, sub poena recogniti, den Diffeſſions-Eid zu leiſten, und zwar bey eigenen Documenten de veritate [5]), bey

dicien der Unächtheit (§. 130.) zu entdecken. Anm. S. 396. lit. d. — Wer ein öffentliches Document abläugnet, muß den Beweis auf ſich nehmen. Cod. iud. cap. 11. §. 8. Nr. 4.

2) Cod. iud. l. c. §. 7. Nr. 1. 4.

3) R. A. 1654. §. 59. Anm. S. 396. lit. a.

4) „oder daß man dem Gegentheil *iuramentum diffessionis* auflege!“ Anm. S. 398. lit. c. — Der Diffeſſions-Eid iſt daher zwar ein deferirter Eid (§. 112.), kann jedoch nicht zurückgeſchoben werden (§. 116.) Anm. S. 401. lit. g.

5) Dahin: „daß er das Document weder ſelbſt geſchrieben, noch unterſchrieben, oder unterzeichnet, minder ſolches durch einen andern wiſſentlich habe thun laſſen, mithin beſagtes Docu-

fremden de credulitate [6] (§. 106.). Diffeſſion des Inhalts, nach geſchehener Recognition der Unterſchrift, iſt unzuläſſig [7]. Gegenbeweis gegen die eidliche Diffeſſion findet, nach einmal geleiſtetem Diffeſſions-Eide, nur ex noviter repertis ſtatt [8]. Will der Producent der Urkunde es auf deren eidliche Diffeſſion nicht ankommen laſſen, ſo hat er deren Inhalt auf andere Weiſe, oder wenigſtens ſo viel zu beweiſen, daß ſie vom dem Ausſteller ſelbſt, oder mit deſſen Wiſſen und Willen von einem andern gefertiget, und ſonſt für die ſeinige ſchon einmal mit Worten oder Werken erkannt worden ſey [9]. Dieſer Beweis wird entweder durch Zeugen geführt, aus eigener Wahrnehmung über die Ausſtellung oder Anerkennung des Documents deponiren [10], oder durch

---

ment für das ſeinige weder erkenne, noch jemal erkannt habe." Cod. iud. l. c. §. 8. Nr. 6.

6) Die Formel ſiehe §. 106. Nr. 6.

7) Daher muß derjenige, welcher vorgiebt, daß das Inſtrument ein bloßes Blanquet (charta bianca) geweſen, wider Willen des Ausſtellers erteudirt, oder ſonſt Betrug damit vorgegangen ſey, dieſes beweiſen. Cod. iud. l. c. Nr. 5. „und zwar nicht *per indicia falsi levia aut remota*, wie einige meinen, ſondern *per proxima et manifesta*." Anm. S. 400. lit. f. — Vergl. Strafg. 1813. II. art. 327.

8) Cod. l. c. Nr. 7. Anm. S. 401. lit. h.

9) ib. Nr. 1. Anm. S. 396. lit. a.

10) Es iſt — nicht hinlänglich, wenn die Gezeugen nur ſagen, daß ſie die Schrift oder Unterſchrift für des Ausſtellers Seinige halten, ſondern iſt nöthig, daß ſie gegenwärtig geweſt, auch gehört und geſehen haben, wie das Document von ihm ſelbſt, oder mit ſeinem Willen von einem geſchrieben, oder unterſchrieben, oder ſonſt für das Seinige ſchon einmal mit Wort oder Werk erkannt worden." Cod. l. c. Nr. 2. Anm. S. 398. lit. c. Iſt nur ein ſolcher Zeuge vorhanden, ſo

Schriftenvergleichung (comparatio literarum et sigillorum), wenn eine von dem Ausſteller unwiderſprechlich herrührende Handſchrift oder Siegel mit der diffitirten, nach dem Befund und der eidlichen Ausſage unparteyiſcher Kenner [11]) genau übereinſtimmt, und der Richter bey vorhandenen adminiculis auf Erfüllungs- oder Reinigungseid (§. 117. a. A. B.) erkennen kann [12]).

§. 134.

Verluſt der Urkunden.

Hat jemand, nicht durch eigenes Verſchulden (culpa) oder vorſätzlich (dolo) [1]), ſondern durch Zufall [2]) ein Document verloren, ſo iſt zu Nachweiſung deſſen

---

wird auf suppletorium oder purgatorium erkannt. ebd. a. E. — Sagen die Zeugen nur, daß ſie die Schrift für die des Ausſtellers halten, ſo wird dadurch nicht mehr bewirkt, als durch Schriftenvergleichung. ebd.

11) Schriftverſtändige — Anm. S. 399. nicht gerade Schreibmeiſter, oft beſſer Kanzley-Individuen, Regiſtratoren, überhaupt ſolche, denen verſchiedene Hände häufig zu Geſicht kommen, und welche, ihre Eigenheiten zu bemerken, Fähigkeit haben.

12) Die Schriftenvergleichung allein reicht nie zum Beweiſe der Aechtheit hin, am wenigſten, wenn nicht das ganze Document, ſondern nur die Unterſchrift allein von der Hand des Ausſtellers ſeyn ſoll. — Kommen aber adminicula hinzu, ſo kann daraus halber Beweis (§. 97.) entſtehen.

Zu §. 134. **G. R.** Danz §. 321. Linde §. 291. Thibaut §. 1182.

S. R. v. Trützſchler Anm. II. S. 34.

P. R. Cod. jud. cap. 11. §. 12. Anm. S. 410. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 195—198. IV. S. 165. 166. zum LandR. S. 185. Krüll §. 407. Mündler §. 352.

1) Anm. S. 411. lit. b.

2) z. B. Waſſernoth, Diebſtahl, Raub, nicht ſelbſt gelegter

Inhalts, und ſeiner Gültigkeit [3]), ein halber (§. 97) durch Erfüllungseid (§. 117. a. A.) ergänzter Beweis hinreichend, vorausgeſetzt, daß der Zufall an ſich vollſtändig bewieſen, und durch rechtliche Vermuthungen (§. 98.) dargethan, auch allenfalls noch eidlich erhärtet iſt [4]), daß das Document nur durch ſolchen Unglücksfall verloren gegangen ſey. Wird der Producent durch Betrug oder Gewalt des Gegners um das Document gebracht, ſo wird, wie bey der Edition (§. 222.) [5]), gegen ihn verfahren [6]).

§. 135.

Colliſion der Beweismittel überhaupt.

Bey der Colliſion der Beweismittel unterſcheidet die G. O. nicht zwiſchen Beweis, Gegenbeweis, und bey dem letzten zwiſchen eigentlichen und uneigentlichen (§. 101.), ſondern nur zwiſchen den verſchiedenen Arten der Beweismittel, (§. 136 fg.) und nimmt auf den Unterſchied zwiſchen Beweismitteln verſchiedener Producenten nur bey dem Urkundenbeweiſe (§. 137.) Rückſicht.

Braud. Cod. iud. l. c. Anm. S. 411. lit. b. vergl. Strafg. 1813. l. art. 252.

3) alſo die zu dieſer Gültigkeit nöthigen Erforderniſſe, z. B. die Solemnien des Teſtaments. Anm. ebd. lit. c.

4) Bey Leuten von gutem Leumuth und ehrlichen Herkommen. Anm. lit. c. — durch welchen Eid?

5) Cod. iud. cap. 11. §. 6.

6) Anwendung dieſes Verfahrens auf letztwillige Diſpoſition. Cod. civ. III. 2. §. 10. Anm. S. 215. Erbrechtsbriefe IV. 7. §. 23. Nr. 2. Anm. S. 466. Schuldſcheine IV. 14. §. 11. Nr. 3. Anm. S. 674.

Zu §. 135. G. R. Bayer S. 455. Danz §. 257. fg. v. Grolman §. 205. Linde §. 321. Martin §. 191. (180.) Thibaut §. 1183. f.

§. 136.

Colliſion der Zeugenausſagen.

Widerſpricht ein Zeuge ſich ſelbſt, ſo verliert ſeine Ausſage das Erforderniß der Glaubwürdigkeit (§. 123 und Note 3.) [1]). Widerſprechen mehrere Zeugen ſich unter einander A. in bloßen Nebenſachen, ſo iſt dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen, ſolche widerſprechende Ausſagen ſowohl auf der einen, als auf der anderen Seite für kräftig zu halten oder nicht [2]); B. betrifft der Widerſpruch die Hauptſache, ſo ſieht der Richter I. zuerſt auf die Qualität der Zeugen. a. Untüchtige Zeugen, ſo viel ihrer auch immer ſeyen, ſchwächen die Ausſagen eines tüchtigen und exceptionsfreyen

---

S. R. v. Globig Theorie d. Wahrſcheinl. II. S. 265. f.

P. R. Cod. iud. cap. 10. §. 20. cap. 11. §. 10. 11. cap. 12. §. 2. Nr. 8. §. 3. Nr. 2.

Zu §. 136. G. R. Bayer S. 343. Danz §. 257. v. Grolman §. 205. Linde §. 321. Martin §. 191. (180.) Thibaut §. 1183. f.

S. R. v. Globig a. a. O.

P. R. Cod. iud. cap. 10. §. 20. Anm. S. 366. Krüll §. 384. Mündler §. 306—309.

1) Cod. iud. cap. 10. §. 17. Nr. 3. §. 19. a. E. Anm. S. 356. lit. c.

2) Beſonders wenn die Nebenumſtände in Kleinigkeiten, und in ſolchen Sachen beſtehen, welche man nicht ſo genau zu beobachten, und leicht zu vergeſſen pflegt. Cod. iud. cap. 10. §. 20. Nr. 1. — und wenn eine natürliche Auslegung den ſcheinbaren Widerſpruch heben kann. Anm. S. 367. lit. a. — „wobey es nicht ſo viel auf *leges et autoritates*, als bloße geſunde Vernunft, und reine Muttermilch ankommt.“ ebd.

Zeugen nicht [3]). — b. Stehen einem ſolchen, nicht untüchtige, ſondern nur exceptionsmäßige Zeugen entgegen, ſo kommt es auf richterliches Gutdünken an, den Erfüllungs- oder Reinigungs-Eid zu erkennen (§. 117 a.) [4]). II. Unter mehreren vollgültigen Zeugen entſcheidet die Zahl [5]) und zwar a. bey lauter einzelnen von einander abweichenden (einſchichtigen) Ausſagen [6]) heben gleiche Zahlen ſich einander auf — ein einzelner Zeuge hebt die widerſprechende Ausſage eines andern einzelnen auf, — mehrere entkräften ſolche Ausſagen von ebenſoviel mehreren Widerſprechenden, übrigens ohne Unterſchied der Menge überhaupt [7]), ganz; — b. Sind unter den verſchiedenen Zeugen-Ausſagen gleichförmige vorhanden, ſo kommt es α) im Fall ſich gegenüberſtehender gleicher Zahlen, wenn zwey oder mehrere gleichförmige gegen zwey oder mehrere gleichförmige ſtehen, weder auf Zahl noch ſonſtige Qualität (Würde) derſelben, ſondern nur αα) auf die Wahrſcheinlichkeit der Ausſagen, und ββ) wo auch dieſe Wahrſcheinlichkeit gleich iſt, auf den Vorzug des Beklagten (§. 9.) an [8]). — β) Sind aber die Zahlen ungleich, ſo entſcheidet das Mehr der größeren Zahl — ein einzelner Zeuge, der zwey an-

3) ib. nr. 2.
4) ib. nr. 3.
5) ib. nr. 4.
6) Singularitas obstativa (§. 123. 5.) Anm. S. 357. lit. d. — Dieſen Zwiſchenunterſchied ergiebt die Vergleichung zwiſchen den Nr. 5. und 7. — Er iſt nicht bemerkt in Krüll Einl. §. 386. S. 381. lit. c.
7) „ſo viel derer immer ſeynd.“ ibid. nr. 5.
8) ib. nr. 7.

dern gleichförmigen widerſpricht, entkräftet ihre Ausſage nur zur Hälfte, und es bleibt halber Beweis übrig (§. 97.); drey oder mehrere gleichförmige Zeugen gegen einen einzigen beweiſen vollſtändig [9]).

§. 137.

Colliſion der Urkunden unter ſich und mit Zeugen.

A. Wenn ſich die producirten Urkunden widerſprechen, ſoll der Richter AA. durch ſchickliche Auslegung [1]) den Widerſpruch zu heben ſuchen. BB. Iſt dieſes nicht ausführbar und rühren I. die ſich widerſprechenden Urkunden von der freywilligen [2]) Production einer und derſelben Partey (§. 135) her, oder liegt der Widerſpruch in einer und derſelben Urkunde, ſo wird durch ſolchen Widerſpruch die Beweiskraft der Documente auf-

9) Denn der volle Beweis (B) wird bewirkt durch die Ausſage zweyer vollgültiger Zeugen (B = 2 z); folglich 1 z — 1 z = 0; 3 z — 3 z = 0; 2 z — 1 z = 1 z = 1/2 B; 3 z — 1 z = 2 z = B. Cod. iud. l. c. Nr. 5. 6.

Zu §. 137. **G. R.** Bayer S. 457. Danz §. 257. fg. Linde §. 321. Martin §. 191. 192. (180. 181.) Thibaut §. 1183. f.

S. R. Kori §. 136.

B. R. Cod. iud. cap. 11. §. 10. 11. Anm. S. 406. f. Krüll §. 422. 423. Mündler §. 345—350.

1) Vergl. Cod. civ. I. c. 1. §. 9—11. III. c. 2. §. 12. IV. c. 1. §. 18.

2) Dahin gehört alſo nicht der Fall einer richterlich befohlnen Edition (§. 222.) Cod. iud. l. c. Nr. 1. Anm. S. 407. lit. b. — Die Zurücknahme eines einmal producirten Documents findet ohne Bewilligung des Gegentheils nicht ſtatt. Cod. iud. c. 11. §. 5. Nr. 9. §. 10. Nr. 2.

gehoben. II. Sind die ſich widerſprechenden Urkunden von verſchiedenen Partenen producirt, ſo ſoll a. das Protocoll dem daraus gefertigten Inſtrument (§. 227.) [3]) b. unter mehreren Inſtrumenten α) das unmangelhafte dem mangelhaften, β) das öffentliche dem privaten, γ) unter gleichen das wahrſcheinlichere dem unwahrſcheinlichern, δ) unter mehreren gleich wahrſcheinlichen der Inhalt der Mehrzahl ε) und, wo auch dieſe Zahl gleich iſt, dasjenige vorgezogen werden, was zur Entbindung von der Klage dient [4]). III. Enthält der abweichende Inhalt verſchiedener Documente nicht ſowohl Widerſpruch, als Aufhebung des frühern, ſo hat das letzte aufhebende den Vorzug [5]). — B. Widerſprechen ſich Urkunden und Zeugen-Ausſagen, ſo haben I. die Urkunden den Vorzug a. in alten Sachen, welche über 40 und mehr Jahre zurückgehen; — b. in Gegenſtänden, für welche Geſetz [6]) oder Gewohnheit ſchriftlichen Aufſatz fordern, — c. in Sachen, welche dem Gedächtniß leicht entfallen, — d. wenn die caussa debendi (§. 104. 4.) gegen eigenes ſchriftliches Geſtändniß wider-

---

3) Iſt das über ein mündliches Teſtament errichtete Inſtrument caſſirt, ſo wird, ungeachtet die Matrix oder das Protocoll noch vorhanden wäre, doch erſtes für caſſirt gehalten. Cod. civ. III. 3. §. 27. Nr. 12. Anm. S. 426.

4) ib. nr. 2 und 3.

5) ib. nr. 4. z. B. das jüngere Teſtament vor dem ältern. Cod. civ. III. 2. §. 4. oder das Document, was von der species handelt, vor dem, was nur das genus betrifft. Anm. S. 408. — Von dem Widerſpruch der Pfarrlehnbücher. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 21. S. 1255.

6) ib. §. 11. — Beyſpiele ſ. §. 228.

ſprochen wird [7]. II. Außer dieſen Fällen wird ſowohl den Inſtrument-Zeugen [8], als andern, wenn ſie nur ſonſt tüchtig und legal ſind [9], und ihrer Ausſage nicht anderer Gegenbeweis (§. 100.) entgegenſteht, mehr als den Urkunden geglaubt [10].

§. 138.

Colliſion der Vermuthungen.

Bey mehrern gegen einander ſtreitenden Vermuthungen (§. 98.) weichen allgemeine den beſondern, ſchwächere den ſtärkern [1]. Iſt hierin ihr Verhältniß

---

7) z. B. wenn derjenige, welcher über dargeliehenes Geld einen Schuldſchein ausſtellt, behauptet, es ſey nicht Darlehn, ſondern Spielſchuld, ſo ſoll er verpflichtet ſeyn, den Beweis durch Urkunden zu führen. Anm. S. 408. lit. c. Vergl. jedoch Cod. civ. IV. 12. §. 5. Nr. 11. welcher, weil über Spielſchulden öfters ſimulirte Obligationen ausgeſtellt werden, auf dieſe bey ſolchem Verdacht nicht erkennen läßt, ohne dem purgatorio, oder, wenn der Verdacht groß iſt, dem suppletorio Platz zu geben.

8) d. i. denjenigen, welche der Errichtung der Urkunde beygewohnt haben. Anm. S. 409. lit. g.

9) Deshalb iſt auch die gewöhnliche Zahl von zweyen (§. 97. und 123.) hinreichend. Anm. S. 409. 410.

Zu §. 138. G. R. Bayer S. 316. Danz §. 359. Linde §. 315. Martin §. 1249.

S. R. Hommel rhaps. obs. 737. 746.

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 2. Nr. 8. Anm. S. 420. i. Krüll §. 451. Mündler §. 191. (180.) Thibaut §. 1146.

1) Nach der Gradation, welche die Eintheilung der Vermuthungen in praesumtiones iuris et de iure, violentas, qualificatas, simplices, iuris et facti s. hominis von ſelbſt darbietet. Cod. iud. l. c. Nr. 1—7.

gleich, ſo erhalten diejenigen vorzügliche Berückſichtigung, welche Entbindung von der Forderung begründen (§. 9.). Das richterliche Ermeſſen (§. 76. a.) hat hierüber hauptſächlich zu entſcheiden, doch ſoll es in ſehr zweifelhaften Fällen bey dem bleiben, was das Geſetz ausdrücklich beſtimmt, wenn auch verſchiedene Vermuthungen gegen die Wirklichkeit eines ſolchen Verhältniſſes obwalten [2]).

§. 139.

Colliſion des Gutachten der Sachverſtändigen.

Stimmen die bey einem Augenſchein (§. 125.) zugezogenen Sachverſtändigen in ihrem Gutachten nicht überein, ſo iſt die Sache dem Gutachten eines unparteyiſchen Dritten zu überlaſſen, oder der Richter hat derjenigen von beyden Meinungen ſeinen Beyfall zu geben, welche mit hinreichenden und concludenten Gründen ihm am deutlichſten dargelegt wurde.

§. 140.

Beweis und Beſcheinigung.

Von dem förmlichen, ſowohl ordentlichen als ſummariſchen (§. 149 fg.), Beweiſe iſt bloße Beſcheini-

---

2) Hier bezieht ſich B. Kreitmayr in den Anmerkungen zu Cod. iud. l. c. S. 422. lit. l. auf den praesumtus mortalitatis ordo. ſ. §. 98. c.

Zu §. 159. G. R. Bayer S. 457. Danz §. 356. fg. Linde §. 296. Martin §. 218. (207.) Thibaut §. 1187.

S. R. Pufendorf ll. obs. 105.

B. R. Cod. iud. cap. 12. §. 3. Nr. 2. Krüll §. 437. Mündler §. 441.

Zu §. 140. G. R. Bayer S. 334. Danz §. 244. v. Gönner Handb. IV. S. 41. u. 317. v. Grolman §. 229.

gung (demonstratio) [1]) verſchieden, — ein unvollſtändiger Beweis, welcher weniger, als eine halbe Probe (§. 97.), beträgt [2]).

Linde §. 237. Martin §. 136. (126.) Thibaut. §. 1188.

S. R. Oeſtze Anl. §. 175.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 2. Anm. S. 307. lit. d. Krüll §. 323,

1) Bloße Beſcheinigung iſt hinreichend zu Begründung eines mandati sine clausula, Cod. iud. cap. 5. §. 7. bey zeitigen Prolongationsgeſuchen (§. 83.) ib. cap. 6. §. 16. Nr. 5., bey Arreſtgeſuchen (§. 182) cap. 8. §. 6. Nr. 3. bey der Reſtitution gegen den Ablauf der Appellations-Fatalien (§. 171.) cap. 14. §. 6. Nr. 5. — B. Kreitmayr in den Anm. S. 308. lit. d. rechnet dahin auch Cod. ind. cap. 5. §. 11. Nr. 7. von den Entſchuldigungs-Urſachen bey dem Ungehorſam, cap. 6. §. 6. von dilatoriſchen Einreden, cap. 8. §. 4. Nr. 2. von der Intervention, und v. Gönner Comm. S. 147. das cap. 1. (ſoll heißen 4.) §. 5. von der prov. ex L. diff. — wo aber überall der Ausdruck: „summarie beweiſen" gebraucht iſt. Das Civilrecht fügt hinzu die Nachweiſung der Eigenſchafft eines Guts im ehelichen Verhältniß. Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 23. S. 305. — Die Nachweiſung der Erforderniſſe einer Exhibitionsklage. Cod. civ. II. 2. §. 12. Nr. 1. Anm. S. 880. 881. des iuris realis als Erforderniß der Gränzſcheidungsklage. Anm. zu Cod. civ. II. 2. §. 13. S. 886. der Pertinentien, die proximae et legales ſind II. 2. §. 14. S. 915. — ehedem auch eines pignus legalis II. 6. §. 23. S. 425. — das Intereſſe bey der Zulaſſung zum Schätzungseid wegen unbefugter Caſſation eines letzten Willen. III. 3. §. 27. S. 425.

2) „Iſt die Sach von geringeren oder leicht wiederbringlichen Präjudiz, ſo giebt auch die Vernunft, daß man keinen ſo ſtarken oder legalen Beweis fordert, ſondern ſich mit halber Prob oder geſtalten Dingen nach gar mit bloßer Beſcheinigung begnügen läßt." Anm. S. 308. lit. d. — Beyſpiel bloßer Beſcheinigungs-Mittel ſind die von

Vierter Titel.

Das Verhältniß Dritter zu einem Rechtsſtreit.

§. 141.

Rechte und Pflichten Dritter.

Dritte können durch Nomination, Litis-Denuntiation und Abcitation in den Rechtsſtreit anderer hineingezogen werden (§. 223. 224.), oder durch Intervention (§. 225. 226.) freywillig in ſolchen eintreten. Sonſt erſtreckt ſich das rechtskräftige Urtheil (res iudicata) blos auf die ſtreitenden Theile und ihre Erben [1], auf einen Dritten nur, a. wenn er von einem der Parteyen erſt nach erhobenem Streit ſein Recht erwarb [2]; wenn er ein gemeinſchaftliches oder vorzügliches Recht an der ſtreitigen Sache, und von dem Streite gute Wiſſenſchaft hatte, und dennoch ſich deſſen nicht annahm [3];

Notarien, oder auch gerichtlich ohne Beobachtung der Vorſchriften des Cod. iud. cap. 11. §. 4. Nr. 2. vorgenommenen Vidimationen (§. 130.), welche nach Nr. 3. ebd. nie zur ganzen oder halben Probe hinreichen.

Zu §. 141. G. R. Danz §. 427. v. Glück Erl. V. S. 8. VI. S. 407. XII. S. 277. Linde §. 367. Martin §. 113. (110.) Thibaut §. 1189.

S. R. Kori §. 59. 66.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 11. Anm. S. 480. lit. c—g. Anm. zu Cod. civ. I. 8. §. 21. S. 634. II. 2. §. 6. S. 839. II. 2. §. 7. Nr. 5. S. 853. III. 10. §. 20. S. 754. IV. 1. §. 21. S. 81. Krüll §. 500.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 4. Anm. S. 480. lit. c. Cod. iud. cap. 4. §. 17. a. E.

2) ib. lit. d. e.

3) ib. lit. f. — Beyſpiele aus der L. 63. D. de re iudic. (XLII. 1.) und der dominus utilis bey dem Streite des

c. wenn die Sache mit einem rechtmäßigen Contradictor einmal ausgeſtritten wurde, und in Anſehung des Dritten die nämlichen, oder doch ſtärkere Urſachen obwalten [4]). Ein obſiegliches Appellations-Erkenntniß kommt nicht blos dem Appellanten, ſondern auch allen übrigen nicht appellirenden Litisconſorten, welche ſich nicht der Appellation ausdrücklich begeben haben, ſo weit zu Gut, als ſie eine caussa individua [5]), oder wenigſtens communis und zwar im letzten Fall gleiche, oder noch ſtärkere Gründe für ſich haben [6]).

---

dominus directus. Anm. S. 482. fg. Vergl. Cod. iud. cap. 8. §. 4. Nr. 4.

4) Z. B. bey Fideicomiß- und Lehn-Folgern, Emphyteuten, Grund- und Lehnherrn — nicht bey Litisconſorten und Mit-Erben, da jeder nur für ſeinen Theil legitimus contradictor iſt. Anm. S. 484. vergl. Cod. iud. cap. 15. §. 12 Nr. 10. — Von der Wirkung der Urtheile über eine quaestio status vergl. Cod. civ. I. c. 3. §. 4. cap. 4. §. 9.

5) d. i. wenn das Recht des einen mit dem des andern ſo verbunden iſt, daß es von dem einem ohne Theilnahme des andern nicht genoſſen werden kann. Anm. S. 545. lit. a.

6) Cod. iud. cap. 15. §. 12. Nr. 10. Anm. S. 528. lit. k.

Zweyte Abtheilung.

Beſonderer Theil.

Erſtes Kapitel.

Verfahren in erſter Inſtanz.

§. 142.

Verfahrungs-Arten.

Der Prozeß iſt nicht mehr ordentlicher (ordinarius) im Sinne der G. O. von 1753, ſondern das, den beſondern Prozeß-Arten gegenüberſtehende, ordentliche Verfahren iſt überall ein ſummariſches, im Gegenſatz des ältern ordentlichen mit articulirten Libellen. Dieſes jetzige ordentliche Verfahren iſt immer ein ſchriftliches, im Gegenſatz des ganz mündlichen (§. 63.); allein es iſt theils ein ſchriftliches, im engern Sinn, durch Parteyſchriften verhandelt, theils ein protocollariſches (mündliches zu Protocoll). Das erſtere bildet die Regel für Obergerichte, welche als erſte Inſtanz (§. 29.) verfahren, das letztere die Regel für alle Un-

---

Zu §. 142. **G. R.** Bayer S. 208. Danz §. 60. v. Grolman §. 77. Linde §. 145. Martin §. 123. (119.) Thibaut §. 1190.

S. R. Kori §. 76.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 2. 3. Anm. zu Cod. civ. V. 19. §. 42. S. 1475. Krüll §. 95. f.

tergerichte [1]). Von dieſer Regel findet a. in den Gegenſtänden, welche die G. O. zum summarissimo verweiſet, gar keine [2]), b. in den übrigen nur dann eine Ausnahme ſtatt, wenn entweder beyde Theile in das ſchriftliche Verfahren einwilligen [3]), oder wegen Wichtigkeit [4]) der Sache der Richter von Amtswegen (§. 70.) oder auf Verlangen eines Theils ſolches anordnet [5]). Auch in wichtigen Sachen kann auf Verlangen beyder Theile ein mündliches (protocollariſches) Verfahren ſtatt finden [6]). Jedes Verfahren bleibt in erſter Inſtanz vor ein und demſelben Gericht, und beginnt mit der Klage (§. 87. u. 143.)

---

1) Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. 1. (Beyl. S. 4.) — v. Gönner Comm. S. 2. fg.

2) v. Gönner a. a. O. S. 20. Nr. 4.

3) Dieſe Einwilligung muß durch ausdrückliches Verlangen geſchehen, und zwar von den Betheiligten, den Parteyen ſelbſt, nicht von Anwälten allein, für welche deshalb eine allgemeine Vollmacht, ſelbſt wenn ſie mit der Clauſel verſehen iſt, daß ſie ſich auf die, eine beſondere Vollmacht erfordernden, Handlungen erſtrecke, zur Zulaſſung des ſchriftlichen Verfahrens nicht hinreicht. v. Gönner a. a. O. S. 21. Strafe der Gerichtsperſonen und Anwälte, welche eine vorſchriftswidrige Verhandlung einleiten. Geſ. v. 1819. §. 4. Beyl. S. 5.

4) Die Wichtigkeit ſoll nicht aus dem Betrag allein beurtheilt werden. ebd. S. 22.

5) Durch eine proceßleitende Verfügung, welche kein Erkenntniß über die Proceß-Art (§. 7. Nr. 4. §. 63. Nr. 3.) iſt, und daher auch keine Appellation zuläßt. v. Gönner a. a. O. S. 23. u. 27. vergl. Geſ. 1819. §. 19. Nr. 4. (Beyl. S. 14.)

6) Geſetz §. 1. Abſ. 2. v. Gönner S. 28. Nr. 9.

§. 143.

Klage.

Die Klage (§. 87.) kann im protocollariſchen Verfahren der Untergerichte ſchriftlich oder mündlich angebracht [1]) (angemeldet) [2]) werden, muß aber im Verfahren der Obergerichte, als erſte Inſtanz, (§. 29. u. 87.) ſchriftlich überreicht werden [3]).

Zu §. 143. **G. R.** Bayer S. 211. Danz §. 60. 89. Martin §. 143—149. (133—139.) Thibaut §. 1191. vergl. oben zu §. 87.

S. R. Kori §. 62.

B. R. Cod. iud. cap. 4. Anm. S. 180. Krüll §. 168.

1) Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. 2. (Beyl. S. 4.) v. Gönner Comm. S. 29. fg.

2) Die Klage wird angemeldet, nach v. Gönner Comm. S. 30. lit. b., wenn ſie nicht ſchriftlich überreicht, ſondern mündlich angebracht wird. — Dieſer Sinn iſt abweichend von dem gewöhnlichen Sprach-Gebrauch, wonach dasjenige angemeldet wird, was noch nicht wirklich gegenwärtig iſt, und erſt kommen ſoll; auch von der Geſetzſprache der preuß. A. G. O. Th. I. tit. 4. und 5., welche die Anmeldung der Klage, — vorläufige Anzeige, daß, gegen wen, und warum im Allgemeinen man klagen will, — von der protocollariſchen Aufnahme der Klage unterſcheidet. Deshalb wohl verfügten manche bayeriſche Gerichte auf eigentlich bloße Klaganmeldung, „nach angemeldeter Klage," ſogleich die Inſtruction der Sache, nach §. 2. d. Geſ., ehe noch eine Klage wirklich zu Protokoll genommen iſt, — aber nach S. 30. des Commentars, offenbar unzeitig und unrichtig, wie ſich gewöhnlich erſt dann ergiebt, wenn in dem angeſetzten Termin der Beklagte ausbleibt, dem man dann das Präjudiz der abgeläugneten (noch nicht exiſtirenden) Klage unmöglich ſetzen kann.

§. 144.

Ungehorſam des Klägers.

Der Ungehorſam des Klägers wurde ehedem [1]) dadurch geſtraft, daß man entweder dieſen zu Fortſetzung der Klage nicht eher zuließ, ehe er nicht die dem Beklagten verurſachte Koſten erſezte, und eine Caution (§. 216.) über die Fortſetzung des Streites leiſtete, oder daß man den Beklagten zum Beweiſe ſeiner Einreden ließ, und nach deſſen Vollführung den Beklagten von der Klage entband, den Kläger aber in die Koſten verurtheilte, oder den Kläger zu Stellung oder Fortſetzung der Klage ex L. diff. bey Vermeidung ewigen Stillſchweigens (§. 185.) aufforderte. Alle dieſe Fälle fanden nur in dem ehemaligen Ordinario (§. 7. u. 142.) ſtatt, und ceſſiren in dem jetzigen gewöhnlichen Verfahren (in summario), weil der Beklagte nicht eher vorgeladen werden ſoll [2]), ehe nicht der Kläger ſeine Klage übergeben, oder angebracht hat (§. 143.); ſo daß nur von den Folgen des Ungehorſams bey der Replik (§. 94. 148.) des Klägers die Rede ſeyn kann.

---

3) Cod. iud. cap. 4. §. 10. — v. Gönner Comm. S. 16. Nr. 1.

Zu §. 144. **G. R.** Bayer S. 286. Danz §. 472. v. Grolman §. 179. Linde §. 230. Martin §. 166. (156.) Thibaut §. 1192.

S. R. Kori §. 72.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 10. Nr. 5. Kräll §. 211.

1) Anm. S. 225. lit. e.

2) Eine merkwürdige Beſtätigung deſſen, was §. 143. Note 2. von der bloßen Anmeldung der Klage geſagt wurde.

§. 145. a.

Verfügung des Richters auf die Klage.

Der Richter iſt verpflichtet und befugt, die Klage zu prüfen, und wenn ſich weſentliche Mängel in derſelben finden, oder wenn ſie nach gewiſſen geſetzlichen Verhältniſſen ſchon an ſich unzuläſſig iſt, ſie zurückzuweiſen [1]) (§. 70. u. 87.). Beſondere Bedingung für die Zulaſſung einer Klage gegen den k. Fiskus iſt die Nachweiſung, daß der Kläger ſich an die vorgeſetzte fiscaliſche Behörde gewendet habe, und von derſelben abſchlägig beſchieden worden ſey [2]). Derjenige, welcher ſich durch den k. Fiscus an ſeinen Rechten gekränkt glaubt, iſt jedoch bloß verbunden, vor der gerichtlichen Verfolgung ſeines Rechts wegen Abſtellung der Be-

---

Zu §. 145 a. **G. R.** Bayer S. 228. Danz §. 90. 92. v. Grolman §. 123. 125. 126. Linde §. 198. Martin §. 150. 151. (140. 141.) Thibaut §. 1193.

S. R. Kori §. 67.

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 17. u. cap. 5. §. 6. Anm. S. 210. 214. Krüll §. 183. 184. 191. 222.

1) Cod. iud. cap 4. §. 17. — und zwar ganz unbegründete gänzlich, oder wo das Geſuch auf das Thatverhältniß nicht paßt, angebrachtermaßen. „Die Gerichte haben dieſer Vorſchrift beſſer, wie bisher, zu genügen, und die Obergerichte, wo es nicht geſchehen, dieſes allemal ſtrenge zu ahnden.“ V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 2. (§. 77. a. 3.)

2) Die erſte Verordnung, welche dieſe Bedingung wenigſtens implicite ausſprach, war eine allgemeine Weiſung vom 4. Febr. 1809. an ſämmtliche Appellationsgerichte, welche verordnet: „daß, wenn Wir ſchon Unſern Unterthanen, Falls ſie ſich von den adminiſtrativen Unterbehörden an ihren Rechten gekränkt glauben und von der obern Adminiſtrativſtelle keine Abhülfe erlangen, es nicht verſagen, in Sachen, die

ſchwerde ſich an eine [3]) und zwar an die zunächſt competente obere Adminiſtrativ-Behörde zu wenden, und deren Entſchließung zu erholen, wobey aber, wenn dieſe Entſchließung binnen ſechs Wochen nicht erfolgt [4]), dieſelbe als abſchläglich angenommen, und die Einſchreitung im Rechtswege nicht mehr gehindert werden ſoll [5]). Iſt die Klage aber an ſich rechtsbeſtändig, ſo

---

zum Rechtswege ſich eignen, ſich zur Verfolgung ihres Rechts an die Gerichtshöfe zu wenden, und gegen Unſern Fiscus aufzutreten, doch in ſolchen Fällen eine adminiſtrative Unterbehörde weder als Kläger, noch als Beklagter vor Gericht ſtehen könne ꝛc." Rgbl. 1809. S. 1035. 1036. Sie wurde erſt durch Einſchaltung in eine andere V. v. 17. Juny 1809., die Correſpondenzform zwiſchen den Adminiſtrativ- und Gerichtsbehörden betr., ebd. S. 1033. f. im Regierungsblatt bekannt gemacht. Vgl. v. Gönner Comm. S. 122.

3) Geſetz vom 22. July 1810. §. 9. Beylage S. 9. Die frühere Verord. v. 4. Febr. 1809. wurde nämlich in einigen Gerichten dahin verſtanden, als ſey es nothwendig, vor der Klageſtellung erſt bey allen obern adminiſtrativen Behörden durch alle Inſtanzen bis zum Finanzminiſterium Abhülfe zu verlangen, und eine abſchlägliche Entſchließung erhalten zu haben. St. Verh. 1819. IV. S. 125. 196. 390. V. 101.

4) Deshalb haben die obern Adminiſtrativ-Behörden über dergleichen Vorſtellungen um Abſtellung der Beſchwerde der Betheiligten die Empfangſcheine unweigerlich und unentgeldlich auszufertigen. Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. cit. Beyl S. 10.

5) Was ſich nicht auf finanzielle Sachen beſchränkt, ſondern von allen adminiſtrativen Gegenſtänden gilt. v. Gönner Comm. S. 122. Nr. 6. — Da in ſolcher Art überall der Rechtsweg zuläſſig iſt, ſo haben auch die Gerichte in den von dem k. Fiscus vertretenen Sachen ſich aller directen Weiſungen an die adminiſtrativen Unterbehörden zu enthalten, und in dieſem Bezug iſt durch das Geſetz v.

wird ſie dem Beklagten zur Beantwortung mitgetheilt [6]). Dies geſchieht bey Obergerichten immer, und bey Untergerichten im Fall der Zuläſſigkeit eines ſchriftlichen Verfahrens (§. 143.) unter Beſtimmung einer Friſt zur Klagbeantwortung, auſſer dieſem Fall bey Untergerichten, wenn die Klage ſchriftlich übergeben wurde, unter Anſetzung eines Termins zur protocollariſchen ſchlüſſigen Verhandlung; wurde ſie zu Protocoll angebracht, (§. 143.) unter Vorladung beyder Theile auf einen Gerichtstag zu Inſtruction der Sache [7]). Auch ohne vorgängige Ladung können beyde Theile an einem Gerichtstage freywillig vor Gericht erſcheinen, und müſſen dann zur Inſtruction ihres Proceſſes zugelaſſen werden. [8])

1819. §. 9. in der V. v. 4. Febr. reſp. 17. Jun. 1809. nichts geändert. Dadurch werden aber die k. Appellations-Gerichte nicht gehindert, neben den richterlichen Weiſungen an die Fiscale (§. 54. b.) auch den obern Adminiſtrativbehörden im Correſpondenzwege die Mittheilungen zu machen, welche ſie der Sache für angemeſſen halten. v. Gönner a. a. O. S. 127.

6) Cod. iud. cap. 5. §. 6.

7) Geſ. v. 22. Jul. 1819. §. 2. (Beyl. S. 4.) In dieſem letzten Fall wird der Termin zur Inſtruction (ſchlüſſigen Verhandlung) dem Kläger ſogleich zum Protocoll bekannt gemacht, und der Beklagte auf denſelben vorgeladen, und zwar in der Regel unter Mittheilung einer Abſchrift des Anmeldungs- (d. i. Klagaufnahms-) Protocolls. v. Gönner Comm. S. 32. Nr. 3.

8) ebd. S. 34. N. 5. Anm. S. 215. lit. d.

§. 145. b.

Amts-Gewalt und Pflicht des Richters hinſichtlich der Eingaben und Verhandlungen überhaupt.

Da die Gerichtsordnung [1]) vorſchreibt, daß die Proceßſchriften und Protocollar-Verhandlungen die Geſchichte rein, deutlich, kurz und ohne Einmiſchung unnöthiger, zur Sache nicht gehöriger und nicht auszumittelnder Dinge enthalten, und in der Rechts-Ausführung dieſer Schriften jede weitläuftige Deduction bekannter Rechtsſätze, jede unrichtige Allegation und jede unnöthige Weitläuftigkeit vermieden werden ſoll, dieſe geſetzliche Vorſchrift aber nicht erfüllt werden kann, wenn ſich die Gerichte [2]), bey Inſtruction der Proceſſe, ganz paſſiv verhalten, ſo wurde den Gerichten neuerdings [3]) die geſetzliche Pflicht, dafür zu ſorgen, daß die Parteyen und Advocaten den obigen Geſetzen genügen, auf das ſtrengſte eingeſchärft. Vermöge dieſer Pflicht haben daher die Gerichte Schriften, welche jenen geſetzlichen Vorſchriften nicht gemäß ſind, unter beſtimmter Anführung des Fehlers zur Verbeſſerung zurückzugeben, und ſolche fehlerhafte Protocollar-Receſſe nicht zu geſtatten, auch, wo ſich Dunkelheiten oder Mängel finden, darauf zu bringen, daß dieſelben gehoben werden. Die Deſerviten für ſolche fehlerhafte Schriften

---

Zu §. 145. b. **G. S. u. B. R.** wie zu §. 145. a.

1) Cod. iud. cap. 4. §. 7. u. 12. cap. 6. §. 8.

2) „wie bisher meiſtens geſchehen.“ V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 1. (§. 77. a. 3.)

3) Durch eben allegirte Verordnung ſ. Note 2.

ſind zu ſtreichen, und die Advocaten ſind, nach Bewandtniß der Sache, unnachſichtlich zu ſtrafen. Gegen Gerichte, die hiebey ihre Pflicht verſäumen, iſt von den Obergerichten einzuſchreiten [4]).

§. 145. c.

Antwort des Beklagten.

Der Inhalt der Antwort des Beklagten richtet ſich nach den allgemeinen Grundſätzen des §. 90. Sie wird bey Obergerichten ſchriftlich als Parteyſchrift übergeben [1]), bey Untergerichten in der Regel zu Protocoll aufgenommen, kann aber auch in einem ſchriftlichen Receſſe überreicht werden. [2])

§. 146.

Einreden, insbeſondere proceßhindernde, präjudicielle und privilegirte.

Von der Verbindlichkeit, ſich in den Streit einzulaſſen (litis contestatio), und alle dilatoriſche und per-

---

4) ebd. Ueberhaupt ſollen die Decrete ſorgfältig abgefaßt werden, und die Obergerichte ſind angewieſen, wo ſie Nachläſſigkeiten bemerken, bey eigener Verantwortlichkeit mittelſt Strafen geeignet einzuſchreiten. ebd. Nr. 5.

Zu §. 145. c. **G. R.** Bayer S. 271. Danz §. 153 f. v. Grolman §. 170. f. Linde §. 201. Martin §. 153. (143.) Thibaut §. 1195.

S. R. Kori §. 76. f.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 6. n. cap. 6. §. 1. Anm. S. 214. 231.

1) Cod. iud. cap. 6. §. 8. Anm. S. 243.

2) v. Gönner Comm. S. 50. N. 3. ſ. oben §. 90. Note 10.

Zu §. 146. **G. R.** Bayer S. 234. 250. Danz §. 188. v.

emtoriſche Einreden auf einmal vorzubringen, befreyen bloß die in der G. O. Kap. 6. §. 2. a. E. u. §. 3. (§. 90.) genannten Einreden. A. Als proceßhindernd (litis ingressum impediens) kommt nur die Einrede des geendeten Streites (exc. litis finitae) vor, welche jedoch die Fälle der Rechtskraft (rei iudicatae), b. des Vergleichs (rei transactae), mit Einſchluß des Compromiſſes (§. 13.), c. der Entſagung (Litisdeſiſtenz, r. renunciatae) und d. der Verjährung (r. praescriptae) umfaßt [1]); und die Bedingung ihrer Wirkſamkeit iſt, daß ſie aus gerichtlichen Acten, oder ſonſt durch Urkunden ohne weitläuftigen Beweis gleich auf der Stelle dargethan werden könne [2]). B. Als präjudicielle Ein-

---

Grolman §. 245. Linde §. 226. Martin §. 97. 155. 174. 269. (94. 145. 174. 258.) Thibaut §. 1194.

S. R. Kori §. 67. 78. 84.

P. R. Cod. iud. cap. 6. §. 2. 3. Moritz Nov. z. G. O. IV. S. 5. u. 175. Krüll §. 226. f. Mündler §. 181. f.

1) Anm. S. 237. lit. c. — v. Gönner Comm. S. 57. findet hierin einen zweckmäßigen Mittelweg zwiſchen der Begünſtigung der einzigen exc. lit. fin. und zwiſchen der Ausdehnung des Begriffs der exc. lit. ingr. imp. auf alle zerſtörlichen Einreden, die auf der Stelle liquid ſind. (Wohl ſehr abweichend von der ſchönen und gründlichen Darſtellung der wahren Natur proceßhindernder Einreden — als eines umgewandten Executiv-Proceſſes — in ebendeſſelben Handb. IV. Abſ. 78. S. 215. f.)

2) Cod. iud. l. c. Nr. 2. In dem Ausdruck „briefliche Urkunden" dieſer Stelle ſoll, nach v. Gönner Comm. S. 57., noch etwas eigenes liegen und nicht auf Urkunden überhaupt, ſondern nur auf ſolche, welche ohne weitläuftigen Beweis (Recognition, Diffeſſion, Schriftenvergleichung u.

reden (§. 90. Nr. 8.) betrachtet das Geſetz diejenigen, welche nach richterlichem Ermeſſen eine vorläufige Erörterung vor andern erfordern [3]. C. Privilegirte Einreden, d. i. ſolche, welche auch noch in der Executions=Inſtanz (§. 176.) zugelaſſen werden, ſind diejenigen, welche die Art und die Ordnung der Vollſtreckung (modum et ordinem executionis) betreffen [4].

---

d.) gelten, paſſen; wobey der Comm. bedauert, daß die Annotationen ſich nicht näher darüber erklären. Jene Beſchränkung liegt jedoch wohl nur in dem Beyſatz: „ohne weitläufigen Beweis.“ nicht in dem Wort: „briefliche;“ denn, daß darunter das Geſetz und B. Kreitmayr nur ſchriftliche Inſtrumente, im Gegenſatz des weiteren gemeinrechtlichen Begriffs von Instrumentis nach L. 1. D. de fid. instr., (XXII. 4.) welche auch Zeugen u. a. bedeuten, verſtehe, iſt wörtlich und deutlich erklärt in den Anm. S. 372. lit. a. zu Cod. iud. c. 11. §. 1.

3) Kreitmayr Anm. S. 238. lit. d. fügt zu den Worten: „naturam praeiudicii“ hinzu: „denn dieſe ſeynd von einer ſolchen Beſchaffenheit, daß ſie allzeit (und nicht blos zuweilen v. Gönner Comm. S. 60.) eine vorläufige Erörterung erfordern, L. fin. C. de ord. cogn., inſonderheit gehören jene Exceptiones hieher, welche quaestionem status oder legitimationis personae in ſich enthalten.“ Daher nimmt v. Gönner a. a. O. als Charakter der Präjudicialität an, daß ſolche Einreden analog mit den Präjudicialfragen de statu eine Eigenſchaft (qualitas) einer Perſon, oder Sache (res) betreffen, aus welcher der klagbar gemachte Anſpruch als Folge abgeleitet, oder welche als Bedingung jenes Anſpruchs angeſehen wird, daher allzeit eine vorläufige Erörterung fordert.

4) Cod. iud. c. 18. §. 8. Nr. 1. — Anm. S. 593. Geſ. vom 22. Jul. 1819. §. 51. (Beyl. S. 21.). v. Gönner Comm. S. 417. f. — In einem andern Sinne nennt B. Kreitmayr die proceßhindernden Einreden privilegiatas unter

§. 147.

Ungehorſam des Beklagten.

Läßt der Beklagte den zur Klagbeantwortung geſetzten Termin vorübergehen, onhe zu erſcheinen oder zu antworten, ſo tritt die allgemeine Folge des Ungehorſams, Koſtentragung [1], und, auf weiteres Anrufen des Klägers [2], die Folge der fingirten negativen Litis-Conteſtation, mit dem Verluſt aller Einreden ein (§. 83).

§. 148.

Schluß-Verfahren.

In dem ſchriftlichen, wie in dem protocollariſchen Verfahren folgt auf die Exception der Replik- und der Duplik-Satz (§. 94.); in dem ſchriftlichen durch

---

Bezug auf Mev. Dec. III. 225. Nr. 2. Anm. S. 237. lit. c.

Zu §. 147. **G. R.** Bayer S. 275. Danz §. 473. v. Grolman §. 175. Linde §. 230. Martin §. 162 (152.) Thibaut §. 1195.

S. R. Kori §. 73.

B. R. Cod. iud. cap. 5. §. 10. Anm. S. 223. Geſetz vom 22. Juli 1819. §. 6. Beyl. S. 7. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 183. Krüll §. 212.

1) ſ. §. 83. Note 5.

2) ebd. Note 10. — v. Gönner Comm. S. 64. lit. c.

Zu §. 148. **G. R.** Bayer S. 272. Danz §. 197 f. v. Grolman §. 177 f. Linde §. 214—219. Martin §. 163—168. (153—158.) Thibaut §. 1196.

S. R. Kori §. 76. 86.

B. R. Cod. iud. cap. 6. §. 12 f. Anm. S. 249. Nov. z. G. O. S. 241. Krüll §. 248—261. Mündler §. 243—258.

Ertheilung von Terminen zur Replik und Duplik [1]), in dem protocollariſchen durch Verbindung der vier Sätze in dem Inſtructions-Protocoll [2]); vorausgeſetzt nämlich, daß nicht hinreichende Gründe ſeyen, das Verfahren ſchon mit der Exception oder wenigſtens mit der Replik zu ſchlieſſen (§. 94) [3]). In dem Inſtructions-Protocoll bezieht ſich der Kläger zuerſt auf die ſchon ſchriftlich übergebene oder zu Protocoll aufgenommene Klage (§. 143.) [4]). Dann folgt die Exception in einem ſchriftlich übergebenen oder dictirten Receß (§. 90. 145 c.). Kommen hierin neue Thatſachen vor, welche weitere Nachforſchung und Erkundigung wahrſcheinlich nöthig machen, ſo kann, auf Verlangen des

---

1) Cod. iud. cap. 6. §. 11. 15. 16.

2) v. Gönner Comm. S. 47. Nr. 1.

3) „Da nach der bisherigen Wahrnehmung die Verhandlungen faſt niemals mit der Exception oder Replik geſchloſſen werden, wenn die Klage oder die Einreden zugeſtanden ſind, oder das Factum keiner weitern Aufklärung mehr bedarf, ſo wird den Gerichten die Beobachtung der §§. 11. u. 15. cap. 6. Cod. iud. eingeſchärft, und die Obergerichte haben hierüber zu wachen.“ V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 3. (§. 77 a. 3.)

4) Es iſt ihm unbenommen, daran noch etwas zu ändern (§. 93), nur kann er im Fall ſolcher Aenderung, von welcher Art ſie auch ſey, gegen den ausgebliebenen Beklagten, nicht wegen Ungehorſams vorſchreiten laſſen. v. Gönner S. 49. lit. d. Iſt aber der Beklagte im Termin erſchienen, ſo iſt er ſchuldig, ſich auf alle unweſentliche Verbeſſerungen, Ergänzungen und Erläuterungen an Thatumſtänden und am Petitum, ſo wie auf die Aenderung des bloßen Petitums, nicht aber ſchuldig, ſich auf weſentliche Abänderung des Klagegrundes oder ſeiner Hauptumſtände einzulaſſen, ebd. S. 48. lit. a—c.

Klägers ein neuer Termin zur ſchlüſſigen Inſtruction unter Vorladung beyder Theile angeſetzt werden; verlangt der Beklagte unter denſelben Verhältniſſen einen Termin zur Duplik, ſo wird der Tag beſtimmt, in welchem er dieſe entweder zu Protocoll zu dictiren, oder den ſchriftlichen Duplik-Receß zu Protocoll zu übergeben hat [5]). In dieſen Sätzen wird die nöthige Rechtsausführung mit dem factiſchen Vortrag, [6]) allenfalls auch mit dem Beweisantritt (§. 158.) [7]) verbunden. Wenn Perſonen, welche der Rechte nicht kundig ſind, ohne Rechtsbeyſtand (§. 44.) ihre Sache verhandeln, ſo ſoll der Richter ſich beſtreben, daß das Factum des Streites, und dasjenige, was jeder Theil von dem andern verlangt, vollſtändig und genau aufgenommen, der Streitpunkt richtig geſtellt, und alles gebührend aufgeklärt werde, was zu Entſcheidung des Streites erfordert wird [8]). Die hiedurch erlangte vollſtändige Ueberſicht der ganzen Sache giebt zugleich dem Inſtruenten die erforderliche Vorbereitung [9]) und die

5) Wovon alsdann der Kläger Abſchrift zur Nachricht erhält, ebd. S. 51. Nr. 5. 6.

6) ebd. S. 51 f.

7) ebd. S. 62. Nr. 9.

8) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 4. (Beyl. S. 5.) — Von der Ausübung des richterlichen Amtes hierbey ſ. W. H. Puchta die Gränzen des Richter-Amtes. Nürnberg 1819. v. Gönner Comm. S. 65—72. — Vergl. die Vorſchriften der pr. A. G. O. Th. I. Tit. 19. §. 20—31 b. von der Regulirung des status caussae et controversiae.

9) Vergl. pr. A. G. O. I. 10. §. 58 a. 11. §. 1.

beſte Gelegenheit zu einem nochmaligen zweckmäßigen Verſuch der Güte [10]).

§. 149.

Beweis-Verfahren.

Nach geſchloſſener ſchriftlicher oder protocollariſcher Inſtruction der Sache in den vier Sätzen (§. 87. 90.

10) „Das Geſetz §. 1. Nr. 2. cap. 17. Cod. iud. gebietet, daß die Gerichte den Vergleich in allen geringfügigen, in allen zweifelhaften Sachen, ſo wie in allen denjenigen, wo es daran gelegen iſt, daß kein Proceß entſtehe (oder ohne Noth fortgeſetzt werde), mit allem möglichen Fleiße verſuchen ſollen, u. die Gerichte werden daher angewieſen, hiebey mehr, als bisher, ſelbſtthätig einzuwirken, ſo wie von der Befugniß des §. 6. cap. 7. u. §. 1. cap. 17. et in notis, die Parteyen ſelbſt vorzuladen, und die den Vergleich hindernden Advocaten nach §. 1. Nr. 15. cap. 17. zu ſtrafen, den für das Beſte der Parteyen ſo wohlthätigen Gebrauch zu machen." V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 4. (§. 77 a. 3), wobey aber der aufmerkſame und das Beſte der Parteyen redlich bedenkende Richter und Inſtruent auch nicht unterlaſſen wird, in ſolchen, obgleich ſeltenen Fällen, wo er bemerkt, daß beſonders bey ſelbſt rechtsverſtändigen und im Staatsdienſt befindlichen Parteyen gerade in dieſer Eigenſchaft ein Hinderniß der Vereinigung mit ihren Gegnern oder den Anwälten liegt, umgekehrt, nicht die Entfernung, ſondern die Zuziehung eines rechtlichen und einſichtsvollen Anwalts zu veranlaſſen.

Zu §. 149. **G. R.** Bayer S. 415. 422. 425. Danz §. 291 f. v. Grolman §. 188 f. Linde §. 249 f. Martin §. 185 f. (175.) Thibaut §. 1197.

S. R. Kori §. 95.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 4. Anm. S. 511. Nov. z. G. O. S. 253. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 206—209. III. S. 191—193. Krüll §. 323. 324. Mündler §. 466—523.

94. 148.) erwarten die Theile, welche über Thatſachen nicht einig ſind (§. 95.), in der Regel den richterlichen Beweis-Auftrag, den Zwiſchenbeſcheid (Interlocut) (§. 69.) über Beweisſatz (§. 95.) und Beweislaſt (§. 99.) [1]. Das Verfahren in der Beweis-Inſtanz läßt ſich A. in den Beweis-Antritt, B. in die Beweis-Ausführung, und C. in die Beweis-Deduction eintheilen. Jedoch unterſcheidet die G. O. zwiſchen dem ordentlichen und ſummariſchen Beweiſe [2]) und das Geſetz von 1819 hat dieſen Unterſchied nicht ganz aufgehoben [3]). Nur

1) Cod. iud. cap. 6. §. 11. cap. 9. §. 6.

2) S. die hiſtoriſche Erörterung über den Urſprung dieſer Eintheilung in v. Gönner Comm. S, 151—166.

3) Dieſer Unterſchied I. beruhte nach dem Cod. iud. v. 1753. A. theils auf den Beweismitteln; a) Beweis durch Urkunden, Augenſchein, Eid und dergleichen kurze Probmittel. war immer nur ſummariſch und wurde ohne Artikel, Reſponſionen und Disputirſätze geführt; Cod. iud. cap. 9. §. 5. — b) Beweis durch Zeugen in der Regel ein ordentlicher, d. i. mit Artikeln, Reſponſionen, Relevanzſprüchen, Zeugen-Publicationen und Disputirſätzen verbunden. Cod. iud. c. 9. §. 4. 6—10. — B. theils auf der Art des Beweis-Antritts, jedoch nur bey dem Beweis durch Zeugen. Bey dieſem AA. mußte der Beweis ſummariſch ohne Reſponſion u. ſ. w. geführt werden in caussis summarissimis nach cap. 3. §. 3. und cap. 10. §. 3. Nr. 9 BB. in allen andern Sachen nicht ohne Bewilligung beyder Theile. ebd. Trat daher a) der Producent Beweis durch Zeugen ordentlich (d. i. mit Artikeln, ohne Zeugenbenennung und Directorium, Cod. iud. c. 9. §. 4. Nr. 1) an, ſo mußte der Producent dieſem Weg folgen, alſo auf die Artikel reſpondiren, ib. c. 9. §. 7.; — b) trat Producent

bey erſterm kommen dieſe drey Theile, bey dem letzten nur die zwey erſten vor.

---

ihn ſummariſch (d. i. durch Artikel mit Hinzufügung der Zeugen = Benennung und des Directoriums, Cod. iud. cap. 10. §. 3. Nr. 1.) an, ſo hieng es von der Einwilligung des Gegners ab, ob es bey dem ſummariſchen Wege bleiben, oder der ordentliche eingeſchlagen werden ſolle; deshalb wurde eine ſolche ſummariſche Beweisantretung dem Gegner „zur Nachricht und allenfallſigen Gegenbeweis binnen 14 Tagen, oder, wenn er den Beweis in ordinario geführt wiſſen wolle, zur Reſponſion binnen 30 Tagen“ mitgetheilt. Verfloſſen die 14 Tage, ſo war dadurch der Gegenbeweis noch nicht deſert, ſondern die Folge, daß man annahm, der Produkt fordere das ordinarium. Nach verfloſſenen 30 Tagen wurden aber die Artikel für eingeſtanden erachtet. Cod. iud. cap. 9. §. 7. Nr. 5. — Reſpondirte Product auf die einzelnen Artikel förmlich, ſo wurde nun über die Relevanz (Erheblichkeit) der Artikel, mit Vorbehalt der Appellation und Reviſion, geſprochen, entweder durch Verwerfung der unerheblichen impertinenten, und unzuläßigen, oder durch unbedingte, oder bedingte (salvo iure) Zulaſſung. Nach eingetretener Rechtskraft dieſes Relevanzſpruchs erſt übergab Articulant die Zeugenbenennung (denominatio testium) nebſt der Andeutung, wie ſie zu vernehmen ſeyen (directorium), die Zeugen und die Parteyen (ad videndum et audiendum iurare testes) wurden vorgeladen, erſtere beeidet und verhört, dann die Zeugen = Ausſagen verſchloſſen ad conservatorium gelegt, und erſt, auf Anrufen der Theile, publicirt, dann den Parteyen die Einreichung von Disputirſätzen geſtattet. Cod. iud. cap. 9. §. 4. 7—10. cap. 10. §. 1. 16. 18. Daſſelbe Verfahren trat ein bey Additional = und Superadditional = Artikeln, welche vor dem Zeugen = Verhör zuläßig waren, ſo wie vor der Publication der Zeugen = Ausſagen auch noch der Vorſchlag neuer Zeugen geſtattet wurde. Cod. iud. cap. 9. §. 6. Nr. 3. 4. cap. 10. §. 19. — II.

§. 150.

Beweis-Antritt.

A. Derjenige, dem durch richterliches Urtheil (Interlocut) der Beweis auferlegt iſt, iſt bey Strafe

---

Durch das Geſetz von 1819. Abſchn. VII. §. 11 fg. (Beyl. S. 10 f.) iſt der Unterſchied zwiſchen ordentlichem oder ſummariſchem Beweis A. aufgehoben, in ſo weit er auf das Verfahren bey dem Zeugenbeweiſe mit Reſponſionen und Relevanzſprüchen, und andere damit in Verbindung ſtehende Dispoſitionen gebaut war. Cod. iud. cap. 9. §. 4. und cap. 10. §. 3. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 11. (Beyl. S. 10.) — v. Gönner Comm. S. 169. 288; B. beybehalten aber iſt er, insofern bey dem ordentlichen Beweiſe durch Zeugen noch jetzt Vorladung der Theile zur Beeidung, Frageſtücke, Eröffnung der Zeugen-Ausſagen und Deductionen ſtatt finden, bey dem ſummariſchen aber wegfallen; denn das Geſetz von 1819 beſtimmt AA. über das Verfahren bey Beeidung der Zeugen nichts, — läßt es alſo bey der G. O., welche nur im ordentlichen Beweiſe durch Zeugen die Vorladung der Theile a) ad videndum et audiendum iurare testes und b) ad dandum interrogatoria anordnet. Cod. iud. cap. 9. §. 4. Nr. 3. cap. 10. §. 3. Nr. 3. v. Gönner Comm. S. 185. Nr. 1. S. 189. Nr. 8. und unterſcheidet auch BB. im §. 15. Abſ. 2. a. E. beyder Befugniß der Theile, über die Beweisführung eine Deduction zu übergeben, durch die Worte: „Vorbehaltlich deſſen, was die G. O. Kap. 10. §. 3. vom ſummariſchen Beweiſe durch Zeugen verordnet", weil dieſe Stelle bey dem ſummariſchen Zeugenbeweiſe einen Schriftenwechſel (Deduction) nicht geſtattet. Cod. iud. cap. 10. §. 3. Nr. 4. — CC. Endlich inſofern daſſelbe Geſetz §. 13. Abſ. 1. (Beyl. S. 11.) hinſichtlich des Beweis-Antritts durch Augenſchein, Sachverſtändige, Urkunden und Eideszuſchiebung auf die Beſtimmungen der G. O. (cap. 9. §. 4.) verweiſet. Vergl. v. Gönner Comm. S. 203.

Zu §. 150. **G. R.** Bayer S. 416. 445. 447. 450. 452.

der Deſertion verbunden, den Beweis innerhalb des angeſetzten Termins anzutreten, und alle ſeine Beweis-Mittel unter dem Rechtsnachtheile, daß er ſich derjenigen, welche er anzugeben unterlaſſen hat, in der Folge nicht mehr bedienen darf, zu benennen [1]). Der Beweis durch Augenſchein, Sachverſtändige, Urkunden und Eideszuſchiebung wird ohne Artikel, der Zeugen-Beweis durch Benennung der Zeugen mit Beweis-Artikeln und der Bezeichnung, über welchen Artikel jeder Zeuge zu vernehmen ſey (denominatio testium cum articulis et directorio), angetreten [2]).

Danz §. 291. b. f. v. Grolman §. 188. Linde §. 249. Martin §. 187. (176.) Thibaut §. 1198.

S. R. Kori §. 99 f. Oeltze Anl. §. 176.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 6. Anm. S. 312. Geſetz vom 22. Juli 1819. §. 12 f. Beyl. S. 11. Nov. z. G. O. S. 253. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 206. III. S. 191—193. Krüll §. 525. Mündler §. 468 f.

1) Geſetz v. 22. Juli 1819. §. 13. Abſ. 1. (Beyl. S. 11.) Die Ausnahmen ſ. §. 151. Note 4.

2) Alſo nicht mehr articuli cum denominatione testium et directorio, d. h. nicht die Artikel, ſondern die Zeugenbenennung iſt jetzt Hauptſache. v. Gönner Comm. S. 177. Von dem ehemaligen Werth der Artikel ſ. ebd. S. 167 f. — „Die Artikel ſind (jetzt) nichts als eine Formalität, in welcher die Umſtände, welche durch Zeugen dargethan und worüber dieſe vernommen werden ſollen, angezeigt werden, die Benennung der Zeugen und die Anzeige der Umſtände, worüber ſie ausſagen ſollen, ſind weſentlich, die Form, in welcher dieſe Umſtände angezeigt werden, ob es in einzelnen abgeriſſenen Sätzen, ob es mit den Worten: „Ja und wahr", ob es in einfachen Angaben der Umſtände geſchieht, dieſes iſt unweſentlich, und kann auf die Gültigkeit des Beweis-Antritts, von welchem die Ein-

§. 151.

Beweis-Friſt.

Der Antritt des Beweiſes muß in dem Termin geſchehen, welchen der Richter im Beweis-Interlocut beſtimmt [1]). Der gewöhnliche beträgt 30 Tage [2]). Für den Antritt des Gegenbeweiſes beſtimmt das Geſetz dieſe 30 Tage von Mittheilung des Beweis-Antrittes an gerechnet [3]). Die Wirkung der Nichtbeobachtung dieſer Friſten iſt, wenn der Beweis oder Gegenbeweis gar nicht angetreten wird, Deſertion deſſelben; wenn die Angabe einzelner Beweis- oder Gegenbeweismittel

---

haltung des Beweis-Termins abhängt, keinen Einfluß haben." v. Gönner Comm. S. 179. Daher iſt es auch jetzt zuläßig, daß der Richter durch zweckmäßige Fragſtücke (§. 153. 6.) den Zeugen zu beſtimmten Angaben über die für den Beweis weſentlichen Umſtände veranlaſſe, und er ſoll ihn, wenn er davon eine zuſammenhängende Erzählung machen will, nicht unterbrechen, ebd. S. 180 f.

Zu §. 151. **G. R.** Bayer S. 416. 421. Danz §. 261 f. v. Grolman §. 186. Linde §. 243. Martin §. 183. 184. Thibaut §. 1998.

S. R. Kori §. 96. 97.

B. R. Cod. iud. cap 9. §. 11. Anm. S. 317. Nov. z. G. O. S. 253. 254. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 191. Krüll §. 530. Mündler §. 468.

1) Cod. iud. cap. 9. §. 6. Nr. 1.

2) ib. §. 11. — Denſelben Zeitraum umfaſſen die Fatalien der Appellation gegen ein Beweis-Interlocut für jeden Theil. Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 6. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 22. (Beyl. S. 15.) — Vergl. R. v. 25. Juni 1756. Nov. z. G. O. I. S. 255.

3) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. Abſ. 2. (Beyl. S. 11.)

unterlaſſen wird, Verluſt des Rechts, ſich derſelben zu bedienen [4]). Die Beweis- und Gegenbeweisfriſt kann auf Verlangen der Theile aus erheblichen und gehörig beſcheinigten [5]) Urſachen verlängert werden, wobey der weitere Termin immer vom Ausgang des vorigen an gerechnet wird [6]).

§. 152.

Beſſerung des Beweiſes.

Die ehemals zuläſſigen Additional- und Superadditional-Artikel, ſo wie der ſpätere Vorſchlag anderer

---

4) ebd. Ausgenommen von dieſer Wirkung ſind I. einzelne Arten von Beweismitteln, nämlich a) der Augenſchein (§. 125. a.), b) die Calculation (125. b.), weil beide auf einer evidentia facti beruhen; c) das Erbieten zum Ergänzungs-Eide (§. 117. n. A. Note 1.), weil dadurch der Beweis nicht angetreten wird (?). v. Gönner Comm. S. 172. — Dagegen muß d) die Eideslation innerhalb des Beweis-Termins wenigſtens eventuell geſchehen. ebd. S. 173. (§. 115. N. 14.), und e) auch der Schätzungs-Eid (§. 118. a.) muß bey dem Beweisantritt verlangt werden, die Unterlaſſung dieſes Verlangens wirket aber nicht Deſertion des Beweiſes, ſondern nur, daß der Richter den Werth der Sache von Amtswegen beſtimme, ebd. S. 172. lit. b. Anm. S. 447. lit. i. — II. Diejenigen Beweismittel, welche a) der Beweisführer erſt nach dem Beweisantritt entdeckt, b) oder wegen des unverſchuldeten Verluſtes ſchon gewählter Beweismittel, z. B. durch den Tod eines Zeugen oder des Delaten u. d. — c) oder endlich nach der dem Deferenten in Cod. iud. cap. 13. §. 2. Nr. 5. ertheilten Befugniß, den deferirten Eid vor deſſen Annahme oder Zurückſchiebung zu widerrufen (§. 116. N. 2.), ſpäter zu Hülfe nimmt. v. Gönner Comm. S. 173. 174.

5) Allenfalls beſtätiget durch den Eid vor Gefährde (§. 113. Note 1. Nr. 2.)

6) Cod. iud. cap. 9. §. 11.

Zeugen, fallen bey der dem Beweisantretenden jetzt obliegenden Verbindlichkeit, alle ſeine Beweismittel innerhalb des Beweistermins unter dem Rechtsnachtheil des Ausſchluſſes (§. 150.) zu benennen in der Regel ganz hinweg [1]. Auch darf auf beſſern Beweis (§. 158.) nicht mehr erkannt werden [2].

§. 153.

Handlungen des Producten. Fragſtücke.

Die Mittheilung des Beweisantritts geſchieht A, bey dem ſummariſchen Beweiſe zur Nachricht [1])

Zu §. 152. G. R. Bayer S. 329. Danz §. 265. Linde §. 246. Martin §. 315. (304.) Thibaut §. 1200.

S. R. Kori §. 98. Schaumburg princip. prax. iurid. I. pag. 165.

P. R. Cod. iud. cap. 9. §. 6. cap. 10. §. 19. Anm. S. 312. lit. c. f. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 17. Beyl. S. 13. Moritz Nov. z. G. III. S. 191. Krüll §. 374. 375. Mündler §. 286.

1) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. (Beyl. S. 11.). v. Gönner Comm. S. 175. Nr. 1. d. Die Ausnahmen ſiehe §. 151. Note 4.

2) Geſ. v. 1819. §. 17. a. E. (Beyl. S. 15.). v. Gönner Comm. S. 234. Nicht zu verwechſeln iſt dieſes Erkennen auf beſſern Beweis, mit dem Auftrag und der Zulaſſung des Beweiſes einer beſſern Befugniß im Verhältniß verſchiedener Berechtigter. ſ. Anm. zu Cod. civ. II. 5. §. 9. Nr. 5. S. 1162.

Zu §. 153. G. R. Bayer S. 423. 425. 430. Danz §. 284. f. v. Grolman §. 133. 190. Linde §. 220. 250. f. Martin §. 197. (186.) f. Thibaut §. 1201.

und allenfallſigen Gegenbeweis [2]), mit Feſtſetzung eines abgekürzten [3]) Termins, innerhalb deſſelben der Product ſeine Erinerungen und Erklärungen über die Beweismittel nach Beſchaffenheit eines jeden, alſo bey Zeugen über deren Zuläſſigkeit (§. 120. fg.), bey Urkunden über ihre Recognition, Agnition, Diſeſſion u. d. (§. 133.), bey Eiden über ihre Annahme, Zurückſchiebung, Gewiſſens-Vertretung u. ſ. w. (§. 116.), bey Augenſcheinen über die Wahl der Sachverſtändigen (§. 125.) vorzubringen und den Gegenbeweis anzutreten hat. B. Bey dem ordentlichen Beweiſe durch Zeugen werden die in der Beweisantretung enthaltenen Artikel, unter Anſetzung [4]) des Termins zu Beeidung und Vernehmung der Zeugen dem Gegentheil (Product) mitgetheilt. Dieſer iſt a. ſchuldig, innerhalb dreyßig Tagen, von dieſer Mittheilung angerechnet, unter demſelben Rechtsnachtheil, wie bey dem Beweiſe, den Gegenbe-

---

S. R. Kori §. 99. 102. 103. 126. Oeltze §. 175. 196.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 3. 15. Anm. S. 523. 548. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 14. Beyl. S. 11. Moritz Nov. z. O. III. S. 192. Krüll §. 333. f. 335—360.

1) v. Gönner Comm S. 185. Nr. 1.

2) Cod. iud. cap. 10. §. 3. Nr. 2.

3) arg. Cod. iud. cap. 9. §. 11. (§. 149. Note 3.). Vergl. jedoch v. Gönner Comm. 186. Nr. 3.

4) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 14. Beyl. S. 11. Dieſer Termin wird richterlich beſtimmt, und iſt daher verſchieden von dem geſetzlichen für Antretung des Gegenbeweiſes (Note 5). v. Gönner a. a. O.

weis anzutreten [5]), und b. berechtiget, innerhalb des zu Vernehmung der Zeugen angeſetzten Termins, Fragſtücke (interrogatoria) [6]) einzureichen, über welche die Zeugen ebenfalls vernommen werden müſſen. Die Artikel und Fragſtücke ſoll der Richter, ohne darüber

---

5) Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 12. Abſ. 2. (Beyl. S. 11.). Ob der Gegenbeweis ſummariſch oder ordentlich geführt werden dürfe, richtet ſich nach den allgemeinen Grundſätzen des §. 149.

6) A. Fragſtücke (interrogatoria) ſind ſolche Puncte, Sätze (Umſtände), welche der Articulat (Product) theils über die Eigenſchaft der Zeugen, theils über die Artikel dem Richter vor oder in dem zu Vernehmung der Zeugen angeſetzten Termin bey dem ordentlichen (nicht bey dem ſummariſchen Beweiſe Cod. iud. cap. 10. §. 3. Nr. 3.) in der Abſicht überreicht, daß darüber die Zeugen ebenfalls vernommen werden ſollen. Sie ſind I. Präliminar-Fragſtücke (praeliminaria ad caussam, generalia ad c. gemeine Fragſtücke zur Sache), welche als eigentlicher Theil des Gegenbeweiſes abgeſchafft ſind. Cod. iud. cap 10. §. 15. Nr. 2. (Vergl. Danz §. 286.). II. perſönliche Fragſtücke (gemeine, generalia ad personam), welche die Perſon des Zeugen, ſeine Eigenſchaften, Tüchtigkeit u. d. betreffen. III. beſondere (specialia); welche ſich auf die Hauptſache und die Beweisartikel beziehen. IV. Official-Fragſtücke (interrogatoria ex officio), denn es „ſtehet dem Richter frey denen Gezeugen ſowohl generalia; als specialia interrogatoria, wie auch nicht weniger denen Parteyen ſelbſt, nach Geſtalt und Erforderniß der Sache, zu Erforſchung der gründlichen Wahrheit, vor und nach dem Beſchluß der Sache von Amtswegen Fragſtücke zu ſtellen, welch letzteres (nämlich die Befragung der Parteyen ſelbſt) jedoch allzeit mit Beſcheidenheit, und nur bey dicasteriis, von anderen Obrigkeiten aber niemal geſchehen ſoll.“ Cod. iud. cap. 10. §. 15. Nr. 3. u. 7. — in Erinnerung gebracht, weil davon faſt niemals Gebrauch gemacht werde,

eine Verhandlung zu geſtatten [7]), von Amtswegen (§. 70.) prüfen, und die offenbar irrelevanten oder unzuläſſigen verwerfen [8]), welche Verwerfung jedoch die Rechtskraft nicht beſchreitet [9]). Gleiche Befugniß hat er in Anſehung untüchtiger Zeugen (§. 119.) [10]).

---

durch V. v. 2. Febr. 1830. II. A. 6. (§. 77. a 3.) — Von den römiſchen interrog. in iure. ſ. v. Glück Erl. XI. §. 745 — 749. Linde §. 221. * Martin §. 126. 318. (122. 307.). B. Alle Fragſtücke ſind kurz (ohne unnöthige Weitläuftigkeit) einzureichen, nicht mehr als 2 bis 3 zu einem Artikel, ohne Beylegung von Documenten, und ohne Einmiſchung von Gegenſtänden, welche zu des Deponenten eigener Schande, oder Schaden gereichen, verfänglich, oder ſonſt zur Sache nicht gehörig ſind, ebd. Nr. 5. — C. Die Befugniß, Fragſtücke zu überreichen, ſteht auch dem Reproduct im Fall des Gegenbeweiſes zu, da dieſer überall die Regeln des Beweiſes hat. Cod. iud. cap. 9. §. 12. v. Gönner S. 175. Nr. 5. Bey der Prüfung ihrer Zuläſſigkeit iſt beſondere Aufmerkſamkeit darauf nöthig, daß nicht Umſtände eingemiſcht werden, welche einen Theil der Beweisführung hätten ausmachen ſollen, denn auch dieſe ſind zur Sache (des Gegenbeweiſes) nicht gehörig.

7) Dadurch wird jedoch die Befugniß der Partey, bey Einreichung der Fragſtücke Erinnerungen gegen die Artikel vorzutragen, nicht ausgeſchloſſen. v. Gönner Comm. S. 187. Nr. 5.

8) Cod. iud. cap. 10. §. 15. Nr. 5. — Geſ. 1819. §. 11. Der hierüber gefaßte Beſchluß wird den Parteyen nicht in einem beſondern Decrete, ſondern in dem zur Zeugen-Vernehmung angeſetzten Termin zu Protocoll eröffnet, oder im Fall ihrer Abweſenheit zu Protokoll bemerkt (§. 154.). v. Gönner Comm. §. 188. Nr. 5.

9) Deswegen wird die Beſchwerde über ſolche Verwerfung mit der Appellation gegen das Endurtheil verbunden. Geſ. v.

§. 154.

Beweis-Ausführung.

Die Ausführung des Beweiſes, durch Aufnahme der einzelnen Beweismittel, richtet ſich, auch in Anſehung der dafür vom Richter anzuſetzenden Termine (§. 153. N. 3.) [1], nach der beſondern Beſchaffenheit dieſer Beweismittel [2]. Der Richter iſt befugt, die Aufnahme der Beweis- und Gegenbeweis-Mittel zu verbinden oder zu trennen [3]. Bey der Anſetzung des Termins zu Beeidung und Vernehmung der Zeugen werden nur im ordentlichen Zeugenbeweiſe die Theile monitoriſch (ad videndum et audiendum iurare testes),

---

1819. §. 18. (Beyl. S. 13.) v. Gönner Comm. S. 188. Nr. 7.

10) Cod. iud. cap. 10. §. 12. Nr. 1. v. Gönner Comm. S. 188. Nr. 6.

Zu §. 154. **G. R.** Bayer S. 425. 435. 439. Danz §. 303. f. v. Grolman §. 194. f. Linde §. 251. f. Martin §. 187. 200. 213. f. (176. 189. 202.). Thibaut §. 1202.

S. R. Kori §. 104. 109. 119. 121.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 9. cap. 10. §. 1. f. Anm. S. 316. 322. Nov. z. G. O. S. 254. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 209. III. S. 192—197. IV. S. 178. Krüll §. 337. f.

1) v. Gönner Comm. S. 186. 2. u. 3.

2) Daher ſind hier alle beſondern Vorſchriften über Eidesform (§. 107.), Zeugen-Verhör (§. 123.), Augenſchein (§. 125. a.), Calculation (125. b.) und Production der Urkunden (§. 133.) anwendbar.

3) Die Verbindung iſt der Praxis gemäß und räthlicher. v. Gönner Comm. S. 187. Nr. 4.

im ſummariſchen gar nicht (§. 223. N. 7.) [4]), die Zeugen ſelbſt, welche unter der Gerichtsbarkeit des inſtruirenden Gerichts ſtehen, unmittelbar, die auswärtigen mittelbar (§. 72.), zur Vernehmung vorgeladen, oder auch der perſönliche Richter des Zeugen unter Mittheilung der Artikel und Fragſtücke um deſſen Vernehmung erſucht [5]). In dem zur Zeugenvernehmung angeſetzten Termine wird der über die Unzuläſſigkeit einzelner Artikel, Fragſtücke oder Beweismittel gefaßte Beſchluß den Theilen eröffnet (§. 153.) [6]). Das Vernehmungs-Protocoll wird unverſchloſſen zu den Acten ge=

---

4) Cod. iud. cap. 9. §. 4. Nr. 3. cap. 10. Nr. 3. v. Gönner Comm. S. 189. Nr. 8.

5) Cod. iud. cap. 10. §. 5. a. Die Stellung von einem Territorio in das andere kann in der Regel nicht wohl verlangt werden. Sign. int. v. 22. Mai 1778. Mayr Gen. II. S. 1390. Zwiſchen Bayern und Württemberg aber wird in allen Civil=Fällen, wo die perſönliche Gegenwart der Zeugen an Ort und Stelle nothwendig iſt, die Stellung der Unterthanen des einen Staates vor das Gericht des andern zu Ablegung des Zeugniſſes gegen vollſtändige Vergütung der Reiſekoſten oder der Verſäumniß nicht verweigert. Staats-Vertrag v. 7. Mai 1821. §. 27. Regbl. 1821. S. 881. Moritz IV. S. 15. b. Im Inlande ſoll die Stellung von einem Gerichte zum andern unweigerlich geſchehen. R. v. 15. Merz 1786. Mayr Gen. III. S. 82. Nov. zur G. O. I. S. 229 fg. R. v. 18. Mai 1789. Mayr V. S. 9. Moritz II. S. 193. c. Auch die patrimonialgerichtlichen Unterthanen ſind durch Requiſition vorzuladen. V. v. 25. Aug. 1810. Nov. z. G. O. I. S. 231. V. v. 16. Aug. 1812. Rgbl. 1812. S. 1526. §. 79. Moritz II. S. 194. Beyl. VI. b. V. U. v. 1818. §. 82. Geſetzbl. 1818. S. 250. Moritz III. S. 177.

6) v. Gönner Comm. S. 188. Nr. 5.

legt, und davon den Theilen Nachricht gegeben [7]), wodurch ſie das Recht erhalten, daſſelbe einzuſehen, ſich daraus die nöthigen Auszüge zu machen, oder eine Abſchrift davon zu verlangen [8]).

§. 155.

Beweis=Deductionen.

Innerhalb eines nicht zu verlängernden Termins von dreißig Tagen [1]), von dem Eröffnungstage [2])

---

7) Geſ. v. 1819. §. 15. Abſ. 1. (Beyl. S. 12.) — Iſt die Vernehmung auswärtiger Zeugen requirirt, ſo darf auch dieſe Art der Eröffnung nicht eher geſchehen, ehe nicht alle Vernehmungen eingekommen ſind. v. Gönner Comm. S. 190. Note *. Ebenſo müſſen die Vernehmungen aus dem Beweiſe und Gegenbeweiſe gleichzeitig eröffnet werden, ebd. S. 197. — Der Tag dieſer Nachrichts=Ertheilung heißt der Eröffnungstag. Geſ. v. 1819. §. 15. Abſ. 2. — Bis zu ſolchem bleibt das Vernehmungs=Protocoll verſchloſſen in conservatorio. v. Gönner a. a. O. a. E.

8) Ein Zeugen=Rotul, im Sinne des R. A. v. 1654. §. 52. war in Bayern nicht üblich. Dem Referenten war ſeine Bearbeitung überlaſſen und jetzt iſt ſie ihm beſtimmt vorgeſchrieben (§. 77. 4. 3.); die Mittheilung der Zeugen=Ausſagen geſchieht nur durch Abſchrift des Zeugenvernehmungs=Protocolls. Anm. S. 364. lit. d. v. Gönner Comm. S. 194 fg.

Zu §. 155. **G. R.** Bayer S. 422. f. Danz §. 394. f. v. Grolman §. 203. Linde §. 271. Martin §. 185. 187. (175. 176.) Thibaut §. 1205.

S. R. Kori §. 126. 127. 133—135. Oeltze Anl. §. 228—234. 264—276.

B. R. Cod. jud. cap. 9. §. 10. Anm. S. 317. lit. b. Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 15. Beyl. S. 12. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 192. Krüll §. 339—341.

1) Der Richter hat nicht nöthig, dieſen ſchon im Geſetz be=

(§. 154.) an gerechnet, kann jede Partey eine Deduction [3]) über die Beweisführung übergeben, welche, ohne Schriftenwechſel, blos beyderſeits zur Nachricht mitzutheilen iſt [4]). Dieſe Deduction findet im ſummariſchen Beweiſe nicht ſtatt [5]).

§. 156.

Ungehorſam im Beweiſe.

Verſäumen die Theile die zum Beweis- oder Gegenbeweis-Antritt vom Richter und vom Geſetz gegebenen Termine (§. 151.), ſo wird die Deſertion des Beweiſes oder Gegenbeweiſes ausgeſprochen; verſäumen

---

ſtimmten Termin beſonders vorzuſchreiben. v. Gönner Comm. S. 202.

2) d. i. von dem Tage, da den Theilen die Nachricht gegeben wurde, daß das Vernehmungs-Protocoll zu den Acten gelegt worden ſey. (S. 154. Note 7.).

3) Disputationsſätze. Cod. iud. cap. 9. §. 10. — Disputirſätze. v. Gönner a. a. O.

4) Geſ. v. 1819. §. 15. Abſ. 2. (Beyl. S. 12.).

5) Denn das Geſ. v. 1819. a. a. O. geſtattet ſie nur vorbehaltlich deſſen, was die G. O. Kap. 10. §. 3. vom ſummariſchen Beweiſe durch Zeugen verordnet (§. 149.). v. Gönner Comm. S. 205 fg.

Zu §. 156. **G. R.** Bayer S. 419. Danz §. 504. f. v. Grolman §. 196. Linde §. 265. Martin §. 184. 200. a. c. * 215. a. 217. (174. 189. 202. 206.) Thibaut §. 1204.

S. R. Kori §. 98.

B. R. Cod. iud. cap. 9. §. 11. Anm. S. 517. Geſetz v. 22. Juli 1819. §. 11. Beyl. S. 11. Nov. z. G. O. S. 255. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 207. S. III. 191. Krüll §. 330.

ſie es, innerhalb dieſer Termine alle Beweismittel anzugeben, ſo verlieren ſie die nicht angegebenen. Nicht-Erklärung auf einen deferirten Eid, oder Nicht-Antritt der Gewiſſens-Vertretung (§. 116.) hat die Folge, daß der Eid für recuſirt geachtet wird; Nicht-Erklärung über ein producirtes Privat-Document, oder Nichtleiſtung des Diffeſſions-Eides, die Folge der vermutheten Recognition (§. 133.); Fragſtücke dürfen nach begonnener Vernehmung der Zeugen nicht mehr vorgelegt werden (§. 155.) und Deductionen ſind nach verfloſſener Deductions-Friſt (§. 155.) ausgeſchloſſen.

§. 157.

Beweis zum ewigen Gedächtniß.

Beweisaufnahme vor der Litisconteſtation (§. 90.) iſt Beweis zum ewigen Gedächtniß (ad perpetuam rei memoriam) [1]. Dieſer findet ſtatt beym Augenſchein [2] und bey Zeugen [3], auf Verlangen des Beklagten immer [4]; wenn der Kläger darum bittet, nur in ſo weit

---

Zu §. 157. **G. R.** Danz §. 466. f. v. Grolman §. 164. Linde §. 247. Martin §. 315. (304.) Thibaut §. 1205.

S. R. Kori §. 227. 228.

B. R. Cod. iud. cap. 10. §. 21. Anm. S. 369. Krüll §. 366 — 388.

1) Cod. l. c. princ.

2) Cod. iud. cap. 12. §. 5. princ. — Dieſer Beweis iſt alſo in der G. O. keineswegs auf Zeugſchaft beſchränkt, wie v. Gönner Comm. S. 271. behauptet.

3) cap. 10. §. 21.

4) ebd. Nr. 2.

er beſcheiniget (§. 140.) ſowohl, daß er an Stellung oder Fortſetzung ſeiner Klage zur Zeit gehindert, als auch, daß er bey längerm Verzug, ſeine Beweismittel zu verlieren, in Gefahr ſey [5]). Der Impetrant übergiebt [6]) die Beweisartikel mit Zeugenbenennung und Directorium zugleich mit ſeinem Geſuch, ſie werden dem Gegentheil **ad dandum interrogatoria** mitgetheilt, und wenn es die obwaltende Gefahr noch zuläßt, dieſer auf den beſtimmten Tag der Zeugenvernehmung [7]) **ad videndum et audiendum iurare testes** vorgeladen. Nach der Vernehmung bleibt der Zeugen-Rotul (§. 154. N. 8.) ſolange bey Gericht verſchloſſen, bis es, nach geſtellter Klage, ſeiner Zeit in dem Beweis-Verfahren auf die Eröffnung der Zeugen-Ausſagen ankommt [8]). Binnen Jahr und Tag von der Zeugenvernehmung z. e. G., oder im Fall fortdauernder Hinderniſſe, von der Zeit ihrer Hebung angerechnet, iſt der Kläger, rechtliche Klage, bey Verluſt des Zeugniſſes, zu ſtellen ſchuldig. Dem Impetranten ſteht jedoch frey, wenn ihn ſeiner Zeit nach geſtellter Klage die Ordnung des

---

5) ebd. Nr. 1.

6) Dieſe Formen des Beweiſes z. e. G. ſind durch das Geſetz v. 1819. nicht abgeändert. v. Gönner Comm. S. 170.

7) Verhörtag. Cod. iud. cap. 10. §. 21. Nr. 3. — Gegen die Verfügung dieſer Beweisaufnahme hat die ergriffene Appellation keine ſuspenſive Wirkung. Cod. iud. cap. 15. 5. Nr. 3. v. Gönner Comm. S. 271.

8) Cod. iud. cap. 10. §. 21. Nr. 4.

9) Der Beklagte iſt an dieſen Termin nicht gebunden, ebd. Nr. 6.

10) In dieſem letzten Fall wurden nun erſt ſolche **pro responsionibus** mitgetheilt, nach deren Abgabe über die Relevanz

Beweiſes trifft, die z. e. G. erhobene Zeugſchaft fallen zu laſſen und neue Artikel zu übergeben, oder ſich auf die vorigen Artikel und Zeugen zu beziehen [10]).

§. 158.

Anticipirter Beweis.

Den Beweis ſogleich mit der Klage oder mit der Exception zu verbinden, geſtattet die Geſetzgebung von 1753 und zwar letzteres überhaupt [1]), erſteres in summario [2]), und die Verbindung des Beweiſes mit der Klage iſt noch jetzt in den Fällen nöthig, wo die Klage

---

der Artikel erkannt, und wenn die Theile keine weitern Zeugen mehr produciren wollten, zu Publication des Rotuls und zu den Disputirſätzen geſchritten. ebd. Nr. 7. Ob auch dieſer Theil des Verfahrens z. e. G. nicht aufgehoben ſey, iſt in v. Gönner's Comm. S. 170. nicht bemerkt, möchte aber wohl nach dem Geiſt des Geſetzes v. 1819 und nach der Natur der Sache zu verneinen ſeyn, da eben dieſer Theil eigentlich nicht mehr Beweis z. e. G., ſondern gewöhnliches Beweis-Verfahren iſt.

Zu §. 158. **G. R.** Bayer S. 327. Danz §. 246. Linde §. 194. 198. a. S. 246. Martin §. 147. 315. (157. 304.) Thibaut §. 1206.

S. R. Kori §. 88. Oeltze Anl. §. 158. 177.

B. R. Cod. iud. cap. 4. §. 11. cap. 9. §. 6. Anm. S. 205. 342. Geſetz vom 22. Juli 1819. §. 16. Beyl. S. 12. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 191. Krüll §. 325. Mündler §. 268. 283—287.

1) Cod. iud. cap. 6. §. 10. „Den benöthigten Beweis, ſofern ſolcher nicht ſchon ſelbſt in exceptionibus mit übergeben iſt."

2) „In summario hingegen ſoll man nur simpliciter libelliren, wobey jedoch dem Kläger unbenommen iſt, ſeine Klage ge-

auf Urkunden beruhet, aus welchen der ganze Streit ohne andern Beweis entſchieden werden kann (§. 87) [3]), insbeſondere alſo bey dem Executiv-Proceß (§. 184.) [4]), oder wo die beſondere Proceßart ſolche augenblickliche Vorlage der Beweismittel fordert, wie bey eben demſelben, dem Arreſt- (§. 185.) und Concurs-Proceß (§. 201.) [5]). Auſſerdem ſteht jetzt jedem Theile, erſt nach widerſprochener Geſchichte ſeiner Klage oder Einrede, jedoch dann ſogleich, und ohne ein Interlocut (§. 69. u. 149.) abzuwarten, frey, ſtatt der Replik oder Duplik den Beweis anzutreten [6]). Hiezu wird aber eine ausdrückliche Erklärung des Producenten erfordert, die bloße Anführung der Urkunden, welche die Parteyen bey den erſten Verhandlungen zu Beſtärkung ihrer Behauptungen vorzubringen pflegen, iſt für einen

ſtallten Dingen nach punctatim zu faſſen (§. 87.), oder auch Beweis-Artikel mit zu übergeben, damit der Gegentheil gleich anfänglich sub poena confessi darauf zu antworten angehalten werden möge." Cod. iud. cap. 4. §. 11. Das Präjudiz der poena confessi bey den Beweis-Artikeln hat mit dem Beweiſe in ordinario (§. 7. N. 2.) durch Artikel und Reſponſionen aufgehört (§. 95.), Geſ. v. 22. Juli 1819. §. 11. S. 10., und dadurch auch der Nutzen, den eine ſolche Verbindung des Beweiſes gleich mit der Klage hatte. Wahrſcheinlich deshalb blieb dieſe Geſetzſtelle in v. Gönner Comm. S. 215 fg. unerwähnt. — Vergl. jedoch Cod. iud. cap. 6. §. 11. (Note 1.)

3) Cod. iud. cap. 4. §. 12. cap. 11. §. 5. Nr. 1.

4) Cod. iud. cap. 3. §. 3. Nr. 5. v. Gönner Comm. S. 221.

5) v. Gönner a. a. O.

6) Cod. iud. cap. 9. §. 6. Nr. 2. und Geſ. v. 22. Juli 1819.

freywilligen Antritt des Beweiſes nicht zu achten [7]). Dieſe Beweisantretung hat die rechtlichen Folgen eines durch Urtheil auferlegten Beweiſes [8]). Nach geſchloſſenem Beweis-Verfahren wird, wie bey dieſem letztern entſchieden, daher darf niemals auf Beybringung eines beſſern Beweiſes erkannt werden. [9]).

§. 16. (Beyl. S. 12. fg.). Empfohlen dem richterlichen Amt in Leitung der protocollariſchen Inſtruction (§. 148.) in v. Gönner Comm. S. 62.

7) Geſ. v. 1819. §. 16. Abſ. 2.

8) Solche Beweis-Antretung wird deßhalb dem Gegentheil mit Anſetzung eines Termins von 30 Tagen zugefertiget, innerhalb deſſen er das Nöthige in Hinſicht der von dem Beweisführer gewählten Beweismittel zu beobachten, und auch den Gegenbeweis unter dem Rechts-Nachtheil der Präcluſion anzutreten hat. Geſ. v. 1819. §. 17. vergl. mit §. 12. ſ. Beyl. S. 11 u. 13.

9) Geſ. v. 1819. §. 17. a. E.

Zweytes Kapitel.

Verfahren in den folgenden Inſtanzen.

§. 159.

Rechtsmittel gegen Erkenntniſſe überhaupt.

Wenn einmal nach Vernehmung beyder Theile (cum cognitione — disceptatione — caussae) (§. 61. fg.) erkannt (§. 69.) und das Erkenntniß publicirt (§. 76b.) [1] iſt, ſoll daſſelbe weder von dem nämlichen, noch einem andern Unterrichter, auſſer dem Wege eines geſetzlichen Rechtsmittels (§. 160.), abgeändert

---

Zu §. 159. **G. R.** Bayer S. 462. Danz §. 403. 450. f. v. Grolman §. 207. Linde §. 377. deſſen Handbuch über die Lehre von den Rechtsmitteln nach Grundſätzen des deutſchen gemeinen bürgerlichen Proceſſes. Th. I. 1831. (zugleich der vorläufig erſchienene vierte Band des von demſelben zu erwartenden Handbuchs des deutſchen gemeinen bürgerl. Proc.) Martin §. 274. Thibaut §. 1241. 1242.

S. R. Kori §. 138. f.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 9. Anm. S. 475. Krüll §. 497. Mündler §. 803. f.

1) Auch vor der Publication oder Notification dürfen förmlich gefaßte Beſchlüſſe ohne beſonders erhebliche Urſache und ohne Bewilligung des Plenums bey Obergerichten nicht abgeändert werden (§. 77. a. E.). — „Ein anderes iſt, wenn man ſein votum particulare ante formatum conclusum abändert, als welches vermöge der allgemeinen Rathsordnung und Obſervanz jedem Rath freyſtehet.“ Anm. S. 477. lit. f.

werden [2]). Auch eine Erklärung (Declaration) des gefällten Urtheils darf, wenn nicht beyde Theile einwilligen, nicht bey der untern Inſtanz, ſondern nur im Appellationswege geſucht werden (§. 169.) [3]). Rechnungsfehler dürfen aber auf Verlangen der Theile, und auch nur eines Theils zu jeder Zeit verbeſſert werden (§. 125. b.) [4]).

§. 160.

Arten der Rechtsmittel und Inſtanzen.

A. Die Rechtsmittel ſind entweder gegen den Richter oder gegen das Erkenntniß gerichtet. AA. Zu den erſtern gehören a. die Syndicatsklage (§. 79. und 85.) und b. der Recurs (§. 173.). BB. Die letztern, als eigentliche Rechtsmittel, ſind theils a. ordentliche, Appellation (§. 162. 166. fg.) und Reviſion (§. 170.), theils b. auſſerordentliche, Wiedereinſetzung in den vorigen Stand (§. 171.) und Nichtigkeitsklage (§. 172.), und in Anſehung ihrer Wirkung

---

2) Cod. iud. l. c. nr. 1. — Remonſtrationen gegen ſolche Erkenntniſſe bey derſelben Inſtanz können daher nur Inhäſivbeſcheide (§. 163.) zur Folge haben.

3) ebd. Nr. 2. — Nicht zu verwechſeln iſt damit eine richterliche Verfügung, welche Folge des rechtskräftigen Erkenntniſſes iſt. Anm. S. 477. lit. e.

4) Cod. iud. cap. 12. §. 4.

Zu §. 160. **G. R.** Bayer S. 464. 504. Danz §. 401. v. Grolman §. 207. f. Linde §. 379. Martin §. 275. (264.) Thibaut §. 1242—1244. 1248.

S. R. Kori §. 138.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 10. cap. 15. §. 4. Anm. S. 478. Krüll §. 498. Mündler §. 814. f.

α. theils blos devolutiv, β. theils ſuspenſiv (§. 164.) [1]). — B. Bey den eigentlichen Rechtsmitteln geht die Berufung immer von dem Unterrichter (Richter erſter Inſtanz [2]) — iudex a quo) zu dem nächſt höhern) Richter zweyter Inſtanz — iudex ad quem, und von dieſem zum oberſten (Richter dritter und letzter Inſtanz), alſo von den Königl. Land-, Kreis- und Stadtgerichten (§. 14. C.), von den nicht ſtandesherrlichen Herrſchaftsgerichten (§. 13. A. b.) und von den Patrimonialgerichten erſter Klaſſe (§. 13. B.), an die Appellationsgerichte, als zweyte, und an das Ober-Appellationsgericht als dritte und letzte Inſtanz (§. 14. A.) [3]); von den Stadt- und Herrſchaftsgerichten der Standesherrn (§. 13. A. a.) an die Juſtizkanzleyen derſelben, als zweyte (ebd.), und an das O. A. G. als dritte und letzte Inſtanz; in proteſtantiſchen Eheſachen [4]) von den Appellationsgerichten des Rezat- und Obermainkreiſes, und den Juſtizkanzleyen als erſte Inſtanz, an das O. A. G. als zweyte und letzte Inſtanz (§. 30. I. C. b.); ebenſo von allen Appellationsgerichten in allen andern Fällen, da ſie erſte Inſtanz ſind (§. 29.) [5]).

---

1) Anm. S. 478. lit. a.

2) Anm. S. 177. und 495. lit. b.

3) Ed. v. 24. July 1808. §. 1—3. Regbl. 1808. S. 1785. fg.

4) In katholiſchen Eheſachen iſt die Gerichtsbarkeit der bürgerlichen Gerichte ausgeſchloſſen. V. v. 24. Oct. 1812. Regbl. 1812. S. 1836. Concordat v. 5. Juny und 24. Oct. 1817. art. XII. lit. o. Geſetzbl. 1818. S. 428. Moritz Nov. II. S. 220. III. S. 31. v. Aretin Annalen II. S. 56. — V. v. 7. Mai 1826. Regbl. 1826. S. 489.

5) z. B. Streitigkeiten über den Adelsſtand (§. 30. V. n. 44.),

§. 161.

Rechtskraft.

Wenn ein Erkenntniß einmal mit Worten oder

Fideicomißgegenſtände (ebd. N. 45.), Rechtsſtreite über die Verlaſſenſchaft der Mediatiſirten (ebd. Nr. 46.) u. a. Von andern beſondern Inſtanzen ſ. a. in Wechſelſachen (§. 50. V. N. 41. u. §. 181.) W. G. O. 1785. Kap. 9. §. 2. Für den Iſar=, Regen= und Unterdonaukreis iſt das Appellationsgericht zu Landshut in einem Senat von einem Vorſtand, ſechs Räthen und vier Aſſeſſoren vom Handelsſtand zweyte und letzte Inſtanz. V. v. 24. Nov. 1812. 11. Sept. und 6. Nov. 1825. §. 1. 2. 7. Regbl. 1812. S. 1993. Beyl. II. zur V. U. 1818. §. 3. Geſetzbl. 1825. S. 42. Regbl. 1825. S. 849. fg., ebenſo für den Untermainkreis des A. G. zu Würzburg. V. v. 26. Oct. 1825. §. 5. Regbl. 1825. S. 785., für den Rezatkreis das A. G. zu Ansbach. V. v. 29. Oct. 1825. §. 5. Regbl. 1825. S. 785., für den Obermainkreis das A. G. zu Bamberg. V. de cod. §. 5. ebd. S. 808. f., für den Oberdonaukreis ein eigenes Wechſel=Appellationsgericht zu Augsburg, V. v. 3. Oct. 1820 und 25. Oct. 1825. §. 7. Regbl. 1820. S. 827. 1825. S. 792., für Nürnberg ein eigenes, auch in Wechſelſachen competentes, Handels=Appellationsgericht Nürn. H. G. O. v. 7. Jan. 1804. § 8. u. 56. fg. — Moritz Handb. S. 9—59. 113—116. 285. und 327. — b. in Mercantilſachen (§. 30. V. N. 42 und §. 181.). Moritz Handb. S. 71. fg. — c. in Bergſtreitigkeiten (§. 30. V. N. 43.) Nov. z. G. O. S. 107. 108. Moritz IV. S. 95. — d. in Militär=Angelegenheiten (§. 30. III. N. 11. u. §. 53.) Nov. z. G. O. I. S. 44—55. Moritz II. S. 26—29. III. S. 12. IV. S. 25—44. 60. 61. — e. in adminiſtrativ contentiöſen Gegenſtänden (§. 30 IV. Note 12—40.) Nov. z. G. O. I. S. 84. fg. Moritz II. S. 42. fg. 221. III. S. 55. f. IV. S. 56. 63. fg. 192.

Zu §. 161. G. R. Bayer S. 182. Danz §. 421. fg.

Werken [1]) anerkannt, oder wenigſtens gegen daſſelbe ein geſetzliches ordentliches Rechtsmittel innerhalb der Nothfriſt (§. 163.) nicht eingewendet iſt, ſo erlangt daſſelbe Rechtskraft (vim rei iudicatae) und kann daher nur noch durch ein auſſerordentliches Rechtsmittel (§. 160. 171. fg.) angefochten werden. Dieſe Rechtskraft erſtreckt ſich nicht auf die Entſcheidungsgründe (§. 76a.) [2]).

§. 162.

Befugniß zu appelliren. Appellable und nicht appellable Sachen.

Die Appellation [1]), kann von den ſtreitenden

---

v. Grolman §. 99. Linde §. 366. Martin §. 112. 113. 265. (109. 110. 254.) Thibaut §. 1243.

S. R. Kori §. 59. 139. 189.

P. R. Cod. iud. cap. 14. §. 11. Anm. S. 479. Krüll §. 499. 500. Mündler §. 546—550.

1) z. B. durch Leiſtung deſſen, wozu Jemand verurtheilt iſt, durch Bitte um Zahlungsfriſten, durch Vergleich oder Compromiß, durch Beweisantritt nach erfolgtem Beweis-Interlocut, oder Bitte um Verlängerung der Beweisfriſt, — ohne Proteſtation. Anm. S. 479. lit. a. S. 522. lit. b.

2) Anm. S. 480. lit. b.

Zu §. 162. G. R. Bayer S. 465. 469. 474. Danz §. 408. 425. 426. v. Grolman §. 213. Linde §. 402. Martin §. 277. 285. (266. 274.) Thibaut §. 1245. 1250.

S. R. Kori §. 59. S. §§.

P. R. Cod. iud. cap. 15. §. 1—5. Anm. S. 485. 489. Nov. z. G. O. S. 273—281. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 219. III. S. 213—217. IV. S. 191. Krüll §. 504. 505.

1) Provocation, Weigerung, Dingnuß. G. O. 1616. Tit. 10. Art. 1. 2. Anm. S. 485.

Theilen [2]), ihren rechtmäßigen Vertretern (§. 42. fg.) und auch von einem Dritten (§. 141.), den die Beſchwerde (§. 166.) direct [3]) oder indirect [4]) mit trifft, acceſſoriſch oder principal (§. 225), ergriffen werden. Sie findet gar nicht ſtatt I. wegen einfacher Decrete und Zwiſchenbeſcheide [5]). Wer darin beſchwert zu ſeyn

---

2) Von der Wirkung der Appellation und des darauf erfolgenden Erkenntniſſes auf Litisconſorten und Dritte ſ. §. 141. Cod. iud. cap. 15. §. 12. Nr. 10.

3) z B. die zur Gewährſchaft Verpflichteten, Bürgen, Mit-Erben, Litisdenuntiaten, zuweilen Herrſchaften und Obrigkeiten. Anm. S. 488. lit. a.

4) z. B. Aeltern, Kinder, Ehegatten, Verwandte ebd.

5) Um den Begriff dieſer inappellablen Zwiſchen-Beſcheide feſtzuſetzen, unterſcheidet v. Gönner Comm. S. 264. fg. I. Indicentpuncte (Incidentien Cod. iud. cap. 3. §. 5. Nr. 4.), welche ohne das Daſeyn eines andern Hauptſtreites gar nicht vorhanden ſeyn können, durch den Hauptſtreit veranlaßt werden, und gewöhnlich das Verfahren betreffen, z. B. dilatoriſche Einreden, Präcluſion einzelner Proceßſchriften, Legitimation der Anwälte, Zuläßigkeit der Zeugen, Artikel u. d. II. Indicentſachen, welche, auch ohne den gegenwärtigen Proceß, als beſonderer Rechtsſtreit vorkommen können, und nur zufällig (incidenter, coniunctim) bey einem andern erſcheinen, z. B. proviſoriſche Alimentation bey der quaestio status, Inhibitorien beym Beſitz, proviſoriſche Verfügungen u. d. Zuläßig ſind hiernach Appellationen gegen Urtheile und abweiſende Decrete in Incidentſachen nach Analogie des Geſ. v. 1819. §. 20. Nr. 3. lit. a. und b. (§. 170.) Gegen Zwiſchen-Urtheile in Incident-Puncten findet in der Regel keine andere Appellation ſtatt. Doch nimmt auch hier der Commentar als eigentliche Endurtheile aus: die Urtheile a. auf einen nothwendigen Eid (§. 117. A. B.) — b. über die Deſertion eines Rechtsmittels (§. 169.) ſowohl bey der Appellation (ebd.) als bey der Reſtitution (§. 171.) —

glaubt, hat dagegen bey der weitern Verhandlung des Proceſſes [6]) ſich bey Gericht zu verwahren [7]) und die Beſchwerde mit der Appellation gegen das nächſte End- (Haupt-)[8]) Urtheil, d. i. in der Hauptſache zu verbinden. Ausgenommen hievon ſind 1. Beſcheide, wodurch Kläger mit der Klage [9]), ohne weitere Einleitung des Verfahrens, ganz (§. 70. 142.) oder bedingt [10]) abgewieſen wird [11]); 2. die Erkenntniſſe, wodurch die Ge-

---

c. über die Präjudicaleinrede der mangelnden Legitimation zur Sache (§. 10.) d. über die Cautionsforderung gegen einen klagenden Ausländer (§. 216.). e. das Contumacial-Erkenntniß gegen den in der Klagbeantwortung (§. 85. 117) ſäumigen Beklagten, oder den bey der mündlichen Inſtruction (§. 142. 148.) nicht erſcheinenden Kläger. f. Erkenntniſſe über Editions-Verbindlichkeit (§. 222.) eines Dritten, nicht eines der ſtreitenden Theile. g. Verfügung der Aufnahme des Beweiſes zum ewigen Gedächtniſſe (§. 157.). h. Erkenntniße, welche zu einer beſtrittenen Eidesleiſtung führen, wenn alſo α. für die Zuläßigkeit der Zuſchiebung oder Zurückſchiebung des Eides, β. oder über die Eidesformel erkannt wird §. 107. und 114. fg.). —

6) Geſ. v. 22. July 1819. §. 18.

7) Ausdrückliche Verwahrung oder ausdrücklicher Vorbehalt der künftigen Beſchwerde in der erſten Handlung, welche der künftige Beſchwerdeführer nach der beſchwerenden Verfügung bey Gericht vornimmt. v. Gönner Comm. S. 280. Nr. 14. a. E. und 15. Vergl. Cod. iud. cap. 15. §. 10. Anm. S. 522.

8) Ohne Unterſchied, ob es definitives oder interlocutoriſches Urtheil iſt. v. Gönner Comm. S. 282. Nr. 17.

9) im weitern Sinn, mit Einſchluß der Widerklage, und der Incidentſachen (Note 5.). v. Gönner Comm. S. 301.

0) Beyſpiele ebd. S. 302. fg.

1) Dieſen abweiſenden Decreten ſind daher Entſcheidungsgründe beyzufügen. v. Gönner Comm. S. 301.

richtsablehnende (forideclinatoriſche) Einrede (§. 90.) des Beklagten verworfen wird [12]); 3. die Erkenntniſſe, wodurch der Beklagte mit Verwerfung der von der Einlaſſung befreyenden (§. 146.) Einrede zur Einlaſſung auf die Klage verurtheilt wird [13]); 4. die Erkenntniſſe über die Proceßart [14]); 5. die Erkenntniſſe, wodurch einem oder dem andern Theile der Beweis auferlegt wird [15]). — II. Bey mangelnder Appellations-

— Gegen ſie muß die Appellation ergriffen werden; durch bloße Remonſtration, neue Deduction, bey demſelben Richter, ohne Aenderung des Factums oder des Klagegrundes (§. 93.) kann eine ſolche Appellation nicht umgangen werden. ebd. S. 300. — Nöthige Vorſicht der Obergerichte bey reformatoriſchen Erkenntniſſen über ſolche Abweiſungen. ebd. S. 304. lit. g.

12) ebd. S. 305. Nr. 2.

13) ausgedehnt auf die Einrede mangelnder Caution gegen klagende Ausländer (Note 5.). Anm. S. 269. u. 305. Nr. 3.

14) wohin die Wahl zwiſchen dem ſchriftlichen und protocollariſchen Verfahren nicht gehört (§ 7 und 63.). v. Gönner S. 27. Nr. 8. und S. 307.

15) Ohne Unterſchied, ob der Gegenſtand der Beſchwerde die Beweislaſt oder das Beweisthema iſt, da die Feſtſtellung dieſes letzten die größte Wichtigkeit hat, beſonders in einer Geſetzgebung, welche die ſpecielle Litiscconteſtation nicht mit beſtimmten Rechtsnachtheilen vorſchreibt.“ v. Gönner Comm. S. 308. — Dieſe ſpecielle Litisconteſtation iſt wohl eigentlich gar nicht vorgeſchrieben, ſondern nur als in ordinario gebräuchlich im Geſetz erwähnt, ſ. §. 90. Note 2. — die Erkenntniſſe über einen nothwendigen Eid ſind ausgenommen. (Note 6.) Vergl. v. Gönner Comm S. 272. f.

16) A. Sie beträgt bey Appellation a) von Unterzeichneten an das Appellationsgericht fünfzig Gulden, b) von Appellationsgerichten als erſter Inſtanz Einhundert Gulden, c) von ſolchen als zweyter Inſtanz, d. i. bey Reviſionen (§.

Summe [16]). III. Gegen Erkenntniſſe über den Er-

170.), aa. betrug ſie α. wenn beyde Urtheile verſchieden waren, Einhundert Gulden, β. wenn ſie gleichförmig waren, dreyhundet Gulden. Cod. iud. cap 15. §. 3. Nr. 6. Mandat v. 6. Aug 1779. Mayr Gen. I. S. 152. Nov. z. G. O. l. S. 274. V. v. 11. Febr. 1811. Regbl. 1811. S. 235. v. Gönner und v. Schmidtlein Jahrb. S. 211. bb. durch den Ständeabſchied v. 29. Dec. 1831. III. 8. a. iſt dieſes aber dahin geändert, daß eine Berufung zur dritten Inſtanz α. bey difformen Erkenntniſſen der vorigen Inſtanzen nur dann ſtattfindet, wenn der Streitgegenſtand in Geld oder Geldeswerth dreyhundert Gulden rhein. (ausſchließlich der Koſten und Zinſen) beträgt; β) bey gleichlautenden Erkenntniſſen der vorigen Inſtanzen aber iſt eine Summe von ſechshundert Gulden hier erforderlich. Geſetzbl. 1831. S. 86. Daſſelbe gilt von der äſtimatoriſchen Injurienklage nach Verhältniß der geforderten Satisfaktions-Summe. ebd. III. 8. b. — B. Sie wird berechnet nicht nach dem Gegenſtande des Streites (summa litis), ſondern nach dem Objecte der Beſchwerde (summa gravaminis), und zwar ohne Einrechnung von Zinſen und Koſten. Cod. iud. l. c. Jahrb. S. 211. fg. ſ. den angeſ. Ständeabſch. von 1831. C. bey Rechten, welche nicht leicht geſchätzt werden können, iſt auf die Summe nicht zu ſehen, unablösliche Zinſen, jährliche Gülten und Renten wurden im Kapitalwerth zu vier Procent angeſchlagen, Jahrb. a. a. O. Jährliche beſtimmte Geld- und Naturalleiſtungen ſind jetzt an die legale Summe gebunden, und es findet eine Berufung zur dritten Inſtanz nur dann ſtatt, wenn die Rente mit 25 zu Kapital erhoben, einen Werth von 300 fl. und beziehungsweiſe 600 fl. rhein. ergiebt. Ständeabſch. 1831/32. III. 8. c. — D. für alle Fälle galt als Ausnahme, wenn der Appellant beweiſen konnte, daß die geringere Streitſumme ſein ganzes Vermögen ausmache. V. v. 16. Aug. 1779. Jahrb. S. 211. Nr. 7. Die Vorſchrift dieſes Mandats und die darin enthaltene Rechtswohlthat iſt aber aufgehoben durch den angeſ. Ständeabſch. III. 8. d. — E. Uebrigens iſt auch bey mangelnder Appellations-

ſatz eines Kaſſenreſtes [17]). IV. In Ewiggeld = Sachen [18]).

§. 163.

Fatalien.

Der Appellations = Termin [1]) (Nothfriſt, Fa=

Summe dem Ermeſſen des Obergerichts überlaſſen, die Berufung gegen das Untergericht aus beſonders erheblichen Urſachen mit oder ohne Suſpenſiv=Effect (§. 164.) zuzulaſſen. V. v. 1811. Jahrb. S. 215. — Dieſe Beſtimmungen ſind unverändert geblieben durch das Geſ. v. 1819. v. Gönner Comm. S. 316.

17) V. v. 9. Nov. 1808. Nov. z. G. O. S. 278.

18) V. v. 10. April 1756. und 25. Juny 1789. Mayr Gen. I. 22. V. S. 7. Nov. z. G. G. O. I. S. 279. — Vergl. Riedl das Ewiggeld=Inſtitut in München. §. 103. S. 115. Anm. S. 493. lit. f.

Zu §. 163. **G. R.** Bayer S. 478. Danz §. 428. v. Grolman §. 99. Linde §. 175. 404. 412. 413. 415. Martin §. 278. (267.) Thibaut §. 1243. 1246. 1247.

S. R. Kori §. 56. 145. 162.

B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 6. Anm. S. 502. Nov. z. G. O. S. 287—292. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 227—230. III. S. 219—222. IV. S. 193. 194. Krüll §. 509—512. Mündler §. 832.

1) Ein fatale interponendae und introducendae appellationis zugleich. Anm. S. 486. 503. 506. v. Gönner Comm. S. 536. fg. „Heut zu Tag — wird die Appellation in hieſigen Landen gar nicht mehr interponirt, ſondern nur introducirt. — Wir haben zwar keine ältern Verordnungen hierum. — Deme aber ſeye, wie ihm wolle, der Magister Usus (Anm. zu Cod. civ. I. §. 13. S. 96.) hat es ſchon von unfürdenklichen Jahren einmal ſo beliebt, und der Codex läßt es um ſo mehr dabey bewenden, als die geringſte Noth nicht erſcheint, warum man ſo viele Umſchweif bey der Sach machen,

tale) beträgt in der Regel ſechzig Tage [2]). Ausnahmsweiſe iſt er bey Appellationen gegen ein Beweis=

---

und mit der linken Hand über den Kopf an das rechte Ohr (an das rechte Ohrläppel. Anm. zu Cod. civ. IV. 10. §. 14. S. 572.) langen ſoll, da man mit der rechten weit näher und geſchwinder daran kommt." Anm. S. 487. fg. — Ausnahmsweiſe kommt ein beſonderes fatale interponendae vor a) im Concurſe (§. 189.) Cod. iud. cap. 19. §. 4. Nr. 5. R. v. 4. Jan. 1812. Moritz III. S. 239. v. Gönner Comm. S. 539. Nr. 2. b. im Wechſelproceß (§. 181.) W. G. O. 1785. Kap. 8. §. 5. Moritz Handb. S. 111.

2) Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 1. Geſ. v. 1819. §. 22. (Beyl. S. 15.) zuerſt angeordnet durch Decret vom 5. May 1750. §. 5. Anm. S. 503. a. E. Andere Zeitbeſtimmungen finden ſich, und zwar A. ſechzig Tage in Mauth=Salzaufſchlag u. andern Defraudationsſachen für beklagte Ausländer. V. v. 1. Dec. 1807. Regbl. 1808. S. 78. Mauth=O. 1808. §. 31. Nov. z. G. O. S. 290. V. v. 3. May 1817. §. 10. Rgbl. 1817. S. 432. Moritz II. S. 227. Beyl. III. des Stände=Abſch. vom 22. July 1819. §. 81. Geſetzbl. 1819. S. 138. — B. dreyßig Tage a. in Sponſalien=Sachen der Katholiken und Proteſtanten. V. v. 2. May 1806. Nr. 6. Regbl. 1806. S. 176. b. in Mauth u. a. Sachen für beklagte Inländer. V. v. 1807 und 1808. — V. v. 8. Aug. 1810. Regbl. 1810. S. 645. c. in Bergſachen. V. v. 14. Sept. 1809. §. 29. Regbl. 1809. S. 1585. d. in Adminiſtrativſtreitigkeiten. V. v. 8. Aug. 1810. Regbl. 1810. S. 645. V. v. 3. May 1817. a. a. O. V. v. 9. Jan. 1821. Regbl. 1821. S. 59. Moritz IV. S. 194. e. bey Stempeldefraudationen V. v. 18. Dec. 1812. §. 80. Regbl. 1813. S. 91. Moritz II. S. 227. V. v. 3. Mai 1817. §. 10. a. a. O. und f. Reclamationen wider das Stempelproviſorium. V. v. 30. Sept. 1811. §. 15. Regbl. 1811. S. 1541. C. vierzehn Tage a. ehedem in Concurſen, bey welchen Wechſelſchulden mit unterliefen, W. G. O. 1785. Kap. 11. §. 5. — aufgehoben durch das Geſ.

Interlocut (§. 69.) [3]) und gegen die andere §. 162. Nr. 1—4. genannten Erkenntniſſe auf **dreyßig** Tage feſtgeſetzt [4]). Er wird von dem Tage der Publication (§. 76b.) oder Notification [5]) angerechnet, mit Ausſchluß dieſes Tages, dauert den ganzen letzten Tag bis Abend [6]), und endet, wenn dieſer letzte Tag ein von der Kirche gebotener Feyertag iſt (§. 64.), erſt am nächſtfolgenden Werktage [7]). Die Folge der Nichtbeobachtung dieſes

---

v. 1819. §. 2. Abſ. 2. (Beyl. S. 16.). **Moritz** Handb. S. 150. — b. in **Caducitäts**=Fällen. R. v. 3. Aug. 1772. **Mayr** Gen. S. 57. Nov. z. G. O. l. S. 280. — aufgehoben mit der **Gutsheimfälligkeit** durch die Ed. v. 28. July 1808. §. 81. 83. und Beyl. IV. d. V. U. 1818. l. §. 16. und 18. R. Bl. 1808. S. 1851. Geſetzbl. 1818. S. 225. c. in Mauthſachen für den Kläger. V. v. 25. Sept. 1811. §. 138. fg. Regbl. 1811. S. 1391. **Moritz** II. S. 227. D. **zehn** Tage in Bau= und Kundſchaftsſachen. Rgbl. 1805. S. 354. Nov. z. G. O. l. S. 289. E. **acht** Tage in Wechſelſachen. W. G. O. 1785. Kap. 9. §. 3. Nr. 1. **Moritz** Handb. S. 116. Nov. z. G. O. S. 185.

3) Der Grund dieſer Abkürzung iſt, zu verhindern, daß nicht unter dem Vorwand der Appellation die geſetzliche Deſertion des Beweistermins vereitelt wird. Anm. S. 507. lit. f.

4) Cod. iud. l. c. Nr. 6. Geſ. v. 1819. §. 22.

5) Dieſer Tag beſtimmt auch den Anfang des fatalis für **Fiscale**; **nicht** mehr, wie in Cod. iud. cap. 14. §. 8. Nr. 8. die **Acten=Mittheilung**, welche überhaupt in Partey=Sachen künftig wegfällt. Geſ. v. 1819. §. 10. und 22. Abſ. 3. (Beyl. S. 10 und 16.)

6) **Nicht** von Stunde zu Stunde. Anm. S. 504. lit. h.

7) Die dazwiſchen fallenden Feyertage werden mit eingerechnet. Cod. iud. l. c. Nr. 2. — In **Wechſel**=Sachen macht auch ein auf den letzten Tag fallender Feyertag **keinen** Unterſchied. W. G. O. Kap. 9. §. 3. **Moritz** Handb. S. 116.

Termins iſt Deſertion der Appellation (§. 169.) [8]. Bey Inhäſiv-Sentenzen iſt das Fatale nicht von der Publikation oder Notification des letzten, ſondern des erſten Erkenntniſſes, wenn dieſes ein definitives, und zur geſonderten Appellation (§. 162.) geeignetes war, anzunehmen [9].

§. 164.

Devolutive und ſuſpenſive Wirkung.

Jedes eigentliche Rechtsmittel (§. 160.) bringt die Sache von dem untern Richter an den höhern, und iſt dadurch devolutiv; die Appellation hemmt in der Regel auch die Thätigkeit des Richters erſter Inſtanz, und iſt daher ſuſpenſiv [1]. Dieſe ſuſpenſive Wirkung haben aber nicht: Appellationen a) gegen bloße Proviſional-Verfügungen in Sachen, welche keinen Verzug leiden, beſonders Streitigkeiten über den jüng-

8) Cod. ind. cap. 15. §. 5. Nr. 1. §. 6. Nr. 1. Geſ. v. 1819. §. 23. (Beyl. S. 16.)

9) Cod. ind. cap. 15. §. 6. Nr. 7. — Anm. S. 508. lit. g. — v. Gönner Comm. S. 263. Nr. 4.

Zu §. 164. **G. R.** Bayer S. 489. Danz §. 411 f. v. Grolman §. 208. 214. Linde §. 384. Martin §. 292. 293. (281. 282.) Thibaut §. 1244. 1245.

S. R. Kori §. 138.

B. R. Cod. ind. cap. 15. §. 5. Anm. S. 489. Krüll §. 513.

1) Die Dispoſitionen des Cod. ind. cap. c. wurden dadurch höchſt unbeſtimmt, daß §. 3. princ. den Ausdruck braucht: „die Appellation ſoll in folgenden Fällen entweder gar nicht, oder wenigſtens quo ad effectum suspensivum nicht ſtatt haben;“ und weder in dem Text dieſes §, noch in den Anm. S. 489 f. die Fälle gänzlicher Inappellabilität,

ſten Beſitz (§. 187.), b) gegen die Verfügung der Aufnahme des Beweiſes zum ewigen Gedächtniß (§. 157.), c) gegen die Execution durch Auspfändung und Immiſſion (§. 176.) [2]). Dieſe Ausnahmen ſollen eigentlich nur bey Appellationen gegen Verfügungen der Obergerichte eintreten, jedoch auch bey Verfügungen der Untergerichte [3]) der Suſpenſiv-Effect in dieſen Fällen ſo leicht nicht geſtattet werden, und im Zweifel über ſolche Wirkung der Oberrichter erkennen [4]).

---

und des bloßen Mangels ſuſpenſiver Wirkung ausgeſchieden werden. — Das Geſetz von 1819. §. 18. erklärt ſich beſtimmt über ganz inappellable Gegenſtände (§. 162.) und jetzt ſind alſo nur diejenigen noch zur Appellation mit blos devolutiver und nicht ſuſpenſiver Wirkung geeignet, welche außer den in dem Geſetz von 1819 genannten in Cod. iud. l. c. vorkommen. Vergl. v. Gönner Comm. S. 246 f. u. 351. Nr. 3.

2) Der Beyſatz Cod. iud. cap. 15. §. 3. Nr. 4. „außer ſoviel den modum deſſelben betrifft" fällt jetzt weg, weil das Geſetz von 1819. §. 31. Abſ. 3. (Beyl. S. 21.) auch über dieſen modus keinen Suſpenſiv-Effect geſtattet. — Von dem ausnahmsweiſen Zulaſſen der Berufung bey mangelnder Appellations-Summe mit oder ohne Suſpenſiv-Effect ſ. §. 162. Note 16. E.

3) Jede Obrigkeit hat zu Aufrechthaltung ihres Anſehens die Befugniß, einen Widerſpenſtigen auf der Stelle zu ein bis zwey Tagen Gefängniß abführen zu laſſen. Dagegen findet eine Beſchwerde bey dem höhern Richter (§. 175.), jedoch nicht mit Suſpenſiv-Wirkung ſtatt. v. Gönner Comm. S. 326.

4) Beſtätiget durch V. v. 11. Febr. 1811. Regbl. 1811. S. 235. v. Gönner und v. Schmidtlein Jahrbücher II. S. 212 f.

§. 165.
Attentate.

Das Gericht erſter Inſtanz muß bey jenen Appellationen, welche den Beſtimmungen des Geſetzes von 1819. §. 18. (§. 162.) zuwider ergriffen werden, den Appellanten in einer motivirten [1]) Entſchließung abweiſen [2]), und nach Lage des Proceſſes in der Sache weiter verfahren [3]). Außer dieſem Falle kommt dem-

---

Zu §. 165. **G. R.** Bayer S. 489. Danz §. 415. 427. v. Grolman §. 208. b. Linde §. 386. Martin §. 152. f. 276. a. (142. 265.) Thibaut §. 1245.

S. R. Kori §. 155.

B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 8. Anm. S. 514. Krüll §. 3. 514. 515. Mündler §. 833.

1) Die Gründe ſolcher Entſchließung ſind nicht aus der Natur der Beſchwerden, ſondern lediglich aus der Diſpoſition des Geſetzes von 1819. §. 18 zu ſchöpfen. v. Gönner Comm. S. 369. Mangel der Appellationsſumme (§. 162 u. 170.), Gleichförmigkeit der Urtheile (§. 170.), Deſertion der Fatalien (§. 163.) gehören zur Beurtheilung des höhern Richters, ebd. S. 372. Nr. 6.

2) Geſetz von 1819. §. 24. Abſ. 1. (Beyl. S. 16.) Von der Abweiſung wird dem Gegner unter Mittheilung des Beſchwerdelibells Nachricht ertheilt. V. v. 26. Nov. 1816. Regbl. 1816. S. 845. Nr. 1. v. Gönner Comm. S. 369. Nr. 2.

3) Ungeachtet einer nochmaligen Appellation des Appellanten gegen dieſe Abweiſung. Dieſem Appellanten iſt blos vorbehalten: 1) die Verbindung der Beſchwerde mit der künftigen Appellation in der Hauptſache, 2) eine Extrajudicial-Beſchwerde (§. 173. Nr. 8.) bey dem höheren Richter ohne Suſpenſivkraft, über welche dieſer Bericht ohne Acten abfordern, und wenn er die Beſchwerde gegründet findet, das gewöhnliche Appellations-Verfahren anordnen kann. v. Gönner Comm. S. 371. Nr. 4. 6.

ſelben keine Art von Erkenntniß über Zuläſſigkeit und Formalien der Appellation zu [4]. Die Sache wird durch die Appellation, nach Maßgabe der eingewandten ſpeciellen Beſchwerden (§. 166.), nebſt allem, was davon abhängt, an den höhern Richter devolvirt [5], die Befugniß des untern dadurch ſuſpendirt (§. 164.) [6] und ſein Verfahren inhibirt [7]. Was die Gegenpartey oder der Richter, gegen deſſen Erkenntniß appellirt wurde, dagegen unternimmt, iſt ſtrafbare Neuerung (innovatio, attentatum) [8]. Die dadurch beeinträchtigte Partey iſt auf Koſten des Attentanten, nach vorläufiger ſummariſcher Cognition der Sache, unverzüglich in den Stand, in welchem die Sache vor der Neuerung war, zu ſetzen, und ehe nicht dieſe Reſtitution geſchehen, in der Hauptſache nicht zu verfahren [9].

---

4) Dieſe Beurtheilung bleibt in Folge der Devolutiv-Wirkung (§. 164.) lediglich dem höhern Richter vorbehalten; ebd. S. 372. Nr. 6.

5) Cod. iud. cap. 15. §. 9. Nr. 1. Anm. S. 520. lit. b. und zwar ſchon durch die bloße Appellations-Inſinuation in Gegenſtänden, die zur geſonderten Appellation (§. 162.) mit Suspenſiv-Wirkung (§. 164.) ſich eignen. Anm. S. 515. lit. d. Auch darf der Richter erſter Inſtanz ein Urtheil, gegen welches die Appellation noch offen iſt, vor Ablauf der Fatalien nicht vollziehen. ebd. lit. e.

6) Cod. l. c. Nr. 2.

7) ib. §. 8. Nr. 1. v. Gönner Comm. S. 351. Nr. 3.

8) Cod. l. c. §. 8. Nr. 2. Anm. S. 516. lit. h.

9) ib. Nr. 3. 4. Anm. S. 517 f. von Gönner Comm. S. 362.

§. 166.

Appellationsſchrift. Beſchwerden. Nova. Appellations-Verzicht.

Der Appellant muß, innerhalb des Appellations-Termins (§. 163.), bey Strafe der Deſertion, die an den nächſt höhern Richter gerichtete [1]) Appellationsſchrift bey dem Gerichte erſter Inſtanz [2])

Zu §. 166. **G. R.** Bayer S. 369. Danz §. 417. 420 f. 428. 433. v. Grolman §. 212. b. 215. Martin §. 278. 282. 286 f. Thibaut §. 1245. 1247. 1250. 1251.

S. R. Kori §. 167.

B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 5 f. Anm. S. 496. Nov. z. G. O. S. 285. Moriß Nov. z. G. O. II. S. 226. III. S. 212. Krüll §. 521—525. Mündler §. 835. 836.

1) Geſ. v. 1819. §. 23. (Beyl. S. 16.) v. Gönner Comm. S. 351. Nr. 3. S. 386. Nr. 17.

2) a. Ebenſo die Reviſionsſchrift im Fall der Berufung an die dritte Inſtanz (§. 170.), v. Gönner Comm. S. 352. Nr. 4. Unbenommen bleibt es dabey dem Appellanten, dem Oberrichter die Anzeige der ergriffenen Appellation zu machen, ebd. S. 361. Nr. 8. — b. Eines Begleitungs- (Präſentations-) Schreibens an das Gericht erſter Inſtanz bedarf es nicht. V. v. 10. Febr. 1810. Moriß IV. S. 188. c. Duplicate der Berufungen ſind in adminiſtrativen Gegenſtänden unterſagt, durch R. v. 25. April 1826. Intbl. des Iſarkr. 1826. S. 351., modificirt durch R. v. 7. Juli 1832. ebd. 1832. S. 690. Vergl. R. v. 15. Oct. u. 29. Nov. 1819 u. 28. Jan. 1834. ebd. 1819. S. 842. 845. 1834. S. 310. d. Wer aus Verſehen die Appellation bey der dritten Inſtanz, ſtatt bey der erſten, oder mittleren innerhalb der Fatalien (§. 163.) einreichte, ſalvirte dieſe dadurch. Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 3. Anm. S. 505. lit. a. Daß jetzt die rechtzeitige Einreichung der Appellation bey dem Appellationsgericht oder O. A. G. ſtatt bey dem Gerichte erſter Inſtanz, dieſe nämliche Wirkung noch habe, iſt in dem Ge-

übergeben. In mündlich zu Protocoll verhandelten Sachen (§. 142.) kann die Beſchwerde in gleicher Art aufgenommen werden [3]). In der Appellationsſchrift ſind die Beſchwerden (gravamina) ſo vorzutragen, daß man deutlich und ſpeciell (specifice) daraus erſehen kann, worin Appellant beſchwert zu ſeyn glaubt. Sie müſſen an ſich erheblich und wahrſcheinlich ſeyn und ausgeführt (deducirt) werden [4]). Dieſe Ausführung darf eine beſſere Erklärung und Auseinanderſetzung deſſen, was ſchon in voriger Inſtanz vorkam, in Anſehung der Wahrheit des Factums und ſeiner Umſtände (circa facti veritatem aut circumstantias) enthalten, aber keine nova, auſſer wenn Appellant eidlich erhärten kann, daß erſt nach dem vorigen Urtheil ſolche neue Umſtände ſich ergeben hätten,

---

ſetz von 1819 nicht vorbehalten, aber auch nicht ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert, daher nach §. 38 des Geſetzes (Beyl. S. 25.) für beybehalten zu erachten. Auch der Commentar zu §. 23 ſchweigt davon. Nach neuern Präjudizien wird unterſchieden, ob die unrichtige Einreichung blos aus Verſehen, oder abſichtlich geſchah, und nur im erſten Fall das Fatale als gewahrt betrachtet, im letzten aber in desertionem erkannt.

3) Der Richter hat dabey dafür zu ſorgen, daß deutlich und ſpeciell angegeben werde, worin der Appellant beſchwert zu ſeyn glaube, und gegen welche Punkte des vorigen Urtheils er die Appellation ergreife; ebd. S. 361. Nr. 7.

4) Cod. iud. cap. 15. §. 5. Nr. 3 u. 4. — „Dahero weder eine bloße vorläufige Appell. Inſinuation, noch da man ſich lediglich ad acta priora bezieht, für eine Appellationsſchrift an- und aufgenommen werden ſolle, wenn nicht obbemeldete deductio gravaminum noch vor Ausgang der Fatalien nachfolgt;“ ebd. Nr. 4. — v. Gönner glaubt hiſtoriſch

oder ihm zur Kenntniß gekommen ſeyen [5]). Das Aeußere und die übrige Form der Appellationsſchrift richtet ſich nach den Vorſchriften für andere Rechtsausführungen (§. 86.) [6]). Abſchrift des gravirenden Erkenntniſſes beyzulegen, iſt gar nicht mehr [7]), und die Anführung des Publications-Tages nur dann noch nöthig, wenn er nicht mit Beſtimmtheit aus den Acten ſelbſt hervorgeht [8]). Jeder Appellant kann ſich ſtill-

---

ausgeführt zu haben, daß es einer eigentlichen Ausführung der Beſchwerden nicht bedürfe, wenn nur die Beſchwerden ſpeciell und deutlich angeführt ſind. Comm. S. 353 — 361. Allein Cod. iud. rechnet die deductio gravaminum offenbar zu den Formalien der Appellation, und was nicht förmlich geſchieht, wird für nicht geſchehen geachtet. Anm. S. 486. lit. c. 497. lit. a. 499. lit. d. 520. a. E. Rſcr. v. 14. April 1755. Mayr Gen. III. S. 42. Nov. z. G. O. I. S. 291. Auch das R. v. 10. Febr. 1820 verordnet, daß mit Umgehung unnöthiger Actenauszüge, die Beſchwerden des Appellanten mit zweckmäßiger Kürze dargeſtellt und ausgeführt werden ſollen. Moritz IV. S. 189. — Weſentlicher Unterſchied zwiſchen Beſchwerdepunkten (gravamina) und den Gründen, aus welchen ſie beſchwerend ſind (rationes gravaminum).

5) Cod. iud. cap. 15. §. 5. Nr. 8.

6) Cod. iud. cap. 15. §. 5. Nr. 9. Erlaubtes Urtheil-Schelten. Anm. S. 526. lit. g.

7) Weil die Urtheile mit den Acten ohnehin jetzt mit der Appellationsſchrift zugleich zu dem Obergerichte gelangen. Geſ. v. 1819. §. 23. Abſ. 2. (Beyl. S. 16.)

8) Cod. iud. cap. 15. §. 6. Nr. 4. Anm. S. 506. lit. d. R. v. 9. Juli 1811. v. Göner und v. Schmidtlein's Jahrb. II. S. 227. v. Gönner Comm. S. 363. Nr. 11. — Die Beſtellung eines Inſinuations-Mandatars in der Berufungsſchrift iſt a) bey dem O. A. G. gar nicht

ſchweigend [9]) oder ausdrücklich der Appellation wieder begeben; nach ſchon eingereichter Appellationsſchrift, oder zu Protocoll aufgenommenen Beſchwerden, kann dieſes jedoch, wenn der Appellat adhärirt hat, oder ſo lange dieſem noch die Adhäſion offen ſteht [10]), ehedem bis zu dem Inrotulations-Termin, jetzt bis zu dem Ablaufe der Appellat. Except. Friſt (§. 167 u. 168.), ohne Einwilligung des Gegentheils nicht geſchehen [11]).

§. 167.

Verfahren nach eingekommener Berufung.

I. Nach den Normen des Geſetzes vom 22. Juli 1819. §. 25.

Iſt die Appellation gegen die Abweiſung der Klage (§. 162. Nr. 1.) ergriffen [1]), ſo waren die Acten ohne

---

nöthig. R. v. 16. April 1810. Rgbl. 1810. S. 322. Nov. z. G. O. I. S. 236. b) bey Appellationsgerichten nur dann, wenn ſie von dem Gerichte erſter Inſtanz entfernt ſind, und die Taxen von den Parteyen unmittelbar erheben. v. Gönner Comm. S. 363. Nr. 12.

9) Durch Antritt auferlegten Beweiſes oder Verlängerungsbitte ohne Proteſtation u. d. (§. 161. Nr. 1.) Cod. iud. cap. 15. §. 10. Nr. 2.

10) v. Gönner Comm. S. 385.

11) Cod. l. c. Nr. 1. Anm. S. 522 f.

Zu §. 167. G. R. Bayer S. 487. Danz §. 402. 439. v. Grolman §. 163. 212. a. Linde §. 395. Martin §. 390. 299. Thibaut §. 1251.

S. R. Kori §. 149. 176. S. 308.

B. R. Cod. iud. cap. 14. §. 3. cap. 15. §. 7. Anm. S. 510. Geſetz von 1819. §. 25. Beyl. S. 17. Nov. z. G. O. S. 285. 286. 292—294. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 231. 232. III. S. 221. IV. S. 198. Krüll §. 528. Mündler §. 835.

1) Geſ. v. 1819. §. 25. Abſ. 1. (Beyl. S. 17.)

weiters an den höhern Richter einzuſenden, und der Gegentheil erhielt, unter Mittheilung der Appellationsſchrift [2]), davon Nachricht. In den übrigen Fällen, auſſer dem Concurſe (§. 192.) wurden, ebenfalls unter Mittheilung der Appellationsſchrift (Beſchwerden-Libell) an den Gegner, beyde Theile, mit einem Zwiſchenraum von dreyßig Tagen, auf einen Tag zu Inrotulation der Acten vorgeladen [3]). Bis zu dieſem Termine oder in demſelben konnte der Appellat, mit Ausnahme der Appellationen an die dritte Inſtanz (§. 170.), eine Nebenverantwortung (Appellations-Exception) übergeben, auch der Appellation adhäriren (§. 168.). Dieſe Schrift wurde dem Appellanten in dem Inrotulations-Termin, wenn er dabey erſchien, auſſerdem aber beſonders mitzetheilt [4]). Der Inrotu-

---

2) v. Göner Comm. S. 376. Nr. 1. S. 377. Nr. 3.

3) Geſetz von 1819. §. 25. Abſ. 2. 3. Durch dieſe Anordnung der Inrotulation bey Appellationen, war die in Cod. iud. cap. 14. §. 3. in wichtigen Sachen auf Verlangen der Theile geſtattete Inrotulation vor dem End-Urtheil erſter Inſtanz nicht aufgehoben. v. Gönner Comm. S. 392. Nr. 1. — Die Verfügung der Inrotulation bey Appellationen geſchah von Amtswegen. (§. 70.) ebd. Nr. 2.

4) Dieſe Nebenverantwortung iſt nicht zuläſſig bey Reviſionen (Appellationen zur dritten Inſtanz) (§. 170.) Cod. iud. cap. 15. §. 7. Nr. 7. — beſtätiget im Geſetz von 1819. §. 25. Abſ. 4. (Beyl. S. 17.) Ihren Grund bey Appellationen gegen Erkenntniſſe der Untergerichte geben die Anm. S. 513 dahin an: „weil ſie ihren Beſcheid nicht allezeit genug zu vertheidigen wiſſen".

lations=Termin konnte nicht verlängert werden [5]). Den Parteyen, welche dabey erſchienen, wurden die Acten ſammt Renner (rotulus, designatio actorum) [6]), zur Einſicht vollſtändig [7]) vorgelegt, ihre Erklärung [8]), ob ſie die Acten für vollſtändig erkennen, mit Anführung der Zahl der Acten=Stücke und unter Beziehung auf den Renner, zu Protocoll genommen, dann ihnen frey geſtellt, dem Einpacken der Acten

5) Eben ſo wenig alſo damals der Termin zur Appell. Exception. v. Gönner Comm. S. 378. Nr. 6. — Ob auch nicht mit Einwilligung beyder Theile? — vergl. ebd. S. 392. Nr. 3. Ob nicht jetzt, nach Nr. II.? Ehedem konnte er ſelbſt von dem iudex a quo prolongirt werden. R. v. 14. Aug. 1810.' Nov. z. G. O. I. S. 294.

6) Ein bey jedem Actenbande befindliches Verzeichniß aller Actenſtücke nach chronologiſcher Ordnung in fortlaufenden Nummern. v. Gönner Comm. S. 393. Nr. 5. — Die Appellationsſchrift, Adhäſion, Nebenverantwortung u. d. gehören nicht zu den Acten erſter, ſondern zweyter Inſtanz und werden daher zu letzten regiſtrirt. R. v. 14. Juli 1820. Moritz IV. S. 197.

7) „Bey der Inrotulation ſowohl, als bey der in andern Fällen geſtatteten Einſicht der Acten ſollen dieſe den Parteyen oder Betheiligten vollſtändig vorgelegt, davon jedoch, der G. O. Kap. 14. §. 3. und Kap. 15. §. 11. Nr. 9. gemäß, die ſchriftlichen Vorträge, ſo wie die Entſchließungen und Aufſätze, welche rein disciplinäre oder correctionelle Verfügungen betreffen, ausgeſchloſſen ſeyn." Geſetz von 1819. §. 28. (Beyl. S. 19.) v. Gönner Comm. S. 392. Nr. 4. u. S. 397. — Unterſchied zwiſchen Proceß= und Collegial=Acten (?) ebd. S. 397—400. b.

8) Nebſt den etwaigen Anträgen auf Vervollſtändigung, über welche nur der höhere Richter entſcheidet. Die erſte Inſtanz hat aber die Actenſtücke, welche hinſichtlich ihrer nöthigen Adhibirung beſtritten ſind, bey der Einſendung beyzufügen, ebd. S. 393. Nr. 6.

beyzuwohnen [9]). Erſchien keiner von den Theilen, ſo wurde das Actenverzeichniß abgeſchloſſen, und das Nicht-Erſcheinen darauf bemerkt [10]). Nach dieſem Termin waren die Acten nebſt Verzeichniß unverzüglich zur zweyten Inſtanz einzuſenden [11]).

II. Nach Vorſchrift des Stände-Abſchiedes vom 29. December 1831.

Durch dieſen [12]) iſt „die Vorſchrift der

---

9) Für die Ladung zu dem Inrotulations-Termin und deſſen Abhaltung wurden die gewöhnlichen Koſten angeſetzt. Die Herſtellung der Actenverzeichniſſe und das Einpacken geſchahen koſtenfrey. Geſ. von 1819. §. 26. Abſ. 3. (Beyl. S. 18.) nur die Koſten einer beſondern Art des Packens z. B. in Kiſten (Note 11.) waren den Parteyen aufzurechnen. v. Gönner Comm. S. 391. Nr. 9. — Jetzt?

10) Geſetz von 1819. §. 26. Abſ. 4. — Von der darauf erfolgenden Acten-Einſendung erhalten die Parteyen keine Nachricht. v. Gönner Comm. S. 396. Nr. 3. — Genaue Nachweiſung der Ladung zur Inrotulation. R. v. 25. Oct. 1821. Moritz IV. S. 196. — Fällt jetzt weg.

11) ebd. §. 27. (S. 19.) — a. Die zu verſendenden Acten ſind mit mehrfachem Papier zu umlegen, und mit ſtarkem Bindfaden zu befeſtigen, wenn die Sendung nicht ohnehin in Kiſten, oder Wachstuch geſchehen muß. R. v. 15. März 1812. v. Aretin Ann. II. S. 6. Moritz III. S. 225. — Bey dem Siegeln ſind Oblaten ſtatt des Siegellaks zu nehmen. R. v. 8. Oct. 1811. ebd. S. 224. — b. im Einſendungsbericht iſt bey der Rubrik anzuführen, ob die Einſendung zur Appellations- oder O. A. Gerichtlichen Entſcheidung geſchehe. R. v. 8. April 1815. 7. Febr. u. 12. Juni 1820. 29. Oct. u. 3. Dec. 1821. Moritz IV. S. 195. — c. Die Berichte ſind leſerlich zu unterzeichnen. R. v. 27. Febr. 1823. ebd.

12) und zwar in dem Abſchied ſelbſt (III. 9.), nicht durch ein demſelben beygefügtes beſonderes Geſetz.

Proceß-Novelle von 1819. §. 25." zurückgenommen, und es ſoll „in ſoweit bis zum Erſcheinen der neuen Gerichtsordnung" lediglich bey der Gerichts-Ordnung, Kap. XIV. §. 3. bewenden [13]).

§. 168.

Adhäſion.

Eine geſetzlich eingewandte Appellation ertheilt dem Appellaten die Befugniß, derſelben in ſämmtlichen durch das gravirende Urtheil entſchiedenen Punkten zu adhäriren [1]). Dieſe Adhäſion des Appellaten, und die Adhäſion eines Dritten iſt an die Beobachtung der Fatalien (§. 163.) gebunden, wenn ſie von den Be-

---

13) Da dieſe Stelle der G. O. blos von der Inrotulation der Acten, und zwar von derjenigen ſpricht, welche in Sachen von großer Wichtigkeit vor endlicher Entſcheidung, alſo ſchon vor dem Erkenntniß erſter Inſtanz auf Begehren der Parteyen vorgenommen werden ſoll, (ſ. Note 3.) in dem §. 25. der Proceßnovelle aber außer der Acten-Inrotulation auch noch andere Gegenſtände vorkommen, ſo entſteht natürlich der Zweifel, ob der ganze §. 25. oder nur die darin angeordnete Inrotulation aufgehoben ſey.

Zu §. 168. **G. R.** Bayer S. 495. Danz §. 415. v. Grolman §. 211. Linde §. 393. Martin §. 276. 278. Thibaut §. 1251.

S. R. Kori §. 150.

B. R. Cod. iud. cap 15. §. 9. Anm. S. 521. lit. c. Krüll §. 518.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 3. Anm. S. 521. lit. c. Von der Ausübung dieſes Rechts hängt die Gültigkeit des Verzichts auf ergriffene Appellation ab (§. 166.) Cod. iud. cap. 15. †. 10. Nr. 1. v. Gönner Comm. S. 384 f.

ſchwerden des Appellanten ſeparirte Punkte betrifft [2]); wenn aber die Beſchwerden des Appellaten mit denen des Appellanten connex ſind und aus einer Quelle fließen, oder wenn ein dritter blos acceſſoriſch adhärirt, kann die Adhäſion noch nach Ablauf der Fatalien [3]), jedoch jetzt nur noch bis zur Appellations = Exception (§. 166.) geſchehen [4]). Die Adhäſionsſchrift iſt, wie die Appellation, an die höhere Inſtanz zu richten [5]), und es ſind darin die Beſchwerden (§. 166.) ſpeciell zu deduciren [6]). Im Fall ſolcher Adhäſion kann der Appellant eine hierauf [7]) beſchränkte Nebenverantwortung in einer unerſtreckbaren Friſt von dreyßig Tagen einreichen, welche dann dem Appellaten, als Adhärenten, zur Nachricht mitgetheilt wird [8]).

---

2) ebd. Nr. 4 u. 5. Anm. S. 488. a. E.

3) ebd. Nr. 3 u. 5.

4) Geſetz von 1819. §. 25. Abſ. 4. (Beyl. S. 17.) v. Gönner Comm. S. 379. Nr. 7.

5) v. Gönner Comm. S. 379. Note *.

6) Cod. l. c. §. 9. Nr. 3. a. E.

7) Auf die Adhäſion.

8) Geſetz §. 25. Abſ. 4. — a) Wegen dieſer Adhäſions=Nebenverantwortung wird die Acten=Einſendung nicht aufgehalten, ſondern in dem Einſendungsbericht der nachzuſendenden Schrift Erwähnung gethan. v. Gönner S. 383. Nr. 13. — b) Das Recht der Adhäſion iſt auch bey Appellationen zur dritten Inſtanz (Reviſion §. 170.) geltend, jedoch ohne Adhäſions=Nebenverantwortung. ebd. S. 382. Nr. 11. 12.

§. 169.

Rechte und Pflichten des Appellations-Richters. Appellations-Erkenntniß und Publication.

Der Appellations-Richter hat I. die Förmlichkeiten, Beobachtung der Fatalien (§. 163.) und der übrigen Erforderniſſe der Appellations-Einführung (§. 166.) zu prüfen, bey offenbarem Mangel von Amtswegen (§. 70.) in desertionem appellationis zu erkennen [1]), wenn aber die Formalien ſich richtig befinden, II. die Spruch-Reife der Acten zu unterſuchen. Findet der höhere Richter die Sache in facto noch nicht hinreichend inſtruirt, entweder weil zuläſſige nova (§. 166.) vorgebracht [2]) oder, weil Beſchwerde gegen nicht appellable Verfügungen (§. 162.) mit der Appellation in der Hauptſache verbunden wurden [3]), welche er für erheblich erkennt, ſo ergeht der nöthige Auftrag zu Er-

---

Zu §. 169. G. R. Bayer S. 487. Danz §. 426. 432. 438. v. Grolman §. 214. Linde §. 407—411. Martin §. 289—291. (278—281.) Thibaut §. 1247. 1248.
S. R. Kori §. 249.
B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 11. Anm. S. 523. Krüll §. 526. 529. Mündler §. 837.

1) Cod. iud. l. c. Nr. 1. Anm. S. 504. lit. a. S 523. lit. a. Die von der erſten Inſtanz eingeſendeten Acten werden, ohne vorher einen beſondern Vortrag über den Actenſchluß (wie in erſter Inſtanz) zu erſtatten, dem Gerichtsvorſtand ſogleich zu Ernennung eines Referenten vorgelegt. R. v. 27. Juli 1813. v. Aretin Ann. II. S. 7. Moritz III. S. 223.

2) Cod. iud. cap. 15. §. 5. Nr. 8. §. 7. Nr. 9.

3) v. Gönner Comm. S. 290 f.

gänzung der Verhandlungen [4]) an den Richter voriger Inſtanz, wonach die Acten von neuem an den Appellations = Richter zum Spruch einzuſenden ſind [5]). Nur in dem Fall, da es auf ordentlichen Beweis (§. 149.) durch Zeugen ankommt, wird dieſer in erſter Inſtanz inſtruirt, und auch darüber dort mit Vorbehalt weiterer Appellation (salva vlteriori appellatione) erkannt [6]). — III. Bedarf es ſolcher Ergänzungen nicht,

---

4) z. B. durch nachträgliche Zulaſſung der Replik und Duplik, eines verworfenen Artikels oder Zeugen, Augenſcheins oder Gutachtens, neuer Urkunden.

5) Cod. iud. cap. 15. §. 7. Nr. 9. Anm. S. 513. — v. Gönner Comm. S. 284 f.

6) A. Dazu rechnet v. Gönner Comm. S. 292. Nr. 20. auch den Fall, da der Appellant mit dem ganzen Beweiſe präcludirt war, welchen nun der Appellationsrichter für zuläſſig erkennt. — B. Der Ausdruck des Judiciar = Codex „salva vlteriori appellatione" deutet ganz natürlich auf eine weitere Appellation, welche gegen dieſes neue Erkenntniß erſter Inſtanz, auſſer derjenigen ergriffen wird, die gegen das vorige ergriffen und mit welcher der Vortrag ſolcher Umſtände verbunden war, welche den Appellationsrichter veranlaßten, die Sache zur neuen Inſtruction und Entſcheidung zu verweiſen. Es bedurfte daher keiner beſondern Erläuterung dieſes Ausdrucks, welche v. Gönner Comm. S. 289 vermißt. — C. Geſchieht die Anordnung neuer Inſtruction und Entſcheidung ohne Aufhebung des erſten Urtheils, oder mit derſelben? a) das erſte behauptet v. Gönner Comm. S. 288. lit. d. S. 290. Nr. 19. u. S. 292. Nr. 20., weil caſſatoriſche Erkenntniſſe nur wegen Nichtigkeit begründet ſeyen; b) für das letztere ſpricht α) vielfache Praxis, β) die Analogie der von Herrn v. Gönner S. 288 ſelbſt angeführten Novelle vom 30. Aug. 1815. Lith. S. Nr. 102. Doppelmayr S. 208 fg.,

ſo hat der Appellations-Richter in der Hauptſache zu ſprechen, und die vorige Sentenz, nach beſonderer Beſchaffenheit jeder Sache, entweder zum Theil oder ganz zu beſtätigen, zu reformiren, oder zu erklären (§. 159.) [7]. Die Gränzen der Competenz des höhern Richters werden hiebey lediglich durch den Inhalt der Beſchwerden (§. 166.) beſtimmt [8]. Die Entſcheidungs-Norm iſt das

---

welche zwar Nr. 1. caſſatoriſche Erkenntniſſe in der Regel nur wegen Nichtigkeiten, jedoch Nr. 5. eine Aufhebung des vorigen Erkenntniſſes auch für den Fall anordnet, da die verfügten Erſetzungen die Sache zum Nachtheil des Angeſchuldeten, der hier gewiſſermaßen als Appellat dem von Amtswegen gegen ihn verfahrenden Richter gegenüber ſteht, verändern; γ) der Ausdruck des Cod. iud. „salva vlteriori appellatione“ und endlich δ) die Natur der Sache; denn wie ſollte die erſte Inſtanz befugt ſeyn, in einem neuen Erkenntniß etwas Abgeändertes zu erkennen, wenn nicht ihr voriges Urtheil aufgehoben wäre? Cod. iud. cap. 14. §. 9. (§. 159.)

7) Cod. iud. cap. 15. Nr. 2. Vrgl. mit cap. 14. §. 9. Nr. 2. Anm. S. 524. lit. b. Vortrag und Abſtimmung richten ſich nach den allgem. Grundſätzen der §§. 77. a. u. c. — Im Fall der Berufung zu dem O. A. G. (§. 170.) wird die Relation des appellations-gerichtlichen Referenten in Original den Acten beygelegt. Wenn übrigens einzelne Referenten eine unleſerliche Handſchrift ſich angewöhnt haben, ſo liegt ihnen ob, eine Abſchrift ihres Vortrags auf eigene Koſten fertigen zu laſſen. R. v. 28. Oct. 1811. — Alle Vorträge ſind, ſobald ſie abgelegt wurden, zu den Gerichtsacten abzugeben, in dieſelbe einzureihen und zu numeriren, und nur, wenn die Parteyen Einſicht nehmen (§. 167. N. 7.), davon zu entfernen. R. v. 14. Nov. 1815. Moritz III. S. 225.

8) Cod. l. c. §. 9. Nr. 1: „nach Maß der eingewendeten Special-Gravaminum.“

in erſter Inſtanz geltende Recht (§. 76. a.) [9]. Das Appellations-Erkenntniß wird nebſt Acten der vorigen Inſtanz in beglaubter Form zugeſendet, von jener publicirt (§. 76. b.) [10]) und das Publications-Protocoll in vidimirter Abſchrift tax- und ſtempelfrey an das A. G. eingeſendet [11]).

§. 170.

Reviſion.

Reviſion iſt Appellation an das Oberappellationsgericht, als dritte Inſtanz [1]), und richtet ſich nach

---

9) Cod. l. c. §. 11. Nr. 3. Anm. S. 525. lit. c.

10) Jedoch ohne die etwa derſelben gegebenen Verweiſe. V. v. 17. Nov. 1803. Rgbl. 1803. S. 988. Nov. z. G. O. I. S. 294.

11) R. v. 13. Jul. 1812. v. Aretin Annalen II. S. 6. Moritz III. S. 225. R. v. 17. Jun. 1821. Moritz IV. S. 199. — Eine Exrotulation iſt nun war nicht angeordnet. v. Gönner Comm. S. 394. Nr. 11.

Zu §. 170. **G. R.** Bayer S. 506. Danz §. 442. f. v. Grolman §. 216. Linde §. 414 — 416. Martin §. 275. a. (264.) Thibaut §. 1252.

S. R. Kori §. 178. 181.

B. R. Cod. iud. cap. 15. §. 12. Anm. S. 529. Nov. z. G. O. S. 295 — 297. Moritz Nov. z. G. O. III. S. 225. IV. S. 199 — 201. Krüll §. 550. Mündler §. 894 — 898.

1) Sie fällt alſo von ſelbſt in ſolchen Sachen weg, in welchen das Appellationsgericht erſte, und daher das O. A. Ger. zweyte Inſtanz iſt (§. 29.). — Als dritte Inſtanz iſt das Oberappellationsgericht errichtet den 24. Jul. 1808. Rgbl. 1808. S. 2786. (§. 14. N. 2.); früher (ſeit 1803.) waren drey Oberſt-Juſtizſtellen, und zwar in Mün-

den über die Appellationen gegebenen Beſtimmungen [2]). Sie findet nur ſtatt in Sachen, in welchen auch appellirt werden konnte (§. 162.), und wenn die bey Berufungen gegen appellations-gerichtliche Urtheile erforderliche Summe (Reviſions-Summe) vorhanden iſt (ebd. Nr. 16. A. c.); in der Regel auch gegen zwey in der Hauptſache [3]) gleichförmige Erkenntniſſe, ausgenommen nicht [4]) a. gegen die §. 162. Nr. 3. und 4. bemerkten Urtheile, b. gegen Erkenntniſſe, welche nach rechtskräftig entſchiedener Hauptſache bloß die Zinſen,

---

chen für die Provinz Bayern, in Bamberg für die Provinz Franken, in Ulm für die Provinz Schwaben, ſ. in Schunck's Jahrb. Bd. I. S. 217. f. — vorher (ſeit 1644.) ein Revisorium, welches vor 1644 mit dem Geheimen-Rath verbunden war. S. 493. lit. f. S. 494. lit. e. S. 529. lit. a.

2) Cod. iud. l. c. — Eine Ausnahme macht das Wegfallen der Nebenverantwortung (§. 167.) bey der Reviſion zur dritten Inſtanz, nicht bey der Appellation an das k. O. A. G. als zweyte Inſtanz — eben ſo das Wegfallen der Adhäſions-Nebenverantwortung — nicht der Adhäſion ſelbſt (§. 168.) Cod. iud. cap. 15. §. 7. Nr. 7. Geſ. v. 1819. §. 25. Abſ. 4. (Beyl. 17.) v. Gönner C. S. 375. u. 579. f. Nr. 9. u. 10. S. 582. f. — Dagegen fiel die Acten-Inrotulation im Fall der Reviſion bey erſter Inſtanz nicht, ſondern nur eine ſolche bey der zweyten weg, ebd. S. 580. lit. c. S. 395. Nr. 2. und nach Einſendung der Acten an die zweyte Inſtanz, hat dieſe bey der Weiterſendung derſelben an die dritte Inſtanz auch ihre zur Sache gehörigen Acten mit beyzulegen. Geſ. v. 1819. §. 27. (Beyl. S. 19.)

3) v. Gönner Comm. S. 315 — 316.

4) Geſ. v. 1819. §. 20. (Beyl. S. 14. 15.) v. Gönner S. 317. f.

Schaden und Koſten betreffen, c. in allen Fällen, wo die Beſchwerde bey dem End=Urtheile oder in einem, weitern Verhandlungen vorbehaltenem Hauptſtreite noch gehoben werden kann, wohin beſonders gehören: Urtheile α. über den jüngſten Beſitz (§. 188.) [5], β. über proviſoriſche Verfügungen [6], γ. in Arreſtſachen (§. 185.) und δ. im Executiv=Proceſſe (§. 184.), wenn in den beyden letzten Fällen dem unterliegenden Theile die weitere Rechtsverfolgung im gewöhnlichen Proceſſe vorbehalten wurde [7], ε. bey mangelnder Reviſions=Summe (§. 162. Note 16. A. c.). Wer in der Berufung zum O.A.G. unterliegt, zahlt Succumbenz=Gelder [8].

---

5) Daher nicht über den ordentlichen Beſitzſtand in possessorio ordinario vel plenario. v. Gönner Comm. S. 318. Nr. 4.

6) ebd. S. 319. lit. b.

7) Wohl alſo findet dann eine Appellation zur dritten Inſtanz auch im Executiv= und Arreſt=Prozeß ſtatt, wenn dieſer Vorbehalt nicht geſchah, ſondern die Entſcheidung rein definitiv ausfiel, v. Gönner C. S. 321. — Im Wechſelproceß (§. 181.) gibt es keine dritte Inſtanz. — Bey Recurſen gegen Proceßſtrafen fällt ſie ebenfalls weg (§. 173.).

8) A. Sie ſind eingeführt durch Mandat vom 16. Aug. 1779. Mayr Gen. I. S. 183. Nov. z. G. O. I. S. 296. — näher beſtimmt durch V. v. 24. Mai 1809. Rgbl. 1809. S. 813. f. B. Befreyt davon ſind die Berufungen a. des Fiscus b. der Verwaltung einer milden Stiftung, eines wiſſenſchaftlichen Inſtituts, oder ſonſt einer öffentlichen Anſtalt — c. des Vorſtands einer Gemeinde nach erhaltener Autoriſation, d. des Vormunds auf Anweiſung des vormundſchaftlichen Gerichts. C. Sie betragen 6 — 60 Thlr. nach dem Grade der Vernachläſſigung einer reifen Ueberlegung der Beſchwerden, nach dem Verhältniß der vorausgegangenen

§. 171.

Wiedereinſetzung in den vorigen Stand.

Wiedereinſetzung in den vorigen Stand (restitutio in integrum) tritt ein I. in **nicht** proceſſualiſchen Handlungen, und iſt deßhalb Gegenſtand des Civilrechts [1]); II. in Handlungen des gerichtlichen Proceſſes, gegen verſäumte Fatalien (§. 163.) und andere präjudicielle Termine (§. 83.), oder gegen Erkenntniſſe (§. 76.). A. Im erſten Fall iſt bloße Minderjährigkeit oder andere rechtserhebliche, genug beſcheinigte Urſache dazu hinreichend [2]), die Reſtitution muß aber inner-

---

conformen oder nicht conformen Erkenntniſſe, des Vermögens, des Aufwands an Taxen u. d. — D. Sie gehören dem Local-Armenfond des Orts, wo der Schuldige wohnt, bey ausländiſchen Parteyen dem Armenfond des Orts, wo das Gericht erſter Inſtanz ſeinen Sitz hat, V. v. 14. Jun. 1813. v. Aretin Annalen II. S. 7. Moritz Nov. II. S. 225. u. das A. G. hat die Kreis-Regierung von den ſie verfügenden Erkenntniſſen zu benachrichtigen. R. v. 24. Dec. 1809. Rgbl. 1810. S. 11.

Zu §. 171. **G. R.** Bayer S. 526. Danz §. 447. f. v. Grolman §. 200. Linde §. 423 — 425. Martin §. 296. Thibaut §. 1248. 1254.

S. R. Kori §. 188. b.

B. R. Cod. iud. cap. 16. §. 1. Anm. S. 535. Nov. z. G. O. S. 298 — 301. Moritz z. G. O. II S. 233. III. S. 225 — 227. IV. S. 201. 202. Krüll §. 531 — 536. Mündler §. 853 — 866.

1) Cod. civ. I. c. 7. §. 30. 36. Nr. 6. f. III. c. 1. §. 18. Nr. 12. c. 2. §. 11. IV. c. 4. §. 15 Nr. 9. c. 15. §. 13. Anm. zu Cod. iud. S. 536. lit. a.

2) Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 11.

halb ſo viel Zeit, als man vorher re adhuc integra hatte [3]), gegen den Ablauf der Fatalien bey dem nächſt höhern Richter [4]), gegen andere präjudicielle Termine bey dem Richter, welcher den Termin ertheilte, geſucht werden. Die Inſtruction geſchieht ſummariſch, und, nach beygebrachter hinreichender Beſcheinigung (§. 140) der Reſtitutions-Urſache, kann, allenfalls auch ohne Vernehmung des Gegners (brevi manu), die Reſtitution ertheilt werden [5]). B. Gegen Erkenntniſſe findet das Reſtitutionsgeſuch a. ſo lange nicht ſtatt, als noch ein remedium ordinarium [6]) übrig iſt; b. und kann nur auf ſolche nova gegründet werden, „welche die

---

3) Anm. S. 544.

4) Cod. l. c. u. c. 15. §. 6. Nr. 5. Vergl. v. Gönner u. v. Schmidtlein Jahrb. II. S. 249. f. — Moritz IV. S. 202. — ausgedehnt auf Reſtitutions-Geſuche in adminiſtrativ-kontentiöſen Gegenſtänden. Rſcr. v. 28. Oct. 1817. Moritz III. S. 226. — Deſſen ungeachtet iſt das Reſtitutionsgeſuch contra lapsum fatalium verbunden mit der Appellation, jetzt nach dem Geſ. v. 1819. §. 23., gerichtet an den höhern Richter, bey dem Gericht erſter Inſtanz einzureichen, v. Gönner C. S. 351. Nr. 2. — Eben ſo das Reſtitutionsgeſuch gegen die Präcluſion der Duplik oder des Beweiſes, wenn dieſe mit dem Urtheil in der Hauptſache ausgeſprochen wurde, ebd. S. 281. Nr. 16. — Gegen andere Präcluſiv-Decrete muß die Reſtitution gleich binnen der in Cod. iud. cap. 16. §. 1. Nr. 11. beſtimmten Zeit gebeten werden, ebd. v. Gönner Comm. S. 286. Nr. 16.

5) Cod. iud. l. c. Nr. 11. — Berückſichtigung der Hauptſache dabey. Anm. S. 507. lit. a.

6) Appellation (§. 165.), Reviſion (§. 170.), possessorium plenarium und petitorium (§. 7. u. 187.), actio tutelae. Anm. S. 556. lit. b.

Hauptſache ſelbſt in facto merklich alteriren, mithin nicht nur an ſich erheblich, ſondern auch vollſtändig und genugſam erwieſen ſeynd [7].“ c. Der Impetrant muß, auf Verlangen des Gegners, mit ſeinem Eide [8] oder „in anderweg“ [9] darthun, daß er von dieſen novis früher entweder nicht gewußt, oder wenigſtens, ſolche vor der Sentenz beyzubringen nicht vermocht habe. d. Auch Minderjährige werden nur ex novis gegen ein Urtheil reſtituirt, auſſer, wenn dargethan werden kann, daß in dem Proceſſe etwas Weſentliches zu ihrem Nachtheil von ihrer Seite unterlaſſen, oder von Seite des Gegners gefährlicher Weiſe (dolose) begangen wurde [10]. — e. Das Reſtitutions-Geſuch iſt, bey Strafe der Deſertion, binnen vier Monaten, von der Zeit, da ſich die nova ergaben, oder da Impetrant die Großjährigkeit durch das Geſetz oder durch landesherrliche Bewilligung (venia aetatis) erlangte [11], oder bey Kirchen-

---

7) Cod. iud. l. c. Nr. 2. Anm. S. 537. lit. c.

8) iuramentum novorum, als eine Art des Eides vor Gefährde (§. 113.) angeſehen in dem Geſ. v. 1819. §. 7. (Beyl. S. 7.) v. Gönner Comm. S. 111. f.

9) Wer demnach den Beweis der Neuheit auf andere Weiſe, als durch das eigne iuramentum novorum, z. B. durch Zeugen, durch welche er die nova erfuhr, führen kann, iſt nicht verbunden, dieſes iur. nov. zu leiſten. Die Zulaſſung zu demſelben iſt nur Begünſtigung des Impetranten; „und daß dem alſo ſey, liegt Impetranti ob zu beweiſen, — doch wird ihm auf ſeinen Eid hierinfalls geglaubt.“ Anm. S. 538.

10) Cod. iud. l. c. Nr. 2. Anm. S. 538. f.

11) ebd. Nr. 3. Anm. S. 540. lit. d.

Gemeinden, caussis piis, und dergleichen, wenn die Reſtitution wegen eigener Nachläſſigkeit oder dolus des Gegners geſucht wird, von Zeit der Publication der Sentenz oder der erſt ſpäter entdeckten Läſion, an gerechnet [12]), und zwar f. immer bey dem Richter erſter Inſtanz [13]) anzubringen. g. Dieſes Rechtsmittel der Reſtitution hat nur in ſo fern ſuspenſive Wirkung (§. 164.), als es noch vor der Execution (§. 174.) gebührend interponirt, und der Grund deſſelben hinreichend ausgeführt und beſcheiniget wird [14]). h. Mit dem Reſtitutions-Punct iſt immer auch die Hauptſache zu inſtruiren, und nach vollendeter Verhandlung [15]) über „beedes zugleich" zu ſprechen [16]). Wer

---

12) ebd. Nr. 6. Anm. S. 541. lit. g.

13) ebd. Nr. 4. Von der Cumulation der Reſtitution mit der Appellation oder Reviſſion. Anm. S. 537. lit. b. S. 540. lit. e. „Wenn — erſt post sententiam latam, ehe ſelbe noch in rem iudicatam erwachſen iſt, nova in facto hervorkommen — iſt kein Zweifel, daß man restitutionem in integrum in appellatione zugleich incidenter mit begehren könne." Anm. S. 540. lit. e. — Vergl. v. Gönner Comm. S. 293.

14) ebd. Nr. 7. 8. Anm. S. 542. lit. h. V. v. 24. Sept. 1766. Mayr Gen. I. S. 36. Nov. z. G. O. I. S. 300.

15) „Restitutio in integrum erfordert plenariam caussae cognitionem." Anm. S. 540. lit. f. Mandat v. 16. Aug. 1779. Mayr Gen. I. S. 174. Nov. z. G. O. I. S. 301. Offenbar ungegründete Reſtitutions-Geſuche werden, wie ungegründete Klagen (§. 70. 87.), gleich von Amtswegen a limine zurückgewieſen. Cod. l. c. Nr. 5. 8. Anm. S. 542. lit. i.

16) ebd. Nr. 9. Anm. S. 542. lit. k. Vergl. v. Gönner Comm. S. 293.

durch Abſchlagung oder Bewilligung der Reſtitution ſich beſchwert findet, hat dagegen die Appellation (§. 165.)[17] und ſelbſt die Befugniß, Reſtitution gegen den Ablauf der desfallſigen Fatalien aus hinreichenden Urſachen zu bitten[18]. Eine Reſtitution gegen ſchon erhaltene oder verweigerte, oder noch nach erhaltener Reſtitution findet nicht mehr ſtatt, auſſer wenn ſie verſchiedene Puncte[19] betrifft, oder ſich auf andere, an ſich genügende, nova gründet[20].

§. 172.

Nichtigkeits-Klage und Einrede.

Eine Sentenz, welche aus Mangel der Citation (§. 62. 71. fg.) oder der Jurisdiction (§. 13. fg.) mit unheilbarer Nichtigkeit behaftet iſt[1], erwächſt nie in Rechtskraft (§. 161.), kann nie vollzogen (§.

---

17) Cod. iud. l. c. §. 11. Nr. 10.

18) Anm. S. 543. lit. l.

19) Cod. l. c. Nr. 10. „in den nämlichen Puncten."

20) ebd. „ohne daß ſich noua in obigen Maße hervorthun."

Zu §. 172. G. R. Bayer S. 510. Danz §. 444—446. v. Grolman §. 213. Linde §. 417—422. Martin §. 294. 295. (283. 284.) Thibaut §. 1249. 1253.

S. R. Kori §. 182 — 188 b.

B. R. Cod. iud. cap. 16. §. 2. Anm. S. 545. Nov. z. G. O. S. 301. Moritz Nov. z. G. O. II. 234. Krüll §. 537. 538. Mündler §. 845—852.

1) Alle andern Fälle ſind Gegenſtand der Appellation. Cod. iud. cap. 15. §. 1. cap. 16. §. 2. Nr. 4. Anm. S. 485. lit. b. S. 546. und auch, wo das Daſeyn ſolcher Nichtigkeit zweifelhaft iſt, muß die Appellation eventuell bey Vermeidung der Deſertion ergriffen werden, ebd Nr. 5.

174. fg.), wohl aber ſowohl bey dem höhern, als bey dem nämlichen Richter, binnen dreyſſig Jahren [2]) durch Klage oder Exception angefochten werden.

§. 173.

Recurſe und Extrajudicial-Beſchwerden.

A. Ueber Proceßſtrafen [1]) findet keine Appellation, ſondern nur eine Beſchwerde (Recurs) bey dem

---

2) Iſt einmal die Nullitäts-Klage erhoben, ſo tritt dann nur eine vierzigjährige weitere Präſcription ein. (§. 88. N. 4. B.).

Zu §. 173. **G. R.** Bayer S. 113. Danz §. 424. 453. v. Grolman §. 100. Linde §. 182. Martin §. 309. (298.) Thibaut §. 1241. 1242. 1253. 1255.

S. R. Kori §. 250. 251. Oeltze Anl. §. 294.

B. R. Cod. iud. cap. 16. §. 4. Anm. S. 530. Nov. z. G. O. S. 284. 502. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 234. III. S. 227. Krüll §. 540. 541. Mündler §. 899.

1) Unter dieſen Proceßſtrafen ſind, nach v. Gönner E. S. 324. f. A. nicht zu verſtehen a. Strafen wegen Vergehen oder Verbrechen, welche in einem Proceſſe begangen wurden, b. Disciplinarſtrafen gegen Richteramts-Perſonen (§. 17. — Beyl. IX. z. B. U. 1818. §. 11 — 15. Geſetzbl. 1818. S. 337. f.) — c. Stempelſtrafen (§. 86. Beyl. XV. des StdAbſch. 1825. Geſetzbl. 1825. S. 175. f. Beyl. S. 54. f.) — d. Contumacialfolgen (§. 85.) — e. Verurtheilung der Parteyen in die Proceßkoſten (§. 84.) — wohl aber gehört dahin die Verurtheilung des Richters oder des Anwalts in ſolche Koſten. — f. Strafen als gerichtliche Vollſtreckungsmittel (§. 176.), welche ſich nach der Appellation in der Executiv-Inſtanz (§. 164. N. 2.) richten. g. Strafen, welche der Oberrichter gegen Unterrichter, wegen Nichtbefolgung ertheilter Aufträge verhängt. — Die Strafe, welche das Gericht zu Aufrechthaltung ſeines Anſehens nach

höhern Richter ſtatt [2]). Dieſer Recurs iſt a. von Advokaten in reinen Juſtizſachen [3]) bey Strafe der Deſertion dem Richter, welcher die Straf-Entſchließung publicirt hat, binnen drey Tagen ſchriftlich anzuzeigen, und binnen vierzehn Tagen von dem Publications-Tage angerechnet, in einer bey demſelben Richter zu übergebenden Recursſchrift auszuführen. Die Acten ſind mit Bericht einzuſenden [4]), und der höhere Richter erkennt darüber, nach erhaltenem Bericht. Ge-

---

StrafG. 1813. I. Art. 318. zu verhängen, berechtiget iſt, geſtattet zwar Beſchwerde, jedoch ohne Suspenſiv-Wirkung (§. 164.) — B. Die hieher zu rechnenden Proceßſtrafen ſind a. theils Ordnungsſtrafen, welche wegen Nichtbeobachtung der über innere und äußere Ordnung der Verhandlungen (§. 86.) gegebenen Verordnungen eintreten, b. theils Frivolitäts-Strafen, welche gegen Parteyen oder Anwälte wegen einer mit offenbarer Rechtswidrigkeit vorgenommenen proceſſualiſchen Handlung verhängt werden; ſonſt aber ohne Unterſchied der Art und des Maßes der Strafe, alſo nicht mehr mit der in der Disciplinar-Verordnung von 1813. Nr. 12. Rgbl. 1813. S. 435. (Vergl. V. v. 24. März 1816. Nr. 5. Rgbl. 1816. S. 155.) enthaltenen Beſchränkungen.

2) Jedoch ſoll durch ſolche Recurſe der Prozeßgang nicht aufgehalten werden, ſondern deren Erledigung bis zum Ausgang der Sache ausgeſetzt bleiben. Geſ. v. 1819. §. 21. Abſ. 1. (Beyl. S. 15.)

3) In adminiſtrativ contentiöſen Gegenſtänden iſt die Beſchwerdeſchrift bey dem Richter, der die Strafe erkannt hat, einzureichen. Eine Anmeldung iſt nicht vorgeſchrieben. V. v. 24. März 1816. Rgbl. 1816. S. 155.

4) Wird durch ſolche Einſendung der Lauf des Proceſſes gehemmt, ſo iſt der Bericht ohne Acten-Beylegung zu erſtatten, der Oberrichter kann aber einzelne Actenſtücke in Urſchrift

gen dieſes Erkenntniß kann eine Beſchwerde bey der dritten Inſtanz nicht geführt werden [5]). b. Parteyen und Richter, welche in Proceßſtrafen verfällt ſind, richten ſich nach den Vorſchriften der G. O. über B. Extrajudicial-Beſchwerden. Bey dieſen ſind die Theile an keine beſtimmte Beſchwerde-Friſten gebunden, ſo lange noch kein Endurtheil eröffnet iſt [6]), die Sache wird im Wege der Berichts-Abforderung inſtruirt, ohne Acten-Inrotulation (§. 167.) [7]). Bey Proceßſtrafen [8]) ſteht der Partey frey, die Beſchwerde bey dem höhern Richter ſogleich anzubringen, oder ſie bis zur Appellation über das Urtheil in der Hauptſache ſich vorzubehalten [9]). C. Im Fall verzögerter oder verweigerter Juſtiz (in casu protractae vel denegatae iustitiae) iſt den Parteyen der Recurs von Juſtiz-Collegien an den

---

(retentis ad acta copiis) abfordern, oder der Unterrichter ſie unaufgefordert ſeinem Berichte beylegen. v. Gönner Comm. S. 333. Nr. 11.

5) Geſ. v. 1819. §. 21. v. Gönner Comm. S. 332. Nr. 8.

6) Cod. iud. cap. 15. §. 5. Nr. 6. 7. Anm. S. 500.

7) v. Gönner Comm. S. 331. Nr. 6.

8) Andere Extrajudicial-Beſchwerden auſſer dem Fall einer Proceßſtrafe, ſcheinen, ſeit dem Geſetz von 1819, der Regel des §. 18. deſſelben (§. 162.) unterworfen werden zu müſſen. Doch erwähnt v. Gönner Comm. S. 371. Nr. 5. noch den Fall der Beſchwerde gegen eine abweiſende Entſchließung der erſten Inſtanz über eine geſetzlich unzuläßige Appellation.

9) In dieſem letzten Falle ſoll keine Suspenſivkraft eintreten, welche ſonſt dieſen Recurſen immer zukommt. v. Gönner Comm. S. 331. Nr. 6. und S. 333. Nr. 9.

Landesherrn unverſperrt [10]. Der König wird rechtskräftige Urtheile nicht umſtoßen, vielmehr die Theile ſelbſt darin ſchützen [11], erwartet jedoch, daß die Behörden zu ſolchen Recurſen keine Veranlaſſung geben werden [12].

---

10) Cod. iud. cap. 16. §. 4. Anm. S. 547. — Ungegründete Recurſe werden beſtraft. V. v. 16. Aug. 1779. u. 24. Mai 1791. Kreitmayr's Gen. S. 38. §. 22. Mayr's Gen. I. S. 153. §. 6. V. S. 18. Nov. z. G. O. I. S. 302.

11) „Der König — kann in keinem Falle irgend eine anhängige Streitſache hemmen.“ Verf. U. v. 1818. tit. VIII. §. 4. Geſetzbl. 1818. S. 134. vergl. mit der Conſt. v. 1. Mai 1808. tit. V. §. 4. Rgbl. 1808. S. 998.

12) In Wechſelſachen (§. 182. a.) findet contra rem iudicatam gar kein Recurs ſtatt. W. G. O. Kap. 10. §. 1. Moritz Hdb. S. 127. — Von Recurſen in Ewiggeldſachen (§. 162. N. 16.) ſ. Riedl das Ewiggeld-Inſtitut in München. §. 104. S. 116.

Drittes Kapitel.
Vollſtreckung der Urtheile.

§. 174.
Vollſtreckung überhaupt.

Nach eingetretener Rechtskraft eines Urtheils (§. 161.) geſchieht deſſen Vollziehung (Execution) nicht von Amtswegen (§. 70.), ſondern auf Anrufen des Gläubigers [1]). Mit demſelben hat dieſer, bey Verluſt ſeines Vorſchlagrechts das Executions=Object zu benennen, der Richter das Anrufen dem Schuldner mitzutheilen und zugleich den Termin zu Erfüllung ſeiner Verbindlichkeit (§. 176.) zu beſtimmen [2]). Will der Schuldner die vorgeſchlagene Executions=Art (§. 175.) an=

Zu §. 174. **G. R.** Bayer S. 532. Danz §. 458 f. v. Grolman §. 136. Linde §. 365. Martin §. 261. 263—267. 269. (250. 252—256. 258.) Thibaut §. 1256.

S. R. Kori §. 189.—195.

B. R. Cod. iud. cap. 18. §. 1 — 9. Anm. S. 574. Nov. z. G. O. S. 508. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 246—250. III. S. 232—236. IV. S. 206—213. Kiliani Betrachtungen über das 34. Kapitel von der Execution im revid. Entwurf. Würzburg 1830. 8. Das gerichtliche Executions=Verfahren in Baiern, in ſeiner jetzigen Ausbildung zum praktiſchen Gebrauche. Nürnberg 1830. 8.

1) Cod. iud. l. c. §. 1. Geſ. v. 1819. §. 30. (Beyl. S. 20.) Dieſes Anrufen vertritt die Stelle der römiſchen Actio rei iudicatae. (§. 93. N. 11.) Anm. S. 575. lit. c.

2) Geſ. v. 1819. §. 30. Abſ. 1. Dieſer Auftrag muß jedesmal

fechten, oder ein anderes Executions=Mittel (ebd.) vorſchlagen, oder auf die Eintheilung in Friſten (§. 190.) oder auf den Selſtverkauf [3] der als Executions=Object beſtimmten unbeweglichen Güter (§. 176b.) antragen [4], ſo muß er alle dieſe Einwendungen und Anträge aufeinmal, innerhalb einer unſtrecklichen Friſt von vierzehn Tagen [5]), von der Inſinuation des Zahlungs=Befehls angerechnet, bey Verluſt ſeiner

die Androhung einer beſtimmten Executions=Art enthalten, und dieſe iſt vom Richter zu beſtimmen, wenn der anrufende Theil den Vorſchlag unterlaſſen hat. v. Gönner C. S. 415. Nr. 4.

3) Zum Selbſtverkauf kann dem Schuldner auf ſein Verlangen, wenn ganze Gutskörper, Fabriken, große Wirthſchaften oder andere anſehnliche unbewegliche Güter deſſelben zur Execution verkauft werden ſollen, ein dreymonatlicher, und bey Gütern von beſonders hohem Werthe ein ſechsmonatlicher Termin bewilliget werden, welchen das Gericht, ohne Einwilligung des betheiligten Gläubigers, nicht verlängern darf. Proviſoriſche Maßregeln durch Immiſſion u. d. werden dadurch nicht ausgeſchloſſen. Geſ. v. 1819. §. 32. (Beyl. S. 21. fg.) v. Gönner C. S. 428 fg. Sind mehrere Gläubiger vorhanden und bewilligen dieſe nicht einhellig die Verlängerung des Termins, ſo kommt Cod. iud. cap. 18. §. 15. (§. 190.) zur Anwendung. v. Gönner C. S. 430. Nr. 4.

4) ebd. §. 31. — v. Gönner Comm. S. 417. Nr. 1. rechnet dahin auch die dem Schuldner zu Abwendung oder Milderung der Execution verliehenen Rechtswohlthaten der Competenz (§. 191.) und des Geſuchs um ein Moratorium (ebd.).

5) welche ſich nach dem etwa längern Termin des Zahlungsbefehls nicht verändert, und daher von dieſem verſchieden und getrennt ſelbſtſtändig beſteht, auch kein Verlängerungs=Geſuch zuläßt. v. Gönner Comm. S. 419. Nr. 4.

Einwendungen und des Gegenvorſchlags anbringen [6]). Das Gericht kann die ganz ungegründeten Einwendungen [7]) und Anträge ſogleich verwerfen; bey vorhandenen Zweifeln aber hat es beyde Theile zur ſchlüſſigen Verhandlung auf einen beſtimmten Gerichtstag in kurzer Friſt vorzuladen, und entweder ſogleich, oder längſtens in drey Tagen nach dieſer Verhandlung über den Executions-Gegenſtand [8]) das Erkenntniß zu fällen [9]). Gegen daſſelbe findet Appellation (§. 162.) und Reviſion (§. 170.) von beyden Theilen ſtatt [10]); die Berufung, von Seite des Schuldners, kann aber weder deſſen Auspfändung (§. 175.), noch die Immiſſion des Gläubigers (§. 176.) hindern, jedoch iſt mit öffentli-

---

6) „nach Maßgabe der G. O. Kap. 18. §. 3." d. h. über die Frage, wie und an welchem Gegenſtand die Execution vorzunehmen ſey.

7) a. Zuläſſig ſind nur diejenigen, welche die Art und Ordnung der Execution (§. 176.) betreffen, z. B. die Einrede der Competenz, des Moratoriums (§. 191.), einer unrichtigen Executions-Ordnung. b. Unzuläſſig aber diejenigen, welche die Hauptſache betreffen, z. B. die Einrede der Zahlung, Compenſation, Novation, Diviſion, Excuſſion, der mangelnden Uebergabe einer gekauften Sache, einer aus unrichtigem Grund gefällten Sentenz, — inſofern ſie ſich nicht erſt nach dem rechtskräftigen (§. 161.) Erkenntniß ergeben haben, und im Reſtitutions-Wege (§. 171.) angebracht werden. Cod. iud. cap. 18. §. 8. Nr. 1 — 4. v. Gönner C. S. 417.

8) Geſ. v. 1819. §. 31. Abſ. 1. 2.

9) ebd. Abſ. 3. (Beyl. S. 21.) v. Gönner Comm. S. 420. fg. Nr. 9.

10) Cod. l. c. Nr. 5. Geſ. v. 1819. §. 31. Abſ. 3. v. Gönner Comm. S. 523.

cher Feilbietung der Executions=Objecte ſo lange einzuhalten, bis ein rechtskräftiges (§. 161.) Urtheil vorhanden iſt [11]). Die Execution darf nicht eigenmächtig von der Partey (§. 1.) vorgenommen [12]), ſondern muß vom Richter, und zwar, wenn Perſon oder Sache unter andern Gerichtszwang gehört, durch Requiſition des competenten Gerichts (§. 66.) [13]) verfügt werden. Das requirirte Gericht darf die Execution weder verweigern, noch ſich darüber eine Cognition anmaßen, auſſer in Sachen, welche nur die Executions=Art betreffen, oder

---

11) Wie weit überhaupt Execution durch Intervention (§. 221.), Appellation (§. 164.), Reſtitution (§. 171.) und Nullitäts=klage (§. 172.) gehemmt werde, ſ. in den eingeſchloſſenen §§. — Nach v. Gönner Comm. S. 422. Nr. 10. ſoll der Richter erſter Inſtanz proviſoriſch zu beſtimmen haben, ob einer Appellation im Executionsverfahren die Suſpenſivkraft (§. 161.) zuſtehe.

12) Cod. iud. cap. 18. §. 2. Nr. 1. Anm. S. 577. lit. a. — Ausnahme iſt das Executionsrecht des Gutsherrn (§. 1. N. 2. A. b. Nr. 6.). Moritz II. S. 237 fg. III. S. 234. — Von den Executions=Befugniſſen a. der Rentämter. V. v. 8. Nov. 1804. 7. März 1806. 27. Febr. 10. Nov. 1807. 12. Sept. 1809. Regbl. S. 407. 1809. S. 1537. Moritz II. S. 239. III. S. 235. IV. S. 208. — b. der Poſtämter V. v. 12. Dec. 1809. 16. Dec. 1813. Regbl. 1809. S. 1924. 1813. S. 1601. Nov. z. G. O. I. S. 312. Moritz II. S. 245. IV. S. 211. — c. der Stiftungsadminiſtrationen. V. v. 19. Nov. 1810. 21. Juni 1812. 27. Aug. 1813. Regbl. 1810. S. 1289. 1812. S. 1337. Nov. z. G. O. I. S. 312. Moritz Nov. II. S. 246. IV. S. 209.

13) Cod. l. c. §. 2. Nr. 2. — Die landgerichtlichen Urtheile gegen gutsherrliche Hinterſaßen können von den Patrimonial=

wenn die Execution von ausländiſchem Gericht gegen einen Inländer geſucht wird [14]).

---

gerichten 2ter Klaſſe (§. 13. B.) auf die den Landgerichten vorgeſchriebene Weiſe vollſtreckt werden. V. v. 16. Aug. 1812. Beyl. V. z. V. U. 1818. §. 82. Geſ. 1818. S. 250. Moritz II. S. 237. III. S. 234. — Jede Hülfsvollſtreckung gegen Militärperſonen wird von den bürgerlichen Gerichten ſelbſt der Art nach, erkannt und vollzogen. Gegen active penſionirte oder à la Suite angeſtellte Offiziere, ſo wie gegen Unteroffiziere, Soldaten und andere im Militair Angeſtellte dieſer Klaſſen, wenn ſie im activen Dienſte ſind, ſoll jedoch der Vollzug ſolcher Hülfsvollſtreckungs = Erkenntniſſe mittelſt Zwang an der Perſon (176. a. a. E.) mittelſt Auspfändung von Mobilien, oder mittelſt Beſchlagnahme der Gage durch die vorgeſetzte Militär=Behörde geſchehen, von welcher die ausgepfändeten Mobilien oder die Gageabzüge dem erkennenden Gerichte zur weitern Verfügung übergeben, oder, dem Anſinnen deſſelben gemäß, zu dem unmittelbaren Empfang bey den Kaſſen den Berechtigten angewieſen werden müſſen. Beyl. II. des Stände=Abſch. v. 25. Aug. 1828. §. 7. Geſetzbl. S. 45.

14) In dieſem Fall ſoll das inländiſche Gericht auf bloße Requiſition nicht ſo leicht ohne vorläufige ſummariſche Einſicht der Hauptſache ſelbſt, wenn der Schuldner ſich über Nullitäten und Ungerechtigkeiten mit Wahrſcheinlichkeit beklagt, verfahren Cod. iud. cap. 18. §. 2. Nr. 3. — Von der Vollziehung auswärtiger Urtheile ſ. V. v. 9. Oct. 1807. 1. Aug. 1810. 2. Juni 1811. 10. Oct. 1815. Regbl. 1809. S. 1669. 1811. S. 745. Nov. z. G. O. I. S. 27. 309. Moritz III. S. 232 fg. — Staats=Vertrag zwiſchen Bayern und Württemberg v. 7. Mai 1821. §. 2 fg. Moritz IV. S. 5. Vergl. Conſt. v. 1. Mai 1818. Tit. 2. §. VIII. Regbl. 1808. S. 989. v. V. U. v. 26. Mai 1818. Tit. IV. §. 14. Geſetzbl. 1818. S. 119.

§. 175. a.

Executions = Mittel.

A. Executions = Mittel ſind a) das bewegliche Vermögen [1]), b) unbewegliche Güter [2]), c) Activ = Forderungen [3]), d) Perſonal = Arreſt [4]). B. Die Execution findet nicht ſtatt: a) an Betten, Leinenzeug und anderem Unentbehrlichen der Kindbetterinnen, Kranken oder ſonſt hülfloſen Perſonen [5]); b) an Pflug, Schiff und Geſchirr, Handwerkszeug, Saamen = und Speis = Getraide der Bauern und Handwerker [6]); c) Liedlohn der Dienſt = Boten [7]); d) Waffen und Rüſtung der Soldaten [8]); e) Büchern derjenigen, „welche von stu-

Zu §. 175a. **G. R.** Bayer S. 535. Danz §. 461. f. v. Grolman §. 136. S. 209. Linde §. 368. 372—375. Martin §. 262. 270—273. (251. 259—262.) Thibaut §. 1257.

S. R. Kori §. 196. 225. 226.

B. R. Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nov. z. G. O. S. 313—322. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 237—242. IV. S. 213. 214.

1) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 3. §. 7. Nr. 4. —

2) ib. §. 3. Nr. 4. §. 7. Nr. 2. fg.

3) ib. §. 3. Nr. 5.

4) ib. §. 3. Nr. 7. — Nicht die Einlegung eines Executors V. v. 31. Merz 1813. Moritz IV. S. 213.

5) ib. §. 4. Nr. 1.

6) ib. §. 4. Nr. 2.

7) ibid.

8) ibid. Von Montirungsſtücken. V. v. 10. Sept. 1808. 26. Jan. 1810. Regbl. 1808. S. 2037. 1810. S. 89. Moritz II. S. 248.

diis Profeſſion machen" [9]); f) an täglicher Kleidung aller andern [10]); g) an mehr als einem Drittheil der Beſoldung oder Penſion eines Staatsdieners [11]); h) an Almoſengeldern [12]); i) an Alimenten [13]); an Leichnamen [14]).

---

9) Cod. l. c. Nr. 2.

10) Zu B. b. c. d. u. e. ſo lange nicht, als von andern Mitteln noch etwas übrig iſt. Cod. l. c. §. 4. Nr. 2. a. E.

11) Cod. iud. cap. 18. §. 4. Nr. 4. Der Beyſatz dieſer Stelle „in Ermangelung anderer Mittel" hat nicht den Sinn, daß in ſolchem Fall mehr als 1/3 der Beſoldung, ſondern den, daß nur in ſolchem Fall dieſes 1/3 angegriffen werden darf; „und zwar nur in Ermangelung anderer flüſſiger Mittel." Anm. S. 582. lit. d. Das Vorhandenſeyn anderer Mittel hat daher nur die Folge, daß dann die Beſoldung unangetaſtet bleibt. — Anweiſungen auf mehr als 1/3, ſeyen ſie auch gerichtlich, ſind ungültig; ebenſo die Beſchlagnahme der Beſoldung, ſelbſt mit Einwilligung des Beſoldeten, für mehr als ein Drittheil. V. v. 18. Jan. 1790. Mayr Gen. V. S. 600. Reſcr. v. 15. Juni 1799. M. Int. Bl. 1799. S. 437. Döllinger neueſte Ausgabe. S. 97. V. v. 17. Juni 1805. 8. April 1806. Rgbl. 1806. S. 152. Moritz Nov. z. Ldr. S. 186. V. v. 26. Dec. 1807. Rgbl. 1808. S. 153. Nov. z. G. O. I. S. 321. R. v. 2. Jan. u. 22. März 1808. Regbl. 1808. S. 726. Moritz II. S. 250. — Ausdehnung der ältern Verordnungen auf die Provinz Ansbach. V. v. 25. Aug. 1808. Regbl. 1808. S. 1988. Moritz II. S. 249. — Von Militär-Penſionen ſ. Nov. z. G. O. I. S. 314. 321.

12) V. v. 2. Dec. 1784. 11. Juni 1790. Mayr Gen. III. S. 47. Nov. z. G. I. S. 317 fg. — Nach dem Regulativ der Sparkaſſe zu Augsburg iſt zwar der Arreſt, aber nicht die Execution in den Quittungsbüchern der Erſparnißkaſſe ausgeſchloſſen. Regul. v. 1. Jan. 1822. Regbl. 1823. S. 333. Moritz IV. S. 214.

§. 175. b.

Executions-Mittel bey vorzunehmenden Handlungen.

„Wann endlich 8vo. jemand etwas zu **thun**, oder zu **unterlaſſen**, z. E. die Scharwerk zu leiſten, den Weidgang zu meiden, und dergleichen condemnirt wird, ſo ſoll man eine gewiſſe **Geld-Gefängnuß-** oder **andere** ergiebige Straf ſetzen, um bey Vermeidung derſelben dem Judicato nachzukommen“ [1]). Die Anmerkungen [2]) äußern dabey, **sententiae condemnatoriae ad factum** könnten nicht wohl anders, als durch **Pönfälle** exequirt werden, **beziehen** ſich dann auf den R. A. von 1654. §. 162., worin jedoch nur von den ad omittendum vel **non** faciendum gerichteten Urtheilen [3]) die Rede iſt, bemerken aber auch, es habe die

---

13) Cod. civ. I. 4. §. 7. Nr. 9. Anm. S. 157. V. v. 23. Juni 1781. Mayr Gen. I. S. 205. Nov. z. G. O. I. S. 313.

14) Cod. civ. II. 1. §. 4. Nr. 6. Anm. S. 701. Nr. 29.

Zu §. 175b. **G. R.** Bayer S. 542. Danz §. 461. Linde §. 375. Martin §. 262. (251.) Thibaut §. 1257.

S. R. Kori §. 226.

B. R. Cod. iud. cap. 18. §. 3.

1) Cod. civ. l. c. Nr. 8.

2) Anm. S. 582. lit. h.

3) „In Fällen vnd Sachen aber, welche, weilen die Vrtheil allein ad omittendum vel non faciendum gerichtet, keiner andern Execution vnderworfen, als daß der verluſtigte Theil a certo aliquo facto abſtinire, ſoll demſelben, vff den Fall einiger contravention, ebenmäſſig eine gewiſſe Pöen beſtimmet; vnd da er der ergangenen Vrtheil zuwider handlete, nicht allein mit der declaratio poenae gegen jhme verfah-

nämliche Beſchaffenheit auf den Fall, wo **merum factum** präſtirt, z. B. die Scharwerk geleiſtet, eine gewiſſe Arbeit verfertiget werden ſolle. Bey dem weiten Spielraum, welchen die G. O. hier dem richterlichen Ermeſſen und der richterlichen Wahl einer Strafe läßt, iſt es wohl nothwendig, theils hinſichtlich der Zuläſſigkeit eines Executionsmittels auf die Vorſchriften des Orts der Vollſtreckung Rückſicht zu nehmen [4]); theils insbeſondere auf das Civilrecht jedes Orts zu recurriren. Wenn daher z. B. ein Vormund in Stellung ſeiner Rechnung ſäumig und ſeine Verbindlichkeit nach

---

ren, ſondern auch ein kurzer Termin ad praeſtandam cautionem de non amplius turbando, impediendo, excedendo, attentando, offendendo, angeſetzt; zugleich auch die Execution wegen deß verwürkten Pöenfalls, vff obbeſchriebene Weiß, vermittels der mandatorum executorialium an ſeine Obrigkeit, oder die Außſchreibende Fürſten, würcklich verfüget; vnd im Fall er ſich derſelben widerſetzen, oder auch die jhme ſolchergeſtalt auferlegte Cantion in angeſetztem Termin nicht leiſten, vnd alſo in poenam banni fallen würde, ferner, wie ſich vermög der Reichs Satzung, Cammergerichts- vnd executions, auch dieſer Vnſerer Ordnung gebührt, gegen jhme procedirt werden; jedoch ſolle mehrgedacht Vnſer vnd deß Reichs Cammergericht ſich der Achts Erklärung weiter nit, als ſo weit es demſelben vermög der Reichs Abſchied vnd Cammergerichts Ordnung gebühret, vndernehmen; ſonſten aber de modo et ordine, wie einer oder ander Stand in die Acht zu erklären, in nechſter prorogirter Reichs Verſammlung, nach Veranlaſſung deß inſtrumenti pacis, gehandlet vnd verordnet werden." ſ. Bergmann Corp. jur. germ. jud. S. 464. 465.

4) ſ. Martin §. 262. (251.) Note f. Hofackers princ. iur. civ. I. §. 144.

altbayeriſchen Civilgeſetzen zu beurtheilen wäre, ſo würde das Präjudiz ſeiner Unthätigkeit lediglich in der Zulaſſung der Intereſſenten zu dem Würderungseide (§. 118, a.) beſtehen [5], und ein gleiches bey dem mit der Rechnung zurückbleibenden Teſtaments-Executor ſtatt finden [6]. Die nämliche Folge würde nach preuſſiſchem Recht, jedoch nur eventuell und als ein letzter Weg eintreten, und die vorausgehenden ſind ſo zweckmäßig, und der Natur der Sache [7] angemeſſen, daß eben wegen des dem richterlichen Ermeſſen in der bayer. G. O. gelaſſenen Spielraums ſie hier eine ſpecielle Anführung verdienen. Die Verzögerung der Rechnungslegung eines Verwalters [8] wird mit der Verbindlichkeit, die entbehrlichen Kaſſenbeſtände landüblich zu verzinſen, und alle Gefahr daran zu tragen, verpönt [9]. Auſſerdem geſtattet die hiemit in weſentlicher und materieller Verbindung ſtehende A. G. O.,

---

5) Anm. zu Cod. civ. I. 7. §. 16. S. 465.

6) denn die Anm. zu Cod. civ. III. 2. §. 20. S. 254. Nr. 2. verweiſen auf die Note 5. citirte Stelle. — Daſſelbe Präjudiz iſt auch gemeinrechtlich. Linde a. a. O. Bayer S. 543.

7) Es giebt freylich Rechtslehrer, die es für Bequemlichkeit halten, wenn der Juriſt ſich auf die Natur der Sache bezieht. Man dürfte ihnen aber wohl entgegnen, daß es vielmehr Bequemlichkeit beweiſe, wenn der Juriſt ſich mit irgend einer poſitiven Anordnung begnüge, und nicht auf die rechtliche Natur des Rechtsgeſchäfts eingehen, und die ratio legis ergründen will.

8) Und dieſem iſt der Teſtaments-Executor gleich geachtet.

9) ebd. I. 14. §. 140. 141.

denjenigen, der mit einer Erb-Adminiſtrations-Rechnung rückſtändig iſt, auf ferneres Andringen der unſtreitigen Erben zu ſeiner Schuldigkeit durch Execution [10]) anzuhalten. Bey dieſer executio ad faciendum beſteht der erſte Grad in Einlegung des Executors auf drey bis acht Tage [11]). Blieb dieſes Mittel fruchtlos, ſo hat [12]) das Gericht zu erwägen, ob die dem Exequendo in dem Urtheil geſchehene Auflage a. ſo beſchaffen ſey, daß ſie auch durch einen Andern ebenſo gut, und mit gleichem Effecte in Erfüllung geſetzt werden; b. oder nicht ſo, daß ſie ein anderer ebenſowohl und mit gleicher Wirkung verrichten könne; c) oder ob eine wahrſcheinliche Beſorgniß vorhanden ſey, daß die dazu erforderlichen Koſten aus dem Vermögen des Verpflichteten nicht zu erhalten ſeyn möchten. Zu a. Im erſten Fall ſoll, auf ferneres Anmelden des Gegentheils, dem Executor, oder nach Beſchaffenheit und Wichtigkeit der Sache einem beſondern Commiſſär aufgetragen werden, die Handlung durch einen andern auf Koſten des Verpflichteten vornehmen zu laſſen, und die Koſten von letztem beyzutreiben. Zu b. und c. Im zweyten und dritten Falle iſt kein Verfahren von Amtswegen vorgeſchrieben; ſondern es wird dem Executionsſucher die Wahl gelaſſen, ob er auf der wörtlichen Befolgung des Urtheiles beſtehen, oder ſofort ſein dabey obwaltendes Intereſſe fordern wolle. Nur dann, wenn der Executionsſucher

10) pr. A. G. O. I. 46. §. 7.

11) ebd. I. 24. §. 48. Dies allein würde in Bayern unanwendbar ſeyn. S. §. 175. a. Note 4.

12) §. 49. ebd.

auf der Befolgung d. i. der wörtlichen Befolgung des Urtheils beſteht, muß der Verpflichtete zur gefänglichen Haft gebracht, oder allenfalls nach dem Ermeſſen des Gerichts, nach Bewandniß ſeines Standes [13]) und ſeiner Vermögensumſtände, durch Androhung gewiſſer dem Gegenſtande angemeſſener Geldſtrafen zu ſeiner Schuldigkeit gezwungen werden. Solcher Arreſt darf höchſtens auf drey Monate [14]) verlängert werden, und wenn dieſer Arreſt, oder die nach richterlichem Ermeſſen allenfalls [15]) zu verdoppelnde Geldſtrafe den Verpflichteten zu Befolgung des Urtheiles zu bringen, nicht vermögend iſt, oder wenn ſich gleich auf die Veranlaſſung des zweyten Grades der Execution zeigt, daß es nicht mehr von dem Willen des Exequendi abhänge, das Urtheil zu befolgen; ſo bleibt

---

13) Alſo dieſelbe Rückſicht auf Verſchiedenheit des Standes, hier bey der executio ad faciendum, welche ſchon in dem bayer. Landrecht v. 1616. tit. 19. art. 7. pag. 285. und in Cod. iud. cap. 1. §. 8. Nr. 5. und cap. 8. §. 6. Nr. 2. bey dem Arreſt überhaupt genommen iſt, wonach ſogar das Special=Privilegium eines Orts, gegen Inländer mit Arreſt zu verfahren, gegen diejenigen von Adel und auf landesherrliche Diener (Staatsdiener) keine Anwendung findet.

14) In Bayern würde arg. §. 12. des Ed. Beyl. VI. der V. U. vom 26. Mai 1818. Geſetzbl. 1818. S. 338. eine ſolche Freiheitsberaubung bey Staatsdienern höchſtens acht Tage dauern können.

15) Mithin keine in infinitum fortgeſetzte Verdoppelung. Sehr mit Recht macht der ungenannte Verfaſſer der oben vor Note 1. citirte Schrift §. 18. S. 25. darauf aufmerkſam, daß das Duplum der richtige Maßſtab nicht ſey, weil dadurch das Verhältniß zu ſchnell überſchritten werde, wie

nichts weiter übrig, als daß der obſiegende Theil ſein Intereſſe, was ihm daraus erwachſen iſt, liquidire, und der Betrag deſſelben aus dem Vermögen des Verpflichteten beygetrieben werde [16]).

§. 176 a.

Executions-Verfahren überhaupt.

Das Executions-Verfahren nimmt ſeinen Anfang mit dem Anrufen um die Execution (§. 174.) [1]). Iſt in dem rechtskräftigen Urtheil ein bewegliches oder unbewegliches Gut einem Theil zugeſprochen, oder über

---

ſchon oben §. 83. S. 187. Note 3. bey der Ungehorſamsſtrafe überhaupt vorkam.

16) pr. A. G. O. I. 24. §. 49 — 52.

Zu §. 176a. **G. R.** Bayer S. 545. Danz §. 463. f. Linde §. 370. f. Martin §. 2683. (257.) Thibaut §. 1258.

S. R. Kori §. 197—226.

P. R. Cod. iud. cap. 18. §. 3. f. Nov. z. G. O. S. 322—332. Moritz Nov. z. G. O. II. S. 242 — 246. 250 bis 257. III. S. 230—232. IV. S. 214. 215.

1) v. Gönner Comm. S. 411. Vorausgeſetzt wird dabey, daß das Definitiv-Erkenntniß (§. 69. 76.) bereits eine beſtimmte Leiſtung ausſpreche, und daß es nicht noch auf eine Inſtruction und Entſcheidung über das quantum derſelben ankomme, Anm. S. 576. lit. f. v. Gönner C. S. 294. Note * a. — Nachahmungswerth iſt das in Sachſen eingeführte Liquidations-Verfahren — constitutio liquidi. Daſſelbe hat zur Abſicht, daß die Zinſen von einem Capital und die Proceßkoſten, auf welche die Execution mit zu richten iſt, durch gerichtliche Berechnung beſtimmet werden. Zu dem Ende muß 1) der obſiegende Theil eine Rechnung übergeben, worin nicht nur ſeine Capitalforderung angeſetzt, ſondern

eine vorzunehmende oder zu unterlaſſende Handlung (§. 175. b.) erkannt, ſo wird, auf Anrufen des Gegners,

---

auch die Zinſen indicatmäßig berechnet, und die von ſeinem Gegner zu erſtattenden Proceßkoſten liquidiret werden. Sind abſchlägliche Bezahlungen geſchehen, ſo müſſen dieſe und zwar der Regel nach zuförderſt von den Zinſen abgerechnet werden. In der Koſtenliquidation werden alle Poſten, welche zu den zu erſtattenden Proceßkoſten gehören, einzeln angezeigt; bey den Poſten, deren Verwendung aus den Acten ſich ergiebt, die Actenſtellen angeführet; bey andern aber auf die etwa vorhandenen Beſcheinigungsmittel, z. B. Quittungen für Fuhrlohn bey Reiſekoſten, ſich bezogen und ſie der Liquidation beygefügt. Alle Poſten werden mit fortlaufenden Zahlen oder Buchſtaben bezeichnet. Dieſe Rechnung wird mit einer Eingabe überreicht, worin mit Communication der Liquidation um eine Hülfsauflage (Hülfspräcept), auch um Anberaumung eines Liquidations- und auch eines Executions-Termins nachgeſucht wird. 2) Der Richter erläßt ſodann die Hülfsauflage und zugleich Citation zum Liquidations- und Executionstermine, und legt die Einlaſſung auf die Liquidation mit der Verwarnung, daß ſolche widrigen Falls für richtig anerkannt (sub poena agniti,) oder daß von Amtswegen ein Liquidum conſtituiret werden ſolle, auf. 3) In dem Liquidationstermin, bringt a) der Liquidant den Liquidationsſatz zu den Acten, in welchem er, wenn die Anmeldung zum Termin geſchehen, ſeine bereits übergebene Liquidation zum Protocoll dictiret und deren Agnition fordert. b) Der Liquidat erkennet entweder, weil er keine Einreden, und Erinnerungen gegen die Liquidation hat, das Liquidum ſchlechterdings für richtig, oder er ſchützt ſeine Einreden und Erinnerungen mit beygefügten Gründen vor. Die Einreden aber müſſen ſolche ſeyn, welche gegen die Execution zuläßig ſind, und mehrere Erinnerungen müſſen unter fortlaufenden Zahlen oder Buchſtaben vorgetragen werden. c) Darauf wird von dem Liquidanten die Agnition der Liquidation acceptirt, oder auf die Einre-

dem Verurtheilten ein kurzer Termin zu Auslieferung der species, Einräumung des Guts u. ſ. w. beſtimmt, und nach fruchtlos verfloſſenem Termin der obſiegende Theil in den Beſitz geſetzt, oder Geld- und andere Strafe bey nöthigen Handlungen oder Unterlaſſungen gedroht und vollzogen [2]). Bey andern Leiſtungen wird der Zahlungs-Termin, wenn die Forderung die Summe von fünfzig Gulden nicht überſteigt, auf vierzehn Tage, wenn ſie mehr als fünfzig Gulden, aber nicht mehr als zweyhundert Gulden beträgt, auf vier Wochen, und, wenn ſie dieſe Summe überſteigt, auf ſechs bis acht Wochen vorgeſteckt [3]). Werden

---

den und Erinnerungen unter eben den Zahlen oder Buchſtaben, womit ſie der Gegner bezeichnet hat, repliciret. d) Der Liquidat beantwortet den Replikſatz duplicirend, und in den letzten Sätzen wird zu einem rechtlichen Erkenntniß beſchloſſen. Oeltze Anl. §. 335. S. 527. fg.

2) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 1 und 8. — Von dem Zwang zu Vollziehung eines Eheverſprechens vergl. Anm. zu Cod. civ. I. 6. §. 49. S. 388. (§. 181. a.) Von dem Gebrauch des Militärs und der Gensdarmerie ſ. V. v. 30. Juny 1787. 7. Dec. 1801. 11. Oct. 1812. 23. Febr. 1. April 1816. 24. Sept. 1819. 28. Sept. 1820. — Mayr Gen. II. S. 549. 1196. fg. IV. S. 927. 940. V. S. 526. Rgbl. 1812. S. 1771. 1819. S. 910. 1820. S. 907. — Nov. z. G. O. 511. Moritz Nov. II. S. 243. IV. S. 209. fg.

3) Geſ. v. 1819. §. 30. Abſ. 2. (Beyl. S. 20.). Der Richter darf dieſen Termin nicht überſchreiten. Ob er ihn auf Anſuchen verlängern dürfe, ſagt das Geſetz nicht. Nach v. Gönner E. S. 413. kann er ihn als Termin zur Verhandlung, d. i. über die Einreden (§. 174. Nr. 4.) nicht verlängern, wohl aber zu Erfüllung des Urtheils, der G. O. Kap. 18. §. 13. gemäß, eine Nachſicht (§. 192.)

Einreden oder andere zuläſſige Anträge von dem Schuldner vorgebracht (§. 174.), ſo hat das Gericht darüber geſetzlich zu verfügen oder zu erkennen [4]). Auſſerdem wird, nach fruchtlos verſtrichenem Zahlungs-Termine, oder auch nach geſchloſſener Verhandlung über die Art und das Object der Execution, mit derjenigen Executions-Art verfahren, welche gedroht war (§. 175. a. u. b.) [5]) oder welche durch Erkenntniß oder Verfügung über die Anträge und den Gegen-Vorſchlag des Schuldners [6])

---

bewilligen, „wenn dieſe aus einer hinreichenden und beſcheinigten (§. 140.) Urſache, ohne alle Gefahr für den obſiegenden Theil, verlangt wird. — Hier iſt der Punct, wo Geſetze und Gerichte billige Schonung des Schuldners mit dem Rechte des Gläubigers in das Gleichgewicht bringen müſſen. — Keiner Chicane oder abſichtlichen Zögerung werde Raum gegeben, aber auch keine übertriebene Härte gegen den redlichen Schuldner ausgeübt!"

4) Bittet insbeſondere ein ohne ſein Verſchulden im momentane Zahlungsunvermögenheit gerathener Schuldner um eine kurze Nachſicht, oder um Eintheilung in Friſtenzahlungen (§. 190.), und geht aus allen Umſtänden hervor, daß die Gläubiger nicht nur wegen ihrer Forderungen, ſondern auch wegen pünktlicher Einhaltung der Zahlungsfriſten vollkommen ſicher geſtellt ſind, ſo ſoll das Gericht entweder die Gläubiger zur freywilligen Zahlungs-Nachſicht zu bewegen ſuchen, oder die Friſten ſelbſt nach Maßgabe der G. O. Kap. 18. §. 13. beſtimmen, auſſer dieſen Fällen aber mit der Execution ohne Verzögerung vorſchreiten. Geſ. v. 1819. §. 29. (Beyl. S. 19 fg.).

5) Denn jeder Zahlungsbefehl muß die Drohung einer beſtimmten Zahlungsart enthalten. v. Gönner C. S. 413. Nr. 4.

6) Auf dieſen hat nämlich der Richter, ſo weit es ohne Be-

feſtgeſetzt wird. Die Reihefolge (Rang-Ordnung) der Execution wird durch den Hauptgrundſatz beſtimmt, daß der Schuldner möglichſt geſchont und erhalten, daher immer zuerſt an ſolchen Vermögens-Theilen angegriffen werde, welche er am leichteſten entbehrt, und deren Verluſt ihm am wenigſten ſchadet [7]. Die gewöhnliche, geſetzliche [8] Reihefolge iſt: Auspfändung an Mobilien, und deren öffentliche Licitation [9], Immiſſion in die Immobilien [10], dann Subhaſtation [11] derſelben, Beſchlagnahme und Einziehung der Activ-Forderungen [12], endlich, in Er-

einträchtigung des Gläubigers geſchehen kann, billige Rückſicht zu nehmen. v. Gönner E. S. 419. Nr. 5. a. E.

7) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 6. v. Gönner E. S. 418. Nr. 3. — In dieſem Bezug erklärt Cod. iud. l. c. §. 6. Nr. 9. die Immiſſion in ganze Güter für nachtheilig, v. Gönner E. S. 425. Nr. 12. aber ſolche Immiſſion in die Früchte für das beſte Mittel, den Schuldner zu Ordnung und Sparſamkeit zu zwingen, die Schuldenlaſt allmälig zu mindern, und die Gläubiger ſucceſſiv ſicher zu befriedigen. — Einfluß der Adminiſtrations-Art und Koſten auf Entſcheidung dieſer Controverſe.

8) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 2 fg.

9) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 3. §. 7. Nr. 4. Cod. civ. II. 5. §. 3. — 6. §. 24. Nr. 12. Geſ. 1819. §. 33. (Beyl. S. 22.) — Von den Gebühren der Schätzleute und Ausrufer bey Verſteigerungen. V. v. 19. Dec. 1825. Rgbl. 1825. S. 1169. fg.

10) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 4. §. 6. Anm. S. 586. v. Gönner E. S. 425. Nr. 12. Cod. civ. II. 6. §. 11. Nr. 3. — IV. 6. §. 14. Nr. 4.

11) ſiehe §. 176. b.

12) Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 5.

manglung aller ſolcher Zahlungs-Mittel, Perſonal-Arreſt des Schuldners [13]), jedoch nur, wenn dieſer aus eigenem Verſchulden [14]) in Vermögens-Verfall gerieth. Bey der Execution gegen Minderjährige tritt die Subhaſtation der Immobilien erſt dann ein, wenn weder Mobilien, noch Activ-Forderungen hinreichen [15]).

§. 176. b.

Subhaſtationen auſſer dem Concurſe.

Zur Subhaſtation [1]) liegender Güter [2]) ſoll man nicht eher ſchreiten, als bis keine andern annehm-

---

13) ib. Nr. 7.

14) ibid. „aus böſem Fürſatz oder eigenem Verſchulden.“ Anm. S. 582. lit. a.

15) Cod. iud. cap. 18. §. 4. Nr. 3. Anm. S. 582. lit. d.

Zu §. 176. b **G. R.** Bayer §. 537. Danz §. 461. Martin §. 271. (260.) Thibaut §. 1258.

S. R. Kori §. 201—224.

B. R. Cod. iud. cap. 18. §. 3. Nr. 4. §. 7. Anm. S. 588. Nov. z. G. O. S. 322 f. Moritz II. S. 250 f. III. S. 237. IV. S. 125. Krüll §. 583 — 590. Das ger. Executionsverfahren in Bayern. §. 26—43.

1) Hier iſt nur die Rede von Subhaſtationen auſſer dem Concursverfahren. Richtig unterſcheidet man Subhaſtationen auſſer und in dem Concurſe. Unnöthig ſcheint aber der in angeführter Schrift: das Executionsverfahren §. 30. S. 47 f. gemachte weitere Unterſchied zwiſchen Immobilien, welche nicht im Hypothekenverbande ſtehen, und ſolchen, welche hypothecirt ſind; denn wohl nie, oder wenigſtens höchſt ſelten wird es zu einer ſolchen Subhaſtation im Executionswege bey Immobilien kommen, auf welchen noch gar keine Hypothek haftet.

2) ebenſo wie zur Licitation des Mobiliars (der fahrenden Habe). Cod. iud. c. cit. §. 7. Nr. 1.

baren Mittel, den Gläubiger zu befriedigen, übrig ſind. Das Immobile iſt vorher mit Zuziehung unpartheyiſcher und verſtändiger Leute (§. 125. a.) zu beſichtigen und eidlich zu ſchätzen. Bey wichtigen Objecten (§. 174. Note 3.) findet ein Termin zum Selbſtverkauf ſtatt, nicht mehr der Privat-Verkauf [3] durch Curatoren [4]. Die öffentliche Ausrufung geſchieht nicht mehr in drey auf einander folgenden Tagen [5], ſondern an einem einzigen Tage Vormittags von neun Uhr bis Mittag [6]. Es bewendet jedoch noch nicht bey dem mit dem Glockenſchlage geſchehenen höchſten Anbot, ſondern es iſt Umfrage zu halten, ob Niemand mehr bieten wolle, und dieſe Umfrage ſo lange fortzuſetzen, bis ſich keiner der Anweſenden auf mehr einläßt [7]. Die Frage, ob und wer mehr geboten habe, iſt nicht nach der Summe des Gebots (Quantität), ſondern auch nach beſondern Verhältniſſen (Qualität) deſſelben zu beurtheilen, weil Friſten und andere Bedingungen die Sache ſehr modificiren können [8]. Wenn ſich nun gar kein Käufer, oder wenig-

---

3) ebd. Nr. 5.

4) Die Motive dieſer Abänderung ſ. in v. Gönner Comm. S. 432.

5) wie in Cod. iud. cap. 18. §. 7. Nr. 5., aber auch dort nicht deutlich in Bezug auf Immobilien, da kurz vorher Nr. 4. nur von fahrender Habe die Rede iſt, angeordnet war.

6) bis — zum engliſchen Gruß (12 Uhr). V. v. 24. Dec. 1781. Nr. 2. Nov. z. G. O. S. 323,

7) V. v. 1781. Nr. 3. Nov. S. 323.

8) Anm. zu Cod. iud. S. 589. e. — Das Exec. Verf. §. 32. S. 49.

ſtens kein ſolcher findet, der mehr, als die im Executions-Wege beyzutreibende Schuld beträgt, bietet, und wenn kein anderes zur Execution geeignetes Vermögen vorhanden iſt, ſo wird dem Gläubiger, wenn er allein iſt, das ſubhaſtirte Gut adjudicirt [9]. Sind auf einem ſolchen Immobile Hypotheken eingetragen, ſo iſt das Gericht verpflichtet, bey erkannter Subhaſtation den eingetragenen Gläubigern davon Nachricht zu ertheilen [10]. Erreicht das Angebot im erſten oder zweyten Subhaſtations-Termin den Schätzungs-Preis, ſo kann weder der Hypothekgläubiger, noch der Schuldner den Zuſchlag hindern; mangelt ein ſolches Angebot im erſten Termin, ſo kann der Betheiligte einen zweyten und dritten Termin verlangen, und zu den Betheiligten gehört auch der Schuldner, nicht aber ein ſolcher Gläubiger, der bey dem Angebote nichts verlieren würde [11]. Die Ger. O. geſtattet Beybringung eines beſſern Käufers binnen vier Wochen und die Novelle von 1819 läßt es dabey, wie bey den civilrechtlichen Beſtimmungen über das Wiedereinlöſungsrecht [12].

---

9) Cod. iud. c. 18. §. 7. Nr. 7.

10) Hyp. Geſetz von 1822. §. 66. und dieſe nothwendige Notification beſchränkt ſich keineswegs auf einen dritten Subhaſtations-Tag. Das Exec. Verf. §. 32. S. 51.

11) v. Gönner Comm. zum Hyp. Geſ. I. S. 529.

12) Cod. iud. cap. 18. §. 8. Nr. 3. Geſetz vom 22. Juli 1819. §. 33. Beyl. S. 22. Vergl. Cod. iud. l. c. Nr. 10. Von den Stempeln der Subhaſtations-Patente. R. v. 10. März 1827. Intbl. des Iſarkr. S. 173. e. — der Adjudications-Beſcheide. R. v. 17. 29. Nov. 1829. ebd. 1829. S. 1059.

Ende des erſten Bandes.

Digitized by Google

Digitized by Google

y Google

Digitized by Google